

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1981 · Teil IV

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Parpart (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Reinhard Schumacher (Redakteur), Ingrid Thümmler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Parpart (Leiter), Siegfried Epperlein, Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Jörg Roesler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1981 · TEIL IV

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLAN

Václav Pyšcha
Veränderungen in der Energieproduktion der ČSR im Vorlauf der Industrialisierung 1948 bis 1970

Johannes Buchner
Der Kampf um die Umverteilung in der österreichischen Volkswirtschaft (1945-1955)

Pál Székely
Aufhebung der Leibeigenschaft in Ungarn und Moldawien

M. A. Gusev
Die Maschinerie in der Sowjetunion 1926-1970

Egon Matz
"Vilipso ne sit arabizator". Zum Wetterleben eines antiken Wirtschaftsprüfers

BEZUGSWERKE

Heinz Krüger
Das "Haus" eines der Hasler

LITERATURKRITIK

Karl Pöhl
Die Münzgeschichte und Bankgeschichte (Karl Erik Rønne, Gold und Banken im 19. und 20. Jahrhundert)

Lothar Zumpf
Wirtschaft und Planung der Vorkriegszeit und während des ersten Weltkrieges im internationalen Überblick (Wirtschaft und Planung am Vorabend des zweiten Weltkrieges, Kriegswirtschaft und Planung 1939 - 1945)

Bernhard Töpfer/
Günter Vogler
Die europäische Feudalgesellschaft als Wirtschaftssystem



Redaktionsschluß: 15. 3. 1981

Anschrift der Redaktion:

1080 Berlin, Zimmerstraße 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3—4

Akademie-Verlag Berlin 1981

Lizenznummer: 202 · 100/210/82

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 5820 Bad Langensalza

Bestellnummer: 753 827 0 (2103/81/4)

Printed in GDR

DDR 18,— M

Inhalt

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- Václav Průcha Veränderungen in der Zweigstruktur der Energieproduktion in der ČSSR im Verlauf der sozialistischen Umgestaltung (1948 bis 1960) 7 CC 46
- Johannes Büchner/
Otto Bittmann Der Kampf um die Vorrangstellung in der sächsischen Elektroenergieversorgung (EEV) von 1911 bis 1916 25 BE 4
- Pál Sándor Aufhebung der Leibeigenschaft in Ungarn und Modalitäten ihrer Verwirklichung 51 CD 37
- M. A. Dandamaev Die Fischerei in neubabylonischen Texten des 6. und 5. Jahrhunderts v. u. Z. 67 X 3
- Egon Maróti "Vilicus ne sit ambulator". Zum Weiterleben eines antiken Wirtschaftsprinzips 83 X 1

DISKUSSIONEN

- Heinz Kreißig Das "Haus" (oikos) des Hesiod 91

LITERATURKRITIK

- Karin Lehmann Eine bürgerliche Geld- und Bankengeschichte (Karl Erich Born, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert) 97
- Lotte Zumpe Wirtschaft und Rüstung am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges im internationalen Überblick (Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des zweiten Weltkrieges; Kriegswirtschaft und Rüstung 1939 - 1945) 107
- Bernhard Töpfer/
Günter Vogler Die europäische Feudalgesellschaft als Vorstufe der Industriegesellschaft? (Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1 und 2) 115
- Jürgen Kuczynski Alltag in einem französischen Dorf zu Beginn des 14. Jahrhunderts (Emmanuel Le Roy Ladurie, Montaignou) 129

Horst Wernicke	Überregionale Handwerkervereinigungen als Klassenkampforganisationen? (Frank Göttmann, Handwerk und Bündnispolitik)	143
Hagen Fischer	Zu einigen Problemen der antiken Stadtentwicklung im römischen Imperium (Charles Ebel, Transalpine Gaul; Robert Scranton/Joseph H. Shaw/Leila Ibrahim, Kenchreai, Bd. 1 und 2; Walter O. Moeller, The Wool Trade of Ancient Pompeii)	151
Annotationen		167
BETRIEBSGESCHICHTE		
	Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (16. Fortsetzung) (Renate Günther)	193
QUELLEN UND MATERIALIEN		
Dieter Baudis BA 107 cy	Deutschland und Großbritannien in der Zeit des ersten Weltkrieges. Statistische Ergänzungen zur vergleichenden Betrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung	205
TAGUNGEN UND KONFERENZEN		
Edith Hoffmann	Die sozialökonomischen Gesellschaftsformationen aus marxistisch-leninistischer Sicht (26. September 1980 in Leipzig)	217
BIBLIOGRAPHIE		
	Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 19. Lieferung	221
	Autorenverzeichnis	237
	Содержание, Contents, Contenu, Sumario	239

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Veränderungen in der Zweigstruktur der Industrieproduktion in der ČSSR
im Verlauf der sozialistischen Umgestaltung
(1948 bis 1960)

von Václav Průcha

Von den Ländern, die den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten, verfügten vor der sozialistischen Revolution nur die ČSSR und die DDR über eine Industrie-Agrar-Struktur. Um die Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren lag in der Tschechoslowakei der Wert der Industrieproduktion etwa um 50 Prozent höher als der der landwirtschaftlichen Erzeugung.¹ Auch der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an der Bevölkerung lag bereits leicht über dem Anteil derjenigen, die sich durch eine Tätigkeit in der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt verdienten. Jedoch bestanden zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil des Staates bemerkenswerte Unterschiede. Während im tschechischen Teil der heutigen ČSSR diese Beschäftigtenstruktur schon Ende des 19. /Anfang des 20. Jahrhunderts vorhanden war, zeichnete sie sich in der Slowakei erst 1961 ab.²

Die tschechoslowakische Industrie besaß in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine vollständig ausgebildete Zweigstruktur. Im Unterschied zu den meisten wirtschaftlich entwickelten kapitalistischen Staaten bestimmten aber die Zweige der Konsumtionsmittelindustrie die Struktur der Gesamtindustrie. Die Anteile der Elektroenergieerzeugung, der elektrotechnischen und der chemischen Industrie waren demgegenüber gering, verschiedene Branchen des Maschinenbaus fehlten überhaupt. Stark war hingegen die Rüstungsproduktion entwickelt.

1 Vgl. dazu ausführlich Stádník, Miloš, *Některé problémy ekonomického růstu v Československu* (Einige Probleme des ökonomischen Wachstums in der Tschechoslowakei), Prag 1968. - Die Industrie wird hier einschließlich des Produktionshandwerks, die Landwirtschaft einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei betrachtet. Wenn man zur Industrie noch das Bauwesen hinzurechnet, würde ihr Anteil statt um 50 Prozent um 70 Prozent überwiegen. Die Angaben, die der Berechnung zugrunde liegen, betreffen die Nettoerzeugung plus Amortisationen. Das Staatsgebiet umfaßt die Vorkriegsgrenzen.

2 *Statistická ročenka ČSSR* (Statistisches Jahrbuch der ČSSR) 1963, Prag 1963, S. 113; *Hospodářský a sociální vývoj Československa* (Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Tschechoslowakei), Prag 1968, S. 12. - Im Jahre 1930 erwarben in der Tschechoslowakei 34,3 % der Bevölkerung ihren Unterhalt in der Industrie, im Bauwesen und im Produktionshandwerk, 32,9 % in der Landwirtschaft einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei. In den böhmischen Ländern machte diese Relation 39,5 und 25,5 % aus, in der Slowakei 17,8 und 56,7 %. Die Angaben beziehen sich auf das Staatsgebiet in den heutigen Grenzen.

Im Jahre 1930 arbeiteten in den verschiedenen Zweigen der Leicht- und Nahrungsgüterindustrie 56,5 Prozent der Industriearbeiter.³ Die veraltete, aus der Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie überkommene Zweigstruktur blieb bis zum Jahre 1938 erhalten. Ein gewisses Wachstum des Anteils der Schwerindustrie an der Wirtschaft erfolgte eigentlich erst in den dreißiger Jahren unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise.

Produktionstechnik und Arbeitsproduktivität erreichten nur in wenigen Fällen europäisches Spitzenniveau. Lediglich die Bat'aswerke, die sich zum größten und modernsten Schuhwarenunternehmen Europas entwickelt hatten, überragten dieses Niveau. Die Konzentration der Produktion und des Kapitals in der tschechoslowakischen Industrie wird durch folgende Angaben belegt: Von der Gesamtzahl der im Jahre 1930 in der Industrie, im Bauwesen und im Handwerk Tätigen entfielen 31 Prozent auf Betriebe (technische Einheiten) mit mehr als 250 Beschäftigten. Eliminiert man die Handwerksbetriebe mit bis zu 5 Arbeitskräften, dann erhöht sich der Anteil der in Großbetrieben Beschäftigten auf 42 Prozent.⁴

Mit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie verstärkte sich die Exportabhängigkeit der tschechoslowakischen Industrie erheblich. Besonders für die Konsumtionsmittelindustrie wurde der Export zur Lebensfrage. Die konjunkturellen Schwankungen auf dem Weltmarkt machten sich daher in der tschechoslowakischen Wirtschaft empfindlich bemerkbar. Daraus ergaben sich eine im Vergleich zu den anderen kapitalistischen Ländern besondere Intensität der Krise von 1929 bis 1933, ihre besonders verheerenden Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leben des Landes und die schwierige Situation der Industrie nach der Weltwirtschaftskrise, wozu allerdings auch noch andere Umstände beitrugen. Die Industrieproduktion sank in den Jahren von 1929 bis 1933 um 40 Prozent, und der Umsatz des tschechoslowakischen Außenhandels ging sogar um 71 Prozent zurück.⁵ Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges gelang es in keinem Jahr, den Stand von 1929 wieder zu erreichen. Nur bei einigen Erzeugnissen der Schwerindustrie (Steinkohle, Elektroenergie, Zement, Stahl, Walzwerkserzeugnisse, Waffen) wurde er überboten.

Die unbefriedigende Entwicklung in den Jahren zwischen 1918 und 1939 wird auch dadurch deutlich, daß die tschechoslowakische Industrieproduktion - mit Ausnahme der Jahre von 1924 bis 1929 - entweder krisenbedingt zurückging oder einen bereits früher vorhandenen Stand erreichte. Im Jahre 1937 lag sie etwa 36 Prozent über dem Niveau von 1913.⁶ Das entspricht einem durchschnitt-

3 Průcha, Václav, Složení průmyslového dělnictva v předmnichovském Československu (Die Struktur der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei vor dem Diktat von München), in: Revue dějin socialismu, Sondernr. 1968, S. 977. - In der Zahl der Arbeiter standen im Jahre 1930 zwei Zweige an der Spitze: die Metall- und die Textilindustrie; ihnen folgten in weitem Abstand die Baustoff-, die Nahrungsmittel-, die Holz-, die Montan- und die Bekleidungsindustrie.

4 Ebenda, S. 972.

5 Průcha, Václav, u. a., Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století (Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei im 19. und 20. Jahrhundert), Prag 1974, S. 503 f. - Im Jahre 1937 war die Industrieproduktion um 4 % niedriger als 1929 und der in laufenden Preisen ausgedrückte Außenhandelsumsatz um 43 %.

6 Hospodářský a sociální vývoj Československa, a. a. O., S. 45.

lichen Jahreszuwachs von 1, 3 Prozent, in den dreißiger Jahren verschlechterte sich die Position der Tschechoslowakei in der Weltindustrieproduktion und auf dem Weltmarkt merklich.

Neben der unbefriedigenden Industriestruktur und dem geringen Wachstum der Industrieproduktion stellte die unausgeglichene Standortverteilung der Produktivkräfte ein ernsthaftes Problem für die kapitalistische Tschechoslowakei dar. Nicht nur die Slowakei, sondern auch ausgedehnte Gebiete Böhmens und Mährens - insbesondere ihre südlichen Teile - trugen noch immer Agrarcharakter. Ihre Industrialisierung war eine vordringliche ökonomische und soziale Aufgabe. Die Spontaneität der Wirtschaftsentwicklung im Kapitalismus überwand jedoch in der Regel die ökonomischen Unterschiede der Gebiete nicht nur nicht, sondern vertiefte sie noch. Obwohl diese Frage für einen viele Nationalitäten umfassenden Staat außerordentlich große Bedeutung hat, unternahmen die Regierungen der bürgerlichen Tschechoslowakei nichts, um sie zu lösen. Die grundlegende regionale Ungleichmäßigkeit zwischen der Slowakei und den böhmischen Ländern hatte nach der Gründung der ČSR im Jahre 1918 sogar noch zugenommen, da die in der Slowakei angesiedelte Industrie zum Teil der Konkurrenz durch die entwickeltere tschechische Industrie erlag.⁷ Zwar nahm der Anteil der Slowakei an der Industrieproduktion der ČSR ab Mitte der dreißiger Jahre - nachdem Rüstungskapazitäten aus strategischen Gründen in diesem Teil des Landes errichtet worden waren - wieder zu, dennoch erreichte er nicht mehr als 7 bis 8 Prozent. In der Slowakei lebten zu dieser Zeit aber 25 Prozent der Bevölkerung der ČSR. Die Slowakei war im wesentlichen Rohstoffagraranhängsel der böhmischen Länder.

Die schwache Entwicklung der Industrie, die Ausbeutung der Slowakei durch das tschechische Kapital und die durch die Krise verschärfte Verelendung des Volkes in den dreißiger Jahren waren Wasser auf die Mühlen der separatistischen Bewegung gegen die Tschechoslowakische Republik. An ihrer Spitze standen zum Faschismus tendierende Vertreter des slowakischen Klerus.

Infolge des Münchner Diktats im Herbst 1938 und der Ereignisse im März 1939 verlor die Tschechoslowakei ihren Status als selbständiger Staat, und ihr Volk wurde der faschistischen Herrschaft unterworfen. Das tschechoslowakische Territorium wurde in fünf Teile gespalten: das Protektorat Böhmen und Mähren, das etwa die Hälfte des gesamten Industriepotentials repräsentierte, den slowakischen Staat sowie die Gebiete, die dem faschistischen Deutschland, Ungarn und Polen angeschlossen wurden. Die tschechoslowakische Wirtschaft wurde in die faschistische "Großraumwirtschaft" eingegliedert und einer intensiven Germanisierung, Militarisierung und Ausbeutung unterworfen.

Die Industrieproduktion entwickelte sich unter diesen Bedingungen in den einzelnen Teilen der Tschechoslowakei unterschiedlich und ungleichmäßig. Unter dem

7 Zwar hatte die Vereinigung der Slowakei mit den wirtschaftlich stärker entwickelten böhmischen Ländern ungünstige Folgen für die slowakische Industrie, aber die Bildung des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken im Jahre 1918 brachte dem slowakischen Volk auch unter den Bedingungen des Kapitalismus eine Reihe von Vorteilen. Die Beseitigung feudaler Überreste, die Einführung bürgerlich-demokratischer Rechte, mehr Raum für die Entwicklung der Kultur, mehr Bildungsmöglichkeiten, eine bessere Sozialpolitik usw. waren historische Fortschritte. Aber auch auf ökonomischem Gebiet traten Verbesserungen ein, z. B. in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen und in der nichtproduktiven Sphäre.

Einfluß der Rüstungskonjunktur übertraf sie jedoch insgesamt im Jahre 1943 und in der ersten Hälfte des folgenden Jahres das Niveau von 1939 um 15 bis 20 Prozent, wobei die Industrie im damaligen slowakischen Staat das höchste Wachstum zu verzeichnen hatte,

Die vorrangige Entwicklung der für den Krieg arbeitenden Zweige deformierte die Industriestruktur; die Dequalifizierung eines großen Teils der Arbeitskräfte, der Raubbau am Rohstoffreichtum und die dadurch raschere Erschöpfung der Vorräte, der Verschleiß oder die Demontage von Produktionsanlagen, die Luftangriffe und die verheerenden Wirkungen des Krieges in seiner Endphase schädigten die Industrie.

Nach Kriegsende lagen viele Betriebe, auch eine Reihe von den während des Krieges ohnehin nicht in großer Zahl gebauten, in Trümmern; unter ihnen das größte nach 1939 bei Most errichtete Unternehmen, das auf Braunkohlenbasis Benzin herstellte. Die Auswirkungen des faschistischen Krieges auf die Industrieproduktion lassen folgende Zahlen erkennen: Verglichen mit der monatlichen Durchschnittsproduktion im Jahre 1937 erzeugte die Industrie der Tschechoslowakei im Mai 1945 nur 17 Prozent an Steinkohle, 34 Prozent an Braunkohle, 10 Prozent an Roheisen und 3,5 Prozent an Stahl.⁸ Die Industrieproduktion 1945 lag im Durchschnitt um die Hälfte niedriger als 1937, die Arbeitsproduktivität war noch mehr gesunken.

Im Verlauf der Wiederherstellung der Industrie in den Nachkriegsjahren wurden die Veränderungen im Eigentum an den industriellen Produktionsmitteln, die auf Initiative der Kommunistischen Partei in Form der Nationalisierung begonnen worden waren, beschleunigt und verstärkt.

Schon in den ersten Tagen nach der Befreiung des Landes durch die Sowjetarmee war das Eigentum der Feinde und der Verräter des tschechoslowakischen Volkes der Nationalverwaltung unterstellt worden. Diese revolutionäre Institution war der erste Schritt zur Beschlagnahme des feindlichen Eigentums und bereitete die Nationalisierung des großkapitalistischen vor.

Die Nationalisierung begann Ende Oktober 1945. Sie umfaßte alle Banken, Versicherungsanstalten, die Schlüsselindustrie und Großbetriebe anderer Industriezweige (meist solche mit mehr als 500 Beschäftigten).

Die Angehörigen von Sieger- bzw. neutralen Staaten, deren Eigentum ebenfalls nationalisiert wurde, erhielten eine Entschädigung.

Durch die Nationalisierung wurden im Jahre 1945 entscheidende Positionen der Großbourgeoisie liquidiert und die Monopolorganisationen zerschlagen. Die Tschechoslowakei befreite sich dadurch aus der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital; ein umfangreicher gesellschaftlicher Sektor der Wirtschaft wurde geschaffen. Damit begann die nationaldemokratische in die sozialistische Revolution hinüberzuwachsen.

Aus der Tatsache, daß die Nationalisierung in der ČSR in einem industriell entwickelten Land und, verglichen mit den meisten volksdemokratischen Ländern, in großem Umfang sowie am Beginn der nationaldemokratischen Revolution erfolgte, erwuchs ihre internationale Bedeutung.

Die entstehenden volkseigenen Betriebe wurden der Kern des öffentlichen Sektors der Wirtschaft, der sich entsprechend den revolutionären politischen Veränderungen zu einem sozialistischen wandelte.

⁸ Statistický zpravodaj (Statistischer Informator), Jg. 1945, S. 257.

In der Industrie wurden mehr als 3 000 Betriebe (technische Einheiten) - das waren 16,4 Prozent der damaligen Industriebetriebe, in denen 61,2 Prozent der Beschäftigten arbeiteten - nationalisiert.⁹ Die Produktionskapazität der volkseigenen Betriebe repräsentierte fast zwei Drittel des gesamten tschechoslowakischen Industripotentials. Der tatsächliche Anteil des vergesellschafteten Sektors in der Industrie war, wenn man die Kommunal- und Genossenschaftsbetriebe sowie die früher staatskapitalistischen Unternehmen berücksichtigt, noch höher.

Im Verlauf der zweiten Etappe der Nationalisierung im Jahre 1948, die gegen die mittlere Bourgeoisie gerichtet war, gingen die Großhandelsunternehmen, der Außenhandel, weitere Zweige der Schlüsselindustrie und Betriebe anderer Industriezweige mit mehr als 50 Beschäftigten in die Hände des Staates über. Danach war der kapitalistische Sektor soweit eingeschränkt, daß Ende 1948 nur noch 3,5 Prozent der in der Industrie Beschäftigten dort tätig waren. Sein Anteil an der Produktion ging, das Privathandwerk eingeschlossen, auf 14,6 Prozent zurück. In den folgenden zwei bis drei Jahren verschwanden die letzten Reste kapitalistischer Unternehmertätigkeit in der Industrie.

Auf Initiative der KPC wurde im Jahre 1946 der Zweijahrplan für die Jahre 1947 und 1948 vorbereitet. Der Übergang zur Planwirtschaft war ein wichtiger Bestandteil des Programms der Regierung Gottwald, die aus den Wahlen im Mai 1946 hervorgegangen war.

Das Ziel des Zweijahrplanes bestand darin, die Folgen des Krieges auf die Wirtschaft vollständig zu beseitigen und die Wiederherstellung der Wirtschaft zu vollenden.

Das Niveau der Industrieproduktion von 1937 wurde - wie aus verschiedenen offiziellen Angaben hervorgeht - 1948 um 3 bis 8 Prozent übertroffen.¹⁰ Aufgrund des Bevölkerungsrückganges um 14,5 Prozent hatte sich der Pro-Kopf-Anteil an Industrieerzeugnissen gegenüber 1937 um ein Viertel bis ein Fünftel erhöht. In der Arbeitsproduktivität erreichte die Industrie ungefähr den Vorkriegsstand. Gegenüber den Kriegsjahren lag sie bereits höher.

Der Zweijahrplan sah keine tiefere Veränderung der Zweigstruktur in der Industrie vor. Es ging um die möglichst rasche Ausnutzung der bestehenden Kapazitäten. Die Investitionsmöglichkeiten waren nur bescheiden, und so wurde im wesentlichen die - obwohl veraltete - Struktur der Vorkriegszeit wiederhergestellt. Erste teilweise Veränderungen betrafen die Zunahme der Elektroenergieerzeugung sowie die Ausweitung des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. Einen leichten Rückgang verzeichnete dagegen die Textil- und Bekleidungsindustrie, Produktions- und Konsumtionsmittelindustrie hatten jeweils einen Anteil von 50 Prozent an der Industrieproduktion.

Der Kommunistischen Partei gelang es, der auf dem VIII. Parteitag der KPC im März 1946 gewonnenen Erkenntnis von der Notwendigkeit einer zielgerich-

9 Mrázek, Otakar, Patnáct let rozvoje znárodněného průmyslu ČSSR (Fünfzehn Jahre Entwicklung der volkseigenen Industrie in der ČSSR), Prag 1960, S. 51.

10 Bei der Einschätzung der Ergebnisse des Zweijahrplanes stellte der Regierungsbericht im Jahre 1949 fest, daß die Industrieproduktion 103,3 % des Niveaus vom Jahre 1937 erreicht habe. In statistischen Jahrbüchern aus der späteren Zeit wird 108 % angegeben. (Vgl. Průcha, Václav, u. a., a. a. O., S. 510 f.; Statistická ročenka ČSSR, a. a. O., 1979, Prag 1979, S. 28.

teten Industrialisierung der Slowakei und der schwachentwickelten böhmischen Kreise im Regierungsprogramm und im Zweijahrplan Geltung zu verschaffen. Das Industripotential der Slowakei konnte sowohl durch Neubau als auch durch Verlagerung von Betrieben aus den böhmischen Grenzgebieten in die Slowakei vergrößert werden. In der Zeit des Zweijahrplanes erhöhte sich die Industrieproduktion in diesem Teil des Staates um 62 Prozent, und 1948 hatte sie sich gegenüber 1937 fast verdoppelt.¹¹

Nach den revolutionären Ereignissen im Februar 1948 begann in der gesellschaftlichen Entwicklung der Tschechoslowakei eine qualitativ neue Etappe. Der Prozeß des allmählichen Hinüberwachsens der nationaldemokratischen in die sozialistische Revolution wurde vollendet. Der kapitalistische Sektor konnte weiter spürbar eingeschränkt und der politische Einfluß der Bourgeoisie gebrochen werden. Die gesamte Macht ging in die Hände der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der Kommunistischen Partei, über. Es festigte sich die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Ländern des entstehenden sozialistischen Weltsystems. Die ČSSR gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.¹²

Unter den neuen innenpolitischen Bedingungen der Diktatur des Proletariats und der sich rasch verändernden internationalen Lage konzipierte die KPČ, ausgehend von den gewachsenen Erkenntnissen über die Ziele und Methoden der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung, die Generallinie für den Aufbau des Sozialismus in der Tschechoslowakei, die der IX. Parteitag im Mai 1949 billigte. Die Verwirklichung der Aufgaben, die der erste, 1949 in Angriff genommene Fünfjahrplan gestellt hatte, bildete die Voraussetzung dafür, daß die Grundlagen des Sozialismus in der ČSSR errichtet, die Wirtschaft rasch entwickelt, die weitere Industrialisierung der Slowakei vollzogen und die strukturelle Umgestaltung der Industrie vorgenommen werden konnten. Für die Notwendigkeit, die Zweigstruktur in der Industrie zugunsten der Produktion von Produktionsmitteln, insbesondere des Maschinenbaus, zu verändern, gab es eine ganze Reihe von Ursachen.¹³ Dazu zählten

1. der bis dahin nie gekannte Umfang des Aufbaus neuer Industriekapazitäten,
2. die dringend notwendige technische Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft,
3. die beginnende Industrialisierung der ökonomisch rückständigen Gebiete der Tschechoslowakei,
4. das Bemühen um die Festigung der Verteidigungsfähigkeit und der ökonomischen Unabhängigkeit, das in der Zeit des sich zuspitzenden "kalten Krieges" von besonderer Bedeutung war, und
5. die Neuorientierung des Außenhandels auf die sozialistischen Staaten, die von der ČSSR in erster Linie Maschinen und Anlagen erwarteten.

In seiner ursprünglichen, 1948 festgelegten Variante bestimmte der erste Fünfjahrplan, die Produktion von Produktionsmitteln um 70 Prozent und die von Konsumtionsmitteln um 50 Prozent zu steigern. Im Maschinenbau und anderen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie sollte die Produktion um 93 Prozent er-

11 Prucha, Václav, u. a., a. a. O., S. 510.

12 Im folgenden Text wird die Bezeichnung ČSSR verwendet, obwohl sie erst mit der Verfassung aus dem Jahre 1960 eingeführt wurde.

13 Ausführlicher siehe dazu Prucha, Václav, Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Berlin 1975, S. 27 - 32 = Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder, hg. v. der Hochschule für Ökonomie, H. 3.

hört werden. In den Jahren 1950 und 1951 wurden die ursprünglichen Planaufgaben beträchtlich erweitert. Gleichzeitig erfolgte eine Modifizierung einiger Prioritäten in der Industrieentwicklung. Das betraf besonders die Erzförderung, die Metallurgie, den Schwer- und Präzisionsmaschinenbau sowie die Produktion von Transportmitteln. Die Bedeutung dieser Positionen wurde nun im Wirtschaftsplan nachdrücklich betont. Auch für die geologische Erkundung stellte der Staat erhebliche Mittel zur Verfügung. Darüber hinaus mußten weitere aus der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit entstehende Aufgaben in Angriff genommen werden.

Die tschechoslowakische Wirtschaft verfügte jedoch noch nicht über genügend Möglichkeiten, um alle geplanten Festlegungen zu realisieren. Mit der Änderung des ursprünglichen Planes stiegen die Ansprüche an die Rohstoffversorgung; einige der neu errichteten Kapazitäten, insbesondere im Erzbergbau und in verschiedenen Zweigen der Schwerindustrie, erwiesen sich als ineffektiv für die tschechoslowakische Wirtschaft. Die Schwierigkeiten in der Planerfüllung und die zunehmenden Disproportionen veranlaßten das ZK der KPČ im September 1953 zu dem Entschluß, das Entwicklungstempo der Schwerindustrie zu verringern und der Konsumtionsmittelindustrie sowie der Landwirtschaft größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Tabelle 1 verdeutlicht den Unterschied zwischen dem geplanten und dem tatsächlichen Wachstumstempo in den Jahren 1949 bis 1953.

In den ersten zwei Jahren des Fünfjahrplanes stieg die Produktion von Konsumgütern fast im gleichen Tempo wie die von Produktionsmitteln. Differenzierungen traten nur innerhalb der beiden Gruppen in Erscheinung. Demgegenüber verzeichnete die Gruppe in den Jahren zwischen 1951 und 1953 einen bemerkenswerten Vorlauf. Verglichen mit den Jahren 1948 bis 1950, erhöhte sich der durchschnittliche jährliche Produktionszuwachs von 14,9 auf 18,4 Prozent. In der Gruppe II ließ das Wachstumstempo dagegen erheblich nach. Es sank von 14,5 auf 8,2 Prozent. Der Anteil der Produktion von Produktionsmitteln an der gesamten Industrieproduktion stieg von 51 Prozent im Jahre 1948 auf 58 Prozent im Jahr 1953.

Mit welcher Intensität die strukturellen Veränderungen in der Industrieproduktion während des ersten Fünfjahrplanes vor sich gingen, wird dadurch deutlich, daß der Zuwachs des Anteils der Produktion von Produktionsmitteln um weitere 7 Punkte 23 Jahre in Anspruch nahm. Erst 1976 konnte die Gruppe I einen Anteil von 65 Prozent der Gesamtindustrieproduktion erreichen.¹⁴

Am schnellsten entwickelten sich im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes der Maschinenbau, das Hüttenwesen und die chemische Industrie. In der Konsumtionsmittelindustrie verzeichneten die Zweige den bemerkenswertesten Fortschritt, in denen erst jetzt die Großproduktion vollständig Einzug hielt. Das betraf vor allem die Bekleidungsindustrie und verschiedene Zweige der Nahrungsmittel- und der Holzverarbeitenden Industrie. Die bedeutsamste Veränderung in der Zweigstruktur bestand im Anwachsen des Maschinenbaus zuungunsten der Brenn-

14 Rozvoj československého průmyslu (Die Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie), Prag 1962, S. 77; Statističeskij ežegodnik stran-členov SEV 1977, Moskau 1977, S. 67. - Trotz außerordentlich großen Wachstums des Anteils der Gruppe I an der Gesamtindustrieproduktion in den Jahren 1949 bis 1953 lag dieser Anteil in der ČSSR beträchtlich niedriger als in der DDR. Im Jahre 1955 erreichte er in der ČSSR 57,1 % und in der DDR 66,6 %. (Narodnoe chozjajstvo stran-členov SEV. Statističeskij sbornik, Moskau 1974, S. 70.)

Tabelle 1

Planaufgaben und Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes in der ČSSR⁺
(in Prozent)

Kennziffer	Planerhöhung im Jahr 1953 im Vergleich mit dem Jahr 1948		Tatsächlicher Zuwachs im Jahr 1953 im Vergleich mit dem Jahr 1948	Durchschnittlicher Jahreszuwachs		
	Ursprünglicher Plan (1948)	erhöhter Plan (1951)		1949- 1950	1951- 1953	1949- 1953
Nationaleinkommen	48	70	56	10,0	8,8	9,3
Landwirtschaftliche Produktion	37	53	16	8,6	- 0,7	3,0
Bauproduktion	130	200	127	23,2	14,3	17,8
Industrieproduktion	57	98	93	14,9	13,5	14,1
davon:						
Produktionsmittel	70	133	119	14,9	18,4	17,0
Verbrauchsgüter	50	73	66	14,5	8,2	10,7
Eisenhüttenwesen	49	78	110 ⁺⁺	8,6 ⁺⁺	21,0 ⁺⁺	16,0 ⁺⁺
Metallverarbeitende Industrie	93	167	194	20,4	26,6	24,1
Chemische Industrie	62	110	130	16,6	19,1	18,1
Elektrizitätserzeugung	50	73	65	11,3	10,0	10,5
Textilindustrie	68		39	11,3	3,9	6,8
Leder- und Pelzverarbeitende Industrie	43		22	4,4	3,8	4,1
Nahrungsmittelindustrie	30	100	81	20,7	7,2	12,6

+ Angaben für die Planaufgaben nach Mrázek, Otakar, Patnáct let rozvoje znárodněného průmyslu ČSSR (Fünfzehn Jahre Entwicklung der volkseigenen Industrie in der ČSSR), Prag 1960, S. 104; Průcha, Václav, u. a., Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století (Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei im 19. und 20. Jahrhundert), Prag 1974, S. 298. - Die Angaben für die tatsächlichen Ergebnisse nach Statistická ročenka ČSSR (Statistisches Jahrbuch der ČSSR) 1979, Prag 1979, S. 20, 24, 28, 32. - Der jeweilige durchschnittliche Jahreszuwachs ist aus Indizes berechnet.

++ Einschließlich der Eisenerzförderung, die sich nach dem veränderten Fünfjahrplan in 5 Jahren um 263 Prozent erhöhen sollte.

Tabelle 2

Struktur der Bruttoindustrieproduktion in der ČSSR in Jahren 1948 bis 1978⁺
(in Prozent)

Industriezweig	1948	1953	1955	1960	1965	1970	1975	1978 ⁺⁺
Gesamtindustrie	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Förderung und Verarbeitung von Brennstoffen	12,6	9,4	9,3	8,9	8,8	8,1	6,4	7,5
Elektrizitätserzeugung	2,4	2,1	2,3	2,5	2,7	2,8	2,7	3,4
Eisenhüttenwesen	10,6	11,8	11,3	11,3	11,6	10,4	9,8	8,8
Nichteisenmetallurgie	3,0	2,4	2,3	2,5	2,4	2,8	2,6	2,6
Metallverarbeitende Industrie	12,5	19,5	19,7	23,7	25,3	28,3	30,8	29,5
Chemische Industrie	2,9	3,5	3,7	4,7	6,1	7,1	8,2	8,6
Baustoffproduktion	2,4	2,4	2,7	3,7	3,4	3,4	3,5	3,6
Holzverarbeitende Industrie	3,6	3,7	3,9	3,5	3,2	3,2	3,3	3,2
Papierverarbeitende und Zelluloseindustrie	2,9	2,4	2,3	2,0	1,8	1,7	1,7	1,8
Glasindustrie	1,6	1,1	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,4
Textilindustrie	9,5	7,0	7,5	6,4	5,9	5,3	5,2	5,1
Bekleidungsindustrie	2,4	2,3	2,2	2,1	2,0	1,9	1,8	1,7
Lederverarbeitende Industrie	4,0	2,6	2,7	2,7	2,7	2,5	2,5	2,5
Polygraphische Industrie	1,0	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,7
Nahrungsmittelindustrie	26,9	25,8	24,5	20,3	18,3	16,0	14,7	14,6
Sonstige Zweige	1,7	3,3	3,7	3,9	3,9	4,5	4,9	5,0

+ Statistická ročenka průmyslu (Statistisches Jahrbuch der Industrie) 1970, T. 1, Prag 1971, S. 30 f.; Statistická ročenka ČSSR (Statistisches Jahrbuch der ČSSR) 1971, S. 243; ebenda 1976, S. 231; ebenda 1979, S. 342.

++ Den Zahlen für das Jahr 1978 liegen andere Preise und eine andere Berechnungsmethodik als für die Jahre 1948 bis 1975 zugrunde.

Tabelle 3

Die unterschiedlichen Wachstumstempi der Industriezweige in der ČSSR in Jahren 1949 bis 1978+
(Zuwachs der Gesamtindustrieproduktion = 1, 00)

Industriezweig++	1949- 1950	1951- 1953	1954- 1955	1956- 1960	1961- 1965	1966- 1970	1971- 1975	1976- 1978	1949- 1960	1961- 1970	1971- 1978
Erzeugung von Produktionsmitteln	1,03	1,41	0,86	1,13	1,14	1,03	1,05	1,11	1,23	1,09	1,08
Erzeugung von Verbrauchsgütern	0,97	0,59	1,17	0,85	0,79	0,94	0,92	0,80	0,76	0,86	0,87
Förderung und Verarbeitung von Brennstoffen	0,38	0,54	0,85	0,85	0,93	0,73	0,44	0,72	0,54	0,80	0,50
Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung	0,75	0,72	1,56	1,14	1,38	1,11	0,90	1,09	0,96	1,27	0,97
Eisenhüttenwesen (einschließlich Eisenerzförderung)	0,56	1,70	0,59	0,95	1,03	0,63	0,77	0,64	1,01	0,78	0,70
Metallverarbeitende Industrie	1,41	2,24	1,00	1,42	1,28	1,43	1,30	1,41	2,07	1,43	1,39
Chemische Industrie	1,28	1,50	1,31	1,64	2,41	1,76	1,65	1,34	1,85	2,35	1,62
Gummiverarbeitende Industrie	1,13	1,43	1,38	1,35	1,79	1,32	1,23	1,39	1,34	1,65	1,33
Baustoffproduktion	0,63	1,15	1,75	1,82	0,62	1,03	0,99	0,94	1,58	0,82	0,97
Holzverarbeitende Industrie	1,38	1,00	1,13	0,68	0,59	0,93	1,10	1,07	0,89	0,75	1,10
Papierverarbeitende und Zellulose- industrie	0,66	0,83	1,69	0,64	0,55	0,76	1,04	0,96	0,51	0,63	1,02
Glasindustrie	0,44	0,13	1,63	1,11	1,10	1,39	1,04	1,05	0,61	1,30	1,05
Porzellan- und Keramikindustrie	0,66	0,11	1,25	1,17	1,03	0,65	0,55	0,52	0,62	0,80	0,51
Textilindustrie	0,75	0,24	1,44	0,59	0,55	0,69	0,86	0,61	0,51	0,59	0,75
Bekleidungsindustrie	1,38	0,43	0,19	0,76	0,83	0,77	0,76	0,63	0,75	0,77	0,69
Leder-, Schuhwaren- und Pelz- verarbeitende Industrie	0,28	0,26	1,00	0,92	0,86	0,85	0,89	0,64	0,51	0,84	0,79
Polygraphische Industrie	0,47	0,20	0,94	0,53	0,72	1,85	0,61	0,82	0,35	1,37	0,66
Nahrungsmittelindustrie	1,47	0,50	0,56	0,52	0,55	0,53	0,68	0,61	0,60	0,51	0,63

+ Statistická ročenka ČSSR (Statistisches Jahrbuch der ČSSR) 1957, S. 80; ebenda 1961, S. 151; ebenda 1976, S. 24, 232; ebenda 1979, S. 28, 343. - Eigene Berechnungen auf der Basis von Indizes.

++ In manchen Fällen deckt sich der Inhalt der Bezeichnungen für die Industriezweige nicht ganz mit dem in Tabelle 1 und 2. Davon werden die Angaben über das Wachstumstempo der Gesamtindustrie jedoch nicht beeinträchtigt. Der Zuwachs der Industrieproduktion, mit dem verglichen wurde, betrug

1949/1950 = 32 %
1961/1965 = 29 %
1949/1960 = 272 %

1951/1953 = 46 %
1966/1970 = 39 %
1961/1970 = 79 %

1954/1955 = 16 %
1971/1975 = 38 %
1971/1978 = 62 %

1956/1960 = 66 %
1976/1978 = 17 %

stoffförderung und der Textilerzeugung; das geringste Wachstum verzeichneten vier Zweige, die allerdings im Jahre 1948 nur 7 Prozent der gesamten Industrieproduktion ausmachten: die Leder-, Glas-, Keramik- und polygraphische Industrie.

Die Tatsache, daß Brennstoffförderung und Elektroenergieerzeugung unter dem Durchschnitt blieben, führte gegen Ende des Fünfjahrplanes zu Disproportionen, die die Entwicklung der gesamten Verarbeitungsindustrie hemmten.

Die Veränderungen in der Zweigstruktur gehen aus der Tabelle 2 über die Struktur der industriellen Bruttoproduktion hervor. Die Tabelle 3 gibt über das Tempo im Wachstum der Industriezweige Auskunft.¹⁵

Die Unterschiede in den Wachstumstempi traten in den Jahren zwischen 1949 und 1953 nicht nur zwischen den Zweigen, sondern auch innerhalb der einzelnen Zweige auf. Am deutlichsten zeigte sich das in der Metallindustrie, die insgesamt die höchste Wachstumsdynamik aufwies. Der Vergleich von Kennziffern aus den Jahren 1948 und 1952/53 beweist das stürmische Anwachsen in der Produktion von Hüttenanlagen, Wälzlagern, Dieselmotoren, Hebezeugen, Wechselstromgeneratoren, Transformatoren, Kabeln und anderen Erzeugnissen. Demgegenüber war eine Stagnation in der Herstellung von Anlagen zur Verarbeitung von Lebensmitteln, in der Erzeugung von Dampflokomotiven sowie Holzverarbeitungsmaschinen zu beobachten. Die Produktion von Umformmaschinen, Landmaschinen, Traktoren, Eisenbahnwagen, Omnibussen, Personenkraftwagen, Rundfunkgeräten und Kühlschränken ging zurück. Die erheblich erweiterte Verteidigungsindustrie nahm die Fabrikation einer breiten Palette moderner Waffen und Munition auf. Die Anforderungen der Militärverwaltung an die Industrie stiegen in den Jahren 1950 bis 1952, in denen der "kalte Krieg" einen Höhepunkt erreichte, auf das Vierfache.¹⁶

Die tschechoslowakische Industrie nahm im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes die Produktion einer Reihe von neuen Erzeugnissen auf, insbesondere von Maschinen und chemischen Produkten. So lieferte 1953 die Buntmetallurgie das erste Aluminium und die Elektroindustrie Fernsehgeräte eigener Produktion. Außer dem Maschinenbau entwickelten sich zum Beispiel auch die Stahlproduktion, die Kokserzeugung, die Produktion von Motorenöl, Sulfonamiden, Seife, Möbeln, Wäsche, Herrenoberbekleidung und einer Reihe von Erzeugnissen der Nahrungsgüterindustrie, wie Butter, Schmalz, Speiseöl, Fleischwaren, Konserven usw. außerordentlich schnell. Demgegenüber stagnierte bzw. sank die Fabrikation von Soda, von Reifendecken für PKW, Leder- und Gummiwaren, Wollprodukten, Sanitärkeramik und verschiedenen anderen Erzeugnissen.¹⁷

Der Aufschwung der Industrie wurde in erheblichem Maße durch die Erweiterung des industriellen Produktionsprogramms realisiert. Wenngleich in der Art und Weise, in der sich die industrielle Entwicklung der ČSSR vollzog, die Geschicklichkeit und das Wissen der tschechoslowakischen Arbeiter, Techniker und Ingenieure sichtbar wurden, entsprach die Breite, in der das Produktionsprogramm angelegt war, nicht den Bedingungen eines relativ kleinen Staates. Sie führte zur Kleinserienfertigung, zu einem niedrigen Spezialisierungsniveau

¹⁵ Um eine anschaulichere Vorstellung von den langfristigen Tendenzen zu vermitteln, ist in den Tabellen 2 und 3 auch die Zeit nach 1960 erfaßt.

¹⁶ Vgl. Historie a vojenství (Geschichte und Militärwesen), Nr. 2/1966, S. 164, 185.

¹⁷ Statistická ročenka Republiky československé (Statistisches Jahrbuch der tschechoslowakischen Republik) 1957, Prag 1957, S. 84 - 90.

und zu hohen Produktionskosten. Die Forschungskapazitäten mußten zersplittert werden. Auf diese Weise war es nicht möglich, den internationalen Stand des technischen Fortschritts zu erreichen.

Die skizzierte Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie war, obwohl von ungünstigen Tendenzen begleitet, dennoch berechtigt, weil durch sie der vom Imperialismus beabsichtigten Zersetzung der tschechoslowakischen Wirtschaft, die durch die Politik des Handelsembargos und andere Methoden des Wirtschaftskrieges erreicht werden sollte, entgegengewirkt werden konnte. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, daß in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre die internationale Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern, die eine wirksame Spezialisierung der Produktion ermöglicht, erst im Keim existierte.

Die angeführten Veränderungen in der Zweigstruktur der tschechoslowakischen Industrie als Ganzes sowie in der Struktur der einzelnen Industriezweige, die zu Beginn der fünfziger Jahre vollzogen wurden, waren Ergebnis einer Reihe von Ursachen und Zusammenhängen. In ihnen kam vor allem das zielbewußte Streben der KPČ und des sozialistischen Staates nach Modernisierung der Industriestruktur, nach ihrer Anpassung an die langfristigen inneren Bedürfnisse und Erfordernisse der sozialistischen Länder zum Ausdruck, auf die sich der tschechoslowakische Außenhandel umorientierte.

Aus den spezifischen Bedingungen der damaligen Zeit, die die Wirtschaftspolitik Anfang der fünfziger Jahre berücksichtigen mußte, ergaben sich auch Abweichungen von einer optimalen Umstrukturierung der Industrie. Diese Abweichungen mündeten in eine Reihe von Disproportionen in der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft und zogen unter anderem eine Verlangsamung des Wachstumstempos bei Waren für den Bevölkerungsbedarf gegenüber den ursprünglichen Kennziffern des Fünfjahrplanes nach sich. Der Maschinenbau diene vor allem dem vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie in der Tschechoslowakei sowie in anderen sozialistischen Ländern und sicherte nicht im notwendigen Maße die Erfordernisse der technischen Rekonstruktion in der Konsumtionsmittelindustrie, der Landwirtschaft und der Dienstleistungssphäre. Auch der Bevölkerungsbedarf an Maschinenbauprodukten wurde nicht gedeckt.

In den Jahren 1953/54 begann in den sozialistischen Ländern Europas eine Veränderung der Wirtschaftspolitik. Sie ergab sich aus einem ganzen Komplex von Ursachen, die sowohl in der internationalen Politik als auch in der nationalen Entwicklung der sozialistischen Länder begründet lagen. Nach dem Ende des Koreakrieges machte sich besonders eine Tendenz des Abbaus internationaler Spannungen bemerkbar. Das Streben der einzelnen sozialistischen Länder, die Disproportionen in der Wirtschaft zu überwinden und ein ausgeglicheneres Wirtschaftswachstum zu erreichen, trat in der Wirtschaftspolitik stärker in den Vordergrund. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und des individuellen Konsums der Bevölkerung spielten dabei eine große Rolle.

Auch in der Tschechoslowakei führte die Analyse der erreichten Entwicklungsstufe in der Ökonomik und der aufgetretenen Unzulänglichkeiten die Partei- und Staatsorgane zu der Schlußfolgerung, daß eine Korrektur der Wirtschaftspolitik zweckmäßig sei. Dabei wurde in Kauf genommen, daß sich das Tempo des Wirtschaftswachstums vorübergehend verlangsamt. Die veränderte wirtschaftspolitische Orientierung, den Rückgang des ursprünglich geplanten Wachstums der Industrieproduktion eingeschlossen, wurde auf der Plenartagung des ZK der KPČ, die im September 1953 stattfand, festgelegt und in der auf das Plenum folgenden Sitzung des Parlaments durch die Regierung verkündet. Dieser wirtschaftspolitische Kurs war vorbereitet worden durch eine Reihe von Maßnah-

men, die am 1. Juli 1953 in Kraft getreten waren und die in einer Geldreform, in der Abschaffung der Lebensmittelrationierung, in der Vereinheitlichung des gebundenen und freien Marktes, in der Einführung einheitlicher Einzelhandelspreise, der Anhebung der niedrigeren Löhne und der durch die Sozialversicherung gezahlten Renten bestanden.

Die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik führten zur Einschränkung der Industrieinvestitionen und zu ihrer Umverteilung. Die Entscheidung, das geplante Tempo des Produktionszuwachses zu verringern, hatte den Verzicht auf den bisherigen Vorrang der Produktion von Produktionsmitteln sowie eine Unterstützung der Zweige, die Konsumgüter für die Bevölkerung und Erzeugnisse für den landwirtschaftlichen Bedarf herstellten, zur Folge. Auch die vorübergehende Reduzierung der Investitionstätigkeit in den anderen sozialistischen Ländern beeinflusste den tschechoslowakischen Maschinenbau: der Export von Industrieanlagen in diese Länder ging zurück.

Um für den zweiten Fünfjahrplan eine konsolidierte Ausgangsbasis zu schaffen, wurde entschieden, die Wirtschaft zunächst in den Jahren 1954 und 1955 durch Jahrespläne zu lenken, um dann mit dem Jahr 1956 das neue Planjahr fünf zu beginnen.

Der Zuwachs der gesamten Industrieproduktion in der ČSSR, der in den Jahren von 1949 bis 1952 jährlich 13 Prozent erreichte, ging 1953 auf 9 Prozent und im folgenden Jahr auf 4 Prozent zurück. Im Jahre 1955 stieg er jedoch wieder auf 10 Prozent, so daß die Industrie wieder ein hohes Wachstumstempo erreichte. Vom Standpunkt der Proportionen zwischen der Gruppe I und II der Industrieproduktion rechneten die Pläne für die Jahre 1954/55 in beiden Gruppen mit dem gleichen Produktionszuwachs. Tatsächlich stieg jedoch die Produktion von Produktionsmitteln in den beiden Jahren um 14 Prozent und die von Konsumtionsmitteln um 19 Prozent. Demzufolge verringerte sich der Anteil der Erzeugung von Produktionsmitteln an der Gesamtproduktion der Tschechoslowakei von 58 auf 57 Prozent.¹⁸

Die Koeffizienten in Tabelle 3, die die Beziehungen zwischen dem Produktionszuwachs in den einzelnen Zweigen und der Industrie insgesamt zum Ausdruck bringen, illustrieren die erheblichen Veränderungen im Wachstumstempo einer Reihe von Zweigen in den Jahren 1949 bis 1950, 1951 bis 1953 und 1954 bis 1955. In den letztgenannten beiden Jahren verzeichneten gerade diejenigen Zweige den stärksten Zuwachs, die sich vorher langsamer als der Durchschnitt der Gesamtindustrie entwickelt hatten. Dabei handelt es sich um die Elektrizitätserzeugung, die Baustoff-, Papier-, Glas- und Textilindustrie. Innerhalb der Konsumtionsmittelindustrie lag in den Jahren 1954 bis 1955 das Wachstumstempo nur bei der Bekleidungs-, der polygraphischen und der Nahrungsgüterindustrie unter dem Durchschnitt. In der Hüttenindustrie und im Maschinenbau ließ die Dynamik auffallend nach. In der Entwicklung der Elektrizitätserzeugung und in der Förderung von Brennstoffen kam das energische Bestreben zum Ausdruck, die Disproportionen zu überwinden, die gegen Ende des ersten Fünfjahrplanes spürbar geworden waren.

Im Gefolge der besonderen Förderung der Konsumgüterproduktion wurden in den Jahren 1954 bis 1955 vor allem in großem Umfang langlebige Konsumgüter hergestellt, wie Haushaltwaschmaschinen, Kühlschränke, Staubsauger, Photoapparate, Motorräder und zum Teil auch PKW. In den traditionellen Branchen der Konsumtionsmittelindustrie vollzog sich die Entwicklung ungleichmäßig. Die

¹⁸ Ebenda, S. 78, 80; Rozvoj československého průmyslu, a. a. O., S. 77.

Erzeugung von Wollstoffen, Herrenoberbekleidung und Lederschuhen sank leicht ab. Dagegen erhöhte sich die Produktion von Wirkwaren, Seidenstoffen, Gummischuhen, Glas und Molkereierzeugnissen beträchtlich.

In der Gruppe I der Industrieproduktion nahm die Produktion von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, von Anlagen für die Nahrungsgüterindustrie und für die Holzverarbeitende Industrie, von Dampfkesseln, Turbinen, Dieselmotoren, Hebezeugen, Wälzlagern, Baustoffen, verschiedenen chemischen Erzeugnissen nennenswert zu. Stagnation bzw. Rückgang gab es bei Stahlrohren, Hüttenanlagen, Drehmaschinen, Lastkraftwagen, Eisenbahnwagen, Elektromotoren und Kabeln.¹⁹

In den Jahren von 1956 bis 1960 wurde in der Tschechoslowakei der zweite Fünfjahrplan realisiert. Wenn bei der Vorbereitung des ersten Fünfjahrplanes die mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, den Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und einer Umorientierung in den Außenwirtschaftsbeziehungen verbundenen Aufgaben hervorgehoben worden waren, so sollte im Verlaufe des zweiten Fünfjahrplanes in der ČSSR die sozialistische Umgestaltung vollendet und die materiell-technische Basis des Sozialismus vervollständigt werden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder vertiefte sich Mitte der fünfziger Jahre, und in deren zweiter Hälfte traten neue Elemente in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Ländern, insbesondere auf dem Gebiet der internationalen Arbeitsteilung und der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, in Erscheinung.

Zwischen 1955 und 1957 begannen sich die Partei- und Staatsorgane systematischer mit den Problemen der technischen Entwicklung und der Effektivität der Volkswirtschaft zu befassen.

Im September 1955 veröffentlichte das ZK der KPČ "Thesen über die technische Entwicklung", die eine breite öffentliche Diskussion auslösten. Die Analyse des damaligen Standes der Wirtschaft und besonders der Industrieproduktion ergab, daß das Wirtschaftswachstum überwiegend durch extensive Faktoren erreicht worden war und daß - verglichen mit dem Weltniveau - die Einführung der neuen Technik und die Entwicklung einiger progressiver Zweige, vor allem der chemischen Industrie, zurückgeblieben war. Darum erklärte das ZK der KPČ auf seiner Februar-Tagung im Jahre 1957 die Erzielung einer höheren Effektivität der Produktion zu einer wichtigen wirtschaftspolitischen Aufgabe. Die in den Jahren 1958/59 erreichten Veränderungen in der Leitung der Volkswirtschaft bildeten die dazu erforderlichen Voraussetzungen. Anstelle der Hauptverwaltungen in den Ministerien wurden damals überbetriebliche Organe der mittleren Leitungsebene geschaffen, die Produktions-Wirtschaftsbereiche, die die operative Lenkung der Industrie und des Bauwesens übernahmen.

Der zweite Fünfjahrplan setzte ein hohes Wachstumstempo der Industrieproduktion voraus. Im Unterschied zu den Jahren 1954 und 1955 erhielt wieder die Schwerindustrie, besonders der Schwermaschinenbau, die brennstoffenergetische Basis und die chemische Industrie Vorrang. Im Jahre 1958 wurde der Aufbau eines Hüttenkombinates in der Ostslowakei bei Košice, das zur zweiten bedeutenden Hüttenbasis in der ČSSR wurde, beschlossen. Die Priorität der Schwerindustrie fand auch in der Verteilung der Industrieinvestitionen, die überwiegend in den Bergbau, das Hüttenwesen, die Energetik und den Schwermaschinenbau flossen, ihren Niederschlag. Das Gesamtvolumen der der Industrie zur Verfü-

¹⁹ Statistická ročenka Republiky československé 1957, a. a. O., S. 84 - 90.

gung stehenden Investitionen war um rund 75 Prozent größer als im ersten Fünfjahrplan. Damit begann in der ČSSR eine neue Investitionswelle.

Die Industrieproduktion vergrößerte sich in den Jahren von 1956 bis 1960 schnell und ohne auffallendere Schwankungen in den einzelnen Jahren. Der durchschnittliche jährliche Zuwachs betrug 10,7 Prozent. Daran hatte die Gruppe der Produktionsmittel einen Anteil von 11,7 und die der Konsumtionsmittel von 9,3 Prozent,²⁰ Diese Entwicklung erforderte nicht nur hohe Investitionsquoten, sondern in zunehmendem Maße auch Arbeitskräfte und Rohstoffe; einige Investitionsobjekte konnten nicht vollendet werden.

Die Differenziertheit im Wachstumstempo zwischen den Industriezweigen war im Zeitraum des zweiten Fünfjahrplanes zwar noch stark, aber wesentlich geringer als im ersten. Den Zuwachs der gesamten Industrieproduktion in fünf Jahren gleich 1 gesetzt, lag die Streuung in den Jahren von 1949 bis 1953 zwischen den Zweigen von 0,24 (Lederindustrie) bis 2,09 (Maschinenbau), in den Jahren von 1956 bis 1960 von 0,52 (Nahrungsgüterindustrie) bis 1,82 (Baustoffindustrie).²¹

Im Verhältnis zur Industrie insgesamt entwickelte sich in den Jahren von 1956 bis 1960 die Baustoffindustrie am stärksten. Das hing mit dem Beginn der neuen Investitionswelle, der erheblichen Erweiterung des Wohnungsbaus und der Zunahme der Vorfertigung für das Bauwesen zusammen. Einen deutlichen Vorlauf gewann ferner die Produktion von chemischen Erzeugnissen, Maschinen und Gummifabrikaten; mäßig entwickelte sich die Glas- und Keramikindustrie sowie die Elektrizitätswirtschaft. Das Wachstumstempo der übrigen Zweige lag unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie. Zu nennen sind die Schwarzmetsallurgie und die Brennstoffindustrie. Das langsamste Tempo wiesen die Nahrungsgüter- und die polygraphische Industrie auf (vgl. Tabelle 3).

Die Veränderung der Industriestruktur setzte sich nach der Unterbrechung in den Jahren 1954/55 in der im ersten Fünfjahrplan eingeschlagenen Richtung fort. Die Abnahme des Anteils der Nahrungsgüterindustrie an der Gesamtindustrie und der gewachsene Anteil des Maschinenbaus waren die auffälligsten Änderungen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Der Rückgang des Anteils der Kohlen-, Textil-, Papier- und polygraphischen Industrie an der industriellen Gesamtproduktion setzte sich fort. Dagegen nahm der Anteil der Baustoff- und vor allem der chemischen Industrie (vgl. Tabelle 2) systematisch zu. Der Anteil der Produktion von Produktionsmitteln wuchs von 57,1 Prozent im Jahre 1955 auf 59,8 Prozent im Jahre 1960.²²

Überdurchschnittlich erhöhte sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Produktion von Bauteilen, von Dieselmotoren, Stickstoffdüngemitteln, Polyamidseide, die Fertigung von Hüttenanlagen, Zementwerkseinrichtungen, Schleif-, Textil- und Baumaschinen, von Diesel- und Elektrolokomotiven, Oberleitungsbussen, PKW, Motorrollern, die Herstellung von Fernsehgeräten, Elektro- und

20 Statistická ročenka ČSSR, a. a. O., 1979, S. 28. - Eigene Berechnungen nach Indizes.

21 Ebenda. - Vgl. auch die Angaben in Tabelle 3.

22 Statistická ročenka ČSSR, a. a. O., 1961, S. 154. - Nach der für die sozialistischen Staaten vergleichbaren RGW-Statistik betrug der Anteil der Produktion von Produktionsmitteln in der ČSSR 59,2 %. Analoge Angaben für die übrigen RGW-Länder betragen 1960: UdSSR 72,5 %; DDR 66,5 %; Ungarn 66,0 %; Rumänien 62,8 %; Polen 57,5 %; Bulgarien 47,2 %. (Narodnoe chozjajstvo stran-členov SĚV, a. a. O., S. 11.)

Gasherden, Kühlschränken, Armbanduhren, tiefgekühlten Nahrungsmitteln, Schokolade, Geflügelfleischerzeugnissen, Wein und alkoholfreien Getränken.²³ Die bemerkenswerte Erhöhung der Produktion von langlebigen Konsumtionsgütern veränderte die Nachfrage nach Waren zur Deckung des persönlichen Bedarfs der Bevölkerung.

Sowohl im Vergleich mit der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg als auch mit dem Jahre 1948 zeigte die tschechoslowakische Industrie an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren eine bedeutend fortgeschrittenere Produktionsstruktur. Durch die Errichtung einer Reihe von Zweigen der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Herstellung von Nahrungsmitteln und anderen Industrien verbesserte sich die Lage in der Industrieproduktion gegenüber den vierziger Jahren spürbar. Das zeigt sich auch bei einem Vergleich mit den kapitalistischen Ländern. Allerdings befriedigte bei einem Vergleich mit den entwickeltsten Industriestaaten der Welt die Situation auf den Gebieten der Chemie und der Elektrotechnik noch nicht. Der Aufbau der Elektronikindustrie hielt mit den Erfordernissen noch nicht Schritt, und die massenhafte Nutzung von Plasten verzögerte sich, obwohl es schon bemerkenswerte Fortschritte gab. Die Struktur der primären Energieträger war in der ČSSR durch einen außerordentlich hohen Anteil an festen Brennstoffen gekennzeichnet. In der Pro-Kopf-Erzeugung von Roheisen und Stahl nahm die Tschechoslowakei einen der vorderen Plätze in der Welt ein. Unter den schwarzmetallurgischen Erzeugnissen waren jedoch dünne Bleche und Material aus Edelstahl nur ungenügend vertreten. Auch war die Produktion von spanabhebenden Maschinen zu gering. Im universell entwickelten Zweig der Transportmittelindustrie konnte die Nachfrage der Bevölkerung nach Personenkraftwagen nicht befriedigt werden, obgleich ihre Produktion in den Jahren zwischen 1956 und 1960 auf das 4, 5fache gestiegen war.

Einen Gesamtüberblick über das Wachstum der Produktion in den einzelnen Zweigen in den Jahren von 1949 bis 1960 bietet die Tabelle 3,

Wenn man, um kurzfristige Schwankungen in den Prioritäten der Zweigentwicklung auszuschließen, Koeffizienten des Produktionszuwachses errechnet, so ergibt sich, daß von 16 betrachteten Zweigen nur 5 eine höhere Wachstumsdynamik als die industrielle Gesamtproduktion ausweisen. Das waren die metallverarbeitende Industrie (2,07), die chemische Industrie (1,85), die Baustoffindustrie (1,58), die gummiverarbeitende Industrie (1,34) und die Schwarzmetallurgie (1,01), wobei sich das Wachstum des letztgenannten Zweiges im wesentlichen mit dem der Gesamtindustrie deckte.

Von den übrigen Zweigen hatte den höchsten Koeffizienten die Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung (0,96) und den niedrigsten die polygraphische Industrie (0,35). Im folgenden Jahrzehnt, in dem die Entwicklung der polygraphischen Industrie weit über dem Durchschnitt der Entwicklung der Industrieproduktion lag, wurde dieser Rückstand vermindert.

Der Zuwachs der Industrieproduktion resultierte in der ČSSR in den Jahren vor 1949 bis 1960 zu einem entscheidenden Teil aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität. Die Bruttoproduktion der Industrie nahm im genannten Zeitraum um 272 Prozent zu, die Zahl der Beschäftigten in der Industrie (ohne Lehrlinge) um 50 Prozent (von 1 557 000 auf 2 335 000) und die Zahl der Produktionsarbeiter um 38 Prozent (von 1 277 000 auf 1 759 000). Pro industrieller Produktionsarbeiter stieg die Arbeitsproduktivität auf 168 Prozent.²⁴

²³ Statistická ročenka Republiky československé 1957, a. a. O., S. 84 - 90;
Statistická ročenka ČSSR, a. a. O., 1961, S. 182 - 206.

²⁴ Statistická ročenka ČSSR, a. a. O., 1979, S. 28 - 30.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität war in der Baustoffindustrie, im Maschinenbau und in der chemischen Industrie am bemerkenswertesten. Gering hingegen wuchs die Arbeitsproduktivität in der Brennstoffindustrie und in der Papierindustrie, Insgesamt nahm sie in den beiden Grundgruppen der Industrieproduktion in gleichem Maße zu, ²⁵

In den Jahren zwischen 1949 und 1960 wurde der strategische Plan der KPC realisiert, die Slowakei zu industrialisieren und dadurch die materielle Grundlage für den allmählichen Ausgleich des wirtschaftlichen, materiellen und kulturellen Niveaus der beiden Teile der ČSSR zu schaffen. Der Jahreszuwachs der Industrieproduktion in der Slowakei betrug in den genannten Jahren durchschnittlich 14,8 Prozent. Der Westteil des Landes erreichte 11 Prozent. ²⁶

Der Anteil der Slowakei an der gesamtstaatlichen Industrieproduktion stieg von 13,2 Prozent im Jahre 1949 auf 18,6 Prozent im Jahre 1960. ²⁷ In der Slowakei waren - verglichen mit den böhmischen Ländern - vor allem die Baustoff-, die chemische Industrie, die Gummi-, die Holzverarbeitende Industrie, die Bekleidungs- und die Nahrungsgüterindustrie sowie die Buntmetallurgie stärker vertreten. Dagegen lag der Anteil der Brennstoffförderung, der Schwarzmetallurgie, des Maschinenbaus und der Textil-, Glas- und Keramikindustrie an der Gesamtindustrie niedriger. ²⁸ Mitte der sechziger Jahre erzeugte die Slowakei bereits mehr Industrieerzeugnisse als die Tschechoslowakische Republik im Jahre 1937 insgesamt.

Abschließend läßt sich feststellen, daß sich in der Tschechoslowakei in den Jahren von 1948 bis 1960, in denen grundlegende ökonomische Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gelöst worden waren, das Industriepotential bedeutend erhöht hat. Durch die Industrialisierung der wirtschaftlich rückständigen Gebiete des Staates gelang es, die Produktionskapazitäten gleichmäßiger zu verteilen und sowohl die einheimischen Rohstoffquellen als auch die Arbeitskräftereserven zweckmäßiger auszunutzen. Gleichzeitig vollzog sich mit dem quantitativen Wachstum der Produktion eine Modernisierung der Industriezweigstruktur. Insbesondere vergrößerte sich der Anteil des Maschinenbaus und der chemischen Industrie an der industriellen Gesamtproduktion. Die strukturellen Veränderungen der Industrieproduktion erfolgten in Übereinstimmung mit der neuen Orientierung in der tschechoslowakischen Ausfuhr in die sozialistischen Länder.

Die erheblichen Ansprüche verschiedener mit Vorrang entwickelter Zweige an Rohstoffe und Materialien, die zu breite Anlage des Produktionsprogrammes im Verhältnis zur geringen territorialen Ausdehnung des Landes sowie eine unzureichende Ausnutzung der Vorteile, die die internationale Spezialisierung und Kooperation der Produktion boten, kennzeichneten die Schwächen der in den fünfziger Jahren geschaffenen Struktur der tschechoslowakischen Industrie. Trotz der erreichten Teilerfolge gelang es der Tschechoslowakei nicht, bis zum Ende der fünfziger Jahre einige der fortgeschrittensten Industriezweige rechtzeitig zu entwickeln. In den sechziger Jahren verzögerten zwei Umstände - die ungünstige Entwicklung der Wirtschaft in der ersten Hälfte des Jahrzehnts und die Auswirkungen der Krise, in die die Gesellschaft in der ČSSR geraten war und die in den Jahren 1968/69 kulminierte - die Modernisierung der Struktur der tschechoslowakischen Industrie.

²⁵ Ebenda 1961, S. 163.

²⁶ Ebenda, S. 151 - 153.

²⁷ Průcha, Václav, u. a., a. a. O., S. 529.

²⁸ Statistická ročenka ČSSR, a. a. O., 1961, S. 154 - 156.

In den Jahren 1960 bis 1970 verliefen strukturelle Änderungen in der Industrie wesentlich langsamer als in dem vorangegangenen Jahrzehnt. Das weitere Wachstum des Anteils der Maschinenindustrie und der chemischen Industrie zuungunsten der Lebensmittelindustrie war am markantesten. Um ein wenig erhöhte sich auch der Anteil der Produktion von Elektrizität und Wärme, der Nichteisenmetallurgie, der Glas- und der polygraphischen Industrie. Der rasche Aufbau der Futtermittelindustrie beeinflusste in entscheidender Weise den wachsenden Anteil der Gruppe "sonstige Industriezweige". Die relative Bedeutung aller anderen Industriezweige im Rahmen der gesamten Industrieproduktion verringerte sich (vgl. Tabelle 2).

Nach Überwindung der gesamtgesellschaftlichen Krise stellte der XIV. Parteitag der KPČ im Jahre 1971 die Hauptaufgabe, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der ČSSR zu errichten. Auf ökonomischem Gebiet steht seit dieser Zeit die Anstrengung um eine höhere Effektivität der Volkswirtschaft im Vordergrund der Aufmerksamkeit, was unter anderem erfordert, planmäßig die Struktur der Industrieproduktion zu vervollkommen. Dabei entstanden im Zusammenhang mit dem Integrationsprozeß in den RGW-Ländern, mit dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktion und mit den neuen Erscheinungen in der Weltwirtschaft in der Mitte der siebziger Jahre qualitativ neue Aufgaben in dieser Hinsicht, deren Lösung sich die tschechoslowakische Wirtschaft beschleunigt widmen muß. In Anbetracht dessen, daß die Zweigstruktur der tschechoslowakischen Industrie bereits komplex ausgebildet ist, wird das Schwergewicht der Strukturveränderungen von der Makrostruktur in einzelne Bereiche und Betriebe der Industrie verlagert werden. Die Industriezweigstruktur in den europäischen RGW-Ländern hat sich einander genähert. Parallel zur weiteren Vertiefung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung wird sich eine Entwicklung wie die hier skizzierte auch in den sozialistischen Ländern vollziehen, die ein niedrigeres Ausgangsniveau der Wirtschaft als die Tschechoslowakei hatten.

(Übersetzt von Jaromír Lauer mann)

Der Kampf um die Vorrangstellung in der sächsischen
Elektroenergieversorgung (EEV)
von 1911 bis 1916

von Johannes Büchner/Otto Bittmann

1. Vorbemerkung
2. Die Entwicklung der sächsischen Elektroenergieversorgung bis zum Jahre 1911
3. Die Verschärfung des Kampfes zwischen den verschiedenen Eigentümern der Kraftwerke um die Vorrangstellung in der sächsischen Elektroenergieversorgung nach 1911
4. Die neue Rolle des sächsischen Staates in der Auseinandersetzung um die Elektroenergieversorgung des Landes in der Zeit von 1911 bis 1916

1. Vorbemerkung

Zwischen dem Energieverbrauch und dem Wirtschaftswachstum bestand auch nach dem Ende der industriellen Revolution in Deutschland¹ ein enger Zusammenhang. Engels hat seinerzeit darauf hingewiesen, daß die Elektrizität "die Industrie definitiv von fast allen Lokalschranken (befreit), die Verwendung auch der abgelegensten Wasserkräfte möglich (macht), und wenn sie auch im Anfang den Städten zugute kommen wird, muß sie schließlich der mächtigste Hebel werden zur Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land".² Dem ansteigenden Energiebedarf wurde in erster Linie durch den Ausbau sowohl der energetischen Basis, der Förderung oder Nutzung von Energieträgern wie Kohle und Wasser, als auch der daraus gewonnenen Energieformen wie Wärme und Elektrizität entsprochen.

Die Gründung der ersten öffentlichen Elektrizitätswerke in Deutschland erfolgte durch Privatunternehmen, die elektrotechnische Geräte und Einrichtungen pro-

1 Die industrielle Revolution in Deutschland war mit der ersten zyklischen Krise des deutschen Industriekapitalismus, der Krise von 1873 bis 1879, beendet. Vgl. Mottek, Karl/Becker, Walter/Wutzmer, Heinz/Blumberg, Horst, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution, Bd. 1, Berlin 1960, S. 61.

2 Marx/Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 445.

duzierten, meist gemeinsam mit bestimmten Bankgruppen.³ Die Erzeugung und der Vertrieb elektrotechnischer Erzeugnisse, die Errichtung und die Betriebsführung der Elektrizitätswerke, ebenso aber auch ein großer Teil des Reparaturwesens und der Installationstätigkeit lagen damals fast ausschließlich in Händen der Elektroindustrie. Nachdem ein Teil der städtischen Elektroenergieversorgung - insbesondere in den Großstädten - in Form kommunaler Regiebetriebe organisiert worden war, kam es ab 1895 zur Gründung von Überlandzentralen. Diese größtenteils von elektroindustriellen Unternehmungen beherrschten Gesellschaften dehnten ihre Versorgungsgebiete rasch aus, wobei sie verschiedentlich bestrebt waren, die kommunalen Werke in ihren Erweiterungsmöglichkeiten zu behindern. Um die Jahrhundertwende verfolgten die elektroindustriellen Unternehmungen vor allem energiewirtschaftliche Interessen. Sie waren jedoch an der Mehrzahl der unter ihrem Einfluß stehenden Versorgungsunternehmen nicht unmittelbar, sondern über Finanzierungs- und Dachgesellschaften beteiligt, deren Beherrschung sie sich mit Bankgruppen teilten.⁴

Die kurz nach der Jahrhundertwende einbrechende Krise brachte eine Umgruppierung innerhalb des Einflußbereiches der Elektroindustrie, wobei zum Beispiel die Gruppen Helios, Union, Schuckert, Lahmeyer und Kummer teils zusammenbrachen,⁵ teils ihre Selbständigkeit verloren.⁶ Bald darauf kam es zur Gründung von Überlandzentralen durch öffentlich-rechtliche Körperschaften; auch Zechengruppen (beispielsweise Stinnes) ordneten sich schon vor dem ersten Weltkrieg Elektrizitätsunternehmen unter, um sich für den Überschußstrom ihrer eigenen Anlagen Absatzmöglichkeiten zu sichern.

Diese Entwicklung betraf alle damaligen deutschen Bundesstaaten. (Der staatspolitische Aufbau umfaßte in dieser Zeit 29 selbständige Länder.) Dabei gab es jedoch gewisse Unterschiede, die sowohl historisch wie auch geographisch bedingt waren.

Im Jahre 1912 schlossen sich in Sachsen 50 Gemeinden und Gemeindeverbände als Besitzer öffentlicher Elektrizitätswerke zu einem Elektroverband zusammen. Mit der Absicht, zwei Großkraftwerke im Lande zu errichten, und zwar ein Westkraftwerk bei Leipzig und ein Ostkraftwerk in der Oberlausitz, die auf den vorhandenen Rohbraunkohlenfeldern erbaut werden sollten, wurde unter der Führung der Großstädte, insbesondere der Stadt Dresden, die Zusammenfassung der Landesenergieversorgung geplant. Die Rivalität sowohl zwischen den

3 Eine Analyse der Elektrokonzerne in Deutschland findet sich bei Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 250 ff., sowie bei Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S. 132 ff.

4 Vgl. dazu Nussbaum, Helga, Unternehmer gegen Monopole, Berlin 1966, S. 12 ff., sowie dieselbe, Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1909 bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden: JWG) 1968, T. 2, S. 117 ff.

5 Helios, Elektrizitäts-A.G., Köln, gegr. 1897; Union-Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin, gegr. 1892; Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co., Nürnberg, gegr. 1893; Elektrizitäts-A.G., vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt a. M., gegr. 1893; A.-G. Elektrizitätswerke (vorm. O. L. Kummer & Co.), Dresden, gegr. 1894.

6 Vgl. dazu Mottek, Karl/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1977, S. 95 f.

Großstädten und den Landstädten nebst Landgemeinden einerseits und dem Staat andererseits hemmte die Durchführung der Zusammenfassung. Das war eine gewisse Besonderheit Sachsens.

Die Landgemeinden wandten sich im Jahre 1915 an die sächsische Regierung, die daraufhin die Energieversorgung des Königreiches Sachsen als eine Staatsaufgabe bezeichnete. Mit seinen umfangreichen Kohlenfeldern bei Leipzig und in der Oberlausitz war der Staat an der Durchführung des Projektes besonders interessiert. Ein privates Elektrizitätsmonopol sollte durch den Erwerb der Kohlenfelder verhindert werden. Die Elektra AG Dresden sowie die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin (ELG) versorgten bereits einen großen Teil Sachsens mit Energie. Die Durchführung der staatlichen Elektroenergieversorgung übertrug man einer staatlichen Anstalt, deren Verhältnis zu den bestehenden Elektrizitätsunternehmen Ende 1916 gesetzlich geregelt wurde. Es entstand in Sachsen die Direktion der Staatlichen Elektrizitätswerke. Von der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin übernahm der sächsische Staat das Werk in Hirschfelde und die Elbzentrale in Pirna einschließlich der zugehörigen Netze. Gleichzeitig erwarb er die in privaten Händen befindliche Braunkohlengrube Herkules bei Hirschfelde. Die Übernahme der Elektroenergieversorgung in staatliche Regie bildete den Grundpfeiler der Weiterentwicklung der sächsischen Landesenergieversorgung. Das war zugleich die zweite Besonderheit Sachsens.

Der folgende Beitrag versucht, diese Entwicklung im einzelnen nachzuzeichnen, wobei er sich hauptsächlich auf die im Staatsarchiv Dresden vorhandenen Quellen stützt.⁷

2. Die Entwicklung der sächsischen Elektroenergieversorgung bis zum Jahre 1911

Im Jahre 1911 befaßte sich die sächsische Regierung zum ersten Mal offiziell mit Fragen der öffentlichen Elektroenergieversorgung, indem eine statistische Erhebung durchgeführt wurde. Der Staat wollte Einfluß auf die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges nehmen. Im selben Jahr trat die Bürgermeistervereinigung an die Regierung mit dem Anliegen heran, einen Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke gegen die Monopolbestrebungen der Elektrokonzerne zu gründen.

Die Versorgung Sachsens mit Licht- und Kraftstrom war bis zum Jahre 1911, außer in einigen fast ausschließlich landwirtschaftlichen Gebieten im Südwesten und Nordosten, fast abgeschlossen. Für 3 652 700 von 4 802 500 Einwohnern erzeugten 145 Elektrizitätswerke Elektroenergie; davon waren 74 in kommunalem Besitz (51 Prozent), 70 befanden sich in privatkapitalistischer Hand (48,3 Prozent), eines war ein staatliches Unternehmen.⁸ Eine Aufschlüsselung auf die Gesamtzahl der 3 652 700 Stromabnehmer ergibt, daß 2 628 100 Abnehmer an kommunale und 1 024 600 an private Kraftwerke angeschlossen waren. Der ein-

7 Über die Entwicklung der sächsischen Elektroenergieversorgung gibt es auch eine Reihe von Veröffentlichungen, die jedoch wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen. Vgl. u. a. Eichhorn, Johannes, Die staatliche Elektrizitätsversorgung in Sachsen und Bayern, Leipzig 1926; Niemann, H. -W., Die Anfänge der staatlichen Elektrizitätsversorgung im Königreich Sachsen, in: Unternehmensgeschichte, Wiesbaden, Nr. 2/1978.

8 Staatsarchiv Dresden (im folgenden: StAD), Akte des Finanzministeriums, Nr. 4694, Anlage A, Bl. 21 f., 39 f.

zige staatliche Betrieb, der aber keine Bedeutung erlangte, da er nur die Landesanstalt Hubertusburg in Weirnsdorf versorgte, wird in die weitere Betrachtung nicht einbezogen. Insgesamt verwendeten 76,1 Prozent der sächsischen Bevölkerung am 1. Januar 1911 Elektroenergie, wobei mehr als die Hälfte von den kommunalen Zentralen bezogen wurde. Die 74 kommunalen Elektrizitätswerke besaßen eine installierte Leistung von 122 673 kW und die 70 privatkapitalistischen Betriebe von 61.731 kW.

Statistisch gesehen, sind die Angaben recht interessant, wenn man außerdem bedenkt, daß seit der Schaffung der ersten sächsischen Elektrizitätswerke 1892/93 bis zum Jahre 1911 kaum zwei Jahrzehnte vergingen, bis die Elektroenergie gegenüber den anderen Beleuchtungs- und Antriebsarten dominierte.⁹ Der kommunale Sektor der EEV hatte also bis 1911 im Königreich Sachsen das Übergewicht in bezug auf die Zahl der Kraftwerke, die in ihnen installierte Leistung und auf die Anzahl der Energieabnehmer errungen. Trotz dieser Überlegenheit der Kommunen hatten sich die Elektrokonzerne entscheidende Positionen in den großen ost- und westsächsischen industriellen Ballungsgebieten erobert.

Eine Tabelle, die die Versorgung der Einwohner mit Elektroenergie aus den Kraftwerken beider Eigentumsformen zeigt, macht die Situation noch deutlicher.

Tabelle 1

Kraftwerke nach der Anzahl der von ihnen versorgten Einwohner

Zahl der Einwohner	Kommunale Betriebe	Privatkapitalistische Betriebe
1 - 1 000	-	6
1 001 - 5 000	18	37
5 001 - 10 000	21	14
10 001 - 50 000	27	7
50 001 - 100 000	3	2
100 001 - 500 000	3	4
Über 500 000	2	-
Zusammen	74	70

Quelle:

Zusammengestellt nach Staatsarchiv Dresden, Finanzministerium, Akte 4694, Bl. 39 f.

Bei der Gegenüberstellung beider Eigentumsformen fällt auf, daß für Ortschaften bis zu 10 000 Einwohnern 57 von 70 privatkapitalistischen Anlagen (rund 81 Prozent) Licht- und Kraftstrom lieferten, während auf den kommunalen Bereich nur 39 von 74 Anlagen (rund 52 Prozent) kamen. Die hohe Zahl der Werke im privaten Sektor für die Versorgung von Ortschaften bis zu 10 000 Einwohnern erklärt sich daraus, daß die kapitalistischen Unternehmer, die die Elektrizität

⁹ Deutsches Zentralarchiv Merseburg. Rep. 77, Ministerium des Innern, Tit. 1375, Nr. 5, Bd. 1, Bl. 264 a.

tätswerke zunächst für die Befriedigung der Licht- und Kraftstrombedürfnisse in ihren Betrieben errichten ließen, die Stromlieferung zur besseren Verwertung des angelegten Kapitals auch auf Städte und Dörfer ausdehnten.

Kommunale Kraftwerke in dieser Größenordnung dienten zunächst der Versorgung eigener Dienststellen, der Betriebe wie Post und Bahn, der Straßen sowie der Bevölkerung mit Licht-, zum Teil auch mit Kraftstrom für Straßenbahnen. Erst in zweiter Linie erfolgte die Lieferung von Strom an die auf ihrem Territorium liegenden kleinen und mittleren kapitalistischen Industriebetriebe.

Die Städte mittlerer Größe bis zu 100 000 Einwohnern einschließlich ihres industriellen und landwirtschaftlichen Bereiches wurden von 30 kommunalen Anlagen (Zentralen) (40, 5 Prozent aller kommunalen Zentralen) und 9 Privatunternehmen (12, 8 Prozent aller Privatunternehmen) mit Elektroenergie versorgt. Der Anteil der kommunalen Anlagen an der Elektroenergieerzeugung überstieg mit 27, 7 Prozent den der privaten Anlagen. In den Städten wurde 1910/11 neben dem Lichtstrom vor allem Kraftstrom für Straßenbahnen sowie für die kapitalistischen Betriebe benötigt. Der Ausbau eines großen Teils der städtischen Elektrizitätswerke zu Überlandzentralen erweiterte deren Einflußbereich auf die umliegenden Ortschaften und auf die kapitalistische Wirtschaft. Da die privatkapitalistischen Kraftwerke sich ebenfalls ständig ausdehnten, wurde die Bewegung zur Schaffung von Überlandzentralen zum entscheidenden Ausgangspunkt für die Verschärfung des Konkurrenzkampfes.¹⁰ Die Ausdehnung betraf in noch stärkerem Maße die großen Werke, die Elektroenergie für die Großstädte über 100 000 Einwohner, für große kapitalistische Unternehmen und für größere zusammenhängende Landesteile, zum Beispiel in Ost- und Westsachsen, erzeugten.

In Sachsen wurden - im Gegensatz zu den übrigen deutschen Staaten - schon 1911 drei Viertel der Bevölkerung mit Elektroenergie versorgt, das heißt, das Königreich Sachsen hatte einen überdurchschnittlich hohen Elektrifizierungsgrad. Drei Gründe sind dafür zu nennen:

1. Sachsen besaß gegenüber anderen deutschen Bundesstaaten eine hohe Bevölkerungsdichte auf verhältnismäßig engem Raum (330 Einwohner pro km² gegenüber 130 pro km² im Deutschen Reich). 1907 waren im kapitalistischen Sektor der Wirtschaft 44, 1 Prozent der Bevölkerung beschäftigt.¹¹

2. Die wirtschaftliche Struktur Sachsens unterschied sich wesentlich von anderen industriellen Zentren in Deutschland, so zum Beispiel an Rhein und Ruhr, in Berlin, in Oberschlesien. Sachsen bildete ein Zentrum der verarbeitenden Industrie, in der von 1, 5 Millionen Lohnarbeitern etwa 800 000 in 3 400 kapitalistischen Unternehmen beschäftigt waren.¹² Somit entfielen auf einen Betrieb im Durchschnitt 235 Arbeiter. Dieser entscheidende Teil des industriellen Bereiches, in viele Branchen aufgesplittert und über das ganze Land verstreut, bezog einen hohen Prozentsatz seiner Rohstoffe (zum Beispiel für die Textil- und die Genußmittelproduktion) aus dem Ausland, die Kohle aus Oberschlesien und Nordböhmen, den Stahl aus dem Rheinland. Hinzu kam eine starke Exportabhängigkeit seiner Produkte.

3. Die kleinen und mittleren Betriebe sparten bei der Verwendung von Elektroenergie als Antriebskraft die Transportkosten für Kohle. Diese Kosten waren

10 Strauß, Walter, Die deutschen Überland-Zentralen, Berlin 1913, S. 11.

11 Statistisches Jahrbuch des Königreiches Sachsen, 1910, S. 3.

12 Ruge, Wolfgang, Stresemann, Ein Lebensbild, Berlin 1965, S. 13.

angesichts der abgelegenen Lage zahlreicher Unternehmen im Erzgebirge und im Vogtland besonders hoch gewesen. Da namentlich die englischen und amerikanischen Konkurrenten "nennenswerte Kosten dieser Art"¹³ nicht zu tragen gehabt hatten, also für ihre Waren auf den Märkten höhere Profite erzielen konnten als die sächsischen Kapitalisten, fielen diese um so mehr ins Gewicht.

Diese Situation wirkte sich förderlich auf den Bau von Kraftwerken aus, so daß von 1892 bis 1907 insgesamt 165 Elektrizitätswerke entstanden, darunter 129 Kleinanlagen. Die Verringerung dieser Zahl von 165 auf 145 in den Jahren 1907 bis 1911 ist auf die Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals im Zusammenhang mit dem Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen und Privatunternehmern zurückzuführen.

Die Reduzierung der Zahl der Werke ging einher mit der Entwicklung von Überlandzentralen. Von 1904 bis 1911 wurden die leistungsfähigsten Betriebe ausgebaut bzw. Kraftwerke neuen Typs errichtet, so daß es am Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts 27 Elektrizitätswerke in den Größenordnungen 1 000 bis über 5 000 kW gab.¹⁴

Kommunale Anlagen entstanden unter anderem in Annaberg, Bautzen, Reichenbach, Zittau.¹⁵ Sie sollten das eigene Territorium und die angrenzenden Gebiete für den Bezug von Elektroenergie monopolisieren. Auch die schon bestehenden großen kommunalen und privaten Anlagen in Leipzig, Chemnitz, Oberlungwitz usw. wurden ständig vergrößert. Außerdem blieb die Ausbreitung der EEV nicht nur auf den sächsischen Raum beschränkt, sondern ging über die Landesgrenzen hinaus nach Preußen, Nordböhmen (heute ČSSR) und Thüringen.

In der folgenden Tabelle sollen die Überlandzentralen von 1 000 kW aufwärts zwischen dem Deutschen Reich und Sachsen verglichen werden.

Tabelle 2

Kraftwerke ab 1000 kW im Deutschen Reich und in Sachsen am 1. 4. 1911

	Leistungsfähigkeit	Zahl der Kraftwerke	In Prozent
Deutschland	1 000 - 2 000 kW	93	
Sachsen	dito	8	8,6
Deutschland	2 000 - 5 000 kW	59	
Sachsen	dito	9	15,3
Deutschland	über 5 000 kW	53	
Sachsen	dito	9	17,0

Quellen:

Elektrotechnische Zeitschrift, 1911, S. 260; Staatsarchiv Dresden, Finanzministerium, Akte Nr. 4695, Bl. 133, S. 33.

13 Bénndorf, E., Weltwirtschaftliche Beziehungen der sächsischen Industrie, Jena 1917, S. 80.

14 StAD, Akte des Finanzministeriums, Nr. 4694, Anlage A, Bl. 21 f., 39 f.

15 Vgl. ebenda, Bl. 24.

Über die Eigentumsverhältnisse in Sachsen im Jahr 1911 gibt die nächste Tabelle Auskunft.

Tabelle 3

Eigentumsverhältnisse im Bereich der EEV in Sachsen am 1. 1. 1911

Leistungsfähigkeit in kW	Kommunale Betriebe	Privatkapitalistische Betriebe
1 - 100	-	22
101 - 500	43	27
501 - 1 000	15	11
1 001 - 2 000	5	3
2 001 - 5 000	7	2
Über 5 000	4	5
Insgesamt	74	70

Quelle:

Zusammengestellt nach Staatsarchiv Dresden, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Bl. 39 f.

Die in beiden Eigentumsformen vorhandenen 118 Anlagen mit einem geringeren Anschlußwert¹⁶ bis zu 1 000 kW konnten aufgrund der ständig wachsenden Industrialisierung der sächsischen Wirtschaft den Bedarf an Licht- und Kraftstrom nicht mehr decken.

Zieht man die Berechnung in Betracht, die anlässlich einer Denkschrift für ein Reichsstarkstromgesetz vorgenommen wurde, nach der 103 Elektrizitätswerke mit einer Maschinenleistung von je 5 000 kW ausreichen, den Elektroenergiebedarf im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Deutschland voll und ganz zu decken,¹⁷ so hätten für die EEV Sachsens 12 Anlagen genügen müssen, und 133 wären überflüssig gewesen.

Läßt man die Anlagen ab 5 000 kW Leistung außer Betracht, so zeigt sich aber, daß fast jede Stadt und auch größere Dörfer (Beispiel: Olbersdorf bei Zittau mit 2 000 Einwohnern) ein Kraftwerk für die Belieferung der Industrie, der Landwirtschaft, des Transportwesens und des öffentlichen und privaten Bereiches mit Licht- und Kraftstrom besaßen, weil die Betriebe auf Eigenerzeugung von Elektroenergie eingerichtet waren und ihre Wirtschaftsführung nach engsten lokalen und privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte.¹⁸ Die sächsische EEV war in verschiedene Eigentumsformen zersplittert, in unterschiedlich große bzw. kleine Versorgungsgebiete, in eine Vielzahl unwirtschaftlicher Kraft-

16 Unter Anschlußwert wird die Leistung in kW (= 1,3 PS) verstanden, die der gleichzeitige Betrieb aller angeschlossenen Lampen, Motoren und sonstigen Apparate erfordern würde.

17 Vgl. Nussbaum, Helga, Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung . . . , a. a. O., S. 117 ff.

18 Vgl. Mitteilungen des Zittauer Geschichtsvereins, Nr. 13/1931, S. 55.

werke mit geringer Leistungsfähigkeit. Zur vorherigen Zersplitterung kam die Herausbildung verschiedener stofflich-technischer Vergesellschaftungsstufen in der EEV. Gleichzeitig entstanden erste Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf diesem Gebiet.

Die einfachste und häufigste Stufe im kommunalen und privaten Eigentumssektor waren 1911 die 118 Einzelkraftwerke bis zu 1 000 kW Leistungsfähigkeit. Diese Betriebe besaßen kein Überlandnetz und versorgten nur ein geschlossenes Gemeinwesen mit Elektroenergie. Die privatkapitalistischen Elektrizitätswerke, die hauptsächlich der Eigenversorgung von Betrieben dienten, lieferten über den eigenen Bedarf hinaus auf Vertragsbasis Elektroenergie auch an Städte und Dörfer. Alle Anlagen und Netze sind von Betrieben der Elektroindustrie erbaut worden, die das Kapital bei einem Zinssatz von 3,75 bis 5 Prozent Zinsen für 25 bis 50 Jahre vorgeschossen haben. Die Stadt Zittau zahlte zum Beispiel 4,22 Prozent Zinsen, das heißt 4 790 Mark, an die Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen AG in Nürnberg. Als Gewinnanteil aus den Bruttoeinnahmen war für den Rat der Stadt im

1. bis 3. Jahr	1	Prozent,
4. bis 5. Jahr	1,5	Prozent,
6. bis 10. Jahr	2	Prozent

und im 11. bis 15. Jahr 2,5 Prozent

vorgesehen.¹⁹

Mit den Krediten für den Bau kommunaler Elektrizitätswerke waren Verträge verbunden, die den erbauenden Betrieben das ausschließliche Wegerecht und die Abschirmung des Versorgungsgebietes gegenüber anderen Konkurrenten zusprachen. Zugleich erwarben diese Gesellschaften das Recht des Baus neuer bzw. der Erweiterung bestehender Anlagen sowie der alleinigen Lieferung von Ersatzteilen.

Die Kommunen wiederum sicherten sich durch die Verträge Einnahmen aus den Betrieben sowie bestimmte Tarifvergünstigungen hinsichtlich des Lichtstromes für öffentliche Gebäude und Straßen. Das gleiche trifft für die Errichtung privatkapitalistischer Kraftwerke zu.

In dem Vertrag der Gemeindevertretung Auerbach mit dem Unternehmer eines privaten Elektrizitätswerkes, der als typisches Beispiel gelten kann, heißt es: "Dem Elektrizitätswerk wird regelmäßig von der Gemeinde auf längere Zeit - meist 25 Jahre - ein ausschließliches Benutzungsrecht hinsichtlich des Gemeindeareals eingeräumt. Die Gemeinde erhält als Gegenleistung die Elektrizitätsversorgung, bisweilen auch einen Anteil an der Stromgeldeinnahme sowie Rabatte für ihre eigene Stromentnahme."²⁰

Die zweite Stufe, die sich in beiden Eigentumssektoren herausbildete, stellten die Überlandzentralen dar. Sie versorgten eine größere Zahl von Gemeinden, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben mit Elektroenergie. Da ihr Einflußbereich in den meisten Fällen über die Grenzen der eigenen Amtshauptmannschaften²¹ hinausging, belieferten sie auch die benachbarten Gebiete. Diese Überschreitung des eigenen Territoriums führte aber zu Überschneidungen mit den

19 Ratsarchiv Zittau, Akte IIc, Nr. 2, Bl. 192; ebenda, Akte IIc, Cap. III, Nr. 2, Bl. 15.

20 StAD, Ministerium des Innern, Akte Nr. 13 721, Bl. 28.

21 Die Größe einer Amtshauptmannschaft entspricht etwa einem heutigen Kreisgebiet.

Netzen anderer Anlagen, zu abweichenden Spannungen, zu unterschiedlichen Tarifen, zu verschiedenartigen Vergünstigungen usw.

Zwei Beispiele seien aus einer Vielzahl solcher Fälle herausgegriffen:

1. Die Gemeinden und Betriebe der Amtshauptmannschaft Löbau bezogen Licht- und Kraftstrom von dem Elektrizitätswerk der Stadt Löbau, den städtischen Überlandzentralen Bautzen und Zittau sowie dem Kraftwerk Hirschfelde, das der Tochtergesellschaft der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG), der ELG, gehörte.²²

2. Der Amtshauptmannschaft Zwickau lieferten Elektroenergie die Sächsische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft AG (SELG) in Oberlungwitz mit ihrem Kraftwerk in Schweinsburg, die Zwickauer Elektrizitäts- und Straßenbahnaktiengesellschaft in Zwickau und die Kraftwerkszentrale der Stadt Reichenbach,²³

Die Entwicklung vorhandener Kraftwerke zu großen Überlandzentralen hatte vor allem in den Jahren 1909 bis 1911 ein großes Ausmaß angenommen, wie die beiden folgenden Tabellen zeigen.

Tabelle 4

Leistungserhöhung der drei größten städtischen Elektrizitätswerke in Sachsen von 1909 bis 1911

Dresden	wies	1909 eine Leistung in kW von	11 842 auf
	und	1911 eine Leistung in kW von	20 235;
Chemnitz	wies	1909 eine Leistung in kW von	7 670 auf
	und	1911 eine Leistung in kW von	24 902;
Leipzig	wies	1909 eine Leistung in kW von	4 785 auf
	und	1911 eine Leistung in kW von	20 879.

Quellen:

Elektrotechnische Zeitschrift, 1909, S. 914; Staatsarchiv Dresden, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Bl. 39 f. von 1911.

Tabelle 5

Leistungserhöhung der drei größten privatkapitalistischen Anlagen in Sachsen von 1909 bis 1911

Oberlungwitz	wies	1909 eine Leistung in kW von	4 600 auf
	und	1911 eine Leistung in kW von	8 225;
Werdau	wies	1909 eine Leistung in kW von	2 910 auf
	und	1911 eine Leistung in kW von	10 724;
Neusalza	wies	1909 eine Leistung in kW von	2 000 auf
	und	1911 eine Leistung in kW von	9 125.

Quellen:

Elektrotechnische Zeitschrift, 1909, S. 914; Staatsarchiv Dresden, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Bl. 39 f. von 1911.

22 StAD, Ministerium des Innern, Akte Nr. 13 721, Bl. 28v, 28r.

23 Ebenda, Bl. 187v, 187r.

Die Verträge der Überlandzentralen mit den Gemeinden unterschieden sich in bezug auf die Zusicherung von Rechten usw. von denen der Ortsanlagen nur hinsichtlich eines Punktes: Mit den in ihren Einflußbereichen liegenden Großabnehmern - größere Handwerks-, Industrie- und landwirtschaftliche Betriebe - schlossen die Überlandzentralen besondere Vereinbarungen vor allem hinsichtlich der Abnahme von Kraftstrom ab, die von den allgemeinen Bedingungen abwichen.²⁴

Wie groß die Betriebseinnahmen für eine abgegebene kWh an Licht- bzw. Kraftstrom waren, soll die folgende Tabelle verdeutlichen:

Tabelle 6

Betriebseinnahmen für eine abgegebene Kilowattstunde Licht- und Kraftstrom aus einigen Überlandzentralen

Überlandzentralen	Betriebseinnahmen für eine abgegebene kWh	
	Licht in Pf	Kraft in Pf
a) kommunal		
Leipzig	45, 2	19, 5
Plauen	46, 3	20, 6
Reichenbach	41, 0	10, 3
Zittau (Stadt)	33, 6	10, 2
Zittau (Land)	37, 7	14, 6
b) privatkapitalistisch		
Neusalza	30, 0	8, 1
Oberlungwitz	38, 8	13, 9
Werdau	29, 6	7, 1

Quelle:

Staatsarchiv Dresden, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Anlage B.

Der billigere Kraftstromverbrauch hatte nicht nur ökonomische Gründe, sondern die Gemeinden, die werktätigen Schichten, vor allem die Arbeiterklasse in den Städten mußten den Kraftstromverbrauch der kapitalistischen Industriebetriebe mit finanzieren. In der Hauptversammlung der Vereinigung der kommunalen Elektrizitätswerke 1911 wurde von den Teilnehmern hervorgehoben: "Wir helfen den Fabrikanten, den Rohstoff Kraft, und ein solcher ist die elektrische Energie, genau so gut wie Wolle und Baumwolle, billigst zu beziehen. Der Vorteil liegt darin, daß beim Aufbau einer Eigenanlage über 300 PS 60 - 100 000 M mehr investiert werden müßten, die im anderen Falle im Geschäft verbleiben könnten."²⁵

Mit dem Ausbau von Kraftwerken vollzog sich eine intensive Konzentration und Zentralisation der Produktion von Elektroenergie und Kapital, und zwar insbesondere in den Anlagen, die den Tochtergesellschaften der beiden führenden Kon-

²⁴ Ebenda, Bl. 25.

²⁵ Hauptversammlung der Vereinigung der Elektrizitätswerke in Magdeburg, in: Mitteilungen der Vereinigung, Nr. 119/1911.

zerne AEG und Siemens-Schuckert gehörten. Diese Entwicklung soll an zwei typischen Beispielen demonstriert werden:

1. Der AEG-Konzern als Muttergesellschaft nahm über seine Tochtergesellschaft ELG in der Oberlausitz die Konzentration und Zentralisation in der Weise vor, daß er bis zum 1. Januar 1911 in Hirschfelde ein Großkraftwerk errichten ließ. Die um die Jahrhundertwende erbauten und finanzierten neuen kleinen Werke (Reichenau, Oberoderwitz, Eibau, Ebersbach, Neusalza, Großpostwitz, Hirschfelde, Varnsdorf und Kratzau²⁶) legte er still bzw. koppelte sie mit der neuen Anlage und errang auf diese Weise gegenüber den kommunalen Elektrizitätswerken in diesem Raum einen dominierenden Einfluß.

Durch die folgende Tabelle wird die Situation noch deutlicher:

Tabelle 7

Gegenüberstellung der Überlandzentrale Hirschfelde und der anderen Kraftwerke in diesem Raum 1911

Zahl der Kraftwerke	Mit Strom zu versorgende Orte	Erzeugte Elektroenergie in kWh
12 (davon 9 kommunal und 3 privatkapitalistisch)	234	10 401 417
ELG (Hirschfelde)	60	11 000 000

Quelle:

Zusammengestellt nach dem Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer Zittau 1912, S. 190 - 193.

2. Die Elektra AG, eine Tochtergesellschaft des Siemens-Schuckert-Konzerns mit Sitz in Dresden, baute das Werk in Schandau zu einer Überlandzentrale aus und sicherte sich durch Stromlieferungs- und Konzessionsverträge mit 3 Städten und 30 Gemeinden einen wichtigen Bereich südlich Dresdens mit Sebnitz, Schandau, Königstein und einem Teil Nordböhmens.²⁷ Die Verträge boten der Gesellschaft eine Reihe von Vorteilen:

- Die Elektra AG erhielt ein langfristiges Verfügungsrecht über das kommunale Straßennetz, das als "wichtigstes wirtschaftliches Recht neben dem Recht zur Abgabenerhebung"²⁸ angesehen wurde. Der Elektrokonzern wurde somit Mit-eigentümer kommunalen Besitzes.
- Neben der ausschließlichen Versorgung der Kommunen mit Elektroenergie erwarb die Elektra AG die Verfügungsgewalt über das Verlegen der Leitungen und die Ausführung aller Installationsarbeiten mit eigenem Material.
- Die vertragliche Ausschaltung jeglicher Konkurrenzunternehmen in der EEV machte die Gemeinden und die auf ihrem Territorium liegenden strombeziehenden industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe von der Aktiengesellschaft abhängig. Die daraus entstandene Monopolstellung gab der Elektra AG

26 Vgl. Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer Zittau, 1913, S. 114 - 117.

27 Vgl. Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1915/1916, Bd. 1, S. 2237.

28 StAD, Ministerium des Innern, Akte Nr. 13 720, Bl. 78r.

die Möglichkeit, in die Finanzen der Körperschaften und kapitalistischen Unternehmen Einblick zu nehmen; denn jede von ihr gewährte Vergünstigung schloß das Recht der Einsichtnahme in das Finanzgebahren des jeweiligen Antragstellers ein.

Die Verträge, die im beiderseitigen Einvernehmen abgeschlossen wurden, bedeuteten einen ersten Schritt des Zusammenwirkens von Monopol- und Staatsmacht, wengleich es sich vorerst um untere Staatsorgane handelte. Verflechtungen dieser Art sollten die sächsische Regierung 1916 bei ihrem Vorhaben zur Verstaatlichung der EEV entscheidend beeinflussen.

Die dritte Stufe in der Elektroenergieversorgung stellten die Gemeindeverbandswerke dar.

Die westlich und nördlich von Dresden gelegenen Kraftwerke der Gemeindeverbände Coschütz, Cossebaude, Deuben und Niederlößnitz²⁹ schlossen sich um die Jahrhundertwende zu einem Gemeindeverbandswerk zusammen. Damit trafen erstmals in Sachsen mehrere Gemeinden eine Absprache über die gemeinsame Nutzung der Netze, die einheitliche Tarifgestaltung und das gemeinsame Vorgehen bzw. Sich-Abschirmen gegen andere Konkurrenten. Die Aufsicht über das Verbandswerk blieb jeweils in den Händen der Gemeindeverbände, die das Kraftwerk besaßen und auch mit den auf ihren Territorien liegenden Gemeinden Stromlieferungsverträge abschlossen.

Die Gemeinderäte erließen zu den Verträgen nähere Bestimmungen, in denen die Bezugsbedingungen für Elektroenergie, die Herstellung von Anschlüssen und vor allem eine Reihe von Strafmaßnahmen für solche Benutzer enthalten waren, die zum Beispiel mehr und stärkere Glühlampen oder Elektromotoren anschlossen, als sie gemeldet hatten.³⁰

Der 1910 entstandene Elektrizitätsverband Gröbba, der die Amtshauptmannschaften Oschatz, Döbeln, Meißen und Großenhain mit 657 Gemeinden sowie 164 Rittergütern (zusammen 821 Einheiten) umfaßte, war ein weiterer Typ dieser Art.³¹ Die Aufsicht bekam die Amtshauptmannschaft Großenhain zugesprochen, die den Verband in allen finanziellen und juristischen Belangen vertrat. Die Regelung ergab sich aus der Tatsache, daß die Belieferung von Elektroenergie zum Teil durch Fremdbezug aus den Lauchhammerwerken erfolgte. Zu diesem Zweck wurde auch 1910 die erste 100 000-Volt-Leitung in Europa von den Lauchhammerwerken nach Gröbba bei Riesa errichtet.³²

Die Ursache für die Gründung von Elektrizitätsverbänden ist im Kapitalmangel der Kommunen zum Bau von Kraftwerken mit Überlandcharakter zu suchen. Durch den Zusammenschluß mehrerer Gemeindeverbände bzw. Amtshauptmannschaften versuchten sie, ihre finanziellen Schwierigkeiten zu beheben, zumal die sächsische Regierung die Bildung von Verbänden auf dieser Basis gesetzlich förderte.³³

29 Vgl. ebenda, Akte Nr. 13 721, Bl. 167v.

30 Vgl. ebenda, Bl. 169r - 171v.

31 Vgl. Mitteilungen der Vereinigung der Elektrizitätswerke, Nr. 114/1911, S. 39.

32 Vgl. Heys, J. -Wilhelm van, Deutschlands Elektrizitätswirtschaft, Dresden 1931, S. 769.

33 Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen, 18. 6. 1910.

In Leipzig - Land (Oetzsch) entwickelte sich eine weitere Organisationsform, ein sogenannter Leitungsverband. Dieser Verband besaß zwar kein eigenes Kraftwerk, aber er war Besitzer der Leitungsnetze und trat ausschließlich als Wiederverkäufer von "Fremdstrom" auf. Die Elektroenergie lieferte die Leipziger Außenbahn-Aktiengesellschaft, die neben ihrer Braunkohlenzeche Kulkwitz bei Makranstädt in Zusammenarbeit mit der Thüringischen Gasgesellschaft ein Kraftwerk errichtete.³⁴

Ebenfalls im Jahre 1910 entstand ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, die Licht- und Kraftwerke-GmbH (Luk). Die Gesellschaft umfaßte die Amtshauptmannschaften Borna, Grimma und Rochlitz mit 9 Städten, 248 Landgemeinden sowie 91 Gutsbezirken und hatte ihren Sitz in Borna. In der von allen Beteiligten angenommenen Satzung wurden die finanziellen Anteile der einzelnen Gemeinden, die Zusammensetzung, Wahl und Entschädigung des Verbrauchsvorstandes, die Beschaffung der Mittel usw. genau fixiert.³⁵ Im Gegensatz zu den anderen Verbänden wurde Privatkapital in Höhe von einer Million Mark (40 Prozent des Gesamtkapitals) aufgenommen, das in den Händen der Aktionäre verblieb.³⁶

Damit vollzog sich eine Veränderung in der Zusammensetzung der Eigentumsverhältnisse, es kam zu einer Verschmelzung von kommunalem und Monopolkapital. Die Vereinigung hatte den Charakter einer Aktiengesellschaft.

Ein zweites, südlich von Dresden gelegenes gemischtwirtschaftliches Unternehmen, die Elbtalzentrale Pirna, wurde von der AEG gegründet und zu einer Überlandzentrale ausgebaut. Mit den Elektroenergie beziehenden Gemeinden wurde vereinbart, "daß die im Versorgungsgebiet des Werkes gelegenen Gemeinden ... das Recht haben sollten, bis zu 49 Prozent der Aktien zu erwerben". Die AEG beanspruchte ihrerseits mindestens ein Mitglied mehr als die Gemeinden für den Aufsichtsrat zu benennen,³⁷ wodurch die Kommunen der AEG untergeordnet wurden. Die Verzinsung der Kredite bedeutete für die AEG eine weitere Quelle ihres Monopolprofits.

Beide Verbände fanden durch den starken Einfluß der kommunalen Überlandzentralen und durch die vorherrschende antimonopolistische Haltung der Regierung in Sachsen keine weitere Verbreitung. So warnte 1911 das sächsische Innenministerium in einem Erlaß alle Gemeinden und Gemeindeverbände davor, finanzielle Verbindungen mit "Privaten" einzugehen.³⁸

Diese gemischtwirtschaftlichen Unternehmen können als ein weiteres Element des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrachtet werden.³⁹

Die Entwicklung der sächsischen EEV bis 1911 basierte auf den vorhandenen Stein- und Braunkohlenvorkommen, die, soweit sie schon bekannt waren, sich fast ausschließlich in den Händen in- und ausländischer Monopolgesellschaften

34 Vgl. StAD, Ministerium des Innern, Akte Nr. 13 720, Bl. 131, 133.

35 Vgl. ebenda, Bl. 70 f., 80 f.

36 Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4695, Bl. 133, Dekret 23, S. 49.

37 Passow, Richard, Die gemischtprivaten und öffentlichen Unternehmungen auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft, Jena 1912, S. 103.

38 Erlaß des Sächsischen Ministeriums des Innern an die Kreis- und Amtshauptmannschaften gegen die Veräußerung kommunaler Elektrizitätswerke, in: Elektrotechnische Zeitschrift, Nr. 10/1912, S. 204.

39 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 188.

befanden. Der staatliche Sektor spielte mit 5, 5 Prozent Steinkohlen- und 0, 5 Prozent Braunkohlenförderung nur eine geringe Rolle.⁴⁰

Um den Landesverbrauch für Energie- und Heizzwecke zu decken, mußten zusätzlich große Mengen an Kohle und Briketts eingeführt werden. Das bedeutete für die Kraftwerke ohne eigene Rohstoffbasis bzw. ohne günstige Verträge mit Bergwerken in unmittelbarer Nähe der Anlagen eine Verteuerung der Produktion von Elektroenergie, was sich auf die Verbraucher auswirken mußte, wenn die entstandenen Probleme nicht gelöst wurden.

Angesichts der Situation in der sich rasch entwickelnden Elektroenergieversorgung konnte die sächsische Regierung nicht unbeteiligt bleiben. Sie mußte Stellung beziehen für oder wider eine kommunale oder monopolkapitalistische Vorrangstellung in diesem neuen Wirtschaftszweig.

Am 31. Oktober 1909 stellten die Ministerien des Innern und der Finanzen ein Dokument mit der Bezeichnung "Entwurf eines Starkstrom-Wegegesetzes" fertig, dessen Untertitel "betreffend die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von Starkstromanlagen" lautete.⁴¹

Es war der erste staatliche Versuch, in einem Bundesstaat Deutschlands die Regelung der EEV nicht mehr dem Selbstlauf zu überlassen. Der Entwurf wurde als "Denkschrift über den sächsischen Vorschlag bezüglich rechtsgesetzlicher Regelung der Verteilung für größere elektrische Anlagen" dem ebenfalls an dieser Angelegenheit interessierten preußischen Staatsminister für Handel und Gewerbe, von Sydow, am 10. Dezember 1909 mit dem Vermerk "Vertraulich" und mit der Bitte um Stellungnahme überreicht.

Zu dem Entwurf wurde im einzelnen vorgeschlagen:

- Schaffung einer Landeszentralbehörde, die die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von Starkstromanlagen erteilt (Bl. 18, § 2), wobei besonders technische und finanzielle Belange zu berücksichtigen sind (§ 3 und 4, Bl. 18, 19, 23 f.); das heißt: Einführung eines Konzessionsrechtes.
- Die Landeszentralbehörde erhält das Recht, in das Geschäftsgebahren des Unternehmens Einsicht zu nehmen zur Prüfung und Neufestsetzung bzw. Herabsetzung der Tarife, wenn Überschüsse erzielt werden, "die einen Reinertrag von 7 % des Anlagekapitals übersteigen" (§ 11, Bl. 20 f.); das heißt: Ausübung eines Kontrollrechtes.
- Die Landeszentralbehörde kann Betriebsvorschriften für einzelne oder alle Anlagen eines bestimmten Bezirkes erlassen (§ 13, Bl. 21) und entsprechend den Fortschritten der Technik Verbesserungen und Erweiterungen des Kraftwerkes verlangen (§ 16, Bl. 22); das heißt: Durchsetzung eines Verfügungsrechtes.
- Der Staat behält sich das Recht vor, nach Ablauf der Genehmigungsdauer oder nach Widerruf der Genehmigung die gesamte Anlage mit Zubehör in eigene Regie zu übernehmen (§ 18, Bl. 23); das heißt: Anwendung des Enteignungsrechtes.

⁴⁰ Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4 700, Bl. 5 f.

⁴¹ StAD, Ministerium des Innern, Akte Nr. 13 720, Bl. 18 - 29. - Der Entwurf ist nicht zu verwechseln mit dem Entwurf zum Starkstromwegegesetz des Verbandes Deutscher Elektrotechniker und der Vereinigung der Elektrizitätswerke, abgedruckt in der Elektrotechnischen Zeitschrift, Nr. 14/1909, S. 336 f.

Aus dem Entwurf geht hervor, daß mit Hilfe eines Reichsgesetzes den Bundesstaaten das Recht eingeräumt werden sollte, eine regulierende und kontrollierende Funktion durch Konzessionszwang und Anwendung des Enteignungsrechtes über den Wirtschaftszweig EEV auszuüben. Das hieß: Elektroenergieversorgung auf zentralisierter staatskapitalistischer, aber partikularistischer Grundlage unter Einschränkung und sogar Ausschluß der Elektrokonzerne.

Am 30. Mai 1910 antwortete von Sydow dem sächsischen Innenminister, es erscheine ihm "nicht angemessen, auf die Entwicklung Einfluß zu nehmen ... Eine geeignete Form der Einwirkung des Staates auf die Monopolgesellschaften (ist) bisher vergeblich versucht worden",⁴² denn "die Beschränkung der Gewerbefreiheit der Elektrizitätswerke wird in der Industrie energischen Widerstand finden".⁴³

Von Sydow betonte auch, vom Erwerb der Elektrizitätswerke "im öffentlichen Interesse Abstand zu nehmen (Staatsmonopol etc.)", denn das wäre "sozialpolitisch höchst bedenklich".⁴⁴ Zum Schluß hob er hervor, daß der Entwurf für ein Starkstromwegegesetz in Preußen in Vorbereitung sei.⁴⁵

Nach der abschlägigen "vertraulichen und persönlichen" Antwort eines preußischen Ministers wurden sämtliche Unterlagen von den sächsischen Ministerien zurückgezogen und mit dem Vermerk "Geheim" in der Akte Nr. 13 720 des Ministeriums des Innern aufbewahrt. Damit wurde zunächst jede größere Aktivität der sächsischen Regierung, juristisch auf die Entwicklung der EEV im Lande direkt Einfluß zu nehmen, ad acta gelegt.

In den Jahren 1910 und 1911 beschränkte sich der sächsische Fiskus auf die Veröffentlichung des Gesetzes Nr. 62 über die Gemeindeverbände und des Erlasses "Gegen die Veräußerung kommunaler Elektrizitätswerke". Beide Anordnungen sollten den kommunalen Sektor stärken und die Positionen der Elektrokonzerne schwächen. Diese Auffassung wurde mehrfach von leitenden Beamten des Ministeriums des Innern unterstrichen.⁴⁶

So stand es um die Haltung der sächsischen Regierung bis zum Jahre 1911. Wenn in der Folgezeit darin eine Änderung eintrat, so lag dies an der wirtschaftlichen Entwicklung, besonders an den bereits eingetretenen bzw. zu erwartenden Auswirkungen der weiteren Konzentration in der Elektroindustrie. Das Verständnis für diesen Prozeß erfordert zunächst einen Blick auf die Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den verschiedenen Eigentümern der Kraftwerke nach 1911.

3. Die Verschärfung des Kampfes zwischen den verschiedenen Eigentümern der Kraftwerke um die Vorrangstellung in der sächsischen Elektroenergieversorgung nach 1911

Im Kampf um die Vorrangstellung in der sächsischen Elektroenergieversorgung hatten die Elektrokonzerne AEG und Siemens-Schuckert einflußreiche Positionen errungen. Beide Elektrokonzerne statteten in Südwest- und Ostsachsen, den

42 StAD, Ministerium des Innern, Akte Nr. 13 720, Bl. 68r.

43 Ebenda, Bl. 72r.

44 Ebenda, Bl. 73v.

45 Ebenda.

46 Ebenda, Akte Nr. 13 721, Bl. 107.

Zentren der sächsischen Industrie, die Werke ihrer Gesellschaften, der ELG, SELG und Elektra AG, mit moderner Technik zu niedrigen Preisen aus, gingen zur Konzentration und Zentralisation der Elektroenergieerzeugung und ihres Kapitals über und schlossen im Oelsnitz-Lugauer und Hirschfelder Gebiet günstige Kohlenlieferungsverträge ab.

Die sächsische Regierung hatte vergeblich auf die Entwicklung der EEV im Lande durch ein Starkstromwegesgesetz Einfluß zu nehmen versucht. Aufgrund der ablehnenden Haltung Preußens beschränkte sie sich auf die juristische Stärkung des kommunalen Bereiches und überließ den Fortgang der Ereignisse den Kraftwerkseigentümern.

Die einflußreichste Tochtergesellschaft der AEG in Sachsen, die ELG, war 1897 zu dem Zweck gegründet worden, jede Art von Einrichtungen und Anlagen für die "gewerbsmäßige Lieferung und Verwendung von Elektrizität zu errichten und zu kaufen".⁴⁷

Bis zum Jahre 1914 festigte die Gesellschaft ihre Stellung in Sachsen in folgenden Gebieten:

- in der Oberlausitz als Oberlausitzer Elektrizitätswerke mit dem Kraftwerk Hirschfelde;
- im Obererzgebirge mit dem Kraftwerk Schwarzenberg;
- im Elbtal mit dem gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen Elbtalzentrale AG Pirna, das eine Ausdehnung von 740 km² und einen Aktienanteil von 3 542 000 Mark bzw. 70 Prozent hatte, wobei die Kommunen 30 Prozent besaßen;
- bei der Licht- und Kraftwerke GmbH in Borna mit 500 000 Mark Aktienanteilen auf einem Versorgungsgebiet von 1 500 km².⁴⁸

Bei der Gründung der SELG als Enkelgesellschaft der AEG 1898 erhielt die ELG sämtliche Aktienanteile in Höhe von 7 000 000 Mark. Sie erweiterte damit ihre Einflußbereiche auf die großen Industriebezirke Oelsnitz i. E. und Werdau - Crimmitschau durch den Kauf der Überlandzentralen Oberlungwitz an der Lungwitz 1910 und Schweinsburg an der Pleiße 1911. Auf diese Weise beherrschte die ELG - mit Einschluß der SELG - durch ihre Elektroenergielieferungen und Aktienanteile 796 Städte, Gemeinden und Gutsbezirke. In ihren Kraftwerken, die 1914 45 896 000 kWh abgaben, waren etwa 47 750 kW installiert.⁴⁹ Die genannten Anlagen waren in den Jahren 1910 bis 1912 erweitert und modernisiert worden. Sie lagen inmitten der sächsischen Stein- und Braunkohlenfelder und besaßen günstige Kohlenbezugsmöglichkeiten.

Die Unternehmen der Elektra AG, die 1898 als Tochtergesellschaft des Siemens-Schuckert-Konzerns mit Sitz in Dresden gegründet worden war, erstreckten sich auf das Königreich Sachsen, die thüringischen Staaten und die preußische Provinz Schlesien. Die Elektra AG hatte 1905 sämtliche Aktien der Elektrizitätswerke-AG mit den Zentralen Riesa, Gößnitz und Schmölln erworben, im Jahre 1906 die Mehrheit der Aktienanteile der Vogtländischen Elektrizitätswerke AG in Bergen, der Zwickauer Elektrizitätswerke und Straßenbahn AG, der Erzgebirgisch-Vogtländischen Bahn- und Elektrizitäts GmbH in Schneeberg mit dem Kraftwerk Himmelshöhe und der Großröhrsdorfer Elektrizitätswerke GmbH,

47 Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1915/1916, Bd. 1, S. 2216.

48 Ebenda, S. 2217 f.; StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4695, Bl. 133, S. 6 u. Anlage 5; ebenda, Akte Nr. 4696, Bl. 2r, 179r.

49 Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4695, Bl. 133, Anlage 5, S. 49.

Die Elektra AG belieferte 1914 224 Ortschaften mit Elektroenergie. In den in ihrem Besitz befindlichen bzw. durch ihre Aktienmehrheit von ihr abhängigen Kraftwerken, die 12 835 000 kWh abgaben, waren etwa 15 480 kW installiert. Ihre Betriebe rüstete sie von 1910 bis 1912 mit der modernsten Technik aus, und ihre Wirkungsbereiche festigte sie durch langfristige Konzessions- und Verteilungsverträge mit den Kommunen.⁵⁰

Vergleicht man die Leistungsfähigkeit der Zentralen beider Gesellschaften mit der vom Jahre 1911, so ist eine Steigerung von 42 080 kW auf 63 231 kW, das heißt auf 134,8 Prozent, festzustellen. Das bedeutet zugleich für die EEV des Landes, daß die ELG und die Elektra AG direkt und indirekt 1 020 bzw. 37,2 Prozent aller Kommunen mit Elektroenergie versorgten und deren Energiepolitik durch entsprechende Verträge beeinflussten. Beachtet man noch, daß der Versorgungsgrad mit Licht- und Kraftstrom von 76,1 Prozent im Jahre 1911 auf 90,7 Prozent im Jahre 1915 angewachsen war, so hatten beide Unternehmen einen wesentlichen Anteil an dieser Erhöhung.⁵¹

Die Aktivitäten der Monoporgesellschaften stießen in fast allen Organisationen, Presseorganen und in der Regierung auf Ablehnung. Hierzu einige Meinungen und Äußerungen aus einer Vielzahl von Unterlagen:

- Aus einer Eingabe des Sächsischen Gemeindetages vom 12. Juni 1911: "... die großen Elektrizitätsfirmen ... haben das Bestreben, die Ausnutzung der Elektrizität tunlichst in wenigen Händen zu konzentrieren"; deshalb einstimmiger Protest des Vorstandes gegen die monopolistischen Versuche.⁵²
- Aus der "Vorlage des Verbandes der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens" an das Finanzministerium: "Die privaten Elektrizitätswerke, welche in Sachsen einen größeren Teil des Absatzgebietes in den Händen haben, werden den Vorsprung, den sie heute z. T. besitzen, in Erkenntnis der zukünftigen Entwicklung sehr gut zu benutzen wissen, sobald sie mit Sicherheit darauf rechnen dürfen, daß sich die Gemeinden nicht zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden können oder wollen".⁵³
- In den "Chemnitzer Neuesten Nachrichten" wurde hervorgehoben, daß die AEG versuche, über sogenannte gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen die Elektrizitätswerke sämtlicher größeren sächsischen Städte, also Dresden, Leipzig, Chemnitz, Reichenbach, Zittau usw., unter ihre Kontrolle zu bringen, was ihr aber bis jetzt nicht gelungen sei.⁵⁴
- Das "Leipziger Tageblatt" schrieb: "Die gesamte Zentralisierung der sächsischen Elektrizitätswerke ... (ist) als Gegengewicht gegen die großen Berliner Elektrizitätsgesellschaften gedacht ... Es wird nicht leicht sein, für diese großen, mit modernsten Maschinen ausgestatteten Werke bei dem Anschluß an den projektierten Verband eine Rentabilität herauszurechnen, da naturgemäß alljährlich bedeutende Abschreibungen auf die dann anzulegenden Werke zu machen wären."⁵⁵

50 Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften, 1915/1916, S. 2237 f., 2291 - 2293.

51 Errechnet aus: StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4696, Bl. 180, Bericht der Zwischendeputation der II. Kammer v. 31. 8. 1916.

52 StAD, Ministerium des Innern, Akte Nr. 13 720, Bl. 98r.

53 StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, als Nr. 13 596 registriert, Bl. 45.

54 Vgl. Chemnitzer Neueste Nachrichten, 10. 2. 1914.

55 Leipziger Tageblatt, 17. 4. 1914. - Die Zeitung war das Sprachrohr der sächsischen Regierung im Leipziger Raum und wurde von ihr finanziert; Staatshandbuch, 1912, S. 307.

- In dem Bericht des Regierungskommissars für elektrische Bahnen über die EEV Sachsens, abgeschlossen 1913, heißt es: "Das Bestreben der Privatwerke ging dahin, ab 1911 die bis dahin getrennten Werke zusammenzufassen. Dadurch haben sie einen bedeutenden Gebietszuwachs gewonnen ... Einschneidende Änderungen des Besitzstandes sind kaum zu erwarten", denn "die Privatwerke (sind) vom Staate als dem Straßenbesitzer abhängig ..."⁵⁶
- In einem vertraulichen Bericht des Ministeriums des Innern an das Finanzministerium vom 16. Februar 1914 ist zu lesen: "Das Ministerium des Innern hat schon bisher keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihm die Stromversorgung in der öffentlichen Hand als die geeignete Lösung erscheint ... Jede Beteiligung der elektrischen Großfirmen, gleichviel in welcher Form, bedeutet nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für die Elektroindustrie und das Installationsgewerbe innerhalb des Landes eine schwere Gefahr ..."⁵⁷

Daraus folgt, daß das Vorhandensein und das Auftreten der Monopolgesellschaften in der EEV Sachsens von der sächsischen Regierung als Eingriff in die ihr zustehenden Aufgaben aufgefaßt wurde, denen sie möglicherweise mit juristischen Mitteln begegnen wollte (Wege- und Enteignungsrecht),

Trotz Einsatzes moderner Technik, großer Kapitalien, günstiger Standortbedingungen und Kohlenbezugsmöglichkeiten gelang es der ELG und der Elektra AG nicht, die großen Städte und die Masse der mittleren und kleineren Kommunen durch ihre Kraftwerke zu versorgen sowie das Wohlwollen der sächsischen Regierung bzw. des Staates für ihre Zwecke zu gewinnen. Die Gründung neuer gemischtwirtschaftlicher Unternehmen und die Erweiterung der Einflußbereiche ihrer Überlandzentralen stagnierten ab 1914. Die Monopolisierung der EEV in Sachsen durch die Monopolgesellschaften ELG und Elektra AG scheiterte zu dieser Zeit am Widerstand von Privatunternehmen,⁵⁸ der Handels- und Gewerbekammern, des Junkertums und des im partikularistischen und antimonopolistischen Denken beharrenden sächsischen Staatsapparates.

Doch weder die Regierung noch die Kommunen konnten bei all ihren Vorhaben und Plänen für eine das gesamte Land umfassende Elektrifizierung die Gesellschaften der beiden Elektrokonzerne ignorieren. Ihr Vorhandensein wirkte sich ökonomisch und politisch hemmend auf die Überwindung der Zersplitterung der Elektroenergieversorgung aus und beeinflusste nicht zuletzt den sich entwickelnden Konflikt zwischen der Regierung und dem am 12. Oktober 1912 gegründeten "Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens" (Elektroverband), mit dessen Hilfe die Kommunen die Vorherrschaft in der sächsischen EEV zu erringen versuchten.

Im Vergleich zu den 74 Elektrizitätswerken im Jahre 1911 mit einer Leistungsfähigkeit von 122 673 kW bestanden 1914/15 62 Einzelanlagen und Überlandzentralen, 7 Gemeindeverbände und ein kommunaler Betrieb mit staatlicher Betei-

56 StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Bl. 27, 34, 37.

57 Ebenda, Bl. 173.

58 Die 36 Privatwerke, die drei privaten Überlandzentralen Seifersdorf bei Rabenau, Seifersdorf bei Radeberg und Pirk sowie die zwei Aktiengesellschaften "Landkraftwerke Leipzig in Kulkwitz" und "Braunkohlenwerk Olba" in Kleinsaubernitz unterwarfen sich nicht dem Diktat der beiden Elektrogesellschaften. Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4695, Bl. 133, S. 6 f. - Der Verband der sächsischen Industriellen zeigte 1914 ebenfalls noch eine eindeutig antimonopolistische Haltung im Gegensatz zum Zentralverband deutscher Industrieller.

ligung. Sie versorgten 1 650 Städte und Dörfer und hatten ihre Leistung auf 143 875 kW erhöht.⁵⁹ Das war ein Zuwachs von 21 202 kW auf 114,7 Prozent innerhalb von drei Jahren. Trotz der mehr um das Doppelte höheren Leistungsfähigkeit der kommunalen Kraftwerke gegenüber den Werken der Monopolgesellschaften und privaten Einzelbetrieben kam deren Übergewicht durch neu entstehende Gegensätze zwischen den großen Städten und den mittleren und kleinen Kommunen einerseits sowie zwischen den Gemeinden und den Gemeindeverbänden andererseits nicht zur Geltung.

Den Verfassern der Satzung des Elektroverbandes - vor allem dem Oberbürgermeister der Stadt Dresden, O. Beutler - war klar, daß die Auseinandersetzung sowohl mit den Kommunen als auch mit den Monopolgesellschaften ohne die Unterstützung des Staates keine Aussicht auf Erfolg haben konnte.⁶⁰ Die Mittel, durch die der Elektroverband existenzfähig werden sollte, bestanden in einer vorgesehenen günstigeren Tarifpolitik gegenüber den anderen Konkurrenten mit Hilfe eines zentralen Einkaufszentrums für Kraftwerks- und Installationsmaterial unter Bevorzugung der in Sachsen ansässigen Elektrofirmer.⁶¹ Zum anderen war ein Kauf bzw. eine Beteiligung an der Aufschließung staatlicher Kohlenfelder vorgesehen.⁶² Der letzte Punkt führte zur eigentlichen Auseinandersetzung zwischen der Verbandsleitung mit Beutler an der Spitze und der Regierung. Schon im Januar 1913 stellte Beutler seine Forderungen an das Finanzministerium. Sie wurden damit begründet, daß die kleinen und mittleren kommunalen Kraftwerke im Konkurrenzkampf nur bestehen könnten, wenn ein gemeinsamer Einkauf von Kohle für die Kommunen möglich wird, der Verband selbständig Kohlenfelder im Lande bzw. im benachbarten Böhmen erwerben darf und eine finanzielle Beteiligung bei der Aufschließung und Ausbeutung der staatlichen Kohlenruben genehmigt wird.⁶³

Das Finanzministerium lehnte es jedoch ab, mit dem Abbau der staatlichen Kohlenfelder in absehbarer Zeit zu beginnen. Außerdem gab es keine Antwort darauf, ob es "zweckmäßig und zulässig" sei, den Verband bei der Aufschließung und Ausbeutung der Kohlenfelder zu beteiligen. Sollte einmal der Betrieb eröffnet werden, so lautete die Antwort, überließe man dem Verband die benötigten Kohlenmengen "gegen entsprechende Bezahlung". Deshalb möge er vorerst eigene Kohlenfelder oder -ruben erwerben.⁶⁴

Zusätzlich stellte der Elektroverband am 7. März 1913 an das Ministerium des Innern den Antrag, die Gemeinde-Elektrizitätswerke des Verbandes zu öffentlichen Anstalten zu erklären und einen Benutzungszwang in dem Sinne einzuführen, daß "wer Elektrizität beziehen will und sie von dem betreffenden Gemeindewerk beziehen kann, entweder überhaupt gehalten ist, sie von dem zuständigen Gemeindewerk zu beziehen, oder daß er wenigstens, wenn er das nicht tut, gewisse geordnete Gebühren trotzdem zu zahlen hat."⁶⁵ Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

59 Errechnet aus: StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4695, Anlage 5, Bl. 133, S. 49.

60 Ebenda, Akte VII B 16, Bd. 1, S. 109r.

61 Vgl. StAD, Außenministerium, Akte Nr. 6467, 1908 - 1912, Sachsenwerk Niedersedlitz, Bl. 34.

62 Der Verband spekulierte auf die vom Staat 1912 für rund 56 Millionen Mark aufgekauften Kohlenfelder in Ost- und Westsachsen.

63 Vgl. StAD, Finanzministerium, Schreiben O. Beutlers, Akte Nr. 4 700, Bl. 159 - 161.

64 Vgl. ebenda, Bl. 162 f.

65 StAD, Akten des Finanzministeriums VII B 16, Bd. 1, S. 179, Schreiben O. Beutlers.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die eigentlichen Rivalitätszentren in der sächsischen EEV herausgebildet: Regierung bzw. Staat kontra Elektroverband und umgekehrt,

Die Regierung als Unternehmer, der über große Forstbestände, über Kalkwerke, über Berg- und Hüttenwerke, über den größten Teil der Eisenbahnen⁶⁶, über Kohlenfelder mit etwa 1 032 Millionen Tonnen abbaufähiger Kohle auf rund 10 000 ha⁶⁷ usw. verfügte, konnte einen so wichtigen Wirtschaftszweig nicht einem Kommunalverband überlassen, weil daraus eine Verschiebung ökonomischer und politischer Machtverhältnisse auf die unteren Staatsorgane entstanden wäre.

Das bedeutete:

- Die Interessengegensätze zwischen den kommunalen Überlandzentralen und den kleinen und mittleren kommunalen Kraftwerken hätten weiter bestanden;
- die Auseinandersetzungen zwischen dem Junkertum und der Großbourgeoisie hätten sich verschärft und wären in die Ständekammern getragen worden;
- der Einfluß der Elektrokonzerne in der EEV hätte sich derart vergrößert, daß dem Fiskus eines Tages die Tarifbedingungen von ihnen diktiert worden wären.

Der Elektroverband wollte der Regierung keinen entscheidenden Einfluß in einer zukünftigen, von ihm beherrschten EEV einräumen. Der Staat sollte als Kohlenfelderbesitzer "billige" Kohle zur Verfügung stellen und Kapital durch außerökonomischen Zwang (Zwangsbenutzungsordnung) beschaffen.

Aus den unterschiedlichen Interessen beider Seiten mußten alle weiteren Versuche des Verbandes scheitern. Sie betrafen unter anderem den Vorschlag, mit der AEG ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen zu gründen, womit die Regierung unter Druck gesetzt worden wäre.⁶⁸ Die Verbandsleitung versuchte im weiteren, die Regierung am geplanten Elektroenergieversorgungsnetz zu beteiligen, wenn sie eine Million Mark zur Verfügung stellen würde. Da der Kostenaufwand für das geplante Vorhaben, vier Großkraftwerke mit Leistungen zwischen 15 000 bis 25 000 kW an den Flüssen Pleiße, Mulde, Spree und Neiße zu errichten und ein Übertragungsnetz von 100 000 Volt zu bauen,⁶⁹ etwa 54 Millionen Mark betragen sollte, hätte die Regierung in der künftigen Verbandsversammlung 80 von 2 040 Stimmen erhalten.⁷⁰ Dazu war sie nicht bereit.

Hinzu kam der verschärfte Konkurrenzkampf der Kommunen untereinander, der den Verband zur Ohnmacht verurteilte. Der Chemnitzer Oberbürgermeister charakterisierte die Situation im Verband in einem vertraulichen Schreiben an das Ministerium des Innern unter anderem wie folgt: "In dem Gemeindeverbände herrsche noch gar keine Einigkeit und es habe erst kürzlich eine sehr erregte Sitzung stattgefunden. Für den Verband seien nur die ganz kleinen Werke ..."⁷¹ Chemnitz und Leipzig weigerten sich, dem Verband beizutreten⁷²; die Gemein-

66 Vgl. StAD, Bericht der Rechnungskammer über die Ausführung des Staatshaushalt-Etats in der Finanzperiode 1910/11, S. 9 - 19.

67 Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4 700, Bl. 31r.

68 Vgl. Schreiben O. Beutlers an das Finanzministerium, StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Bl. 82 - 84.

69 Vgl. ebenda, Bl. 114, S. 5.

70 Vgl. ebenda. Errechnet aus: ebenda, Anlage 11, S. 55 f.

71 Ebenda, Bl. 115r, An die I. Abtl. Allgemeine Verfassungs-Registrande vom 20. Februar 1914.

72 Vgl. ebenda, Bl. 157v.

deverbände des Elbtals warfen der Stadt Dresden vor, sie "majorisiere", um ihnen Schaden zuzufügen.⁷³

Der größte Gemeindeverband (Gröba) blieb dem Unternehmen fern, weil er günstigere Strom- und Kohlenlieferungsverträge mit der AG Lauchhammer abgeschlossen hatte, als die ihm der Elektroverband bieten konnte⁷⁴ usw.

Im März 1914 hatte sich der Gegensatz zwischen dem Staat und dem Elektroverband soweit verschärft, daß die sächsische Regierung gezwungen war, eine eigene Konzeption über die künftige Gestaltung der EEV in Sachsen zu entwickeln. Das Ministerium des Innern zog die Aufsicht über den Elektroverband an sich und nahm ihm somit die Handlungsfreiheit; das Finanzministerium arbeitete Bedingungen für den staatlichen Erwerb kommunaler Kraftwerke⁷⁵ aus. Wie mit den Monopolgesellschaften verfahren werden sollte, wurde zu diesem Zeitpunkt noch offengelassen. Der Versuch von kommunaler Seite, über einen Elektroverband die Vorrangstellung in der sächsischen EEV zu erringen, scheiterte. Die Verbandsleitung war ohne staatliche Unterstützung nicht in der Lage, die ökonomische Ungleichheit innerhalb der Kommunen zu beseitigen, den Einfluß der Monopolgesellschaften auszuschalten und damit die Anarchie im Wirtschaftszweig EEV zu überwinden.

Unter diesen Umständen konnte der Staat die Elektroenergieversorgung nicht mehr unter dem Gesichtspunkt einer späteren Elektrifizierung seiner Eisenbahnen betrachten, sondern mußte sie als Staatsaufgabe in Angriff nehmen.

4. Die neue Rolle des sächsischen Staates in der Auseinandersetzung um die Elektroenergieversorgung des Landes in der Zeit von 1911 bis 1916

Die neue Rolle des sächsischen Staates in der Auseinandersetzung um die Elektroenergieversorgung des Landes hing - wie bereits angedeutet - besonders mit den damals bereits eingetretenen bzw. zu erwartenden Auswirkungen des Konzentrationsprozesses in diesem für alle Klassen und Schichten wichtigen Bereich zusammen.

Von 1911 bis 1914 veränderte sich die sächsische EEV wie folgt:

- Im privatkapitalistischen Sektor erzeugten 36 Kraftwerke und 5 Überlandzentralen Elektrizität und versorgten neben den eigenen Betrieben noch 96 Ortschaften. Die den Monopolgesellschaften ELG, SELG und Elektra AG gehörenden 8 Überlandzentralen lieferten Licht- und Kraftstrom an 473 Gemeinden. In den 49 Anlagen waren 74 855 kW installiert, sie gaben im Jahre 1914 etwa 48 Millionen kWh ab.
- Der kommunale Bereich setzte sich aus 62 Gemeindewerken und 7 Gemeindeverbänden zusammen, die 1 645 Ortschaften (davon die Verbände 987) mit Licht- und Kraftstrom versorgten. In den 69 Anlagen waren 142 425 kW installiert, sie gaben zu dieser Zeit 145 763 Millionen kWh ab.
- Zu den gemischtwirtschaftlichen Unternehmen zählten 4 Werke, an die 573 Gemeinden angeschlossen waren. Von diesen Unternehmen wurden 13 025 Millionen kWh verkauft, wobei 2 "Fremdstrom" bezogen.

73 Vgl. Dresdener Nachrichten, 11. 4. 1914.

74 Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Bl. 111v.

75 Vgl. ebenda, Bl. 141.

- Im Jahre 1915 nahm das Überlandwerk "Himmelsfürst" mit überwiegender staatlicher Beteiligung den Betrieb auf und gab im selben Jahr 793 000 kWh bei 1 450 kW Leistung an 5 Kommunen ab.
- Hinzu kamen noch 7 Elektrizitätswerke, die für bestimmte Zwecke errichtet worden waren, 12 890 kW Leistung aufwiesen und 19 551 Millionen kWh abgaben: an die Große Leipziger Straßenbahn, die Meißner Straßenbahn AG, die Artilleriewerkstatt Dresden, das Staatliche Fernheiz- und Elektrizitätswerk Dresden und die 3 Kraftwerke der Staatseisenbahnverwaltung Dresden-Cotta, Leipzig-Connewitz, Chemnitz-Hilbersdorf.

Klammert man die letzte Gruppe aufgrund ihrer Spezifik aus, so erzeugten und verteilten 1914/15 123 Zentralen Licht- und Kraftstrom an Verbraucher in 2 792 von 3 120 bestehenden Städten und Ortschaften.⁷⁶

Der sächsische Elektroenergieverbrauch erreichte 1914 im Reichsgebiet einen Anteil von 11 Prozent. Die Versorgung der wirtschaftlich bedeutenden Kommunen war fast abgeschlossen. Der Gesamtanschlußwert in kW war von 184 304 im Jahre 1911 auf 227 994 im Jahre 1914 gestiegen. Das waren bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Kraftwerke von 144 auf 123 43 640 kW mehr, wobei im Deutschen Reich ein Ansteigen der Zahl der Anlagen von 2 526 im Jahre 1911 auf 4 040 im Jahre 1913 verzeichnet werden konnte.⁷⁷

Trotz aller Fortschritte in der EEV widerspiegelte die Karte der Elektroenergieversorgungsgebiete die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Der Handlungsspielraum der sächsischen Regierung in der Elektroenergiepolitik wurde durch die wachsenden Erfolge der Monopolgesellschaften ELG, SELG und Elektra AG eingengt. Von der nichtmonopolisierten Bourgeoisie wurde der Druck auf die Regierung ebenfalls verstärkt. So mußte der Staat Mittel und Wege finden, um sich über die gegenwärtigen und zukünftigen Belange seiner eigenen Unternehmertätigkeit klar zu werden.

Zunächst wurde der Besitz von Kohle zu einem erstrangigen Problem. Sachsen verfügte nach damaliger Kenntnis zwar über beträchtliche Braunkohlenvorräte, aber sie konnten anscheinend den durch die industrielle Entwicklung steigenden Verbrauch in der EEV nicht decken. Auch die Steinkohlenvorkommen sollten nur für wenige Jahrzehnte reichen. Hinzu kam, daß fast alle erschlossenen Stein- und Braunkohlenfelder Monopolvereinigungen und Einzelunternehmern gehörten. So vereinigte allein die Deutsch-Böhmische Brikett- und Kohlenwerke AG (auch Petschek-Gruppe genannt) ungefähr 56 Prozent der damals bekannten sächsischen Braunkohlenfelder und der Produktion in ihren Händen.⁷⁸ 1910 etwa begann in ganz Sachsen eine umfangreiche Suche nach weiteren Braunkohlevorkommen, an denen sich auch der Staat beteiligte. Er erwarb etwa 10 000 ha Kohlenfelder, die aber erst aufgeschlossen werden mußten. Die Ständekammern bewilligten am 9. April 1912 die Regierungsvorlage für den Kauf der Felder und Kohlenbergbaurechte in Höhe von 57,4 Millionen Mark.⁷⁹ Zur Begründung hieß es, man wolle den mit "Sicherheit" zu erwartenden Preissteigerungen begegnen können⁸⁰ und die Versorgung der Staatsbetriebe, insbesondere der Eisenbahnen,

76 Ebenda, Akte Nr. 4695, Bl. 133, Dekret 23, S. 5.

77 Die Zahlen wurden errechnet für Sachsen aus: ebenda, Akte Nr. 4694; ebenda, Nr. 4695; für das Deutsche Reich aus der Broschüre von Siegel, Gustav, Der Staat und die Elektrizitätsversorgung, Berlin 1915.

78 Dresdener Nachrichten, 25. 10. 1913.

79 Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4700, Bl. 29v.

80 Vgl. ebenda, Bl. 10v.

bei der künftigen Teil- oder Gesamtelektrifizierung gewährleisten.⁸¹ Wenn auch in den Landtagsdebatten oder in der Presse kein Wort über die EEV des Landes fiel, so spielte die Auseinandersetzung mit dem Elektroverband, wie schon hervorgehoben, eine entscheidende Rolle.

Der Plan der sächsischen Regierung, sich zur Einflußnahme auf die Elektroenergieversorgung des Elektroverbandes zu bedienen, scheiterte und führte zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium. Obwohl sich beide Ministerien hinsichtlich der Zulassung des Verbandes einigten, keine Partei für die Gemeindeelektrizitätswerke und deren finanzielle Interessen zu ergreifen,⁸² übergab das Ministerium des Innern die gemeinsame Festlegung mit dem Hinweis, daß die bestehenden Rivalitäten besser im Rahmen des Verbandes ausgeglichen und entschieden werden könnten.⁸³ Es erließ zwei widersprüchliche Anordnungen: Am 17. Februar 1913 wurden die kleineren Gemeinden mit Kraftwerken gewarnt, Stromlieferungsverträge mit größeren Kommunen ohne Berücksichtigung des finanziellen Vorteils abzuschließen,⁸⁴ und am 12. April 1913 wurde allen kommunalen Elektrizitätswerken der Beitritt zum Elektroverband empfohlen.⁸⁵

Die erste Anordnung bedeutete für die Gemeinden eine Ermunterung, eine Tarifpolitik auf Kosten der "Allgemeinheit" zu betreiben. Ungeachtet der endlosen Streitereien um finanzielle Vorteile wäre die Befolgung der Anordnung den Expansionsbestrebungen der Monopolgesellschaften zugute gekommen und nicht dem Verband. Die Verbandsleitung reagierte auch entsprechend.⁸⁶

Die zweite Anordnung offenbarte die Unkenntnis über die entstandene Lage in der EEV. Etwa zwei Drittel der 3 120 Kommunen waren durch langfristige Stromlieferungsverträge mit kommunalen Kraftwerken bzw. Verbänden und mit den Tochtergesellschaften der AEG und des Siemens-Schuckert-Konzerns sowie zum Teil mit privatkapitalistischen Anlagen verbunden. Das Ministerium des Innern hatte somit seine Befugnisse bei weitem überschritten, ganz abgesehen davon, daß sich die Kommunen in dieser Frage ihre Interessen nicht beschneiden ließen. Das zeigte dann auch ihr Widerstand gegen das Dekret Nr. 23, Verstaatlichung der EEV, 1916.

Das Finanzministerium, das die Interessen des staatskapitalistischen Eigentums in Form von Staatsbahnen, Kohlenfeldern, Bergwerken usw. vertrat, wollte zur Wahrung der Eigentümerfunktion einem Kommunalverband weder Kohle noch Kapital zur Verfügung stellen. Auch dem Projekt des Elektroverbandes, zusammen mit der AEG ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen zu gründen, stand das Finanzministerium ablehnend gegenüber, während das Ministerium des Innern die Meinung vertrat, daß dies vielleicht die letzte Möglichkeit sei, die schädliche Zersplitterung durch Zusammenschluß zu beseitigen.⁸⁷

Erst nach Verhandlungen beider Ministerien mit der Verbandsleitung Anfang 1914 über eine eventuelle Kooperation mit der AEG sowie über die Forderung von einer Million Mark für den Verband gab das Ministerium des Innern seine "wohlwollende" Haltung gegenüber dem Verband auf und verständigte sich mit

81 Vgl. ebenda, Bl. 9v.

82 Ebenda, Akte Nr. 4694, Bl. 271 f.

83 StAD, Ministerium des Innern, Nr. 182 b II G.

84 Vgl. ebenda, Nr. 182 b II G, vom 17. Februar 1913.

85 Vgl. ebenda, vom 12. April 1913.

86 Vgl. ebenda, Akte Nr. 375, S. 71, vom 25. März 1913.

87 Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4694, Bl. 283 f.

dem Finanzministerium dahingehend, über das Erwerbsrecht kommunaler Kraftwerke die Verstaatlichung eines großen Teils der sächsischen Elektroenergieversorgung vorzubereiten,⁸⁸ Dieser Weg schien beiden Ministerien im Februar 1914 der gangbarste zu sein, obwohl konkrete Vorstellungen noch darüber fehlten, wie die Verstaatlichung organisatorisch zu verwirklichen sei.

Die Möglichkeit einer Realisierung bot sich der Regierung durch den "Vortrag über einen betrieblichen Zusammenschluß innerhalb des Verbandes der im Gemeindebesitze befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens" vom März 1914.⁸⁹

Das geplante Elektroenergieversorgungsnetz sollte laut "Vortrag" in zwei Etappen entwickelt werden. Für die erste Etappe waren zwei Großkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 96 000 kW, ein Übertragungsnetz von 100 000 Volt sowie mehrere Haupttransformatorenwerke vorgesehen.

Diese Pläne wurden vom Staat in modifizierter Form verwirklicht, dessen Vorgehen auch auf militärischen Überlegungen basierte,⁹⁰ In diesem Zusammenhang mußte die Regierung dann ihre Haltung zu den Elektrokonzernen ändern. Das hieß für sie, eine Betriebsform zu finden, die sämtliche Beteiligten akzeptieren konnten.

Alle Vorstellungen und Maßnahmen der Ministerien - ob einzeln oder in der Gesamtheit - hatten kurz vor Kriegsausbruch einen Stand erreicht, der eine Abstimmung und die Verstaatlichung der sächsischen EEV zuließ.

Durch die Entfesselung des ersten imperialistischen Weltkrieges wurden die Arbeiten erst im Herbst 1915 endgültig beendet, und die Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Elektroenergieversorgung wurde in der Thronrede des Königs am 11. November 1915 zur Eröffnung des Landtages bekanntgegeben.⁹¹

Diese Ankündigung und das am 12. März 1916 folgende Dekret 23 an die Stände "... die Einleitung und den künftigen Ausbau einer staatlichen Elektrizitätsversorgung betreffend"⁹² fanden ein breites Echo. Der Elektroverband und die Sächsische Bürgermeisterversammlung lehnten diesen Weg allerdings ab. Die größte sächsische chemische Fabrik in Radebeul befürwortete die Regierungsinitiative und erbot sich, auf andere Großindustrielle und auf Landtagsabgeordnete in diesem Sinne einzuwirken.⁹³ Auch die elektrotechnischen Großunternehmen Sachsenwerk AG in Niedersiedlitz, Elektrizitäts-AG vorm. Pöge in Chemnitz sowie das Installationsgewerbe plädierten für das Vorhaben des Staates.⁹⁴ Dieses wurde außerdem durch die sächsische Großbourgeoisie und andere Teile der Kapitalistenklasse unterstützt, und es bestand kein Zweifel, daß trotz einiger Einwände in der vom Ausschuß des Verbandes Sächsischer Industrieller an die Stände-

88 Vgl. ebenda, Akte Nr. 4694, Bl. 283 f., Faszikel Nr. 1 zu VII B 16, S. 77 f.; ebenda, Bl. 159r - 160v.

89 Ebenda, Bl. 114, S. 5.

90 Vgl. ebenda, Bl. 174.

91 Vgl. Eichhorn, Johannes, a. a. O.

92 StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4695, Bl. 133, Dekret 23.

93 Vgl. ebenda, Bl. 221.

94 Vgl. Leipziger Neueste Nachrichten, 11. 12. 1915; StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4696, Bl. 180.330, Bericht der Zwischendeputation der Zweiten Kammer vom 31. August 1916.

versammlung gerichteten Eingabe am 2. Juni 1916 die Ständekammern die Verstaatlichung der EEV beschließen würden.⁹⁵

Mit der Bildung einer "Elektrizitätsregistrande" innerhalb des Finanzministeriums im November 1915 begannen die Arbeiten zur Errichtung staatlicher Kraftwerke und eines Elektroenergieverteilungsnetzes etwa nach dem ausgearbeiteten Plan des Elektroverbandes, aber zusammen mit den Monopolgesellschaften ELG, SELG und Elektra AG. Die bestehenden personellen Verbindungen halfen, die offiziellen Verhandlungen vorzubereiten. Aus der Vielzahl personeller Verflechtungen zwischen dem Fiskus und Vertretern des Monopolkapitals seien einige herausgegriffen.

Direkte Beteiligungen von Regierungsmitgliedern als Aktionäre oder als Vorstandsmitglieder in den Monopolgesellschaften sind bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht nachweisbar. Aber über den Technischen Rat des Finanzministeriums, einem beratenden Gremium, wirkten einflußreiche Vertreter des Monopolkapitals auf die Regierungspolitik ein. Zwei Beamte des Ministeriums, die zugleich Mitglieder des Technischen Rates waren, Dr. Schröder und E. Just, saßen im Aufsichtsrat der sächsischen Kriegskreditbank. Durch beide Gremien besaßen sie weitreichende Verbindungen zur sächsischen Großbourgeoisie und zu Monopolkreisen im Reich.

Zum Aufsichtsrat der Kriegskreditbank gehörten unter anderem Ch. Palmié, dreifacher Vorsitzender, mehrfacher stellvertretender Vorsitzender und vielfaches Mitglied von Aufsichtsräten. Seine Beziehungen als Bankdirektor reichten von der nichtmonopolisierten Bourgeoisie Sachsens bis zu der Bergmann Elektrizitätsunternehmungen AG in Berlin.⁹⁶

Weitere Mitglieder des Aufsichtsrates waren: O. Osswald, Direktor der Deutschen Bank Filiale Dresden und Mitglied in 7 Aufsichtsräten,⁹⁷ Dr. G. Stresemann, Syndikus der Nationalliberalen Partei, Mitglied des Reichstages, Mitglied des Aufsichtsrates der Sachsenwerk AG usw.

Der Technische Rat O. Schmidt aus dem Finanzministerium war einer der Direktoren der Sächsischen Bank zu Dresden.⁹⁸ In deren Aufsichtsrat findet man unter anderem G. von Klemperer, mehrfacher Aufsichtsratsvorsitzender, unter anderem der Deutsch-Österreichischen Bergwerksgesellschaft, vielfacher stellvertretender Vorsitzender, unter anderem der Dresdener Bank in Dresden und Berlin sowie der Lauchhammer AG, und mehrfaches Aufsichtsratsmitglied.⁹⁹ Die Liste ließe sich mit Fr. Mackowski, Otto Edler von Planitz, H. von Schwabach usw. fortsetzen.

Das Finanzministerium und sein Technischer Rat verkörperten faktisch die staatliche Unternehmertätigkeit. Sie trafen Entscheidungen über die Verwaltung und die Aufsicht des staatskapitalistischen Eigentums, die Vergabe von Konzessionen, für öffentliche Arbeiten usw.¹⁰⁰ Von hier gingen erstens der stärkste Widerstand gegen die Hegemoniebestrebungen des Elektroverbandes in der EEV

95 Vgl. Die staatliche Elektrizitätsversorgung des Königreiches Sachsen, in: Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller, H. 17, S. 59 - 86.

96 Vgl. Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, 1915/1916, S. 796.

97 Ebenda, S. 787.

98 Vgl. Adreßbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 1915/1916, Teil I, S. 10 f.

99 Vgl. Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, 1915/1916, S. 531.

100 Vgl. Staatshandbuch für das Königreich Sachsen, S. 140.

und zweitens der Plan für eine Verstaatlichung dieses Wirtschaftszweiges aus,

Im Gegensatz zum Elektroverband, der in Ostsachsen ein Kraftwerk als Konkurrenzunternehmen neben dem Hirschfelder Werk (ELG) errichten wollte, schlug die Regierung einen anderen Weg ein. Finanzminister von Seydewitz und P. Mamroth, Vorstandsmitglied der ELG, einigten sich über den Ankauf der Hirschfelder Anlage durch den sächsischen Staat. Obwohl Gutachter des Landtages den Wert des gesamten Betriebes mit Zubehör nur auf 5 Millionen Mark schätzten, wurden an die ELG mit Zustimmung der Ständekammern 15 Millionen Mark und die Lieferung von Elektroenergie zu einem Tarif von 2,5 Pf pro kWh für 10 Jahre nach Nordböhmen in das Netz der Österreichischen Elektrizitätswerke GmbH (OeG), Eigentum der ELG, bewilligt. Da die OeG im Jahre 1917 die Elektroenergie nicht unter 7 Pf pro kWh verkaufte, brachte sie der ELG nochmals für dieses Jahr einen "Überschuß" von fast einer Million Mark. ¹⁰¹

So erwies sich der Verkauf des Werkes, auch Oberlausitzer Elektrizitätswerke genannt, für die Tochtergesellschaft der AEG als ein großartiges Geschäft mit etwa 11 Millionen Mark Gewinn, mit Lieferung billiger Elektroenergie für ihre österreichischen Betriebe auf 10 Jahre und mit der Sicherung von langfristigen Staatsaufträgen an die AEG für die Erweiterungsbauten der Hirschfelder staatlichen Zentrale ab 1917. ¹⁰²

Eine ähnliche Transaktion zwischen Staat und AEG bzw. ELG war für das zukünftige Westnetz (Schwarzenberg, Oberlungwitz usw.) mit etwa 35 Millionen Mark und mehreren Plätzen im Aufsichtsrat vorgesehen. ¹⁰³

Im Zusammenhang mit dem Landtagsbeschuß vom 25. Oktober 1916, die sächsische EEV zur Staatsaufgabe zu erklären und die Regierung mit der Durchführung zu beauftragen, ¹⁰⁴ trat mit Wirkung vom 18. Oktober 1916 das Dekret Nr. 35 über ein Kohlenabbasperrgesetz bis zum Juni 1918 in Kraft. ¹⁰⁵ Der Abbau der Kohle wurde während dieses Zeitraumes dem Verfügungsrecht des Grundeigentümers entzogen. Der sächsische Staat sicherte sich durch dieses Gesetz alle im Lande vorhandenen Kohlenflöze, die noch nicht durch ein in Betrieb befindliches Bergwerk auf einem Grubenfeld abgebaut wurden. Das war ein weiterer Eingriff des Fiskus in die kapitalistische Wirtschaft, der bis auf wenige Gegenstimmen von den Ständekammern beschlossen wurde. Das Sperrgesetz wurde am 14. Juni 1918 durch das staatliche Kohlenbergbaurecht abgelöst, das dem Staat alle Kohlevorkommen zusprach, die noch nicht in Privatbesitz übergegangen waren. ¹⁰⁶

Über die beiden Dekrete Nr. 23 und 35 stärkte die sächsische Regierung den staatlichen Sektor. Die Ausdehnung der Unternehmerfunktion des Staates führte auch hier objektiv zur immer engeren Verflechtung der Interessen der Monopolsellschaften und der staatlichen Elektroenergieversorgung.

¹⁰¹ Vgl. StAD, Finanzministerium, Akte Nr. 4696, Bl. 147, 162.

¹⁰² Vgl. ebenda, Bl. 1071, 16v (handschriftlich); errechnet aus: ebenda, Bl. 263.

¹⁰³ Vgl. ebenda, Bl. 1071, 16r.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda, Bl. 300.

¹⁰⁵ Kohlen-Abbausperrgesetz. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen, 1916, S. 203.

¹⁰⁶ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt, 1918, S. 153.

Aufhebung der Leibeigenschaft in Ungarn und Modalitäten ihrer Verwirklichung

von Pál Sándor

1. Einleitende Bemerkungen
2. Zu den Voraussetzungen
3. Zu den Ergebnissen und ungelösten Problemen
4. Gemeinsamkeiten mit anderen Teilen der Habsburger Monarchie und ungarische Besonderheiten
5. Bestrebungen zur Ausdehnung des Geltungsbereiches der Bauernbefreiung
6. Prinzipien der Neuregelung der Bauernbefreiung zur Zeit des Neoabsolutismus

1. Einleitende Bemerkungen

Zweck der vorliegenden Studie ist eine kurze Darstellung der wichtigsten mit der Aufhebung der Leibeigenschaft verbundenen Ergebnisse und Probleme in Ungarn. Dieser Themenkreis bildet einen grundlegenden Teil der Geschichte der bürgerlichen Umgestaltung der ungarischen sozialökonomischen und politischen Verhältnisse. Die Anfänge der Umwälzung setzten zwar schon vor den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein, und ihr Abschluß fiel in die sechziger/siebziger Jahre. In diesem längeren Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus hatte die Aufhebung der Leibeigenschaft jedoch eine epochale Bedeutung: Sie begründete die bürgerliche Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Untersuchung dieser epochalen Wende ist die Berücksichtigung zweier wichtiger Umstände unentbehrlich. Einerseits war die Aufhebung der Leibeigenschaft Folge der sich vertiefenden Krise des ungarischen Feudalsystems. Andererseits hing sie auch wesentlich mit dem Aufschwung der zeitgenössischen europäischen revolutionären Welle genauso wie mit deren ziemlich schnellem Abebben zusammen. Wenn wir die Problematik der ungarischen Agrarreformen in diesem breiteren Zusammenhang betrachten, läßt sich deutlich erkennen, daß es sich dabei um einen recht komplizierten und vielseitigen Themenkreis handelt.

Zur Lösung unserer Aufgabe bieten sich zweierlei Wege an: entweder eine umfassende und generelle, sich auf alle wesentlichen Fragen ausdehnende Beschreibung oder die Hervorhebung und ausführliche Darstellung der von uns als wesentlich betrachteten Hauptfragen. Die erste Lösung wäre bestehend, denn sie könnte vom einstigen Lauf der Geschichte ein umfassendes Bild vermitteln, fast

genauso, wie diese sich einst selbst darstellte. Im Rahmen einer kurzen Studie kann sie jedoch nicht verwirklicht werden. Es bleibt also nur der zweite Weg, wobei die Gefahr nicht verkannt wird, daß durch die Heraushebung einiger wesentlicher Fragen der Blick für das historische Gesamtbild getrübt werden kann. Diese Überlegungen regen dazu an, die beiden Behandlungsweisen zu kombinieren. Daher heben wir aus der Gesamtheit der Problematik jene Grundfragen hervor, deren Kenntnis zum Verständnis der Geschichte der ungarischen Agrarreformen unentbehrlich ist, und gehen dort, wo es unbedingt notwendig scheint, auch auf die politischen Verhältnisse in Ungarn und der Habsburger Monarchie ein.

2. Zu den Voraussetzungen

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hemmten überall in Mittel- und Osteuropa verknöcherte feudale Produktionsverhältnisse die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Produktivkräften. Natürlich gab es dabei, bedingt durch die sozialökonomische und politische Entwicklung sowie die spezifischen historischen Gegebenheiten der einzelnen Länder, regionale Unterschiede. Das System des vorherrschenden feudalen Grundeigentums sicherte zwar das Einkommen der Klasse der Gutsherren, die Besitzlosigkeit der großen Mehrheit der Bauernschaft hingegen führte dazu, daß diese unmittelbaren bäuerlichen Produzenten keinerlei Interesse an ihrer Arbeit hatten. Dieser Widerspruch wurde durch den außerökonomischen Zwang, der mit dem feudalen System zusammenhing, unumgänglich verschärft. Während die Gutsherrenklasse Privilegien und adelige Vorrechte hatte, litten breite Schichten der ländlichen Bevölkerung, der unmittelbaren Produzenten, darunter, daß ihnen persönliche Freiheit fehlte bzw. daß ihre persönliche Freiheit stark eingeschränkt war. Diese Grundsituation erzeugte soziale Spannungen zwischen Bauern und Gutsherren, die sich von den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts an von Jahr zu Jahr ständig verschärften. Im großen und ganzen setzt die innere Gärung des feudalen Systems in Mittel- und Osteuropa in dieser Periode ein. Ziemlich langsam voranschreitende Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen deuten darauf hin, daß in dieser Zeit erste Versuche zur Verminderung der sozialen Spannungen unternommen wurden. Diese werden fast überall von oben, von einer kleinen, für die Schicksalsfragen der Geschichte empfänglichen, am Wachstum des Ertrags der Warenproduktion interessierten und sich daher allmählich liberaleren Vorstellungen öffnenden Schicht der privilegierten Adelsklasse angeregt, nicht um das feudale System abzubauen, sondern um es zu verbessern, zu modernisieren. Daß als politische Leitidee die Losung "Freiheit und Eigentum" in Ungarn in den Mittelpunkt rückte, ist der Niederschlag dieser frühen Reformbestrebungen im Bewußtsein seit der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Der Bauernaufstand in Ungarn 1831 und später das warnende Beispiel der revolutionären Ereignisse in Galizien im Jahre 1846 schürten bei den politischen Repräsentanten des ungarischen Adels die Angst vor einer sozialen Eruption. In führenden liberalen Adelskreisen reifte immer mehr die Erkenntnis, nur dann den Kampf gegen den Machtapparat des habsburgischen feudalen Absolutismus, der die bürgerliche Umgestaltung verhinderte, aufnehmen zu können, wenn es ihnen gelänge, die Mehrheit der feudal unterjochten Landbevölkerung auf ihre Seite zu ziehen oder zumindest zu neutralisieren. So wurden in den explosiven vierziger Jahren liberale Reformen, in erster Linie die Lösung der Bauernfrage, immer dringlicher, und zwar weniger in Form einer Modernisierung des feudalen Systems, sondern eher in Richtung auf dessen Abbau. So entstand eine Lage, die die Möglichkeit einer Umgestaltung revolutionären Charakters in Ungarn zur Reife trieb.

Es ist wichtig, daß wir zur Kenntnis nehmen: Es handelte sich nur um die Möglichkeit der Revolution. Aber genauso wichtig ist die Betonung jener internationalen Umstände, die mit den oben in groben Zügen angedeuteten innerungarischen Ereignissen direkt zusammentrafen. Der im Herzen Europas gelegene feudale Machtblock des habsburgischen Vielvölkerstaates war durch viele gesellschaftliche und nationale Spannungen belastet. Die Unzufriedenheit der Tschechen, Slowaken, Kroaten, Ungarn, Polen und Italiener kam immer heftiger zum Ausdruck. Zündstoff für revolutionäre Unzufriedenheit war überall vorhanden; ein Funkenschlag genügte, das Feuer der Revolution zu entfachen. Dies geschah mit dem Ausbruch der Februarrevolution in Paris, die im März 1848 in Europa den revolutionären Sturm entfesselte. Am 13. März wird auch die Kaiserstadt Wien zum Schauplatz einer revolutionären Erhebung. In dieser von vielen historischen Veränderungen geprägten Zeit tagte in Preßburg die letzte ungarische Ständeversammlung. Der von Kossuth geleitete liberale "Generalstab" handelte nach dem "Gebot der Stunde" und erzwang am 18. März die Aufhebung der Leibeigenschaft in Ungarn. Rationale Erwägungen der auf die Sicherung der eigenen politischen Führungsrolle bedachten liberalen Kreise, die Furcht vor einer explosiven Entladung der Klassenspannungen, die Ausstrahlung der europäischen revolutionären Bewegung: Das sind die zeitlich zusammentreffenden entscheidenden Faktoren, die auf die Basis des morschen feudalen Systems in Ungarn zurückwirkten. Es ist aber auch nicht nebensächlich, daß diese Wirkung gerade dann zur Geltung kam, als in Preßburg eine tatkräftige, handlungsfähige politische Führung zur Stelle war.¹

3. Zu den Ergebnissen und ungelösten Problemen

Der Kreis unserer Untersuchungen wird im folgenden enger gezogen. Von nun an können wir uns nämlich mit dem wechselhaften Verlauf der revolutionären Ereignisse wenig beschäftigen. Wir müssen uns damit begnügen, die wesentlichsten inhaltlichen Züge und den Geltungsbereich der Aufhebung der Leibeigenschaft zu erörtern.

Geltungsbereich und Modalitäten der sich auch auf Kroatien-Slawonien erstreckenden ungarischen Bauernbefreiung wurden durch den berühmten 9. Gesetzesartikel von 1848 geregelt. Ihm zufolge "werden die aufgrund des Urbars und urbarialer Ersatzverträge bisher gültigen Dienste (Frondienste), Zehnte und Zinse (Zensus) von der Verkündung dieses Gesetzes an für ewig aufgehoben".² Die

1 Da die Veröffentlichungen zur Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft in Österreich-Ungarn eine ganze Bibliothek füllen würden, kann hier und im folgenden nur auf einige Untersuchungen verwiesen werden, die sich auf die jeweils erörterte Teilproblematik dieses Themenkreises speziell beziehen oder wichtige Stützen für die Argumentation in dem vorliegenden Beitrag bilden.

2 Corpus Juris. Hungarici, Budapest 1836 - 1868, S. 232 - 238. - Vgl. dazu bes. Szabó, István, Kossuth és a jobbágyfelszabadítás (Kossuth und die Bauernbefreiung), in: Századok, Nr. 3/1952, S. 509 - 592, neuaufgelegt in derselbe, Jobbágyok-parasztok (Leibeigene-Bauern), Budapest 1976, S. 253 - 332. - Grundsätzlich vgl. Varga, János, A jobbágyfelszabadítás kivívása 1848-ban (Die Durchsetzung der Bauernbefreiung 1848), Budapest 1971; derselbe, A forradalom és a parasztság (Revolution und Bauernschaft), in: A negyvennyolcas forradalom kérdései (Fragen der Revolution von 1848), Budapest 1976, S. 79 - 95 = Értekezések a történeti tudományok köréből (Beiträge aus dem Kreis der historischen Wissenschaften), Nr. 77.

Entschädigung der Gutsherren sollte voll und ganz vom Staat übernommen werden. Als Entschädigungssumme war das Zwanzigfache des jährlichen Nettogewinns aus Natural-, Geld- und Arbeitsleistungen vorgesehen. Die Auszahlung dieser Summe an die ehemaligen Gutsherren sollte in Form staatlicher Obligationen mit jährlich 5 Prozent Zinsen erfolgen (12. Gesetzesartikel 1848). Der 4. Paragraph des 9. Gesetzesartikels hob das allmächtige Urbarialmunicipium auf. Der 8. Gesetzesartikel führte die allgemeine Steuerverpflichtung ein. Der 13. Gesetzesartikel hingegen befreite die Bauern von der Pflicht der vorherigen Zahlung des kirchlichen Zehnten. All dies zusammen brach dem 800 Jahre alten feudalen System das Rückgrat und schuf die Basis für bürgerliches Grundeigentum. Millionen von Bauern, die vorher unter feudaler Unterdrückung lebten, gelangten durch Gesetzesakt in den Besitz der vollen bürgerlichen Rechte. Die revolutionäre Gesetzgebung brachte zum Ausdruck, was die bisherigen Hörigen durch die unter dem Druck der erwähnten Ereignisse in großer Eile beschlossenen und verabschiedeten Gesetze an Rechten erhielten. Sie schieg sich aber darüber aus, was ihnen die Revolution nicht gewährte. Das bäuernbefreiende Gesetzeswerk entstand im Strudel sich überstürzender historischer Ereignisse und spiegelte die revolutionäre gesellschaftliche Situation jener Zeit sowie das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen wider. Aus diesem Grunde war es, wie nicht anders zu erwarten, in mancher Hinsicht unvollendet. Ferenc Deák, der große Rechtsreformer und Justizminister der ersten eigenständigen ungarischen Regierung nannte das Gesetzeswerk eine große "Improvisation" und gab seiner Meinung darüber unter anderem in einem Brief an seinen Schwager Josef Tarányi vom 28. März 1848 Ausdruck: "Ich bin nicht davon überzeugt, daß man dies gerade so hätte tun müssen; Nachdem es aber geschehen war, wurde der Gesetzentwurf von den beiden Tagen (der Vertretung der Stände sowie der Vertretung des hohen Adels - P. S.) einstimmig angenommen; nachdem dies in vielen Komitaten verkündet worden ist, halte ich alle Schritte für gefährlich, und das Gegebene wieder zurückzunehmen, würde rundweg bedeuten, einen mörderischen Bauernkrieg heraufzubeschwören."³ Aus diesen Worten klingt ziemlich unverhohlen ein innenpolitischer Beweggrund des revolutionären Schrittes: die Furcht des Adels vor einem möglichen Bauernaufstand. Der Briefausschnitt Deáks weist aber auch - zumindest mittelbar - darauf hin, daß die Gesetze zur Aufhebung der Leibeigenschaft Unklarheiten und Lücken enthielten.

Verfolgen wir nun in einem kurzen Überblick die praktischen Auswirkungen der revolutionären Maßnahmen.

Im damaligen ungarischen Kernland einschließlich der drei Komitate Temes, Torontál und Krassó, aber unter Ausschluß von Siebenbürgen, des Partiums und der Mark, wurden nach Schätzungen 1 366 740 bäuerliche Familienoberhäupter aus ihrer persönlichen feudalen Abhängigkeit befreit. Dabei wurden aber nur jene Urbarialbauern eindeutig zu freien, bürgerlichen Bodenbesitzern, die von der Urbarialaufstellung unter Maria Theresia und den späteren ergänzenden Urbarialregistern in dieser Eigenschaft erfaßt wurden. Ihre Zahl soll 568 673 betragen haben. Die Befreiung der übrigen bäuerlichen Familienoberhäupter war nur partiell. So wurden etwa 20 000 Familienoberhäupter nur von den mit ihrer Innenhufe, ihrem unmittelbaren Hausgrund, verbundenen Lasten

3 Deák, Ferenc, an (seinen Schwager) Josef Tarányi, Preßburg, 28. 3. 1848, in: Deák Ferenc beszédei (Die Reden Ferenc Deáks), hg. v. Manó Kónyi, Bd. 2, Budapest 1886, S. 28.

befreit. Für ihr nicht urbariales Land, ihre vom Gutsherrn durch einen Vertrag zwischen dem einstigen Hörigen und dem bisherigen Gutsherrn, der nicht der staatlichen Urbarialregulierung unterlag, sondern eine Vereinbarung zwischen den beiden direkt beteiligten Seiten bildete, übernommenen Außenhufen (Boden, der nur mittelbar zur Hofstelle gehörte) blieben sie abgabepflichtig, da derartige Kontrakte von den Paragraphen des Gesetzeswerkes nicht berührt wurden. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß schätzungsweise 580 042 bäuerliche Familienoberhäupter weder Acker noch Wiese besaßen. So verblieb ihnen nur ihre kleine urbariale Innenhufe, der Hausgrund ihrer Bauernstelle. Andere bäuerliche Leibeigene, die sogenannten "Unbehausten", besaßen nicht einmal ein eigenes Haus. Ihre Zahl soll sich nach Berechnungen auf 98 024 belaufen haben. Sie wurden nunmehr ohne jeglichen Landbesitz frei, das heißt von ihren urbarialen Verpflichtungen entbunden. Schließlich gab es etwa 100 000 Häusler mit mehr oder weniger Land, bei dem es sich jedoch nicht um urbarialen, sondern um gutsherrlichen bzw. allodialen Boden handelte. Die Bauern, die sich auf diesem steuerfreien gutsherrlichen Land angesiedelt und auch ein Haus gebaut hatten, nutzten die dortigen Felder aufgrund privater Verträge, wobei der allodiale Charakter dieser Felder erhalten blieb. Diese Häusler wurden also nur persönlich frei, ohne daß sie einen Anspruch auf das bisher von ihnen genutzte Land daraus ableiten konnten. Wollten sie den Boden weiterhin nutzen, mußten sie dafür entsprechende Gebühren entrichten.

Bereits aus dieser kurzen Aufzählung geht hervor: Die revolutionäre Gesetzgebung unterschied scharf zwischen urbarialer und allodialer bzw. privatvertraglicher Rechtsstellung. Nur die Bauern auf urbarialen Böden wurden von der Rentenzahlung entbunden.

Die eilends zustandegebrachte revolutionäre Gesetzgebung ließ auch die Lage weiterer bäuerlicher Schichten ungelöst bzw. ungeklärt, so die der Bauern auf staatlichen Ländereien, deren Vorfahren als Gnade des Herrschers Böden zur Nutzung erhielten. Diese bäuerliche Schicht war einst sowohl rechtlich als auch dadurch privilegiert, daß sie lediglich Geldrente an den Staat zu entrichten hatte. Sie war eine Art gehobene Gruppe der Nichtadligen. Da ihre Verpflichtungen sich nicht aus dem Urbarium ableiteten, mußte sie weiterhin die jährliche Geldrente zahlen.

Mit Stillschweigen wurde auch das Schicksal der sogenannten Ödhufen (*sessio deserta*) und der darauf wohnenden Bauernfamilien übergangen. Die Ödhufen waren einst unbewohnte, aber mit der Zeit besiedelte Innenhufen, oft auch Bauernhöfen angegliederte Außenhufen. Die von den Gutsherren auf den Ödhufen angesiedelten Bauern hatten auch nicht die üblichen urbarialen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie erhielten Böden auf der Grundlage privater Verträge mit den Gutsherren und entrichteten dafür eine Geldrente. Zur Zeit der Revolution von 1848 blieb ein Teil dieser Flächen unbewohnt, ein anderer Teil wurde von den Gutsherren selbst genutzt, manchmal sogar der gutsherrlichen Eigenwirtschaft eingegliedert. Andere Ödhufen wurden von Bauern mit urbarialer oder allodialer Rechtsstellung gepachtet, ohne daß diese Pacht den urbarialen Bestimmungen unterlag. Aus diesem Grunde blieben die eigentumsrechtliche Zuordnung dieser Güter und das Schicksal der dort ansässigen Bauernfamilien im Frühjahr 1848 ungeklärt.

Ebenfalls in Schweigen hüllte sich die revolutionäre Gesetzgebung über das Schicksal des sogenannten Remanenlandes. Es handelte sich dabei um urbarialen Grund und Boden, der statistisch nicht in dieser Eigenschaft erfaßt war. Dies ging vor allem darauf zurück, daß bei der Urbarialregulierung unter Maria Theresia - zwischen 1768 und 1771 - die urbarialen Flächen nicht vermessen, sondern nur nach mündlichen Angaben der Hörigen ermittelt wurden.

Und diese gaben im eigenen Interesse den Behörden gegenüber weniger Land an, als sie tatsächlich nutzten, weil sie dann auch weniger Steuern bezahlen mußten, was letztlich auch den Gutsherren gefiel: Eine Erhöhung der Feudalrenten, von denen die Gutsherrschaft profitierte, war leichter zu bewerkstelligen, wenn die Bauern finanziell relativ wenig geschwächt waren. Bei späteren Vermessungen, die auf Betreiben der Gutsherren zustande kamen, stellte sich aber heraus: Die meisten urbarialen Bauernstellen hatten weit mehr Acker- und Wiesenland, weit mehr Innenhufen, als die amtliche Statistik verzeichnete. Vor allem aus diesen amtlich nicht erfaßten Flächen setzte sich das Remanenzland zusammen. Es hatte auch andere Ursachen, aber sie spielten eine geringere Rolle. Nach der alten, vor der Aufhebung der Leigeigenschaft gültigen Rechtsordnung waren die Gutsherren gesetzlich verpflichtet, auf dem Remanenzland neue Bauernstellen zu errichten und so die Zahl der Steuerzahler zu vergrößern. Mit der Ausdehnung der Steuerpflicht auf alle Schichten der Bevölkerung ergab sich jedoch eine neue Situation. Nicht zuletzt aus dieser neuen Lage erklärt sich, daß der 9. Gesetzesartikel die eigentumsrechtliche Zugehörigkeit der Remanenzfelder unerwähnt ließ. So blieb die Frage offen, ob die Gutsherren staatliche Entschädigung auch für den Verlust des Zinses erhalten sollten, den ihnen die Bauern für Remanenzfelder gezahlt hatten. Diese Rechtsunsicherheit hatte politische Gründe. Die tonangebenden liberalen Kräfte hielten es nämlich in den stürmischen Tagen der Revolution für unzweckmäßig, das Problem der umstrittenen Ländereien gesetzlich zu regeln und damit eine klare Entscheidung zugunsten der Bauern oder des Gutsadels zu treffen. Sie fürchtete, damit die unterliegende Seite vor den Kopf zu stoßen und sie in die Arme der Reaktion zu treiben. Nach der Verkündung der allgemeinen Steuerpflicht mußte nämlich damit gerechnet werden, daß die bisherigen Feudalherren verstärkt Anspruch auf das Eigentumsrecht an diesen Böden erheben würden. Dieser Gefahr hofften die um die Selbständigkeit des Landes kämpfenden liberalen Kräfte mit ihrer Verzögerungstaktik ausweichen zu können.

Schließlich ging aus dem erwähnten 9. Gesetzesartikel hervor, daß das gesamte nichturbariale bäuerliche Nutzland nach wie vor gutsherrliches Eigentum blieb. Das betraf Wiesen- und Ackerböden, ferner Weingüter und Obstgärten, Kraut- und Hanfgärten, durch kurz- oder langfristige Verträge von Bauern gepachtete Felder. Eine eventuelle Kündigung der Pachtverträge sowie die Vergütung der Bauern für ihre in den Boden investierte Arbeit blieben, sofern keine Übereinkünfte zwischen den unmittelbar Beteiligten zustande kamen, gerichtlichen Entscheidungen vorbehalten. Jedenfalls wurden diese Territorien nicht in die Agrarreformen einbezogen.

Dies waren im großen und ganzen die ungelösten Fragen der ungarischen Agrarreformen vom Frühjahr 1848. Sie dürfen jedoch nicht über die große Bedeutung der Agrarreformen hinwegtäuschen: Die eingangs umgrenzten Landesteile, auf die sie sich erstreckten, umfaßten etwa 13 800 000 Joch (16 560 Quadratkilometer) Acker- und Wiesenland, Obstgärten und Weinberge, die von feudal abhängigen Bauern genutzt wurden. Nur 1,89 Prozent dieser Bodenfläche waren vor 1848 durch Erbblösung bäuerliches Eigentum geworden - unter Beibehaltung der gutsherrlichen Jurisdiktion. Mit der Aufhebung der Leibeigenschaft gingen nicht weniger als 74,51 Prozent dieses Territoriums eindeutig und unantastbar in das Eigentum der ehemaligen Urbarialbauern über. Der Anteil der eigentumsrechtlich umstrittenen Böden betrug 14,10 Prozent, der von der Reform ausgeschlossenen 9,50 Prozent. Es ist auch nicht nebensächlich, daß die urbarialen Verhältnisse in Ungarn (sowie Kroatien-Slawonien) mit der Verkündung des Prinzips der staatlichen Entschädigung schon im Frühjahr 1848 tatsächlich beseitigt wurden. In anderen Teilen des Habsburger Reiches wurde dies damals noch nicht verwirklicht.

4. Gemeinsamkeiten mit anderen Teilen der Habsburger Monarchie und ungarische Besonderheiten

Innerhalb des Habsburger Reiches wurde - sieht man einmal von der Lombardei ab, in der seit dem 18. Jahrhundert kein Leibeigenensystem existierte - die feudale Hörigkeit zuerst in Ungarn beseitigt. Die Leibeigenschaft wurde mit Wirkung vom 1. Mai aufgehoben. In Siebenbürgen beschloß der Landtag Ende Mai 1848, nicht zuletzt unter dem Einfluß der ungarischen Initiative, mit Wirkung von Mitte Juni die Aufhebung der Urbarialverhältnisse. Auch hier war eine staatliche Entschädigung der Gutsherren vorgesehen. In Galizien erfolgte die Proklamation der Beseitigung der Urbarialverhältnisse am 15. Mai, später als in Ungarn, aber früher als in Siebenbürgen. Hier hatte besonders die noch frische Erinnerung an den blutigen Bauernaufstand von 1846 zur Eile getrieben. Die beiden einander widerstrebenden Kräfte, der polnische Adel und der Regierungsapparat der Habsburger Staatsmacht, wollten die Bauern für sich gewinnen und deren Unzufriedenheit auf die gegnerische Seite lenken. Aber der polnische Adel konnte sich nicht zur Tat aufraffen, und auch die Regierung in Wien zögerte; so sah sich der österreichische Landesverweser Galiziens, Graf Stadion, veranlaßt, selbst zu handeln: Er erklärte am 22. April eigenmächtig alle urbarialen Dienste für beseitigt. Dabei ließ er jedoch die Frage der gutsherrlichen Entschädigung offen. Entsprechende Maßnahmen folgten erst 1849, am 4. März und am 15. August, als der Sturm der revolutionären und nationalen Bewegungen, die das Habsburger Reich erschüttert hatten, abgeflaut war. Mit dem Schrecken davongekommen, war die Staatsmacht eilig bemüht, Galiziens Bauern für sich zu gewinnen. Diese politische Absicht war wohl der Hauptgrund dafür, daß die Entschädigung der Gutsherren voll und ganz vom Staat übernommen wurde. Dies geschah aber schon zu einem Zeitpunkt, als die erschütterte Einheit des Reiches mit Waffengewalt wiederhergestellt worden war und Steuereinkünfte aus dem gesamten Reich wieder regelmäßig in die habsburgische Staatskasse flossen. Die Aufhebung der Leibeigenschaft in den österreichischen und böhmischen Provinzen unterschied sich sowohl zeitlich als auch inhaltlich von der ungarischen Variante dieser Maßnahme. Am 28. März 1848 wird in Wien beschlossen, daß die Fronarbeit mit Wirkung vom 31. März 1849 aufgehoben werden soll. Die Frage der Entschädigung wird offengelassen. Während also in Ungarn (sowie Kroatien-Slawonien) die Urbarialverhältnisse praktisch am 1. Mai 1848 ihr Ende fanden, sollten sie in den österreichischen und böhmischen Provinzen fast noch ein volles Jahr Rechtsschutz genießen. Zwar gab es nach wie vor die Möglichkeit der individuellen Ablösung des Frondienstes kraft einer früheren, 1846 erlassenen Verordnung, aber in der Praxis änderte sich insgesamt dadurch kaum etwas am bestehenden Hörigkeitssystem. Ein weiterer Unterschied betraf die Entschädigung der Gutsherren: Während in Ungarn bereits im Frühjahr 1848 proklamiert wurde, daß sie durch den Staat erfolgen soll, gab es für die österreichischen und böhmischen Provinzen zur damaligen Zeit darüber keine konkreten Entscheidungen.

Eine staatliche Entschädigung der Gutsherren wurde lediglich in Aussicht gestellt. Schließlich aber treibt der Strudel der revolutionären Ereignisse die Entwicklung auch in den österreichischen und tschechischen Landesteilen voran. Am 31. August 1848 beschloß der Reichstag, wenn auch nur mit der knappen Mehrheit von 4 Stimmen, die Aufhebung der Leibeigenschaft mit Wirkung vom 7. September 1848. Dieser Beschluß sah vor, sowohl die Urbarialbauern als auch jene Gutsbauern, deren Dienste nicht durch das Urbar, sondern durch privat mit den Gutsherren abgeschlossene Verträge geregelt wurden, von den feudalen Lasten zu befreien. Die Modalitäten der Entschädigung wurden jedoch erst in einer Verfügung des neuen Kaisers, Franz-Joseph, vom 4. März 1849

festgelegt, Ihr zufolge sollte sich die Höhe der Entschädigung der Gutsherren auf zwei Drittel des Wertes der Feudalrente belaufen, unabhängig davon, ob diese auf das Urbar oder auf privatvertragliche Regelungen zurückging. Diese Festlegung basierte auf der Schätzung, daß der Gutsherr ein Drittel seiner Feudaleinkünfte dafür aufwenden mußte, seine Leibeigenenwirtschaft aufrechtzuerhalten. Insgesamt sollte der Gutsherr mit entsprechender Verzinsung als Abfindung zwei Drittel der Renteneinkünfte erhalten, die ihm 20 Jahre lang zugeflossen wären.

Während bei den urbarialen Bauern die Hälfte des Ablösungsbetrags von der Staatskasse übernommen wurde, hatten die allodialen Bauern für die gesamte Entschädigungssumme allein aufzukommen.

Die österreichisch-böhmischen Agrarreformen unterschieden sich von der ungarischen Lösung der Agrarfrage somit auch dadurch, daß sie einen größeren Geltungsbereich erfaßten und sich sowohl auf urbariale als auch auf allodiale Bauern erstreckten. Ausgeschlossen blieben lediglich in Böhmen und Mähren ansässige, rechtlich als Häusler eingestufte Bauern, die im Dienste von Hufensbauern der Gemeinde standen und dafür deren Land mitnutzten. Während also die ungarische Lösung einen deutlichen Trennungsstrich zwischen urbarialen und allodialen Bauern zog und dabei die letztgenannten entschieden benachteiligte, wurde in den österreichischen und böhmischen Provinzen beiden bäuerlichen Schichten eine gleichrangige Stellung bei den Agrarreformen eingeräumt. Die Bevorzugung der bisherigen Urbarialbauern bestand lediglich darin, daß die Hälfte ihrer Ablösungssumme vom Staat übernommen werden sollte. Zwar war auch in Ungarn die Möglichkeit gegeben, daß sich allodiale Bauern mit einer Ablösungssumme ihrer feudalen Verpflichtungen entledigen konnten, aber sie konnten sich dabei nicht auf einen Rechtsanspruch berufen. In den österreichischen Provinzen garantierte dagegen die obligatorische Ablösung, auch wenn dafür der Betrag von den betroffenen Bauern selbst aufzubringen war, auf jeden Fall die Realisierung bäuerlichen Grundeigentums auch auf allodiale Boden. Sie verhinderte, daß der bisherige Feudalherr seinen einstigen feudabhängigen Bauern ihr Nutzland unter Berufung auf allodiales Recht vorenthält oder sich durch Rückkauf neu aneignet. Und da die Selbstablösungssumme nach ähnlichen Kriterien bestimmt wurde wie die Entschädigungssumme, konnte der bisherige Feudalherr diese Summe auch nicht willkürlich heraufsetzen.

Einheitlich für die gesamte Habsburger Monarchie galt das Prinzip, daß eine Ablösung mit Grund und Boden abgelehnt wurde. Dieser Umstand verdient deshalb besondere Beachtung, weil in mehreren ostelbischen Gebieten, vor allem in West- und Ostpreußen, ferner in Pommern die Ablösung zu einem beträchtlichen Teil mit Grund und Boden erfolgte (Westpreußen: 57, 5 Prozent; Ostpreußen: 38, 8 Prozent; Pommern: 47, 7 Prozent).

Die Tatsache, daß bei der Aufhebung der Leibeigenschaft im Frühjahr 1848 in Ungarn (sowie Kroatien-Slawonien) die Entschädigung der Gutsherren für den Verlust urbarialer Feudalrenten voll und ganz zur Aufgabe des Staates erklärt wurde, ist vor dem Hintergrund des nationalen Freiheitskampfes zu sehen: Sowohl die urbarialen Bauern als auch der Gutsadel sollten in diesen Freiheitskampf integriert werden. Der betreffenden bäuerlichen Schicht wurde in Aussicht gestellt, frei von allen Abzahlungspflichten zu sein, und dem Gutsadel gegenüber bekannte sich der Staat als unmittelbarer Schuldner. Aber die Proklamation des Prinzips der Entschädigungszahlung des Fiskus an die Gutsherren bedeutete noch lange nicht, daß es in die Tat umgesetzt werden konnte.⁴

4 Als vergleichende Untersuchung zur Aufhebung der Leibeigenschaft in Osteuropa sei hervorgehoben Niederhauser, Emil, A jobbágyfelszabadítás Kelt-Európában (Die Bauernbefreiung in Osteuropa), Budapest 1962.

Ferenc Deák, der Ungarns finanzielle Lage gut kannte, schrieb im Juni 1848 an seinen Schwager, daß "materielle Kraft ... leider nicht vorhanden ist und unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nicht geschaffen werden kann."⁵ Ausländische Darlehen zu erhalten sei gerade jetzt unmöglich. Um die finanziellen Entschädigungsmittel aufzutreiben, wäre somit eine unmittelbare oder mittelbare Besteuerung auch des Adels und der Bauern nötig gewesen. Aber in Wirklichkeit zahlte keine einzige gesellschaftliche Schicht des Landes in den stürmischen Monaten der Revolution und des Verteidigungskrieges Steuern. Das Prinzip der staatlichen Entschädigung konnte daher nicht einmal in der Form von Abschlagszahlungen verwirklicht werden. So gerieten Prinzip und Praxis in tragischen Konflikt.

5. Bestrebungen zur Ausdehnung des Geltungsbereiches der Bauernbefreiung

Das bisher Geschriebene sollte veranschaulichen, daß sich die Aufhebung der Leibeigenschaft in ständiger Auseinandersetzung mit adligen Klasseninteressen vollzog und daß die Unvollkommenheit, der kompromißhafte Charakter der damit verbundenen Agrarreformen in einer von der Gutsherrschaft geprägten Gesellschaftsordnung wurzelte. Zugleich war jedoch die Aufhebung der Leibeigenschaft nicht nur Ergebnis, sondern auch Teil und Konsequenz einer bestimmten Phase der bürgerlich-nationalen Umgestaltung wie auch Ergebnis und Folge der europäischen Entwicklung. Die Agrarreformen standen unter dem Druck einer sehr empfindlichen Lage, sich ständig ändernder politischer Kräfteverhältnisse, sowohl in Ungarn wie im Ausland, und erinnerten daher an einen Balanceakt. Die bäuerlichen Ansprüche galt es so zu befriedigen, daß die Adelsklasse in ihrer Mehrheit dabei nicht vor den Kopf gestoßen wurde und ihre Bereitschaft zur Teilnahme am nationalen Widerstand gegen die habsburgische Staatsmaschinerie nicht ins Wanken geriet.

Im Frühsommer nahm die Lage in jeder Hinsicht eine kritische Wendung. Die englische Bourgeoisie hatte schon im Frühjahr mit der eigenen Arbeiterbewegung abgerechnet. Der Pariser Februarrevolution folgte im Mai die Gründung der bürgerlichen Republik. Die neue Nationalversammlung sollte, wie Marx in seiner Analyse "Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" ebenso engagiert wie überzeugend nachwies, "die Resultate der Revolution auf den bürgerlichen Maßstab zurückführen".⁶ In Österreich schreckte die nach der Macht greifende schwache Bourgeoisie vor jeder revolutionären Lösung zurück. Die Regierungskrise der Märztage war in Wien nur kurzlebig. Hochadel und Hochfinanz traten bereits im Mai zum Gegenangriff auf die revolutionäre Organisation des Volkes an. Im Juli wurde der Prager Aufstand vom Heer des Feldmarschalls Windischgrätz niedergeschlagen, während die Truppen des sardinischen Königs eine entscheidende Niederlage durch das Heer des Feldmarschalls Radetzky hinnehmen mußten. So erloschen die revolutionären Brennpunkte im europäischen Umkreis, und die Revolution in Ungarn war auf sich allein gestellt. Beim Eintritt des Herbstes wird dem Land bereits ein Verteidigungskrieg gegen das Interventionsheer des Kaisers, des Statthalters Jelacic aufgezwungen.

5 Deák, Ferenc, an Josef Tarányi, Pest, 15. 6. 1848, in: Deák Ferenc beszédei, a. a. O., S. 55 - 57.

6 Marx, Karl, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1973, S. 121.

Die äußerst komplizierte Lage zwang die ungarische Innenpolitik dazu, über den bisher geplanten Ausgleich der Klasseninteressen hinaus eine höhere Stufe des nationalen Bündnisses anzustreben. Aus der konkreten Situation heraus mußten zwei einander letzten Endes widersprechende Bedürfnisse befriedigt werden. Einerseits mußten die Ansprüche der bis dahin von den Agrarreformen ignorierten Bauern berücksichtigt werden, waren doch vor allem die Bauern jene Klasse, die im Verteidigungskrieg die Soldaten stellte. Andererseits forderte die kriegerische Auseinandersetzung nicht nur eine zivile, sondern auch eine militärische Führung. Und diese mußte - wollte sie sich behaupten - wenigstens ein Mindestmaß an Adelsinteressen wahrnehmen.

Sonst würde sie ihre ohnehin schwächer werdende Klassenbasis verlieren. Nur aus dieser Zuspitzung der Situation wird verständlich, warum einerseits weitere Agrarreformen, andererseits konkretere Bestimmungen über die Entschädigung der Gutsherren als früher auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Im folgenden können wir auf den Gang der sich überstürzenden Ereignisse nur hinweisen. In den krisenhaften Septembertagen unterbreitete die Regierung auf der Grundlage eines Entwurfs des damaligen Justizministers Ferenc Deák bereits dem neuen Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die Weiterentwicklung des 9. Gesetzesartikels von 1848. Im gleichen Monat kam auch der Gesetzentwurf über die Entschädigung vor das Abgeordnetenhaus. Der Gesetzentwurf sah vor, rund 2,2 Millionen Joch bisher umstrittene Acker- und Wiesenböden sowie Innenhufen bei staatlicher Entschädigung in bäuerliches Eigentum zu überführen. Ferner sollte sich der Geltungsbereich der Agrarreformen auch auf solche Felder ausdehnen, deren allodialen Charakter der Gutsherr nicht beweisen konnte. Schließlich sollten die sogenannten Unbehausten von allen urbarialen Diensten, und zwar ohne jede Abfindung der Gutsherren, befreit werden. In jener Zeit näherten sich indessen die feindlichen Truppen bereits Budapest. Zwar wurden noch vor Anbruch der Lese - am 15. September - die bäuerlichen Lasten auf den allodialen Weingütern abgeschafft. Und sogar jene allodialen Häusler wurden - im Prinzip - von ihren Lasten befreit, die auf allodialen Gütern lebten und ihre Häuser selbst erbaut hatten. Diese prinzipiellen Beschlüsse wurden aber in diesen stürmischen Tagen in Abwesenheit der Mehrheit der Abgeordneten nur noch durch eine Minderheit gefaßt. Die Abschaffung des Weinzehnten wurde den Dorfbewohnern lediglich verkündet, während der Beschluß über die allodialen Ländereien nicht einmal bekanntgemacht wurde. Zur Erörterung der weiteren Punkte des Entwurfs ist es - inmitten des Verteidigungskampfes - nicht mehr gekommen. Dies führte zu einem unsicheren Schwebezustand: Der Gutsherr sah sein Eigentumsrecht genausowenig gesichert wie der Bauer seinen Besitz. So wurde die gesellschaftliche Basis des nationalen Zusammenschlusses nicht gestärkt, sondern eher geschwächt. Die Überbrückung der durch die historischen Klassengegensätze entstandenen Kluft erstarnte an diesem Punkt. Der Adel stellte seine Klasseninteressen über die liberalen Bestrebungen. Auch kein Entschluß wurde über die Auszahlung von Entschädigungsbeträgen gefaßt, sondern lediglich über Höhe und Modalitäten der sich aus der Entschädigungspflicht ergebenden Staatsschuld wurden Festlegungen getroffen. Dies bedeutete aber nur soviel, daß der noch nicht errechnete, sondern künftigen Schätzungen vorbehaltene Jahres-Nettogewinn, den Feudalrenten erbracht hätten, mit jährlich 5 Prozent verzinst werden sollte. Dementsprechend wurde festgelegt, den bisherigen Feudalrenten zinstragende staatliche Obligationen in Höhe des zwanzigfachen Nennwerts des Jahresgewinns in Form von Schuldscheinen auszuhändigen, deren Tilgungsfrist auf 20 Jahre begrenzt wurde. Darüber, aus welcher Quelle der sich in Geldnot befindende und um sein Überleben kämpfende Staat die erforderlichen finanziellen Mittel bestreiten könnte, gab es bloß vage Vorstellungen. Soviel stand nur fest und, fügen wir hinzu, ist historisch

verständlich, daß der Adel die Realisierung der Entschädigung für wichtiger hielt als die Weiterentwicklung der Agrarreformen. Das ist auch der Grund dafür, daß in den letzten Dezembertagen die zum Großteil adligen oder adligen Familien entstammenden Abgeordneten erneut die Erörterung des Verteilungsschlüssels für Abschlagszahlungen an die Gutsherren auf die Tagesordnung setzten. Am 30. Dezember hielt Deák, der kein Anhänger staatlicher Entschädigungen war, seine Anklagerede gegen den adligen Klassenegoismus; er geißelte, daß, "wo dem Land Gefahr droht, das ungarische Abgeordnetengremium darüber diskutiert ... nicht ohne jeden Egoismus, wieviel es aus der Kasse des Staates geben soll, für dessen Erhaltung noch gekämpft werden muß, der dann erhalten werde, wenn dieses Land von Gott gerettet wird ... Laßt uns nun das Thema vertagen, und wenn die Umstände es gestatten, wollen wir es mit kühler Brust wieder aufgreifen; wir dürfen aber das Blatt der Geschichte nicht damit beschmutzen, daß wir jetzt einen Gegenstand hervorkehren, der die Abgeordneten besonders interessiert."⁷ Das Abgeordnetenhaus nahm den Antrag an. Am Neujahrstag befand es sich mit der zahlenmäßig reduzierten Regierung schon auf dem Weg nach Debrecen. Windischgrätz' Heer marschierte am 5. Januar 1849 in Budapest ein.

Die revolutionäre Regierung in Debrecen trat nunmehr, als sich die gesellschaftliche Basis des nationalen Bündnisses aufzulösen begann, in erster Linie für die Interessen der Bauernmassen ein, auf die sie vor allem angewiesen war, weil diese das Rückgrat der Armee bildeten. Auf dieser Linie lagen das Präsidialdekret Kossuths im April 1849 und später im Juni der Versuch, auch jene bäuerlich genutzten Felder bei staatlicher Entschädigung unabdingbar in Bauerneigentum zu überführen, die von den Agrarreformen noch nicht erfaßt worden waren. Es handelte sich dabei aber nur um prinzipielle Entscheidungen. Die Abstimmung darüber wurde vom Abgeordnetenhaus auch noch in den letzten Stunden des Verteidigungskrieges vertagt. In der Tat betrachtete der Adel - als Klasse - die Revolution bereits im März 1848 als beendet. Im Sommer 1849 trug - in größerem Zusammenhang - auch eine konterrevolutionäre europäische Ordnung dazu bei, daß in Ungarn die Aufhebung der Leibeigenschaft noch nicht zur vollständigen Beseitigung der feudalen Überreste führte.⁸

6. Prinzipien der Neuregelung der Bauernbefreiung zur Zeit des Neoabsolutismus

Die Willkür der Habsburger brach über das durch Waffengewalt in die Knie gezwungene Ungarn herein, als die früheren Pläne zur Weiterentwicklung der Agrarreformen noch nicht realisiert worden waren. Aber diese Pläne hinterließen ihre Spuren bei den Bauern, besonders bei den Massen mit allodialer

7 Deák, Ferenc beszédei, a. a. O., S. 169 f., zit. auch in Szabó, Ervin, Társadalmi és pártharcok a 48-49-es magyar forradalomban (Gesellschafts- und Parteienkämpfe in der ungarischen Revolution 1848/1849), Budapest o. J., S. 331 f.

8 Zur Agrarpolitik der Regierung in Debrecen und zu deren Bestrebungen, feudale Überreste zu beseitigen, vgl. besonders Barta, István, A kormány parasztpolitikája 1849-ben (Die Bauernpolitik der Regierung 1849), in: Századok, Nr. 6/1955, S. 849 - 881; ebenda, Nr. 1-2/1956, S. 4 - 68; Szabó, István, Kossuth állásfoglalása a parasztkérdésben (Kossuths Haltung zur Bauernfrage), in: Jobbágyok-parasztok, a. a. O., S. 333 - 350.

Rechtsstellung. Diese sahen in Kossuth mit Recht ihren Befreier und weigerten sich, ihren bisherigen Gutsherren Feudalrenten zu entrichten. Die Reaktion fackelte nicht lange. In den von konterrevolutionären Truppen besetzten Landesteilen erließen die aus royalistischen Adelskreisen ausgewählten kaiserlichen Kommissare Proklamationen zur urbarialen Frage. Darin wurden jenen Bauern strenge Strafen angedroht, die die im März 1848 nicht abgeschafften feudalen Dienste verweigerten. Es traten sogar adlige Bestrebungen auf, auch den Geltungsbereich der Agrarreformen von 1848 einzuschränken. Die landesweit wiedererwachenden adligen Restaurationsversuche stießen auf eine Mauer bauerlichen Widerstandes. Besonders in der Theiß-Gegend (in den Komitaten Bihar, Szabolcs, Szatmár, Zemplén) lehnte sich die bauerliche Bevölkerung gegen die aggressiven Forderungen der Grundeigentümer auf. Hier gab es nämlich die meisten im Hinblick auf die eigentumsrechtliche Zugehörigkeit umstrittenen Bauernfelder, deren bauerliche Besitzer sich seit dem April 1849 als frei betrachteten.

Die Regierung in Wien mußte die politischen Konsequenzen dieser verworrenen Situation in Betracht ziehen. Daß die aufgrund des Präsidial-Dekrets von Kossuth von ihren Feudallasten befreiten Bauernmassen die plötzliche Verschlechterung ihres Schicksals früher oder später auf den Sieg der kaiserlichen Heere zurückführen würden, war zu erwarten. Eine solche Konsequenz wollte die Regierung aber sowohl aus taktischen als auch aus strategischen Gründen vermeiden. Ihr taktisches Ziel bestand darin, die revolutionären Errungenschaften von 1848 als ihr ureigenes Verdienst hinzustellen und die bauerliche Bevölkerung dadurch zu neutralisieren. Dies war um so leichter möglich, als die Aufhebung der Leibeigenschaft für die allodialen Bauern sich als reichseinheitliche Maßnahme durchführen ließ, was auf die strategische Verwirklichung des einheitlichen Reichsprinzips hinauslaufen würde. Eine übermächtige adlige Restauration in Ungarn hätte für die Regierung in Wien die Gefahr heraufbeschworen, daß ihr für die damit verbundene Verschlechterung der dortigen Lage der bauerlichen Massen die alleinige Verantwortung aufgebürdet würde. Deshalb ist es kein Zufall, daß Baron Geringer, der bevollmächtigte Zivilkommissar des in fünf Bezirke unterteilten Landes 1850 einen Entwurf anfertigen ließ, der vorsah, die Modalitäten der Agrarreformen in Ungarn dem Reichsmuster anzupassen. Danach sollten die bisherigen Urbarialbauern sowie die Bauern mit Urbarialersatzvertrag mit Hilfe der staatlichen Entschädigung von ihren Feudallasten befreit werden, während die Bauern mit allodialer Rechtsstellung, wie auch im Reich, verpflichtet wurden, ihre Dienste selbst abzulösen. Die Bauern, deren Abhängigkeit von der Gutsherrschaft sich aus Privatverträgen auf Zeit ableitete, sollten zwar weiterhin Abgaben leisten. Es wurde ihnen aber die Möglichkeit eingeräumt, sich mit gutsherrlicher Billigung von diesen Abgaben freizukaufen.⁹ Beinahe drei Jahre lang mußte noch gewartet werden, bis die einzelnen Agrarreformen mit dem kaiserlichen Patent vom 2. März 1853 über Urbar und Entschädigung rechtswirksam wurden. Diese Verzögerung ging nicht zuletzt auf einen Machtkampf zwischen Wiener Politikern liberaler Gesinnung

9 Zur Vorbereitung des Dekrets vom 2. 3. 1853 vgl. Sashegyi, Oszkár, A jobbágyfelszabadítás végrehajtásával foglalkozó 1849. évi "Oktatás a Föld népéhez" (Über die Durchführung der Bauernbefreiung unter dem Titel "Belehrung im Jahr 1849 ans Landvolk"), in: Agrártörténeti Szemle, Nr. 3-4/1957, S. 191 - 201; vgl. ferner: Magyar Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv), D. 55, Absolutizmus (Absolutismus), 1852, Nr. 1869. - Hier sind auch die Modalitäten aufgeführt, die es bei der Anmeldung von Entschädigungsansprüchen zu beachten galt.

(darunter Finanzminister Baron Krauß, Staatsrat Puchardt oder der einst in Galizien tätige Rat Sacher) und Wiener sowie ungarischen Adligen feudaler Prägung (zum Beispiel des prominenten Vertreters der ungarischen Konservativen, Graf Ferenc Zichy) zurück. Die Prinzipien des am 2. März 1853 veröffentlichten kaiserlichen Urbarialpatents beschränkten einerseits den Aktionsradius für die Wiederbelebung adeliger Restaurationsversuche, andererseits nahmen sie die seit September 1848, hauptsächlich aber seit April 1849 in Ungarn verkündeten Prinzipien überhaupt nicht zur Kenntnis. Das kaiserliche Patent betrachtete nämlich nur die einst im Urbar schriftlich erfaßten und die später entstandenen Bauernfelder mit Urbarialersatzvertrag - durch staatliche Entschädigung als befreit. Diese Rechtsverordnung ist in dreierlei Hinsicht aufschlußreich. Erstens kam das einheitliche Reichsprinzip im Fall Ungarns nicht zur Geltung, denn die bäuerliche Bevölkerung mit allodialer Rechtsstellung wurde von den Agrarreformen am Ende doch ausgeschlossen. Zweitens deckte sich die Verordnung in ihrer Grundlinie prinzipiell mit dem bereits sanktionierten 9. Gesetzesartikel von 1848, der in der Zeit des revolutionären Aufschwungs formuliert wurde. Sowohl im Patent von 1853 als auch im 9. Gesetzesartikel von 1848 erstreckt sich der Geltungsbereich der Agrarreformen ausschließlich auf das urbariale Grundeigentum. Drittens deutete die Rechtsverordnung vom März 1853 den Begriff der Urbarialität stets nur allgemein an, statt seine Kennzeichen genau zu definieren. So wies das Patent auch keinen Weg zu weiterführenden Lösungen. Im Prinzip bildete es den Abschluß einer Entwicklung. Es erfaßte mit großer Sorgfalt den Kreis der in den stürmischen Tagen der Revolution ungelöst gebliebenen kritischen Fragen, um ihn zu zementieren. Aus diesem Grunde wiesen die revolutionäre Gesetzgebung und das konterrevolutionäre Grundpatent trotz mancher grundsätzlichen Ähnlichkeit doch in unterschiedliche Richtungen. Jene projizierte die Perspektive der Weiterentwicklung, dieses setzte den Agrarreformen mit prinzipiellen Verordnungen unverrückbare Grenzen.¹⁰

Wenn wir nun die Vielzahl der Paragraphen des Urbarialpatents einer eingehenden Analyse unterzögen, könnten wir leicht beweisen, daß einige seiner Verordnungen (zum Beispiel im Fall der Remanenzfelder) noch rückschrittlicher waren als die Gesetze vor der Revolution. In anderen Fällen würde sich dagegen herausstellen (zum Beispiel im Fall der rechtsverbindlichen Erfassung der vorher eher gemeinsam genutzten Weiden und Wälder), daß andere Verordnungen auch gegenüber der revolutionären Gesetzgebung einen Fortschritt bedeuteten. Eine solche Analyse würde jedoch den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Wir müssen uns hier mit der Wiedergabe der wichtigsten Ergebnisse des Grundpatents begnügen und dabei noch eine weitere Einschränkung vornehmen:

Die folgenden Angaben beziehen sich nur auf das ungarische Kernland, das 42 Komitate umfaßte. Sie sind nicht absolut zuverlässig, sondern nur zur Andeutung von Tendenzen geeignet. Schätzungsweise erstreckten sich nach der Neuordnung die Agrarreformen auf bäuerlich genutzte Gärten (Obstgärten), Äcker und Wiesen sowie Weinanbauflächen im Gesamtumfang von 13 691 000 Joch (rund 16 429 Quadratkilometer). Wenn man das noch vor der Revolution durch Erblösung in bäuerlichen Besitz übernommene Gebiet einbezieht, dürften da-

10 Zum deutschen und ungarischen Wortlaut der Dekrete über Urbar und Entschädigung vgl. Országos Törvény-és Kormánylap (Landesgesetz- und Regierungsblatt), Buda 1853, S. 212 - 225, 225 - 232. - Über die Modalitäten der Abschlagszahlungen unterrichtet Birodalmi Törvénylap (Landesgesetzblatt) Nr. 317, 1849.

von etwa 10 551 000 Joch (77,1 Prozent) durch staatliche Entschädigung, etwa 2 200 000 Joch (16,1 Prozent) hingegen durch rechtskräftige Ablösung aufgrund der Verordnungen des Patents freies bäuerliches Grundeigentum geworden sein. Diese letztere Kategorie umfaßte die große Mehrheit der im Jahre 1848 eigentumsrechtlich umstrittenen Bauerngüter. Mindestens 940 000 Joch (6,8 Prozent) ebenfalls in bäuerlicher Hand befindliche Bodenfläche - auf kurze Zeit von Bauern gepachtetes Land nicht hinzugerechnet - blieben weiterhin gutsherrliches Eigentum oder konnten als allodialer Boden der gutsherrlichen Eigenwirtschaft eingegliedert werden. Soweit es sich dabei um Böden mit erblichem Nutzungsrecht handelte, konnten sie auch auf der Grundlage privater Vereinbarungen durch bäuerliche Ablösung in bäuerliches Eigentum übergehen. Der Erlaß des Urbarialpatents bedeutete genausowenig seine praktische Verwirklichung, wie das zuvor bei der revolutionären Gesetzgebung der Fall gewesen war. Alles hing von der tatsächlichen Durchführung der Maßnahmen ab! Und unsere Geschichtswissenschaft hat besonders in den letzten Jahren bewiesen, daß der Verlauf der Durchführung sich zunehmend an den Klasseninteressen des bisherigen Feudaladels orientierte. Sogenannte Besitzregulierungsverfahren verzögerten den Durchführungsprozeß um Jahrzehnte. In ihnen spiegelte sich das strukturelle Erbe der historischen Klassengegensätze wider. Theorie und Praxis trafen also auch in diesem Fall nicht zusammen, wobei die Praxis für die betroffenen Bauernmassen in ausgesprochen negativer Richtung von der Theorie abwich.¹¹

Zur staatlichen Entschädigung läßt sich zusammenfassend folgendes sagen. Die Abfindung der Gutsherren sah - bei jährlich fünfprozentiger Verzinsung - so aus: Die Entschädigungssumme wurde auf Urbarialstellen bzw. den Wert der daraus erzielten Renten aufgeschlüsselt. Für eine Urbarialstelle auf besserem Boden bzw. in den wirtschaftlich entwickelteren Komitaten sollte sie maximal 700, auf schlechterem, öderem Boden - hauptsächlich in den nördlichen und nordöstlichen Gebieten - minimal 300 Forint betragen. Die Abfindungssumme für die Abgaben der Urbarialhäusler wurde einheitlich auf 50 Forint beziffert. Bei den nichturbarialen Weinanbauflächen, für deren Nutzung die Bauern auch nach 1849 Abgaben entrichten mußten, entfiel die Entschädigung. Bis 1857 leistete der Staat Abschlagszahlungen in Höhe von insgesamt 12 bis 13 Millionen Forint, in deren Genuß hauptsächlich ein engerer Kreis royalistischer aristokratischer Familien kam. Erst 1857 erhielten die bisherigen Feudalherren Obligationen jeweils im Nennwert ihrer Entschädigungssumme. Diese wurden auf der Grundlage eines langfristigen Tilgungsplans - in Form jährlicher Zahlungen - im Laufe von 40 Jahren eingelöst. Die vollständige Entschädigungssumme, für die Obligationen ausgegeben wurden, soll nach Schätzungen 700 Millionen Forint betragen haben. Davon wurden aber auch bis 1880 nur etwa 210 Mil-

11. Zur Geschichte der Neuregelung der Agrarreformen in Ungarn unter dem Neoabsolutismus verweise ich auf meine Studie Sándor, Pál, A jobbágyfelszabadítás újraszabályozása történetéhez (Zur Geschichte der Neuregelung der Bauernbefreiung), in: Történelmi Szemle, Nr. 2/1977, S. 368 - 382; zum sogenannten Besitzregulierungsverfahren vgl. derselbe, A birtokrendezési periratok (Die Urbarialprozeßakten), Budapest 1973 = Ertekezések a történelmi tudományok köréből (Beiträge aus dem Kreis der historischen Wissenschaften), Nr. 69.

lionen Forint eingelöst.¹² Für die Gutsherren, die auf die kostenlose Arbeit, hauptsächlich aber die bäuerliche Zugkraft verzichten mußten, wurde das in die Wirtschaft investierbare Kapital nach 1849 zur unverzichtbaren Existenzgrundlage. Anfang der fünfziger Jahre wurden die Produktionskosten, hauptsächlich infolge der plötzlichen Verteuerung der Arbeitskraft, mindestens verdreifacht. Diese Situation veranlaßte mehr als die Hälfte der ungarischen Gutsbesitzer, ihre Obligationen - auch mit Verlusten, die oft zwischen 18 und 34 Prozent lagen - zu veräußern.¹³ Daran zeigt sich deutlich, daß die Form der staatlichen Entschädigung die Mehrheit der einstigen Gutsherren kaum dazu anspornte, durch entsprechende Investitionen ihre Wirtschaften auf dem Weg der kapitalistischen Agrarentwicklung voranzubringen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Entschädigungsbeträge praktisch aus unmittelbaren und mittelbaren Steuern hervorgingen, die der Bevölkerung des Landes auferlegt wurden, erkennen wir das Wesen dieser "Lösung". Die Besteuerungen von Grund und Boden, Haus und Hof, Verdienst und Einkommen sowie die Salz-, Zucker-, Fleisch-, Tabak-, Wein- und Alkoholsteuern wiesen im Laufe der Zeit immer rückschrittlichere Tendenzen auf und nahmen steigende Ausmaße an. Sie belasteten neben breiten Schichten der Gutsbesitzer hauptsächlich die einkommensschwache Bevölkerung. Die Summe, die der habsburgische Fiskus durch direkte Steuern aus Ungarn (ohne Siebenbürgen und Kroatien-Slawonien) erhielt, betrug 1850 rund 11 Millionen Forint, 1857 hatte sich die entsprechende Summe auf 17 bis 18 Millionen Forint und 1864 gar auf 28 Millionen Forint erhöht. Die Summe der indirekten Steuern wuchs im Zeitraum 1850 bis 1864 von jährlich 23 Millionen Forint auf jährlich 47 Millionen Forint.

Jeder zur Zahlung von direkter Steuer verpflichtete Einwohner mußte noch eine Zusatzsteuer entrichten, die als Grundablösungsrente bezeichnet wurde: Ihre Höhe belief sich auf 15 Kreuzer pro Steurgulden. Es zeichnete sich dabei die Tendenz ab, daß der Landbevölkerung die Hauptlasten der Besteuerung aufgebürdet wurden. Das 1848 verkündete materielle "Opfer", die Proklamation der allgemeinen Steuerpflicht, war bloße Absichtserklärung geblieben und wurde nun entsprechend den neuen politischen Verhältnissen auf diese Weise realisiert.¹⁴

Der Fortbestand von Überresten der feudalen Vergangenheit in Verbindung mit Kapitalmangel war damals in Ungarn das bedeutendste Hindernis auf dem Wege zu bürgerlichen Existenzformen. Wie Wirtschaft und Gesellschaft diesen steinigen Weg einschlugen, muß einer besonderen Studie vorbehalten bleiben.

12 Zur Entschädigung der ehemaligen Feudalherren vgl. ferner besonders Loránth, Mária, Adatok az urbéri kárpótlás történetéhez 1849 - 1853 (Angaben zur Geschichte der Urbarialentschädigung), Budapest 1927; Bernát, Gyula, Az abszolutizmus földtehermentesítése Magyarországon (Die Grundablösung des Absolutismus in Ungarn), Budapest 1935.

13 Zur defizitären Verwertung der Obligationen vgl. Kovács, Edit, Az urbéri kármentesítési kötvények alakulása 1856 - 1867 (Die Entwicklung der Urbarialentschädigungsscheine 1856 - 1867), in: Agrártörténeti Szemle, Nr. 1-2/1971, S. 77 - 84.

14 Zu den Steuerverordnungen vgl. Országos Törvény-és Kormánylap, a. a. O., 1851, S. 3 - 22; vgl. dazu ferner Bernát, Gyula, a. a. O., S. 226 f.

Die Fischerei in neubabylonischen Texten
des 6. und 5. Jahrhunderts v. u. Z.

von M. A. Dandamaev

Der Fischerei im alten Mesopotamien sind einige wertvolle Untersuchungen gewidmet, die wegen ihres hauptsächlich philologischen Charakters meist Bezeichnungen für Fische in den Keilschrifttexten analysieren. Die neubabylonischen Dokumente zur Fischerei wurden bisher keiner näheren Betrachtung unterzogen, wenn man von jenen wenigen Verträgen aus dem Murašu-Archiv absieht, die bereits von einigen Assyriologen behandelt wurden. In seinem wertvollen Buch zur Fischerei im alten Mesopotamien berührt der finnische Wissenschaftler Salonen die Angaben der neubabylonischen Quellen nur gelegentlich.¹ Das liegt wahrscheinlich daran, daß die Nachrichten, wie vor allem die Fischlisten, im wesentlichen aus Archiven früherer Perioden, aus dem späten 3. und dem 2. Jahrtausend, stammen. Angesichts einer verhältnismäßig entwickelten, hochproduktiven Landwirtschaft spielte die Fischerei im Babylonien des 1. Jahrtausends keine so große Rolle mehr wie vorher, als sie ein billiges Nahrungsmittel lieferte und der Fischhandel der Palast- wie der Tempelwirtschaft hohe Gewinne sicherte.² Hinzu kam, daß im 1. Jahrtausend der Staat die Fischerei nicht mehr, wie etwa im vorsargonischen Lagaš, im Rahmen des gesamten Landes oder seiner einzelnen Regionen kontrollierte. Schließlich glied die Wirtschaft des Königs nunmehr dem Typ des auf der Grundlage des Privateigentums organisierten *oikos* und besaß in der gesamtökonomischen Struktur lediglich eine untergeordnete Bedeutung. Dennoch bieten die neubabylonischen Fischereidokumente wertvolle Hinweise auf die Wirtschaft des Landes. Im folgenden werden diese Texte in einer bestimmten Reihenfolge, transliteriert und übersetzt, untersucht.

Fisch heißt auf akkadisch *nūnu*, logographisch durch HA wiedergegeben, während sich das Wort Fischer, *bā'iru*, vom Verb *ba'āru*, Fische oder Vögel jagen, fangen, herleitet; vergleiche auch das abstrakte Substantiv *bā'irūtu*, Fischerei.³

Ba'iru erscheint gewöhnlich logographisch als ŠU.HA , doch begegnet in neubabylonischen Texten vereinzelt auch die syllabische Schreibweise.⁴ Einige Forscher nehmen an, daß *bā'iru* in neubabylonischer Zeit noch die Bedeutungen Ma-

1 Salonen, Armas, Die Fischerei im alten Mesopotamien, Helsinki 1970.

2 Klíma, Josef, Gesellschaft und Kultur im alten Mesopotamien, Prag 1964, S. 125.

3 AHw., Bd. 1, S. 96; CAD, Bd. B, S. 31 - 33. - Abkürzungsverzeichnis nach RIA, AHw., CAD am Schluß des Beitrags.

4 Ba-'i(-i)-ri, ba-'i/i-ri (Nbk. 164: 13; VS V, 33: 18; VI, 144: 13).

rodeur und Gendarm besaß. (In diesem Zusammenhang sei auf die in Anmerkung 30 dieses Beitrags verzeichneten Werke verwiesen.) Außerdem bezeichnete bā'iru neben ušandū, Vogelfänger, den Jäger.

YOS VI, 148⁵: "Am Tage, da ein Zeuge oder ein Anzeiger kommen und Nergal-nuri, den ägyptischen Tempelsklaven, der dem (Gott) Nergal gehört, überführen wird, daß er Fische in den Wasserstellen der Herrin (der Göttin Bēlit) von Uruk⁶, die oberhalb des Königs-Kanals (liegen), unrechtmäßigerweise gefischt hat, (daß) er Weiden, Maulbeerbäume, Rohr und Dattelfruchtstämme unrechtmäßigerweise von den Feldern, dem Wald und dem Röhricht der Herrin von Uruk weggetragen hat, wird er (das Entwendete) dreißigmal der Herrin von Uruk geben. In Gegenwart von Nabū-šar-ušur, dem königlichen Repräsentanten und Verwalter des Tempels Eanna. Die (Namen von drei) Zeugen und (einem) Schreiber, Uruk, den 8. Kislīmu des 9. Jahres des Nabonid, Königs von Babylon." Der Inhalt besteht also darin, daß ein Tempelsklave des illegalen Fischens in den Gewässern von Eanna verdächtigt wird. Dieses Dokument ähnelt dem von YOS VI, 122, das am selben Tag und vor denselben Zeugen ausgestellt wurde⁷: Luḫummu, ein Einwohner der Ortschaft Iašubā, wird des unerlaubten Fischfangs in den Wasserstellen und des Holzdiebstahls auf dem Territorium Eannas bezichtigt. Sollte es der Tempelverwaltung gelingen, Luḫummu durch Zeugen zu überführen, hätte jener den zugefügten Schaden dreißigfach zu ersetzen, wie es seit altbabylonischer Zeit die Gesetze über den Diebstahl von Tempelgütern vorschrieben.⁸

YOS VII, 12⁹: 1) man-za-al-tu₄ (amēl)bā'iru-ú-tu 2) šá kal šatti ul-tu (arah) tašrīti 3) šatti 2(kám) (m)ku-ra-áš šar bābili(ki) šar mātāti 4) ul-tu ūmi 1(kám) šá (arah)tašrīti a-di ūmi 10(kám) 5) (md)šamaš-zēr-līšir (md)a-nu-ka-sir 6) (m)ni-din-tu₄ (m)tab-né-e-a (md)bēl-ka-šir 7) u (md)a-nu-rība iz-zi-zu 8) ul-tu ūmi 11(kám) a-di ūmi 20(kám) 9) (m)bēl-šú-nu (md)šamaš-iddin (md)šamaš-šum-ukīn 10) (m)ilu-dan-nu-aḫḫē(meš)-šú-ibni 11) (m)šum-iddin u (m)zērija iz-zi-zu 12) ul-tu ūmi 21(kám) a-di ūmi 30(kám) 13) (md)nabū-mušētiq-urri (m)na-di-nu 14) (md)a-nu-šar-ušur (md)a-nu-aḫ-iddin 15) (md)īštar-aḫ-iddin u (md)šamaš-iddin 16) iz-zi-zu 17) pu-ut baṭ-la (md)nabū-mušētiq-urri 18) (m)bēl-šú-nu u (md)šamaš-zēr-līšir 19) na-šu-ú

"Dienstschichtung der Fischerschaft für das ganze Jahr, vom Monat Tašrītu des 2. Jahres des Kyros, Königs von Babylon, Königs der Länder, an. Vom 1. Tage des Monats Tašrītu bis zum 10. Tage haben Šamaš-zēr-līšir, Anu-kāšir, Nidintu, Tabnēa, Bēl-kāšir und Anu-rība den Dienst übernommen. Vom 11. Tage bis zum 20. Tage haben Bēlšunu, Šamaš-iddin, Šamaš-šum-ukīn, Ilu-dannu-aḫḫēšū-ibni, Šum-iddin und Zērija den Dienst übernommen. Vom 21. Tage bis zum 30. Tage haben Nabū-mušētiq-urri, Nādinu, Anu-šar-ušur, Anu-aḫ-iddin, Ištar-aḫ-iddin und Šamaš-iddin den Dienst übernommen. Für (Nicht-)Unterbre-

5 Vgl. Transliteration und Übersetzung bei Dandamaev, M. A., Egipetskie poselency v Vavilonii v VI-V vv. do n. é., in: Drevnij Egipet i drevnjaja Afrika, Moskau 1967, S. 26.

6 Nūnē(hi, a) ina tāmirāti(meš) šá ...

7 Vgl. Transliteration und Übersetzung bei San Nicolò, Mariano, Der § 8 des Gesetzbuches Hammurapis in den Neubabylonischen Urkunden, in: ArOr. IV, 1932, S. 328 f.

8 Ebenda, S. 327 - 344.

9 Vgl. Transliteration und Übersetzung bei San Nicolò, Mariano, Einiges über Tempelpfründen (isqu) und ἡμέραι λειτουργικαὶ in Eanna (im folgenden: Tempelpfründen), in: ArOr. VI, 1934, S. 182.

chung (der Dienstleistung) bürgen Nabū-mušētiq-urri, Bēlšunu und Šamaš-zēr-līšir. "

Der hier erwähnte Fischer Bēl-kāšir erscheint auch im Protokoll der Gerichtsverhandlung im Text YOS VII, 19. Dieser nur fragmentarisch erhaltenen Aufzeichnung zufolge führten die Fischer Dajān-šar-ušur und Bēl-kāšir zusammen mit einigen anderen namentlich genannten Personen "auf ungesetzliche Weise, ina sa-āš-tu" einen Ochsen weg, der Eanna gehörte, und stahlen außerdem ein Kleidungsstück des Fischers Iddina. Die Täter mußten sich vor Gericht verantworten, doch ist das über sie gefällte Urteil dem Protokoll nicht zu entnehmen.

YOS VII, 90¹⁰: 1) ūmē(mu, meš) (amēl)bā'iru-ú-tu šá é-an-na šá arḫu-us-su 2) ina arḫi 5 1/2 ūmē(mu) man-za-al-ti šá (md)na-na-a-iddin 3) māri-šú šá (m)amēl-(d)nabū mār (md)šamaš-mudammīq(iq) šá it-ti (amēl)bā'irūti(mes) 4) šá é-an-na šab-tu ul-tu ūmi 1(kám) a-di ūmi 6(kám) 1/2 ūmē(mu) 5) (md)šamaš-zēr-līšir ù (md)anu-ka-sir mare(meš) šá (md)na-na-a-iddin mār (md)šamaš-mudammīq(iq) 6) (m)ni-din-ti ù (m)tab-né-e-a mārē(meš) šá (m)e-rib-šú i-na līb-bi 7) ul-tu ūmi 1(kám) a-di ūmi 3(kám) ūmē(mu, meš) šá (md)na-na-a-iddin 8) ù ul-tu ūmi 4(kám) a-di ūmi 6(kám) 1/2 ūmē(mu, meš) šá (m)ni-din-ti 9) ù (m)tab-né-e-a (md)šamaš-zēr-līšir (md)a-nu-ka-sir (m)ni-din-ti ù (m)tab-né-e-a 10) /it/-ti a-ha-meš iz-/zi/-iz-/zu/¹¹ /pu-ut ... ina muḫḫi? 7 11) ù nūnē(ḫi, a) šá-lam ina su-us-su-ul-lu ù bu-un 12) šá nūnē(ḫi, a) ul-tu ūmi 1(kám) a-di ūmi 6(kám) 1/2 ūmē(mu) šá arḫu-us-su 13) na-šú-ú 14) 1-en pu-ut šá-ni-i na-šú-ú ki-i nūnē(ḫi, a) ina su-us-su-ul-lu 15) in-da-tu ù nūnē(ḫi, a) bi-i-šú ina man-za-al-ti-šú-nu uq-tar-rib-bi 16) ḫi-tu šá ili ù šarri i-šad-da-du nūnē(ḫi, a) ru-uh-ḫu ma-la 17) al-la man-za-al-ti-šú-nu it-ti-ri ma-al-ma-li-iš 18) ú-za-a'-a-zu (amēl)mu-kin-nu (md)nabū-kīn-apli mar-šú šá (m)na-di-nu 19) mār (m)da-bi-bi (m)na-di-nu mār-šú šá (md)bēl-aḫḫē(meš)-iqīša(šá) 20) mār e-gi-bi (md)nabū-nadin-apli mar-šú šá (m)ba-ni-ja mār (amēl)bā'iri 21) (m)mu-ra-nu mār-šú šá (md)nabū-bāni-aḫi mār (m)é-kur-za-kir (md)bēl-iddin mār-šú šá (m)ab-kallum mār (amēl)išpari 22) (m)arad-(d)marduk ṭup-sar mār-šú šá (md)marduk-iddin mār (md)bēl-apli-ušur 23) uruk(ki) (araḫ)simānu ūmu 9(kám) šattu 5(kám) (m)ku-ra-áš 24) šar bābili(ki) šar matati

"Die Tage der Fischerschaft von Eanna allmonatlich, (und zwar) im Monat an 5 1/2 Tagen, die Dienstsichten des Nanā-iddin, des Sohnes des Amēl-Nabū, des Nachkommen des Šamaš-mudammīq, welche von den Fischern von Eanna in Beschlag genommen sind, haben vom 1. Tage bis zur Tagesmitte des 6. Tages Šamaš-zēr-līšir und Anu-kāšir, die Söhne des Nanā-iddin, Nachkommen des Šamaš-mudammīq, (und zwar) vom 1. bis zum 3. Tage als die Tage des Nanā-iddin und vom 4. bis zur Tagesmitte des 6. Tages als die Tage des Nidintu und des Tabnēa, miteinander übernommen. Šamaš-zēr-līšir, Anu-kāšir, Nidintu und Tabnēa haben gemeinsam ihren Dienst angetreten. Sie sind dafür verantwortlich, daß allmonatlich vom 1. Tag bis zur Tagesmitte des 6. Tages reichlich Fisch und von guter Qualität im Korb vorhanden ist. Sie bürgen für einander. Wenn aber (an den Tagen) ihres Dienstes im Korb nicht ausreichend Fisch vorhanden ist oder aber Fisch von schlechter Qualität geliefert wird, so begehen sie gegen Gott und König eine Sünde. Alle über ihr Soll hinaus (gefangenen) Fische sollen sie zu gleichen Teilen (unter sich) aufteilen. (Die Namen von fünf) Zeugen und (einem) Schreiber. Uruk, den 9. Simānu des 5. Jahres des Kyros, Königs von Babylon, Königs der Länder. "

10 Ein Teil des Textes wurde von San Nicolò transliteriert und übersetzt (ebenda, S. 184).

11 Vgl. ebenda, S. 184.

YOS VII, 151: 1) (m)ri-but (amēl)dajānu (m)lē'ū-(d)marduk ṭup-sar 2) apil (m)ēpes(es)-ili u (md)ba-ú-ēreš (amēl)si-pi-ri 3) a-na (md)bēl-iqīša(šá) apli-šú šá (m)ba-ni-ja apil (amēl)bā'iri 4) iq-bu-ú um-ma /.../ muḥ-ḥi nūnē(ḥi, a) 5) šá ina uruk(ki) in-/.../ ul-tu-tā-qir-rib 6) /.../ nūnē(ḥi, a) ina qātē(2) (amēl)tamkāri ul-ti-si-ir 7) /.../ tāmirāti(meš) i-na pa-ni-ka e-si-ir 8) uruk (ki) (araḥ)abu ūmu 4(kám) šattu 3(kám) 9) (m)kám-bu-zi-ja šar bābili(ki) šar mātāti

"Der Richter Rimut, der Schreiber Lē'ū-Marduk, Sohn des Epeš-ili, sowie der Übersetzer-Schreiber Bau-ēres sagten zu Bēl-iqīša, Sohn des Banija, Nachkommen des Fischers, folgendes: '... den Fisch, der in Uruk ... wirst du liefern, ... den Fisch aus den Händen des Kaufmanns hat er eingetrieben ..., treibe (die Abgaben in Fisch?) von den Wasserstellen ein, (die sich) in deiner Verfügungsgewalt (befinden).' Uruk, den 4. Abu des 3. Jahres des Kambyses, Königs von Babylon, Königs der Länder."

YOS VII, 153: 1) (m)bēl-šú-nu apil-šú šá (md)nabū-šum-ibni (md)bēl-ka-šir 2) ū (md)a-nu-uballit(it) mārē(meš) šá (md)nabū-aḥḥē(meš)-ušallim 3) ū (m)na-di-nu apil-šú šá (md)nabū-mušētiq-urri 4) i-na (d)bēl ū (d)nabū ū a-de-e šá (m)kám-bu-zi-ja 5) šar bābili(ki) šar mātāti a-na (md)nabū-kīn-apli 6) (amēl)šá-tam é-an-na apli-šú šá (m)na-di-nu apil (m)da-bi-bi 7) ū (md)nabū-aḥ-iddin (amēl) rēš šarri (amēl)bēl pi-qit é-an-na 8) it-te-mu-ú ki-i e-lat (amēl)bā'irē(meš) 9) šá ni-iš-tu-ru-ma nu-kal-lim-ú-ku-nu-šú 10) (amēl)bā'iru šá (d)bēlti šá uruk(ki) 11) na-la ba-šū-ú a-na pa-šī-ru 12) ni-iš-ku-nu ū ni-il-ta-kan 13) (amēl)mu-kīn-na (md)bēl-na-din-apli apil-šú šá (md)marduk-šum-iddin 14) apil (md)bēl-apli-ušur (m)lu-uš-a-na-nur-(d)marduk 15) apil-šú šá (md)nabū-aḥḥē(meš)-bullit(it) apil (m)da-bi-bi 16) (m)iqīša(šá)-(d)marduk apil-šú šá (md)bēl-rība apil (amēl)nāš paṭri 17) (amēl)ṭupsarru (m)gi-mil-lu apil-šú šá (md)in-nin-zēr-/iddin/ 18) uruk(ki) (araḥ)abu ūmu 9(kám) šattu 3(kám) 19) (m)kám-bu-zi-ja šar bābili(ki) šar /mātāti/

"Bēlšunū, Sohn des Nabū-šum-ibni, Bēl-kašir und Anu-ubal-lit, Söhne des Nabu-aḥḥē-ušallim, und Nādinu, Sohn des Nabū-mušētiq-urri, schworen bei (den Göttern) Bēl und Nabū sowie bei Kambyses, König von Babylon, König der Länder, dem Nabū-kīn-apli, Verwalter von Eanna, Sohn des Nadinu, Nachkommen des Dabibi, sowie dem Nabū-aḥ-iddin, Vertreter des Königs und bevollmächtigtem Vertreter von Eanna: 'Außer den Fischern, die wir (ein-)geschrieben und euch angegeben haben, haben wir keinen (einzig)en Fischer der Herrin von Uruk, wer sie auch immer sein mögen, verheimlicht und werden auch (künftig) keinen verheimlichen.'¹² (Die Namen von) drei Zeugen und (einem) Schreiber. Uruk, den 9. Abu des 3. Jahres des Kambyses, Königs von Babylon, Königs der Länder/."

TCL XIII, 163¹³: "/Bēlšunu, Sohn des/ Nabū-šum-ibni, Bēl-kašir, Sohn des Nabū-aḥḥē-šullim, /Nādinu, / Sohn des Nabū-mušētiq-urri, Anu-kašir, Sohn des Nanā-iddin, /.../ waren (Angehörige des Tempel)personals¹⁴ der Herrin von Uruk und sagten zu Nabu-kīn-apli, Verwalter von Eanna, Sohn des Nādinu, Nachkommen des Dabibi, und zu Nabū-aḥ-iddin, Vertreter des Königs und Vermögensverwalter von Eanna, folgendes: 'Die Fischer der Stadt fangen Fisch in den urukäischen Kanälen und in der Umgebung von Uruk, geben aber für die fe-

¹² Vgl. CAD, Bd. A, 1, S. 134 b; San Nicolò, Mariano, a. a. O., S. 199.

¹³ Vgl. Transliteration und die zum Teil unrichtige Übersetzung bei Moore, Ellen Whitley, Neo-Babylonian Business and Administrative Documents, Ann Arbor 1935, S. 160 - 163; vgl. CAD, Bd. B, S. 3.

¹⁴ (Amēl)ki-na-al-ti.

sten Opfer¹⁵ der Herrin von Uruk keinen Fisch, und (so) geht uns der Fischzehnt verloren,¹⁶ Nabū-kīn-apli und Nabū-aḥ-iddin sprachen zu Šamaš-uballit, Sohn des Bēl-aḥ-ušabši, Nabū-bullitšu, Sohn des Ibnā, Bēlšunu, Sohn des Nūrea, Iqīša, Sohn des Naḥir (?), Kalbā, Sohn des Arad-Innina, und zu Kāšir, Sohn des Rimut, also zu den Fischern, die im Weichbild der Stadt¹⁷ arbeiten: 'Wenn ihr in den urukäischen Kanälen Fisch fangen und den Zehnten für die festen Opfer der Herrin von Uruk abliefern werdet, (dann) fangt Fisch! Šamaš-uballit, Nabū-bullitšu, Bēlšunu, Iqīša, Kalbā und Kašir schworen bei Bēl, Nabū und der Herrin von Uruk: 'Von dem Fisch, soviel wir auch fangen, werden wir den Zehnten in Fisch für die festen Opfer der Herrin von Uruk abliefern.' Wenn sie Fische fangen, den Zehnten für den Tisch der Herrin von Uruk (aber) nicht abliefern, so begehen sie gegen die Götter und den König eine Sünde. /Uruk, .../ 3. Jahr des Kambyeses, /Königs von/ Babylon, Königs der Länder."

TMH II/III, 206: 1) /isqu ? / šá (md)nabū-na'id apli-šú šá (md)nabū-... / 2) /apil ? / (amēl)bā'iri šá it-ti (md)nabū-/lē'ū/ 3) apli (!) (md)nabū-aḥ-iddin apil (m.amēl)bā'iri 4) ūmu 18(kám) isiq bā'i/rūti šá ina/ 5) é-zi-da bit (d)nabū šá /.../ 6) u-kal šattu ma-la ba-/šu-u/ 7) a-na lib-bi a-na ūmē(me) šá ūmu /167 (kám) 8) u ūmu 17(kám) šá (md)nabū-lē'ū apil (m.amēl)bā'iri 9) ú-/kal7-lam me-šar-im ma-la a-ḥa-meš 10) ina āli u šēri ik-kal ūmu(mu) at-ri 11) šá (md)nabū-lē'ū a-na muḥ-ḥi 12) nabū-na'id i-ti-qí a-ki-i ūmu(mu) 13) 11 mana kaspu (md)nabū-na'id 14) a-na (md)nabū-lē'ū i-nam-din 15) šá it-ta-bal-kit 2 mana kaspu 16) ú-šal-lam 17) (amēl)mu-kin-nu (md)nabū-na'id 18) apil (md) ea-im-bi 19) (md)bēl-uballit apil (m)é-sag-íl-man-sum 20) (md)nabū-apli-iddin apil (m)ardi-ja-ú-tu 21) (amēl)tupsarru (md)nabū-lē'ū apli-šú /šá .../ 22) bār-síp(ki) (araḥ)ajaru (?) /.../ 23) šattu /.../ (kám) (md)nabū-apli-ušur 24) /šar/ bābili(ki)

"/Die Pfründe ? /, die Nabū-na'id, Sohn des Nabū-... Nachkommen ? / des Fischers, gemeinsam mit Nabū-/lē'ū/, Sohn des Nabū-aḥ-iddin, Nachkommen des Fischers, besitzt. Am 18. Tag wird (Nabū-na'id) die Pfründe für den Fischfang (zugunsten) von Ezida, dem Tempel des Nabū-... / in Anspruch nehmen, soviel wie diese (Pfründe) im Jahr ausmacht. Der 16. und 17. Tag gehören Nabū-lē'ū, Nachkommen des Fischers, und von diesen Tagen fordert (Nabū-na'id) von jenem, was ihm rechtmäßig zusteht. Was sie (an Einkommen) gemeinsam haben, (wird jedem von ihnen) zustehen. Für jeden zusätzlichen Tag, der Nabū-lē'ū gehört und den Nabū-na'id ausläßt, hat Nabū-na'id entsprechend (diesem) Tage an Nabū-lē'ū 11 Minen Silber zu zahlen. Wer (diesen Vertrag) bricht, muß 2 Minen Silber zahlen. (Die Namen von drei) Zeugen und (einem) Schreiber, Borsippa, den /.../ Ajaru (?) des /.../ Jahres des Nabopolassar, /Königs von/ Babylon."

In den zitierten Texten geht es jedesmal um die Versorgung der Tempel mit Fischen für die verschiedenen Opferhandlungen, die von Freien gegen ein bestimmtes Entgelt geliefert wurden. Interessante Informationen zu diesen Fragen lassen sich aus der Korrespondenz der Tempelbeamten gewinnen.¹⁸

Zwei Personen berichten dem Vorsteher von Eanna, daß Šamaš-iddin und Bēl-kašir, "Fischer der Herrin von Uruk", unter der Beschuldigung festgenommen

15 Sattukku.

16 Präzis: 1/10 des Fisches.

17 Bi-rit āli.

18 Zur Transliteration und Übersetzung Ebeling, Erich, Neubabylonische Briefe aus Uruk, T. 1 - 4, Berlin 1930 - 1934; derselbe, Neubabylonische Briefe, München 1949.

worden seien, für die Opfer nicht so viel Fisch geliefert zu haben wie die "Fischer des Sīn". Die Untersuchung zeigte jedoch, daß sie für die ständigen Opfer (ginū) der Herrin von Uruk so viel Fisch fingen wie die "Fischer des Sīn". Aus dem weiteren Text des Briefes wird deutlich, daß für kultische Zwecke die Fischer der Herrin von Uruk wie des Sīn zu Lieferungen von gleicher Menge verpflichtet waren. Im Monat Simānu verbuchte man im Tempel Eanna zweimal den Empfang von 200 bis 300 "sehr guten Fischen" für die Opferhandlungen.¹⁹

Königsinschriften belegen ebenfalls solche Opfer in den Tempeln. So befahl Nebukadnezar II., täglich an den Tempel Esagila in Babylon einen ausgesuchten Ochsen, Schafe, Fische, Vögel, Honig, Butter, Milch und anderes zu liefern und auf die "Tafel des Marduk und der Šarpānītu, meiner Gebieter", zu legen.²⁰ Ähnliche Opfer brachte man Nabū und Nanā im Tempel Ezida in Borsippa, wobei insbesondere "eine Menge von Fischen ... /und Vögel/ der Sumpfwiesen" erwähnt werden.²¹ Nebukadnezar II. wies zwanzig babylonische Fischer an, so wie früher für die dem Marduk gewidmeten Opfer täglich lebende Fische zu liefern.²² In einem Neubabylonischen Text über die Ausgaben des Staates heißt es, daß der König verschiedene Opfer in Ezida in Borsippa festlegte und dabei verschiedene Mengen Fisch und Vögel nannte.²³ Ein Dokument aus der Zeit Nabonids enthält schließlich eine Anweisung der königlichen Verwaltung an die Leitung von Eanna in Uruk, wonach die Zahlungen an die Tempelbrauer und -bäcker nach demselben Richtsatz wie zur Zeit Nebukadnezars II. zu erfolgen hatten, so wie es in Esagila in Babylon und Ezida in Borsippa gehandhabt werde. Darüber hinaus wurde der Vorsteher von Eanna angewiesen, weitere "zehn Fischer zuzüglich zu den schon vorhandenen" zu ernennen.²⁴

19 BIN I, 30: 27 f. nūnu bab-ba-nu-ú.

20 Langdon, Stephen Herbert, Die Neubabylonischen Königsinschriften, Leipzig 1912, Nebukadnezar, Nr. 9, I, 16 - 28.

21 Ebenda, Nebukadnezar, Nr. 9, II, 29 f.: i-si-iḫ nu-ú-nim ... si-ma-at ap-pa-ri-im; vgl. ebenda, Nebukadnezar, Nr. 19, A, IV: 38; VII: 10; B, VII: 19; Außer Gemüse, Früchten, Bier und Wein lieferte man Marduk, Šarpānītu und anderen Gottheiten vom "Gewimmel der Süßwasserfische" (apsi) sowie "den Vogel des Himmels". An großen religiösen Feiertagen trat der König selbst vor die Götter und brachte das Opfer dar (ebenda, Nebukadnezar, Nr. 9, III, 13). Zum Fisch als Objekt der Opfermahlzeit auch King, Leonard William, Babylonian Boundary-Stones and Memorial-Tablets in the British Museum, London 1912, Nr. 35, rev. 10; Waterman, Lerry, Royal Correspondance of the Assyrian Empire, T. 2, Ann Arbor 1930, Nr. 1405, rev. 5; Steinmetzer, Franz X., Die Bestallungsurkunde Königs Šamaš-šum-ukīn von Babylon, in: ArOr. VII, 1935, S. 315; Thureau-Dangin, François, Un acte de donation de Marduk-Zâkir-Šumi, in: RA XVI, 1919, S. 125, I, 26 f. (der Neubabylonische Kudurru).

22 Langdon, Stephen Herbert, a. a. O., Nebukadnezar, Nr. 19, A, V: 2 - 18: nūnu bal-ṭi (!); vgl. CAD, Bd. H, S. 63 b.

23 Unger, Eckhard, Babylon, 2. Aufl. (West-)Berlin 1970, S. 282, Nr. 26, I, 8.

24 YOS VI, 10: 21) 10 (amēl)bā'irē(ne) a-na muḫḫi (amēl)bā'irē(me) maḫ-ru-tu ina é-an-na gul-li-ib. - Der Text wurde von San Nicolò, Mariano, Beiträge zu einer Prosopographie Neubabylonischer Beamter der Zivil- und Tempelverwaltung, München 1941, S. 66 f., analysiert, doch ist die Übersetzung des Zitats mit "weiter stelle (neue) Fischer für Rechnung der früheren Fischer in Eanna an" ungenau.

Cyr. 175: 1) /.../ mana kaspu makkūr (d)šamaš šīmu me- \bar{e}] 2) /.../-UR. MES ma-a-a-ta-ti 3) ù bit-qa šá (is)musukkanni ultu (arah)tašrīti 4) šá šatti 4(kám) a-di qí-it šá (arah)ulūli šá šatti 5(kám) 5) ina muḫḫi (m)itti-(d)šamaš-balātu apli-šú šá (md)nabū-kīn-apli apil (amēl)bā'iri 6) (m)kal-ba-a apli-šú šá (md)bau-ēreš apil (amēl)bā'iri (m)mušēzib-(d)bēl 7) apli-šú šá (md)nabū-zēr-ušabši(šī) apil (amēl)bā'iri ù (amēl)bā'irē 8) šá (d)šamaš gab-bi a-ḫi kaspi ina mi-šil šatti 9) i-nam-din-nu ù ri-ḫi kaspi ina qí-it šatti 10) i-nam-din-nu 11) (amēl)mu-kin-nu (md)bēl-apli-iddin apil-šú šá (md)sīn-šadū 12) apil (amēl)šangī sip-par(ki) (md)nabū-našir apil-šú šá (md)marduk-šum-ušabši(šī) 13) apil (m)na-an-ja-ú-tu (md)nabū-balāt-su-iqbi apil-šú šá 14) (md)nabū-ni-ip-šá-ru apil (m)ilu-illat (amēl)ṭupsarru 15) (m)ahḫē(meš)-nādin-(d)marduk apil-šú šá (m)rība-(d)marduk 16) apil (amēl)šangī (d)ištar bābili(ki) sip-par(ki) (arah)tašrīti ūmu 3(?) (kám) 17) šattu 4(kám) (m)kur-raš šar bābili(ki) 18) šar mātāti

"/.../ Minen Silber, Vermögen des (Gottes) Šamaš und Preis des Wassers /.../ und der Abwässer (aus dem Kanal mittels eines hölzernen Dammes, musukkannu, geleitetes Wasser) von Tašrītu des 4. Jahres bis Ende Ulūlu des 5. Jahres, gehen zu Lasten des Itti-šamaš-balātu, Sohnes des Nabū-kīn-apli, Nachkommen des Fischers, des Kalbā, Sohnes des Bau-ēres, Nachkommen des Fischers, des Mušēzib-Bēl, Sohnes des Nabū-zēr-ušabši, Nachkommen des Fischers, und aller (anderen) Fischer des Šamaš. Einen Teil des Silbers müssen sie Mitte des Jahres zahlen, den Rest am Jahresende. (Die Namen von drei) Zeugen und (einem) Schreiber. Sippar, den 3. (?) Tašrītu des 4. Jahres des Kyros, Königs von Babylon, Königs der Länder."

Camb. 240: 1) 1 mana kaspu makkūr (!) (d)šamaš [šim]/.../ 2) me-e šá [ap-pāri ?] KÁ UR MAH, MES /.../ 3) [...]-ta-a-tú HA. DI. DI. A. NI [...] 4) [...]-ri šá (d)šamaš [bār-sip(ki)?] /.../ ultu šá [...] 5) ina muḫḫi (m)itti-(d)šamaš-balātu apli-šú šá (md)nabū-kīn-apli apil (amēl)bā'iri 6) (m)kal-ba-a apli-šú šá (md)bau-ēreš apil (amēl)bā'iri 7) u (amēl)bā'irē(meš) gab-bi šá (d)šamaš 8) ina (arah)kisīlmi i-nam-din-nu pu-ut 9) e-tē-ru šá kaspi (m)itti-(d)šamaš-balātu 10) u (m)kal-ba-a na-šu-ú 11) ina ušuzzu(zu) šá / (md)bēl/-uballit(iṭ) (amēl)šangū sippar(ki) 12) (m)šar-lu-ú-da-ri (amēl)qēpu é-babbar-ra 13) (m)te-rik-šarru-ut-su (amēl)rēš šarri 14) (m)mu-šē-zib-(d)marduk (amēl)ērib bīt (d)šamaš apil-šú šá 15) (md)nabū-ni-ip-šá-ri apil (md)sīn(?) -šad-i 16) (md)marduk-šum-ibni (amēl)ērib bīt (d)šamaš apil-šú šá 17) (m)mu-šē-zib-(d)marduk apil (amēl)šangī (d)ištar bābili(ki) 18) (m)ahḫē(meš)-nādin-(d)marduk apil-šú šá (m)rība-(d)marduk 19) apil (amēl)šangī (d)ištar bābili(ki) (md)bēl-ētir apil-šú šá 20) (md)nabū-šum-ú-kin /.../ 21) (md)nabū-ahḫē-(meš)-šullim /.../ 22) apil (amēl)šangī (d)ištar bābili(ki) (amēl)-ṭupsarru (md)šamaš-uballit(iṭ) 23) apil-šú šá (md)nabū-šum-ú-kin 24) apil (amēl)šangī (d)ištar bābili(ki) sippar(ki) 25) (arah)ulūlu ūmu 4(kám) šattu 4(kám) (m)kám-bu-zi-ja 26) šar bābili(ki) šar mātāti

"1 Mine Silber, Vermögen des Šamaš und Preis des (Sumpf-?)Wassers, das über die Schleusen des Šamaš geht /.../, zu Lasten des Itti-šamaš-balātu, Sohnes des Nabū-kīn-apli, Nachkommen des Fischers, und des Kalbā, Sohnes des Bau-ēreš, Nachkommen des Fischers, und aller (anderen) Fischer des Šamaš. Sie müssen im Kisīlmu zahlen. Für die Zahlung des Silbers verbürgen sich Itti-šamaš-balātu und Kalbā. (Ausgestellt) in Anwesenheit des sipparischen Priesters Bēl-uballit, Verwalter (des Tempelvermögens) von Ebabbarra, des Šar-ludari, des königlichen Vertreters, des Terik-šarrutsu, (und weiterer fünf namentlich aufgeführter Zeugen) sowie des Schreibers. Sippar, den 4. Ulūlu des 4. Jahres des Kambyses, Königs von Babylon, Königs der Länder."

Camb. 297²⁵: 1) 10 šiqlu kaspu šuqultu 2) sik-kat-tu₄ (meš) u 3) ha-an-du-ḥu šá šu-... / 4) šá (amēl)bā'iri šá (d)šamaš 5) (m)lib-luṭ (amēl)nappāḥu 6) ina ha-tu šá ina pāni-šú 7) it-ta-din 8) (arah)addaru ūmu 12(kám) 9) šattu 5(kám) (m)kám-bu-zi-ja 10) šar bābili(ki) šār mātāti

"10 Sekel Silber, das Gewicht der Riegel und handuḥu²⁶ (der Wohnräume?) des Fischers des šamaš, (die er)²⁷ dem Schmied Liblūt als Material (zur Arbeit) zur Verfügung stellte. 12. Addaru des 5. Jahres des Kambyses, Königs von Babylon, Königs der Länder."

Die Dokumente Nbn, 259 und 579 halten die Auszahlung verschiedener Geldsummen an die (amēl)ērib bīti fest, also an einen Personenkreis, der das Recht auf den Zugang zu den Innenräumen des Tempels besaß und bestimmte Einkünfte (Pfründen) in den entsprechenden Tempeln bezog. Unter ihnen werden besonders Bierbrauer, Bäcker und Fischer erwähnt, wobei letztere in beiden Fällen je 2 Sekel Silber erhalten. Nach Aussage des Dokuments PSBA XIX, 1897, S. 140, Nr. 4, empfangen der Weber, der Fischer und der Maurer vom Tempel je 1 pānu und 4 sūtu (50 Liter) Gerste oder Datteln. Im Dokument Nbk, 435 geht es um Zahlungen an verschiedene Personen zu Lasten des Tempels, wobei der Fischer Nabū-šum-ibni 12 Sekel Silber erhielt. Über Einnahmen und Ausgaben des Ellil-Tempels in Uruk berichtet der Text BE VIII, 158. Hier heißt es Zeile 25, daß 2 pānu und 3 sūtu (75 Liter) Gerste 1 Sekel Silber kosten, der für den Fisch bezahlt wurde.²⁸

Der Brief BIN I, 54, ist an die Leitung von Eanna gerichtet. Er informiert über eine Lieferung von 200 kurru (30000 Liter) gefangenen Fisches sowie, daß die vom Absender beauftragte Person verprügelt und in Ketten gelegt wurde. Die Schuldigen übergab man dem zuständigen Beamten des Statthalters: Ungesetzliches Fischen wurde schwer bestraft. Ein anderer Brief zeigt, daß ein Viertel des Silbers aus dem Fischverkauf²⁹ als Anteil der Herrin von Uruk abgeführt werden mußte: Von dem Erlös von 4 Minen flossen 52 Sekel Eanna zu. Der Briefschreiber in TCL IX, 83, berichtet, wie er einem Tempelbeamten Kleidung für einen Fischer in (der Ortschaft) Kar-Eanna (dem Hafen von Eanna) übergeben hatte, jener aber mit der Kleidung verschwunden war. Aus dem Tempelarchiv von Ebabbarra in Sippar stammen die folgenden beiden Briefe. Das Schreiben CT XXII, 56, sandte ein gewisser Bēl-ēreš an Mušēzib-Marduk mit der Beschwerde, daß dessen Fischer in das Haus seines Untergebenen Mušēzib-Bēl eingedrungen wären und dort Kleidung geraubt hätten. Bēl-ēreš fordert nun, die Kleidung seinem Boten Kalbā auszuhändigen. Ebeling nimmt in diesem Fall für das Wort bā'irē (präzis: Fischer) die Bedeutung Gendarm an, während Oppenheim darunter Marodeur versteht.³⁰ Der Brief CT XXII, 92, beinhaltet die einem Tempelbeamten vorgetragene Bitte, an zwei namentlich genannte Personen je zwei Körbe Fisch auszugeben.

25 Der Text dieses wichtigen Dokuments ist nur sehr fragmentarisch erhalten und kann darum auch nicht adäquat übersetzt werden.

26 Teil eines Türschlosses.

27 D. h. Fischer (?).

28 ... uttati šīm 1 šiqlu kaspu šá a-na nūnē(hi. a) nadna(na).

29 BIN I, 64: 9) kaspu šá nūnē(hi. a).

30 Ebeling, Erich, Glossar zu den neubabylonischen Briefen, München 1953, S. 71; Oppenheim, Adolf Leo, Deictic -ka, -kunu in Neo-Babylonian, in: JCS I, 1947, S. 121 Anm. 6; derselbe, Ancient Mesopotamia, Chicago 1964, S. 46.

Große Aufmerksamkeit verdienen auch die einschlägigen Dokumente der Privatarchive. Unter den Urkunden des Geschäftshauses Murašû, das während der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts in Nippur bestand, sind einige Vertragstexte über die Pacht von fischreichen Wasserstellen erhalten.

BE X, 54³¹: "Ribat, Sohn des Bēl-rība, Sklave des Ellil-šum-iddin, sprach aus freien Stücken zu Ellil-šum-iddin, Nachkomme des Murašû: 'Gib mir auf ein Jahr zur Pacht die Fischteiche³² zwischen der Ortschaft Aḥšānu und dem Gehöft des Bēl-ab-ušur bei den Feldern, die der Genossenschaft der Kaufleute gehören, die Fischteiche beim Feld des Vorstehers der ḥindānu³³ und die Fischteiche in der Ortschaft Bīt-Natu-elli. Im Jahr bezahle ich dir 1/2 Talent reines Silber, und von dem Tag an, an dem du mir diese Fischteiche für den Fang freigibst, werde ich täglich auf deinen Tisch die vorgeschriebene Menge Fisch legen.' Da erhörte ihn Ellil-šum-iddin und gab ihm diese Fischteiche zur Pacht auf ein Jahr für 1/2 Talent Silber. Ribat muß Ellil-šum-iddin im Jahr 1/2 Talent Silber (als) Pachtzins für diese Teiche zahlen und Fisch auf seinen Tisch liefern. Ab 1. Araḥsamnu (werden sich) diese Teiche in der Verfügungsgewalt des Ribat (befinden). (Der Vertrag ist ausgefertigt) vor den Richtern (des Bezirkes) Sīn-Kanal, Bēlšunu und Umardātu. (Die Namen von sieben) Zeugen und (einem) Schreiber, Ortschaft Bēl-ašibšū-iqbi, den 2. Araḥsamnu des 1. Jahres des Dareios³⁴, Königs der Länder. Die Siegelabdrücke (der Zeugen und Richter des Bezirkes Sīn-Kanal)."

PBS II/1, 111³⁵: "Bēl-aḥḥē-šu, Sklave des Ribat, hat in freier Entscheidung zu Ribat, Sohn des Bēl-rība, Sklaven des Rimut-Ninurta, folgendermaßen gesprochen: 'Setze mich (über den) Teich in dem Ort Bīt-Dājanātu, damit ich (die Fische) daselbst bewache. Niemand soll daraus Fische nehmen.' Darauf erhörte ihn Ribat und setzte ihn über den betreffenden Teich. Sobald irgendein anderer (auch nur) einen Fisch aus diesem (Teich) nehmen wird, soll Bēl-aḥḥē-šu 10 Minen Silber ohne (vorherigen) Urteilsspruch zahlen. (Die Namen von vier) Zeugen und (einem) Schreiber. Ortschaft Ḥašbā, den 18. Šabātu des 5. Jahres des Dareios, Königs der Länder. (Die Abdrücke) der Siegelringe der Zeugen und des Nagels von Bēl-aḥḥē-šu."

PBS II/1, 112³⁶: "Iltammeš-nūri, Sohn des Bunene-ibni, und /Mušallim-Ellil, Sohn des / Ellil-šum-iddin, haben in freier Entscheidung zu Ribat, Sohn des Bēl/-rība/, Sklaven des Rimut-Ninurta, folgendermaßen gesprochen: 'Zur Bewachung des Teiches in /Bīt-Dā/ janātu setze uns ein. Wir wollen ihn bewachen, daß (kein) anderer daraus Fische nehme.' Darauf erhörte sie Ribat und setzte sie über den betreffenden Teich. Sobald irgend jemand (auch nur) einen Fisch aus diesem Teich nehmen wird, werden Iltammeš-nūri und Mušallim-Ellil für /den Fisch 10 Minen Silber ? / geben. (Die Namen von vier) Zeugen und (einem) Schreiber. Ortschaft Ḥašbā, den 18. Šabātu des 5. Jahres des Dareios, Königs

31 Vgl. bei Clay, Albert T., Business Documents of Murašû Sons of Nippur Dated in the Reign of Darius II. (424 - 404 B. C.), in: BE X, 1908, S. 21 f.

32 5) bürē(meš) šá nūnē(hi. a).

33 Einer der aramäischen Stämme.

34 Gemeint ist Dareios II.

35 Vgl. Transliteration und Übersetzung bei Augapfel, Julius, Babylonische Rechtsurkunden aus der Regierungszeit Artaxerxes I. und Darius II., Wien 1917, S. 95; Cardascia, Guillaume, Les Archives des Murasû, Paris 1951, S. 171.

36 Vgl. Transliteration und Übersetzung bei Augapfel, Julius, a. a. O., S. 96; Scheil, Vincent, Notules, in: RA XIV, 1917, S. 183 f.

der Länder. (Die Abdrücke der) Siegelringe und Siegel der Zeugen und der Nägel (beider Vertragspartner, die Fischer waren)."

PBS II/1, 208³⁷: "Makimnianni (?), Sohn des Bēl-ab-ušur, Bi'ilija, sein Sohn, /.../, Šaha /.../, Išija, Natin, Sohn des Ṭabšalam, Zabid-jama, Sohn des Hinni-Bēl, haben aus freien Stücken zu Ribat, Sohn des /Bēl-/rība, Sklaven des Rimut-Ninurta, folgendermaßen gesprochen: 'Gib uns fünf Netze und wir werden dir dann fünfhundert Fische von guter Qualität (tu-uq-qu-nu) bis zum 15. Tašrītu des 5. Jahres liefern.' Darauf erhörte sie Ribat und gab ihnen fünf Netze. Am 15. Tašrītu sollen sie die fünfhundert Fische von guter Qualität liefern, Falls sie nicht pünktlich die fünfhundert Fische von guter Qualität liefern, so sollen sie am 20. Tašrītu tausend Fische liefern. Einer haftet betreffs der Bezahlung für den anderen, (daß) er zahlen wird.³⁸ Für die Bezahlung der fünfhundert Fische haftet (auch) Bēl-ibni, Sohn des Aplā. (Die Namen von sechs) Zeugen und (einem) Schreiber. Ortschaft Tiraru, den 25. Ulūlu /des 5. Jahres/ des Dareios, Königs der Länder. (Abdrücke der) Siegel und Siegelringe (der Zeugen) und der Nägel (der Fischer)."

Weitere Texte unterrichten über solche Fischer, die nicht in der Tempelwirtschaft beschäftigt waren, sondern wahrscheinlich für den Markt arbeiteten. In einem Monat des 43. Jahres der Herrschaft Nebukadnezars II. sind von den Einwohnern Uruks Geldbeträge in Höhe von 1 bis 8 Sekel Silber als Steuer erhoben worden.³⁹ Die Urkunde führt die Steuerzahler mit Namen und Vaternamen, einige sogar mit ihrem Beruf auf. Darunter wird auch der Fischer Rimut erwähnt, der 3 Sekel Silber abführen mußte.

Im Brief TMH II/III, 258, heißt es, daß der Korb (buginnu) mit Fischen, der von dem Briefempfänger abgesandt worden ist, bereits sein Ziel erreichte. Der Briefschreiber von TMH II/III, 256, beklagt sich darüber, daß er schon drei Monate Wache hält (das Objekt der Bewachung ist nicht ersichtlich) und der Empfänger des Briefes keine (anderen?) Fischer bestellt. In einem weiteren Text wird ein Metallgegenstand erwähnt, der den Fischern gehört.⁴⁰ Nach Angaben von AnOr. VIII, 27, haben sich nachts einige Personen, unter ihnen auch ein gewisser Fischer Murašu, in ein fremdes Haus eingeschlichen und dort gestohlen. Im Dokument AnOr. IX, 17, wird unter den Häusern, die Eanna gehörten und verpachtet waren, auch "das Haus des Fischers Gimillu" genannt.⁴¹ Offenbar ist dieses Haus ein Schuldpfand des Tempels gewesen. Der sehr fragmentarisch erhaltene Text Nbn. 720 spricht von Fischern, die während eines Gerichtsverfahrens über ein verpfändetes Feld als Zeugen auftraten.

37 Vgl. Transliteration und Übersetzung bei Meissner, Bruno, Ein babylonischer Fischereivertrag, in: OLZ XVII, 1914, S. 481 f.; Cardascia, Guillaume, a. a. O., S. 171.

38 D. h. hinsichtlich der Lieferung des Fisches.

39 TMH II/III, 238: 1 - 3 "kaspu šá . . . ina qātē(2) (amēl)nippur(ki. meš) šá ina qātē(2) (amēl)šākin māti e-si-ru nadnu(nu), das Silber, das sie von den Nippuräern . . . eingetrieben, die dem Statthalter untertan sind, ist abgeliefert"; CAD, Bd. E, S. 333 b.

40 Camb. 295: 10-11 ku-si-bi-ri(!)-tu₄ šá šu-su-ru šá (amēl)bā'ir/ē/.

41 Vgl. auch den Vertrag VS XV, 12, aus seleukidischer Zeit, in dem das Haus eines Fischers erwähnt wird; die Verträge Nbk. 164, UET IV, 22, und VS V, 4, in denen als Grund- oder Hausbesitzer "Nachkommen der Fischer" genannt sind.

In vielen Urkunden hat der Beiname Fischer die Bedeutung eines Gentilnamens, seltener eines individuellen Eigennamens, was vor allem die Existenz von Familien im Babylonien des 7. und 6. Jahrhunderts belegt, die sich beruflich mit der Fischerei befaßten. So ist in den privatrechtlichen und wirtschaftlichen Texten aus Uruk ein gewisser Bêl-ibni, Sohn des Bul-lutu, Nachkomme des Fischers, Zeuge in einer ganzen Reihe von Verträgen,⁴² Ebenfalls aus Uruk stammt der oft erwähnte Zeuge Nabū-nādin-apli, Sohn des Banija, Nachkomme des Fischers,⁴³ Allerdings ist er in einem Fall als "Vorsteher der Fischer" charakterisiert.⁴⁴ Solche Hinweise sollten jedoch nicht dazu verleiten, eine Erblichkeit des väterlichen Berufes in der Familie als bindend anzunehmen, vielmehr sind unter den "Nachkommen der Fischer" eine beträchtliche Zahl von Schreibern bekannt. So wurden nicht wenige kambysezeitliche Dokumente aus Uruk und Umgebung von dem Schreiber Bêl-iqīša, Sohn des Banija, Nachkommen des Fischers, ausgefertigt.⁴⁵

Die folgenden Texte informieren über den Fisch selbst. Das betrifft besonders einen Wahrsagetext aus dem 12. Jahr des Nebukadnezar II. mit dem interessanten Satz: "Wenn dem Fisch die linke Flosse fehlt, so verdirbt das feindliche Land." Der Text ist auf einer bronzenen Fischdarstellung eingraviert, bei der tatsächlich die linke Flosse fehlt.⁴⁶

Wie aus dem Dokument AfO XIX, 1959 - 1960, S. 79 f., Nr. 33, hervorgeht, reiste unter Dareios I. oder Xerxes eine königliche Gesandtschaft aus Susa zu einer Inspektion nach Borsippa. Für die Zeit ihres Aufenthaltes in der babylonischen Stadt zahlte man ihnen bestimmte Diäten, so für Wein, Hammelfleisch, Gemüse, für Fisch 1/4 Sekel Silber. Ebensoviel wurde dafür auch nach VS VI,

42 GC I, 394: 8-10; YOS VI, 143: 24 f. (hier ist auch ein Siegelabdruck beigelegt; vgl. CAD, Bd. B, S. 31 b, wo der entsprechende Ausdruck allerdings ungenau wiedergegeben wurde: "Siegelabdruck ... des Fischers" anstelle "Siegelabdruck ... des Nachkommen des Fischers").

43 YOS VII, 20: 27; 58: 14; 90: 20; 97: 28. Über Zeugen aus den Familien der Fischer BIN I, 116; Camb. 310; GC I, 65, 113, 117; Nbn. 147, 367; UET IV, 17; VS IV, 2; V, 33; VI, 144, und jene Texte, in denen die "Nachkommen der Fischer" als Kontrahenten erscheinen: Nbn. 314; Nbk. 164; UET IV, 22; VS V, 4; Scheil, Vincent, a. a. O., S. 154 (Nr. 17); Thompson, Reginald Campbell, A Catalogue of the Late Babylonian Tablets in the Bodleian Library, London 1927, A. 138, 142.

44 YOS VII, 41: 20 rab(GAL) (amêl)bā'iri; vgl. VS VI, 82: 15, wo ein (amel)rab ap-pa-ri, Vorsteher des Sumpfes, als Zeuge belegt ist. - Salonen, Armas, a. a. O., S. 32, betont, daß die Fischer im 3. und 2. Jahrtausend in Sumer und Babylonien unter der Aufsicht eigens dafür vom Staat eingesetzter Beamter arbeiteten; vgl. CAD, Bd. B, S. 33 b: Auch in neubabylonischer Zeit waren die Fischer in bestimmten Trupps organisiert, wobei aber der Schlüssel ihrer Zusammenstellungen und ihre Funktionen unbekannt sind.

45 BIN I, 102: 19 f.; 103: 16 f.; 129: 15; vgl. BIN I, 119: 16 und 128: 12, wo eben dieser Bêl-iqīša unter den Zeugen auftaucht, ohne daß von seiner Funktion als Schreiber die Rede ist. Zu den Schreibern aus den Reihen der Fischernachkommen BRM I, 84; Camb. 309, 315, 317; Nbn. 165, 256, 257, 315; Ner. 7; TMH II/III, 199.

46 Jakob-Rost, Liane, Ein babylonisches Omen aus dem Jahre 592 v. u. Z., in: Staatliche Museen zu Berlin. Forschungen und Berichte, V, 1962, S. 31 - 33.

315, ausgegeben. Im Schriftstück BE VIII, 154, heißt es, daß Lebertran⁴⁷ neben Wachs für rituelle Zwecke verwandt wurde, und VS VI, 228, nennt für Lebertran wiederum den Betrag von 1/4 Sekel Silber.

Die Babylonier kannten bereits seit ältesten Zeiten viele Arten der Fischkonservierung. Man salzte, dörrte, räucherte den Fisch oder legte ihn in Pflanzenöl,⁴⁸ Hier ist der Hinweis von Herodot (I, 200) interessant, wonach die Babylonier im 5. Jahrhundert den Fisch an der Sonne dörrten und im Mörser zerstießen. Die so erhaltene Masse siebte man, buk danach daraus Brot oder nutzte sie anderweitig.⁴⁹

Auf der Grundlage der vorliegenden Texte lassen sich die Veränderungen im babylonischen Fischereiwesen im 1. Jahrtausend zumindest in allgemeinen Zügen nachvollziehen und mit älteren Perioden vergleichen.

Der Fischkult spielte in den religiösen Auffassungen der Mesopotamier zumindest seit dem Ende des 4. Jahrtausends eine bedeutende Rolle, was die vielfältigen und häufigen Fischdarstellungen erklärt, die immer wieder auf Siegeln vorkommen. Solche Darstellungen sind auch noch für die achämenidische Zeit nachweisbar und lassen den Schluß zu, daß der Fisch auch noch im 1. Jahrtausend als religiöses Symbol gegolten hat. Aus Nippur ist zum Beispiel eine Tontafel des 5. Jahrhunderts bekannt, auf der zwei Raubvögel einen großen Fisch aus dem Wasser zerren. Der Siegelabdruck wird durch eine über den Vögeln schwebende Sonnenscheibe vervollständigt.⁵⁰

Für den Fischfang war Mesopotamien geradezu prädestiniert. Die Flüsse, Seen, Sümpfe und das Meer zeichneten sich durch einen gewaltigen Fischreichtum aus. Aus diesem Grunde war der Fisch für diese Region auch seit Urzeiten Grundnahrungsmittel. In den Wirtschaftstexten wird der Fisch in diesem Sinne bis zur Mitte des 2. Jahrtausends ständig erwähnt. Aus den ältesten Zeiten haben sich darüber hinaus viele lexikographische Texte mit Listen von Fischnamen erhalten.⁵¹

Die Flußfischer verwandten seit alters Deiche vor allem aus Schilfrohr. Texte aus den Regierungszeiten des Kyros und des Kambyses belegen, daß die Fischer von Ebabbarra für den Fischfang Dämme und Deiche anlegten. Im 4. und in der ersten Hälfte des 3. Jahrtausends wurden auch kupferne Angelhaken benutzt, später oft Reusen. Aber noch im 1. Jahrtausend war der Haken ein übliches Instrument: Ein Palastrelief aus neuassyrischer Zeit zeigt ihn in einer Fischfangszene an einem Teich.⁵² Die Meerfischer bedienten sich meist der Netze.⁵³ Ein Vertrag aus dem Murašu-Archiv bezeugt für die neubabylonische Zeit auch das Fischen in Teichen mit Netzen. Der Fischfang konzentrierte sich früher auf den Tempel. In vorsargonischer Zeit, also bis zur Mitte des 24. Jahrhunderts, verfügte nur er über die Möglichkeit, Meerfischer einzusetzen, und sogar gut ausgerüstete und ausgebildete Flußfischer arbeiteten in erster Linie für ihn.

47 Lupū. VS IV, 55: 1 šām-ni nūni, Lebertran (im Text geht es um den Verkauf von Lebertran).

48 Salonen, Armas, a. a. O., S 259 - 261.

49 Vgl. den Bericht Herodots (II, 7) über die Verwendung von gedörrtem, gesalzenerem, gebratenem oder gekochtem Fisch als Speise bei den Ägyptern.

50 Buren, E. Douglas van, Fish-Offerings in Ancient Mesopotamia, in: Iraq X, 1948, S. 121 mit Anm. 1.

51 Oppenheim, Adolf Leo, a. a. O., S. 46.

52 Salonen, Armas, a. a. O., S. 51 - 5).

53 Ebenda, S. 51, 60 f.

Der Baba-Tempel in Lagaš zum Beispiel beschäftigte etwa einhundert Fischer, von denen ein Drittel im Fluß und die übrigen im Meer fischten. Sie hatten die Auflage, eine festgesetzte Menge Fisch an den Tempel zu liefern, wobei es für Meer- und Flußfischer unterschiedliche Normen gab.⁵⁴

Der Fisch diente den Priestern als Nahrungsmittel, aber auch das übrige Tempelpersonal lebte davon; den Überschuß übergab man den für den Tempel tätigen Kaufleuten (tamkāru) zum Verkauf. Einige Texte des 20. und 19. Jahrhunderts aus Larsa berichten vom stückweisen Verkauf von fast 15 000 großen Fischen, während die kleinen nach Gewicht abgegeben wurden. Die leichtverderbliche Ware mußte zu niedrigen Preisen verkauft werden, so daß manchmal 1 800 Stück nur 1 Sekel kosteten.⁵⁵

Für die Opferhandlungen verwandte man in den Tempeln bereits in den ältesten Zeiten sowohl See- als auch Süßwasserfische. Eine Inschrift des Assurbanipal unterrichtet über Mengen, die im 1. Jahrtausend auf die Tische der Gottheiten gelangten: Der König brachte den Göttern 10 000 Fische dar. Obwohl der Fisch auch in neubabylonischer Zeit ein wichtiges Grundnahrungsmittel blieb, verlor die Fischerei nunmehr ihre Bedeutung als einen der wirtschaftlichen Hauptzweige des Landes. Anders als früher finden sich jetzt keine Hinweise auf Angehörige des Tempelpersonals, die sich mit Fischfang beschäftigten. Die regelmäßigen Fischlieferungen für die kultischen Bedürfnisse der Tempel sicherte man im 1. Jahrtausend mit Hilfe der Institution der Pfründen, durch die auch die Erledigung anderer, ähnlich gelagerter Verpflichtungen wie das Abbacken der Kultbrote und das Brauen des Bieres für die Opfermahlzeiten erfolgte. Zutritt zu solchen Pfründenämtern besaßen nur Mitglieder der Volksversammlung, also vollberechtigte Freie (mār-banī). Solche Personen waren zum Betreten der Innenräume des Tempelbezirkes befugt und erfüllten ihre Aufgaben zu bestimmten Tagen im Jahr, gewissermaßen in Übereinstimmung mit dem Kultkalender. Dafür bezogen sie einen festgesetzten Anteil aus den Tempeleinkünften (isqu), der in Natural- und Geldform ausgegeben wurde.⁵⁶ Eine Pfründe konnte verpachtet, verpfändet werden, auch andere Möglichkeiten gab es; doch für die Erfüllung der betreffenden Pflichten war der Pfründeninhaber dem Tempel verantwortlich, nicht aber der Pächter oder gar der Pfandhalter. Eine Pfründe wurde vererbt, man konnte sie auch veräußern.

Die Pfründeninhaber waren verpflichtet an den Tagen, an denen im Tempel Opfermahlzeiten aus Fisch bereitet werden mußten,⁵⁷ eine festgelegte Menge Fisch von bestimmter Sorte zu liefern. Den Umfang solcher Opfergaben wie auch die Anzahl der Fischer und die Höhe der ihnen zustehenden Einkünfte aus dem Tempelschatz regelten königliche Dekrete. Die quantitativen Normen für solche Opfer waren in den wichtigsten Tempeln des Landes (Esagila für Marduk in Babylon, Ebabbarra für Šamaš in Sippar, Eanna für Ištar in Uruk, Ezida für Nabū in Borsippa, Egišnurgal für Šin in Ur) etwa gleich. So heißt es in einer

54 Ebenda, S. 19 - 21.

55 Garelli, Paul, *L'Asie occidentale ancienne*, in: *Histoire générale du travail*, Bd. 1, Paris 1959, S. 62.

56 San Nicolò, Mariano, *Tempelpfründen*, a. a. O., S. 182 f.

57 Mindestens seit der Kassitenzeit war es an bestimmten Tagen verboten, Fisch zu essen. Insbesondere geht das aus einem spätbabylonischen Text hervor, dessen Prototyp noch auf die kassitische Zeit zurückgeht: Am 3. Nisanu, 8. Ajaru und 3. Tašrītu war es verboten, Fisch zu essen (Salonen, *Armas*, a. a. O., S. 257); vgl. dazu den Bericht Herodots (II, 37) über das Fischverbot für die ägyptischen Priester.

Verfügung der königlichen Administration, daß die Fischer von Eanna ebensoviel Fisch zu liefern hätten wie die des Šin. Einem Erlaß Nebukadnezars II. zufolge waren 20 Fischer ständig damit beauftragt, an den Tempel Esagila Fisch für die Marduk und seiner Gemahlin Šarpāntu geweihten Opfer zu liefern. Anweisungen dieser Art sind auch aus anderen Heiligtümern wie Ezida überliefert. Nabonid verfügte, daß die Leitung von Eanna 10 Fischer zusätzlich zu den bisherigen einstellen solle. Juristische Dokumente bestätigen, daß die Zahl der Fischer danach auf 18 angestiegen war, daß Eanna also in dieser Hinsicht Esagila etwa gleichgestellt war. Die Namen der Fischer trug man in eigens dafür angefertigte Register ein, die vom Vorstand des Tempels bestätigt wurden und dann in das Archiv gelangten. Die Zahl der beschäftigten Fischer unterlag keinen Schwankungen, und nicht in diesen Registern verzeichnete Personen erhielten keine Erlaubnis zum Fischfang für kultische Zwecke. Man gliederte zum Beispiel die Fischer im Tempel Eanna in Arbeitstrupps zu sechs Personen, wobei immer ein Ältester für die ihm Unterstellten verantwortlich war, ungeachtet dessen, daß alle Mitglieder der Gruppe gegenseitig füreinander bürgten. Der an den Tempel gelieferte Fisch mußte von guter Qualität sein, da, wie Salonen richtig bemerkt, die Priester, an die die Opfermahlzeiten letztlich gelangten, selbstverständlich guten Fisch essen wollten. 58

Personen, die sich bei der Lieferung der geforderten Menge Fisch Terminüberschreitungen zuschulden kommen ließen oder schlechten Fisch brachten, konnten bis hin zur Entziehung des Rechts auf eine Pfründe bestraft werden. Alle Fische, die die Fischer über ihr Soll hinaus fingen, durften sie zu gleichen Teilen behalten. Solche Fischer besaßen selbstverständlich, wie auch in altbabylonischer Zeit, Land, das wohl die Hauptquelle ihres Einkommens bildete. Einer der vorliegenden Texte erwähnt die Fischer unter anderen Steuerzahlern des Staates, die offensichtlich eine Grundsteuer zahlen mußten. Die neubabylonischen Tempel verfügten über eigene Fischteiche, in denen Unbefugten das Fischen untersagt war. Hin und wieder pachteten Privatpersonen solche Teiche. Da man natürlich viel mehr Fische fing, als für kultische Belange vonnöten waren, so betrieb die Tempelleitung wie in sumerischer und altbabylonischer Zeit einen schwunghaften Fischhandel.

In einem Dokument beschwerten sich die Tempelfischer bei den Beamten von Eanna darüber, daß "Stadtfischer" in den urukäischen Kanälen fischten und dem Tempel nicht das Seine gaben. Die Beamten luden sechs "Stadtfischer" vor und verboten ihnen das Fischen, sofern sie nicht ein Zehntel des Ertrages als Tempelzehnten an Eanna zu zahlen bereit waren. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, die Kanäle von Uruk wären Tempelbesitz gewesen; hier durfte jeder Urukäer fischen, doch mußte er wie alle Bewohner des Landes (außer den Sklaven) einen Tempelzehnten entrichten. Die Texte zeigen, daß es in neubabylonischer Zeit Fischteiche gab, die Privatpersonen gehörten. Gut unterrichten darüber Urkunden aus dem Archiv des Geschäftshauses Murašu, die als Dialogurkunden abgefaßt sind. Danach pachtete zum Beispiel Ribat, Sklave und Geschäftsbeauftragter des Hauses Murašu, von seinen Herren Fischteiche in der Nähe von Nipur, wobei er die Verpflichtung einging, im Jahr 1/2 Talent Silber zu zahlen und täglich für den Tisch der Verpächter eine bestimmte Menge Fisch zu liefern. Um zu unterbinden, daß Unbefugte in den Teichen fischten, mietete er Teichwächter. Ribat schloß an einem Tag im Beisein derselben Zeugen zwei Verträge über die Bewachung der Teiche zu völlig gleichen Bedingungen, aber

58 Salonen, Armas, a. a. O., S. 20. - Im alten Mesopotamien war die Gattung der Cyprinidae (Karpfen) am verbreitetsten; so verhält es sich auch noch heute in Irak (ebenda, S. 84 - 119).

mit verschiedenen Personen ab, den einen Vertrag mit seinem Sklaven, den anderen mit zwei Freien. Sollte es sich erweisen, daß dennoch Unbefugte in diesen Teichen fischten, so hätten die Wächter die ungeheure Strafe von 10 Minen Silber an Ribat zu zahlen. Da Hinweise über Entlohnungen in diesen Urkunden fehlen, besaßen die Wächter offenbar das Recht, in den betreffenden Teichen zu fischen.

Im selben Jahr wandte sich Ribat an fünf Berufsfischer, deren Namen auf judäische oder aramäische Herkunft weisen, um ihre Dienste für die Sicherung seiner Einkünfte aus diesen Teichen in Anspruch zu nehmen, wozu er jedem von ihnen Fischnetze zur Verfügung stellte. Die Fischer verpflichteten sich ihrerseits, im Verlauf von zwanzig Tagen fünfhundert Fische guter Qualität zu liefern; sollten sie jedoch den Vertrag nicht einhalten, dann hätten sie in den nächsten fünf Tagen tausend Fische zu bringen. Die Fische, die sie darüber hinaus fingen, durften sie offensichtlich für sich verwenden. Die Fischer verbürgten sich füreinander, wobei sich für sie zusätzlich noch eine weitere Person verbürgte.

Selbstverständlich war der aus diesen Teichen stammende Fisch nicht allein für die Ernährung der Familie Murašu und ihrer Vertragspartner bestimmt, sondern ging größtenteils in den Verkauf. Diesen Schluß erlauben der ungemein hohe Pachtzins von 1/2 Talent Silber, wofür man etwa 200 000 Liter Gerste oder Datteln kaufen konnte, sowie das Bußgeld von 10 Minen Silber für den Fall, daß der Wächter seine Pflichten vernachlässigt.

Einige Forscher neigen zu der Ansicht, daß die Fischerei im 1. und 2. Jahrtausend ein Monopol des Palastes gewesen sei.⁵⁹ Aus Herodot (II, 149) wissen wir, daß zur Achämenidenzeit das Fischen im Moiris-See in Ägypten als Pachtrecht vergeben wurde. Die königlichen Einkünfte daraus beliefen sich täglich auf 20 Minen bis 1 Talent Silber. Die Schwankungen ergeben sich aus dem Wechsel von Ebbe und Flut.⁶⁰ In bezug auf das Babylonien des 1. Jahrtausends gibt es allerdings keine Hinweise, die die Annahme königseigener Fischteiche stützen könnten. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß die Fischteiche der Murašu von diesen gepachtet und im Grunde genommen Eigentum des Königs waren. Bekanntlich nahmen die Murašu königliche Ländereien und Kanäle in Pacht. In der Regel enthalten die einschlägigen Urkunden exakte Angaben darüber, wer der Eigentümer der von der Familie Murašu in Unterpacht gegebenen Objekte wirklich war, so daß, da in den oben untersuchten Texten derartige Angaben fehlen, die Fischteiche wahrscheinlich den Murašu selbst gehörten.

(Übersetzt von Jelena Funck)

59 Driver, Godfrey Rolles/Miles, John Charles, The Babylonian Laws, Bd. 1, Oxford 1956, S. 115 (unter der dazu genannten Literatur auch der Aufsatz von Koschaker, Paul, Zur staatlichen Wirtschaftsverwaltung in altbabylonischer Zeit, insbesondere nach Urkunden aus Larsa, in: ZA XLVII, 1942, S. 147 - 150; Ebeling, Erich, Art. Fischerei (nachsargonisch), in: RIA, Bd. 3, S. 70; Salonen, Armas, a. a. O., S. 20 f.

60 Vgl. den neuassyrischen Brief Waterman, Lerry, a. a. O., S. 568, zur Fischsteuer einer der assyrischen Provinzen (der Name ist nicht erhalten) für den Palast, eine Palastdame und den Königssohn: Außer Gold, Silber, verschiedenen Kleidungsstücken usw. wurden mehr als 40 Bottiche Fisch an den Palast gesandt. Wie griechische Schriftsteller berichten, gelangten als Abgaben und Geschenke an den Hof der persischen Großkönige noch frische Fische aus entfernten Meeren.

Abkürzungen

AfO	Archiv für Orientforschung
AHw.	Soden, Wolfram von, Akkadisches Handwörterbuch
AnOr.	Analecta Orientalia
ArOr.	Archív Orientální
BE	The Babylonian Expedition of the University of Pennsylvania. Series A: Cuneiform Texts
BIN	Babylonian Inscriptions in the Collection of James B. Nies
BRM	Babylonian Records in the Library of J. Pierpont Morgan.
CAD	The Assyrian Dictionary of the University of Chicago
Camb.	Strassmaier, Johann Nepomuk, Inschriften von Cambyses, König von Babylon, Leipzig 1890
CT	Cuneiform Texts from Babylonian Tablets in the British Museum
Cyr.	Strassmaier, Johann Nepomuk, Inschriften von Cyrus, König von Babylon, Leipzig 1890
GC	Dougherty, Raymond Philip, Goucher College Cuneiform Inscriptions
JCS	Journal of Cuneiform Studies
Nbk.	Strassmaier, Johann Nepomuk, Inschriften von Nabuchodonosor, König von Babylon, Leipzig 1889
Nbn.	Strassmaier, Johann Nepomuk, Inschriften von Nabonidus, König von Babylon, Leipzig 1889
Ner.	Evetts, Basil Thomas, Inscriptions of the Reigns of Evil-Merodach, Neriglissar and Laborosoarchod, Leipzig 1892
OLZ	Orientalistische Literaturzeitung
PBS	University of Pennsylvania. Publications of the Babylonian Section
PSBA	Proceedings of the Society of Biblical Archaeology
RA	Revue d'Assyriologie et d'Archéologie Orientale
RIA	Reallexikon der Assyriologie und Vorderasiatischen Archäologie
TCL	Musée du Louvre. Dép. des antiquités orientales: Textes cunéiformes
TMH	Texte und Materialien der Frau Professor Hilprecht Collection of Babylonian Antiquities
UET	Ur Excavations. Texts
VS	Vorderasiatische Schriftdenkmäler der königlichen Museen zu Berlin
YOS	Yale Oriental Series. Babylonian Texts
ZA	Zeitschrift für Assyriologie und verwandte Gebiete bzw. Vorderasiatische Archäologie

"Vilicus ne sit ambulator"

Zum Weiterleben eines antiken Wirtschaftsprinzips

von Egon Maróti

Die warenproduzierende Villen-Wirtschaft, die M. Porcius Cato in seiner "De agri cultura" beschrieb, stand durch ihre Produkte zum Markt, zum Handel, durch ihren Bedarf an Industrieprodukten zu den städtischen Werkstätten der Handwerker und infolge ihres gelegentlichen Mangels an Arbeitskräften zu der näheren und weiteren Umgebung in einer engen Beziehung. Als wirtschaftliche Einheit bildete übrigens die "villa rustica" hinsichtlich ihres Bestandes an ständiger Arbeitskraft ein geschlossenes System, dessen ununterbrochene und ungestörte Funktionstüchtigkeit vom Besitzer mit Hilfe des "vilicus"¹ - des Sklavenaufsehers - gesichert wurde.

1. Unter solchen Umständen konnte vom Kommen und Gehen, von gelegentlichen Besuchen in der Nachbarschaft keine Rede sein, wie man aus Anordnungen, Verboten und an den "vilicus" gestellten Forderungen ersehen kann, zum Beispiel: "duas aut tres familias habeat, unde utenda roget, et quibus det, praeterea nemini"² (es darf ausschließlich zwei oder drei Gehöfte geben, von wo er sich die nötigen Sachen ausleiht und denen er welche gibt, sonst überhaupt keine); "ad cenam nequo eat"³; "vilicus ne sit ambulator"⁴, das heißt, der "vilicus" durfte keine Einladungen zu Festessen annehmen, er durfte sich nicht herumtreiben. - Letztere Forderung wird auch dem Verwalter gegenüber erhoben und so begründet: Er solle selber auf den Feldern arbeiten - damit er zum Bum-meln zu müde werde ("opus rusticum omne curet uti sciat facere, et id faciat saepe, dum ne lassus fiat;⁵ si hoc faciet, minus libebit ambulare⁶ et ... dor-

1 Zu diesem Thema vgl. auch Maróti, Egon, The "vilicus" and the "villa"-System in Ancient Italy, in: Oikomene, Nr. 1/1976, S. 109 - 124.

2 Vgl. Cato, 5, 3.

3 Ebenda, 5, 2. - Vgl. ebenda, 143, 1, zu den Pflichten der "vilica: ad cenam ne quo eat neve ambulatrix siet". Vgl. auch "vicinas aliasque mulieres quam minimum utatur neve domum ad sese recipiat" (ebenda).

4 Columella, 1, 8, 7, zitiert Cato sinngemäß und fügt seine Gedanken hinzu: "vilicus enim, quod ait Cato ambulator esse non debet nec egredi terminos nisi ut addiscat aliquam culturam, et hoc si ita in vicino est, ut re (eigentlich, in Wirklichkeit - E. M.) manere possit".

5 Cato, 5, 4.

6 Auch Plutarch erwähnt, daß Cato (Cato, 21, 1) seinen Sklaven verboten habe, ein fremdes Haus zu betreten, es sei denn, er oder seine Frau habe sie dort-hin geschickt.

mibit libentius⁷). Auch Saserna vertrat später einen ähnlichen Standpunkt⁸: "Sasernae liber praecipit, nequis fundo exeat praeter vilicum et promum et unum, quem vilicus legat; siquis contra exierit, ne inpune abeat; si abierit, ut in vilicum animadvertatur"⁹. Das heißt: Sasernas Buch schrieb vor, daß niemand das Landgut verlassen darf, den Aufseher, den Lagerverwalter und noch eine, vom Aufseher ausgewählte Person ausgenommen; wer dennoch das Landgut verläßt, soll bestraft werden; bleibt er unbestraft, soll der Aufseher bestraft werden. - Diese Formulierung erschien Varro etwas zu dehnbar, und er korrigierte sie folgendermaßen: "quod potius ita praecipendum fuit, nequis iniussu vilici exierit, neque vilicus iniussu domini longius, quam ut eodem die rediret, neque id crebrius, quam opus esset fundo"¹⁰. Also: Man hätte eher vorschreiben sollen, daß niemand ohne die Anweisung des "vilicus" das Gut für längere Zeit verlassen dürfe, jeder also noch am gleichen Abend zurückkehren müsse; und sogar diese Abwesenheit dürfe nicht öfter vorkommen, als für das Gut nötig sei.

Auch Columella schrieb darüber ähnlich: "ne extra fines a se missum progredi sinat (nämlich der 'vilicus') sed nec ipse mittat, nisi magna necessitate cogente"¹¹: (Der Aufseher) darf nur den weggehen lassen, den er selber geschickt hat; wegschicken soll er aber (jemanden) nur, wenn er durch dringende Gründe dazu veranlaßt wird.

Daraus geht klar hervor, daß selbst der "vilicus" das Gut ohne einen dringenden Grund nicht verlassen durfte und daß seine Anwesenheit dort als unbedingt nötig empfunden wurde. Aus Catos Mitteilungen kann man höchstens folgern, daß möglicherweise auch von den übrigen Sklaven jemand gelegentlich das Gut verließ.¹²

2. Wir sehen also, daß seit Cato traditionell in der römischen landwirtschaftlichen Literatur die Verbote verzeichnet wurden, die den Sklaven galten, um sie am Verlassen des Gutes zu hindern. - In der "Regula" des Ordenstifters Benedikt von Nursia (etwa 480 bis 547) finden wir eine wenigstens beim ersten Lesen verblüffend ähnliche Vorschrift, mit der er die Bewegungsfreiheit der Mönche auf den Bereich des Klosters beschränken wollte: "Monasterium autem, si possit fieri, ita debet constitui, ut omnia necessaria, id est aqua, molendi-

7 Cato, 5, 51. - Vgl. dazu auch Maróti, Egon, Zur Frage der Warenproduktion in Catos De agri cultura, in: Acta Antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae, Nr. 11, 1963, S. 230.

8 Varro, De re rustica, 1, 16, 5; vgl. auch Speranza, Feliciano, Scriptorum Romanorum de re rustica reliquae (Römische Schriftsteller über das Landwesen), Bd. 1, Messina 1974, fg. 1, S. 37; Kolendo, Jerzy, Le traité d'agronomie de Saserna, in: Archiwum Filologiczne, Wrocław 1973, fg. 5, S. 77; Sergeenko, M(arija) E(fimovna), Očerki po sel'skomu chozjajstvu drevnej Italii, Moskva/Leningrad 1958, S. 172; Staerman, Elena Michajlovna, Die Blütezeit der Sklavenwirtschaft in der römischen Republik, Wiesbaden 1969, S. 96.

9 Vgl. dazu Cato, 5, 2: "vilicus; si nolet male facere (nämlich die 'familia' - E. M.), non faciet; si passus erit, dominus inpune ne sinat esse".

10 Vgl. dazu auch Speranza, Feliciano, a. a. O., S. 37.

11 Columella, 1, 8, 12. - Vgl. dazu auch "Ferrarii, lignarii, doliorum cuparumque factores necessario habendi sunt, ne a labore sollemni rustico causa desiderandae urbis avertet" (Palladius, 1, 6, 2).

12 Z. B. "opus publicum effecisse" (Cato, 2, 2); "quala parentur, menae emanatur" (Cato, 23, 1).

num, hortum vel artes diversas intra monasterium exercerentur"¹³, "ut non sit necessitas monachis vagandi foras, quia omnino non expedit animabus eorum"¹⁴. Das Kloster also soll nach Möglichkeit so organisiert werden, daß es alles Nötige in sich vereine, Wasser und Mühle, und daß man den Garten innerhalb der Mauern bewirtschaften und allerlei Handwerk betreiben könne, damit die Mönche nicht jenseits der Mauern gehen müssen, da dies ihrer Seligkeit überhaupt nicht zugute komme.

Dem Verbot wird durch die nachfolgende Anweisung besonderer Nachdruck verliehen, die sichern soll, daß diese Vorschrift den Mönchen fest im Gedächtnis haften bleibt¹⁵. Das Verbot wird in unterschiedlichen Zusammenhängen in der Mönchsordnung wiederholt erwähnt.¹⁶

Das von Benedikt stammende Verbot - in der zweiten Hälfte des Zitats - kehrt infolge der großen Wirkung der "Regula" in vielen späteren Anweisungen und Regelungen für Mönche bzw. Nonnen wieder. -

Die Verbote in den verschiedenen Regeln für die Klöster bzw. in den Anordnungen für Mönche und Nonnen weisen bei den antiken Agrarschriftstellern eine weitgehende gedankliche Übereinstimmung mit den Formulierungen von Columella auf, die stellenweise bis zum Gebrauch der gleichen Ausdrücke geht. Wie wir später sehen werden, ist dies sicherlich kein Zufall.

Wie schon erwähnt, steht die Formulierung von Benedikt - die für die Nachwelt als Musterbeispiel diente - zu der von Columella in nächster Verwandtschaft; hier sei nur auf den Begriff der "necessitas" als Begründung hingewiesen. - Wie kam aber die Reminiszenz der Erklärung von Columella - oder irgendeines antiken Agrarschriftstellers - in die "Regula"? Was die Kenntnisse von Benedikt über profane Autoren betrifft, sind die Meinungen von Philologen und Kirchenhistorikern stark gespalten, angefangen von der Evidenzhaltung des kleinsten Zitat-Fragments oder der kleinsten Anspielung bis zur strikten Negation des Einflusses antiker Autoren.¹⁷ Unseres Wissens wird die Columella-

13 Sancti Benedicti Regula, 66, 6, hg. v. Rudolf Hanslik, Vindobonae 1960, S. 156 = Corpus scriptorum ecclesiasticorum Latinorum, hg. v. der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Nr. 75.

14 Ebenda, 66, 7.

15 "Hanc autem regulam saepius volumus in concretionem legi, ne quis fratrum se de ignorantia excuset" (ebenda, 66, 8).

16 Sancti Benedicti Regula, a. a. O., Kap. 51, 67, 7.

17 Skeptische bzw. ablehnende Standpunkte dazu vertreten Wölfflin, Eduard, Benedikt von Nursia und seine Mönchsregel, München 1895, S. 440 = Sitzungsberichte der philologischen und historischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Brechter, Heinrich Suso, St. Benedikt und die Antike, in: Benedictus, der Vater des Abendlandes. 547. Weihegabe der Erzabtei St. Ottilien zum vierzehnhundertsten Todesjahr, dargebracht und hg. v. Heinrich Suso Brechter, München o. J. (1947; im folgenden: Benediktus-Weihegabe), S. 153 - 156; Weissengruber, Franz, Monastische Profanbildung in der Zeit von Augustinus bis Benedikt, in: Mönchtum und Gesellschaft im Frühmittelalter, hg. v. Friedrich Prinz, Darmstadt 1978, S. 408 = Wege der Forschung, Bd. 312 (Rheinisches Museum für Philologie, Nr. 10, 1966). - Zurückhaltend äußern sich Schanz, Martin/Hosius, Carl/Krüger, Gustav, Geschichte der römischen Literatur bis zum Gesetzgebungswerk des Kaisers Justinian, Bd. 4, T. 2, München 1920, S. 953. - Die Parallelen werden registriert von Butler, Cuthbertus, Sancti Benedicti Regula

Reminiszenz - die unserer Meinung nach unübersehbar ist - von keinem einzigen Autor wahrgenommen. Wir selber wollen nicht behaupten, daß Benedikt etwas unmittelbar Columella entlehnt hätte. Die Frage ist: Welcher kirchliche Autor bzw. welches Werk kann als Vermittler gedient haben? Mit Gewißheit kann die "Regula magistri" - die neuerlich weitverbreitet als wichtigste Quelle für Benedikts "Regula" angesehen wird¹⁸ - ebenso gestrichen werden wie das Werk "De opere monachorum" von Augustin (354 bis 430), da in diesen Büchern das vorliegende Verbot in den entsprechenden Zusammenhängen nicht vorkommt bzw. in ähnlicher Formulierung überhaupt nicht zu finden ist. Dasselbe trifft auf die "Regula" des Caesarius zu.

Als möglicher Vermittler der Columella-Reminiszenz bzw. des darin enthaltenen Verbots käme Rufinus (345 bis 410) in Frage, der in seinem Werk "Historia monachorum" bei der Beschreibung des Klosters von Thebais unter der Leitung des Abtes Isidoros folgendes mitteilt: "... monasterium, amplissimis spatiis circumsaeptum muroque circumdatum ... Intrinsecus putei plures, horti irrigui, et quaecumque necessaria usibus erant, sufficienter, imo et abundanter provisae; ob hoc, ut nulli monachorum habitantium intrinsecus necessitas ullae fieret exeundi foras ad aliquid requirendum".¹⁹

3. Es mag verblüffen, daß wir einen Zusammenhang zwischen den profanen, auf die Praxis gerichteten, "irdischen" Schriften der Antike über die Landwirtschaft und den religiösen Schriften des Christentums herstellen möchten, besonders wenn man bedenkt, daß die Anweisungen in den ersteren meistens den Sklaven - dem Aufseher, "vilicus", und seinen Gefährten - galten, letztere aber den Mönchen. Wir dürfen aber folgendes nicht aus den Augen lassen: Ähnlich wie in den frühen christlichen Gemeinden war die gesellschaftliche Zusammensetzung der Klöster sehr gemischt. Es steht fest, daß selbst Benedikt die Anwesenheit von Sklaven in Kauf nahm.²⁰ Die allgemein verbreitete Bezeichnung der Mönche, die auf die Apostel zurückging, war die Formel "servus Dei, servus

monasterium, 2. Aufl. Freiburg (Breisgau) 1927, S. 187 f.; Herwegen, Ildefons, Der heilige Benedikt. Ein Charakterbild, Leipzig 1960, S. 146 Anm.; Sancti Benedicti Regula, a. a. O., S. 174; Vogüé, Adalbert de, La règle de Saint Benoit, Bd. 4, Paris 1971, S. 1424.

18 "Omnia necessaria intus regiae esse oportet, id est furnum, macinae, refrigerium, hortus, et omnia necessaria, ut non sit frequens occasio, propter quam fratris multotiens foras egressi, saecularibus mixti ..." (Regula Magistri, Kap. 95 = Patrologiae cursus completus. Series Latina, Bd. 88, Paris 1850, Spalte 1052).

19 "Das Kloster ist von einem weiten Gelände umgeben und hat Mauern ringsum ... Darinnen gibt es mehrere Brunnen, bewässerte Gärten, und sie sind mit allem, was sie zum Leben nötig haben, genügend, sogar reichlich versorgt; das alles zum Zwecke, daß kein Insasse je nötig hat wegzugehen, um etwas zu besorgen." (Rufinus, Historia monachorum, Kap. 17, 181 = Patrologiae ... Series Latina, Bd. 21, Paris 1849, Spalte 438.) - Die Verbindung wird auch dadurch wahrscheinlich, daß beide Erklärungen bei den Tätigkeiten des Pfortners (portarius) zu finden sind. Bei Benedikt lassen sich ohnehin mehrere Formulierungen auf Rufinus zurückführen (vgl. Butler, Cuthbertus, a. a. O.; Sancti Benedicti Regula, a. a. O.).

20 "Quis sive servus sive liber ..." (Sancti Benedicti Regula, a. a. O., 2, 20). - Vgl. dazu auch Brechter, Heinrich Suso, Die soziologische Gestalt des Benediktinertums in seinen Anfängen, in: Benediktus-Weihegabe, a. a. O., S. 62.

Christi²¹; dementsprechend kommen auch bei Benedikt für die Bezeichnung des mönchischen Lebens und mönchischen Dienstes die Substantive "servitus"²², "servitium"²³ und das Verb "servire"²⁴ vor. Es ist kein Zufall, daß manche Theologen und Kirchengeschichtsschreiber gerade in der Forderung des Gehorsams das Wesen der "Regula" sehen.

Dafür herrscht volle Einstimmigkeit bei der Beurteilung der Rolle Benedikts als Organisations- und Regulators einer geschlossenen Gemeinde der Mönche, im Gegensatz zum orientalischen Eremiten-Mönchtum und zur italienischen "girovagus"-Lebensweise. Seinen organisatorischen Zielen diente auch die Initiative zur schriftlichen Abfassung des Ordensgelübdes sowie die Verwirklichung der praktischen Arbeit der Mönche, die auch schon von Augustin gefordert wurde.²⁵

Dies war der Weg der Klostersgemeinschaft zur wirtschaftlichen Einheit, für deren Gestaltung man kein besseres Muster als das der antiken "villa rustica" hätte finden können. Die Archäologie bestätigt in dieser Hinsicht sogar eine gewisse Kontinuität, da die Ausgrabungen zahlloser mittelalterlicher Kirchen und Klöster beweisen, daß diese in den Gebäuden der durch die Goten mehr oder weniger zerstörten, entvölkerten italienischen und provinzialischen "villa rustica" gegründet und weiterentwickelt wurden.²⁶ Auch in dieser Hinsicht läßt sich also ein realer Zusammenhang feststellen.

Angesichts der wichtigen organisatorischen Übereinstimmungen zwischen der antiken "villa"-Wirtschaft und der frühmittelalterlichen Klosterwirtschaft kann es uns nicht überraschen, daß zahlreiche Prinzipien vorzufinden sind, in denen die ausgereiften Anweisungen der römischen Agrarschriftsteller seit Cato und die Vorschriften für die Mönche einander ähneln. Es erweist sich als überflüssig, selbst einen indirekten Einfluß entdecken zu wollen: Die analogen Erscheinungen wurzeln in der Natur der Dinge; ihr Vorhandensein ist aber trotzdem oder gerade deshalb nicht uninteressant. Dabei meine ich folgende Fakten: Der

- 21 Enciklopedia Cattolica XI. Città del Vaticano, Firenze 1953, S. 420 - 422, Stichwort: Servus servorum Dei.
- 22 Sancti Benedicti Regula, a. a. O., 2, 24; ebenda, 16, 2; ebenda, Kap. 5, 49, 5; ebenda, 50, 4.
- 23 Ebenda, Vorwort 45; ebenda, Kap. 5, 3.
- 24 Ebenda, 53, 15; ebenda, 61, 10; ebenda, 66, 2.
- 25 Vgl. Chapman, John, Saint Benedikt and the sixth century, London 1929, S. 120 - 124; Blasovich, Augustin, Soziologie des Mönchtums und der Benediktinerregel, Wien 1954, S. 58 - 60, 103 f.; Brechter, Heinrich Suso, Die soziologische Gestalt ..., a. a. O., S. 71 - 78; Wägner, Albrecht, Der klösterliche Haushalt des heiligen Benedikt, in: ebenda, S. 99 f.; Herwegen, Ildefons, a. a. O., S. 81, 85 f.
- 26 Vgl. Percival, John, The Roman Villa. An historical introduction, Berkeley/Los Angeles 1976, S. 178 f., 183, 189 f. - Übrigens hat schon Werminghoff, Albert, Die wirtschaftstheoretischen Anschauungen der Regula sancti Benedicti, in: Historische Aufsätze, Karl Zeumer zum sechzigsten Geburtstag als Festgabe dargebracht von Freunden und Schülern, Weimar 1910, S. 49, festgestellt, daß sich die Klosterwirtschaft von Monte Cassino direkt an die Landwirtschaft des späten Kaisertums des Römischen Reiches anschloß. - Herwegen, Ildefons, Sinn und Geist der Benediktinerregel, Einsiedeln/Köln 1944, S. 392, hat darauf hingewiesen, daß Benedikt (Sancti Benedicti Regula, a. a. O., Kap. 66) nur die wichtigsten in einem römischen Gehöft (villa) üblichen Ausrüstungen aufzählt.

Abt (abbas) war zugleich wirtschaftlicher Leiter, "dispensator"²⁷ des Klosters, genau wie der "vilicus" oder der "procurator" der "villa"-Wirtschaft. Die Rolle des Abtes wird im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit durch die Ausdrücke "praeesse, praecipere, imperare, iubere, coercere, corripere" bzw. "iussio, imperium, disciplina"²⁸ bezeichnet. Die allgemeine Verbreitung derartiger Bezeichnungen wurde von De Robertis im Zusammenhang mit der Führungsrolle des "vilicus" festgestellt.²⁹

Es ist eine erwiesene Tatsache, daß das mittelalterliche Fortleben der Errungenschaften der antiken römischen Agrotechnik in West- und Mitteleuropa in bedeutender Weise den Mönchsorden, darunter vor allem dem Benediktiner-Orden zu verdanken ist. Zu dieser Tätigkeit und überhaupt zur Organisation der Arbeit in der Wirtschaft war eine gewisse, wenigstens indirekte Kenntnis der römischen Agrarliteratur notwendig. Bei der Vermittlung dieser Kenntnisse war die Rolle des Isidor von Sevilla besonders bedeutend, der nicht zuletzt mit seinem Werk "Etymologiarum sive Originum libri XX" seine wertvolle Wirkung auf die Nachwelt ausgeübt hatte.³⁰ In diesem voluminösen und wertvollen Kompendium sind Zusammenfassungen zu lesen wie im XV. Buch "De aedificiis et agris" die Kapitel 12 "De aedificiis rusticis", 13 "De agris", 14 "De finibus agrorum", 15 "De mensuris agrorum" sowie 16 "De itineribus" und besonders auch im XVII. Buch "De rebus rusticis", ferner im XX. Buch "De instrumentis rusticis" das 14. Kapitel³¹ usw.

4. Wir können mit Gewißheit behaupten, daß die frühchristliche Literatur mit der antiken Agrarliteratur - und allgemein der "heidnischen" Literatur - viel fester verbunden war als allgemein angenommen. Als Illustration dessen und als Abschluß des Themas wollen wir je eine Stelle aus Columellas Werk und aus Isidors "Regula" zitieren, wo Gedankengang und Wendungen eine vollkommene Parallele zeigen, wo die meisten Ausdrücke gleich (bzw. Synonyma) sind und sogar ihre Reihenfolge Ähnlichkeiten aufweist. Am meisten beachtenswert

27 Sancti Benedicti Regula, a. a. O., Kap. 64, 5; "Verwalter des Klosters und seines Eigentums" (Blasovich, Augustin, a. a. O., S. 76).

28 Vgl. Herwegen, Ildefons, a. a. O., S. 86.

29 Robertis, Francesco M. de, Lavoro e lavoratori nel mondo romano (Arbeit und Arbeiter in der römischen Welt), Bari 1963, S. 111 Anm. 27; vgl. Maróti, Egon, The "vilicus" . . . , a. a. O., S. 117 f.

30 Zur Bedeutung des literarischen Schaffens von Isidorus und zu seiner Rolle bei der Exzerpierung und Verbreitung des Wissens antiker Autoren vgl. Schmekel, A., in: Pauly/Wissowa, Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, Bd. 9, Stuttgart 1916, S. 2069, Nr. 27; vgl. dazu ferner Fontaine, Jacques, Isidore de Sevilla et la culture classique dans l'Espagne wisigothique, 2 Bde., Paris 1959; Prinz, Friedrich, Zur geistigen Kultur des Mönchtums im spätantiken Gallien und im Merowingerreich, in: Mönchtum und Gesellschaft . . . , a. a. O., S. 289 - 291; Hiltbrunner, Otto, Isidorus. Bischof von Hispalis, in: Der Kleine Pauly, Bd. 2, Stuttgart 1967, S. 1461 f., Nr. 8; Kolb, Herbert, Isidors Etymologien in deutscher Literatur des Mittelalters, in: Archiv für das Studium der neueren Sprachen und Literaturen, Nr. 225, Braunschweig 1968, S. 431 - 453; Diesner, Hans-Joachim, Isidor von Sevilla und seine Zeit, Stuttgart 1973.

31 Zur Beschreibung eines Wirtschaftsgerätes, des schon in der Benedikt-Biographie von Papst Gregor I. erwähnten "runco", vgl. Maróti, Egon, Spinas Runcare. Zur Verwandtschaft des Horazischen "Spinas evellere", in: Acta Antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae, Nr. 20, 1972, S. 56 f.

ist aber die Aufzählung der Anforderungen, bei Columella an den "vilicus", bei Isidor an den Abt. Zur Verdeutlichung der Parallelität haben wir die wichtigsten Worte hervorgehoben.

Varro, De re rustica, 1, 8, 2 f.:
"eligendus est (sc. vilicus)
rusticis operibus ab infante du-
ratus et inspectus expe-
rimentis, si tamen is non
erit, de iis praeficiatur, qui
servitum laboriosam tole-
raverunt, iamque is trans-
cenderit aetatem primae
iuventae nec dum senec-
tutis adtigerit, illa ne et
auctoritatem detrahat ad imperium,
quoniam maiores dedignen-
tur parere adulescentulo, haec
ne laboriosissimo succumbat ope-
ri."

Isidorus, Regula, 2, 1:
"Abbas interea eligendus est in-
stitutione sanctae vitae duratus at-
que inspectus patientiae et humilita-
tis experimentis, qui etiam per
exercitium vitam laboriosam tole-
rans, ac transcendens aeta-
tem adolescentiae seu iuventu-
tis <nec dum>³² senectutem teti-
gerit; cui etiam maiores non
dedignentur parere ..."

Was Isidor wohl mit dieser fast spielerischen Travestie erreichen wollte, wis-
sen wir nicht. Der Einklang der Ausdrücke und die Rolle der entsprechenden
Zusammenhänge zeigen aber, daß sein Muster das Agrarwerk von Columella
war, das übrigens auch in den "Origines" weitgehend ausgeschöpft wurde.

32 Es sei darauf hingewiesen, daß der offensichtlich falsch erschlossene, den
Sinnzusammenhang entstellende Manuskript-Text "transcendes aetatem adol-
escentiae iuventute sua senectutem tetigerit" aufgrund der parallelen und
zweifellos als Muster gebrauchten Formulierung von Columella sinnvoll zu
emendieren ist.

DISKUSSIONEN

Das "Haus" (oikos) des Hesiod

von Heinz Kreißig

Auf dem 1974 in Besançon durchgeführten Kolloquium zur Sklaverei¹ wurde unter vielen anderen Problemen auch das Verhältnis zwischen den böotischen Bauern und den sogenannten basileis aus Hesiods großem Epos "Werke und Tage" (Erga kai hēmerai) diskutiert. Dabei definierte Jean Claude Carrière den Unterschied als den zwischen zwei sozialen Gruppen, wobei die basileis die vom "homerischen" Adel - das heißt dem kriegerischen Adel aus der untergehenden mykenischen Epoche - abstammenden Eigentümer großer Ländereien seien, deren Macht und Willkür, wie sie bei Hesiod zum Ausdruck kommen, eine ökonomische Grundlage habe. - Michel B. Sakellariou dagegen sah in den basileis weiter nichts als Magistraturen, denen die Rechtsprechung oblag.²

Bevor wir diese Frage nochmals aufwerfen, sei gestattet, gewissermaßen als Grundlage auf einige Überlegungen zurückzukommen, die Ferdinand Wagner zur "Ökonomik" des alten Griechenland gemacht bzw. provoziert hat.³ Unter "Ökonomik" versteht Wagner nicht - wie heute weit über die marxistische Terminologie hinaus üblich geworden - den Gesamtkomplex der Produktionsverhältnisse einer bestimmten Stufe oder eines bestimmten Raumes im Rahmen einer Gesellschaftsformation, sondern er identifiziert den Begriff herkömmlich mit "Wirtschaftslehre".⁴ Aus den "alteuropäischen Epochen" hebt er dabei als "grundlegend" die antike heraus.⁵ So berechtigt es zweifellos ist, die antiken Erscheinungen in Europa in einem bestimmten Stadium der allgemeinen Entwicklung als die bestimmenden in den Vordergrund zu stellen, so fragwürdig werden doch alle Ergebnisse, wenn man sich nicht zu einer genaueren Definierung dessen, was man unter "antik" verstehen will, entschließt. Wagner geht noch über das allzu Übliche (antik = griechisch-römisch) hinaus, indem er nur griechische Fragen behandelt. Und innerhalb dieses selbstgesteckten Rahmens gibt er als "Bild der frühen Ökonomik" genau genommen nur das Bild der platonischen "Ökonomik"; denn nur Platons Schriften werden wirklich eingehend untersucht, wobei hinter dem "Politikos" naturgemäß alle anderen zurückstehen. Die für eine "Ökonomik" viel ergiebiger "Nikomachische Ethik" des Aristoteles wird kaum erwähnt. Ebenso ergeht es den Schriften Xenophons, obwohl

1 Terre et paysans dépendants dans les sociétés antiques. Colloque international tenu à Besançon les 2 et 3 mai 1974, Lyon 1979.

2 Beide Meinungen in der Diskussion zu Mossé, Claude, Les dépendants paysans dans le monde grec à l'époque archaïque et classique, in: ebenda, S. 85 - 97, auf den Seiten 122 - 125.

3 Wagner, Ferdinand, Das Bild der frühen Ökonomik, Salzburg/München 1969.

4 Ebenda, S. 9, 14 und passim.

5 Ebenda, S. 33.

sich Wagner bewußt gegen die Urteile beispielsweise von Alexander Gray, Werner Stark, René Gonnard wendet, wonach hier nur "Laienauffassungen und mehr praktische Erwägungen" zutage träten.

Nun könnte man zunächst annehmen, Wagner meine mit "frühe Ökonomik" die vor-poliade, zumal gerade für Platon der Idealstaat ohnehin mehr der Struktur einer Gesellschaft ähnelt, die zumindest die klassische Blüte der Polis noch nicht erreicht hat. Wagner spricht aber ganz im Gegenteil von "Frühzeit", "klassischer Epoche" und "nachklassischer Zeit", wobei Platon für die "klassische" steht.

Wir wollen uns hier nur mit der "Frühzeit" beschäftigen. Von dieser Zeit an, sagt Wagner, habe griechisches Denken "die Richtung auf eine alles verbindende Lebensordnung", ziele alles auf "ein richtig abgestuftes Verhältnis jedes einzelnen zu den Göttern und Vorfahren, zueinander und zu Tieren und Sachen"; so sei das frühgriechische Denken ein "Ordnungsdenken", das Welt-, Zeit-, Sach- und Hausordnung umfasse; dem Hirten- und Bauernleben dieser Frühzeit liegen die *ἐπιμελητική* (Fürsorgekunst), die *θεραπευτική* (Pflegekunst), und die *ἀγελαιοκομική* (Kunst des Herdenschutzes) nahe. Das Ordnungsdenken richte sich demnach auf "Einschränkung des Mangels", "Verbesserung des Besitztums", "Schutz vor Schaden und Unrecht". Die eigentliche "Hausherrnkunst" sei die der Anordnung auf allen Gebieten der Lebensordnung, sie halte "das Gedeihen des Ganzen" zusammen und bewirke es.⁶

Wie man sieht, legt Wagner einige ganz wesentliche Gedankengänge Hesiods - den er allerdings im Gegensatz zu Platon und sogar im Verhältnis zu Homer recht wenig direkt heranzieht - in ihren übergeordneten Zusammenhängen dar. Das Haus gut richten (*οἶκόν τ' εὖ θέσθαι*, Erga 23),⁷ umfaßt tatsächlich *ἐπιμελητική*, das heißt die Organisation der Arbeit, mit der Lebensmittel (*βίωτος*) gewonnen werden (Erga 299 ff.). Diese Arbeit ist den Göttern angenehm, die den hassen, der ohne Arbeit lebt (*ὄς κεν ἀεργὸς ζῶη*, Erga 303 f., 309). Zugleich soll die Arbeit das rechte Maß haben (*ἔργα μέτρια*, Erga 306), das heißt, daß die *μετρική*, die platonsche Kunst des rechten Maßes, Hesiod nicht unbekannt ist. Selbst die erst von Aristoteles analysierte Unterscheidung von *οἰκονομική* und *χρηματιστική* (*Politikos* 1256 a 1-5) - also der notwendigen, somit guten, und der nicht notwendigen, auf Gewinn gerichteten, somit schlechten Wirtschaft - schimmert hier schon durch, jedoch noch als Ausfluß der göttergegebenen Lebensordnung: *χρήματα δ' οὐχ ἀρπακτά, θεόδοτα πολλὸν ἀμείνω* - nicht errafftes Gut gedeiht, sondern gottgegebenes - (Erga 320, vgl. 694). Für die Situation der Zeit Hesiods ist charakteristisch, daß das *εὖ ζῆν*, das gute Leben, bei ihm vordringlich in der erfolgreichen Abwehr des Mangels, insbesondere des Hungers, besteht, nicht so sehr in der Anhäufung von Reichtum: "Hunger ist immer der Gefährte des Untätigen" (Erga 302). Man muß das Vorhandene mehrten, um den brennenden Hunger zu stillen (Erga 363); und ein Unglück ist es, wenn man des Nichtvorhandenen bedarf (*χρηρίζειν ἀπέοντος*, Erga 366 f.). Aber auch Gerechtigkeit verhindert den Mangel, nicht nur Arbeit: den aufrechten Mann begleitet der Hunger nicht (Erga 230), und dem, der ungerechtes Gut zusammenrafft, dem mindern die Götter das Haus (*μινύθουσι [θ' οἶ] δὲ οἶκον*, Erga 325).

6 Ebenda, S. 81 ff., 191 ff.

7 Übersetzungen unter Zugrundelegung von: Hesiod. Sämtliche Werke, deutsch von Thassilo von Scheffer, 2. Aufl. hg. v. Ernst Günther Schmidt, Leipzig 1965.

Die Kunst der Pflege, die *θεραπευτική*, findet in Hesiods Bild von den zwei Eriden schon zu Beginn der "Werke und Tage" ihren Niederschlag. Neben der Göttin des Haders steht die "andere" Eris, die zur Arbeit anspornt, also den "schöpferischen Neid" provoziert. Hier hat *οἶκόν τ'εὖ θέσθαι* seinen eigentlichen Platz, denn es geht nicht nur darum, Reichtum zu erstreben (Erga 24), sondern durch das ganze Buch ziehen sich die Ratschläge über die Erhaltung des Gewonnenen - von den pragmatischsten der rechten Zeit der Ernte (Erga 384) oder des Rebenverschneidens (Erga 570) bis zu jenen anderen für das, was Wagner zu Recht "das Erfinden und kunstreiche Bilden, das Schmücken und Veredeln"⁸ im weitesten Sinne nennt. So stehen Erhaltung und Verbesserung des materiellen Besitztums durchaus im Vordergrund, da dieses der ständigen Pflege bedarf und die Voraussetzung überhaupt für alles andere ist. Die Zeit, da das herden- und viehreiche goldne Menschengeschlecht "wie Götter" lebte - weil ihnen die Erde ständig vielfältige und reichliche Nahrung spendete (Erga 112 - 120) -, ist ja dahin. Auch die Inseln der Glücklichen, wo honigsüße Früchte dreimal im Jahre für die Heroen wuchsen (Erga 171 - 173), sind unerreichbar. Das eiserne Geschlecht der Gegenwart Hesiods darf weder bei Tag noch bei Nacht ruhen von anstrengender Arbeit und Mühsal (*κάματος* und *οἰζύς*, Erga 177). Als Derivat von *θεραπεύειν* im Sinne von "pflegen" kommt bei Hesiod allerdings nur *θρεπτῆρια*, Pflerlohn, vor.

Der Gedanke der *ἀγελαιοκομική* ist bei Hesiod sowohl im engeren Sinn des Herdenschutzes wie auch im weiteren Sinn des Schutzes von Menschen und Sachen durchaus vorhanden. Auch hier wartet Hesiod mit außerordentlich praktischen Vorschlägen auf; zeuge nur einen Sohn, damit das Erbe nicht geteilt werden muß (Erga 376 f.); besorge dir zuerst ein Haus, dann erst eine Frau und einen Ochsen zum Pflügen (Erga 405); bleibe in der Gemeinschaft der Dorfgenossen, indem du am gemeinsamen Mahl teilnimmst - nicht nur die Annehmlichkeit ist größer, auch die Kosten sind geringer (Erga 722 f.). Aber das sind Ratschläge von geringerer Bedeutung. Der Schutz des Besitzes ist nötig in einer Zeit, da das Faustrecht herrscht und man gegenseitig die Städte verheert (Erga 189), da aber andererseits auch Tugend und Ehre (*ἀρετή* und *κῦδος*, Erga 313) vom Besitz abhängig sind. Hesiod selbst hat ja trübe Erfahrungen gemacht, die zum eigentlichen Anlaß der "Werke und Tage" wurden: Besitz ist nicht sicher. Es gibt Menschen und Institutionen, die ihn rauben können. Was im Hause liegt (*κατακείμενον*), bringt keine Sorge (Erga 364) - aber nur, wenn es vor dem Zugriff fremder Gewalten geschützt ist.

Und an dieser Stelle zeigt sich, daß nicht nur das Bild der frühen Ökonomik Wagners, soweit er die "Frühzeit" einbezieht, fragwürdig ist, sondern auch die Meinung über den freien böotischen (und darüber hinaus griechischen) Bauern immer wieder in Frage gestellt werden muß. Wagner baut seine frühe Ökonomik auf dem Werk Platons auf, der zwar vorpoliaden Traditionen verbunden ist, aber in der Polis lebt und - oft wider Willen - in den Kategorien der Polis denkt. Das vorpoliade Wirtschaftsdenken ist aber natürlicherweise von anderen Kategorien abhängig, und zwar von den gleichen, die für alle griechischen Gebiete gelten, die nie zur Polisorganisation gefunden haben. Es gibt eine merkwürdige Stufenfolge von zentristischem Denken, die es abzubauen gilt: Europazentrismus - Gräkozentrismus - "Poliszentrismus", wobei ich mit dem letzten Wortungeheuer die oberflächliche Gleichsetzung von antikem Griechenland mit Polis meine.

⁸ Wagner, Ferdinand, a. a. O., S. 192.

Das böotische Gebiet am Helikon, in dem Hesiod lebte, hat die Polisstruktur niemals kennengelernt, auch nicht zur Zeit der höchsten Blüte dieser Staatsform in Athen, Korinth und anderen griechischen Stadtstaaten. Hier hatte sich niemals die Produktionsweise durchgesetzt, die Marx in Unterscheidung zur "asiatischen" die "antike" genannt hat. Zur Grundlage dieser Produktionsweise wurde das private Eigentum der freien, vollberechtigten Mitglieder einer Gemeinschaft an den Produktionsmitteln, insbesondere am Boden, das notwendigerweise zur Einführung der Sklaverei führte. Sicherlich hat diese Produktionsform selbst im Modellfall Athen zu keiner Zeit völlig rein existiert. Aber nur wo sie quantitativ überwog, konnte es zur qualitativ neuen, der "antiken" Gesellschaftsformation mit ihrer Blüte der Demokratie und der Kultur, konnte es zur Herausformung eines "antiken" Menschenbildes kommen.

In der Darstellung Hesiods klingen jedoch andere Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln an. Wohl beschäftigt auch Hesiod Männer und Frauen, die von Produktionsmitteln ganz freigesetzt sind. Den Pflug solle ein vierzigjähriger kräftiger Mann führen, der nicht - wie Jüngere - sich nach anderem umsieht, sondern nur auf seine Arbeit achtet (Erga 441 - 446). Ein Junge (τυθός) ist gut, die Vögel von der Aussaat wegzutreiben (Erga 469 f.). Das Dreschen übernimmt der δμῶς (Erga 597 f.), der im Hause wohnt; denn er wird auch im Sommer, wenn zwischen Saat und Ernte wenig Landarbeit zu tun ist, zu anderem Werk angehalten, wie zur Reparatur der Scheunen (Erga 502 f.; 765 ff.). Der dmōs scheint also Sklave zu sein.⁹ Doch er wird vom Bauern nicht nur angetrieben, sondern dieser arbeitet selbst mit (Erga 459), wie auch die Sklavin, die zugleich seine Nebenfrau ist (κτηνήν, οὐ γαμετήν), als Viehpflegerin mitarbeitet (Erga 406). Auf diese Art Familie scheint also das Wagnersche "Ordnungsdenken" zuzutreffen. Auch von dem Lohnarbeiter, dem thēs, und der für Lohn arbeitenden erithos droht der in sich geschlossenen Ordnung noch wenig Gefahr, sofern der Mann kein eigenes Haus besitzt und die Frau keine eigenen Kinder hat (Erga 602 f.). Beides würde die Arbeiter davon ablenken, ihre an den Bauern vermietete Arbeitskraft in vollem Umfang einzusetzen.

Man muß jedoch sehen, daß das "Ordnungsdenken" hier voll und ganz auf Ausbeutung gerichtet ist. Was Ordnung ist, bestimmt der Teil der Bevölkerung, der den Boden besitzt. Sklaven und Lohnarbeiter sind in diesem System nur Objekte, die sich in die "Ordnung" einzufügen haben. Das tun sie nur dann, wenn sie sich den Interessen der Besitzer fügen. Sie werden durch außerökonomische und ökonomische Machtmittel dazu gezwungen. Natürlich ist auch die Ausbeuterordnung eine Ordnung, und das Ordnungsdenken einer ausbeutenden Klasse ist ein Ordnungsdenken. Nur ist diese Ordnung eben keine gerechte, da eine große Anzahl Menschen von ihr ausgeschlossen bleibt.

Nun ist es eine Tatsache, daß Hesiod, der offensichtlich zu einer "ordnungsdenkenden" Ausbeuterklasse gehört, selbst sehr viel von der ungerechten Ordnung spricht, in der er lebt. Und eben das zeigt, daß die Lage innerhalb dieser Gesellschaftsstruktur noch komplizierter ist. Den basileis erzählt Hesiod die berühmte Fabel vom Habicht und der Nachtigall. Der Stärkere hält den Schwächeren gefangen, und sinnlos ist es für diesen, gegen jenen zu kämpfen (Erga 203 - 212). Dem basileus gegenüber fühlt sich der die Sklaven und Lohnarbeiter ausbeutende Bodenbesitzer als der Ausgebeutete. Wer sind die basileis? Der dēmos, das niedere Volk, büßt die ἀτασθαλία, den Übermut, der basileis, die das Recht beugen (Erga 261 f.). Um welches Recht geht es? In einer Auseinan-

⁹ Anders aber Marie-Madeleine Mactoux in der Diskussion zu Mossé, Claudé, a. a. O., S. 129.

dersetzung wirft Hesiod seinem Bruder Perses vor: Schon hatten wir unser Grundstück geteilt, als du vieles entrissest und wegschlepptest, dabei die gabengefräßigen basileis hoch priesest, die gern zu dieser Entscheidung bereit waren (Erga 37 - 39).

Die basileis entscheiden in Fragen des Grund und Bodens. Die Teilung des väterlichen Erbes, die von den beiden Söhnen durchgeführt worden war, konnte durch den Machtspruch eines Höheren für nichtig erklärt und verändert werden. Hesiod und Perses waren also nur Besitzer, erbliche Besitzer eines Stückes Landes (κληρος), das im Eigentum eines andern, eines βασιλεύς, lag. Sie waren nicht unumschränkte Eigentümer des Produktionsmittels Boden, auf dem und von dem sie lebten, wie es ein athenischer politēs der "klassischen" Zeit sein wird.

Wenn auch auf dem Grundeigentum eines basileus mehrere Besitzer leben mochten, so war dieses Eigentum für ihn dennoch ebenfalls der οἶκος, das "Haus", und auch in diesem Rahmen herrschte natürlich ein "Ordnungsdenken" und eine auf "Ordnung" gerichtete Praxis. Nur die Interessen waren jetzt verschieden. Der nicht vollberechtigte Landbesitzer ist jetzt das Objekt, der von dieser Ordnung keinen Vorteil (sondern das Gegenteil) hat. Dmōs und thēs aber unterliegen auf diese Weise einer doppelten Ausbeutung; denn die Rangfolge Bodeneigentümer - Bodenbesitzer - Landlose drückt den untersten am meisten.

Durch das "Haus", in dem sich das Wirtschaftsdenken Hesiods realisiert, gehen die für das archaische Griechenland typischen alten und neuen Produktionsverhältnisse - halbfreie Abhängigkeit und Sklaverei - mitten hindurch: Zeichen einer Zeit im Umbruch, einer (revolutionären) Umwälzung, die aber selbst im eigentlichen Griechenland nur punktuell, nur in den poleis, die neue, die antike Klassengesellschaft hervorgebracht hat. Die "Freiheit" des Bauern, des Repräsentanten der Volksmassen, war und blieb immer problematisch; sie mußte noch und immer wieder neu erkämpft werden. Am Anfang der griechischen Geschichte jedenfalls stand sie nicht.

LITERATURKRITIK

Eine bürgerliche Geld- und Bankengeschichte

Karl Erich Born, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert =
Kröners Taschenausgabe, Bd. 428

Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1977, 663 Seiten,
Preis: 28, 50 DM

von Karin Lehmann

Born behandelt die Währungs- und Bankengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Dabei arbeitet er die nationalen Besonderheiten der Entwicklung in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, in den USA, in Japan, Belgien und der Schweiz heraus. Er berücksichtigt insbesondere den Einfluß internationaler Prozesse und Faktoren. Spezielle Kapitel sind dem Kapitalexport vor 1914, der Finanzierung des ersten und zweiten Weltkrieges sowie den Währungs- und Kreditbeziehungen in und nach der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 gewidmet. Umfangreiche und thematisch geordnete Quellen- und Literaturhinweise, in die allerdings sehr wenige marxistische Veröffentlichungen aufgenommen wurden, eine Zeittafel zur modernen Geld- und Bankengeschichte vom 17. bis zum 20. Jahrhundert sowie ein Namen- und Bankenregister beschließen das Werk.

Geld und Banken sind so zentrale Kategorien der Politischen Ökonomie, daß eine Darstellung dieser besonderen, doch äußerst wichtigen Materie, noch dazu, wenn deren Bogen zeitlich und räumlich so weit gespannt ist, viele Fragen der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte berührt. Born selbst wertet sein Buch als "historische Synthese der wesentlichen Probleme und Entwicklungen des Geld- und Kreditwesens" (S. 8)¹.

Da in dem hier vorzustellenden Buch das imperialistische Stadium des Kapitalismus den größten Raum beansprucht, sollen einige falsche Auffassungen, die diesen Zeitabschnitt betreffen, vorrangig behandelt werden. Diese anfechtbaren Thesen beziehen sich auf wesentliche und miteinander verflochtene Probleme. Im Grunde dreht es sich um die Frage "Was ist Imperialismus?", wiewohl Born in diesem Buch seine Imperialismusauffassung nicht explizit darlegt. Es geht hier um die Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital, um das Verhältnis zwischen staatlicher Außenpolitik und Kapitalexport und um die politischen und ökonomischen Folgen des Kapitalexports. Angesichts des Faktenreichtums in Borns Darstellung ist Konzentration geboten. Deshalb wählt der Rezensent Beispiele aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Wie Lenin herausgearbeitet hat, ist der Imperialismus seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus, dessen wichtigste Grundmerkmale in folgendem bestehen: Die hochgradige Konzentration der Produktion und des Kapitals

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

bringt Monopole hervor, die das Wirtschaftsleben entscheidend prägen. Bank- und Industriekapital verschmelzen zum Finanzkapital, auf dessen Grundlage sich eine Finanzoligarchie herausbildet. Der Kapitalexport gewinnt hervorragende Bedeutung. Internationale Kapitalistenverbände teilen die Welt unter sich auf. Die Aufteilung der Erde durch die größten Länder ist beendet. Selbstverständlich sind die Wesensmerkmale für den Imperialismus bestimmend, solange er existiert.

Im Widerspruch zu diesen realen Tatsachen hält Born, wie andere BRD-Historiker auch, "das Zeitalter des Imperialismus" 1914 für beendet. Inhaltlich grenzt er den Begriff "Imperialismus" auf Kapitalexport und äußere Expansion ein. Sein Begriff verhält sich zur marxistisch-leninistischen Imperialismusdefinition wie ein Teil zum Ganzen und widerspiegelt nur einen Ausschnitt der Totalität. Zu welchen Konsequenzen diese begriffliche Reduktion führt, wird noch weiter unten deutlich werden.

Lenin hatte weiter dargelegt, daß sich mit dem Übergang zum Imperialismus die Funktionen der Banken verändern. Aus bescheidenen Zahlungsvermittlern wuchsen sie zu allmächtigen Monopolinhabern an, "die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolisten bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus, ..."²

Zwar hat Born für den Konzentrationsprozeß im Bankwesen, für den Wandel in der Industriefinanzierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts - in Deutschland vor allem nach der Krise von 1873 - und auch für die wechselseitige Förderung der Konzentration im Bankwesen und in der Industrie viele Belege zusammengetragen, und gerade sein internationaler Vergleich enthält interessante Fakten, dennoch sind die Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital von ihm höchst unvollkommen erfaßt. Aussagen über die sich aus der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital ergebenden Monopolstrukturen fehlen. Damit wird aber ein wesentliches Problem, das nicht nur für die Bank- und Währungsgeschichte, sondern für die Geschichte überhaupt von großer Bedeutung ist, ignoriert. Faktisch wird die Funktion der Banken als konstitutives Element des Monopolkapitals negiert. Daraus resultieren eine Reihe von Fehlurteilen über die Banken und falsche Darstellungen ihrer Rolle in der Geschichte, die die Kapitel über das 20. Jahrhundert durchziehen.

So betrachtet Born die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, in den der Kampf um die Neuaufteilung der Welt seit der Jahrhundertwende mündete, unter dem Aspekt des Kapitalexports und der sich aus diesem ergebenden internationalen Finanzbeziehungen.

Die Frage, in welchem Verhältnis staatliche Außenpolitik und Auslandsgeschäfte der Banken zueinander stehen, beantwortet Born wie folgt: "So wie die Regierungen die Auslandsgeschäfte der Banken für die auswärtige Politik nutzbar zu machen suchten, wünschten umgekehrt die Banken für ihre Auslandsgeschäfte den politischen Rückhalt ihrer Regierung" (S. 286). Er konstatiert, daß im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die Regierungen bestrebt waren, den Kapitalexport außenpolitisch zu nutzen (S. 290).

² Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 214.

Für Borns Absicht, "die Einwirkung der internationalen Finanzbeziehungen auf die internationalen politischen Beziehungen vor 1914 an einigen größeren außenpolitischen Vorgängen" (S. 290) zu verfolgen, ist es sehr wichtig zu wissen, welche Rolle die Banken spielen,

Seine Auffassungen darüber, wie sich der Kapitalexport der Banken auf die internationale Politik bis 1914 ausgewirkt hat, faßt Born so zusammen: "An der Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges waren die internationalen Kapitalbewegungen nicht beteiligt. Sie haben hingegen in einigen Fällen eine Rolle bei der Gruppierung und Umgruppierung der Bündnisse gespielt, wobei die Initiative nicht von den Banken ausging, sondern diese sich vielmehr den Wünschen ihrer Regierungen anpaßten. Den stärksten politischen Effekt hatte hier der französische Kapitalexport (Rußland, Italien). Demgegenüber befand sich die Hälfte der deutschen Auslandsanlagen in solchen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges im Lager der Gegner des Deutschen Reiches standen. Demnach ist der deutsche Kapitalexport offensichtlich mehr vom wirtschaftlichen als vom machtpolitischen Kalkül bestimmt worden" (S. 306 - Hervorhebung - K. L.).

Daran anschließend führt Born weiter aus, daß sich die französische Außenpolitik ihres Vorteils, sich auf einen im Verhältnis zum deutschen stärker alimentierten Kapitalmarkt stützen zu können, mit großem Geschick bedient habe. Das stimmt allerdings nur insofern, als Bismarcks außenpolitische Pläne scheiterten, der 1887 Rußland den deutschen Geldmarkt sperrte und es damit Frankreich in die Arme trieb. Doch lag der deutsche Kapitalexport mit seinen Schwerpunkten in Österreich und Südosteuropa in der Hauptstoßrichtung des deutschen Imperialismus nach dem Vorderen Orient und entsprach somit dessen strategischer Zielsetzung. Das zeigte sich nicht zuletzt in den Bestrebungen, die Länder Südosteuropas, in erster Linie Österreich-Ungarn, mit Deutschland und unter seiner Vorherrschaft wirtschaftspolitisch zu vereinigen. Am Vorabend des ersten Weltkrieges wurden diese Pläne mit stärkerer Energie betrieben.³

Die Auffassung, nur Frankreich habe in hohem Maße den Kapitalexport in den Dienst seiner Politik gestellt, hat bereits Karl Helfferich⁴ vertreten. Anknüpfend an die oben zitierten Behauptungen Borns, ist nun zu fragen, wie eng beim Kapitalexport im Imperialismus ökonomische und politische Zielsetzungen miteinander verflochten sind. Hans Radandt gab für die Beantwortung dieser Frage Hinweise: "Wenn immer wieder hervortritt, daß wirtschaftliche und politische Gründe für den Kapitalexport wirksam werden, erscheint es angebracht, zu überlegen, ob und welche von beiden unter bestimmten Bedingungen den Vorrang haben. Der private Kapitalexport läßt sich in erster Linie von der Höhe des zu erzielenden Extraprofits leiten. Der staatliche Kapitalexport wird in erster Linie von politischen Faktoren bestimmt."⁵ Man müsse jedoch für das

³ Gutsche, Willibald, Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 15, Berlin 1977, S. 85 ff.

⁴ Vgl. Helfferich, Karl, Deutschlands Volkswohlstand 1888 - 1913, Berlin 1913, S. V f. - Karl Helfferich, der 1901 Mitarbeiter der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, 1906 Direktor der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft, 1908 Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bank, im Februar 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamt und 1916 Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren und Vizekanzler wurde, personifizierte das enge Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik.

⁵ Radandt, Hans, Zum Kapitalexport der imperialistischen Hauptländer bis 1945, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 55.

20. Jahrhundert, so meint Radandt, die modifizierende Wirkung der staatlichen bzw. staatsmonopolistischen Politik auf den privaten Kapitalexport berücksichtigen, wolle man entscheiden, ob politische oder ökonomische Faktoren überwiegen,⁶ Inzwischen liegen umfangreiche Untersuchungen über den staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vor,⁷ Darin wurde herausgearbeitet, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus ein Grundzug der imperialistischen Entwicklung ist, der sich gesetzmäßig mit der Monopolisierung herausbildet und sich etappenweise verstärkt, wobei die arbeitsteilige Kooperation zwischen Staat und Monopolen zunimmt.⁸ Auch beim Kapitalexport kooperieren Staat und Monopole. So waren an der Expansion in Richtung Südosteuropa - Balkan - Türkei die Reichsleitung und die Deutsche Bank sowie Krupp beteiligt. Bismarck wies beispielsweise 1888 den deutschen Botschafter in Konstantinopel an, der Deutschen Bank in der Türkei den Weg zu ebnen.⁹ Um die Jahrhundertwende intensivierte sich die Kooperation zwischen Staat und Bank- bzw. dem entstehenden Finanzkapital. "Die deutschen Großbanken betrieben zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Geschäft mit Auslandsanleihen, insbesondere dasjenige der (privaten) Anleihen an fremde Regierungen, wie auch in den achtziger Jahren in Zusammenarbeit mit der Reichsleitung, nur im größeren Umfang und mit ausgeprägt imperialistischer Zielsetzung, was notwendigerweise die Zusammenarbeit vertiefen mußte."¹⁰

Zwang die fortschreitende Monopolisierung die deutsche Reichsleitung zum Eingehen auf den Expansionsdrang der Monopole,¹¹ so bedienten sich ihrerseits die Banken und die mit ihnen verbundenen Industrieunternehmungen des staatlichen Machtapparats.¹² Auf dieses qualitativ neue Verhältnis von Ökonomie und Politik zielt auch Radandt in seiner Definition des Kapitalexports: "Kapitalexport sind ins Ausland gegebene Kredite, Kapitalanlagen in ausländischen Wertpapieren bzw. Investitionen im Ausland zur Aneignung fremder unbezahlter Arbeit, zur Erzielung von Extraprofiten sowie zur Erlangung von wirtschaftlichen und politischen Vorteilen, die im Imperialismus bis zur ökonomischen Durchdringung und finanziellen Beherrschung fremder Volkswirtschaften sowie zur

6 Ebenda.

7 Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumppe, 3 Bde, Berlin 1978 - 1980.

8 Vgl. Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, insbesondere Kap. 2 u. 5 = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 1.

9 Rathmann, Lothar, Berlin - Bagdad. Die imperialistische Nahostpolitik des kaiserlichen Deutschlands, Berlin 1962, S. 25.

10 Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, a. a. O., S. 107.

11 Gutsche, Willibald, a. a. O.

12 Vgl. Rathmann, Lothar, a. a. O.; Weinberger, Gerda, Die deutschen Konsuln. Ihre Rolle in der ökonomischen Expansion des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, S. 203 ff.; dieselbe, Das Victoria-Falls-Power-Projekt der AEG und die deutsche Kapitaloffensive in Südafrika vor dem ersten Weltkrieg. Zur Rolle von Industrie- und Bankkapital in der ökonomischen Expansion und der Entwicklung staatsmonopolistischer Formen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 57 ff.

Durchsetzung politischer Ziele gegenüber den kapitalimportierenden Staaten und unter der Bedingung der ungleichmäßigen Entwicklung der Länder bis zu Kämpfen um die Neuaufteilung der Welt führen."¹³

Es handelt sich also dem Wesen nach um mehr als um Suche nach staatlichem Rückhalt seitens der Banken. Den Regierungen geht es auch nicht mehr nur um die Ausnutzung des Kapitalexports der Banken in der Außenpolitik. Nicht nur der Kapitalexport wird "modifiziert", sondern auch die Außenpolitik verändert sich, indem letztlich die Expansionsinteressen des Finanzkapitals den Ausschlag geben.

In Anbetracht dieser grundlegenden neuen Qualität der Beziehungen zwischen Kapitalexport und Außenpolitik kann man nicht mit der Behauptung von Born einverstanden sein, an der Entstehungsgeschichte des ersten Weltkrieges seien internationale Kapitalbewegungen nicht beteiligt gewesen bzw. nur insofern, als sie die Blockbildung mitgeprägt hätten, und auch letzteres nur auf Wunsch der Regierungen. Ist es doch eine Tatsache, daß der Kapitalexport Deutschlands, der bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges die Höhe des französischen erreichte hatte und der sich in einige traditionelle und strategisch wichtige Anlagegebiete Englands und Frankreichs ergoß, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten verschärfen mußte. Borns Argument, im Gegensatz zum französischen Kapital, das zu erheblichen Teilen in die während des ersten Weltkrieges mit Frankreich verbündeten Länder exportiert worden war, habe sich die "Hälfte der deutschen Auslandsanlagen in solchen Ländern" befunden, "die während des Ersten Weltkrieges im Lager der Gegner des Deutschen Reiches standen" (S. 306), spricht deshalb auch nicht gegen, sondern für die Mitwirkung des Kapitalexports als verschärfender Faktor der zum Kriege führenden Widersprüche.

Um seine These von der "Schuldlosigkeit" des deutschen Kapitalexports in die Türkei zu erhärten, führt Born schließlich Abkommen von 1914 an, durch welche zwischen Großbritannien und Deutschland die Herrschaftsbereiche in Mesopotamien, einschließlich der Herrschaft über die Bagdadbahn, abgegrenzt wurden und auch zwischen Frankreich und Deutschland der Streit um die Bagdadbahn geglättet wurde. Die deutsche und die französische Regierung hatten am 15. Februar 1914 nach jahrelangen Verhandlungen eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und der Banque Impériale Ottomane bestätigt und zugleich gemeinsame Maßnahmen zur Konsolidierung der türkischen Finanzen vereinbart. Ein Abkommen zwischen Deutschland und England lag bei Abschluß der ebenfalls langwierigen Verhandlungen am 15. Juni 1914 formuliert vor, wurde allerdings nicht mehr unterzeichnet. Born schlußfolgert aus diesem Abkommen: "Die wirtschaftlichen und politischen Rivalitäten der großen Mächte im Vorderen Orient waren damit am Vorabend des Ersten Weltkrieges bereinigt. Sie haben für den Kriegsausbruch 1914 keine Rolle gespielt" (S. 283). Wie verhielt es sich nun wirklich?

Die vereinbarten Kompromisse entsprachen dem Kräfteverhältnis der imperialistischen Mächte. Sie waren auch Ausdruck der Taktik der deutschen Imperialisten, durch eine zeitweilige Übereinkunft mit England die Gegensätze zwischen Frankreich und Rußland bzw. Frankreich und England zu schüren.¹⁴ Zugleich erklären sich die Kompromisse aus der Situation, in welche die Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus durch die Balkankriege 1912/13 geraten war. Diese hatten bewirkt, daß die Türkei im Sommer 1913 den größten Teil des

¹³ Radandt, Hans, a. a. O., S. 39.

¹⁴ Rathmann, Lothar, a. a. O., S. 98.

Streckennetzes der Bagdadbahn an die im Ergebnis der Balkankriege neu entstandenen Staaten, vor allem an Serbien, verloren hatte. Das deutsche Finanzkapital sah seine Interessen ernsthaft gefährdet.¹⁵ Es befürchtete, seinen entscheidenden Einfluß auf die Orientbahngesellschaft zu verlieren. Wie Willibald Gutsche herausgearbeitet hat,¹⁶ wurde Serbien zum neuralgischen Punkt in den deutschen Mitteleuropaplänen, in denen ja der Vorstoß in das Gebiet bis Bagdad vorgesehen war.

Die Befürchtung, die gesamte Expansion in Richtung Südost sei nun gescheitert, beflügelte führende Vertreter des deutschen Imperialismus, gemeinsam mit dem österreichisch-ungarischen die Kriegsvorbereitungen zu verstärken. Im Vorderen Orient und auf dem diesem vorgelagerten Balkan waren am Vorabend des ersten Weltkrieges die Rivalitäten der imperialistischen Hauptmächte also keinesfalls bereinigt, sondern wurden gerade hier erheblich verdichtet und zugespitzt.

Wurden bisher die Aussagen Borns über die politischen Effekte des Kapitalexports geprüft, sollen jetzt seine Auffassungen über die ökonomischen Effekte erörtert werden. Er verweist (S. 264 f.) auf die Verwendung der Kapitalimporte für den Ausgleich von Zahlungsbilanzen und Budgets im Osmanischen Reich und in den Balkanstaaten und auf die durch Auslandskredite finanzierte Industrialisierung der USA und Kanadas - zwei ganz unterschiedliche Effekte, die sich aus der jeweiligen ökonomischen und politischen Situation der genannten Länder ergaben. Born stellt dann fest, daß dem Kapitalexport oft, aber nicht immer, der Warenexport in die Schuldnerländer und der Rohstoffbezug aus den Schuldnerländern folgten (S. 264). Tatsächlich war auch nach 1900 nicht jeder Kapitalexport mit Warenlieferungen bzw. Auftragserteilungen an Industrieunternehmen verbunden. Das ergibt sich schon aus dem breit gefächerten Spektrum der Formen, in denen der Kapitalexport erfolgt.¹⁷ Doch als wesentlicher und zugleich neuer Trend zeigte sich im Imperialismus, daß die Banken, deren Kapital und Interessen aufs engste mit denen der Industriekonzerne verflochten waren, den Warenexport bzw. die Auftragserteilung über Lieferungen, für Bauten usw. förderten. Dabei nutzten beispielsweise die deutschen Banken ihre engen Beziehungen zum deutschen Staat aus, wie es Weinberger für die Deutsche Bank und die Dresdner Bank bei deren Geschäften in Südafrika nachgewiesen hat.¹⁸ Nach dem bisherigen Stand der Forschung zeigte sich hierbei eine Besonderheit in der Entwicklung des deutschen Imperialismus: "Die in Deutschland vorhandene enge Verflechtung der deutschen Banken mit dem Staat einerseits und der Industrie andererseits verlieh der Expansion des deutschen Imperialismus besondere Stoßkraft. Diese von Lenin hervorgehobene hohe Organisiertheit des deutschen Finanzkapitals ermöglichte eine Koordinierung von Warenexport, Kapitalexport und staatlichen Maßnahmen."¹⁹ Interessant ist, daß auch in anderen Ländern bis zum ersten Weltkrieg die Zusammenhänge zwischen Kapitalexport und Warenexport enger wurden. So führt Wolfgang Klein in einer neueren Veröffentlichung²⁰ Auf-

15 Gutsche, Willibald, Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 15, Berlin 1977, S. 254 ff.

16 Ebenda, S. 253 ff.

17 Radandt, Hans, a. a. O., S. 39, stellte acht verschiedene Grundformen zusammen.

18 Weinberger, Gerda, Das Victoria-Falls-Power-Projekt ..., a. a. O.

19 Ebenda, S. 59.

20 Klein, Wolfgang, Ein zweitrangiger Kapitalismus? Zur Herausbildung des französischen Imperialismus vor 1914, in: Neue Studien zum Imperialismus vor 1914, hg. v. Fritz Klein, Berlin 1980, S. 165 ff.

fassungen von Jean Bouvier an, die besagen, daß erst die Erträge des Kapital-exports den Ausgleich der Zahlungsbilanz Frankreichs bei ständig defizitärem Außenhandel ermöglicht hätten. Und weiter: "Zum anderen deuteten sich, wie in dem Verhältnis von Anleihen und Industrieanlagen, auch hier mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts Veränderungen in der Politik der Großbanken an, die verstärkt Verbindungen zwischen der Placierung von Anleihen und dem Absatz französischer Waren (insbesondere Rüstungsgüter) in den Schuldnerländern schufen."²¹

Die wesentliche ökonomische Wirkung des Kapitalexports vor 1914, die Born allerdings nicht zur Kenntnis nimmt, besteht darin, daß ein Prozeß forciert wurde, der bereits im vormonopolistischen Kapitalismus begonnen hatte und der sich auch nach dem ersten Weltkrieg fortsetzte, nämlich die Herausbildung des kapitalistischen Typs der internationalen Arbeitsteilung mit einigen ökonomisch hochentwickelten kapitalistischen Ländern auf dem einen Pol und kolonialen bzw. ökonomisch abhängigen Ländern auf dem anderen Pol. In Anbetracht dessen, daß die Entwicklungsländer noch in der Gegenwart mit den Folgen dieser Arbeitsteilung zu kämpfen haben, ja, daß sie noch längst nicht überwunden ist und der derzeitige Kapitalexport der imperialistischen Länder neue Probleme schafft, fragt man sich, warum Born den Kapitalexport in den Kapiteln, welche die Zeit von 1918 bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts behandeln, nur streift, und zwar im Zusammenhang mit Währungsfragen.²² Wenn sich auch Richtung und Struktur des Kapitalexports veränderten (Zunahme des Exports von Kapital aus einem entwickelten kapitalistischen Land in ein anderes, das ebenfalls hochentwickelt ist, Zunahme der direkten Kapitalanlagen in der verarbeitenden Industrie der Entwicklungsländer),²³ so blieb doch sein eigentliches Charakteristikum, Mittel der Expansion zu sein, erhalten.

Die Kritik an den stark vereinfachenden Auffassungen von Born über die Beziehungen zwischen Bank- bzw. Finanzkapital und Staat, die bisher hauptsächlich am Beispiel des Kapitalexports vor 1914 geübt wurde, muß auch auf andere Passagen seines Buches ausgedehnt werden. Das betrifft beispielsweise die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Ein Ausdruck intensiverer Kooperation zwischen Staat und Monopolen war in Deutschland und anderen Staaten die größere Einflußnahme auf den Geld- und Kapitalmarkt und auch das Vordringen staatlicher bzw. halbstaatlicher Banken. Auch Born konstatiert diesen internationalen Trend (zum Beispiel S. 439 f., 464 ff.). Im Zusammenhang mit diesen Veränderungen im Bankwesen und in der Währungsentwicklung in Deutschland schildert er ausführlich den neuen Status der Reichsbank nach der Währungsstabilisierung (S. 423). Doch bleibt seine Darlegung über die Kreditpolitik der Reichsbank (S. 421 ff.) bzw. ihrer Tochtergesellschaft, der Deutschen Golddiskont-

21 Ebenda, S. 185.

22 Im Zusammenhang mit dem Zahlungsbilanzdefizit der USA wertet Born die äußerst aktiv betriebene Expansionspolitik der USA und ihre Strategie, durch Errichtung militärischer Stützpunkte, direkte Aggression, die Finanzierung reaktionärer Regimes usw. die im Weltmaßstab erschütterten politischen, ökonomischen und militärstrategischen Positionen des Imperialismus zu sichern, als Hilfeleistung gegen Not und Schutz vor äußerer Bedrohung (S. 563).

23 Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 532 ff.

bank (S. 465), selbst hinter Veröffentlichungen von Historikern der BRD zurück,²⁴ Die Kreditpolitik der Reichsbank wird von Born nur hinsichtlich der Kredite an die Reichsregierung, an Reichsbahn und -post (S. 422 f.), die der Deutschen Golddiskontbank nur sehr global als Exportförderung dargestellt. Gerade in Anbetracht, daß Born den zeitlichen Rahmen seiner Untersuchungen sehr weit spannt, vermißt man in erster Linie aus dem historischen Vergleich gezogene Wertungen, wie die, daß die Reichsbank in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland auf den Geld- und Kapitalmarkt und damit auf die Produktion und Zirkulation viel stärker einwirkte als vor dem ersten Weltkrieg und daß sie in der Deutschen Golddiskontbank ein Instrument besaß, um die Kreditverteilung direkt zu regulieren.²⁵ Auf die Beziehungen der Reichsbank zum Monopolkapital und zum Großgrundbesitz geht Born nicht ein. Die undifferenzierten Einschätzungen die Reichsbank betreffend führen zu Behauptungen wie der, daß die deflatorische Wirkung der Währung die hohe Arbeitslosigkeit verursacht habe (S. 424). Das ist in dieser Vereinfachung falsch. Hatte doch die Deflationspolitik der Reichsbank durch ein anhaltend hohes Zinsniveau hauptsächlich zur Folge, daß der Kapitalimport angeregt wurde. Die einströmenden Devisen waren für die Reichsbank die Basis, das Kreditvolumen auszuweiten. Hinzu kam noch, daß die Reichsbank unter Schacht ja nicht nur Kreditrestriktion, sondern vor allem auch eine gezielte Kreditverteilungspolitik betrieben hat. Sie begünstigte in erster Linie die Exportindustrie, die Landwirtschaft, Großbetriebe und Kartelle. Auch ist zu bedenken, daß staatliche Subventionen und Kredite staatlicher Banken für einzelne Unternehmen bzw. für Gruppen von Unternehmen den Finanzierungsspielraum der Wirtschaft erweiterten. Die monokausale Ableitung der Arbeitslosigkeit aus der Deflationspolitik ist vor allem deshalb anfechtbar, weil sie zu wenig die verschärfte Weltmarktsituation im allgemeinen und die besondere Weltmarktposition des deutschen Imperialismus berücksichtigt. Nur durch Kostensenkung konnten die deutschen Monopole konkurrenzfähiger werden. Deshalb rationalisierten sie die Produktion in großem Stil, setzten Arbeitskräfte frei und beuteten die in der Produktion verbliebenen Werkstätten intensiver aus. Zwar wurde die Rationalisierung zielstrebig betrieben, nachdem die Möglichkeit des Inflationsdumpings durch die Währungsstabilisierung nicht mehr gegeben war. Sie hätte jedoch auch infolge der Weltmarktsituation und infolge der in anderen Ländern, besonders in den USA, fortgeschritteneren Produktivkräfte auf der Tagesordnung gestanden. Daß die Arbeitslosigkeit zunahm bzw. chronischen Charakter bekam, ist nicht Folge währungspolitischer Maßnahmen. Wissenschaft und Technik machten in einzelnen Produktionszweigen Fortschritte. Es entstanden aber zu wenig neue Arbeitsplätze, um die freigesetzten Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Ganz offensichtlich wird im Abschnitt über die Finanzierung des zweiten Weltkrieges die staatliche Wirtschaftspolitik von ihrer monopolistischen Basis ge-

24 Vgl. Hardach, Gerd, Reichsbankpolitik und wirtschaftliche Entwicklung 1924 - 1931, in: Schmoller's Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 90. Jg. 1970, S. 563 ff.; derselbe, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924 - 1931, Berlin 1976 = Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 27.

25 Vgl. Nussbaum, Manfred, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin 1978, S. 211 f. = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 2.

trennt. In den zurückliegenden Jahren haben Marxisten eine Reihe fundierter Veröffentlichungen zum Zusammenwirken von Staat, NSDAP und Monopolkapital vorgelegt.²⁶

Wie es zu den qualitativ neuen Entwicklungen in der Finanzpolitik und in der Regulierung des Geld- und Kapitalmarktes kam und wer davon profitierte, das sind Fragen, die Born unbeantwortet ließ. Er bietet eine finanzhistorische Variante der These von der Alleinschuld Hitlers an: "Schon bald nach seiner Machtübernahme besorgte sich Hitler die Instrumente, mit deren Hilfe er den deutschen Geld- und Kapitalmarkt ganz in den Dienst der Rüstungs- und Kriegswirtschaftspolitik nehmen konnte" (S. 539). Hinsichtlich der privatkapitalistischen Wirtschaft heißt es lediglich ohne Wertung: "Die Privatunternehmen waren seit 1933 vornehmlich auf Selbstfinanzierung verwiesen, da der Kapitalmarkt dem Reich reserviert blieb" (S. 539). Zunächst ist grundsätzlich zu sagen, daß die Aufrüstung im Interesse der Rüstungsmonopole lag und dementsprechend auch die finanzwirtschaftlichen Maßnahmen, mit denen der Geld- und Kapitalmarkt reguliert wurde oder durch die das Nationaleinkommen über den Staatshaushalt umverteilt wurde. In der von Born festgestellten Tatsache, daß der Kapitalmarkt im wesentlichen dem Reich reserviert geblieben sei und die Privatunternehmen sich hingegen vor allem hätten selbst finanzieren müssen, zeigt sich die veränderte Stellung der Banken im Reproduktionsprozeß, Ihr Hauptgeschäft war jetzt die kurzfristige Finanzierung des Staates und die Unterbringung der Reichsanleihen, nicht mehr die direkte Finanzierung der Wirtschaft.²⁷ Das bedeutet nun keinesfalls, daß Banken und andere Unternehmen nicht am Rüstungsgeschäft partizipierten. Ganz im Gegenteil! Lotte Zumpe weist nach: "Das Geschäft mit der Aufrüstung, mit der staatlichen Investitionstätigkeit, mit der Kriegsvorbereitung, kurz: mit der Staatsverschuldung war auch für die Banken äußerst profitabel."²⁸ Sie begründet diese Einschätzung mit dem Konzentrationsprozeß im Bankwesen, der durch staatliche Maßnahmen noch gefördert wurde.

Aber auch der relativ hohe Anteil der Selbstfinanzierung bei den Kapitalgesellschaften war ein für diese durchaus günstiger Effekt, der sich aus administrativen Maßnahmen ergab und Teil der finanzwirtschaftlichen Regulierung war. Diesen Effekt hatte das Anleihestockgesetz, über das Born mitteilt (S. 539), daß die Dividendenausschüttung an Aktionäre begrenzt wurde und darüber hinausgehende Dividendenbeträge als Anleihestock dem Reich zur Verfügung standen. Hier wird durch scheinbar nüchterne Tatsachenvermittlung die Wirklichkeit verfälscht. Born verschweigt, daß durch dieses Gesetz der Anteil der den Kapitalgesellschaften verbleibenden Profite, den sie zur Entschuldung und Selbstfinanzierung verwendeten, erhöht wurde. Aber gerade die Selbstfinanzierung war unter den damaligen Bedingungen (anhaltende Depression in der kapitalistischen Welt, daraus resultierende Weltmarktprobleme, Starre des Kreditmarktes) die günstigste Profitanlage.

26 Vgl. Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Sonderband 1970, S. 111 ff., 574 ff.; Forschungen in der DDR 1970 - 1980, in: ZfG, Sonderband 1980, S. 297, 593 ff.

27 Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1980, S. 293. = Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 3,

28 Ebenda, S. 297 f.

Nur einige Beispiele konnten aus dem umfangreichen Werk herausgegriffen werden. Die angeführten Fehleinschätzungen lassen sich im wesentlichen auf einen gemeinsamen konzeptionellen Ausgangspunkt zurückführen: Die Banken werden im Imperialismus nicht als Teil des Finanzkapitals gesehen und das Finanzkapital nicht als letztlich ausschlaggebend für die Politik des Staates. Deshalb ist die historische Synthese der wesentlichen Probleme und Entwicklungen des Geld- und Kreditwesens trotz der angebotenen Vielfalt und Breite mißlungen.

Wirtschaft und Rüstung am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges
im internationalen Überblick

Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des zweiten Weltkrieges.
Für das Militärgeschichtliche Forschungsamt hg. v. Friedrich
Forstmeier und Hans-Erich Volkmann

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1975, 415 Seiten,
Preis: 32,- DM

Kriegswirtschaft und Rüstung 1939 - 1945. Für das Militärges-
chichtliche Forschungsamt hg. v. Friedrich Forstmeier und
Hans-Erich Volkmann

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1977, 420 Seiten,
Preis: 39,- DM

von Lotte Zumpe

Zu den qualitativ neuen Erscheinungsformen im Verhältnis von Ökonomik und Politik nach dem Übergang zum Imperialismus gehört auch die enge Verflechtung von Wirtschaft, Rüstung und Krieg. Im Ergebnis des ersten Weltkrieges hatte man die Bedeutung der Wirtschaftspotentiale für den Kriegsverlauf, die Bedeutung der Einbeziehung der gesamten Volkswirtschaft in die Kriegführung, des Einsatzes und der Umverteilung von Volkseinkommen und Volksvermögen für die Finanzierung des Krieges, erkannt. Diese Erfahrung wurde vom faschistischen deutschen Imperialismus systematisch für die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges genutzt. Die Herausbildung starker militärisch-industrieller Komplexe nach dem zweiten Weltkrieg zeigt, daß es sich hier um eine allgemeine Tendenz des Imperialismus handelt. Die Erforschung dieser Tendenz, die Aufdeckung ihrer Ursachen und Zusammenhänge sowie ihrer Herausbildung ist eine wichtige Aufgabe für die Geschichtswissenschaft. Dabei liegt ohne Zweifel ein Schwergewicht auf den dreißiger Jahren und auf der Zeit des zweiten Weltkrieges.

Die beiden Veröffentlichungen, zwei selbständige Sammelbände, enthalten insgesamt dreißig Artikel von vorwiegend empirischem Charakter zur Thematik Wirtschaft - Rüstung - Krieg. Historiker, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler der BRD, aber auch anderer Länder legen im Vorkriegsband (im folgenden: erster Band) ihre bisher unveröffentlichten Forschungsergebnisse zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges vor. Anlaß dazu war eine Tagung des Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (BRD) im Jahre 1974, auf der die im ersten Band zusammengefaßten Arbeiten als Referate und Korreferate

vorgetragen wurden. Der Band "Kriegswirtschaft und Rüstung 1939 - 1945" (im folgenden: zweiter Band) steht, wie es heißt, "repräsentativ für eine zunächst ins Auge gefaßte wissenschaftliche Tagung" (S. 7).¹

Das Hauptgewicht in beiden Bänden liegt etwa bei der Hälfte der Artikel auf der Erforschung der deutschen Geschichte, wobei zum Teil auch international vergleichende Aspekte untersucht werden. Die anderen Artikel sind entsprechenden Themen zur Geschichte Großbritanniens (4 Artikel), Frankreichs (1), der USA (1), Schwedens (1), Italiens (2), Japans (2), Österreichs (1), Polens, zum Teil einschließlich Osteuropas und der Sowjetunion (3), sowie der Tschechoslowakei, unter Berücksichtigung Südosteuropas (2), gewidmet. Dies macht den weitgespannten Rahmen deutlich, in dem die Grundthematik der Bände dargeboten wird. Der Leser gewinnt hier in der Tat einen internationalen Überblick, den die Autoren mit viel Sachkenntnis vermitteln.

Im ersten Band werden, soweit es die deutsche Geschichte betrifft, verschiedene Spezialthemen behandelt: von Willi A. Boelcke "Probleme der Finanzierung von Militärausgaben" (S. 14 - 38), der neben der Abhandlung einiger theoretischer Aspekte auch Zahlenmaterial über die Rüstungsausgaben anderer Länder bis 1939 bringt, unter anderem für Großbritannien, Frankreich, die USA und Japan. Die deutsche Rüstungsfinanzierung wird von ihm unter dem Gesichtspunkt der "wichtigsten Finanzierungsinstrumente", insbesondere der kurz- und langfristigen Staatsverschuldung und ihrer Formen sowie der seit 1936 einsetzenden inflationären Wirkung, dargelegt. Karl-Heinz Ludwig greift in seiner Darstellung "Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935" (S. 39 - 64), die viele auf Literatur- und Archivquellen beruhende Details enthält, auf die zwanziger Jahre zurück und stellt für diese fest, daß die "Geheimrüstung" der Weimarer Zeit "Geheimentwicklung und -konstruktion, nicht aber Produktion" gewesen sei (S. 42). "Anfang der 30er Jahre", so wird die Vorgeschichte der Thematik fortgesetzt, "begann sich als Ausdruck militärischer und partiell auch politischer sowie industrieller Bedürfnisse ein verstärktes Interesse an einer zukünftigen deutschen Aufrüstung abzuzeichnen . . . Schon 1930 hatte die Reichswehr den jahrelang diskutierten A-Plan für verbindlich erklärt, der als geheime Zielprojektion die Aufstellung und Ausrüstung von 21 Divisionen enthielt" (S. 44 f.). In der zweiten Hälfte des Jahres 1932, heißt es dann weiter, "erhielt die Aufrüstungsfrage eine neue politische Qualität", als Reichswehrminister Schleicher dem Auswärtigen Amt eine Denkschrift über das "2. Rüstungsprogramm" zuleitete, "derzufolge die Truppe endgültig und nunmehr beschleunigt auf 300 000 Mann verstärkt und vollwertig mit schweren Waffen ausgerüstet werden sollte" (S. 46). Ein Seitenblick Ludwigs auf die sich bis Ende 1932 verschärfende "Kapazitätsmisere" der Industrie sowie auf die sich "in der deutschen Großindustrie" in einer "ganz bestimmten Parallelität zum Produktionsdefizit" bildenden "zwei Gruppen" (S. 47) deutet zwar Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik für die weitere Entwicklung an, aber auf deren abwägende Ausführung wird verzichtet.

In diesem Band finden sich darüber hinaus die Wirtschaftspolitik betreffende Artikel von Diétmar Petzina, "Vierjahresplan und Rüstungspolitik" (S. 65 - 80), von Hans-Erich Volkmann, "Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939" (S. 81 - 131), sowie von Wolfram Fischer, "Probleme von Außenhandel und Aufrüstung" (S. 132 - 135). Volkmann, der einen Überblick über die deutsche Außenhandelsentwicklung gibt, vernachlässigt dabei völlig die deutsche

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

Auslandsverschuldung, die gerade in den dreißiger Jahren aufgrund der Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf das engste mit dem Außenhandel verflochten war und dessen Regulierung wie seine Richtung mit beeinflusste.²

Wenn auch die rüstungswirtschaftliche Komponente des "Neuen Plans" als staatliches Regulierungsinstrument der Außenwirtschaft unbestritten ist, so erschöpfte sich seine Motivation nicht damit. Darüber hinaus ging es um Fragen des Schuldendienstes, der von den Auslandsgläubigern gefordert wurde (dem entsprach die anhaltende deflationistische Verfassung des Weltkreditmarktes) und dem im Interesse der deutschen Importsicherung nachgekommen werden mußte. Die englische Clearing Bill ist ein Beispiel dafür. Nach Berichten der deutschen Botschaft in London vom 26. Juni 1934 über die zweite und dritte Lesung dieses Gesetzes im Unterhaus, die sich auch auf entsprechende Berichte der "Times" vom gleichen Tag stützten, zeigte die Debatte, daß sich die Clearing Bill in der Hauptsache gegen Deutschland richtete. Auf eine "Kleine Anfrage" habe der Finanzsekretär des Schatzamtes geantwortet, es sei nicht die Absicht der englischen Regierung, die deutschen Bankkonten mit in das Clearing-Verfahren einzubeziehen. Der Schatzkanzler, Mr. Neville Chamberlain, habe dann ausführlicher erklärt, daß Schatzamtsverordnungen, "die das Clearingamt gegen Deutschland festsetzen soll, zunächst nur englische Schuldverbindlichkeiten betreffen sollen, die aus deutschen Warenlieferungen nach England entstehen, und ferner, daß es zur Deckung der Zinsansprüche der Gläubiger der Dawes- und Young-Anleihe für ausreichend angesehen wird, wenn der englische Importeur deutscher Waren zunächst nur 20 % seiner Schuldverbindlichkeiten über die Zollverwaltung an das Clearingamt abführt, während er 80 % seiner Schuldverbindlichkeiten unmittelbar an seinen deutschen Gläubiger zu bezahlen hat".³

Nach einer streng vertraulichen Zusammenstellung der Reichsbank vom 18. Februar 1935 waren im Handel mit England 55 Prozent des deutschen Exporterlöses für die Tilgung neuer und mindestens 10 Prozent für die Tilgung alter Verbindlichkeiten aus englischen Warenlieferungen festgelegt. Aus den dann zur Verfügung stehenden Devisen (35 Prozent) mußten die Zinsforderungen aus der Dawes-, der Young- und der Kalisyndikatsanleihe voll bedient werden, dazu kamen noch die Stillhaltezinzen (gemäß den Stillhalteabkommen für die kurzfristige Verschuldung Deutschlands) sowie anteilig sonstige Zinsverpflichtungen aus lang- und mittelfristigen Anleihen. Trotzdem blieb, wie aus der Zusammenstellung zu ersehen ist, noch ein nennenswerter freier Betrag übrig, was keineswegs für jeden der in der Zusammenstellung angeführten "bedeutendsten Clearing-Verträge" vermerkt wurde.⁴

Importsicherung war für den deutschen Imperialismus sowohl Sicherung der Aufrüstung als auch Sicherung der gesamten Reproduktionsbedingungen, ebenso gehörte dazu die Nahrungsmittelversorgung. Die Zentralisierung der Außenhandelsregulierung und der Devisenbewirtschaftung in derselben Hand, in den staat-

2 Dazu ausführlich Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1980, S. 150 ff. = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe, Bd. 3.

3 Zentrales Staatsarchiv, Deutsche Reichsbank - Volkswirtschaftliche Abteilung, Nr. 6399, Bl. 43 f., 45 - 49.

4 Zumpe, Lotte, a. a. O., S. 510. - Dazu auch Gittler, Dieter, Der "Neue Plan" und seine Auswirkungen auf die ökonomische Aufrüstung in Deutschland 1934 bis 1936, Diss. Berlin 1970, S. 266.

lichen Überwachungsstellen, hatte all dies zu gewährleisten. Sicher hat es Alternativmöglichkeiten gegeben, worauf Fischer in seinem Beitrag hinweist (S. 133 f.). Wäre es jedoch allein um die Absicherung der Aufrüstung gegangen, so hätte eine entsprechend vorrangige Devisenzuteilung (die Devisenbewirtschaftung erfolgte ja schon seit 1931) möglicherweise ausgereicht. Im übrigen stellt Fischer mit Recht fest, daß die mühsame Umstrukturierung des Außenhandels nur teilweise erfolgreich war (S. 134). Aus den von Volkmann angeführten Tabellen (S. 102, 130 f.) geht dieses Resultat ebenfalls hervor.

Es ist zu bezweifeln, daß die Außenhandelsentwicklung, wird sie nicht im Rahmen der Außenwirtschaftsentwicklung behandelt, in all ihren Zusammenhängen erfaßt werden kann. Der "Neue Plan" basierte auf höchst komplexen Zusammenhängen innerer und äußerer, ökonomischer und politischer Natur, in denen die allgemeine Krise des Gesamtsystems zum Ausdruck kam.⁵ Insofern war es eben nicht nur Hitler, der hier maßgebende Entscheidungen traf, wie es Volkmann zum Beispiel hinsichtlich der Ausfuhrförderung darstellt (S. 92). Die Idee, Mittel freizumachen, aus denen den Exporteuren ein Ausgleich zu den niedrigen Weltmarktpreisen gezahlt wurde, kam schon Mitte 1933 aus den Kreisen der Konzernherren selbst, die dafür die Kursgewinne der Konversionskasse zur Verfügung haben wollten und von Schacht auch bekamen.⁶ Erst als der Handel mit den Scrips (Schuldscheine der Konversionskasse, die man 1933 zur staatlichen Regulierung der Auslandsverschuldung einrichtete) nicht so funktionierte, wie von Schacht erhofft, wurden die Mittel ab 1935 durch eine Umlage auf die gewerbliche Wirtschaft aufgebracht.⁷

Ähnlich einseitig wie der "Neue Plan" wird von Fischer der "Vierjahresplan" gedeutet. Er verpflichtete die Wirtschaft, so heißt es, "zum rücksichtslosen Ausschöpfen der einheimischen Rohstoffquellen sowohl im Bereich der Rohstoffförderung als auch der Ersatz- und Werkstoffproduktion" (S. 98). Eines der wichtigsten Probleme in der Rohstoffversorgung war die Eisenerzbereitstellung, die in der Regel zu 70 Prozent aus Importen gedeckt wurde.⁸ Jörg-Johannes Jäger schreibt über die deutsche Erzförderung (einschließlich Österreichs) des Jahres 1939, daß über 11 Prozent der Förderkapazität ungenutzt geblieben seien. "Der Hauptgrund für die geringe Kapazitätsauslastung des deutschen Erzbergbaus mag darin zu suchen sein, daß auch die nationalsozialistische Führung anstrebte, gute und billige Auslandserze anstelle der minderwertigen deutschen Erze zu verarbeiten, um dadurch vor allem Hüttenkoks einzusparen und die Hochöfen effektiver auslasten zu können."⁹ Das heißt, im Jahre 1939, als die Kriegsvorbereitung - unbestritten eine Hauptfunktion des Vierjahresplanes - auf höchsten Touren lief, war die Eisen- und Stahlindustrie keineswegs gezwungen, ihre Erzgruben "rücksichtslos" auszuschöpfen.

Die vielseitige Nutzungsmöglichkeit von "Ersatz- und Werkstoffproduktion" für Kriegs- und Friedenszwecke ist bekannt. Ebenso vielseitig dürften auch die Interessen gewesen sein - und hier sind die IG Farben an erster Stelle zu nennen -, die hinter den entsprechenden Planungen des Vierjahresplanes und ihrer Realisi-

⁵ Zumpe, Lotte, a. a. O., S. 158.

⁶ Gittler, Dieter, a. a. O., S. 62 (Protokoll einer Sitzung in der Reichsbank zur Vorbereitung des Transfemoratoriums am 23. 6. 1933, an der die führenden Vertreter der Großindustrie teilnahmen. - Ausführliche Auszüge).

⁷ Zumpe, Lotte, a. a. O., S. 165.

⁸ Ebenda, S. 194.

⁹ Jäger, Jörg-Johannes, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland - dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie, Berlin (West) 1969, S. 69.

sierung gestanden haben,¹⁰ In der ganzen Diskussion um die Einführung des Vierjahresplanes bleibt nach wie vor eine Frage offen, die auch Petzina nicht beantwortet, nämlich wieso in einer Zeit größten Devisenmangels zur angeblichen Devisenersparnis ein höchst aufwendiges Programm aufgenommen wurde, das den Devisenverbrauch erst einmal zusätzlich zur Rüstung steigern mußte. Im Grunde wurde es ja nur durch den nicht vorhersehbaren Aufschwung des Welthandels 1937 vor dem sofortigen Scheitern bewahrt.¹¹

Eine weitere Frage wird nicht beantwortet. Petzina nennt unter den Planziffern, die in den Einzelplänen regelmäßig enthalten waren, "die vermutliche Devisenersparnis" (S. 77). Dagegen berücksichtigt er die für den Aufbau der neuen Industrien notwendigen Arbeitskräfte und den Materialbedarf überhaupt nicht (S. 77), dies in einer Zeit, da beide Faktoren schon Engpässe und auch die wesentlichste Ursache dafür waren, daß die Plantermine ständig hinausgeschoben werden mußten. Zumindest hier, wenn nicht schon vorher, sollte doch die Überlegung stehen, wie sich das zusammenreimt. Immerhin waren es erfahrene Konzernmanager, die die Planung aufstellten, und nicht irgendwelche von keiner Sachkenntnis getriebene Parteibonzen. Man könnte zum Beispiel annehmen, daß die ja doch weitgehend illusorische "vermutliche Devisenersparnis" eine Art Leimrute für Leute wie Göring war, deren Aufgabe darin bestand, grünes Licht zu geben. Grünes Licht, das bedeutete staatliche Garantien, Kredite, Subventionen und nicht zuletzt Vollmachten mit weitreichenden Befugnissen.

Weitere Artikel zur deutschen Geschichte sind von Wilhelm Treue, "Die Elektrizitätswirtschaft als Grundlage der Autarkiewirtschaft und die Frage der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung in Westdeutschland" (S. 135 - 157)¹², von Timothy W. Mason, "Innere Krise und Angriffskrieg 1938/1939" (S. 158 - 188)¹³, sowie von Alan S. Milward, "Der Einfluß ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkrieges" (S. 189 - 201). Letzterer versucht, die Blitzkriegsstrategie, die gleichgesetzt wird mit erfolgreicher Kriegführung, als eine "scharfsinnige" Wirtschaftsstrategie Hitlers zu deuten (S. 200). Hitler habe zwar "nahezu nichts von Wirtschaft" verstanden, diesen Mangel aber durch ein "scharfsinniges Verständnis für soziale und politische Gegebenheiten" kompensieren können (S. 194). Nach solch einer Logik hätte das Abgehen von der Blitzkriegsstrategie zur Niederlage geführt, weil sie "die einzige Gesamtheit

10 Dazu Zumpe, Lotte, a. a. O., S. 226 ff.; dieselbe, Zwei Autobiographien und ihr Aussagewert für die Erforschung des deutschen Faschismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden: JWG) 1979, T. 3, S. 150 ff.

11 Dazu auch Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1977, S. 319.

12 Sehr viel fundierter in der Grundproblematik Nussbaum, Helga, Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1909 bis 1914, in: JWG 1968, T. 2, S. 117 ff.

13 Mason formulierte hier seine These von der ökonomischen und politischen Krise des Naziregimes 1938/39 und deren Einfluß auf den Kriegsbeginn sehr viel schärfer als in seiner späteren Veröffentlichung und stieß damit auf erheblichen Widerspruch (S. 13). - Mason, Timothy W., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 - 1939, Opladen 1975, S. 163. - Dazu die Rezension von Zumpe, Lotte, Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, in: JWG 1979, T. 4, S. 173 ff.

wirtschaftlicher Vorkehrungen (bildete), die unter einer solchen Regierung möglich" waren (S. 198). Ohne Zweifel wird man eine ganze Reihe von Faktoren, die Milward anführt, als systemimmanente Hemmungen für eine tatsächliche Totalisierung der Kriegswirtschaft einordnen können; die Ursachen der Niederlage waren sie ganz gewiß nicht, auch nicht partiell.

In weiteren Artikeln des ersten Bandes (mit Ausnahme von Eike Hennig, "Industrie, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung im deutschen Faschismus. Anmerkungen zum Stand der neueren Faschismuskritik", S. 388 - 415) konzentrieren sich die Autoren auf die Geschichte anderer Länder. Angela Raspin, "Wirtschaftliche und politische Aspekte der italienischen Aufrüstung Anfang der dreißiger Jahre bis 1940" (S. 202 - 221), und Bernd Martin, "Aggressionspolitik als Mobilisierungsfaktor. Der militärische und wirtschaftliche Imperialismus Japans 1931 bis 1941" (S. 222 - 244), geben einen fundierten Einblick in die Lage dieser späteren "Achsenmächte", in denen, wie in Deutschland, ebenfalls starke Autarkiebestrebungen wirksam waren.

Einen ganzen Komplex bilden die Artikel zur Geschichte Großbritanniens: Norman H. Gibbs, "Das britische Aufrüstungsprogramm 1933 bis 1939 und das Ausmaß seiner Abhängigkeit von der Entwicklung in Deutschland" (S. 245 - 263), R. A. C. Parker, "Ökonomie, Aufrüstung und Außenpolitik Großbritanniens vor 1939" (S. 264 - 274), Alice Teichova, "Die deutsch-britischen Wirtschaftsinteressen in Mittelost- und Südosteuropa am Vorabend des zweiten Weltkrieges" (S. 275 - 295), und Bernd-Jürgen Wendt, "Strukturbedingungen der britischen Südosteuropapolitik am Vorabend des zweiten Weltkrieges" (S. 296 - 307).

Die noch zu nennenden Artikel des ersten Bandes sind: Walter Hummelberger, "Die Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei 1933 bis 1939" (S. 308 - 330), Milan Hauner, "Die Rolle der Rüstungsindustrie in Osteuropa und die Verteidigungsanstrengungen Polens bis 1939" (S. 331 - 363), sowie Georg W. Strobel, "Die Rolle der Rüstungsindustrie in Polen vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges" (S. 364 - 387), der sich gegen einige Thesen Hauners wendet.

Im zweiten Band, der zwölf Artikel enthält, setzt Willi A. Boelcke, "Kriegsfinanzierung im internationalen Vergleich" (S. 14 - 72), seine Untersuchung, die im ersten Band der Vorkriegszeit galt, für die Kriegszeit fort. Zunächst behandelt er allgemeine Fragen ("theoretische Aspekte") der Thematik, zwei Drittel der Arbeit sind jedoch "empirische Befunde", mit denen ein umfangreiches statistisches Material vorgelegt wird, das durch den internationalen Vergleich neue Aspekte eröffnet. Einen Schwerpunkt bildet die Untersuchung von Staatsverschuldung und Volkseinkommensentwicklung.

Alan S. Milward, "Arbeitspolitik und Produktivität in der deutschen Kriegswirtschaft unter vergleichendem Aspekt" (S. 73 - 91), geht im wesentlichen davon aus, daß die durchschnittliche Arbeitsleistung in den USA während des Krieges um 25 Prozent, in Deutschland jedoch nur um 10 bis 12 Prozent gestiegen war (S. 75), und versucht die Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung darzulegen. Er vergleicht insbesondere mit den USA und Großbritannien, untersucht werden von ihm "gewisse Hauptunterschiede in der Rekrutierung und Nutzung der Arbeitskräfte während des Krieges", wobei er davon ausgeht, "daß diese Unterschiede bis zu einem gewissen Grad dafür verantwortlich waren, daß die Arbeitsleistung in Deutschland so weit hinter die der USA zurückfiel, samt allen schwerwiegenden Folgen, die sie für den Krieg selbst wie für die Nachkriegszeit mit sich brachten" (S. 79). Ganz sicher sind solche Vergleiche sehr nützlich, zumal sie neben der verbrecherischen Seite der deutschen Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften in den okkupierten Ländern, die ja bekannt ist, auch die geringe Effektivität derartiger Maßnahmen deutlich machen. Da aber der Autor

der Meinung ist, "daß es die amerikanische Produktion von Kriegsmaterial (war), die den Krieg zugunsten der Alliierten entschied" (S. 74), kann man annehmen, daß er in der unzureichenden deutschen Rekrutierung und Nutzung der Arbeitskräfte, die nach seiner Meinung eine höhere Leistungssteigerung verhinderte, eine wesentliche Ursache der deutschen Niederlage sieht. Einer solchen These widerspricht allein schon die Tatsache der unermeßlichen Blutopfer der Roten Armee, die in Wirklichkeit der entscheidende Faktor für die deutsche Niederlage war.

Die Auffassung Milwards erinnert fatal an eine ähnliche These in der deutschen Vergangenheit, die sich auf die angeblich unzureichende Vorbereitung und Organisation der Kriegswirtschaft im ersten Weltkrieg bezog. Davon ausgehend gedachte der deutsche Imperialismus den zweiten Weltkrieg "besser" vorzubereiten und stürzte die Welt so in einen entsetzlichen Krieg.

Hans-Erich Volkmann, "NS-Außenhandel im 'geschlossenen' Kriegswirtschaftsraum 1939 - 1945" (S. 92 - 133), setzt seine im ersten Band enthaltene Arbeit für die Kriegszeit fort, eine Studie, die stark auf Archivmaterial aufgebaut ist und statistisches Material bringt. Horst Rohde, "Das Eisenbahnverkehrswesen in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945" (S. 134 - 163), greift zunächst auf die Entwicklung dieses Verkehrszweiges nach 1918 zurück; dabei geht er von der Feststellung aus: "Der Zustand der deutschen Verkehrsmittel vor Beginn des zweiten Weltkrieges entsprach nicht den wirtschaftlichen und militärischen Verhältnissen, wenn dies auch - insbesondere aufgrund propagandistischer Parolen - angenommen werden könnte" (S. 135). Der sachliche, ebenfalls auf Quellenmaterial beruhende Bericht über die Entwicklung des Eisenbahnwesens im Krieg enttäuscht dann, wenn trotz genauer, zum Teil zahlenmäßiger Schilderung des ständigen Mangels an Transportraum völlig unterschlagen wird, daß offenbar doch genügend Transportraum da war, um Millionen Menschen aus allen Teilen Europas in die Gaskammern von Auschwitz zu bringen oder um die Bewohner des Warschauer Ghettos zur Ermordung nach Treblinka abzutransportieren. Die Schlußfolgerung Rhodes verrät auch wieder die altbekannte Konzeption: "Letzten Endes war die Misere des deutschen Eisenbahnverkehrswesens aber durch seine tiefgreifende Schwäche vor und bei Kriegsbeginn und seine auch danach noch durch lange andauernde Vernachlässigung seitens der politischen Führung zugunsten anderer Bereiche der Wehrwirtschaft begründet" (S. 163).

Francesca Schinzinger, "Kriegsökonomische Aspekte der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen 1934 - 1941" (S. 164 - 181), und Klaus Wittmann, "Deutsch-schwedische Wirtschaftsbeziehungen im zweiten Weltkrieg" (S. 182 - 218), greifen schon etwas über den Rahmen der deutschen Geschichte hinaus. Alle weiteren Artikel des zweiten Bandes behandeln, vorwiegend als Überblicksdarstellungen, Themen zur Geschichte anderer Staaten: Norbert Schausberger, "Die Auswirkungen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1938 - 1945 auf die soziale und ökonomische Struktur Österreichs" (S. 219 - 255); Bernd Martin, "Japans Kriegswirtschaft 1941 - 1945" (S. 256 - 286), kann als Fortsetzung des Artikels im ersten Band betrachtet werden; R. J. Overly, "Die Mobilisierung der britischen Wirtschaft während des zweiten Weltkrieges" (S. 287 - 313); Detlef Junker, "Zur Struktur und Organisation der amerikanischen Rüstungswirtschaft 1939 - 1945" (S. 314 - 332); Harald Winkel, "Die 'Ausbeutung' des besetzten

Frankreich" (S. 333 - 374)¹⁴; Waclaw Dlugoborski/Czeslaw Madajczyk, "Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR" (S. 375 - 416).

Der Wert beider Bände liegt in der vorrangig empirischen Behandlung einzelner Aspekte zum Gesamtthema Wirtschaft - Rüstung - Krieg sowie in der internationalen Übersicht, die dazu vermittelt wird. Dadurch ergibt sich für den Leser die Möglichkeit, über die Schlußfolgerungen einzelner Autoren hinaus - oder auch im Widerspruch dazu - seine Erkenntnisse über Zusammenhänge, Ursachen und Triebkräfte dieser menscheitsfeindlichen Beziehungen zu vertiefen.

14 Winkel begründet seinen Vorbehalt gegen den Begriff Ausbeutung, der im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß als Bezeichnung für die ökonomische Ausplünderung anderer Länder durch Deutschland benutzt wurde, mit seiner "Undifferenziertheit", die die unterschiedlichen Beziehungen Deutschlands zu den von ihm besetzten Ländern nicht ausreichend berücksichtige und deshalb "den Weg zu wissenschaftlichen Erkenntnissen" angeblich verbaue (S. 333). - Zum Problem einer Typologie der deutschen Okkupationsherrschaft Eichholtz, Dietrich, "Großgermanisches Reich" und "Generalplan Ost", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 9/1980, S. 835 - 841.

Die europäische Feudalgesellschaft als Vorstufe
der Industriegesellschaft?

Bemerkungen zu den ersten beiden Bänden der deutschen
Ausgabe der Fontana Economic History of Europe

Europäische Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Carlo M. Cipolla.
Deutsche Ausgabe hg. v. K. Borchardt

Bd. 1: Mittelalter. Mit Beiträgen v. Jacques Bernard, Carlo M. Cipolla,
Georges Duby, Jacques Le Goff, Edward Miller, Richard Roehl, J. C.
Russel, Sylvia L. Thrupp, Lynn White jr.

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1978, 257 Seiten,
6 Abbildungen, 4 Tabellen, Preis: 64,- DM

Bd. 2: Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert. Mit Beiträgen v.
Carlo M. Cipolla, Kristof Glamann, Hermann Kellenbenz, Aldo de
Maddalena, Walter Minchinton, Roger Mols, Geoffrey Parker,
Domenico Sella

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1979, VIII und
412 Seiten, 8 Abbildungen, 8 Tabellen, Preis: 84,- DM

von Bernhard Töpfer/Günter Vogler

Die deutschsprachige Ausgabe der 1972 und 1974 erschienenen ersten beiden
Bände der "Fontana Economic History of Europe" weist keine inhaltlichen Ver-
änderungen gegenüber der Vorlage auf; allerdings erhält der Leser dadurch,
daß am Schluß jedes Kapitels zusätzlich neuere deutschsprachige Literatur auf-
geführt wird, Hinweise auf weitere Publikationen. Die Tatsache, daß dieser
Nachtrag bei dem Abschnitt über Handel und Geldwesen am umfangreichsten
ausgefallen ist, dürfte kaum zufällig sein und spiegelt die starke Orientierung
der Forschung sowohl in der BRD als auch in der DDR auf die städtische Wirt-
schaft wider. Die deutsche Übersetzung des teilweise recht schwierigen Textes
darf insgesamt als gelungen angesehen werden.¹

1 Auf folgende unkorrekten bzw. mißverständlichen Übersetzungen sei hier
hingewiesen: Bd. 1, S. 47 unten: Statt "Wer am Rande von Ypern lebt" muß
es hier "Wer in der Bannmeile ..." heißen. Bd. 1, S. 128 Mitte: Statt "an-
tiker Leibeigenschaft" muß hier "antike Sklaverei" stehen. Bd. 1, S. 130
oben: Nicht die "Zahl herrschaftlicher Bauernhöfe" erhöhte sich, sondern
die Zahl ausgeliehener bzw. abhängiger Bauernhöfe (landleases). Bd. 1, S.
133 Mitte: Statt "Gaben die Benediktinerorden ... das System der Grund-
herrschaft auf" muß es "Gaben die Benediktinerkonvente ... das System
der Verpachtung auf" heißen.

Die Grundorientierung des ersten Bandes zeigt sich bereits darin, daß kein Überblick über die Wirtschaftsgeschichte des gesamten Mittelalters geboten wird; vielmehr setzt die Darstellung - von noch zu erwähnenden Ausnahmen abgesehen - in der Regel um etwa 1 000 ein, das heißt, das Frühmittelalter entfällt weitgehend. Carlo M. Cipolla begründet dieses Verfahren in seiner Einführung mit dem Hinweis, Hauptanliegen des gesamten Werkes sei es, "die Entstehung der modernen Industrielwelt zu erklären". Ein Herangehen an die europäische Wirtschaftsgeschichte unter der Fragestellung, weshalb es gerade in diesen Gebieten zur Industriellen Revolution und damit zum Übergang in eine ausgeprägt kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kam, mag seine Berechtigung haben, aber es stellt sich die Frage, ob eine derartige, von der Theorie der Industriegesellschaft geprägte wirtschaftshistorische Darstellung geeignet ist, die ökonomischen Möglichkeiten und Leistungen der europäischen Feudalgesellschaft objektiv zu erfassen. Zudem zeigen die meisten Kapitel, daß die Rolle der Produktionsverhältnisse gegenüber den rein ökonomischen Gegebenheiten vernachlässigt wird und damit eine grundsätzliche Möglichkeit, hemmende und fördernde Faktoren der ökonomischen Entwicklung deutlich zu machen, im wesentlichen entfällt. Mit der Grundorientierung dieser Wirtschaftsgeschichte hängt es wohl zumindest teilweise zusammen, daß die osteuropäischen Gebiete kaum berücksichtigt werden.

In einem einführenden Kapitel über die "Ursprünge" erläutert Cipolla detaillierter den vor allem seit der Mitte des 10. Jahrhunderts erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in einem Wachstum der Bevölkerung, in einer Steigerung der Produktion und in einer Zunahme des Handels sowie der handwerklichen Fertigkeiten äußerte. Die Frage nach den tieferen Ursachen dieser positiven Entwicklung wird gestellt, aber sehr vage beantwortet; es sei unklar, "ob die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität allein als Ursache für jene Entwicklung ausreichte" (Bd. 1, S. 5)², zweifellos sei dies aber eine notwendige Bedingung hierfür gewesen.

Bei Bemühungen, die Frage nach den tieferen Ursachen für den wirtschaftlichen Aufschwung seit dem 10./11. Jahrhundert zu erhellen, wird man schwerlich umhin können, den Fortschritten in der landwirtschaftlichen Produktion eine entscheidende Bedeutung zuzusprechen; auch die Ausführungen von Lynn White in seinem Kapitel über die Entwicklung der Technik dürften dies bestätigen. Allerdings bleibt, auch wenn man von dieser Prämisse ausgeht, immer noch die Frage zu beantworten, welche Faktoren im frühmittelalterlichen Europa jene Fortschritte in der agrarischen Produktion ermöglichten, und diese Problematik wird man schwerlich ohne Berücksichtigung der Produktionsverhältnisse in der frühmittelalterlichen Grundherrschaft lösen können.³

Zugleich betont Cipolla in seinen Darlegungen über die "Ursprünge" die überragende Bedeutung der städtischen Entwicklung seit dem 11. Jahrhundert. Sie bedeute "einen revolutionären Wendepunkt der abendländischen Geschichte" (im Original: western history), aus dem sich "Einzigkeit und Besonderheit" der weiteren Entwicklung erklären. "Die Wurzeln aller späteren Entwicklungen einschließlich der Industriellen Revolution ... lassen sich auf die Entwicklung der Stadt im Mittelalter zurückführen" (Bd. 1, S. 6). In diesem Zusammenhang

2 Alle Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier rezensierten Werke.

3 Vgl. die Bemerkungen von Werner, Ernst, Ökonomische und soziale Strukturen im 10. und 11. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 5/1980, S. 468.

hebt Cipolla hervor, daß es Städte in den verschiedensten Gebieten und Zeiten gegeben habe, doch nirgends sei die Stadt in einem solchen Maße wie in Europa ein selbständiger Organismus geworden, in dem vor allem Kaufleute den Ton angaben und die Wertvorstellungen der adligen Großgrundbesitzerschicht überwunden werden konnten. Diese überragende Rolle der mittelalterlichen europäischen Stadt hänge damit zusammen, daß sie geradezu ein "unnatürliches Gewächs", einen "Fremdkörper in ihrer Umgebung" darstellte (a peculiar body totally foreign to the surrounding environment). Hier darf festgestellt werden, daß die marxistische Geschichtsschreibung, in der der mittelalterlichen europäischen Stadtgemeinde überwiegend eine ähnlich große Bedeutung zugemessen wird,⁴ zu einer dialektischeren und damit ausgewogeneren Wertung des Verhältnisses zwischen freier städtischer Kommune und feudaler Umwelt gelangt ist und bei aller Betonung nichtfeudaler Züge in der sozialökonomischen Struktur der Stadt doch zugleich ihre Einbettung in die feudale Gesamtstruktur berücksichtigt.⁵

Mit der hohen Wertung der städtischen Entwicklung im Mittelalter hängt es offenbar zusammen, daß der vorliegende Band - abweichend vom üblichen Gliederungsschema - ein besonderes, von Jacques Le Goff verfaßtes Kapitel über die "Stadt als Kulturträger" enthält, in dem der Autor zwar durchaus auch negative Seiten der städtischen Entwicklung deutlich macht, insgesamt aber vor allem die wirtschaftliche und kulturelle Ausstrahlungskraft der mittelalterlichen Stadt hervorhebt. Fraglich erscheint allerdings die am Beginn des Abschnitts geäußerte These, daß im Mittelalter der für die Antike typische Gegensatz zwischen Stadt und Land in den Hintergrund getreten und statt dessen der Gegensatz zwischen Stadt und Wüstenei entscheidend geworden sei. Denn ungeachtet der Tatsache, daß in jener Zeit der überwiegend auf dem Lande verwurzelte Feudaladel die politische Macht behauptete, führten die ökonomische Überlegenheit der Städte und deren bewußte, ihren Interessen dienende Wirtschaftspolitik vor allem im Spätmittelalter zu einer Benachteiligung des agrarischen Bereichs, so daß gerade in dieser Zeit der Gegensatz zwischen Stadt und Land recht wirksam war.⁶ Das schließt natürlich in keiner Weise aus, daß die städtische Wirtschaft insgesamt stimulierend auf die agrarische Produktion wirkte.⁷

Im übrigen ist folgendes Gliederungsschema für den gesamten Band kennzeichnend: Auf die erwähnten einleitenden Ausführungen über die "Ursprünge" folgt ein von J. C. Russel geschriebener Abschnitt über die demographische Entwicklung, der schon durch seine Flazierung in diesem Band von der in der gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtsschreibung vorherrschenden Tendenz zeugt, diesem zweifellos nicht unbedeutenden Faktor eine die wirtschaftliche Entwick-

4 Vgl. Grundriß der deutschen Geschichte, Berlin 1979, S. 95; Töpfer, Bernhard, in: Köller, Heinz/Töpfer, Bernhard, Frankreich. Ein historischer Abriss, 3. Aufl. Berlin 1977, S. 74.

5 Vgl. Berthold, Brigitte/Engel, Evamaria/Laube, Adolf, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: ZfG, Nr. 2/1973, S. 206; vgl. auch meine Bemerkungen in der Einführung des Sammelbandes Städte und Ständestaat, hg. v. Bernhard Töpfer, Berlin 1980, S. 8.

6 Vgl. die Ausführungen zum Stadt-Land-Gegensatz im Mittelalter von Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1962, S. 373.

7 Vgl. Fritze, Konrad, Bürger und Bauern zur Hansezeit, Weimar 1976, S. 102 f.

lung weitgehend bestimmende Rolle zuzuschreiben.⁸ In den weiteren Kapiteln werden die Entwicklung der Nachfrage, der Technik, der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels einschließlich des Geldwesens und schließlich die Wirtschaftspolitik behandelt. Die von Richard Roehl stammenden Ausführungen über "Nachfrageverhalten und Nachfragestruktur" greifen eine in Wirtschaftsgeschichten meist nicht besonders behandelte Fragestellung auf. Bemerkenswert ist hier die einleitende Feststellung, daß Unterschiede im Nachfrageverhalten in erster Linie auf die Klassenzugehörigkeit zurückzuführen seien (Bd. 1, S. 70). Roehl geht davon aus, daß die Marktnachfrage der Bauern und damit des größten Teils der Bevölkerung äußerst schwach gewesen sei; das gelte nicht nur für den Bereich des Konsums, sondern auch für den der Investitionen, die in der Landwirtschaft hauptsächlich von Grundherren vorgenommen worden seien. Selbst die landwirtschaftlichen Geräte seien entweder vom Bauern selbst angefertigt, oder aber vom Herrn gestellt worden. Besonders die Teilbau-Verträge hätten gezeigt, daß die Bauern nicht einmal imstande gewesen seien, das erforderliche Saatgetreide zu stellen.

Es ist sicher nicht zu bestreiten, daß die Konsum- und Investitionsnachfrage der Bauern im Mittelalter äußerst gering war, aber die soeben skizzierten Wertungen von Roehl dürften der Bedeutung der bäuerlichen Wirtschaft in der ökonomischen Entwicklung des Mittelalters nicht ganz gerecht werden, und zwar vermutlich deshalb, weil der Verfasser hier zu sehr von den Maßstäben der "Industriegesellschaft" ausgeht. Zunächst ist festzustellen, daß Teilbau-Verträge zwar nicht selten waren⁹, aber doch keineswegs in der bäuerlichen Wirtschaft dominierten. In den meisten Fällen stellten also die Grundherren weder die landwirtschaftlichen Geräte noch das Saatgetreide. Besonders die eisernen Teile, die für landwirtschaftliche Geräte zunehmend verwendet wurden, mußte der Bauer kaufen. Außerdem sollte die Nachfrage der ländlichen Bevölkerung nach Konsumgütern, besonders nach Textilien oder nach Salz und Gewürzen, nicht gänzlich unterschätzt werden. Sicher war der Umfang dessen, was eine durchschnittliche bäuerliche Familie im Laufe eines bestimmten Zeitraumes kaufte, äußerst gering,¹⁰ aber angesichts der zahlenmäßigen Stärke der ländlichen Bevölkerung fielen diese minimalen Käufe insgesamt doch beträchtlich ins Gewicht. Beispielsweise zeugen die sehr hohen Geldsummen, mit denen nordfranzösische Bauern im 13. Jahrhundert den Freikauf von der "servage" erreichten, nicht nur davon, daß Feudalgewalten mit allen möglichen Mitteln das von Bauern erwirtschaftete Geld an sich zu bringen suchten, sondern auch davon, daß eine nicht ganz kleine Schicht von bessergestellten Feudalabhängigen über beachtliche Geldmittel verfügte.¹¹ Insofern stellt sich durchaus die Frage, ob die begrenzte Verbesserung der Lage der Bauern im 12./13. Jahr-

8 Eine entscheidende Bedeutung wird der demographischen Entwicklung bis zum 14. Jh. auch zugesprochen von Pitz, Ernst, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands im Mittelalter, Wiesbaden 1979, S. 138, 170. - Zu dieser Problematik vgl. auch Berthold, Rudolf, Die Agrarkrisen im Feudalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 1, S. 182 ff.

9 Zur besonders in Nord- und Mittelitalien verbreiteten Halbpacht (mezzadria) vgl. Werner, Ernst, Spätmittelalterlicher Strukturwandel im Spiegel neuer Forschungen: Das italienische Beispiel, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 1, S. 234 ff.

10 Vgl. Fritze, Konrad, a. a. O., S. 45 ff.

11 Vgl. Skazkin, Sergej D., Der Bauer in Westeuropa während der Epoche des Feudalismus, Berlin 1976, S. 196; Hilton, Rodney, Bond men made free, London 1977, S. 84 f.; vgl. auch den Abschnitt über die mittelalterliche Landwirtschaft von Duby, Georges, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart/New York 1978, S. 132.

hundert nicht doch zu jenen Faktoren gehört, die damals zur Intensivierung der Marktbeziehungen und zur weiteren Entfaltung der städtischen Wirtschaft beitrugen.

Im übrigen verdient in dem Kapitel über die Nachfrage der Gesichtspunkt Beachtung, daß für die mittelalterliche Wirtschaft, abgesehen vom Bergbau, der Erz- bzw. Metallverarbeitung und dem Schiffbau, das Fehlen einer kapitalintensiven Produktion kennzeichnend sei. Daraus erkläre sich nicht zuletzt die geringe Bedeutung des fixen Kapitals bzw. des Anlagekapitals, während vor allem aufgrund des niedrigen Standes der Verkehrstechnik das Umlaufkapital um so bedeutender und gewinnträchtiger gewesen sei.¹²

Der von White verfaßte Abschnitt über die Entwicklung der Technik¹³ setzt abweichend von den anderen Kapiteln bewußt nicht um 1000, sondern bereits mit dem Beginn des Mittelalters um 500 ein und bietet in pointierter Weise eine positive Sicht der mittelalterlichen Entwicklung. Der frühe Ansatzpunkt erklärt sich aus der überragenden Bedeutung, die der Verfasser der von ihm sogenannten "landwirtschaftlichen Revolution des frühen Mittelalters" (Bd. 1, S. 93) zumißt; durch diese sei vom 6. bis 8. Jahrhundert ein den nördlichen Zonen angepaßtes neues Landwirtschaftssystem entstanden, für das der schwere Bodenwendepflug¹⁴ und die Dreifelderwirtschaft kennzeichnend seien. Dies habe sich gewissermaßen als Initialzündung für die weitere Entwicklung erwiesen, durch die letztlich Europa seit dem 14. Jahrhundert eine ökonomische Überlegenheit im Weltmaßstab erreicht habe. "Die Wurzeln der modernen Entwicklung zu wachsender Verstädterung liegen in der technischen Neuerungsfähigkeit der mittelalterlichen Bauern" (Bd. 1, S. 99). White hält es sogar für möglich, daß der "psychologische Schock", den die mit dem Aufkommen des schweren Pfluges verbundenen Neuerungen ausgelöst hätten, "die Aufgeschlossenheit der späteren mittelalterlichen Mentalität gegenüber technischen Veränderungen und Veränderungen ganz allgemein" erkläre (Bd. 1, S. 94). Diese teilweise sicher überzogenen und die Auswirkungen des städtischen Wirtschaftslebens unterschätzenden Wertungen zeigen, daß der Autor keine Scheu hat, in eindeutiger Weise bestimmende Ursachen der historischen Entwicklung zu benennen. Dabei wird man ihm insofern zustimmen können, als die im frühen Mittelalter - allerdings in einem sehr langgestreckten Prozeß - erzielten Fortschritte in der agrarischen Produktion tatsächlich die Grundlage für die weitgehende Durchsetzung der Arbeitsteilung zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Produktion und damit für die Herausbildung der Städte abgaben. Dennoch ist eine simplifizierende Tendenz in den Erklärungen von White nicht zu übersehen. Die progressive Entwicklung der Landwirtschaft im frühen Mittelalter bedarf einer Erklärung durch die spezifischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse des Frühfeudalismus, wobei neben den Leistungen der Bauern die Rolle der frühfeudalen Grundherrschaft nicht zu unterschätzen ist.¹⁵ Weiterhin ist zu beachten, daß ganz wesentliche Fortschritte in der Produktivität der Landwirtschaft erst in der Zeit zunehmenden

12 Die große Bedeutung des Umlaufkapitals hebt auch Thrupp bei der Behandlung der gewerblichen Produktion hervor (Thrupp, Sylvia L., in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, a. a. O., S. 157).

13 Ausführlicher behandelt White die technische Entwicklung in White, Lynn, Die mittelalterliche Technik und der Wandel der Gesellschaft, München 1968.

14 Zum Aufkommen des Bodenwendepfluges, der auf deutschem Gebiet offensichtlich erst seit dem 10. Jh. stärker verwendet wurde, vgl. jetzt Bentzien, Ulrich, Bauernarbeit im Feudalismus, Berlin 1980, S. 30 ff.

15 Zu beachten sind die Erwägungen von Bentzien, der ebenda, S. 22, darauf hinweist, daß die ersten Quellenzeugnisse über Dreifelderwirtschaft Fronfestlegungen, nicht Eigendispositionen der Bauern betreffen.

der Einwirkungen der städtischen Wirtschaft und der Ware-Geld-Beziehungen im 12./13. Jahrhundert erzielt wurden, allerdings weniger durch die Entwicklung neuer Geräte, sondern vor allem durch intensivere Arbeit, etwa durch häufigeres Pflügen des Brachfeldes.¹⁶

Im Vergleich zu Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft werden die technischen Fortschritte in anderen Bereichen von White relativ kurz behandelt. Die auf den ersten Blick ansprechende Behauptung, daß seit der Mitte des 14. Jahrhunderts eine Beschleunigung der technischen Entwicklung eingetreten sei (Bd. 1, S. 102), bedürfte einer genaueren Beweisführung. Wichtige Neuentwicklungen wie der horizontale Webstuhl, das Spinnrad, das Heckruder und auch die Kanone fallen jedenfalls in die Zeit vor 1350.¹⁷

Das Kapitel über die mittelalterliche Landwirtschaft wurde von Georges Duby, einem hervorragenden Kenner der französischen Agrargeschichte, geschrieben, der dementsprechend auch die Entwicklung in Frankreich weitgehend zum Maßstab nimmt. Er geht von den allgemeinen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion aus und hebt dabei die Bedeutung der Bevölkerungszahl, den Stand der Technik und die Anbausysteme hervor. Die wachsenden Schwierigkeiten seit zirka 1300 und den danach einsetzenden Bevölkerungsrückgang führt er auf eine "durch die Überbevölkerung bedingte Unterernährung" (Bd. 1, S. 127) zurück; zahlreichen "ländlichen" Familien habe um 1300 nur noch ein Minimum an Land oder überhaupt kein Ackerland zur Verfügung gestanden; zu viel unrentables Land sei in Bebauung genommen worden. Hier deutet sich wiederum eine überwiegend demographisch-malthusianische Interpretation der vielumstrittenen "Krisenerscheinungen" in der spätmittelalterlichen Wirtschaft, speziell der Landwirtschaft, an. Es stellt sich die Frage, ob man aufgrund der Hungersnot im zweiten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts allgemein von einer Getreideverknappung sprechen kann, denn die langfristige Preisentwicklung für Getreide, die sich schon vor den Bevölkerungsverlusten durch die Pest von 1348/49 abzeichnete, spricht eher gegen eine solche These. Hier müßten wohl die zunehmende Wirksamkeit der Ware-Geld-Beziehungen auch auf dem Lande, die ökonomische Überlegenheit der Stadt und die Auswirkungen der geringen Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung stärker berücksichtigt werden.

Bei seinen weiteren Ausführungen geht Duby davon aus, daß neben den allgemeinen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion die Grundherrschaft, die Marktbeziehungen und die staatliche Besteuerung wesentliche Bedeutung für die Entwicklung der Agrarwirtschaft hatten. Daraus leitet er eine durch drei Phasen gekennzeichnete Periodisierung der Geschichte der mittelalterlichen Agrarverhältnisse ab, wobei er die Einschnitte um 1180 und 1320 ansetzt. In dem bis 1180 währenden Zeitraum seien bereits seit dem 11. Jahrhundert ein deutlicher Rückgang der Frondienste und eine Lockerung der Bindungen der Bauern an den weiterbestehenden Herrenhof zu erkennen. Seitdem sei die Domäne mit verbessertem Inventar zunehmend mit Hilfe von Lohnarbeit bewirtschaftet worden. Für die Zeit zwischen 1180 und 1320 wird ein verstärkter Einfluß der städtischen

16 Vgl. Duby, Georges, *L'économie rurale et la vie des campagnes dans l'occident médiéval*, T. 1, Paris 1962, S. 171 ff., bes. S. 193 f.; derselbe, *Guerriers et paysans*, VII^e - XII^e siècles, Paris 1973, S. 213 ff.

17 Wie schwankend in dieser Frage die Urteile sind, zeigt ein Vergleich zwischen Lilley, Samuel, *Menschen und Maschinen*, Wien 1952, S. 74, der von einem Nachlassen der Erfindungsdichte im 14. Jh. spricht, und Pitz, Ernst, a. a. O., S. 149, der erklärt: "In der Metalltechnik und im Maschinenbau haben die Handwerker des Spätmittelalters eine Epoche gesetzt."

Wirtschaft herausgestellt. Er habe unter anderem zu einer verstärkten Differenzierung der bäuerlichen Wirtschaftslage beigetragen, so daß eine Lockerung der Solidarität der Dorfbewohner eingetreten sei. Für die Zeit nach 1320 sei neben dem Zurücktreten der Bedeutung der Grundherrschaft vor allem die wachsende Steuerlast kennzeichnend, die die Lage der Bauern negativ beeinflusst habe. Vor allem auf diese Ursache werden etwas pauschal die Bauernaufstände in Frankreich 1358 und in England 1381 zurückgeführt. DUBY glaubt allerdings, daß der Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung in jener Zeit insgesamt nicht gesunken sei, da infolge des Bevölkerungsrückganges mehr und besseres Land zur Verfügung gestanden habe; dagegen sei der wirtschaftliche Aufschwung im ländlichen Bereich während des 13. Jahrhunderts "nur den Grundherren zugute" gekommen (Bd. 1, S. 136). Diese Beurteilung der Lage der Bauern im 13. Jahrhundert einerseits und im 14./15. Jahrhundert andererseits wirft allerdings Fragen auf. Von einer sehr schwierigen Lage der Bauern im 13. Jahrhundert und einer Verbesserung der Situation im frühen 15. Jahrhundert kann man offensichtlich für England sprechen.¹⁸ Für Frankreich ist aber infolge der gerade im 15. Jahrhundert stark wachsenden Besteuerung¹⁹ sowie wegen der niedrigen Getreidepreise und des Vordringens von Pachtverhältnissen doch wohl insgesamt von einer Verschlechterung der Lage der Landbevölkerung gegenüber dem 13. Jahrhundert auszugehen, und auch in den meisten deutschen Gebieten dürfte ein Vergleich der Situation im 15. Jahrhundert mit der des 13. Jahrhunderts eher negativ ausfallen. An diesen Beispielen zeigt sich übrigens, daß in dem knappen, informativen Überblick DUBYS die Unterschiede in der Entwicklung der verschiedenen Gebiete Europas etwas zu kurz gekommen sind.

In den Ausführungen von SYLVIA L. THRUPP über das mittelalterliche Gewerbe in der Zeit zwischen 1000 und 1500 wird zwischen der Entwicklung im außerstädtischen Bereich und in den Städten unterschieden. Dabei hebt die Autorin die durch Produktionsbeschränkungen der Zünfte und Geldknappheit nach ihrer Auffassung "verdüsterte Szene" des städtischen Gewerbes im 14./15. Jahrhundert hervor (Bd. 1, S. 164). Sie weist aber auch auf die damals eintretenden Umstellungen, etwa den Übergang zur Produktion leichten Tuches und das Hervortreten eines billiger produzierenden ländlichen Gewerbes, hin. Außerdem geht sie davon aus, daß Lohnarbeit in den verschiedensten Formen insgesamt typischer für das mittelalterliche Gewerbe gewesen sei als die "quasi-familiäre Beziehung zwischen Meister und Lehrling" (Bd. 1, S. 171). In so scharfer Akzentuierung ist das über das mittelalterliche städtische Gewerbe bisher selten gesagt worden, und es ist kaum zu bezweifeln, daß dieses Urteil in hohem Maße berechtigt ist. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß wohl aufgrund dieser Ausgangsposition die Behandlung der Rolle des Zunfthandwerks im 12./13. Jahrhundert zu kurz gekommen ist, auch wenn man berücksichtigt, daß die Bedeutung der Zünfte anderswo nicht so ausgeprägt war wie in deutschen Städten.

In seinen stoffreichen Darlegungen über "Handel und Geldwesen" geht JACQUES BERNARD davon aus, daß vor allem der Handel in die überwiegend ländliche Wirtschaft des Mittelalters ein Moment der Bewegung hineinbrachte. Beachtung verdient weiterhin der Gesichtspunkt, daß der wirtschaftliche Aufschwung in den nördlichen Gebieten, insbesondere das Aufblühen des Textilgewerbes in Flan-

18 Vgl. Kosminskij, Evgenij A., *Problemy anglijskogo feodalizma i istoriografii srednich vekov*, Moskau 1963, S. 247 (Höhepunkt der Ausbeutung Ende 13./Anfang 14. Jh.), S. 162 (relativ günstige Situation der Bauern im 15. Jh.).

19 Vgl. Töpfer, Bernhard, *Stände und staatliche Zentralisation in Frankreich und im Reich während der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus*, Bd. 1, 1977, S. 251 f.

dern, wesentlich dazu beizutragen, die Zahlungsbilanz Europas im Orienthandel des Mittelmeerraumes ins Gleichgewicht zu bringen (Bd. 1, S. 181). Einen tiefgreifenden Wandel bedeutete schließlich nach seiner Ansicht die in die Jahrzehnte um 1300 fallende "kommerzielle Revolution"²⁰, in deren Verlauf an die Stelle des Wanderkaufmanns der "seßhafte" Händler trat; gleichzeitige Fortschritte in der Bildung von Kapitalgesellschaften, im Zahlungsverkehr und in der Kreditbeschaffung ließen nach Ansicht Bernards nunmehr den "kapitalistischen Charakter des Großhandels" deutlich hervortreten (Bd. 1, S. 199). Auch der Verfall der Champagne-Messen wird mit diesen Umstellungen in Zusammenhang gebracht. Relativ ausführlich werden sodann die verschiedenen Formen von Handels- und Bankgesellschaften geschildert, wobei der unbestreitbare Vorrang Italiens auf diesem Gebiet gegenüber den nördlichen Regionen sichtbar wird.

Den Abschluß des Bandes bildet das von Edward Miller verfaßte Kapitel über "Wirtschaftspolitik und öffentliche Finanzen". Behandelt werden die Methoden zur Steigerung der staatlichen und städtischen Einnahmen; typisch sei, daß mit zunehmenden Ware-Geld-Beziehungen infolge der Steigerung der Ausgaben die Regierungen und städtischen Behörden sehr bald Kredite bzw. erzwungene oder freiwillige Anleihen aufnehmen mußten. Willkürliche indirekte Steuern und hohe Zölle ließen erkennen, daß das staatliche Finanzsystem oft durch Notlösungen geprägt worden sei und einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung Vorschub geleistet habe. Es wird herausgearbeitet, daß eines der ersten Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik die Sicherung der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, besonders mit Getreide, war, wobei insbesondere die italienischen Stadtstaaten sehr aktiv hervortraten. Erleichterungen des Handels und die Begünstigung fremder Kaufleute aus höher entwickelten Gebieten hatten meist fiskalische Zwecke. Insgesamt werde die überragende Bedeutung des Handels in der mittelalterlichen Wirtschaft wiederum darin erkennbar, daß eine staatliche Handelspolitik eher wirksam geworden sei als eine staatliche Gewerbepolitik. Die recht intensiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen des französischen Königs Ludwig XI. werden positiv gewürdigt, wenn auch mit Recht einschränkend gesagt wird, daß "erklärte wirtschaftliche Ziele von anderen Zielen", das heißt von politischen und fiskalischen Absichten, verzerrt wurden (Bd. 1, S. 238). Man hätte sich bei diesem Abschnitt gewünscht, daß die Aussage, die im frühen 14. Jahrhundert einsetzende neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung habe auch zu neuen Erscheinungen in der Wirtschaftspolitik geführt, systematischer erläutert worden wäre.

Insgesamt ist festzustellen, daß die in diesem Band enthaltenen Beiträge in unterschiedlichem Maße anregende Fragestellungen und Gedanken enthalten. Eine zusammenhängende Wirtschaftsgeschichte Europas oder auch nur West- und Mitteleuropas im Mittelalter ist jedoch nicht entstanden. Das erklärt sich zum einen daraus, daß auf eine intensivere Koordinierung der Beiträge verzichtet wurde und die einzelnen Bereiche des Wirtschaftslebens behandelnden Kapitel kaum aufeinander Bezug nehmen; zum anderen wird diese Isolierung noch dadurch verstärkt, daß die einzelnen Abschnitte gerade im ersten Band sehr große Zeiträume, mindestens fünf Jahrhunderte, erfassen. Damit ist eine dif-

²⁰ Bernard verwendet damit in Anlehnung an R. de Roover den Begriff "kommerzielle Revolution" in einem engeren Sinne als Lopez, Roberto S., *Naissance de l'Europe*, Paris 1962, S. 136, der unter unverkennbarer Überbewertung der Rolle des Handels die gesamte Wirtschaftsentwicklung von 950 bis 1350 auf diesen Nenner bringt; vgl. auch Lopez, Roberto S., *The commercial revolution of the Middle Ages 950 - 1350*, London 1971.

ferenziertere Periodenbildung mit bestimmten vorherrschenden Entwicklungstendenzen von vornherein ausgeschlossen, wodurch natürlich der Zugang zu den Zusammenhängen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen zusätzlich erschwert wird.

Der zweite Band hat im wesentlichen den gleichen Aufbau wie der erste. Es fehlt allerdings ein selbständiger Abschnitt über die Wirtschaftspolitik, und außerdem werden Handel sowie Finanz- und Geldwesen in getrennten Abschnitten von verschiedenen Autoren behandelt. Fragen wirft die zeitliche Begrenzung dieses Bandes auf. Das betrifft nicht so sehr den Einschnitt um 1500, sondern die Zäsur um 1700. Die Problematik deutet sich im Grunde schon in der Titelwahl an. Da eine inhaltliche Bestimmung dieses Zeitraumes unter wirtschaftsgeschichtlichen Gesichtspunkten den Autoren offensichtlich Schwierigkeiten bereitet, begnügt sich der Herausgeber mit der zeitlichen Angabe, ohne daß eine bestimmte Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Epoche herausgestellt wird.

Der Beginn der Darstellung um 1500 erscheint begründet. Diese Sicht ergibt - zumindest formal - auch Berührungspunkte mit Auffassungen marxistischer Historiker.²¹ Sie unterscheidet sich jedoch sowohl in der Wahl des Zeitpunktes als auch in der Begründung dafür von der Sicht mancher anderen bürgerlichen wirtschaftsgeschichtlichen Darstellung.²² Carlo M. Cipolla begründet den Einschnitt mit der Argumentation, "daß das 16. Jahrhundert eine Zeitspanne einleitete, in der eine dramatische Veränderung, oder zumindest eine dramatische Beschleunigung einiger grundlegender Entwicklungen, erfolgte, die in vorausgegangenen Jahrhunderten erstmals sichtbar geworden waren" (Bd. 2, S. 1). Entgegen der Tendenz, das 16. Jahrhundert als das goldene Zeitalter der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, das 17. Jahrhundert dagegen vorwiegend im Zeichen der "Krisen" zu sehen²³, plädiert Cipolla zu Recht für eine stärkere regionale Differenzierung, wodurch sich die Gewichte verschieben und ein so scharfer Kontrast zwischen beiden Jahrhunderten gemildert werden kann: "Zwischen 1500 und 1700 wurde nicht nur das Kräftegleichgewicht zwischen Europa und der übrigen Welt gestört; Umsturzarartig änderten sich die Gewichtsverteilungen innerhalb Europas selbst" (Bd. 2, S. 4).

21 Vgl. Grudriß der deutschen Geschichte, a. a. O., S. 131 ff.; Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution, 5. Aufl. Berlin 1974, S. 245 ff. - Vgl. aus nichtmarxistischer Sicht die Auffassung von Wallerstein, Imanuel, The Modern World-System, Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century, New York 1974.

22 Vgl. z. B. Lütge, Friedrich, Das 14./15. Jahrhundert in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: derselbe, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1963, S. 281 ff.; derselbe, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl. Berlin/Heidelberg/New York 1966, S. 196 ff. - Vgl. dazu auch Mathis, Franz, Zur Periodisierung in Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: Innsbrucker Historische Studien, Bd. 1, Innsbruck 1978, S. 187 ff.

23 Vgl. dazu generell Rabb, Theodor K., The Struggle for Stability in Early Modern Europe, New York 1975; Hroch, Miroslav/Petrán, Josef, 17. Století - Krize feudální společnosti? (17. Jh. - Krise der Feudalgesellschaft?), Praha 1976.

Diffuser erscheint der Band bei dem Blick auf das Ende des behandelten Zeitraumes. Während mehrere Autoren ihre Beiträge mit dem Jahr 1700 begrenzen (obwohl deren Darstellung gelegentlich auch darüber hinausgreift), führt Geoffrey Parker den Abschnitt über das Geld- und Finanzwesen bis 1730 und behandeln Aldo de Maddalena die agrarischen Verhältnisse und Krystof Glamann den Handel bis 1750. Mag dies aus der Sicht des einzelnen Autors auch seine Berechtigung haben, da selbstverständlich nicht alle ökonomischen Entwicklungen zum gleichen Zeitpunkt kulminierten oder einen Umbruch erfuhren, so zeigt sich darin doch die Unsicherheit, den Platz des 18. Jahrhunderts in der europäischen Wirtschaftsgeschichte genauer zu bestimmen, und relativiert wird damit auch Cipollas Feststellung, das Europa des 18. Jahrhunderts sei "ein völlig anderer Lebensraum als das Europa zwei Jahrhunderte davor" (Bd. 2, S. 1).

Vermißt wird aber besonders eine genauere Charakterisierung der Epoche, die im ausgehenden 15. Jahrhundert beginnt und bis zur Französischen Revolution von 1789 führt und die in der marxistischen Forschung als Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus verstanden wird.²⁴ Nur gelegentlich werden solche Charakterisierungen andeutungsweise transparent, so wenn Cipolla schreibt, zumindest für Holland und England lasse sich für die Zeit von 1550 bis 1700 sinnvoll von einer "kommerziellen Revolution" sprechen (Bd. 2, S. 3), oder wenn bei Walter Minchinton, der die Nachfragestruktur behandelt, zu lesen ist, es seien diese Jahrhunderte das "Zeitalter des kommerzialisierten Europa", das zwischen "dem feudalen agrarischen Europa und dem industrialisierten Europa" liege (Bd. 2, S. 51), oder wenn Hermann Kellenbenz bei der Darstellung der Technik vom "Zeitalter der Wissenschaftlichen Revolution" spricht (Bd. 2, S. 113). So deutet Minchinton den Übergangscharakter dieser Epoche, Kellenbenz die "Brückenfunktion" dieser Jahrhunderte an, und auch andere Beiträge setzen eine solche Zwischenstellung voraus, ohne eine genauere Kennzeichnung dieser Zeit als Übergangsepoche vorzunehmen.

Die Bevölkerungsentwicklung sieht Roger Mols im Zeichen der beginnenden Auflösung der mittelalterlichen Bevölkerungsstruktur und der "Anfänge der gegenwärtigen Bevölkerungsrevolution" (Bd. 2, S. 5), wobei er die Jahre 1500 und 1700 nicht als deutlich markierte Grenzen ansieht. Die zwei Jahrhunderte sind für ihn vom Bevölkerungswachstum geprägt, das jedoch hauptsächlich in das 16. Jahrhundert falle. Behandelt werden im einzelnen die vorhandenen Quellen und ihr Wert, das Erwachen des demographischen Interesses, die Bevölkerungsgröße, Fragen der Bevölkerungsstruktur, die Wanderungsbewegungen, die natürliche Bevölkerungsbewegung und der Bevölkerungsrhythmus des 16. und 17. Jahrhunderts. Der Interpretation liegt freilich eine zu enge Sicht zugrunde: Die "permanente Mobilität" und die "Auflösung der mittelalterlichen Bevölkerungsstruktur" waren gewiß auffallende Tendenzen, aber sie dürften in erster Linie nicht durch demographische Prozesse, sondern durch ökonomische, soziale und teils auch politische Entwicklungen (und das in Wechselbeziehung mit demographischen Trends) verursacht worden sein. Mols weist zwar auf dieses Problem hin ("Demographische Merkmale im weiteren Sinne", Bd. 2, S. 30 f.), berücksichtigt aber dann diese Ausgangslage nicht weiter und vermittelt insofern nur eine reduzierte Erklärung für auffallende Veränderungen.

²⁴ Vgl. dazu Vogler, Günter, Probleme der Klassenentwicklung in der Feudalgesellschaft, in: ZfG, Nr. 10/1973, S. 1196 ff.; derselbe, Revolutionäre Bewegung und frühbürgerliche Revolution, in: ebenda, Nr. 4/1974, S. 410 f.

Die soziale Komponente tritt bei der Untersuchung der Veränderungen in der Nachfragestruktur durch Minchinton dagegen stärker ins Blickfeld. Die zu behandelnden Jahrhunderte sind für ihn "die klassische Zeit der absoluten Monarchie, des aristokratischen Europa, aufwendiger Zurschaustellung des Adels, zunehmender bürgerlicher Präntionen, anhaltender Armut unter der Landbevölkerung" (Bd. 2, S. 51). Wenn wachsende bzw. anhaltende Armut auch nicht auf das Land beschränkt blieb, sondern durch die enorm ansteigende Differenzierung in vielen großen Handels- und Gewerbestädten noch ausgeweitet wurde²⁵, wird insgesamt deutlich, wie stark die unterschiedliche soziale und politische Stellung die Nachfrageentwicklung prägte, wie vielfältig das Nachfrageverhalten war. Es liegt nahe, daß die Darstellung sich auf städtische und ländliche Oberschichten konzentrierte, da für diese die Quellen am ehesten Aussagen ermöglichen. Doch sollte bei künftigen Forschungen auch Material über die gesellschaftlichen Unterschichten, die Ausgebeuteten und Beherrschten, intensiver auf seine Aussagemöglichkeiten überprüft werden, um ein komplexeres Bild zu gewinnen.²⁶ Als Bestandteile der Nachfrage behandelt Minchinton Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit und Dienstleistung sowie Kapital und Kapitalgüter. Doch fällt auf, daß er sich vorwiegend auf englisches Material stützt, so daß zu fragen bleibt, ob seine Aussagen auch durch die Quellen aus anderen Regionen voll abgesichert werden können. Die nach Differenzierung strebende Darstellung ist jedoch von einigen Einseitigkeiten nicht frei, so wenn es heißt, die effektive Nachfrage sei "mangels jeglicher Produktionsverbesserung in der Landwirtschaft in den meisten Teilen Europas" beschränkt gewesen (Bd. 2, S. 56). Ein Vergleich mit den Feststellungen de Maddalenas im Abschnitt über das ländliche Europa zeigt, daß eine solche absolute Aussage den Gegebenheiten nicht voll Rechnung trägt. Ähnliches gilt für die Aussagen über die technische Entwicklung (Bd. 2, S. 56) und die Einkommensentwicklung (Bd. 2, S. 58 f.). Hervorhebung verdienen jedoch die Feststellungen über den Einfluß der sozialen Unterschiede, wie sie Minchinton in seinen Schlußfolgerungen resümiert (Bd. 2, S. 108 f.).

Zum Thema Technik und Wirtschaft bietet Kellenbenz eine Umschau über alle Sektoren der Wirtschaft, ohne daß allerdings genauer ausgeführt wird, warum vom "Zeitalter der Wissenschaftlichen Revolution" (Bd. 2, S. 113) die Rede ist. Kellenbenz zeigt anschaulich, welche Veränderungen sich in technischer Hinsicht vollzogen und welche Auswirkungen das für einzelne Sektoren der Wirtschaft hatte. Dem Leser wird so ein breites Spektrum geboten, zum Beispiel über die Bedeutung des Buchdrucks für die Verbreitung technischer Kenntnisse, die Fortschritte im "Maschinenbauwesen" (wohl ein zu moderner Begriff, im Original: the field of engineering) und bei der Entwicklung chemischer Verfahren. Behandelt werden die technischen Errungenschaften in Landwirtschaft und Fischerei, Erzbergbau und Verhüttung, Eisen- und Metallbearbeitung sowie -verarbeitung, Textilien, Glas und Keramik, Steinkohlenbergbau und Salzgewinnung, Waffenherstellung, Bau- und Verkehrswesen, Warenhandel und Kreditwesen. Folgerichtig - und dieser Blickwinkel wird oft außer acht gelassen - fragt Kellenbenz aber auch, "wie diese Errungenschaften sich in den einzelnen wirtschaftlichen Sektoren verwerten ließen, wie weit sie Eingang fanden, wie weit sie auf Hindernisse stießen" (Bd. 2, S. 148). Fraglich bleibt, inwieweit

25 Das wurde beispielsweise für zahlreiche deutsche Städte nachgewiesen, in der marxistischen Forschung insbesondere für die Städte des hansischen Raumes.

26 Vgl. dazu jetzt Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Studien, Bd. 1: 1600 - 1650, Berlin 1980.

die These verallgemeinert werden kann: "Die Wirtschaft konnte sich nur entfalten in dem Maße, in dem sie von Institutionen geschützt und gefördert wurde, die wir in einem umfassenden Sinn als Obrigkeit bezeichnen" (Bd. 2, S. 148). Diese Behauptung soll in ihrem Kern nicht bestritten werden, aber für die deutsche Entwicklung im 16. Jahrhundert ist in den letzten Jahren herausgearbeitet worden, welche Bedeutung den Auseinandersetzungen zwischen nach Monopolen strebenden und den antimonopolistischen Kräften zufiel²⁷, was auch hieß, den wirtschaftlichen Fortschritt in Anlehnung an bzw. in Zusammenarbeit mit feudalen Obrigkeiten oder in Auseinandersetzung mit diesen durchzusetzen. Etwas zu summarisch werden die Organisationsformen der gewerblichen Produktion abgehandelt. Insgesamt hebt Kellenbenz als wesentliche Leistungen die Neuerungen im Bergbau und in der Seeschifffahrt, die zahlreichen technischen Verbesserungen, die Verbreitung technischen Wissens und die Ausbildung technisch geübten Personals hervor (Bd. 2, S. 165). Abschließend betont er, es sei die "Brückenfunktion zwischen den Neuerungen des hohen und späten Mittelalters und den starken Veränderungen zu beachten, die die Industrielle Revolution mit sich brachte" (Bd. 2, S. 165).

Solche gravierenden Veränderungen hat es im ländlichen Europa nicht gegeben, das de Maddalena behandelt. Er charakterisiert die demographischen, rechtlichen und sozialen Aspekte, die verschiedenen Agrarlandschaften, die Arten und Methoden der Bodenbewirtschaftung und geht auf die Produktivität der Landwirtschaft ein. De Maddalena ist sichtbar bemüht, die regionale Differenzierung herauszuarbeiten und pauschale Urteile zu vermeiden. So betont er die Veränderungen in der Stellung der einzelnen Wirtschaftsgebiete zueinander, die tiefgreifenden Unterschiede in der rechtlichen und sozialen Struktur des Grundeigentums, ohne allerdings die in Form und Intensität ganz unterschiedlichen Aktionen bäuerlichen Widerstandes in ihren Wirkungen als Erklärungsfaktor einzubeziehen.²⁸ Betont wird zu Recht, daß zwischen Guts- und Grundherrschaft keine genaue geographische Grenze zu ziehen sei, sondern "Zwischenregionen" existierten (Bd. 2, S. 185). In Hinsicht auf Art und Methode der Bodenbewirtschaftung und der Viehzucht unterscheidet de Maddalena vier Agrarlandschaften: Nordeuropa, Ostmitteleuropa, das atlantische und das mediterrane Europa.²⁹ Schließlich wird in diesem Abschnitt noch auf das schwierige Problem eingegangen, die Produktivität der Landwirtschaft zu ermitteln, die selbstverständlich nur an ausgewählten Herrschaftskomplexen oder Höfen nachvollzogen werden kann.

27 Vgl. dazu Laube, Adolf, Die Herausbildung von Elementen einer Handels- und Manufakturbourgeoisie und deren Rolle in der deutschen frühbürgerlichen Revolution, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 1, 1977, S. 286 f., 294 f.

28 Das geschieht nur ganz am Rande (z. B. Bd. 2, S. 184 f.). Nicht korrigiert wurde die vom Original übernommene ungenaue Angabe 1524 für den deutschen Bauernkrieg. Vgl. zu den Bauernbewegungen dieser Epoche Heitz, Gerhard/Vogler, Günter, Bauernbewegungen in Europa vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, in: ZfG, Nr. 5/1980, S. 442 ff.

29 Vgl. dazu Čistozvonov, A. N., Die Genesis des Kapitalismus und ihre Widerspiegelung in den regionalen Typen der Bauernbewegungen in Europa im XVI. bis XVIII. Jahrhundert, in: Der Bauer im Klassenkampf. Studien zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges und der bäuerlichen Klassenkämpfe im Spätfudalismus, hg. v. Gerhard Heitz u. a., Berlin 1975, S. 8 ff. - Er kommt bei der Untersuchung des Zusammenhangs von agrarischer Entwicklung und Genesis des Kapitalismus zu einer ähnlichen Aufgliederung.

Der Abschnitt über die gewerbliche Produktion in Europa von Domenico Sella konzentriert sich auf die Nachfrage nach gewerblichen Produkten, die Produktionsausweitung und die räumlichen Veränderungen in der gewerblichen Produktion. Die Ausgangsbedingungen werden wie folgt charakterisiert: "Beschränkte Märkte, eine Technologie, die noch stark von Fachwissen und Handfertigkeit des Handwerkers abhing, kümmerliche Unternehmensgröße, Übergewicht von Baugewerbe und Textilien in der gewerblichen Produktion - all dies läßt vermuten, daß der sekundäre Sektor in Europa während des 16. und 17. Jahrhunderts noch die Merkmale eines früheren Zeitalters aufwies" (Bd. 2, S. 226). Doch es habe keinen Stillstand gegeben: Neue Märkte seien erschlossen worden, die Produktion sei vielfältigeren und höheren Ansprüchen gerecht geworden, einige neue Gewerbebezüge hätten sich kräftig entwickelt, die räumliche Verteilung der gewerblichen Produktion habe tiefgreifende Veränderungen erfahren. Die Wandlungen in der Nachfragestruktur hätten sich aus der Ausdehnung des Fernhandels nach Übersee, dem Bevölkerungswachstum und der Verstädterung, den Bedürfnissen von Luxus und Freizeit sowie der Kriegführung ergeben, wobei mit Nachdruck auf die oftmals übersehene oder unterschätzte Rolle der Bauwirtschaft (im Original: construction) verwiesen wird (Bd. 2, S. 224, 232 ff.). Die Produktionsausweitung wird unter dem Aspekt der Nutzung neuer Rohstoffe, neuer Anforderungen an die Arbeitskräfte und der Herkunft des Kapitals behandelt, während die Darstellung der räumlichen Veränderungen unter dem Gesichtspunkt der Verlagerung bestimmter Produktionszentren erfolgt. Insgesamt finden dabei die Formen und die Organisation der Produktion ziemlich geringe Beachtung.

Den Handel bezeichnet Kristof Glamann im folgenden Abschnitt als "das große Rad, das die ganze soziale Maschine antrieb" (Bd. 2, S. 271). Unverständlich sind jedoch die Betonung der marginalen und peripheren Nachfrage und die damit verknüpfte generelle Feststellung, was auffalle, sei "die wechselseitige Isoliertheit und nicht der Verkehr untereinander" (Bd. 2, S. 272). Alle bekannten Nachrichten sprechen trotz der zweifellos zu konstatierenden Existenz "teilweise autonomer Einheiten" für intensive und regelmäßige Wirtschaftsbeziehungen, die auch durch Kriege oder andere Ereignisse nur selten unterbrochen wurden.³⁰ Glamann unterscheidet als Handelsräume die Mittelmeerregion, Mitteleuropa, den Ostseeraum, die atlantische Region und die Überseegebiete. Die Darstellung des Warenhandels konzentriert sich auf einige ausgewählte Gebiete, die detailliert beschrieben werden: Getreidehandel, Rinderhandel, Pfefferhandel, Kupferhandel und Textilhandel, ergänzt durch Ausführungen über Geld und Kredit und die Organisation des Handels. Diese Studien sind informativ, zeigen die Dynamik in der jeweils spezifischen Entwicklung und entschädigen wenigstens teilweise dafür, daß kein geschlossenes Bild der Handelsbeziehungen geboten wird.

Abgeschlossen wird der Band mit einem Abschnitt über die Entstehung des modernen Geld- und Finanzwesens von Parker, der auf den Geldbestand in Europa, die Kredite für Privatpersonen, die Finanzierung von Gesellschaftsunternehmen, die öffentlichen Finanzen und die Krise in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts eingeht. Im Vordergrund stehen bestimmte Tendenzen der Entwicklung in Frankreich und England, inhaltlich die entwickelten Verfahren für

³⁰ Vgl. als nur einen Fall die intensiven Wirtschaftsbeziehungen Nürnbergs: Ammann, Hektor, Die wirtschaftliche Stellung der Reichsstadt Nürnberg im Spätmittelalter, Nürnberg 1970; Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Nürnbergs, hg. v. Stadtarchiv Nürnberg, 2 Bde., Nürnberg 1967.

die Abwicklung von Geldgeschäften, ohne daß die von der Entfaltung des Geld- und Finanzwesens ausgehenden Wirkungen auf die Bevölkerung (zum Beispiel inflationäre Tendenzen und Münzverschlechterungen in ihrer belastenden Wirkung) einbezogen werden.

Zusammenfassend soll noch einmal hervorgehoben werden, daß eine Reihe von Beiträgen interessante Informationen enthält und das Augenmerk auf manchen bisher vernachlässigten Sachverhalt lenkt. Dem steht jedoch gegenüber, daß es zahlreiche Überschneidungen und auch Wiederholungen gibt, die Beiträge nicht aufeinander abgestimmt sind. Schwerer wiegt, daß die Entwicklung in Ost- und Südosteuropa weitgehend ausgeklammert bleibt und die dortige Forschung nicht zur Kenntnis genommen wird. Zwar erkennt wenigstens de Maddalena diesen Mangel, wenn er auf sprachliche Probleme in diesem Zusammenhang hinweist (Bd. 2, S. 219). Doch wer beansprucht, eine europäische Wirtschaftsgeschichte zu bieten, kann sich damit nicht entschuldigen, zumal mehr Untersuchungen aus Ost- und Südosteuropa in deutscher, englischer oder französischer Fassung bzw. Übersetzung vorliegen, als die bibliographischen Angaben ausweisen. Dies verstärkt den Eindruck, daß die Konzentration auf Westeuropa bewußt erfolgte, weil damit der Anschluß an die Konzeption von der "Industriegesellschaft" leichter vollziehbar ist.³¹

Zu respektieren ist das Bemühen um Differenzierung, dem jedoch in manchem Fall Quellenlage und Forschungsstand Grenzen setzen. Offen bleibt aber in manchem Abschnitt, inwieweit an einzelne Länder gebundene Beobachtungen verallgemeinerungswürdig sind. Der Aufbau der Bände weist mit dem Schema Bevölkerung - Nachfrage - Produktion - Handel - Finanzen auf eine bestimmte Konzeption hin, verdeckt aber damit die wichtige Frage, wie sich die Produktionsverhältnisse entwickelten und veränderten.

31 Vgl. dazu generell Unbewältigte Vergangenheit, Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, hg. v. Gerhard Lozek u. a., 3. Aufl. Berlin 1977, S. 23 ff.

Alltag in einem französischen Dorf
zu Beginn des 14. Jahrhunderts

Emmanuel Le Roy Ladurie, Montaillou, Ein Dorf vor dem
Inquisitor 1294 - 1324

Propyläen Verlag (Verlag Ullstein, Frankfurt am Main/
Berlin/Wien) 1980, 413 Seiten, Preis: 38,- DM

von Jürgen Kuczynski

Das ursprünglich 1975 in Frankreich erschienene Werk liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor, und das gibt Gelegenheit, es endlich ein wenig ausführlicher anzuzeigen, Endlich - denn dieses außerordentlich bedeutsame Werk ist in unserer Republik noch viel zu wenig bekannt, obgleich es eine der schönsten Blüten der Annales-Schule ist,

Einleitend bemerkt Ladurie:

"1. Obwohl es an umfangreichen Studien über bäuerliche Gemeinwesen nicht fehlt, begegnet doch der Historiker in der Literatur, die er befragt, kaum jemals einem Bauern, der für sich selbst spricht.

Aus diesem Grunde hat das Zeugnis der Protokolle der von Jacques Fournier, dem Bischof der Diözese von Pamiers, in den Jahren zwischen 1318 und 1325 angestellten Inquisition Seltenheitswert: Denn hier hört man allerdings die Bauern, die zu Beginn des 14. Jahrhunderts im gebirgigen Süden der Grafschaft Foix wohnten - auf das Gebiet dieser Grafschaft erstreckte sich die Diözese von Pamiers -, in eigener Sache reden.

Bischof Fournier, ein überall pflichteifriger Mann - er wurde als Benedikt XII. später Papst in Avignon -, war auch als Inquisitor gründlich; nicht nur geduldig bemüht, alles herauszufinden, was seine Zeugen wußten, sondern auch gewissenhaft besorgt, das zur Sprache Gekommene Wort für Wort schriftlich festgestellt zu sehen.

Auf diese Weise ist uns in den Protokollen der Untersuchung der zweifelhaften Rechtgläubigkeit der Bauern des Sabarthès (wie die Landschaft im gebirgigen Süden der Grafschaft Foix am Oberlauf der Ariège genannt wird) ein lebhaftes Bild der gesamten Existenz dieser Bauern überliefert.¹ Dieses Bild ist um so

1 Das Manuskript dieser Protokolle befindet sich unter der Signatur Ms. Vat. lat. 4030 in der Bibliothek des Vatikans. Den Text hat vor einigen Jahren Jean Duvernoy vollständig veröffentlicht: Le Registre d'Inquisition de Jacques Fournier, Evêque de Pamiers (1318 - 1325), Toulouse 1965, 3 Bde. Unsere Zitate aus den Protokollen sind mit Band- und Seitenangabe in dieser Ausgabe nachgewiesen.

deutlicher, als die von den Schreibern des Inquisitors protokollierten Aussagen auf weite Strecken von den Meinungen, Äußerungen, Taten und Missetaten der Bewohner eines einzigen Dorfes handeln." (S. 7)².

Über die Quelle, ihr Zustandekommen und ihre Aussagekraft, bemerkt Ladurie:

Bischof Fournier gründete "1318 ein eigenes Ketzengericht in Pamiers, dessen Untersuchungen er bis zu seiner Versetzung auf den Bischofssitz von Mirepoix im Jahre 1326 in enger Zusammenarbeit mit Gaillard de Pomiès, O. P., einem Delegierten des dominikanischen Inquisitors von Carcassonne, Jean de Beaunes, O. P., selbst leitete. ...

Die in der Bibliothek des Vatikans erhaltene Reinschrift der Protokolle der Verhandlungen, die vom 15. Juli 1318 bis zum 9. Oktober 1325 vor diesem Gericht stattfanden, lehren uns den Bischof als einen unbestechlichen, hartnäckigen, scharfsinnigen und, wenn das Wort zur Charakterisierung dieses Amtes erlaubt ist, einfühlsamen Inquisitor kennen, der sich, wie seine Opfer zugeben mußten, darauf verstand, 'den Lämmern zur Welt zu helfen', das heißt, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Er leitete fast alle Verhandlungen des Gerichts persönlich, überließ nicht, wie andere Inquisitoren, die eine oder andere Untersuchung seinen Notaren und Schreibern, sondern kümmerte sich, so weit wie irgend möglich, um jede Kleinigkeit selbst. ...

Vom 15. Juli 1318 bis zum 9. Oktober 1325 saß das Gericht an 370 Tagen. An diesen 370 Tagen fanden 578 Vernehmungen statt. Bei 418 von diesen handelte es sich um Vernehmungen von Angeklagten; nur 160 Zeugenaussagen wurden gehört. Dabei kamen insgesamt 98 Fälle zur Verhandlung. 1320 war mit 106 Verhandlungstagen das arbeitsreichste Jahr des Gerichts. 1321 fanden an 93 Tagen Sitzungen statt, 1325, im letzten Jahr, in dem Jacques Fournier ihm vorsaß, nur noch an 22 Tagen. ...

In die 98 Fälle, in denen Jacques Fourniers Gericht Recht sprach, waren 114 Angeklagte verwickelt, die verschiedener Delikte, in der großen Mehrzahl aber der albigensischen Ketzerei beschuldigt wurden. Von diesen konnten 94 tatsächlich vor Gericht gestellt werden. Von einigen wenigen Edelleuten und Priestern abgesehen, waren die Angeklagten einfache Leute, Handwerker, Krämer und - vor allem - Bauern und Bauernfrauen. Denn von den insgesamt 114 Angeklagten waren 48 Frauen. Die Mehrzahl dieser dem Gericht verdächtigen Männer und Frauen war im gebirgigen Süden der Grafschaft Foix zu Hause, in den Dörfern, wo die Brüder Authié die katharische Ketzerei ein letztes Mal hatten aufleben lassen: 92 von 114; und 25 von den 92 in Montailou. ...

Zuletzt freilich wurden das Urteil gesprochen und Strafe verhängt. Manche Verurteilten kamen mit einem Schandmal: der Pflicht, ein einfaches oder doppeltes gelbes Ketzler-Kreuz auf dem Mantel zu tragen, davon oder mit der Auflage, eine Wallfahrt zu vollbringen. Anderen wurde die Habe beschlagnahmt, und natürlich gab es Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer und Strenge. Nur fünf Todesurteile hatte Bischof Fournier zu fällen, davon vier gegen Waldenser aus Pamiers. (Die Waldenser, deren Glaubensbekenntnis nicht annähernd so wesentlich wie das katharische vom katholischen abwich, hatten im Gebirge, bei den

² Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Bauern überhaupt, weniger Anhang als in den Städten.) Das fünfte Todesurteil allerdings traf einen rückfälligen katharischen 'Gläubigen' aus Montailou, einen gewissen Guillaume Fort.

Bischof Fournier ließ das Register der Verhandlungen vor dem Inquisitionsgericht von Pamiers, das unserer Untersuchung zugrundeliegt, anfertigen, nicht zuletzt wohl, weil er Wert darauf legte, seine Tätigkeit als Inquisitor lückenlos dokumentieren und, wenn erforderlich, rechtfertigen zu können. ... Wir wissen, wie bei der Kompilation des Registers verfahren wurde. Zunächst schrieb ein Schreiber während der Verhandlung ein Protokoll in Stichworten: Der Schreiber war gewöhnlich der bischöfliche Notar Guillaume Barthe. Nach der Verhandlung wurde das Protokoll ins Reine geschrieben. Die Übersetzung der in okzitanischer Sprache gemachten Aussagen ins Lateinische wurde entweder schon bei der Niederschrift des ersten flüchtigen Protokolls während der Verhandlung oder spätestens bei der Abfassung der Reinschrift dieses Protokolls vorgenommen. Dann wurde dem Angeklagten der Text dieser Reinschrift vorgelesen, beziehungsweise, da ja die Angeklagten gewöhnlich kein Latein verstanden, mündlich in seine Muttersprache zurückübersetzt; hatte er etwas daran auszusetzen, wurde das Protokoll dementsprechend verändert oder erweitert. Damit stand für alle Beteiligten fest, was während der Verhandlung gesagt worden war. Und die Schreiber konnten den Text in die großen Pergamentbände übertragen, in denen Bischof Fournier die Wahrheit aufbewahrt wissen wollte." (S. 26 - 30).

Ladurie hat wahrlich recht. Wir besitzen in der Tat kaum Zeugnisse von Bauern in der Feudalzeit. Selbst die allgemeinen Klagen über die Verhältnisse und die Grundforderungen der Bauern von der Französischen Revolution von 1789, die "cahiers de doléances", wurden von Propagandisten der Bourgeoisie, von Advokaten, Lehrern, den Bauern nahen Pfarrern usw. aufgesetzt.

Wir werden noch manches von den Aussagen der Bauern hören. Sie sind nicht gemacht unter Folterzwang oder Zeitzwang. Die Bauern hatten Gelegenheit, sich reichlich und in ihrer Sprache auszusprechen. Sie konnten auch vom Thema abkommen, wie es nicht nur Bauern bei Verhören tun. Sie konnten auch intim aus ihrem Leben, dem Leben ihrer Nachbarn, dem Leben im Dorf erzählen. Die Geduld der Inquisitoren war anscheinend unerschöpflich.

Einen Großteil der Einwohner des Dorfes lernen wir mit Namen kennen, mit ihren Gewohnheiten, mit ihren Auffassungen von diesem und jenem, mit ihren Liebschaften und Essengewohnheiten, mit ihrem Verhältnis zur Zeit und zur Arbeit.

Da, wie Ladurie feststellt, die Strafen im allgemeinen nicht hoch waren, die der Bischof den Schuldigen auferlegte, da die Verhöre eine Reihe von Jahren hindurch zu einer Alltagsangelegenheit wurden, die das Dorfleben zeitweise zumindest überhaupt nicht störten, und da alle Aussagen nach Wiederholung durch den Inquisitor von den Bauern ganz offenbar ohne Zwang unterzeichnet wurden, machen sie einen verlässlichen Eindruck.

Dafür spricht auch, wie wir noch sehen werden, ihre Konkretheit, ihre Genauigkeit in Einzelheiten, ihre teilweise Spontaneität. Manche Aussagen machen den Eindruck des unbefangenen Plauderns, auch wenn der Inquisitor sie anders behandelt.

Nur ein Todesurteil wurde im Laufe der Jahre über einen Bewohner von Montailou gefällt, vier trafen andere Orte in der Gegend. Es war kein Schreckensregiment, das der Bischof ausübte. Das hinderte ihn aber keineswegs, jeder Abweichung vom wahren Glauben der Kirche, in Montailou natürlich vor allem

der Ketzeri der Katharer, bis ins letzte und gründlich nachzugehen, sowohl sachlich wie auch persönlich, das heißt durch Verhör zumindest aller erwachsenen Familienmitglieder, wobei unter Familie der feudale Begriff, also einschließlich aller Verwandten und aller Dienenden in einem Haus, zu verstehen ist.

Wenn der Bischof auch seine Inquisition auf seinen ganzen Herrschaftsbereich ausdehnte, so ist doch festzustellen: Hauptgegenstand der Untersuchungen des Bischofs Fournier war also das Gebirgsdorf Montailou mit wohl 200 bis 250 Einwohnern, von deren Erwachsenen die Mehrheit in den Protokollen erwähnt wird.

1. Die Katharer

Hauptgrund für die Inquisition war die katharische Häresie. Es gibt zwei Erklärungen des Wortes Katharer. Die eine übersetzt Katharer als die "Reinen", als die, die das reine, das wahre Christentum verkündeten. Ladurie berichtet über ihren Ursprung: "Wirklich hatte das Streben nach Reinheit, die Bewegung, der sie sich verschrieben hatten, im byzantinischen Morgenland angefangen. Im zweiten Viertel des zehnten Jahrhunderts hatte ein Dorfpriester namens Bogomil diese Reinheit zuerst in Bulgarien gepredigt. Nach der vollständigen Unterwerfung dieses Landes durch den griechischen Kaiser im Jahre 1018 hatte die von Bogomil, dem 'Gottesfreund', in Gang gesetzte Bewegung in Konstantinopel Anhang gewonnen; und scheint dort auch abendländische Kaufleute und Kreuzfahrer erfaßt zu haben, die sie dann in den Westen brachten, wo sie bald auf den Widerstand der Kirche stieß. Weshalb? Nur weil sie sich über die Institutionen der Kirche hinwegsetzte, um jenseits Platz zu machen für ein reineres Christentum?" (S. 9).

Es gibt jedoch noch eine andere, weniger schöne Ableitung, "aus dem Wort 'catus' mit der Begründung: 'denn, wie man sagt, ist's bei ihnen gebräuchlich, einer Katze den Arsch zu küssen'. Aus der Tatsache, daß die Deutschen schon um die Mitte des 12. Jahrhunderts von 'Ketzern' - Ketzern - gesprochen zu haben scheinen, schließt Duvernoy auf die Herkunft der gelehrten Form aus dem deutschen Schimpfnamen, der den 'Ketzern' derartig abscheuliche Huldigungen an die (im Mittelalter allgemein als Inbild des Teuflichen angesehene) kätzische Natur unterstellt hätte." (S. 9).

Wie verbreitet diese Häresie gerade in Montailou war, läßt sich schon daraus ersehen, daß der Inquisitor von Carcassonne, der keineswegs so eifrig war wie Fournier, 1308 die gesamte Bevölkerung dort, mit Ausnahme der Kinder, verhaften ließ.

Die Häresie erfaßte zumeist ganze Familien - Familien wieder im feudalen Sinne: alle, die zu einem Haus (domus) gehörten.

"Pierre Authié, ein katharischer Missionar, erklärte der versammelten Familie Raymond Pierres: 'Gott hat gewollt, daß ich euer Haus besuche, um die Seelen der Leute dieses Hauses zu retten.' Offenbar faßte er das Haus als ein Seelenkollektiv auf, das nur vereint für seine Lehre zu gewinnen sei - oder vereint der Verdammnis anheimfallen würde. Pierre Maury aus Montailou sprach dann auch bei einer Gelegenheit von einer Domus in Arques, die 'wie ein Mann' den neuen Glauben angenommen hätte. 'Ich glaube', heißt es in seiner Aussage

(iii. 143)³, 'daß Gaillarde, die Schwester Guillaume Escauniers und Frau Michel Leths, auch Esclarmonde, Guilloumes andere Schwester, die damals etwa zwölf Jahre alt gewesen sein mag, dem häretischen Glauben anhängen; dasselbe gilt, soweit ich weiß, für Guilloumes Bruder Arnaud. Alle diese Leute wurden auf einmal bekehrt, das ganze Haus zugleich, zusammen mit Gaillarde, der Mutter Guillaume Escauniers und deren Schwester Marquise.' In Montailou selbst galten ebenfalls bestimmte Häuser als zuverlässige Stützpunkte ketzerischer Missionare: 'In der Zeit, da ich in Montailou und in Prades d'Aillon wohnte', sagte Béatrice de Planissoles, 'hieß es dort, daß die Ketzer (und namentlich die Authiés) vorzüglich die Häuser der Brüder Raymond und Bernard Belot zu besuchen pflegten, die zu jener Zeit beieinander wohnten; außerdem das Haus der Alazaïs Rives, der Schwester Prades Taverniers, des Ketzers; und das Haus des Guillaume Benet, des Bruders des Arnaud Benet aus Ax (der seinerzeit Guillaume Authiés Schwiegervater war): Die Leute all dieser Häuser waren alle aus Montailou.' Die kluge Béatrice hatte eines der Geheimnisse des Erfolgs der häretischen Missionare in ihrem Dorf sehr richtig durchschaut: Das enge Zusammenhalten der Familien begünstigte die Ausbreitung der gefährlichen Ideen. Sie sprangen sozusagen wie die Flöhe von Domus zu Domus, von Wohngemeinschaft zu Wohngemeinschaft über. Hatte die Häresie erst einmal irgendwo Wurzeln geschlagen, wirkte die Domus, in der das geschehen war, wie ein Treibhaus: die Wände schützten das Pflänzchen vor allen Gefahren, die ihm von benachbarten, rechtgläubigen Häusern drohten. ...

In diesen untereinander kommunizierenden, aber gegen die feindliche Umwelt fest abgeschlossenen Häusern stand der katharischen Häresie eine zuverlässige Untergrundorganisation zur Verfügung. Doch hatten dieses Netzwerk die katharischen Missionare nicht aufgebaut - sie hatten einfach auf das von Domus zu Domus bereits bestehende Netz sozialer Beziehungen gebaut. Andererseits gab es Häuser, die, weil sie nicht katharisch infiziert waren, der mehr oder weniger rechtgläubigen Minderheit der Dorfbewohner offenstanden. Jean Pellissier, ein Schäfer aus dem Dorf, erklärte, er sei, wenigstens in seiner Jugend, nicht häretisch gewesen: 'Ich verkehrte in Montailou in vier Häusern', sagte er, 'und von denen war nicht eines häretisch' (iii. 75).¹¹ (S. 58 f.).

Wir haben etwas ausführlicher zitiert, um sogleich zu zeigen, wie detailliert die Aussagen vor dem Inquisitor sind, wie genau wir in das Dorfleben, in die gesellschaftliche Organisation des Dorfes mit Hilfe der Protokolle eindringen können. Natürlich gibt die Inquisition jedoch keinen Ersatz für einen Zensus, weshalb Ladurie bemerken muß: "So wissen wir von elf häretischen, fünf katholischen Häusern in Montailou. Von einigen, die von einen ins andere Lager überwechselten - wie das der Clergues. Schließlich auch von gemischten, neutralen oder gespaltenen Häusern; von Häusern, deren Bewohnern ein 'gespaltenes' Herz nachgesagt wurde, die als unzuverlässig und verräterisch galten (ii. 223). Die uns zur Verfügung stehenden Angaben sind freilich unvollständig, denn da Montailou zwischen 1300 und 1310 wahrscheinlich über zweihundert Einwohner hatte, ist anzunehmen, daß es mindestens um vierzig Häuser dort gab. Wir wissen aber, daß der größte Teil der Häuser von Montailou wenigstens zeitweilig zur Häresie neigte. Alles in allem gab es dort, wie zwei wohlunterrichtete Zeugen, Guillaume Mathei und Pons Rives, angaben, nur zwei 'nicht von der Ketzerei berührte' Häuser (i. 292). Die Versicherung ist um so glaubwürdiger, als der katharische Missionar Guillaume Authié sie auf seine

3 Angaben mit einer römischen und einer arabischen Zahl beziehen sich auf Band und Seitenzahl der Duvernoy-Ausgabe von 1965 der Inquisitions-Protokolle.

Weise bestätigte. Authié gefiel es in Montailou: 'Nein', sagte er, 'vom Pfarrer Clergue und vom Hause Clergue habe ich nichts zu fürchten. Ach, wenn doch alle Pfarrer der Welt so wären wie der von Montailou.' Von Authié ist aber auch der Ausruf aktenkundig: 'Nur zwei Männer gibt es in Montailou, vor denen müssen wir uns hüten!' (i. 279). Der eine von diesen Männern war Pierre Azéma. Der andere, nicht genannte, wird wohl zu dem zweiten der beiden 'nicht von der Ketzerei berührten' Häusern gehört haben, von denen Mathei und Rives wußten." (S. 61).

In der hier von uns betrachteten Zeit war die katharische Häresie in der Hauptsache unter den Bauern verbreitet. Das hatte auch einen ökonomischen Hintergrund: "Die katharische Häresie, der die Untersuchung des Bischofs hauptsächlich galt, war zur Zeit der Untersuchung schon seit ziemlich zwanzig Jahren in den Städten und beim Adel fast ohne Anhang. Bei den Hirten und Bergbauern hatte sie Zuflucht gefunden: Diese waren zur Ketzerei geneigt, nicht zuletzt weil von der Kirche erhobene Anspruch auf den Zehnten ihnen ungerecht und maßlos vorkam, was sie an der Legitimität der von der Orthodoxie erhobenen Ansprüche überhaupt zweifeln ließ." (S. 253). Einen Hintergrund, der bisweilen recht vordergründig war, ja sogar öffentlich vorgetragen wurde: "Die Männer, wie man sieht, hielten in der Öffentlichkeit mit ihren ketzerischen, kritischen und aufsässigen Meinungen, namentlich was die Anordnungen der Kirche betraf, nicht hinter dem Berge. Im Jahre 1320 redeten unter der Ulme auf dem Platz von Lordat fünf Bauern von dem Zehnten ihrer Lämmer, der demnächst fällig wurde (ii. 122): 'Bald müssen wir die <carnelages> abgeben.' 'Nichts werden wir abgeben', erwiderte ein anderer. 'Laßt uns lieber hundert Livres Geld auf-treiben, um zwei Männer zu bezahlen, die den Bischof umbringen.' 'Da würde ich gerne was zu beitragen', sagte ein Dritter, 'besser kann man Geld gar nicht anlegen.'" (S. 283).

Hier gleichen die Seiten der Inquisitions-Protokolle völlig modernen Spitzelberichten in Polizeiakten. Nur sind die Aussagen weit zuverlässiger in ihrer Gesamtheit, da die Aussagen weit sorgfältiger überprüft werden und der Bischof kein Interesse daran hat, eine möglichst große Anzahl von Ketzern in seinem Herrschaftsbereich zu finden, sondern nur die, die wirklich Häretiker waren. Jedenfalls war Fournier ganz offenbar ein ehrlicher Inquisitor, der zwar streng jeder Spur von Ketzerei folgte, aber auch sorgfältig auf Wahrfähigkeit aus war und auch in seinen Strafen keine Züge von Grausamkeit zeigte.

2. Obrigkeit und Klassengegensätze

Wie alle Gemeinschaften unterlag das Dorf weltlicher und kirchlicher Obrigkeit.

Da der König von Frankreich jene Gegenden damals noch nicht seiner Herrschaft unterworfen hatte (sie jedoch ständig bedrohte), lag die weltliche Macht noch in den Händen des Territorialfürsten, des Grafen von Foix.

"Der Graf war der Souverän der Gesamtheit jenes pyrenäischen Territoriums, der Grafschaft Foix, darin das Dorf Montailou gelegen war. Er war jedoch zugleich der 'seigneur', Grundherr, von Montailou selbst, während in mehreren benachbarten Dörfern andere Grundherren saßen. Diese doppelte Herrschaft des Grafen von Foix wurde am Ort durch zwei gräfliche Beamte repräsentiert: durch den 'châtelain' und den 'bayle'. Der 'châtelain' oder Kastellan war des Grafen Polizeibevollmächtigter, der, entweder auf Lebenszeit oder für eine festgesetzte Frist berufen, der Autorität des 'bayle' Nachdruck verlieh und beispielsweise die Verfolgung und Verhaftung flüchtiger Gesetzesbrecher (oder des

Gesetzbruchs Bezichtigter) übernahm. Er fungierte desgleichen als Kerkermeister und war verantwortlich für die in den Kerkern der Burg Inhaftierten (i. 406).

...

Der 'bayle' war der Gerichtsbeamte des Grundherrn. Er zog die Pacht ein und wachte über die pünktliche Erledigung der übrigen dem Grundherrn von den Bauern geschuldeten Pflichten und Abgaben. Überdies sprach er Recht im Namen des Seigneur, sogar wenn Kapitalverbrechen zur Verhandlung standen. Diese Gewaltenteilung zwischen einem Kastellan mit polizeilichen und militärischen Vollmachten und einem Bayle als Justizbeamten hätte zwar Montesquieu entzückt, war aber in der Praxis nicht so säuberlich, wie sie dieser gesetzesegeisterte Mann sich gewünscht hätte. Aus den uns vorliegenden Quellen ergibt sich vielmehr, daß der Bayle gewöhnlich Recht nicht nur sprach, sondern auch anwandte und durchsetzte. So waren die Bayles der Dörfer, die uns durch die Vernehmungsprotokolle Fourniers bekannt sind, verantwortlich für die Verhaftung der in ihrem Gerichtsbezirk vorkommenden Ketzer. Gemeinsam mit den Leuten vom Schloß verfolgten sie Delinquenten aller Art durch das Gebirge, bemühten sie sich, gestohlenen Gut wiederzubeschaffen, und zogen sie Pacht, sogar den Zehnten ein." (S. 40 f.).

Neben der weltlichen gab es die kirchliche Obrigkeit, die dem Dorfe in zwei Gestalten entgegentrat: einmal in der des Chefs der dominikanischen Inquisition in Carcassonne und sodann in der des Bischofs von Pamiers. "Die Inquisition hatte ihre eigenen Spione, Geheimagenten und Büttel. Diese letzteren, die sich bescheiden 'Diener' nannten, mußten auf tätliche Auseinandersetzungen mit den Dörflern gefaßt sein, wenn sie einem Bauern des Pays d' Aillon eine Vorladung zuzustellen hatten (ii. 172). Die Inquisition hatte desgleichen Beamte, die zur Durchführung von Untersuchungen bevollmächtigt waren, wie sie im Spätsommer 1308 über das katharische Montailou hereinbrachen. Des weiteren hatte die von den Dominikanern gelenkte Inquisition Agenten unter der Weltgeistlichkeit: Jean Strabaud war zugleich Dorfpfarrer, Notar der Inquisition und öffentlicher Notar. Ebenso war Pierre Clergue, von dem hier noch des öfteren die Rede sein wird, zugleich Pfarrer von Montailou, Bruder des Bayle und so etwas wie ein Doppelagent." (S. 42).

Der Bischof von Pamiers ließ sich jedoch, als Fournier dies Amt inne hatte, "nicht allein die nimmermüde Verteidigung der römischen Orthodoxie angelegen sein. Er kümmerte sich auch um die Güter dieser Welt und bemühte sich etwa auch von den Lämmern der Bauern des Hochlandes der Ariège einen Zehnten einzutreiben, was wiederholt Konflikte veranlaßte." (S. 42).

Da die Bauern von Montailou im Grunde frei waren, weder an einen Herrn noch an ihr Land gebunden, auch ihr Land verkaufen konnten, und da die Kirche es war, die ihnen die Hauptlasten auferlegte, spielte sich der Klassenkampf dort vor allem zwischen den Bauern und der Geistlichkeit ab. "Die Landleute im Hochland der Ariège waren gegen den reichen Kirchenmann sehr viel feindseliger als gegen den adligen Laien. Bekanntlich gebärdete sich während des 13. und 14. Jahrhunderts die Geistlichkeit in Okzitanien ganz als weltliche Macht. Immer wieder gab es Streit zwischen dieser und dem Volk, vor allem wegen des Zehnten. ... Eine Übereinkunft des Jahres 1311, die 1323 erneuert und erweitert wurde, setzte fest, daß alle Gemeinden der 'Erzpriesterschaft des Sabarthès' einschließlich von Montailou, Ax, Tarascon und Foix von allen Produkten ihrer Herden einen Zehnten zu entrichten hätten; und zusätzlich ein Achtel ihrer Getreideernten abzugeben hätten. Diese exorbitante Besteuerung erbitterte die Bevölkerung in höchstem Maße, zumal die Priester die geforderten Abgaben auch restlos einzutreiben Anstalten machten." (S. 51).

Der katharische Missionar Béliaste sah die verschiedenen Obrigkeiten so: "Es gibt vier große Teufel, die die Welt regieren: Der Herr Papst ist der Ober-teufel; ihn nenne ich Satan. Der Herr König von Frankreich ist der zweite Teufel; der Bischof von Pamiers der dritte; und der vierte Teufel ist der Herr Inquisitor in Carcassonne." (ii, 171) (S. 43).

Da der König von Frankreich noch nicht das Gebiet, in dem Montailou lag, beherrschte, waren es konkret kirchliche Obrigkeiten, die dem Ketzler als Hauptfeinde des Volkes galten. Jedoch teilten auch die orthodoxen Katholiken diese Ansicht insofern, als zwar nicht der Papst, aber die territoriale Kirchenverwaltung ihnen ebenfalls als Hauptklassenfeind erschien. Die Steuern, die sie den Bauern jetzt auferlegte, waren enorm und mußten ihnen auch so erscheinen. Das Gespräch der fünf Bauern, das wir zuvor zitiert haben, konnte ebensogut von fromm-katholischen wie von katharischen Bauern geführt werden.

Daß die Kirche so ausgesprochen zum Hauptklassenfeind wurde, ohne daß sie Grundherr der Bauern war, ist selten in der Feudalzeit und wohl vor allem darin begründet, daß einmal die Grafen von Foix die Bauern ihres Territoriums nicht übermäßig stark belasteten, und sodann in der Tatsache, daß eben in Montailou die Katharer, denen der Bischof und seine Hierarchie als religiöse Feinde erscheinen mußten, so stark waren,

Der Ortpfarrer dagegen war eine äußerst zwielichtige und lebenslustige Gestalt aus örtlicher Familie, der kaum als Vertreter des Klassenfeindes Kirche angesehen wurde. Ebensowenig galt der Kastellan, von denen einer in unserer Zeit mit einer Frau aus der Umgebung verheiratet war, als Klassenfeind. Am ehesten wurde noch der Gerichtsbeamte, der Bayle, so betrachtet - am ehesten, jedoch auch nicht klar und deutlich, da die Herrschaft der Grafen Foix nicht allzusehr auf den Bauern lastete.

Wie steht es mit den Klassengegensätzen innerhalb des Dorfes? Ladurie ist der Ansicht, daß sie gering waren. "Für die Abwesenheit oder doch nur geringe Effektivität sozialer Schranken sprechen Vorkommnisse wie die folgenden: Eine Adlige umarmt eine Bauersfrau (i, 300); die Schloßherrin verkehrt mit den Frauen aus dem Dorf ganz ohne maternalistische oder karitative Attitüden; die Frau eines Forellenfischers freundet sich mit dem Schloßherrn von Junac an (iii, 61); die Béliastes, wohlhabende, doch im übrigen ganz einfache Leute, laden, ohne das im geringsten ungewöhnlich zu finden, den Stellvertreter des Erzbischofs von Narbonne bei sich zu Tisch; Bernard Clergue lebte einerseits als Bauer unter Bauern in Montailou und verkehrte andererseits auf vertrautem Fuße mit den höchstgestellten Autoritäten der Grafschaft Foix. Dieses Fehlen sozialer Gegensätze, deren Geringfügigkeit jedenfalls, läßt den sozio-religiösen Konflikt, der die Bewohner von Montailou und überhaupt der Grafschaft Foix spaltete, um so tragischer erscheinen.

Auch im Oberland der Ariège genoß besonderes Ansehen, wer nicht mit den Händen zu arbeiten brauchte. Nichtsdestoweniger hören wir von Söhnen guter Familien, die, teils durch wirtschaftliche Not dazu gezwungen, teils sogar freiwillig, ein Handwerk ergriffen, ohne sich dadurch im mindesten entehrt zu fühlen. Der Schuster Arnaud Sicre war der Sohn eines Notars, die Authiés, deren Vater ebenfalls Notar gewesen war, ergriffen ohne Widerrede das Schmiedehandwerk." (S. 255).

Meiner Ansicht nach hat Ladurie unrecht, unter diesen Umständen den "sozio-religiösen Konflikt" tragisch zu nennen. Gerade dieser Konflikt ist es, der die sozialen Schranken innerhalb des Dorfes etwas senkte, weil er Katharer bzw. Papisten aller Schichten untereinander näherbrachte. In einer Zeit, in der die

Religion eine solche Rolle spielt, ist der reiche Häretiker dem armen oft näher als dem reichen Orthodoxen,

Natürlich verbindet die Frauen verschiedener Schichten auch der Klatsch (wie die Männer das Geschäft): "Die geselligen Beziehungen zwischen Frauen gingen, namentlich in ländlichen Kirchspielen, über Standesgrenzen hinweg. Um nicht völlig isoliert dazustehen, mußte die Schloßherrin mit den Frauen aus dem Dorf verkehren. Béatrice de Planissoles, der ehemaligen Schloßherrin von Montailou, scheint das nicht schwer gefallen zu sein. In Dalou gewann sie wenigstens fünf Freundinnen, 'denen sie ihre Geheimnisse anvertrauen konnte' (i. 214, 215). Diese scheinen alle einfache Leute gewesen zu sein, Bauernfrauen. Sogar Mägde waren darunter: Mägde freilich spielten in der rustikalen Gesellschaft, mit der wir es hier zu tun haben, eine nicht gering zu schätzende Rolle. Sie schliefen nicht selten mit der Hausfrau in einer Kammer und waren gewöhnlich über deren Herzensangelegenheiten und andere Interna des Haushaltes besser unterrichtet als der Hausherr. Da sie ihrerseits Leute, denen sie geneigt waren, diesbezüglich gerne ins Vertrauen zogen, nahmen sie im Kommunikationssystem der Gemeinde eine wichtige Funktion wahr, ... Andere Gelegenheiten zu geselligem Verkehr der Frauen miteinander ergaben sich abends, ehe die Männer vom Feld nach Hause kamen, in der Küche; wir hören von einer angeregten Unterhaltung in einem Bett, das eine adlige Dame und zwei Bäuerinnen zugleich akkomodierte (iii. 67; ii. 291, 366); von anderen beim Läuseabsuchen (i. 462 - 463; iii. 288); auf dem Dorfplatz (i. 335 - 337, 316)." (S. 274, 276).

Wenn der Pfarrer von Montailou dagegen sowohl mit der Schloßherrin wie mit den meisten Pfarrkindern im rechten Alter schläft, so handelt es sich um ein Gebiet, auf dem für flüchtige Begegnungen im Bett niemals soziale Schranken aufgerichtet waren.

Es scheint eine außerordentlich gesunde Haltung zur Arbeit gegeben zu haben, die zweifellos zur teilweisen Hebung der sozialen Schranken beigetragen hat: "Arbeit war natürlich für das Gedeihen von Haus und Hof anerkanntermaßen gleichfalls erforderlich, galt aber nicht als segenspendend. In Montailou wußte man den Müßiggang zu schätzen und machte sich über die Reichweite des starken Arms keine Illusionen. Man arbeitete, um sein Auskommen zu haben, das war selbstverständlich: Der Bauer, der sein Feld gut bestellte, bewies damit nur, daß er nicht verrückt war (ii. 126)." (S. 366). Und auch so berichtet Ladorie: "Von Kirchenglocken ist selten die Rede, außer wo zu sagen ist, daß sie zu einem Begräbnis läuteten, oder bei der Elevation der Hostie während der Messe. Zur Zeitbestimmung scheint der Glockenschlag in Montailou nicht in Frage gekommen zu sein. In der Grafschaft Foix war Zeit kein Geld. Die Leute von Montailou fürchteten harte Arbeit nicht und konnten fest zupacken, wenn sie mußten; aber feste Arbeitszeiten waren ihnen noch fremd, und sie brauchten nicht zu hören, was die Stunde geschlagen hatte, um zu wissen, wann sie fertig waren oder eine Pause machen durften. Gelegenheiten zu einem Schwätzchen mit einem Freund nahm man gern wahr und hieß Unterbrechungen im allgemeinen willkommen: 'Als ich das hörte', sagte Arnaud Sicre, 'legte ich meine Arbeit beiseite und ging zu Guillemette Maury ...' Oder bei anderer Gelegenheit: 'Pierre Maury ließ mich aus der Werkstatt holen, wo ich Schuhe machte ...' 'Guillemette ließ mir sagen, daß ich zu ihr kommen sollte, und ich tat es.' Oder schließlich: 'Als ich das hörte, ließ ich die Arbeit liegen ...'

Die Arbeit war also nicht so fesselnd, daß man sich nicht von ihr hätte losreißen können, bei Gelegenheit. Die gelassene Arbeitsmoral war bezeichnend nicht nur für den tüchtigen Schuhmacher Arnaud Sicre, sondern allgemein verbreitet. Die Zeit des Handwerkers scheint der Zeit des Bauern und des Schäfers

noch sehr nahe gewesen zu sein. Pierre Maury, als ausnehmend fleißiger Schäfer bekannt, war gleichwohl bei jeder Gelegenheit bereit, seine Herde stunden-, ja tage- und sogar wochenlang um irgendwelcher extracurricularen Aktivitäten willen in der Obhut seines Bruders oder eines Freundes zu verlassen. In Montailou und um Montailou herum ging man viel spazieren und pflegte ausgiebig der Ruhe, namentlich an heißen Tagen." (S. 300).

Und noch einen Grund gibt es, warum die Klassengegensätze im Dorf geringer waren als sonst üblich. Es gab kaum eine Dorfgemeinschaft, die die Dorfangelegenheiten regelte und so in einen Klassenkonflikt mit Auflagen der Grundherrschaft kommen konnte. Die entscheidende Gemeinschaft war "das ganze Haus", die "domus", die "familia", zu der ja nicht nur alle im "ganzen Haus" Arbeitenden, sondern auch die materiellen Güter, insbesondere das Haus als Gebäude, gehörten: "Die Historiker des mittelalterlichen Bauerntums haben bisher vor allem die Herrschaftsverhältnisse, die feudalen Abhängigkeiten studiert, in denen der Bauernstand sich befand - während des ganzen 'ancien régime', genau genommen. Die Beziehungen der Bauern zu ihren Feudalherren waren, betrachtet man die mittelalterliche Gesellschaft als Ganzes, zweifellos sehr wichtig, und es soll auch nicht bestritten werden, daß sie im großen ganzen die Weltanschauung der Bauern entscheidend mitbestimmten. Doch hat uns unsere Quelle gelehrt, daß wenigstens in Montailou zu Anfang des 14. Jahrhunderts den Bauern die wichtigste Beziehung, in der sie sich sahen, nicht diejenige zu dem Grundherrn war, sondern die zu ihrer 'domus', zu ihrem 'ostal'. Das Haus, als Gebäude und als Verwandtschaftszusammenhang, war die Einheit, mit der die bäuerliche Gesellschaft von Montailou stand und fiel; nicht, wie in späteren Jahrhunderten, ihr Landbesitz, sondern das Haus war der Gegenstand der tiefsten Ängste und Hoffnungen der Bauern von Montailou. ...

Daß es dafür gute Gründe gab, wird einem klar, wenn man die vor Bischof Fourniers Tribunal gebrachten Zeugen Revue passieren läßt und sich die Verhältnisse vergegenwärtigt, von denen ihre Aussagen reden. Man erkennt dann, daß diesen Leuten ihr Haus vor allem deshalb das Wichtigste war, weil dort ihre Kraft, ihre Widerstandskraft gegen die sie von außen bedrängende Welt entsprang.

Ökonomisch gesehen, unterhielt die 'domus' mit benachbarten 'domus' und anderen ökonomischen Einheiten kaum finanziell vermittelte, nur 'natürliche' Beziehungen. Diese zeichneten sich aus durch Gegenseitigkeit und Symmetrie: abgesehen von den Beziehungen der Bauern und Schäfer zur kirchlichen Obrigkeit, denen es, nach Meinung der Bauern, gerade daran in kränkendem Maße fehlte. Im übrigen zeigte die 'domus'-Wirtschaft eine starke Tendenz zur Selbstgenügsamkeit und Autarkie. Das Fehlen jeder Zusammenarbeit zwischen benachbarten Gemeinden und das geringe Maß an Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde sind wahrhaft erstaunlich. Gemeindegemeinschaft, Bürgersinn gar konnten sich unter diesen Umständen kaum ausbilden. Solidarität über die 'domus' hinaus wurde am ehesten mit Glaubensgenossen praktiziert: Auf dem Markt verkaufte eine katharische Frau einer katholischen das Korn so teuer wie möglich. 'Gefällig bin ich lieber denen, die des Glaubens /das heißt, Häretiker/ sind', sagte sie (ii. 108).

Die in Montailou zu beobachtende Wirtschaftsform entspricht der von dem russischen Ökonom A. V. Chayanov in seiner 'Theorie der bäuerlichen Wirtschaft' beschriebenen,⁴ Jede Hauswirtschaft produzierte für den eigenen Bedarf, als reiner 'Familienbetrieb', der Arbeitsteilung im wesentlichen nur zwischen Familienangehörigen verschiedenen Geschlechts kannte: Die Frauen kümmerten

4 Chayanov, A. V., Theory of peasant economy, Homewood (Ill.) 1966.

sich um den Herd, die Küche, den Garten, holten Wasser und Viehfutter; während die Männer, gelegentlich dabei von Mägden unterstützt, bei denen es sich sogar um Lohnarbeiterinnen handeln mochte, die Wiesen, Wälder, Felder und Herden besorgten." (S. 380 f.).

Ich glaube, daß unsere Erforscher der Struktur der feudalen Gesellschaft recht getan haben mit so manchen Modellen, die sie bewußt oder unbewußt konstruiert haben. Aber immer wieder begegnen uns, wie auch in Montailou, Sonderfälle, Ausnahmen, die so gar nicht in das Modell passen. Das unterstreicht nur wieder einmal die Wichtigkeit, absolut unvoreingenommen, das heißt natürlich auch alle Modelle und ähnliche Konstruktionen von Marx, Engels, Lenin vergessend, an die Untersuchung der Tatsachen heranzugehen, wie es die Klassiker auch stets getan haben und von uns verlangen, um das Einzelne wirklich erfassen zu können.

3. Intimitäten

Eine seltene Verbindung von Gesundheitspflege, Geschäft, Religion, Klatsch und sexueller Spielerei stellt das Entlausen dar. Ladurie berichtet über diese und verwandte Reinlichkeitsfragen: "Die Männer von Montailou rasierten sich nicht. Man wusch sich nicht häufig und ging niemals baden oder schwimmen. Man las sich aber gegenseitig die Läuse ab unter Freunden und ketzerischen Glaubensgenossen. Pierre Clergue, der Pfarrer, ließ sich in diesem Punkte von seinen Geliebten bedienen, aktenkundig ist das Béatrice de Planissoles und Raymonde Guilhou betreffend. Die Operation konnte im Bett durchgeführt werden, am Feuer, am Fenster oder auf der Schusterbank; während sie vonstatten ging, pflegte der Pfarrer seine Meinung über Katharismus und Liebe vorzutragen. Raymonde Guilhou entlauste auch des Pfarrers Mutter, die Frau des alten Pons Clergue, auf der Schwelle ihres 'ostal' (Haus), 'coram publico' (in aller Öffentlichkeit), dabei wurden die Neuigkeiten aus dem Dorfe erörtert. Die Clergues als Honoratioren und führende Männer im Dorf hatten nie Mangel an Frauen, die ihnen auch in dieser Hinsicht gefällig waren. Bernard Clergue nahm gern die Geschicklichkeit der alten Guillemette 'Belote' in Anspruch. Sie gab ihm, während sie nach Läusen suchte, gute Ratschläge. So empfahl sie ihm einmal, den 'parfaits' (katharischen Missionaren) Getreide zu geben; was er sich dann auch zu tun beeilte, um so mehr, als er in Guillemettes Tochter Raymonde verliebt war (ii. 276). Gern suchte man zum Zwecke des Läuseabsammelns die flachen Dächer der Häuser von Montailou auf. Da die Häuser nahe beieinander standen, waren dabei Unterhaltungen von Dach zu Dach möglich. Vuissane Testanière hatte, eine derartige Unterhaltung betreffend, etwas auszusagen, das die Inquisitoren interessiert haben dürfte (i. 462 - 463): 'Zu der Zeit, da die Häretiker in Montailou den Ton angaben, wurden einmal Guillemette <Benete> und Alazaï's Rives auf den Dächern ihrer Häuser in der Sonne von ihren Töchtern Alazaï's Benet und Raymonde Rives entlaust. Ich ging unten vorbei und hörte sie reden. Guillemette <Benete> sagte grade zu Alazaï's: 'Wie halten die Leute nur die Schmerzen aus, wenn sie auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden?' Und Alazaï's antwortete: 'Sei doch nicht so dumm! Natürlich nimmt Gott die Schmerzen auf sich.'"

Das Läuseabsammeln scheint als Frauenarbeit betrachtet worden zu sein. Doch nicht verächtlich, denn unter Umständen gaben sich auch Frauen von Stand gern dazu her; So zögerte Béatrice de Planissoles nicht, ihrem Geliebten Pierre Clergue den Kopf zu entvölkern.

Die Behandlung setzte eine gewisse Intimität der Behandelnden mit dem Behandelten voraus: Die Geliebte entlauste den Geliebten, auch dessen Mutter; die zukünftige Schwiegermutter entlauste den in Aussicht genommenen Schwiegersohn; und die Tochter die Mutter. Freilich zeugt überhaupt der Brauch, sich gegenseitig die Läuse abzulesen, wie auch die Gewohnheit, zu mehreren in einem Bett zu schlafen, aus einer Schüssel zu essen und aus einem Becher zu trinken, von einer vergleichsweise großen körperlichen Intimität aller mit allen, einer 'Kultur der Promiskuität' - doch fehlte es auch dieser für unsere Begriffe so wenig auf die gegenseitige Abgrenzung der Intimsphären bedachten Kultur nicht an streng beachteten Schicklichkeitsgeboten und Höflichkeitsregeln: In einer Runde, wo ein Becher von Mund zu Mund ging, stellten sich Präzedenzfällen mit großer Schärfe (so ii. 24, bei dem Missionar Béliaste und seinen Anhängern),

Von Reinlichkeit im modernen Sinne hatte man keinen Begriff. Auf Reinlichkeit waren die 'parfaits' bedacht, Leute, die auf Heiligmäßigkeit Anspruch machten - aber die Reinlichkeit, auf die es ihnen ankam, war rituelle Reinheit, Niemand wusch sich von Kopf bis Fuß oder badete gar. Man war wasserscheu. Zwar gab es Bäder in Ax-les-Thermes, aber dort badeten eigentlich nur Aussätzige und Rüdige, die sich von dem Wasser dieser Thermen Genesung versprachen. Andere Leute suchten Ax-les-Thermes auf, um Schafe zu verkaufen und sich mit Prostituierten zu amüsieren. 'Wenn Guillaume Béliaste Fleisch mit den Händen berührt hat, wäscht er sie sich dreimal, ehe er ißt oder trinkt', versicherte einer von Bischof Fourniers Zeugen (ii. 31; i. 325). Dabei war es dem Propheten weniger um die Sauberkeit seiner Hände zu tun als um die Reinheit seines Gesichts, des Mundes vor allem, von dem der gesprochene Segen ausging und durch den die prinzipiell unreine materielle Nahrung in den Leib des 'parfait' einging. Hier verrät sich eine Auffassung von Reinheit, die von bloß äußerlichem Schmutz abzusehen erlaubte. Nicht der äußere, der innere Mensch war reinzuhalten.

Infolgedessen wusch man sich in Montailou, wenn überhaupt, auch nicht zwischen den Beinen (und so weiter), sondern beschränkte sich beim Waschen auf die Körperteile, die unmittelbar an der Nahrungsaufnahme mitwirken - auf Hände und Mund also. 'Jemanden Wasser über die Hände geben', war eine höfliche, ja freundschaftliche Gebärde. Was den Lebendigen recht war, war den Toten billig. 'In Montailou waschen wir nicht die ganze Leiche, sondern spritzen ihr nur Wasser ins Gesicht', sagte Alazaïs Azéma (i. 314). Nach dieser partiellen Leichenwäsche wurde dem Toten ein Tuch übers Gesicht gelegt, vielleicht um es vor neuerlicher Verunreinigung zu schützen.

Lebendige 'parfaits' hatten Handtücher von feinem Linnen, das gewöhnliche Volk von Montailou behief sich mit gröberem Stoff, wenn es nicht auf den Luxus von Handtüchern überhaupt verzichtete (i. 416 - 417).

Die Leute von Montailou pflegten sich auszuziehen, wenn sie schlafen gingen. Beweis: Jeanne Befayt scheuchte den Propheten Béliaste aus dem Bett und wünschte ihm 'das Feuer des Scheiterhaufens an die Rippen'. Béliaste gab Fersengeld und flüchtete 'zwei Meilen weit durch die Felder, ohne Schuhe; und ließ einen Teil seiner Kleider in dem Bett, wo er geschlafen hatte' (iii. 175). Andererseits lesen wir, daß der Prophet, wenn er auf Reisen mit seiner Konkubine in einer Herberge übernachtete, sich sozusagen gestiefelt und gespornt ins Bett zu legen pflegte; dies freilich, um seinen Anhängern weiszumachen, daß er unter allen Umständen die nähere Berührung mit Weiberfleisch vermied. Normale Menschen machten nicht solche Umstände. Arnaud Sicre, der auch einmal des Propheten Bett teilte, berichtete seiner Behörde, derselbe habe zwar das Hemd, nicht aber die Unterhosen ausgezogen; woraus vielleicht geschlossen werden

darf, daß der Spitzel selbst splitternackt ins Bett zu gehen pflegte (ii. 31, 33). Gibt es derart Indizien, die dafür sprechen, daß die Leute von Montailou ihre Leibwäsche nachts ablegten, so darf uns nicht überraschen zu vernehmen, daß sie diese gelegentlich auch wechselten.

Alle Jubeljahre ließ sich Pierre Maury von seinem Bruder Arnaud ein frisches Hemd auf die Weide bringen. Die Tatsache, daß er dieses Wäschewechsels in seiner Aussage vor der Inquisition gedachte, beweist den Rang des Vorkommnisses. Wie häufig Wäsche gewaschen wurde, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen. Immerhin wissen wir, daß es geschah. Raymonde Arsen, eine Dienstmagd der Belots, wusch die Wäsche der 'parfaits' und vielleicht auch ihrer Dienstherrschaft.

Kleider waren wertvoller Besitz. Wir lesen (iii, 172), daß Jean Maury einmal mehrere Tage durchs Gebirge wanderte, um Bêlibaste die geflickten Kleider eines verstorbenen Freundes zu bringen." (S. 169 ff.),

Erstaunlich, wie detailliert, zumeist ganz spontan, die Bauern bei ihren Verhören über die Kleinigkeiten des intimen Lebens berichten, wieviel man auch über diese Seite des Alltags aus den Protokollen der Inquisition lernen kann. Sicherlich gibt es noch eine ganze Reihe weiterer solcher Prozeßakten, die bisher nur vom theologischen Gesichtspunkt ausgewertet worden sind und die es gilt, auch vom Standpunkt des Alltagsstudiums auszuwerten.

Natürlich könnte man gar manches am Werk von Ladurie kritisieren. Von der konkreten Arbeit der Bauern und Handwerker, welche letztere auch Bauern sind, und von ihren Arbeitsinstrumenten erfahren wir wenig - mit Ausnahme der Schafhirten, denen Ladurie besondere Aufmerksamkeit widmet. Deren Leben und Arbeitsweise unterscheidet sich in mannigfacher Beziehung von den Schäfern, wie sie Wolfgang Jacobeit in seinem Standardwerk schildert, da sie so oft Wanderschäfer, die ihre Herden durch weite Gebiete der Pyrenäen treiben, und anscheinend jüngere Söhne von Bauern jedweder ökonomischen Lage sind.

Doch sollte man das Werk nur kritisieren, um ergänzende Studien aus der gleichen Quelle anzuregen.

Denn so, wie es ist, ist das Werk eine außerordentliche Leistung auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung und sollte von Historikern nicht nur des Feudalismus, sondern auch späterer Zeiten gelesen werden. Es sollte uns auch mahnen, dem Beispiel von Hainer Plaul in seinen Landarbeiterstudien folgend, viel stärker als bisher Berichte von Pfarrern an ihre Vorgesetzten in der Kirche in den letzten zweihundert Jahren zu lesen.

- Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3.
2 Vgl. die Übersetzung Adolf Wilhelm, u. a., Handwerkergeschichte in neuer
Mensch. Gedänge 1978 = Gedänge Handwerkerhistorische Studien, Nr. 10.
3 Vgl. u. a. Ebel, Karl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mit-
telalter. Eine deutsche Gesellschaftsgeschichte des Mittelalters = Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 4/1 u. II, derselbe, Gesell-
schaftsentwicklung 900 bis 1350, in Handbuch der deutschen Wirtschafts-
und Sozialgeschichte, hg. v. Helmut Reif u. Wolfgang Zorn, Bd. 3, 1971,
Stuttgart 1971, S. 258 - 272.
4 Vgl. Brandel, Rolf, Clowerns und Handl: 900 bis 1350 u. Gewerbe und Hand-
werk 1350 - 1850, in Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschich-
te v. a. O. derselbe, Mentalität und System. Neue Wege zur mittelalt-
erlichen Gesellschaft, Stuttgart 1974, derselbe, Fortsetzung und Gesell-
schaft im Mittelalter, Paderborn 1978 = Universitätsbücher, Nr. 107.

Überregionale Handwerkervereinigungen als Klassenkampforganisationen?

Einige Überlegungen zu

Frank Göttmann, Handwerk und Bündnispolitik, Die Handwerkerbünde am Mittelrhein vom 14. bis zum 17. Jahrhundert = Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 15

Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1977, X und 307
Seiten, Preis: 68,- DM

von Horst Wernicke

Die vorliegende Arbeit steht in einer Reihe mit einigen wirtschafts- und sozialgeschichtlich orientierten Untersuchungen der siebziger Jahre in der Geschichtsschreibung der BRD, die sich mit Fragen des Handwerks, insbesondere der Zunft, beschäftigen.¹ Nachdem 1970 eine Bestandsaufnahme vorgenommen worden war,² wandte man sich vor allem jenen Problemen zu, die im Zusammenhang mit dem täglichen Leben im mittelalterlichen Handwerk stehen. Gegenstand der Untersuchungen waren die am Handwerk beteiligten Gruppen (Meister, Gesellen, Lehrlinge), ihre sozialen Positionen und ihr Verhalten zueinander. Die Organisationsformen der Zünfte, Gesellenverbände und Handwerkerbünde wurden in erster Linie unter dem Aspekt beleuchtet, inwieweit sie in der Lage waren, ihren Aufgaben als wirtschaftsorganisatorisch-politische Verbände und Sozialorgane in der mittelalterlichen Stadt zu genügen. Richtunggebend für die Wertung waren die einschlägigen Arbeiten von Bosl³ und Sprandel⁴. Soziale Ge-

- 1 Vgl. Fröhlich, Sigrid, Die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden, Darstellung, Analyse, Vergleich, (West-)Berlin 1976 = Sozialpolitische Schriften, Nr. 38; Ennen, Rainald, Zünfte und Wettbewerb. Möglichkeiten und Grenzen zünftlerischer Wettbewerbsbeschränkungen im städtischen Handel und Gewerbe des Spätmittelalters, Köln/Wien 1971 = Neue Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3.
- 2 Vgl. die Übersicht Abel, Wilhelm, u. a., Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1970 = Göttinger handwerksgeschichtliche Studien, Nr. 16.
- 3 Vgl. u. a. Bosl, Karl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter. Eine deutsche Gesellschaftsgeschichte des Mittelalters = Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 4/ I u. II; derselbe, Gesellschaftsentwicklung 900 bis 1350, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hg. v. Hermann Aubin u. Wolfgang Zorn, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 226 - 273.
- 4 Vgl. Sprandel, Rolf, Gewerbe und Handel 900 bis 1350 u. Gewerbe und Handel 1350 - 1500, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, a. a. O.; derselbe, Mentalität und Systeme. Neue Zugänge zur mittelalterlichen Geschichte, Stuttgart 1972; derselbe, Verfassung und Gesellschaft im Mittelalter, Paderborn 1975 = Uni-Taschenbücher, Nr. 461.

sätze werden dabei zwar gesehen, aber meist so stark relativiert, daß die Aussagekraft der Untersuchungsergebnisse darunter leidet.

Göttmann geht nun in seiner materialreichen Darstellung einem Gegenstand der spätmittelalterlichen Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte nach, der zuletzt vor rund fünfzig Jahren von Bücher⁵ und davor vor rund einhundert Jahren von Schanz⁶ behandelt wurde, wenn man von einigen populärwissenschaftlichen Publikationen einmal absieht. Er sucht Aufschlüsse über die überregionalen Handwerkerverbände zu vermitteln, die in ihrem Wirkungsbereich Ordnungsfunktionen ausübten und deren Bedeutung sich nicht zuletzt daraus ableitete, daß eine staatliche Zentralgewalt mit überregionalen Kompetenzen fehlte.

Von einer soliden Untersuchungskonzeption aus analysiert Göttmann die Teilnehmer bzw. Zielpersonen sowie die Funktionen der Zünfte innerhalb ihres territorialen Einzugsgebietes. Eine vorrangige Aufgabe sah er in diesem Zusammenhang darin, die Handwerkervereinbarungen der Zunftmeister aus den mittelrheinischen Städten, die sogenannten Bundesbriefe, unter arbeitsrechtlichen, gewerbewirtschaftlichen, soziokulturellen und organisatorischen Gesichtspunkten zu erfassen. Er versucht, die Entstehungsursachen dieser Bundesbriefe, vor allem auch in ihrer sozialen Determiniertheit, zu ergründen. Die Auswertung der Bundesbriefe (23 an der Zahl), deren Quellennachweis im Anhang (S. 277 - 287)⁷ zu finden ist, erfolgt mit großer Sorgfalt. Göttmanns erklärte Absicht ist es, den Nachweis zu erbringen, daß die Handwerkerbünde zwar einerseits Interessenvertretungen der Meister gegenüber ihren Gesellen waren, andererseits aber auch weitere, diesem ersten Faktor gleichgestellte Aufgaben zu erfüllen hatten.

In den ersten drei Kapiteln befaßt sich Göttmann mit den Personengruppen, die in den Briefen ausdrücklich als Träger bzw. Zielpersonen vertraglich vereinbarter Maßnahmen genannt wurden. Die Erörterungen über die Gesellen stehen somit an erster Stelle, denen dann diejenigen über die Lehrlinge und über den Weg, Meister zu werden, folgen. Die Stellung der Gesellen in den mittelalterlichen Zünften wird in den nach Sachgebieten gegliederten Abschnitten deutlich. So finden sich Erörterungen über Arbeitsverträge, deren Inhalt, Abschluß- und Kündigungsbedingungen, über die Disziplinargewalt, über Lohnformen, Kost, Arbeitszeit und -bedingungen. Göttmann nimmt dabei auch übergreifende Probleme auf, wie das der allgemeinen Entwicklungstendenz des Handwerks und der Zunft in der mittelalterlichen Wirtschaft.

Bei der Ausführlichkeit, mit der Göttmann auf die Lage der Gesellen eingeht, muß es verwunderlich erscheinen, daß er die sogenannten reinen Gesellenverbände, das heißt jene organisatorischen Zusammenschlüsse, die Gesellen verschiedener Städte eingingen und die unabhängig von solchen ihrer Meister bzw. als direkte Gegenorganisationen existierten, gar nicht berührt. Ihre Genesis stand in einem engen Wechselverhältnis mit einem gewichtigen Wandlungspro-

5 Bücher, Karl, Mittelalterliche Handwerksverbände, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Nr. 77, 1922, S. 295 - 327.

6 Schanz, Georg, Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände. Mit 55 bisher unveröffentlichten Documenten aus der Zeit des 14. bis 17. Jahrhunderts, Leipzig 1877.

7 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

zeß im 15. Jahrhundert, da sich der Geselle durch veränderte Arbeitszeit- und Lohnbedingungen⁸ aus dem patriarchalischen Verhältnis zum Meister lösen konnte.

Die Abschnitte über Lehrlingswesen und Meisterschaft konkretisieren die Vorgänge, in deren Verlauf sich die Handwerke weiter spezialisierten. Es wird auch auf die Festlegungen über Lehr-, Gesellen- und Wanderungszeiten sowie über Meisterprüfungen eingegangen. Diese Festlegungen entsprachen der Tendenz der Zünfte, sich abzuschließen, das heißt, allein Meistersöhnen bzw. einheiratenden Gesellen wurde erlaubt, Meister zu werden. Der Vergleich entsprechender Passagen in den Bundesbriefen und städtischen Zunfturkunden, der durch die im Anhang zu findenden Tabellen 7, 8 und 9 außerordentlich erleichtert wird, offenbart einerseits die Motivationen für Handwerkerbünde und andererseits deren Auswirkungen auf das alltägliche Leben im mittelalterlichen städtischen Handwerk.

In den folgenden Abschnitten wird der gewerbewirtschaftliche Aspekt exemplarisch unter der Prämisse des "innerzünftigen Konkurrenzgleiches" (S. 104) behandelt.⁹ Dabei sucht Göttmann die Bedeutung von Betriebsgröße, Herstellungsvorschriften, Rohstoffbezug und Produktenabsatz für die Funktionsweise und Existenz der Zünfte zu ergründen. Festlegungen zu sittlichen, religiösen und soziokulturellen Fragen waren, wie die vorliegende Arbeit zeigt, in den Bundesbriefen kaum enthalten; die betreffenden Bestimmungen differierten in den lokalen Urkunden so stark, daß sie sich nicht in den Bundesdokumenten niederschlagen konnten.

Ein weiterer Teil der Untersuchung ist der Organisation der Handwerkerbünde gewidmet, wobei deren Zustandekommen, Wesen, Geltungsdauer, Mitgliedschaft, Finanzverhältnisse, deren Rechtsverhältnisse und -verbindlichkeiten sowie Gerichtsbarkeit behandelt werden. Von besonderem Interesse sind die Ergebnisse, die Göttmann über das Beschäftigungsverhältnis der Gesellen vor dem Hintergrund der sozialen Bedingungen der mittelalterlichen Gesellschaft bietet. Obwohl er die Ansicht vertritt, daß sich das Wesen der Handwerkerbünde wie auch der Gesellenverbände im Untersuchungszeitraum "keinesfalls mit deren häufig in der Forschung bezeugenden Charakterisierung als Klassenkampfverband verträgt" (S. 30), enthalten seine Ausführungen über Beschäftigungs- bzw. Einstellungsverbote, über die Anzeigepflicht des Meisters, über den Streitaustrag, über Dingtermin und -dauer, über Vertragsende und vertragswidrige Kündigung durch den Gesellen usw. genügend Material, das eine derartige Kennzeichnung stützt. Die Handwerkerbünde waren geradezu für solche Zwecke geschaffen worden, denn "der überlokale Rahmen ... bot ... größere Aussicht auf Erfolg und Durchsetzung" (S. 29) bestimmter repressiver Maßnahmen gegen die Interessen der Gesellen und Lehrlinge. Sie waren somit ein Instrument, das den Meistern einer Stadt oder einer bestimmten Zunft half, ihre

8 Eine wertvolle Ergänzung des Zahlenmaterials über die Löhne von Handwerksgesellen bietet neuerdings Dirlmeier, Ulf, Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten in oberdeutschen Städten des Spätmittelalters, Mitte 14. bis Anfang 16. Jahrhundert, Heidelberg 1978, S. 121 - 128 = Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philologisch-historische Klasse, Nr. 1/1978.

9 Vgl. dazu aus marxistischer Sicht Laube, Adolf, Wirtschaftliche und soziale Differenzierung innerhalb der Zünfte des 14. Jahrhunderts. Dargestellt am Beispiel mecklenburgischer Städte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1957, S. 1181 - 1197.

Zielvorstellungen zu verwirklichen. Auf die Entstehungsursachen der Handwerkerbünde wird nicht eingegangen, obwohl dazu ausreichend Material angehäuft wurde. Dieses Material läßt durchaus Schlüsse zu: Einerseits verursachten die Spezialisierung in den Handwerken und damit eng verbunden die vermehrte Entstehung von Mischzünften, deren Mitglieder unterschiedlichste Berufe ausübten (S. 181), sowie der sich anbahnende Übergang zu manufakturähnlicher Kooperation und Kombination in der Produktion neuartige soziale Beziehungen zwischen Meister und Geselle. Der der Zunft innewohnende Zwang und der ihr Wesen ausmachende reglementierende Charakter führten die Meister andererseits dazu, Bestimmungen über Produktionsbeschränkungen, die Kontrolle von Qualität und Mengen der Rohstoffe und Waren über den städtischen Rahmen hinaus schriftlich zu fixieren und ihnen damit überregionalen Charakter zu verleihen. Auch diese Erscheinung war letztlich Ausdruck einer Depression in der städtischen Entwicklung, der ein Bevölkerungs- und Produktionsrückgang folgte. Darin eingebettet bildeten wohl die sich zuspitzenden sozialen Gegensätze in Zunft und Stadt und die daraus resultierende Zunahme der sozialen innerstädtischen und -zünftigen Bewegungen Gründe dafür, daß sich die Meister überregional in zunftähnlichen Organisationen zusammenschlossen.

Widerspruch fordern auch Ausführungen Göttmanns über den integrativen Charakter der Handwerkerbünde, das heißt über die wirtschaftlichen wie sozialen Verflechtungen zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen gegenüber jeweiligen Eigeninteressen sowie die Fürsorge- und Patronatspflicht des Meisters als sozialen Ausgleichsfaktor, heraus. Hier gerät Göttmann in Gegensatz zu seiner eigenen Feststellung, daß "die Tatsache der Struktur- und Konjunkturkrise des spätmittelalterlichen Handwerks die Schließung der Handwerke zur Folge hatte" (S. 35) und dies "sich in der verschlechternden sozialen Lage der Gesellschaft" (S. 29) äußerte.

Außerdem sind die Ausführungen über die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen Gesellen und Meistern so umfangreich und bedeutsam, daß sie den gewählten logischen Aufbau der Darstellung durchbrechen. Der allmähliche Übergang vom Zeit- zum Stücklohn in einzelnen Handwerken (Hutmacher, Seiler, Armbruster, Pergamenter, Bender, Hosenstricker) kennzeichnete jene Zeit, in der die Gesellen und Knechte aus dem Meisterhaushalt auszuschneiden begannen. Aus den zünftlerischen Beschränkungen, die auf der einen Seite vor allem durch einen allgemeinen Produktionsrückgang und auf der anderen Seite auch durch die der zünftlerischen Produktion und Organisation innewohnenden Grenzen hervorgerufen worden sind, ergaben sich familienrechtliche Konsequenzen für die Gesellen. Das höhere Entgelt in Form von Stücklohn, der den Handwerksmeister wirtschaftlich entlastete, war notwendig geworden, damit der Geselle einen eigenen Hausstand gründen konnte. Dabei entstanden dann hinsichtlich der Handwerksproduktion "Ausgangspunkte zur verlegerischen Produktionsweise" (S. 49). Diese Ansätze werden nochmals im gewerbewirtschaftlichen Abschnitt, unter dem Punkt Betriebsgrößen, bei der Erörterung der Gesindeleihe und der Zusammenarbeit der Zunftmeister berührt (S. 113 ff.).

Göttmann folgt Rörigs¹⁰ Argumentation zum Charakter der mittelalterlichen Wirtschaftszustände und räumt dessen Theorie von der mittelalterlichen Welt-

10 Vgl. Rörig, Fritz, Mittelalterliche Weltwirtschaft. Blüte und Ende einer Weltwirtschaftsperiode, in: derselbe, Wirtschaftskräfte im Mittelalter, Weimar 1959, S. 351 - 391.

wirtschaft gegenüber Büchers¹¹ Theorie von der geschlossenen Stadtwirtschaft den Vörlzug ein (S. 239). Ebenso schließt er sich Bosls¹² modifizierter, relativierter Auffassung von einem gemäßigten, oftmals auf das sogenannte öffentliche, städtische Wohl gerichteten Gewinnstreben an, was zugleich eine Absage an Sombarts¹³ Nahrungstheorie bedeutet (S. 94 f.). Die überregionale Zusammenarbeit der Handwerksmeister als Folge entsprechender Wirtschaftsbeziehungen (Absatz, Rohstoff; vgl. S. 236) und das profitorientierte Erwerbsstreben, das heißt "eine auf möglichst weitgehenden Reinertrag gerichtete Gesinnung" (S. 95), seien für die spätmittelalterlichen wirtschaftlichen Verhältnisse kennzeichnend gewesen. Das Erwerbsstreben habe sich im Lohnrücken (S. 51) und anderen Formen, das Einkommen der Gesellen einzuschränken (S. 55 f.), gezeigt. Nach der Reformation habe der Wegfall einiger katholischer Festtage und des sogenannten blauen Montags zu einer Verlängerung der Arbeitszeit geführt (S. 56 ff.), was ebenfalls dem Erwerbsstreben der Meister entgegengekommen sei. Auch bei der Preisgestaltung (S. 95, 97) habe, entgegen obrigkeitlicher Preisreglementierung, diese Tendenz zum Ausdruck kommen können.

Allerdings werden die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Handwerksmeister gegenüber den Gesellen wie auch gegenüber den Kaufleuten in der vorliegenden Arbeit nur indirekt deutlich. Die Beziehungen des zünftigen Handwerks zu den einheimischen wie zum Teil auch zu auswärtigen Kaufleuten werden nur wenig herausgearbeitet. Es würde sich in Anbetracht des dargebotenen Faktenmaterials (S. 123, 129 f., 138 usw.) sicher lohnen, dieser Seite mehr bzw. überhaupt Beachtung zu verschaffen.

Von Interesse ist schließlich auch die Frage, wie die Handwerkerbünde verfassungsrechtlich in der spätmittelalterlichen/frühneuzeitlichen Gesellschaft verankert waren. Da sie mit ihren Vereinbarungen vorwiegend städtische und da vor allem wirtschaftliche Interessen berührten, stießen sie kaum mit den landesherrlichen Gewalten¹⁴ zusammen. Erst die merkantilistisch-kameralistischen Bestrebungen des sich entwickelnden territorialstaatlichen Absolutismus des 16. und 17. Jahrhunderts bekämpften bestimmte Seiten der behandelten Verbände (S. 239 f.). Göttmann wertet diese Entwicklung nur skizzenhaft in der Zusammenfassung und läßt dabei den in jener Zeit wohl überwiegend reaktionären Charakter der zünftlerischen Produktionsweise und -organisation außer acht.¹⁵ Soweit ihre Organisation und Tätigkeit einzelstädtische Interessen berührten, vergewisserten sich die lokalen Zünfte und Meister der Unterstützung durch ihre Stadträte, deren nachträgliche Zustimmung erforderlich war, damit Zunftbeschlüsse Gültigkeit erlangen konnten (S. 167 ff.). So ordneten sich die Handwerkerbünde organisch in die städtische Verfassung ein. Ihre Bestrebungen

11 Vgl. Bücher, Karl, Die Entstehung der Volkswirtschaft. Vorträge und Versuche, 5. vermehrte u. verbesserte Aufl. Tübingen 1906.

12 Vgl. Bosl, Karl, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 1, 9. Aufl. Stuttgart 1970, S. 694 - 835.

13 Vgl. Sombart, Werner, Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, 6. Aufl. München/Leipzig 1924.

14 Vgl. Eiler, Klaus, Handwerk und Landesherrschaft im Territorium zwischen Mosel und Nahe bis zur zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, Bad Kreuznach 1976 = Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Kreuznach, Nr. 3.

15 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 1, 5. Aufl. Berlin 1976, S. 271 ff.

decken sich in sozialer wie wirtschaftlicher Hinsicht offensichtlich mit den Interessen der Stadträte. Jedenfalls sind städtische Verbote solcher Bünde bzw. ihrer Beschlüsse nicht bekannt.

Bedauerlich ist, daß Göttmann einschlägige Arbeiten von Stieda¹⁶, Held¹⁷ sowie Frensdorff¹⁸ nicht in die Betrachtung einbezog und lediglich Untersuchungen von Fritz Rörig¹⁹ auswertete. So unterblieb der sicher reizvolle und wohl auch nutzbringende Vergleich mit den Verhältnissen in Norddeutschland, das heißt mit den Verhältnissen im Wirtschaftsraum der Städtehanse. Ein solcher Vergleich bietet sich bei der Ähnlichkeit zwischen den vereinbarten Bestimmungen in beiden Wirtschaftsräumen an, wobei die andersgeartete wirtschaftliche Struktur des Hanseraumes - vorwiegend Zwischenhandel und darauf ausgerichtete Handwerkszweige - zu beachten ist. Schon ein grober Überblick macht deutlich, daß die rechtliche und organisatorische Stellung der mittelrheinischen Handwerkerbünde anders gewesen ist als vor allem die der wendischen Vereinbarungen über das Handwerk. Letztere wurden zwar auch erst durch die Stadträte der hansischen Mitgliedsstädte legitimiert bzw. gebilligt, aber sie besaßen im Rahmen des Städtebundes eine gewichtigere Position. Die Versammlungen und Rezesse der betreffenden Handwerkszweige wurden ergänzt durch die in der Konsolidierungsphase der sechziger Jahre des 14. Jahrhunderts einsetzenden Beratungen der hansischen Ratssendeboten auf den Gesamt- und Regionalhansetagen über Probleme des Handwerks. Damit erlangten die Angelegenheiten des Handwerks einen höheren Stellenwert und Beschlüsse, die sich darauf bezogen, eine größere Wirksamkeit.

Die Hanse beschäftigte sich mit dem Handwerk aber nur in dem Maße, wie Zwischenhandel, Exportgewerbe und Handelshilfsgewerbe von ihm betroffen waren. Der alles beherrschende Zwischenhandel im hansischen Raum bot sowohl den größeren Rahmen als auch den tragenden ursächlichen Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit der Handwerksmeister. Die separaten Beratungen der Handwerker wie auch die entsprechenden Beschlüsse der hansischen Ratssendeboten vollzogen sich im Rahmen eines Städtebundes und hatten in ihm Gültigkeit. Anders verhielt es sich hingegen mit den mittelrheinischen Handwerkerbünden. Zwar ist der Arbeit Göttmanns keinerlei direkter Bezug zwischen den Handwerkerbünden des 14. Jahrhunderts und den zeitgenössischen rheinischen Städtebünden zu entnehmen. Aber die Bundesbriefe²⁰ der Bäcker vom 14. September 1352, der Lohgerber vom 24. Juli 1390, der Schmiede vom 13. Mai 1383 und

16 Vgl. Stieda, Wilhelm, Hansische Vereinbarungen über städtisches Gewerbe im 14. und 15. Jahrhundert, in: Hansische Geschichtsblätter, Nr. 17, 1888.

17 Vgl. Held, Otto, Hansische Einheitsbestrebungen im Maß- und Gewichtswesen bis zum Jahre 1500, in: ebenda, Nr. 44, 1918.

18 Vgl. Frensdorff, Ferdinand, Das Zunftrecht insbesondere Norddeutschlands und die Handwerkerlehre, in: ebenda, Nr. 34, 1907; Techen, Friedrich, Etwas von der mittelalterlichen Gewerbeordnung, insbesondere der wendischen Städte, in: ebenda, Nr. 25, 1897.

19 Vgl. Rörig, Fritz, a. a. O.; derselbe, Die europäische Stadt und Kultur des Bürgertums im Mittelalter, 4. ergänzte Aufl., Göttingen 1964; derselbe, Territorialwirtschaft und Stadtwirtschaft, in: Wirtschaftskräfte im Mittelalter, a. a. O.

20 Vgl. Frankfurter Zunfturkunden bis zum Jahre 1612, hg. u. eingeleitet v. Benno Schmidt, Bd. 2, Frankfurt (Main) 1914, S. 359 - 362, 380 - 382, 390 - 392; Göttmann, Frank, Handwerk und Bündnispolitik, Die Handwerkerbünde am Mittelrhein vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, Wiesbaden 1977, S. 281.

der Kessler vom 4. Juli 1377 kann man in Verbindung mit administrativen und ökonomischen Aktivitäten der jeweiligen Stadträte im Rahmen der wetterauischen, rheinischen oder rheinisch-schwäbischen Städtebünde sehen. Wie Göttmann bei vergleichender Betrachtung feststellte, deckten sich die Territorialbereiche der Handwerkerbünde weitgehend mit denen der regionalen Landfrieden (S. 17). In den städtebündischen Bestrebungen und den Stadtrechtbeziehungen sieht er nur Voraussetzungen für die von ihm konstatierten Aktivitäten der Handwerker (S. 14 f.) in späterer Zeit.

Weitaus deutlicher, als dies nach Göttmann bei den mittelrheinischen Handwerkerbünden der Fall zu sein schien, kam bei den hansischen Vereinbarungen die Zielrichtung zum Ausdruck. Dies zeigt sich bereits im ersten nachweisbaren Hanserezeß, der auf das Jahr 1321 zurückgeht.²¹ Die wendischen Städte einigten sich über die "gleichmäßige Behandlung der Böttchergesellen".²²

In den hansischen Vereinbarungen, so glaube ich aus einem groben Vergleich schließen zu können, sind mehr Herstellungsvorschriften zu finden als in den mittelrheinischen Bundesbriefen. Nicht verwunderlich ist in dieser Hinsicht die enge Verbindung jener Rezeßteile, die die Handwerker betreffen, mit denjenigen über die Handelstätigkeit der hansischen Kaufleute. Gleichbleibende Größe, Menge pro Einheit und Qualität der handwerklichen Produkte stellten wichtige Bedingungen dar, die der Kaufmann an absetzbare Waren stellen mußte. Zugleich forderte die beträchtliche räumliche Ausdehnung des hansischen Zwischenhandels Bestrebungen, die auf einheitliche Maße und Qualität abzielten. Es lag vor allem auch im Interesse des hansischen Kaufmanns, daß erstens für einen relativ großen Raum einheitliche Maße und Gewichte galten und daß zweitens eine relativ gesicherte Garantie für die Einhaltung, das heißt für die Dauerhaftigkeit der Beschlüsse über die handwerkliche Produktion, bestand. Im Zusammenhang mit Göttmanns Feststellung (S. 123 ff., 130 ff.), daß sich vor allem für den Markt produzierende Handwerke regional zusammenschlossen, ist Stiedas Hinweis beachtenswert, daß "diese Handwerke einen von der gewöhnlichen Organisation abweichenden Charakter aufwiesen"²³. Stieda umriß diesen Charakter als "hausindustriell"²⁴.

Diese Handwerke im hansischen Raum hatten eine enge Gemeinschaft mit den Kaufleuten, die immer mehr den Charakter einer Abhängigkeit der Handwerker von den Kaufleuten annahm. Die hansischen Kaufleute fungierten bei diesen Beziehungen sowohl als Abnehmer und Rohstofflieferanten als auch als Kreditoren und Auftraggeber. Göttmann konnte dagegen für seinen Untersuchungsbe- reich feststellen, daß sich die Handwerkerbünde gegen solche Zusammenarbeit durch Beschlüsse über gemeinsamen Rohstoffbezug (S. 127) seitens der Zünfte und Meister sowie durch Regelungen des Absatzes (S. 130) erfolgreich zur Wehr setzten.

Alles in allem leidet die vorliegende Veröffentlichung darunter, daß ihre Literaturbasis zu schmal ist. So hätte bei Auswertung einer einschlägigen Arbeit von Frensdorff²⁵ und anderen älteren Untersuchungen besonders der Abschnitt über die sittlichen, religiösen und soziokulturellen Aspekte beträchtlich erweitert werden können. Die zu schmale Literaturbasis, die zu starke Beschränkung auf regionale Aspekte beeinträchtigt die verallgemeinernden Wertungen.

21 Hanserezeße, hg. durch die historische Commission bei der Königlichen Academie der Wissenschaften, Abt. I, 1, Leipzig 1870, Nr. 105 - 110.

22 Vgl. Stieda, Wilhelm, a. a. O., S. 106.

23 Ebenda, S. 127.

24 Ebenda, S. 112.

25 Vgl. Frensdorff, Ferdinand, a. a. O., passim.

Negativ wirkt sich auch die voluntaristische Periodisierung aus, die den wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Umbruch zum Ende des 15. Jahrhunderts²⁶ nicht berücksichtigt. Ebensowenig wie Stieda erfaßt Göttmann die wirtschaftlichen, sozialen und politisch-religiösen Veränderungen, die sich damals vollzogen.

Positiv ist zu vermerken, daß die Arbeit einen sehr guten Einblick in die wirtschaftliche und soziale Stellung der Gesellen für ein größeres Wirtschaftsgebiet gibt. Es wird gezeigt, wie sich diese Stellung im 14. und 15. Jahrhundert veränderte.

Besonders aber die Erörterungen über die wirtschaftsorganisatorischen und sozialen Funktionen der Zünfte und deren Bedeutung für den mittelrheinischen Raum bereichern unsere Kenntnis über mittelalterliche Handwerkervereine. So entstand auf dem Boden eines pragmatischen Neopositivismus eine Arbeit, die durch ihren Materialreichtum und ihren Gegenstand trotz theoretischer Schwächen einen festen Platz in der historischen Literatur einnehmen wird. Als besonders wertvoll ist der Tabellenanhang hervorzuheben, da er die Arbeit mit der Monographie erleichtert.

26 Vgl. Stern, Leo/Voigt, Erhard, Deutschland in der Epoche des vollentfalteten Feudalismus von der Mitte des 13. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, 2. veränderte Aufl. bearbeitet v. Johannes Schildhauer, Berlin 1976, S. 98 ff. = Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 2/3.

Zu einigen Problemen der antiken Stadtentwicklung im römischen Imperium
Gedanken zu

Charles Ebel, *Transalpine Gaul. The Emergence of a Roman Province = Studies of the Dutch Archaeological and Historical Society, Bd. 4* (im folgenden: I)

E. J. Brill Publisher, Leiden 1976, X und 113 Seiten,
Preis: 32, - hfl

Robert Scranton/Joseph H. Shaw/Leila Ibrahim, *Kenchreai. Eastern Port of Corinth, Bd. 1: Topography and Architecture* (im folgenden: II/1)

E. J. Brill Publisher, Leiden 1978, XXI und 154 Seiten,
47 Zeichnungen, 6 Pläne, 56 Tafeln mit 148 Abbildungen,
Preis: 250, - hfl

Leila Ibrahim/Robert Scranton/Robert Brill, *Kenchreai. Eastern Port of Corinth, Bd. 2: The Panels of Opus Sectile in Glass* (im folgenden: II/2)

E. J. Brill Publisher, Leiden 1976, XXVIII und 275 Seiten,
54 Zeichnungen, 231 Abbildungen, Preis: 230, - hfl

Walter O. Moeller, *The Wool Trade of Ancient Pompeii = Studies of the Dutch Archaeological and Historical Society, Bd. 3* (im folgenden: III)

E. J. Brill Publisher, Leiden 1976, XII und 119 Seiten,
8 Abbildungen, 10 Tafeln, Preis: 84, - hfl

von Hagen Fischer

Die vorliegenden Bücher verfolgen unter zwei Gesichtspunkten ähnliche Absichten. Sie bemühen sich erstens, ihrem Leserkreis archäologische Forschungsergebnisse nahezubringen. Zwei von ihnen - Teilwerke einer Reihe, aus deren Titel schon dieses Vorhaben hervorgeht - versuchen, Ausgrabungsberichte in einen größeren, allgemeinhistorischen Rahmen zu stellen. Die Veröffentlichungen über Kenchreai schließlich publizieren in Wort und Bild Ergebnisse einer Grabungsexpedition, die sich seit 1961, dem Jahr der Vorbereitung, über nahezu zehn Jahre hinzog.

Die zweite Gemeinsamkeit: Alle vier Bände widmen sich der Untersuchung wichtiger antiker Städte und damit Zentren des Handels und Gewerbes - ein Zusammenhang, der von Moeller (III, S. 5)¹ prononciert herausgehoben wurde.² Die-

1 Vgl. dazu auch Fischer, Hagen, Zur Entwicklung der Produktivkräfte in der späten römischen Republik, in: *Klio* (im Druck).

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher, die durch römische Zahlen gekennzeichnet sind.

ses gemeinsame Anliegen ergibt sich in der zuerst genannten Arbeit zwar nicht ohne weiteres aus dem Titel, doch kann ihr Inhalt, ohne wesentliche Passagen unberücksichtigt zu lassen, so zusammengefaßt werden: Ebel kommentiert in wesentlichen Partien Ereignisse, die mittel- oder unmittelbar die einstige griechische Kolonie Massilia betreffen. Das zeigen schon die der Einleitung (I, S. 1 - 4) folgenden beiden Kapitel "Massilia and Rome before 390 B. C." (I, S. 5 - 15) und "Rome, Massilia and Carthage" (I, S. 16 - 25). Konsequenterweise endet Ebels Buch mit der Eroberung Massilias durch die Römer unter Cäsar (I, S. 102). Unter diesem Gesichtspunkt, das heißt zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Rom und Massilia, sollen auch einige Gedanken zu dieser Abhandlung geäußert werden, was um so berechtigter ist, als sie weitgehend aus römischem Blickwinkel abgefaßt wurde. Die Entwicklung im umliegenden transalpinen Gallien wurde von Ebel nur insoweit einbezogen, als es notwendig war, "das Entstehen einer römischen Provinz" - wie der Untertitel lautet - herauszuarbeiten.

Chronologisch gerade dort, wo Ebels Werk endet, beginnt die Darstellung über Kenchreai, nämlich mit der Zeit seines Wiederaufbaus unter Cäsar; die Bedeutung der Stadt in griechisch-hellenistischer Zeit wird nur ganz gelegentlich gestreift. Der zeitliche Schwerpunkt von Moellers Monographie über Pompeii liegt etwas später, also in den letzten Jahren vor seinem Untergang.

Damit deutet sich - vergleicht man die Entwicklung aller drei Städte - eine weitere Gemeinsamkeit an. Zwei von ihnen wurden durch die Römer erobert: Korinth (zusammen mit Karthago) im Jahre 146 v. u. Z. unter schwersten Zerstörungen, Massilia 49 v. u. Z., während Pompeii im Jahre 79 u. Z. durch ein Erdbeben vernichtet wurde. Die Stadt wurde völlig unvorbereitet von einem Lava- und Ascheregen überschüttet, alles Leben und Treiben schlagartig ausgelöscht. Mit Hilfe moderner technischer und wissenschaftlicher Methoden wurde sie freigelegt, und es gelang der Archäologie und ihren Hilfswissenschaften, ein nahezu lückenloses Bild vom Leben einer mittleren antiken Stadt nachzuzeichnen.

Den drei genannten Ereignissen ging eine Zeit voraus, die nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich durch wesentliche ökonomische Verschiebungen im Mittelmeerraum gekennzeichnet war. Im 7./6. Jahrhundert v. u. Z. hatten neben phönikischen besonders etruskische und griechische Städte mit ihrem entwickelten Handel und Gewerbe den Mittelmeerraum beherrscht; gerade für die nordwestlichen Teile haben archäologische Ausgrabungen einen ertragreichen Tauschverkehr von Etrurien ins südliche Gallien nachgewiesen (I, S. 10). Dabei muß man berücksichtigen, daß noch im beginnenden 4. Jahrhundert v. u. Z. Rom ökonomisch keine bedeutende Stadt war, "sicherlich unbedeutender als einige von den größeren griechischen Städten in Italien und Sizilien" (I, S. 15). Das zeigt beispielsweise das Verhalten des wohl wichtigsten Güterumschlagplatzes im südgallischen Raum, Massilia. Die Stadt hatte zwar im Jahre 390 v. u. Z. einen Vertrag mit Rom abgeschlossen, der ihr wesentliche ökonomische Vorteile bei der Abwicklung von Geschäften in Rom selbst bot, doch im ersten Punischen Krieg versuchte Massilia sich wenigstens neutral zu halten, Rom also nicht zu unterstützen (I, S. 15). Das ist vielleicht damit zu erklären, daß ihr Karthago als Handelspartner doch wesentlich wichtiger erschien als Rom. Dieser ökonomische Faktor dürfte für das Verhalten Massilias mindestens ebenso ausschlaggebend gewesen sein, wie angebliche ältere Vertragsbindungen zu Karthago, die Massilia zur Aufrechterhaltung des Friedens bewogen haben könnten (I, S. 15). Eine entscheidende Schwerpunktverlagerung erfolgte jedoch als Folge des zweiten Punischen Krieges und der ihm nachfolgenden militärischen Ereignisse. Rom war zur stärksten Macht im Mittelmeerraum geworden, übernahm da-

mit die Handelsverbindungen der unterworfenen griechischen und etruskischen Städte und schließlich den Handel im gesamten Mittelmeerbecken. Die noch verbliebenen, meist nur dem Schein nach unabhängigen hellenistischen Reiche im östlichen Mittelmeerbecken spielten politisch keine Rolle mehr und wurden ökonomisch von Rom beherrscht; ihr Warenverkehr lag in den Händen römischer Kaufleute; ihr Haushalt wurde von römischen agentes rücksichtslos ruiniert, die Bevölkerung teilweise verschleppt und als Sklaven überwiegend nach Italien, besonders nach Rom, verkauft. In diesem Zusammenhang erscheint die Feststellung Ebels, es sei sicher, daß der auswärtige Handel größtenteils durch die griechischen - nun italisch genannten - Konförderaten Roms abgewickelt worden sei (I, S. 18), auch schon für die Zeit unmittelbar vor dem zweiten Punischen Krieg als etwas einseitig. Wenn Ebel weiter meint, daß eben diese italisch genannten, also griechischen Händler nicht ohne Erfolg ihre Forderungen an die Adresse der römischen Administration gerichtet hätten, wie die Kriege Roms gegen die illyrischen Piraten (229 v. u. Z.), die Ligurer (180 v. u. Z.) und die Balearen (123 v. u. Z.) bewiesen hätten, übersieht er wohl die Folgen der grundlegenden Kräfteveränderungen dieser Zeit. Gewiß waren die genannten militärischen Aktionen nicht nur von politischen Motiven geprägt, obwohl den Illyrern beispielsweise Sympathien für Hannibal im zweiten Punischen Krieg nachgesagt wurden. Ob zu Recht oder nicht steht dahin: Durch ihre Aktionen schädigten sie objektiv Rom, beunruhigten sie die Adria, was sich zwangsläufig auch ökonomisch auswirken mußte. Doch wenn Rom Kriegszüge gegen Illyrien führte, dann nicht in erster Linie wegen der Klagen, die die von Hause aus griechischen Händler vorbrachten, sondern weil Roms Interessen das erforderten. Es ist davon auszugehen, daß Rom zunächst politisch, aber, wie oben gezeigt, als dessen Folge auch ökonomisch zum Zentrum Italiens wurde. Der weitere Ausbau des Hafens von Rom, Ostia, geht nicht zufällig nahezu zeitgleich mit dem rapiden Ausbau der Hauptstadt selbst einher.³ Von diesem sich rasch entwickelnden "Bedarfszentrum Hauptstadt" profitierten natürlich auch Handel und Gewerbe in den ehemals griechischen Städten Italiens, zum Teil als direkte Zulieferer für Rom, zum Teil als Vermittler von Verbindungen zu anderen, meistens von Rom noch nicht unterworfenen, aber in engem Kontakt zu ihm stehenden Gebieten.

Andererseits ist auch folgender Gesichtspunkt zu berücksichtigen: Dank eben der wirtschaftlichen Impulse, die von Italien und besonders Rom als Mittelpunkt eines immer größere Territorien erobernden Staates ausgingen bzw. umgekehrt empfangen wurden, konnte Rom zweifellos einzelne in Italien und außerhalb gelegene Städte nicht ohne weiteres dadurch als Konkurrenten ausschalten, daß es diese unterwarf bzw. von sich abhängig machte. Hierzu gehörte Capua, dessen weitreichende Handelsverbindungen durch Ebel von archäologischer Seite gewürdigt werden (I, S. 19). Zu ergänzen wäre, daß auch die klassischen Schriftsteller die Fruchtbarkeit des kampanischen Landes und den Gewerbefleiß erwähnen und entsprechend den Reichtum, der in seinem Zentrum Capua zusammenkam, lobten⁴. Doch so wichtig eine Hervorhebung der Tatsache ist, daß auch im 3./2. Jahrhundert v. u. Z. und später die Stadt Rom keineswegs der alleinige ökonomische Mittelpunkt Italiens - sei es auf agrarischem oder gewerblichem Gebiet - war, so muß man andererseits in mindestens gleichem Maße darstellen, daß Rom sich immer mehr anschickte, diese Position zu erkämpfen - mit politischen wie wirtschaftlichen Mitteln. Dieser Vorgang wird von Ebel - eigentlich unverständlicherweise - nicht genügend betont, obwohl er doch für das von ihm ge-

3 Vgl. Meiggs, R., Roman Ostia, Oxford 1960, S. 29 ff.

4 Vgl. u. a. Cicero, De lege agraria 2, 91; Cato, De agri cultura 135.

nante Capua geradezu symptomatisch ist, Capua war im zweiten Punischen Krieg von Rom abgefallen und hatte sich den Karthagern unter Hannibal angeschlossen. Nach deren Niederlage wurde die Stadt von den Römern zurückerobert und zerstört und - als sie relativ rasch erneut zu einer ökonomischen Rivalin Roms zu werden drohte - als Kolonie mit römischen Siedlern belegt. Ein letzter Höhepunkt dieser Ansiedlungspolitik war die Zeit des Diktators Sulla, der vornehmlich seine Freigelassenen und Veteranen mit Wohnsitzen, bevorzugt in ehemals samnitischen Städten, versorgte⁵, so auch in Pompeii (III, S. 98 f.). Mit derartigen Maßnahmen wurde in der Regel zwar die Leistungsfähigkeit einer Stadt nicht gebrochen, "aber die ökonomisch wie politisch dominierenden Schichten waren integriert", also nicht mehr Konkurrenten in einem im wesentlichen von der Hauptstadt ausgehenden Wirtschafts- und Austauschsystem. Das gilt auch dann, wenn sich erweisen sollte, daß, etwa in Pompeii, die alte prä-sullanische Aristokratie "sich letztendlich teilweise behaupten konnte" (III, S. 99). Hier geht es nicht in erster Linie um demographische Forschungen, deren Ergebnisse in der Tat noch teilweise strittig sind (III, S. 99). Ausschlaggebend ist die Macht Roms - ein Umstand, den auch Moeller in seinem Spezialartikel zu Pompeii nicht ausreichend berücksichtigt.

Nach Erringung der politischen Vorherrschaft ergriff Rom auch eine Reihe von außenpolitischen Maßnahmen, die seine Entwicklung zum ökonomischen Zentrum stärkten, das immer weniger Nebenbuhler duldete. Hier fällt zunächst die grausame Zerstörung von Gegnern auf, die militärisch längst jede Bedeutung verloren hatten, aber nach wie vor von einflußreichen römischen Schichten als ökonomische Konkurrenten in Handel und Gewerbe gesehen wurden. So erfolgte die Vernichtung von Karthago und Korinth im Jahre 146 v. u. Z. - wie in der Forschung immer deutlicher herausgearbeitet wird - allein aus wirtschaftlichen Motiven. Man hat lange übersehen, daß Catos Agitation⁶ gegen das nordafrikanische Karthago wörtlich zu nehmen ist, seine "Lobreden" auf karthagische Produkte dem Zweck dienten, zum Krieg gegen einen Konkurrenten aufzurufen.

Wie muß man demgegenüber die Eroberung und Beseitigung der Unabhängigkeit Massilias durch Cäsar werten? Ebel sieht es so: "Als die römische Welt im Bürgerkrieg gespalten war . . . , machte Massilia den Fehler, Pompeius gegen Cäsar zu unterstützen. Die Stadt wurde nach harter Belagerung eingenommen" (I, S. 102). Es kann hier nicht diskutiert werden, ob man in Massilia zu Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Pompeius und Cäsar eine echte Wahl hatte, sich für einen der beiden Herrscher zu engagieren. Es wäre allerdings interessant zu fragen, wieweit für Massilia überhaupt eine Motivation bestand, die Unterstützung des einen oder anderen Prätendenten im Kampf um die Alleinherrschaft in Rom zu wünschen. Tatsächlich geht aus Caesar, *Bellum civile* 1, 35, hervor, daß man sich überhaupt heraushalten wollte; andererseits ist Clavel-Lévêque geneigt anzunehmen, daß die Sympathien der aristokratischen Stadt eindeutig dem Favoriten des Senats, also Pompeius, galten.⁷

Gemessen an der geringen Neigung anderer Städte - namentlich im kleinasiatisch-syrischen Raum -, sich aus eigenem Antrieb an diesen Auseinandersetzungen zu beteiligen, ist die Haltung von Massilia als bemerkenswert zu bezeichnen.

- 5 Appian, *De bellis civilibus* 1, 100, spricht von 23 Legionen, die entlassen und mit von Städten konfiszierten Ländereien belehnt worden sein sollen.
- 6 Plutarch, *Cato* 27, 1; *Cato, De bello Carthag.* Frg. 185; Plinius, *Naturalis historia* 15, 75; Vell. Paterculus 1, 12, 7.
- 7 Clavel-Lévêque, Monique, *Das griechische Marseille*, in: *Hellenische Poëis*, Bd. 2, Berlin 1974, S. 918.

zungen zu beteiligen, wird man aber diese rein politisch motivierte Sympathie nicht überbewerten dürfen. Allzu viele Städte wurden durch ökonomischen (Steuern, Aufbringen zusätzlicher Requirierungsleistungen usw.) bzw. militärischen Druck ganz einfach gezwungen, dem ihnen am nächsten stehenden Heerführer zu helfen, um im Falle seiner Niederlage natürlich noch härter ausgebeutet zu werden. Das trat häufig genug ein. Da diese Folgen bekannt waren, war die Gefahr für solche Städte, in deren Nähe sich derartige militärische Auseinandersetzungen abspielten, entsprechend groß.

Die Auswirkungen auf das soziale Leben waren oft einschneidend, die Möglichkeiten der Städte, ihre Funktion als Gewerbe- und Handelszentrum für Nahmarkt bzw. Fernverkehr aufrechterhalten zu können, in vielen Provinzen und auch natürlich in Italien selbst entsprechend unsicher. Dementsprechend wäre für eine Stadt wie Massilia (formal doch von Rom unabhängig) zweifellos die Wahrung der Neutralität am günstigsten gewesen, um nicht in eine innerrömische Rivalität mit hineingezogen zu werden, die - allein von der Zielrichtung her betrachtet - Massilias Handelsbeziehungen nicht unbedingt berühren mußte, ebenso nicht das soziale Leben der Stadt selbst. Schließlich zählte Massilia beide Kontrahenten zu ihren Schutzherren. Aber gerade neutral zu bleiben, erlaubte die Stellung Massilias gegenüber Rom nicht mehr. Erinnern wir uns: Noch während des ersten Punischen Krieges hatte Massilia nicht eingegriffen, was unter den gegebenen Umständen nur den Karthagern nützen konnte. Aber nicht erst durch die Eroberung der spanischen Stadt Sagunt durch die Karthager unter Hannibal und den folgenden Ausbruch des zweiten Punischen Krieges mußte diese Schaukelpolitik aufgegeben werden und Massilia aktiv die Partei Roms ergreifen: "Wir wissen . . . , daß Massilia nicht nur westlich der Rhone in Gallien Kolonien gegründet hatte, sondern auch südlich des Ebro in Spanien. Massilia wird an diesen griechischen Häfen großes kommerzielles Interesse gehabt haben. So ist es nur zu begründet, wenn man vermutet, daß, sobald diese Interessen durch karthagische Übergriffe (auf die Gebiete, in denen die Kolonien lagen - H. F.) bedroht würden, was in Spanien nach dem ersten Punischen Krieg in starkem Maße der Fall war, Massilia in Rom um aktive Hilfe nachsuchen würde . . ." (I, S. 20). Am Ende dieses Krieges, im Jahre 202 v. u. Z., war Karthago, wie bekannt, definitiv besiegt. Rom ging in viel nachhaltigerem Maße als vorher Karthago daran, Spanien zu erobern. Es wurden zwei Provinzen eingerichtet, in die - hier folgt Ebel der Darstellung von Livius 32, 27 (I, S. 45) - seit 197 v. u. Z. regelmäßig Statthalter entsandt wurden. Die reichen Silberminen wurden energisch ausgebeutet, eine große Anzahl von Sklaven sorgte für einen bis dahin nicht gekannten Edelmetallstrom vornehmlich nach Rom selbst, wo in großer Zahl Münzen geprägt wurden - ein weiteres Moment, durch das der Handel spürbar angekurbelt wurde. Wenn Ebel meint, durch römische Eroberungen hätte es keine substantiellen Veränderungen im Status der verschiedenen Stämme und Städte Spaniens gegeben (I, S. 45)⁸, unterschätzt er sicher die militärischen Auswirkungen etwa des Falles von Numantia - die Stadt wurde erobert und die Bevölkerung in die Sklaverei verkauft -, aber auch der folgenden militärischen und administrativen Maßnahmen Roms. Gewiß legte Rom Wert darauf, daß Gewerbe und Verkehr intakt blieben (I, S. 45 f.), doch sie dienten jetzt ausschließlich den Interessen Roms.

8 Dies widerspricht auch in gewisser Hinsicht den Feststellungen in I, S. 43; hier unterscheidet der Verfasser zwischen den Maßnahmen der Römer in den östlichen Provinzen, wo die Verhältnisse im wesentlichen belassen worden seien (so schon Rostovtzeff, M, I., Gesellschaft und Wirtschaft im Römischen Kaiserreich, Bd. 1, Leipzig o. J., S. 79) und ihrem Auftreten nach Eroberungen in westlichen Gebieten.

Die Folgen waren - langfristig gesehen - auch für Massilia einschneidend: Die Stadt war jetzt durch die römische Republik eingeschlossen; sie konnte keine unabhängige Politik mehr betreiben. Im Gegenteil: Sie mußte ständig römische Hilfe in Anspruch nehmen, etwa wenn gallische Völker Massilias weitreichende Handelsbeziehungen nach Norden störten oder die direkt von Massilia beherrschten Gebiete bedrohten. Ebel weist zu Recht auf Schwierigkeiten hin, die Grenzen der letzteren exakt abzustecken, da das Gelände Massilias sich nicht für Grabungen eignet, die Archäologie hier also wenig beitragen kann (I, S. 31). Immerhin kann Ebel sagen, daß griechische Güter, speziell aus Massilia, in den Regionen nördlich und westlich der Stadt überall zu finden waren, was vermuten läßt, daß diese Regionen in direkter ökonomischer und teilweise auch politischer Abhängigkeit von Massilia standen. Ebenso gebe es klare Belege von massilischem Gewerbe westlich der Rhone, die aber eine schwer bezwingbare natürliche Grenze gebildet habe. Deshalb glaubt Ebel, daß - sieht man von einigen befestigten Küstenplätzen ab - an diesem Fluß die effektive Kontrolle Massilias geendet habe (I, S. 37). Aber auch innerhalb dieses Gebietes war das gesamte Wohl und Wehe von Rom abhängig; die Einflußnahme Roms seit dem 2. Jahrhundert auch auf Gebiete jenseits der Alpen verstärkte diese Abhängigkeit nur noch. Ebel sieht diese Expansionspolitik zu Recht als Teil des großen territorialen Eroberungsstrebens nach dem Jahre 202 v. u. Z. Daß die Expansion jedoch meist mit friedlichen Mitteln geschehen sei (I, S. 41), muß wohl doch dementiert werden. In welchem starken Maße Rom Gewalt anwendete, wurde oben bereits anhand verschiedener Einzelheiten deutlich. Auf das von Ebel in dem Zusammenhang zu Unrecht herangezogene Beispiel der Annexion von Pergamon in Kleinasien (I, S. 41) soll hier hingewiesen werden; es wurde vom Rezensenten an anderer Stelle bereits ausführlicher charakterisiert⁹. Ähnlich wie bei der Behandlung der Folgen von Spaniens Eingliederung durch Rom bewertet Ebel wohl auch hier einige vordergründige Einzelheiten zu hoch; in diesem Falle geschieht das offenbar mit einem Testament des letzten pergamenischen Königs, worin tatsächlich die Römer als "Erben" seines Reiches eingesetzt wurden. Daß Ebel die ökonomischen Hintergründe nicht sieht, ist eigentlich erstaunlich - an anderer Stelle, in anderem Zusammenhang, nennt er sie sehr klar. Schon Mommsen, so heißt es dort, habe vermutet, daß das Auftauchen iberischer Münzen nördlich der Pyrenäen als Anzeichen römischer Administration in diesem Gebiet zu werten sei, noch bevor im Gebiet jenseits der Alpen offiziell Provinzen eingerichtet worden seien. Das verstärkte Auftauchen von Münzen sei also der Beweis für verstärkte geschäftliche Aktivitäten. "Andere archäologische Belege zeigen, nicht überraschend, daß Rom sowohl in der Transalpina als auch in Spanien im 2. Jahrhundert v. u. Z. engere ökonomische Bande knüpfte. Diese wirtschaftlichen Beziehungen waren ohne Zweifel größtenteils in den Händen der römischen Bundesgenossen und Massilia." Über die Möglichkeiten von Aktivitäten der von Rom unterworfenen italischen, ehemals griechischen Städte ist bereits das Nötige gesagt worden. Doch hören wir weiter: "Aber diese Leute waren oft Geschäftspartner der römischen Ritter" (I, S. 55). Mit anderen Worten: Rom hatte Gebiete, die es im 2./1. Jahrhundert v. u. Z. eroberte, längst vorher ökonomisch unterwandert. Die Ermordung von 80 000 römischen Einwanderern in der Provinz Asia (Pergamon) auf Geheiß eines ausländischen Königs konnte eben nur erfolgen, weil die Schicht der römischen Kaufleute, Steuerpächter usw. die bis dahin führenden griechi-

⁹ Fischer, Hagen, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kleinasien vom 2. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 2. Jahrhundert u. Z., in: Studien zur athenischen Sozialstruktur und römischen Wirtschaftspolitik in Kleinasien, S. 150 ff. = Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband 1977, S. 150 ff.

schen Händler dort verdrängt, die Gewerbetreibenden, Bauern usw. ruiniert hatte, was zu harten, sozialen Konfrontationen geführt haben muß, die sich in diesem "Racheakt" entluden. Insofern - und nicht etwa in der friedlichen Durchdringung des Gebietes durch Rom - ist die Art der Einflußnahme in Kleinasien (hier ist auch an Bithynien, Galatien usw. zu denken) und Gallien durchaus vergleichbar. Pergamon war schließlich von römischen Kaufleuten, Wucherern usw. so sehr durchsetzt, daß der letzte König offenbar keine Möglichkeit mehr sah, eine eigenständige Politik zu verfolgen, und einer gewaltsamen Eroberung zuvorkam, indem er sein Reich "übergab". Tat die herrschende Klasse diesen "letzten Schritt" nicht freiwillig, griff Rom nicht nur zu ökonomischer Erpressung und politischer Intrige, sondern zum Schwert - siehe die unendliche Kette kriegerischer Maßnahmen in jener Zeit -, aber immer erst dann, wenn die ökonomische Unterwanderung weit genug vorangeschritten war. Nicht umsonst wurden (angebliche oder echte) Angebote zum Antritt der Erbfolge aus dem Ptolemäerreich nicht sogleich von Rom angenommen, sondern erst, nachdem die Römer auch hier die Finanzpolitik des Reiches nahezu vollständig unter ihre Kontrolle gebracht hatten.

Das war nicht wesentlich anders im Falle von Massilia. Ebel erwähnt selbst noch eine Fülle von Eingriffen Roms in die Autonomie Massilias - militärischer wie ökonomischer Art (so den Ausbau des Rhonekanals unter Marius im Jahre 102 v. u. Z. /I, S. 35/; die römische Benutzung der Straße von Massilia zu den Pyrenäen /I, S. 62/ usw.). Massilia konnte selbst Anfang der siebziger Jahre des 1. Jahrhunderts v. u. Z. Rom während der Gallischen Kriege wichtige Dienste leisten (I, S. 100); sobald aber diese Kämpfe im wesentlichen beendet, die Gebiete nördlich der Alpen nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch integriert waren, brauchte Rom den Handel einer ohnehin nur noch scheinunabhängigen Stadt in seinen iberischen bzw. gallischen Gebieten nicht mehr zu fördern, sondern konnte ihn in eigene Regie übernehmen und ausnutzen. Ein politischer "Fehler" Massilias war nur noch ein Anlaß dazu.

Wie schon im Zusammenhang mit dem Schicksal Capuas erwähnt, bezweckte die Eroberung einer vordem auf gewerblichem Gebiet und im Handel wichtigen Stadt durch Rom zwar die Beseitigung eines Konkurrenten, nicht aber in jedem Falle des Gemeinwesens schlechthin. Massilia blieb trotz seiner Kapitulation im Jahre 49 v. u. Z. eine wohlhabende, überwiegend mit griechischsprechender Bevölkerung besiedelte Polis.¹⁰ Selbst Karthago, einst von den Römern mit dem Fluch belegt, wurde wieder aufgebaut; schon Gajus Gracchus plante eine großzügige Kolonisierung mit römischen Bürgern. Das gleiche gilt für Korinth.

Über seinen östlichen Hafen Kenchreal liegt jetzt die Publikation der ersten beiden Bände von "Results of Investigations by the University of Chicago and Indiana University for the American School of Classical Studies at Athens" (Untertitel) vor. Zweck der Expedition war es unter anderem, nach Materialien zur Erforschung von Handelsbeziehungen zu suchen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der untersten Klassen (II/1, S. XVII) zu erforschen, ferner Einzelheiten einer Geschichte der Religion in Griechenland zusammenzutragen. Wirtschaftshistorisch interessant sind die beiden ersten Gesichtspunkte, zu denen aber in beiden Teilen mit den Untertiteln: "Topography und Architecture"

¹⁰ Clavel-Lévêque, Monique, a. a. O., S. 919, spricht etwas moralisierend von einem "lächerlichen, aber unvermeidlichen Schicksal". Zutreffender eine "völlig neue Phase" als *civitas foederata* nennt Philipp, H., Massalia, in: Realencyclopädie Pauly-Wissowa, Bd. 14, Stuttgart 1928, Sp. 2137, die weitere Geschichte der Stadt.

bzw. "The Panels of Opus Sectile in Glass" naturgemäß wenig gesagt werden konnte. Die relativ spärlichen Notizen darüber sollen hier kommentiert werden; eine endgültige Besprechung kann jedoch erst erfolgen, wenn das Gesamtwerk vorliegt.

Die Zeit des 2./1. Jahrhunderts v. u. Z. brachte, wie oben bereits angedeutet, einen vorläufigen Höhepunkt städtischer Entwicklung. Die einen solchen Aufschwung begünstigenden Faktoren stellten sich in viel stärkerem Maße noch im Prinzipat ein, als es den herrschenden Schichten Roms gelang, die politische wie ökonomische Krise, in welche die antike Produktionsweise am Ende der res publica geraten war, weitgehend zu überwinden, den Überbau zu stabilisieren. Die bürgerliche Literatur, welche die Friedenspolitik des Augustus, das heißt die Beendigung der Bürgerkriege, als Ursache preist, ist kaum mehr zu überblicken; kritische Einwände gegen eine einseitig auf eine Person ausgerichtete Betrachtungsweise wurden namentlich in der marxistischen Geschichtsschreibung erhoben. Auf eine Auseinandersetzung mit einzelnen Argumenten soll hier nicht eingegangen werden. Immerhin verdient ein Faktor besondere Aufmerksamkeit: Allein dadurch, daß im Prinzipat die ständigen militärischen Restriktionen ausblieben, die während der Bürgerkriege viele Gebiete in Mitleidenschaft gezogen, dort eine optimal mögliche Entwicklung und Nutzung vorhandener ökonomischer Ressourcen also verhindert hatten, konnten sich günstige Umstände für einen nochmaligen Aufschwung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel einstellen. Solche ökonomisch stimulierenden Faktoren wie die Einverleibung Ägyptens und Pannoniens sowie die weitere "Abrundung" der Besitzungen des Römischen Reiches in anderen europäischen, vorderasiatischen und afrikanischen Territorien verstärkten diese Tendenz. Dabei sind hier die Nahmarktbeziehungen, über deren Aufschwung ähnliches wie über den Fernhandel gesagt werden könnte, noch nicht einmal berücksichtigt worden.

Wenn gewöhnlich in diesem Zusammenhang die Qualität des römischen Landstraßennetzes gelobt wird, darf auch der entwickelte Seeverkehr nicht vergessen werden. Der Neuaufbau von Korinth ist ökonomisch folgerichtig hier einzuordnen. Über die wirtschaftliche Bedeutung des Osthafens sagen die Quellen, wie Scranton eingangs bemerkt (II/1, S. 1), nur wenig aus. Lediglich Strabo erwähnt Kenchreai als einen Hafen, von wo aus der Handelsverkehr mit Kleinasien abgewickelt wird (Strabo 8, 6, 21; § 380). Über den Umfang des Handels lassen sich anhand der vorgelegten archäologischen Einzelheiten nur über die umgeschlagenen Produkte einige Anhaltspunkte erschließen; verallgemeinerungsfähige Angaben werden nicht gemacht. Aus den Detailuntersuchungen an Bauten geht jedoch hervor, daß sich der Schwerpunkt des Neuaufbaus in der Zeit gleich nach der Wiedergründung Korinths noch unter Cäsar datieren läßt und besonders im 1. Jahrhundert u. Z. lag; ein Teil der Bauwerke läßt sich direkt in die Zeit des Augustus einordnen. Das gilt für Befestigungsbauten (II/1, S. 22), für Bauten an der Küste (II/1, S. 21) und für die Mole (II/1, S. 36 ff.) sowie für die bedeutenden Bauwerke zu religiösen Zwecken (II/1, S. 70 ff.). Die Folgen des Erdbebens vom Jahre 77 wurden rasch beseitigt (vgl. II/1, S. 71) - ein Zeichen für die kontinuierlich fortdauernde Bedeutung des Handels- und Umschlagplatzes im 1. und 2. Jahrhundert. Wie lange sie anhielt, wie stark die Krise des 3. Jahrhunderts den Umfang der Warenverladungen in Kenchreai beeinträchtigte, ist aus den gegebenen archäologischen Angaben nicht mit Sicherheit zu erschließen. So wird über die Speicher auf der Südwestseite des Hafens gesagt, es sei anzunehmen, daß sie während des Kaiserreiches fortwährend benutzt wurden, obwohl bei den Ausgrabungen keine Möglichkeiten gefunden wurde, ein Ausmaß von Verfall oder Aufschwung anzugeben (II/1, S. 44). Das gleiche gilt von ähnlichen Anlagen auf der Nordwestseite (II/1, S. 48). Funde von Töpferware seien Ausweis dafür, daß das Gebiet "von christlicher bis in späte klassische Zeit be-

nutzt worden" sei (II/1, S. 48). Verschiedene Heiligtümer erlebten gerade im 3. Jahrhundert eine Rekonstruktion (II/1, S. 70 f.). Doch steht der Annahme einer durchgehenden, nicht nachweisbar gebrochenen Prosperität das Zeugnis der Münzen entgegen, das ausschlaggebend sein dürfte. Die bei Ausgrabungen der inneren Uferstraße gefundenen Prägungen stammen überwiegend aus dem Zeitraum zwischen ausgehendem 1. Jahrhundert v. u. Z. und 1. Jahrhundert u. Z., die letzten aus dem 3. Jahrhundert u. Z. (II/1, S. 37). Noch aus dem 7. bis 11. Jahrhundert sind auf der Nordwestseite des Hafens byzantinische Tonwaren gefunden worden (II/1, S. 48). Die archäologischen Ausgrabungen dokumentieren aber auch, daß der Zustand des Hafenviertels bereits früher Anzeichen offensichtlichen Niederganges aufwies; offenbar wurden keine größeren Versuche mehr unternommen, verfallende Anlagen wiederherzustellen, der südliche Pier war als Ladeplatz von Schiffen wahrscheinlich überhaupt aufgegeben worden (II/1, S. 22). An anderen Stellen traten Verfallserscheinungen seit der Spätantike auf; gegen Ende des 6. Jahrhunderts dürfte der Hafen nahezu bedeutungslos gewesen sein (II/1, S. 51). Selbst kultische Bauten, in vielen antiken Städten noch am ehesten Träger einer gewissen Kontinuität zwischen antiker und feudaler Produktionsweise, erlebten zwar nach den Zerstörungen Ende des 4. Jahrhunderts noch einige Rekonstruktionsmaßnahmen, jedoch nach erneuten Katastrophen (Erdbeben in der späten Mitte des 6. Jahrhunderts) wurden nur wenige Teile nochmals erneuert (II/1, S. 71, vgl. die Tabelle über seismographische Verwüstungen II/1, S. 147).

Diesem Bild wird durch die im zweiten Band veröffentlichten Materialien über die Ausgrabungen in Kenchreai nicht widersprochen, doch lassen sie für die Situation im 4. Jahrhundert eine Konkretisierung zu. Erneut waren es seismographische Bewegungen der Erdkruste, durch die bisher als nahezu einzigartig zu betrachtendes Material bis um die Mitte der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts unentdeckt blieb. Damals wurde einer der wichtigsten Glasfunde unseres Jahrhunderts (II/2, S. 227) gemacht. Etwa einhundert Glasplatten wurden gefunden. Schwierigkeiten gab es weniger in der Datierung: Auf Grundlage der oben schon erwähnten Tabelle über Erd- und Seebeben in diesem Raum konnte festgestellt werden, daß nur die Ereignisse von 365 oder zehn Jahre später in Betracht kamen (II/2, S. 1). Für die Entscheidung, welches Datum vorzuziehen sei, war die letzte hier gefundene Münze mitentscheidend, die im Zeitraum zwischen 364 und 378 geprägt worden sein muß und den Kaisern Valentinianus I. oder Valens zuzurechnen ist (II/2, S. 268). Dazu paßt, daß die Radiocarbonbestimmung ein ähnliches Datum für die Herstellung der Gläser erbrachte (II/2, S. 250).

Für die Beantwortung der Frage, wieweit der vorliegende Grabungsbericht Materialien über die Bedeutung Kenchreais zwischen Zeitenwende und Spätantike liefert, muß nun daran erinnert werden, daß gewöhnliche Glasartikel bereits seit dem frühen Prinzipat zu einem billigen Produkt geworden sind. Dank vervollkommneter Technik des Glasblasens konnten in zahlreichen lokalen, zum Teil neu entstehenden Werkstätten wesentlich mehr Artikel für den Markt produziert werden, die Qualität (Helligkeit) auch verbessert werden.¹¹ Petronius läßt seine Helden im Gastmahl des Trimalchio, 50, 7, sagen: "Wenn Gläser nicht

¹¹ Strabo 16, 2, 25 § 758; über neue Herstellungsorte, z. B. am Volturnius: Plinius, *Naturalis historia* 36, 194; Blümner, Hugo, *Glas*, in: *Realencyclopädie Pauly-Wissowa*, Bd. 7, Stuttgart 1912, Sp. 1386; Frank, Tenney, *Rome and Italy of the Empire*, New Jersey 1959, S. 195 = *An Economic Survey of Ancient Rome*, Bd. 5.

brechen würden, wären sie mir lieber als Gold, so aber sind sie eine billige, wertlose Sache." Damit hebt er genau auf den gesunkenen Wert von gewöhnlichen Glasartikeln ab.

Bei den in Kenchreai gefundenen Gläsern jedoch handelt es sich um Erzeugnisse, die auch in der Kaiserzeit noch sehr kostbar waren. Das hier ausgegrabene Mosaikglas diente in der Architektur vornehmlich zur Verkleidung von Wänden - "entweder in größeren quadratischen Platten oder nach Art des opus sectile im Mosaik in geometrischen Mustern"¹². Im Unterschied zu aus Stein geschnittenen Quadern, etwa von Ostia bekannt (II/2, S. 227), bestehen die Mosaik von Kenchreai aus vielfarbigem Glasstücken, eine Herstellungsart, die als "Millefiori" bekannt geworden ist. Bei solchen Mosaikgläsern wurden die Stifte verschiedenfarbigen Glases "mosaikartig zu einem Bild zusammengeordnet, dies nur mit einer einfarbigen Glasmasse umgeben, das ganze durch Hitze zusammengelötet und beliebig gedehnt, so daß man bei immer größerer Dehnung der Glasstange dasselbe Bild in immer mehr verkleinerten Dimensionen erhielt und jeder Querschnitt das Mosaikbild genau wiedergab"¹³. In Kenchreai wurden Bilder mit Blumen (Sumpffilien aus dem Nilgebiet), Vögeln (Flamingos, Reiher, Enten), Fischen sowie Küstenlandschaften gefunden; die Darstellungen zeigen Typen, doch keine spezifischen, lokalisierbaren Gegenstände bzw. Gegenden (II/2, S. 32 ff.).

Wesentlich, doch nicht leicht zu beantworten, war die Frage nach der Herkunft der Glasplatten. Die Abbildungen der Bäume, Vögel und Pflanzen weisen in den östlichen mediterranen Raum oder nach Nordafrika. In beiden Regionen existierten bekannte Glaswerkstätten. Hinzu kam als mögliches Erzeugungsland Italien, auch die Gegend in und um Rom selbst; konnten doch die Gläser fremder Herkunft sein (was auf der Apenninenhalbinsel häufig der Fall war) oder fremde Motive nachgebildet haben - eine solche Möglichkeit wurde auch dadurch wahrscheinlich, weil einige Bilder erkennen ließen, daß die Künstler keine Kenntnisse aus erster Hand von den durch sie darzustellenden Gegenständen hatten (II/2, S. 61), wohl aber, daß sie mit Ägypten insgesamt vertraut waren (II/2, S. 33). Weniger wahrscheinlich war, daß das Glas in Griechenland selbst hergestellt worden war, da dort keine größeren Zentren von Werkstätten bekannt sind (II/2, S. 227). Um ein solches mußte es sich aber angesichts der Vielzahl der gefundenen Platten und der Diffizilität ihrer Herstellung gehandelt haben. Chemische Analysen, auch die Mannigfaltigkeit der Tradition - deren Problematik (was von den Verfassern sehr wohl empfunden wurde) allerdings darin besteht, daß entsprechende (ägyptische) Vorbilder bis weit in die Pharaonenzeit zurückgehen - führten zu dem Schluß, "daß Alexandria vor Italien als Standort der Werkstatt vorzuziehen ist" (II/2, S. 246), doch werden weitere wissenschaftliche Forschungen notwendig sein, um wirklich sicherzugehen.

Für Alexandria als Herstellungszentrum spricht ferner, daß gerade die dortigen Produktionsstätten auch in späterer römischer Zeit dafür bekannt waren, daß sie sehr kostbare Arbeiten lieferten und die dortigen Künstler als besonders versiert galten.¹⁴

Nach weitgehender Klärung und Bestimmung der Gläserfunde läßt sich folgender Tatbestand rekapitulieren: Nach der Verwüstung Kenchreais durch ein Beben, das mit einer Flutwelle verbunden war, wurde die Restaurierung eines oder mehrerer Hafengebäude geplant; die Verschönerung sollte mit den jetzt gefunde-

12 Blümner, Hugo, a. a. O., Sp. 1388.

13 Ebenda, Sp. 1389.

14 Ebenda, Sp. 1386 mit Quellenangaben.

nen Glasmosaikplatten erfolgen, weshalb diese - noch in Holzrahmen verpackt - auf dem Flur eines dieser Häuser vorübergehend gelagert wurden. Wohl bereits während der Neugestaltung dieses Bauwerkes (oder eines ganzen Komplexes) erfolgten neue Erderschütterungen, wodurch der Gebäudeteil absank; die Wiederaufbauarbeiten mußten gestoppt werden, die Glassteine aber gingen verloren (II/2, S. 1, 268 f.). Weitere Gedanken der Herausgeber, etwa, ob die Rekonstruktion bereits etwas früher, unter Kaiser Julianus (360 - 363) vorgesehen war - eine Ausgestaltung von Bauten durch (hier auch ans Tageslicht gekommene) Mosaikglassteine mit heidnischen Bildnissen würde eher zu einem Herrscher passen, der eine Wiederbelebung heidnischer Kulte zum Regierungsprogramm erhoben hatte -, sind hier unerheblich. Wesentlich ist - und deshalb soll es noch einmal gesondert zusammengefaßt werden: Es existierten um die Mitte des 4. Jahrhunderts in Ägypten (oder von dort inspirierte) Werkstätten, die große Aufträge glaskünstlerischer Arbeiten annehmen und erfüllen konnten, was ihrer Produktivität und ihrem Können ein hohes Zeugnis ausstellt. Es gab weiterhin Abnehmer, die in der Lage waren, diese hochwertigen Erzeugnisse zu erwerben; auch städtische Gemeinden zählten zu ihnen, hier Korinth trotz einer vorausgegangenen Naturkatastrophe. Es wird Aufgabe weiterer Forschungsarbeit sein, hieraus konkrete Schlüsse auf den Reichtum der Stadt, den sie nicht zum geringsten Teil aus ihrem Warenverkehr, ihrer Stellung als Handelsumschlagplatz, erworben hat, zu ziehen. Damit liefern die Informationen von Kenchreai einen nicht zu unterschätzenden Baustein für die Lösung der noch immer sehr unterschiedlich beantworteten Frage, wieweit es im Dominat wenigstens in den östlichen Provinzen des Römischen Reiches gelang, Umfang und Bedeutung von städtischer Entwicklung und - damit verbunden - von Handel und Gewerbe wieder anzukurbeln.

In anderer Hinsicht interessant sind Versuche, die Speichieranlagen von Kenchreai mit denen auf dem Großen Markt in Dura-Europos, zur Zeit der Seleukiden gebaut (II/1, S. 51 f.), zu vergleichen. Doch betreffen die Ähnlichkeiten im wesentlichen nur die architektonische Seite. Wirtschaftshistorisch sind sie nur bedingt auswertbar, weiß man doch, daß Dura-Europos nicht unter den Seleukiden, sondern erst als parthisch-römische Grenzstation, also in viel späterer Zeit (seit etwa kurz vor der Zeitenwende), rasch anwuchs und als Schnittpunkt von Karawanenwegen von und zum Euphrat und Iran Bedeutung erlangte. Als Datum seiner größten Prosperität wird nach archäologischen Befunden das dritte Viertel des 1. Jahrhunderts angesehen.¹⁵ Auch wäre die unterschiedliche Funktion beider Städte zu berücksichtigen: Dura-Europos wurde zu einem Handelsumschlagplatz von Gütern, welche die Stadt über Land erreichten; Kenchreai aber interessiert hier in erster Linie als Ausgangs- und Zwischenanlegestelle der Überseerouten, als Tor unter anderem zu den kleinasiatischen Häfen. Deshalb wird auf den lokalen Markt Kenchreais nur wenig eingegangen. Zudem ist bei einem Teil der hierfür in Frage kommenden Bauten nicht mit Sicherheit eine Zweckbestimmung auszumachen. Sie sind daher typologisch und historisch nicht definitiv eingeordnet worden. So wird gesagt, daß es unsicher sei, ob sie etwa im Nordwestviertel als Speicher oder nicht eher als Gemischtwarenläden anzusehen seien. In dieser Hinsicht seien sie so anonym wie die Mehrzahl jener

¹⁵ Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man die wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung von Dura-Europos nach dem zweiten Jahrhundert untersucht. Vgl. The Excavations at Dura-Europos. Preliminary Report of Second Season of Work, New Haven 1931, S. 27 f.; ebenda, Preliminary Report of Sixth Season of Work, New Haven 1936, S. 31 f.; Rostovtzeff, M. I., Caravan Cities, Oxford 1932, S. 31 f.

tabernae in vielen römischen Städten oder deren mittelalterlichen Nachfolgern (II/1, S. 52). Die Zahl derartiger Bauten war in Kenchreai beträchtlich, was für einen regen Nahhandel spricht.

Eine Diskussion über Umfang und Bedeutung des Umschlages insgesamt wird jedoch erst dann im Zusammenhang mit älterer Literatur und unter Heranziehung von Quellen nützlich sein, wenn die interessanten Grabungsergebnisse über den Osthafen von Korinth insgesamt publiziert sind. Dann erst kann auch eine abschließende Würdigung der ausgezeichnet ausgestatteten Bände, der hervorragenden Zusammenarbeit vieler Wissenschaftler aus unterschiedlichsten Fachbereichen, die am Gelingen dieses archäologischen Unternehmens Anteil hatten usw., erfolgen.

Anders als im Falle von Kenchreai ist die Geschichte Pompeiis bereits Gegenstand unzähliger Veröffentlichungen gewesen. Von den älteren Arbeiten kann man noch immer Mau, der den bis dahin erreichten Kenntnisstand ausgezeichnet zusammenfaßte, mit Gewinn heranziehen; erst jüngst hat Eschebach einen hervorragend ausgestatteten Wort- und Bildband verfaßt¹⁶. Die Liste der in den dazwischenliegenden etwa siebzig Jahren erschienenen Gesamtdarstellungen läßt sich wohl kaum noch vollständig aufzählen. Immerhin kann man sagen: Es gelingt der Forschung immer stärker herauszuarbeiten, daß scheinbar nur auf Pompeii bezogene Details in allgemeingültige Zusammenhänge eingeordnet werden können. Hierin liegt der große Wert neuer Arbeiten zu speziellen Problemen¹⁷ - ermöglicht durch die nahezu einmaligen Fundumstände infolge jener antiken Erdbebenkatastrophe. Man sieht immer wieder, daß die Verhältnisse in dieser Stadt symptomatisch für ihre Zeit sind - wenigstens, was den italienischen Raum betrifft. Das gilt nicht nur in kultureller, sondern auch in sozialer Hinsicht: "Die zerstörten Städte Kampaniens - Pompeii und Herculaneum - sind bei weitem die besten Quellen für Belege, was unser Wissen über städtisches römisches Leben betrifft. Die Dokumente sind zahlreich und sehr differenziert in ihren Aussagen; sie haben den zusätzlichen Vorteil, daß die meisten von ihnen mehr oder weniger zeitlich genau bestimmbar sind" (III, S. 1). Anders gesagt: Untersuchungen zum Handel und zu verschiedenen Handwerkszweigen von Pompeii können helfen, das ökonomische Leben namentlich der späten Republik und des frühen Prinzipats besser zu verstehen (III, S. 1). Anhand vornehmlich eines Gewerbebezuges - der Wollverarbeitung - will Moeller zu diesem besseren Verständnis des ökonomischen Lebens beitragen. Damit unterscheidet sich sein Buch im Vergleich zu dem Anliegen der anderen hier behandelten grundsätzlich: Moeller bringt keine generelle Übersicht über ein bestimmtes geographisches Gebiet, es geht ihm auch nicht um eine möglichst vollständige archäologische Bestandsaufnahme eines Ortes. Er wählt vielmehr ein spezielles The-

16 Mau, August, Pompeji in Leben und Kunst, 2. Aufl. Leipzig 1908; Eschebach, Hans, Pompeji. Erlebte antike Welt, Leipzig 1978. - Die jetzt angekündigte Monographie von Gigante, M., *Civiltà delle forme letterarie nell' antica Pompei*, Leiden 1979, lag bei Abschluß der Rezension leider noch nicht vor.

17 Magoldi, E., *Il commercio ambulante a Pompei*, Neapel 1930; Mayeske, B. J. B., *Bakeries, Bakers and Bread at Pompeii*, Maryland 1972; Curtius, Ludwig, *Die Wandmalerei Pompejis*, Repr., Darmstadt 1972; Eschebach, Hans, *Die städtebauliche Entwicklung des antiken Pompeji*, Heidelberg 1970; Jashemski, W., *The Discovery of a Large Vineyard at Pompeii*, in: *American Journal of Archeology*, Bd. 77, 1973, S. 28 ff.; Krenkel, Werner, *Pompejanische Inschriften*, Leipzig 1961.

ma aus den reichen, durch Ausgrabungen erworbenen Kenntnissen über eine Stadt, um davon ausgehend, wo es möglich ist, auch allgemeinere Fragen diskutieren zu können bzw. Erkenntnisse herauszuarbeiten, die dem Leser ohne weiteres ermöglichen, sie seinerseits mit ihm bekannten Vorstellungen zu konfrontieren. Dabei wird die Arbeit nicht dadurch abgewertet, daß nicht alle von Moeller dargestellten Details neu sind - auch eine Zusammenfassung bisher isoliert publizierter technischer und ökonomischer Fakten kann sehr nützlich sein.

Eine der sicher wichtigsten Passagen des Buches ist Moellers Auseinandersetzung mit der These, die Herstellung von Bekleidung sei in Pompeii überwiegend auf Basis der Heimwirtschaft erfolgt (III, S. 56). Bei dieser Gelegenheit ist der Autor gezwungen, die Bedeutung der Wollverarbeitung überhaupt zu erörtern. Dabei erinnert er an das Ausmaß des Handels mit wollener Kleidung innerhalb des römischen Reiches, wo in großem Maße derartige Artikel von Stadt zu Stadt oder auch über See aus- bzw. eingeführt wurden. Moeller schließt daraus, daß die Verarbeitung von Rohwolle zu hochwertiger Bekleidung für den Markt zu vielgestaltig und kompliziert gewesen sei, als daß sie von einzelnen Haushalten zu schaffen gewesen wäre (III, S. 4 f.). Der Autor prüft die bekannten Quellen, die für die Annahme einer Verarbeitung von Wolle in Heimarbeit zu sprechen scheinen. Catull (64, 310 - 320) und Ovid (Metamorphosen 6, 52 - 62) fallen sogleich als Belege aus, da sie - hier kann man sich Moeller wohl vorbehaltlos anschließen - mythische Erzählungen wiedergeben, aus denen sich nicht unbedingt Zustände erkennen lassen, wie sie um die Zeitenwende vorherrschten. Auch Tibull (1, 3, 83 - 90) spricht nur vom Wunsch seines Helden, Delia möge während seiner Abwesenheit spinnen. Livius' Erzählung endlich stammt aus dem 1. Buch (Kapitel 57, 9) seiner Römischen Geschichte, also einer Zeit sagenhafter römischer Vorbilder, genauer gesagt: Er schildert eine Episode aus dem Leben der Römerin Lucretia. Auch Suetonius (Augustus 73), der darüber berichtet, daß in der Familie des Augustus Wolle zu Hause gesponnen wurde, bietet kein allgemeingültiges Zeugnis, da die Angehörigen des Prinzeps mit Sicherheit nicht für den Markt arbeiteten; möglicherweise handelte es sich hier um die Herstellung eines besonderen Stückes zu speziellen Zwecken. Daß derartige Dinge stets und bis zum heutigen Tage zu Hause angefertigt werden konnten, ist in der Literatur nie bestritten worden; auch Moeller hebt ausdrücklich hervor, daß es sicher Frauen gegeben habe, die zeitweise in Heimarbeit gewebt und gesponnen haben (III, S. 72, 78). "Hobbybeschäftigungen" im heutigen Sinne können hier völlig unberücksichtigt bleiben. Es muß allein die Frage nach dem typischen Wollverarbeitungssystem in der Zeit etwa des 1. Jahrhunderts v. u. Z. und dem 1. Jahrhundert u. Z. gestellt werden, und da dürften Moellers Zweifel an einer Prädominanz der Wollverarbeitung im eigenen Hause zu teilen sein. Diese Feststellung entzieht auch einem oft ausgesprochenen weiteren Vorurteil über römisch-antike Produktionsweise, das Moeller allerdings nicht mit in seine Überlegungen einbezieht, wenigstens teilweise den Boden: Die a priori formulierte These, Italien sei kein eigentliches "Industrieland"¹⁸ gewesen, habe wenig eigene Exportgüter hergestellt usw., trifft auch auf hochwertige Bekleidungsstücke nicht zu. Überhaupt läßt sich dieses Gewerbe, wie wir es in Pompeii vorfinden, offenbar viel stärker als Beweismittel für den Stand der in der antiken Produktionsweise erreichten Marktbeziehungen anwenden, als das bisher getan wurde. Daß das sogenannte Bauwerk der Eumachia, einer städtischen Priesterin, eine "Verkaufshalle für Tuchwaren, vielleicht

18 Treggiari, Susan, Roman Freedman during the Late Republic, Oxford 1969, S. 91. - Weitere Literatur siehe III, S. 111 Anm. 21.

überhaupt für Kleidungsstücke gewesen sein" könnte, vermutete bereits Mau.¹⁹ Moeller kann aufgrund inzwischen erreichter neuer Forschungsergebnisse hier präzisieren und die Bedeutung dieses Baues ausweiten: "Wie ich es sehe, war das Bauwerk der Eumachia ein Zentrum eines großen Export-Import-Verkehrs für Wolle und Wollkleidung und es hatte sicher eine ... wichtigere Funktion für das Leben der Stadt, als ihm Mau und andere zugewiesen haben" (III, S. 71).²⁰ Moeller rechnet damit, daß etwa 1000 Personen in Pompeii mit der Herstellung von Bekleidung beschäftigt waren (III, S. 81). Bei einer geschätzten Einwohnerzahl der Stadt von nicht einmal 20 000 (III, S. 67)²¹ ist das gewiß eine hohe Zahl. Die Produktivität war angesichts eines relativ hohen Standes der Arbeitsspezialisierung (III, S. 46) und Rationalisierung in der Herstellung der Verarbeitungsmittel der Endprodukte (zum Beispiel bei Farben) (III, S. 76 f., 81) gewiß bedeutend - natürlich immer in Relation zu den unter den Bedingungen der antiken Sklavereigesellschaft gegebenen Möglichkeiten. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß Rohwolle beinahe ein halbes Jahr lang ständig angeboten wurde, in Pompeii also entsprechend kontinuierlich zur Verfügung stand. Zuerst kam sie von den Schafherden aus den nahegelegenen Hochländern des fruchtbaren Kampaniens, danach aus Samnium und schließlich aus Apulien (III, S. 74). In Pompeii konnte die Schafwolle zunächst gestapelt werden, bis sie schließlich an die Verarbeiter verkauft wurde (III, S. 70). Das geschah im Macellum, dem Bauwerk der Eumachia benachbart und durch einen speziellen Zugang mit ihm verbunden. Anhand von Quellen und archäologischen Funden (die in der Nähe eines Färberzentrums gefundene Statuette eines indischen Gottes weist beispielsweise auf Handelsbeziehungen zu diesem fernen Lande hin) läßt sich auch auf die verschiedenen Einfuhrrichtungen schließen, aus denen die verwendeten Farben kamen (III, S. 76). Damit läßt sich ein Eindruck vom Niveau der Handelsbeziehungen, aber auch der Wollbekleidungsherstellung zur damaligen Zeit gewinnen, bedenkt man, daß Pompeii nur eine verhältnismäßig kleine Stadt war und folglich der Umfang der Tauschbeziehungen keineswegs etwa mit Rom vergleichbar war. Wenn jedoch Indigo von Indien seinen Weg nach Pompeii fand, wenn in Puteoli lebende Einwohner aus Tyros (im heutigen Libanon) den bekannten Purpur verarbeiteten und nach Pompeii lieferten, weiterhin Färbemittel nicht nur aus anderen Teilen der Apenninenhalbinsel, sondern aus verschiedenen entfernt liegenden Provinzen des Imperium Romanum importiert wurden, spricht auch das für die marktorientierte Bedeutung der Wollverarbeitung der Stadt. So - und das ist wohl das Hauptverdienst der Arbeit von Moeller - vermag das vorliegende Buch erstens die Bedeutung der Archäologie für die Wirtschaftsgeschichte vergangener Zeiten einem breiten interessierten Publikum vor Augen zu führen, zweitens, worauf bereits hingewiesen wurde, gibt es dem Leser ein anschauliches Bild eines antiken Produktionszweiges und dessen Bedeutung für das Leben nicht nur der Stadt, in der sich der Sitz des Gewerbes befindet. Andererseits wird man gewisse Einwände dort machen müssen, wo Moeller den Gegenstand seiner Darstellung verläßt und allzu allgemeine Formulierungen hin und wieder mißverständlich werden.

So schreibt Moeller, Möglichkeiten und Grenzen demographischer Studien für die konkrete Situation in Pompeii abwägend: "Wir sind zwangsläufig von ein paar Namen abhängig ... und an Namen sind, wie allgemein bekannt, die familiären, ethnischen und Klassenverhältnisse nicht ablesbar. In der heutigen Zeit ... ist

19 Mau, August, a. a. O., S. 108.

20 Moellers Zuweisung folgend, ohne ausdrückliche Erwähnung des Buches: Eschebach, Hans, Pompeji, a. a. O., S. 293.

21 Mau, August, a. a. O., S. 15, schätzt die Zahl etwas höher.

zum Beispiel der Familienname Harris kein sicheres Indiz für angelsächsische oder waliser Herkunft . . ." Und dann - einmal zu stets problematischen Vergleichen mit der Gegenwart greifend - wird danach die Bevölkerung Pompeii als "kosmopolitische Gesellschaft" charakterisiert (III, S. 98). Auch an anderen Stellen trifft Moeller mit vergleichenden Bildern nicht immer das, was ausgedrückt werden müßte. Der Abschnitt "Soziales und politisches Leben der pompeianischen Wollverarbeiter" (III, S. 83 ff.) wird mit dem berechtigten Hinweis auf die Schwierigkeit der Quellenlage speziell in Pompeii begonnen. Eine Aufhellung der Problematik erreicht Moeller jedoch auch nicht durch trügerisch-allgemeine Versicherungen wie: "Vorsitzende sind zu allen Zeiten diejenigen, die das meiste tun müssen" (III, S. 94). Dabei ist es ihm unerheblich, ob es sich wie hier um die Aufgaben von Mitgliedern von Handwerkerkollegien oder anderer Institutionen handelt. So ist es vielleicht nicht nur eine Frage des Quellenmaterials, sondern gegebenenfalls auch ein gewisses Umgehenwollen der Behandlung spezifisch sozialer Fragen, wenn als Resümee unter der Überschrift "Die Familie, ethnischer und Klassenhintergrund der Wollproduzenten in Pompeii" (III, S. 98 ff.) nur versichert wird: "Erstens: Personen aller Klassen, von der allerhöchsten bis zur untersten, waren in dem Gewerbe beschäftigt . . . Zweitens: Die herrschende Aristokratie . . . war hervorragend in den Positionen der Faktorei-Unternehmer und der öffentlichen Ämter besetzt, die vitales Interesse an dem Florieren des Gewerbezweiges hatten" (III, S. 104). Welcher Art die "Beschäftigung" der höchsten Klassen war, die derjenigen der niedersten hier gleichgestellt wird, bleibt unklar, ebenso Motive ihres "Interesses". Lediglich die Wohnungen von Sklaven werden an anderer Stelle erwähnt (III, S. 48), was wenigstens eine gewisse Konkretisierung der sozialen Stufenleiter erlaubt. So entsteht beim unvoreingenommenen Leser leicht das Bild einer Stadt, in der jeder seiner Arbeit nachging und selbst die Folgen der Kolonisierung Roms, wie oben am Beispiel Capuas angetippt, kaum zu ernsthaften sozialen Konflikten führten²², gehörte doch auch besonders die prä-sullanische Aristokratie zu den Faktoreieigentümern (III, S. 104).

Zwar betrachtet Moeller eine detaillierte Auseinandersetzung mit Problemen des sozialen Kampfes, der Ausbeutung usw. nicht als sein eigentliches Anliegen. Dennoch verspricht er soziale Themen in speziellen Kapiteln, ohne wirklich auf sie einzugehen. So bleibt der Leser unbefriedigt. Daß die Kolonisation - um beim letzten Beispiel zu bleiben - keineswegs völlig reibungslos vor sich gegangen sein kann, ist - wenigstens in Umrissen - bei Cicero zu erfahren, obwohl dieser sich bemühte, den mit der Kolonisierung beauftragten Beamten, P. Sulla, möglichst positiv darzustellen und die dennoch geschilderten sozialen Spannungen eher bewußt herunterspielte.²³

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die vorliegenden vier Bände sind - wenn auch je nach behandeltem Thema in unterschiedlichem Maße - bei der Erarbeitung neuer Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Rom mit Gewinn heranzuziehen. Die Autoren legen neues oder in neue Zusammenhänge eingearbeitetes archäologisches Material einem größeren Leserkreis vor - auch letzteres ein dankbar zu vermerkendes Anliegen. Ein Namensregister am Schluß er-

²² Tatsächlich findet sich in der Literatur diese Darstellung einer fast harmonischen Gesellschaft, wo keiner auf den anderen neidisch gewesen sei, so auch bei Eschebach, Hans, Pompeii, a. a. O., S. 17 f.

²³ Cicero, Oratio pro Sulla 60 f.; vgl. dazu Krenkel, Werner, a. a. O., S. 27.

leichtert darüber hinaus die Benutzbarkeit der Monographien (I, S. 110 - 113; II, S. 150 - 154; III, S. 117 - 119)²⁴.

Der Rezensent kann aber nicht umhin, auch auf gewisse Grenzen in den Darstellungen aufmerksam zu machen, wodurch weitere potentielle Aussagemöglichkeiten der Quellen nicht genutzt wurden. Das liegt teilweise sicher auch darin begründet, daß dort, wo nach spezifischen Ursachen oder Analysen gesucht wurde, sich in mancher Hinsicht doch Mißdeutungen oder Vereinfachungen finden, wohl auch, weil wesentliche Bestimmungen sozialer Begriffe ebenso wie tiefergehende Untersuchungen zu wirtschaftshistorischen Hintergründen nicht versucht bzw. bewußt ausgeklammert wurden.

²⁴ Weniger glücklich ist für den Leser, daß nur Ebel, und auch er nur ein "ausgewähltes" Literaturverzeichnis (S. 106 ff.) anfügt. Moeller hat, obwohl er in der gleichen Reihe veröffentlicht, ganz darauf verzichtet.

ANNOTATIONEN

Die ersten Jahre. Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltungen, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Dietz Verlag, Berlin 1979, 361 Seiten, Preis: 10, 50 M

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Neubeginn auf deutschem Boden sind authentische Erinnerungen aus der Feder erfahrener Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands besonders aufschlußreich. Lebendiger, anschaulicher und detaillierter, als es in Geschichtsbüchern in der Regel üblich ist, werden in diesem Sammelband Erfahrungen, Ängste und Hoffnungen der ersten Stunde mitgeteilt. Die Stärke dieses Bandes liegt in seiner Farbigkeit, die dadurch zustande kommt, daß Möglichkeiten und Grenzen nahezu aller Bereiche des neu zu schaffenden Staatswesens aus der Sicht leitender Kommunisten angedeutet werden. Hilfreich sind auch jene Passagen, in denen versucht wird, zu zeigen, wie wichtig gerade im Neubeginn Schöpferum, Eigeninitiative und Kühnheit bei der Durchsetzung der Ideen waren, um gegen das Überkommene erfolgreich angehen zu können. Gerade denen, die die ersten Jahre unserer heutigen Republik nicht oder nicht bewußt miterlebt haben, vermögen die Erinnerungen einiges zu sagen über die Größe der Schwierigkeiten und das Ausmaß der Zerrüttung. Fritz Selbmann erinnert sich: "Viele Arbeiter glaubten nicht daran, daß es wieder einmal vorwärts gehen würde. Die letzten Ersparnisse wurden aufgegessen, noch vorhandene Textilien, Bettwäsche und Teppiche vor allem, wurden aufs Dorf gebracht und gegen Lebensmittel eingetauscht, die im Rucksack in die Stadt geschleppt wurden. Überhaupt beherrschte der Schwarzhandel weite Teile des Wirtschaftslebens und wurde eine Zeitlang notgedrungen auch von den Organen der neuen Verwaltung mitgemacht. Man nannte ihn dann 'Kompensationsgeschäft'." Der besondere Wert dieses Buches für die Nachgeborenen besteht darin, daß nicht nur aus berufenem Munde geschildert wird, wie hoch die Hürden waren, die es galt im Neubeginn zu nehmen, mit welchem Idealismus und auch manchmal mit welcher Naivität die wichtigsten Aufgaben in Angriff genommen wurden. Vielmehr wird auch bekundet, wie groß die Lust war zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. "Paul Wandel sagte in einer Rede: 'Die Grundlage zur Erfüllung des Plans ist die Beziehung des Menschen zur Arbeit... Welche Aufgabe fällt uns, den Erziehern und der Schule, dabei zu? Wir werden mit Hilfe aller Erziehungseinrichtungen, von der Schule bis zur Erwachsenenbildung, den Sinn des Planes erklären und alle konkret mit ihm vertraut machen. Wir müssen uns die Frage vorlegen: Wie können wir dazu beitragen, den neuen Menschen zu schaffen, der ein neues Arbeitsethos in sich verkörpert und die Arbeit zu einer Sache der Ehre macht?'."

Michael Elle

Früchte des Bündnisses. Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft der DDR

Dietz Verlag, Berlin 1980, 349 Seiten, Preis: 25,- M

Mit dem repräsentativen Text-Bild-Band wird Bilanz über die Verwirklichung der agrarpolitischen Ziele der Partei der Arbeiterklasse der DDR gezogen, die Ausdruck des engen Bündnisses der Arbeiter und Bauern ist. Die demokra-

tische Bodenreform, die sozialistische Umgestaltung und die Herausbildung industriemäßiger Methoden bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf dem Lande werden als Ausgangspunkte des revolutionären Umwälzungsprozesses hervorgehoben und die Partei der Arbeiterklasse als entscheidender Initiator gekennzeichnet. Gleichzeitig legt der Band davon Zeugnis ab, daß diese Entwicklung nur durch die schöpferische Anwendung des Leninischen Genossenschaftsplanes auf die Bedingungen der DDR möglich wurde. Darüber hinaus wird dargelegt, welcher Mühe es bedurfte, das auf der jeweiligen Entwicklungsstufe des sozialistischen Aufbaus der Landwirtschaft Erreichte zu festigen und auszubauen, was mit nicht wenigen Schwierigkeiten und teilweise harten Auseinandersetzungen verbunden war.

In Wort und Bild werden Beispiele für die Errungenschaften auf dem Lande, wie verbesserte Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen, Wohnungen, Gesundheitswesen, Kinderbetreuung und -ausbildung sowie Kulturzentren, vorgestellt. Beachtung finden auch die veränderten Arbeitsmethoden, die teilweise bereits industriemäßigen Charakter haben und die körperlich schwere Arbeit in der Landwirtschaft erleichtern. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wird auf die neuen Arbeitsmethoden in Verbindung mit verbesserter Chemisierung und Melioration zurückgeführt, die in entscheidendem Maße zur Intensivierung der Landwirtschaft beitragen.

Die zu jedem Zeitabschnitt erarbeiteten statistischen Übersichten, die in der Regel sowohl Kennziffern der landwirtschaftlichen Produktion als auch der Arbeits- und Lebensbedingungen enthalten, spiegeln ebenfalls die Erfolge auf dem Lande wider. Der Wirtschaftshistoriker vermißt jedoch solche statistischen Übersichten, die die wesentlichsten Kennziffern enthalten, aus denen sich der Gesamtprozeß der Entwicklung ablesen ließe. Auch die im Restüpee gezogene Bilanz befriedigt in dieser Hinsicht nicht, weil im allgemeinen nur eine Gegenüberstellung der in der sozialistischen Landwirtschaft 1978 erreichten Ergebnisse und der Kennziffern aus der Zeit des Beginns der landwirtschaftlichen Entwicklung in der DDR erfolgt. Der anschaulich die Breite des bäuerlichen Lebens erfassende Band bereichert ungeachtet dessen die historische und wirtschaftshistorische Literatur der DDR.

Veronika Siedt

Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik, hg. v. der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin 1977, 149 Seiten, Preis: 6,- M

Der erstmals 1973 veröffentlichte und 1977 aufgrund der großen Nachfrage in zweiter Auflage erschienene Band "Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik" bietet in knapper, wissenschaftlich exakter, aber auch für den interessierten Laien verständlicher Form einen Überblick über die Geschichte der Produktivkräfte auf dem Gebiet der DDR. Die Autoren leisten damit zugleich auch einen Beitrag zur weiteren Vertiefung sozialistischen Geschichtsbewußtseins. Sie gehen davon aus, daß die Auswahl erhaltenswerter technischer Denkmale "auf die historisch und gegenwärtig für das Gebiet der DDR profilbestimmenden Industriezweige" (S. 25) orientiert sein muß. Das technische Denkmal soll dem Ziel dienen, sowohl "ein bestimmtes historisches Entwicklungsstadium des betreffenden Industriezweiges" und "den historischen

Entwicklungsgang dieser Technologien" als auch "die historische Entwicklung der Produktivkräfte bis zur Gegenwart" darzustellen (S. 27). Der vorliegende Band geht auf die technischen Denkmale aus den Gebieten und Zweigen Stadtgas, Elektroenergie, Bergbau und Hüttenwesen, Baustoffindustrie, Verkehrswesen, Textilindustrie, Wasser- und Windmühlen ein. Dem Traditionsschiff Typ "Frieden" und dem Wasserkraft-Drehwerk Seiffen (diesem vor allem in seiner regionalen Bedeutung) sind eigene Abschnitte gewidmet.

Die Entwicklung des Schiffbaus - eines Industriezweiges, dessen Aufbau mit dem ersten Fünfjahrplan 1951 bis 1955 begonnen wurde - wird am Beispiel eines Traditionsschiffes Typ "Frieden", des 10 000-Tonnen-Frachters "Dresden", in hervorragender Weise veranschaulicht und dargestellt. Hier verbindet sich historisches Erbe in Gestalt der Traditionen des Industriezweiges mit der Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR und mit der Entwicklung des Territoriums. Darüber hinaus wird dem Interesse der Menschen an Erholung und Freizeitgestaltung entsprochen (vgl. S. 97 - 100).

Sehr gut gelungen ist auch die kontinuierliche Verbindung von Informationen über technische Denkmale und Produktivkraftentwicklung mit den Problemen denkmalpflegerischer Arbeit in ihrer gesamten Breite. Für die weitere Arbeit an diesem Buch wäre es jedoch wünschenswert, Leistungen der Werktätigen der DDR stärker einzubeziehen - auch wenn die Geschichte der Produktivkräfte in der DDR einen noch relativ kurzen historischen Zeitraum umfaßt. Kritisch anzumerken ist ferner, daß kaum neues, mitunter auch andere Blickwinkel erfassendes Fotomaterial verwandt wurde. Der Band schließt ab mit einem sehr informativen Katalog der Schauanlagen zur Geschichte der Produktivkräfte in der DDR.

Norbert Woik

Werner Glastetter, Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1950 bis 1975. Befunde und Aspekte

Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1977,
mit 90 Schaubildern und 133 Tabellen, VII und 261 Seiten,
Preis: 22,80 DM

Im Jahre 1975 erlebte die BRD die schwerste zyklische Krise seit ihrer Gründung. Das Nationaleinkommen sank um mehrere Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen überschritt erstmals seit zwanzig Jahren wieder die Millionengrenze. Es könne nicht überraschen, schreibt der Autor des vorliegenden Buches, daß diese Entwicklung in Wissenschaft und Praxis als Schock empfunden werde. Damit hat Werner Glastetter - was die bürgerlichen Wachstumstheoretiker und Wirtschaftsfachleute der BRD angeht - zweifellos recht. Das "Schockerlebnis", das ja nicht nur auf die BRD beschränkt blieb, sondern die gesamte kapitalistische Welt erfaßte, wirkte unterschiedlich. Vielfach machte sich an Stelle der in den sechziger Jahren weit verbreiteten euphorischen Betrachtungen über das Wirtschaftswachstum ein Wachstumspessimismus breit, der das Nullwachstum als unvermeidliches oder sogar erstrebenswertes Wirtschaftsziel in die Wachstumstheorie einführte. Dabei wurde faktisch jedoch nur die eine apologetisch verzerrte Interpretation der kapitalistischen Wirklichkeit durch eine andere ersetzt.

Glastetter nun reagiert nicht mit neuen Pseudotheorien - dafür würde sich eine gesonderte Besprechung seiner Arbeit auch kaum lohnen -, sondern für ihn ist das Krisenjahr 1975 Anlaß, sich auf die Geschichte des Krisenzyklus in der BRD

zu besinnen, Er stellt sich die Aufgabe, eine Analyse grundlegender "struktureller Tendenzen und Wandlungen" (S. 7) vorzunehmen. Der Autor untersucht zu diesem Zweck die wirtschaftliche Entwicklung der BRD unter den Aspekten der Entstehung, Verwendung, Verteilung und Finanzierung des Bruttosozialproduktes. Er ergänzt diese Darstellungen durch die Behandlung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen der BRD. Die soziale Seite kommt dabei bei Glastetter auch für BRD-Verhältnisse recht knapp weg. Das verwundert insofern, als das vorliegende Buch aus einem Beitrag hervorgegangen ist, den der Autor auf einer Tagung der IG Metall im Jahre 1976 gehalten hat.

Wenn Glastetter den "empirischen Befund" in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen stellt, darauf verzichtet, den Wirtschaftsablauf "in einem theoretischen Gesamtmodell einzufangen", also keine "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" versucht, sondern "die systematische Präsentation und Beschreibung des ausgewählten statistischen Materials" in den Vordergrund rückt, dann sind es gerade diese Züge, die seine Arbeit für die Wirtschaftshistoriker in der DDR interessant und anregend machen. Sowohl inhaltliche Aussagen als auch einige methodische Fragen der Darstellung in der vorliegenden Arbeit wecken das Interesse. Mit seinen Berechnungen zur Bestimmung des "Konjunkturzyklusses" (S. 13 ff.) macht Glastetter erstens deutlich, daß der kapitalistische Krisenzyklus zwischen 1950 und 1974 zwar weniger ausgeprägt und spektakulär wirkte, aber ebenso wie in den dreißiger oder der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vorhanden war. Zweitens bietet der Verfasser reichliches statistisches Material zur näheren Bestimmung und zeitlichen Abgrenzung der einzelnen Zyklen.

Aus Glastatters Untersuchungen über "Wachstumsdeterminanten" (S. 68 ff.) lassen sich wesentliche Aussagen über das Entwicklungsverhältnis von extensiv und intensiv erweiterter Reproduktion in einem entwickelten Industrieland unter den Bedingungen der Herrschaft des Kapitals gewinnen. Das gleiche gilt für seine Analyse der Investitionsentwicklung in der BRD (S. 112 ff.).

Von der Art der Darstellung her interessant ist Glastatters Verfahren, tabellarisch überwiegend mit Fünfjahresdurchschnitten zu arbeiten und die Jahreswerte nur graphisch festzuhalten. Dadurch gewinnt die Arbeit an Anschaulichkeit bei gedrängter Darstellung. Allerdings wird nicht ersichtlich, warum der Autor gerade die angeführten und keine anderen Intervalle berechnete. Den Krisenzyklus berücksichtigt er bei seinen Fünfjahresdurchschnitten nur für das "Einbruchsjahr" 1975.

Unbefriedigend ist auch, daß Glastetter die seiner Analyse zugrundeliegenden Berechnungsverfahren nicht recht deutlich macht (S. 81), was insbesondere mögliche Vergleiche mit anderen Ländern erschwert, zu der seine Arbeit sonst durchaus anregt.

Insgesamt wurde eine Publikation vorgelegt, die in gedrängter Form wesentliche Struktur- und Wachstumsdaten aus fünfundzwanzig Jahren Wirtschaftsentwicklung der BRD ebenso übersichtlich wie anschaulich darlegt, wobei weitgehend auf theoriegeschichtliche Interpretation verzichtet wurde.

Jörg Roesler

Der von D. A. Ol'derogge und S. A. Maretina herausgegebene Sammelband besteht aus sechs Abhandlungen über Probleme der dorfgemeinschaftlichen Organisation im heutigen Südostasien und Afrika. Über ihren regionalen Gegenstand jeweils hinausgehend, sind die Beiträge von allgemeentheoretischer Bedeutung, behandeln sie doch Fragen wie die Beziehungen zwischen Verwandtschafts- und Territorialgruppen, die Typen erweiterter Familien in matrilinearen Gesellschaften Afrikas und Indonesiens, die spezifischen Merkmale der Dorfgemeinschaften mit Bewässerungsbodenbau, die Prozesse der sozialökonomischen Differenzierung und Klassenformierung sowie die Beziehungen zwischen Dorfgemeinschaften und Staat.

Im ersten Beitrag von D. A. Ol'derogge (Hierarchie der Verwandtschaftsstruktur und Typen von Mehrfamilien-Haushaltsgemeinschaften) werden die Unterschiede zwischen Clan, einzelnen Typen erweiterter Familien und Haushaltsgemeinschaften analysiert. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß die Hierarchie der Verwandtschaftsstrukturen auf genealogischen Prinzipien beruht, während die erweiterten Familien verschiedener Typen im allgemeinen Einheiten der territorialen Organisation repräsentieren. Ausgehend von einer kritischen Durchsicht der bisher verwendeten Definitionen für derartige soziale Einheiten, fordert der Verfasser zu terminologischer Exaktheit auf.

In einem zweiten Beitrag behandelt D. A. Ol'derogge (Typen der Hausgemeinschaften und matrilineare Verwandtschaft bei Völkern des äquatorialen Afrika) die verschiedenen Typen erweiterter Familien bei den Yao, Cewa, Bemba, Ila und Tonga in Zentral- und Ost-Afrika auf der Grundlage ethnographischer Forschungen von A. Richards. Dabei wird unter Hinzuziehung von Materialien belgischer Ethnologen besonders das sogenannte Matriarchat von Bakongo und Mayambe eingehend untersucht. Der Autor, der sich mit der Definition der sozialen Einheiten des *dikanda*- und *mvumu*-Types auseinandersetzt, demonstriert Ungenauigkeiten und unterbreitet Vorschläge, wie ihre Funktionen exakter auseinandergehalten werden können. Parallel hierzu betrachtet er analoge Probleme am Beispiel der benachbarten Ethnien Suku und Pende, die er mit den matrilinearen Institutionen der erweiterten Familien nordamerikanischer Pueblo-Indianer vergleicht.

Im dritten Beitrag, von Ju. V. Maretin (Die Gemeinschaft des nachbarschafts-erweiterten Familien-Typen unter den Minangkabau /West-Sumatra/), werden die zahlreichen Typen der Dorfgemeinschaft behandelt, die bis heute in Indonesien existieren. Spezielle Aufmerksamkeit widmet der Autor solchen sozialen Einheiten, die nach genealogischen Prinzipien strukturiert sind, in ihrer Gesamtheit aber eine territoriale Organisation darstellen.

Im vierten Beitrag weist S. A. Maretina (Nachbarschafts-Gemeinschaften bei den Balinesen) darauf hin, daß in Bali die Dorfgemeinschaften noch heute als reale sozialökonomische Strukturen existieren, auch wenn sie nicht mehr die Gesamtheit der einzelnen Verwandtschaftseinheiten darstellen, sondern vielmehr den gesellschaftlichen Überbau ganz bestimmter materieller Produktionsprozesse, wie des Wasserreisfeldbaues, bilden.

Der fünfte Beitrag von A. I. Muchlinov (Die vietnamesische Dorfgemeinschaft /zweite Hälfte des 19. - erste Hälfte des 20. Jh. /) beinhaltet die vietnamesischen Dorfgemeinschaften vor dem Eindringen kapitalistischer Entwicklungstendenzen als sozialökonomische Grundeinheiten der vietnamesischen Gesell-

schaft. Der Autor untersucht in diesem Zusammenhang die Prinzipien der Territorialorganisation, die sozialen und verwandtschaftlichen Verhältnisse, die Landbesitzverteilung sowie die Auswirkungen des Steuersystems und des Militärdienstes auf die Dorfgemeinschaften. Besonders analysiert er die Beziehungen zwischen Dorfgemeinschaft und Staat sowie die Wege und Methoden der Ausdehnung des Privateigentums an Boden innerhalb der Dorfgemeinschaften.

Im sechsten Beitrag, von S. D. Zak (Methodologische Probleme der Entwicklung ländlicher Dorfgemeinschaften), wird das Wesen der dorfgemeinschaftlichen Organisation herausgearbeitet und deren historische Varianten (östlicher, antiker, russischer und deutscher Typ) werden betrachtet. Der Verfasser leitet aus den allgemeinen Entwicklungstendenzen der Dorfgemeinschaften spezifische Schlußfolgerungen für die Umgestaltung dörflicher Gemeinden in Asien, Afrika und Lateinamerika ab. Der Beitrag fußt auf den theoretischen Grundlagen, die Karl Marx insbesondere in seiner Arbeit "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" formulierte. Eine umfangreiche Durchsicht der marxistischen Literatur über die sozialökonomische Entwicklung in Asien und Afrika gestattet dem Autor auch neue Aussagen zur Problematik der sogenannten asiatischen Produktionsweise. Eine quellenkritische Betrachtung der jüngeren Literatur zu diesem Thema schließt den Beitrag ab.

Der Sammelband bietet insgesamt einen Überblick neuerer sowjetischer Forschungen über Prinzipien der sozialen Organisation bei den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und vor allem der dorfgemeinschaftlichen Organisation.

Reinhard Escher

Björn M. Edsman, *Lawyers in Gold Coast Politics c. 1900 - 1945. From Mensah Sarbah to J. H. Danquah* = *Studia Historica Upsaliensia* 111. Acta Universitatis Upsaliensis

Almqvist & Wiksell International, Uppsala 1979, 269 Seiten,
2 Textzeichnungen

Der erfolgreiche Kampf der Völker Afrikas um die Erringung ihrer Unabhängigkeit ist vielen Wissenschaftlern Anregung, auf ihrem speziellen Fachgebiet regionalwissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es besonders zu begrüßen, daß sich der Verfasser der oben genannten Schrift mit einem besonderen Aspekt und einer wichtigen Periode der Geschichte der britischen Kolonie Goldküste zu befassen suchte. Die zeitliche Beschränkung auf die Jahre 1900 bis 1945 ist, was ihren Beginn betrifft, verständlich und vertretbar. Ob ein Abschluß der Arbeit mit dem Jahr 1945, der allerdings nicht ganz konsequent eingehalten wird, gerechtfertigt ist, erscheint insofern zweifelhaft, als die entscheidende Phase des Befreiungskampfes und der Beginn der Unabhängigkeit in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre fallen.

Der Autor geht sehr ausführlich auf die politischen Aktivitäten der relativ geringen Zahl von politisch engagierten Juristen dieser Kolonie ein; man vermißt allerdings dabei manche Lebensdaten, besonders auch solche, die Aufschlüsse über die soziale und ethnische Herkunft der von ihm herausgestellten Persönlichkeiten geben könnten. Zieht man in Betracht, daß die Kolonie in der Mitte der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts zirka 60 Juristen, dagegen 12 000 Büroangestellte und etwas über 20 000 Lohnarbeiter zählte, zeugt die Gewichtung doch von einer gewissen Unterschätzung der Rolle der Volksmassen, zumal die

Hunderttausende von kleinen Kakaopflanzern unter den Afrikanern, auf deren Rolle noch zurückzukommen ist, einfach ignoriert werden.

Einen entscheidenden Platz nimmt in der Arbeit die Einschätzung der Zusammenarbeit bzw. der Differenzen über juristische und allgemeine Verfassungsfragen zwischen den in der Politik engagierten (zumeist afrikanischen) Juristen der Goldküste und der Kolonialmacht ein. Die Besetzung der Kolonie und des sogenannten "Protektorats" wird nur nach rein juristischen Gesichtspunkten gewertet und dabei dem "Bund", dem Vertrag von 1840 zwischen Großbritannien und den Ashanti-Führern, eine nicht unbedeutende Rolle beigemessen. So wie das "Volk" praktisch unbeachtet bleibt, so wird auch die Frage des erwachenden Nationalismus und der Befreiungsbewegung negiert oder zumindest herabgespielt. Nach Auffassung des Autors kann vor 1945 von einem "Nationalismus" an der Goldküste nicht gesprochen werden, während sich Hinweise auf die Befreiungsbestrebungen im wesentlichen auf die Aktivitäten der Juristen konzentrieren, die aus zumeist persönlichen Motiven Parteien gründeten und sich eine Anhängerschaft - häufig durch mehr oder minder perfekte Demagogie - suchten. Nach den Worten des Autors konzentriert sich die Studie auf die institutionellen Aspekte der Kolonialherrschaft, wobei er die These vertritt, daß sich Afrikaner und Briten bemühten, "lebensfähige Lösungen" auszuarbeiten und importierte Institutionen miteinander in Einklang zu bringen, um ein "arbeitsfähiges" und "beiderseits annehmbares System" zu schaffen, das auf einer Mischung von afrikanischen und westlichen Konzeptionen beruhte. Der Autor dringt nicht zu der Frage vor, ob denn die Mehrheit der Afrikaner an einer "lebensnahen Lösung" im Sinn des britischen Kolonialsystems objektiv interessiert sein konnte oder ob das nicht nur eine kleine, in diesem Werk von Edsman untersuchte Minorität betraf. Zwar wird darauf verwiesen, daß in der letzten Dekade des vergangenen Jahrhunderts grundlegende ökonomische Veränderungen im Lande vorgingen. Dennoch findet zum Beispiel die Auswirkung der verstärkten Goldgewinnung und der Umstellung der Landwirtschaft auf die Marktproduktion - die Einführung der Monokultur von Kakao und auch, in gewissem Umfang, von Palmöl und Erdnüssen - auf die Evolution der Gesellschaft so gut wie keine Beachtung. Die daraus folgende Herausbildung von neuen Gesellschaftsschichten und -klassen spiegelt sich für den Autor nicht einmal in ihren juristischen Erscheinungen wider. Damit wird der für die weitere ökonomische und politische Entwicklung der Goldküste entscheidende Zugriff der Monopole in seiner für diese Region spezifischen Form in keiner Weise reflektiert, ja, er wird nicht einmal andeutungsweise erwähnt. In einem für europäische Siedler kaum geeigneten Gebiet entstand unter dem politischen Druck der Kolonialmacht und der ökonomischen Manipulationen des Konzerns Lever Brothers - später Teil des multinationalen Unilever-Konzerns - eine Schicht selbstwirtschaftender kleiner afrikanischer Kakaobauern. Sie wurden mit ihren Erzeugnissen völlig von den Aufkäufern des Unilever-Konzerns abhängig und konnten schließlich nicht einmal genügend Lebensmittel für den eigenen Gebrauch produzieren. Der Zwang dazu kam von der "gesetzlich verankerten ... Rechtslage", wonach der Boden Eigentum der Krone wurde, die wiederum die Interessen der Monopole vertrat. So konnte es geschehen, daß das Land, das bis dahin seine Bevölkerung ausreichend ernährt hatte, Hungersnöte durchmachen mußte. Walter Rodney (How Europe underdeveloped Africa, 1. Aufl. London 1972) schreibt dazu unter anderem: "Manchmal bewirkte der Anbau von Marktprodukten den Ausschluß von Lebensmitteln, wodurch Hungersnöte verursacht wurden ... In Ashanti führte die Konzentration auf Kakao zur Bedrohung durch Hungersnöte in einer Region, die zuvor ihre Produktion von Yams-Wurzeln und anderen Nahrungsmitteln berühmt war. Jedoch war die Bedrohung durch Hungersnot ein geringer Nachteil im Vergleich zur außerordentlichen Verletzbarkeit und Unsicherheit der Monokultur.

Wurde die Ernte durch interne Faktoren, wie Krankheiten, angegriffen, bedeutete das eine umfassende Katastrophe, wie im Falle der Goldküste, als die Kakaovernte durch Krankheitsbefall in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts weitgehend zerstört wurde. Außerdem stand der afrikanische Produzent immer den Preisschwankungen (die von außen manipuliert wurden), angesichts der kapitalistischen Börsenmanipulationen, hilflos gegenüber." Hierbei sei auch besonders an die willkürliche Senkung der Kakaopreise erinnert, die später mit zum Sturz von Kwame Nkrumah beigetragen hatte.

Von den vielen Aspekten, die zwar "politisch", nicht aber rein juristisch zu betrachten sind, sei als einer der wichtigsten noch der der Volksbildung erwähnt.

Es wird häufig auf die "zivilisatorische Mission" der europäischen Eroberer verwiesen und dabei die These vertreten, sie hätten den Kolonialvölkern die "Kultur" nahegebracht. In diesen Rahmen fügt sich die häufig stark überschätzte Rolle der Missionsschulen und kirchlicher materieller Unterstützung. Dazu bemerkt Walter Rodney, daß die Finanzierung der niederen Stufen, die nur von wenigen afrikanischen Kindern besucht werden konnten (noch stärker gilt das für die Schulen mit höheren Klassenstufen), im wesentlichen von den Afrikanern, zum Beispiel durch Kirchenabgaben, eigene Initiative usw., selbst erfolgte. Daraus erklärt sich auch die weit verbreitete Erscheinung, daß es den unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten im Anfangsstadium der Unabhängigkeit an einer eigenen Schicht der Intelligenz mangelte. Dieser Umstand wurde durch die solidarische Hilfe der sozialistischen Staaten zwar gemildert, jedoch nicht voll kompensiert. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß Edsman den Bildungsgang der Juristen weitgehend unerwähnt läßt. Lediglich in Einzelfällen verweist er auf ein Studium in England. Über dessen Finanzierung - teils durch die wohlhabende Familie oder durch die Protektion durch bestimmte Kolonialkreise - wird nichts berichtet. Bekannt ist, daß Kwame Nkrumah seine Kenntnisse weitgehend unter persönlichen Opfern erwarb. Unter den von Edsman als politisch wirksam in den Vordergrund gestellten Juristen war er wohl der einzige, der seine Kenntnisse in den Dienst der Befreiung des eigenen Volkes stellte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Buch für den "reinen" Rechtswissenschaftler von Interesse sein kann, daß es aber als Beitrag zur Erforschung der Geschichte Ghanas zu viele Lücken aufweist, als daß es dem allgemeinen Publikum oder gar dem Wirtschafts- oder Geschichtswissenschaftler von großer Hilfe sein könnte.

Günter Lewin

Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merith Nienuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1871 - 1918 = Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte, hg. v. Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter

Verlag C. H. Beck, München. 1980, 204 Seiten, Preis: 29, 50 DM

Mit der vorliegenden Arbeit verfolgen die Autoren das Ziel, die Ergebnisse der Wahlen zum Deutschen Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern und Sachsen für die Zeit des Deutschen Kaiserreiches statistisch aufzuarbeiten, sie zu weiteren Angaben zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Struktur in Beziehung zu setzen und damit die Auswirkungen der Indu-

strialisierung und Urbanisierung auf die politische Entwicklung dieser Periode deutscher Geschichte deutlich zu machen. Dabei betrachten sie die Wahlentscheidung als einen Schnittpunkt, an dem sich die allgemeine Geschichte mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und der Geschichte der Ideen berührt. Die "historische Wahlforschung" führe nach ihrer Auffassung die verschiedenen Spezialrichtungen der Geschichtswissenschaft zusammen und manifestiere damit die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Sozialwissenschaften (S. 13). Die Verfasser verweisen dabei darauf, daß selbst bei regionalgeschichtlichen Untersuchungen zur Geschichte der Wahlen und Parteien "sozioökonomische Strukturdaten" nur selten systematisch für die Analyse herangezogen werden.

Die Mängel des verfügbaren statistischen Materials erschweren selbstverständlich die Lösung einer so gestellten Aufgabe. So gibt es in der Regel keine statistischen Erhebungen zur Berufs- und Gewerbebestruktur einzelner Wahlkreise. Es war daher auch nur möglich, die Wahlergebnisse in den preußischen Regierungsbezirken und den Bundesstaaten zusammenzufassen und den Daten der Berufs- und Gewerbeerhebungen von 1882, 1895 und 1907 gegenüberzustellen. Was dabei herauskommt, ist immerhin eine Fülle von relativ gut überschaubarem, sich zur Analyse anbietendem Basismaterial, das außerdem durch Angaben zur Gliederung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Konfession ergänzt wird. Einige spezielle Statistiken für die größten Bundesstaaten bieten darüber hinaus aufschlußreiches Material, zum Beispiel zur Steuerleistung der Wahlberechtigten in den preußischen Provinzen.

Das umfangreiche Zahlenmaterial wird in jedem der vier Kapitel durch einen Kommentar eingeleitet, der den Leser auf wesentliche Entwicklungen vorab aufmerksam macht. Die Statistiken bestätigen natürlich viel dem Fachhistoriker Bekanntes oder zu Erwartendes, wie zum Beispiel den offensichtlichen Zusammenhang zwischen der gewerblichen und beruflichen Struktur einzelner Gebiete und der politischen Haltung der Wähler. Insbesondere wird aber sowohl durch die Tabellen usw. als auch durch die Kommentare deutlich - worauf natürlich nicht expressis verbis hingewiesen wird -, daß die damals geltenden Wahlsysteme in sehr eindeutiger Weise der Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klassen dienten.

So war nur eine Minderheit der Bevölkerung oder, genauer, der besitzlosen Klassen und Schichten des Volkes überhaupt wahlberechtigt. 1912 waren es für die Wahlen zum Reichstag 22,2 Prozent (S. 42), in Preußen etwa 20 Prozent der Bevölkerung (S. 133 f.). Hier war etwa jeder achte Mann über 24 Jahre überhaupt von der Wahl ausgeschlossen - die Frauen waren bekanntlich ohne jedes Wahlrecht. In Bayern durfte mehr als ein Drittel der volljährigen Männer nicht wählen (S. 151 f.). Noch niedriger lag der Anteil der Wahlberechtigten in Sachsen (1869 = 9,9 Prozent, 1900 = 15,8 Prozent) (S. 164 f.).

Die herrschenden Wahlsysteme benachteiligten die Vertreter und Organisationen der nichtbesitzenden Klassen und Schichten in kaum verhüllter Weise. Der "geheime" Charakter der Wahlen zum Reichstag war rein theoretischer Natur. Es gab vielfältige Methoden, mit denen die Stimmabgabe überwacht wurde (S. 27). Erst ab 1906 gab es Wahlkabinen; Diäten für Abgeordnete wurden 1906 eingeführt. Die Bevölkerungsverschiebung durch die Wanderungsbewegung in die Städte und industriellen Ballungsgebiete wurde bei der Einteilung der Wahlkreise nicht berücksichtigt (S. 98).

1912 hatten 10 700 Wahlberechtigte von Schaumburg-Lippe den gleichen Einfluß auf das Wahlergebnis wie 338 900 des Wahlkreises Teltow bei Berlin (S. 28). 1898 genügten den Konservativen 11,1 Prozent der Stimmen, die gleiche Zahl von Mandaten zu erhalten wie die Sozialdemokraten, für die 27,2 Prozent der

Wähler gestimmt hatten (56 Mandate bzw. 14,1 Prozent) (S. 41). Bei den häufigen Stichwahlen zogen die sozialdemokratischen Vertreter meist den kürzeren. Die SPD war an 679 (das heißt 44,5 Prozent der insgesamt 1 527) Stichwahlen beteiligt, von denen sie nur 186 (27 Prozent) gewinnen konnte (S. 125).

In Preußen herrschte das sogenannte Dreiklassenwahlrecht, auf das die Sozialdemokraten bis 1903 mit Wahlboykott reagierten. Erst ab 1908 war die SPD im Preußischen Landtag vertreten. 1913 hatte Berlin 12 Landtagsmandate, davon 5 sozialdemokratische für einen Stimmenanteil von 78,5 Prozent, während die restlichen 7 an die Freisinnige Volkspartei fielen, die dafür lediglich 10,5 Prozent der Stimmen benötigte (S. 148). Noch stärker wurde der Besitz bei den Wahlen in den preußischen Gemeinden begünstigt. So konnte Krupp von 1886 bis 1894 in Essen als einziger Wähler der I. Abteilung ein Drittel der Stadtverordneten de facto ernennen (S. 135).

In Sachsen beantwortete die herrschende Klasse die sozialdemokratischen Erfolge bei den Landtagswahlen 1896 mit einer Änderung des Wahlrechts, die zu der paradoxen Situation führte, daß die SPD 1903 keinen einzigen Landtagssitz erobern konnte, während sie bei den Reichstagswahlen im gleichen Jahr 22 von 23 der sächsischen Mandate mit 59 Prozent der Stimmen gewann (S. 163, 165, 172, 176).

Die Verfasser des Arbeitsbuches betrachten vor allem Dozenten, Lehrer, Schüler und Studenten als potentielle Nutzer, doch dürften sich darüber hinaus auch Historiker der verschiedensten Disziplinen dafür interessieren. Das aufbereitete Material bietet sich insbesondere als Ausgangspunkt und zur Illustration von Untersuchungen an, die sich mit dem Klassencharakter der wilhelminischen Gesellschaft und seinem wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund auseinandersetzen.

Dieter Baudis

Helga Berndt, Biographische Skizzen von Leipziger Arbeiterfunktionären, Dokumentation zum 100. Jahrestag des Sozialistengesetzes 1878 - 1890

Akademie-Verlag, Berlin 1978, 301 Seiten,

Preis: 19,50 M

Auf die Problematik des dialektischen Wechselverhältnisses von Klasse und politischer Bewegung ist in vielen Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung hingewiesen worden. Doch gab es bisher nur sehr wenige konkrete, auf der Grundlage sozialer Daten und Fakten basierende Untersuchungen. Das reiche, von Helga Berndt systematisch zusammengetragene Material über die zwischen 1881 und 1890 aus Leipzig und Umgebung 156 ausgewiesenen Arbeiterfunktionäre eignete sich, wie die vorliegende Veröffentlichung zeigt, nicht nur für die Aufzeichnung von biographischen Skizzen, sondern es konnte gleichfalls für eine Analyse der sozialökonomischen Struktur und ihrer Wechselwirkung mit der politischen Bewegung der Arbeiterklasse genutzt werden. Damit bietet die Arbeit wesentlich mehr, als ihr Titel vermuten läßt. Mit den Skizzen wird "ein großer Teil jener 'namenlosen' Arbeiterfunktionäre aus der Leipziger Arbeiterbewegung vorgestellt, über die wir bisher gar nichts oder nur sehr wenig wußten" (S. 8). Anhand von bisher unveröffentlichten personellen Daten und mehr oder weniger bekannten politischen Ereignissen vermittelt Berndt eindrucksvolle Bilder, die zeigen, wie und mit welchen Methoden der Machtapparat des Kaiserreiches vom Ausnahmegesetz Gebrauch machte und mit welchem

persönlichen Opfermut, mit welcher Einsatzbereitschaft und Kampftentschlossenheit die illegal arbeitenden Sozialdemokraten diesem System widerstanden, Anknüpfend an die bereits vorhandene Literatur zum Sozialistengesetz, ergibt sich eine wertvolle Ergänzung insbesondere zur Arbeit von Fritz Staude (Sie waren stärker, Leipzig 1969) über die Leipziger Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes.

Berndt leistete mit ihrer umfangreichen Personalien- und Datenforschung eine wichtige Quellenarbeit, aus der ein informatives biographisches Nachschlagewerk zur Geschichte des Sozialistengesetzes hervorgegangen ist. Darüber hinaus kann sie auch unter den verschiedensten Aspekten für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Entwicklung ihrer Struktur genutzt werden. So ermittelte die Autorin aus den Akten des Polizeiamtes der Stadt Leipzig im Stadtarchiv Leipzig und den Gerichtsakten im Staatsarchiv Dresden die wichtigsten Personalien und die Ausweisungsdaten und nahm diese Angaben zum Ausgangspunkt für weitere Ermittlungsarbeiten, die Nachforschungen über soziale Herkunft, Familienverhältnisse und soziales Milieu betrafen, für die Angaben aus Personenstandsakten, von Standesämtern und Urkundenstellen, von Kirchenbehörden und Pfarrämtern besorgt werden mußten.

Mit den biographischen Skizzen gelang es der Autorin, einige charakteristische politisch-soziale Typen, insbesondere in ihren Beziehungen zum politischen Leben, zu zeichnen. Sie zeigt anhand von Beispielen, wie sich unter den Leipziger Ausgewiesenen die verschiedenen ideologisch-politischen Strömungen in der Partei widerspiegeln, die bei den Auseinandersetzungen mit den opportunistischen Kräften der Reichstagsfraktion sichtbar wurden, wie es in einigen Fällen zu anarchistischen Tendenzen kam, wie sich die Studenten in der Bewegung bewährten und welcher politisch-soziale Typus von der Staatsmacht besonders verfolgt wurde. Auf die den Skizzen zugrunde liegenden Daten baut sie eine "Analyse der beruflichen und sozialen Schichtung der Leipziger Ausgewiesenen, ihrer Väter, beiderseitigen Großväter, Schwiegerväter und Taufpaten mit Aussagen über die soziale und örtliche Herkunft" auf und kommt zu der wichtigen Feststellung, "daß die im politischen Kampf entstandenen Freundschaftsbeziehungen über die Paten- und auch die Trauzeugenwahl in die Familie hineinreichten und somit durch eine enge Verknüpfung der sozialen mit der politischen Sphäre die proletarische Klassenposition festigten" (S. 47). Den Gedanken von Friedrich Engels zur Herausbildung eines erblichen Proletariats und zur Stabilisierung der Arbeiterklasse und ihrer politischen Klassenposition folgend, untersucht die Autorin die Konzentration von proletarischen Herkunfts-, Heirats- und Patenbeziehungen. Sie kann nachweisen, daß sich diese Beziehungen bei dem untersuchten Personenkreis verdichteten und positiv auf revolutionäre Standhaftigkeit und Klassensolidarität wirkten. So schlußfolgert sie: "Das Proletariat bringt proletarische Revolutionäre mehr und mehr aus seinen eignen Reihen hervor" (S. 48).

Die Analyse der sozialen Zusammensetzung auf der Grundlage der Berufsaufgaben benutzt die Autorin, um Aussagen treffen zu können, wie sich die "Strukturveränderungen der Arbeiterklasse im Stadium des Übergangs zum Imperialismus auf das revolutionäre Bewußtsein und das revolutionäre Handeln in den verschiedenen Berufs- und Tätigkeitsgruppen auswirkten" (S. 49). Danach formiert sich die Arbeiterbewegung in dieser Zeit fast ausschließlich aus Facharbeitern, und innerhalb dieser Facharbeiterschaft ist bereits eine ansehnliche Zahl von Industrie- und Fabrikarbeitern in den Parteibildungsprozeß eingegliedert, wofür beispielsweise solche Berufsbezeichnungen wie Eisendreher und Maschinenbauer sprechen. Berndt stellt auch bemerkenswerte Veränderungen im politischen Engagement bestimmter Berufs- und Tätigkeitsgruppen der Ar-

beiterklasse fest, so zum Beispiel die in verschiedenen Zeitabschnitten unterschiedliche Bedeutung der ungelerten Arbeiter für die Arbeiterbewegung; oder, daß Arbeitergruppen mit zeitweilig höchster politischer Aktivität, wie Buchdrucker und Zigarrenarbeiter, ihre führenden Stellen in der Arbeiterbewegung an andere Berufsgruppen abtraten. Anhand des aussagekräftigen und systematisch zusammengetragenen Materials wird die wichtige These der materialistischen Geschichtsforschung untermauert, "daß das revolutionäre Bewußtsein nicht unmittelbar aus der Klassenzugehörigkeit erwächst, sondern sich mittels vielfältiger sozialer und politischer Bedingungen im Klassenkampf herausbildet und entwickelt, daß sich der grundlegende Zusammenhang zwischen Klassenentwicklung und Bewußtseinsbildung dennoch in der Tendenz durchsetzt" (S. 54).

Ein wichtiger Beitrag zu der bisher in der DDR nur wenig bearbeiteten Sozialstrukturforschung zur Arbeiterklasse ist mit dieser Veröffentlichung in Angriff genommen worden. Sie zeigt auch, daß bei richtiger theoretischer Verarbeitung die Mühe lohnt, in zeitaufwendiger Weise aus Primärquellen zu schöpfen und mit empirischem Material zu arbeiten. Nur wenige Publikationen zu diesem Thema gab es bisher, die auf so konkretem und aussagekräftigem Material beruhen. Es wäre zu begrüßen, wenn historisch-zeitlich wie regional vergleichende Arbeiten folgten. Sie würden das Wissen über die Dialektik von sozialer und politischer Differenziertheit sowie großen sozialen und politischen Umwälzungen bedeutend erweitern und zu den historischen Erkenntnissen beitragen, die für die Lösung aktueller politischer, sozialpsychologischer und anderer Fragen des gesellschaftlichen Lebens notwendig sind.

Traute Scholz

Heinzpeter Thümmler, Sozialistengesetz Paragraph 28, Ausweisungen und Ausgewiesene 1878 - 1890

Akademie-Verlag, Berlin 1979, 307 Seiten,
Preis: 28,- M

Der beachtlichen Literatur der DDR-Historiker, die dem revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert gewidmet ist, wurde mit dem vorliegenden Buch eine weitere Arbeit hinzugefügt, die bislang noch nicht genutzte Quellen aufarbeitet und in Verbindung mit schon erschlossenen zu neuen Erkenntnissen führt. Heinzpeter Thümmler hat, die zwei bekannten verdienstvollen Schriften von Ignaz Auer (Nach zehn Jahren, Nürnberg 1913) aus den Jahren 1889 und 1890 nutzend, die Kenntnis über die unter dem Sozialistengesetz ausgewiesenen deutschen Arbeiterfunktionäre bedeutend erweitert und mit den heutigen Möglichkeiten der Archivarbeit und speziell der Durchsicht von Polizeiakten eine Aufgabe weitgehend gelöst, die aufgrund der damaligen politischen Situation, wie seinerzeit Franz Mehring schrieb, unmöglich sein mußte.

Wenn Auer selbst darauf aufmerksam machte, daß sein Verzeichnis der Ausgewiesenen unvollständig blieb, weil ihm die Polizeilisten nicht zur Verfügung standen, so konnte Thümmler in den Archiven der DDR diese Listen einsehen und "erstmalig eine relativ genaue und vollständige namentliche Aufstellung aller nach Paragraph 28 des Sozialistengesetzes Ausgewiesenen" erarbeiten (S. 10). Damit werden nicht nur über hundert weitere Ausgewiesene namentlich und dokumentarisch genannt. Die gründliche Durchsicht der Polizeiakten und die auf dieser Grundlage erhellten Einzelschicksale vermitteln ein aufschlußreiches Bild von der Härte des Klassenkampfes jener Zeit und von der Opferbereit-

Nach einem kurzen allgemeinen Überblick über die Geschichte des Sozialistengesetzes und die besondere Bedeutung des Paragraphen 28 behandelt der Autor als Grundlage für seine weitere Analyse die spezielle Geschichte des Ausnahmegesetzes in sechs Gebieten, über die der kleine Belagerungszustand verhängt war und in denen der Ausweisungsparagraph speziell zur Anwendung kam. Viele aus den Archivmaterialien und der sozialdemokratischen Presse zusammengetragene Episoden, Zitate aus Korrespondenzen, Anordnungen, Empfehlungen und Polizeiberichte, die zwischen der Reichsregierung, den Regierungen der deutschen Bundesstaaten und den preußischen Landesbehörden ausgetauscht wurden, verdeutlichen die scharfmacherische Politik der durch Bismarck geprägten Reichsbehörden einerseits und zeigen andererseits anschaulich die Aktivitäten, mit denen die Ausgewiesenen und ihre Mitstreiter in kluger Weise auf die Zwangsmaßnahmen reagierten, um den Kampf neu zu organisieren und weiterzuführen.

Anknüpfend an die Darstellungen über die betreffenden Territorien, benutzt Thümmler die von ihm nach Namen und weiteren Personaldaten (Geburtstag, Geburtsort, Beruf, Termin und Anzahl der Ausweisungen) weitgehend ergänzte und vermutlich fast vollständige Liste der Ausgewiesenen für eine systematische Auswertung aller dieser Daten.

So weist er mit einer Zusammenstellung und Auswertung der Ausweisungsanzahl, der Ausweisungstermine und der Ausweisungsorte die zeitlichen und territorialen Schwerpunkte bei der Durchführung des Gesetzes nach und kann damit viele Seiten der Ausweisungspolitik faktisch belegen. Danach erfolgten für insgesamt 797 Personen 891 Ausweisungen, 89 Personen wurden mehr als einmal, nämlich insgesamt 183 mal, ausgewiesen. Auch die Ausweisungsrücknahmen werden behandelt und in ihrer politischen und sozialen Bedeutung eingeschätzt. Die ebenfalls sehr detaillierte Auswertung des Alters der Ausgewiesenen nach Berufen und Ausweisungsgebieten trägt vorwiegend statistischen Charakter. Ergebnisse wie diese, daß die "meisten Erst-Ausgewiesenen zwischen 20 und 44 Jahren alt sind", deuten auf keine Abweichung vom Erwarteten hin. Einige wenige Feststellungen zur Altersstruktur lassen Zusammenhänge zu sozialen und politischen Besonderheiten vermuten, ohne daß sie vom Autor kommentiert werden. So zum Beispiel, daß 72 Prozent der ausgewiesenen Schankwirte über 35 Jahre alt sind oder daß bei den Ausgewiesenen, die über 35 Jahre alt sind, die Berufsgruppen Schankwirte, ungelernete Arbeiter, selbständige Kaufleute und Händler einen relativ hohen Anteil aufweisen. Auch wenn diese vorwiegend statistische Aufbereitung der Altersstruktur zunächst nur wenige Anknüpfungspunkte zur sozialen und politischen Problematik bietet, sollte sie als abrufbereite Quelle gewertet werden, die durch Vergleiche oder zusätzliches Material anderer Forschungen aktivierbar ist und weiteren Nutzen bringt.

Ähnliches läßt sich zur statistischen Auswertung der Herkunft nach administrativen Einheiten des Deutschen Reiches sagen. Das detailliert dargelegte Zahlenmaterial bestätigt bereits bekannte Erkenntnisse zur Migration in Deutschland. Als Kernstück der Arbeit kann die eingehende Analyse der Berufs- und Sozialstruktur der Ausgewiesenen angesehen werden. Da es sich bei der gegebenen Untersuchungseinheit um eine repräsentative Gruppe der politisch aktivsten Abteilungen der deutschen Arbeiterklasse handelt, gibt diese Untersuchung wichtige Aufschlüsse über die Beziehung zwischen den sozialökonomischen Verhältnissen und dem politischen Kampf. So kommen die Ausgewiesenen vorwiegend aus Berufen, die 1890 die zahlenmäßig stärksten Gewerkschaftsorganisationen besaßen. Nach Auswertung des Autors gehören drei Viertel der Ausgewiesenen der Arbeiterklasse an. Dazu zählt er auch den relativ hohen Anteil von Gesel-

len, bei denen allerdings nicht nachweisbar ist, ob sie in einer Fabrik oder einem Handwerksbetrieb arbeiteten. Als Besonderheit der Verflechtung von sozialökonomischen und politischen Verhältnissen begründet er, warum gerade die aus dem Handwerk kommenden Arbeiter eine wesentliche Stütze der Partei waren, und erklärt in diesem Zusammenhang auch den relativ hohen Anteil von Selbständigen, darunter zum Beispiel, warum sich verhältnismäßig häufig der Beruf des Schankwirts unter den Ausgewiesenen findet. Ebenso sollte der Nachwuchs, welche Berufsgruppen unter den Ausgewiesenen besonders hervortreten - es sind dies Zigarrenarbeiter, Tischler, Maurer, Schuhmacher, Schankwirte, Schriftsetzer - und wie sich diese Erscheinung territorial differenziert, zu den wichtigsten Ergebnissen der Arbeit gerechnet werden (S. 153).

Die Grundrichtung der damaligen Klassenkampfsituation nicht außer Acht lassend, bemüht sich der Autor anhand der ermittelten Fakten Entwicklungsstand und Besonderheiten des sozialen und politischen Milieus zu erfassen. Damit wird er einer in der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung wichtigen Forderung gerecht, die politische Ereignisgeschichte stärker mit einer tiefergehenden Erforschung und differenzierteren Darstellung sozialökonomischer und politisch-ideologisch unterschiedlicher Schichten und Abteilungen der Arbeiterklasse zu fundieren. Die Strukturanalyse über die Ausgewiesenen gehört zu den bis jetzt noch wenigen Arbeiten in der DDR-Geschichtsforschung, die ein notwendiges Pendant bilden zu den weitaus zahlreicheren Publikationen mit vorwiegender Konzentration auf den politischen Kampf. In diesem Sinne steht das Buch von Thümmler eigenständig neben den bisher erschienenen Publikationen zum Sozialistengesetz, auch neben dem später erschienenen repräsentativen Band "Das Sozialistengesetz 1878 - 1890". Es wird nicht nur einem dringenden Nachholebedarf in der Forschungsarbeit zum Sozialistengesetz gerecht, sondern kann auch als wichtiger Beitrag zur Erforschung der Sozialstruktur der Arbeiterklasse gewertet werden.

Traute Scholz

Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland zur Zeit der Industriellen Revolution, hg. v. Karl Lärmer = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Jürgen Kuczynski u. Hans Mottek, Bd. 15

Akademie-Verlag, Berlin 1979, 402 Seiten, Preis: 38,- M

Mit der Veröffentlichung dieses Sammelbandes, der Studien zur in Arbeit befindlichen dreibändigen "Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland" über spezielle Probleme der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte enthält, sollen Forschungsergebnisse "rascher der gesellschaftlichen Praxis und dem wissenschaftlichen Meinungsstreit" angeboten werden (S. 7). Die Autoren kommen trotz oftmals sehr detaillierter Darstellung zu Verallgemeinerungen. Ein Beispiel für eine besonders gelungene theoretische Verallgemeinerung umfangreichen Quellenmaterials ist die Studie von H. Harnisch "Bevölkerungspolitische Probleme der Industriellen Revolution in Deutschland" (S. 267 ff.). Zu den Beiträgen, in denen theoretische Fragen behandelt werden, gehört die Arbeit "Zur Problematik der Periodisierung der Geschichte der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert - Ein Diskussionsbeitrag" (S. 13 ff.) von K. Lärmer. Er unterstreicht aus der Sicht quantitativer und qualitativer Wandlungen im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte im 19. Jahrhundert die Notwendigkeit einer von den Hauptperioden der politischen Geschichte abweichenden Periodisierung für die Erforschung der Produktivkräfte, die zu weiteren Überlegungen An-

laß sein wird. Zu seiner Auffassung gelangte er durch die Untersuchung der entscheidenden Prozesse der Industriellen Revolution. Vom Gegenstand her schließt sich die Studie von S. Richter "Zur historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln im 19. Jahrhundert" an (S. 43 ff.). Richter zeigt, daß quantitative und qualitative Veränderungen in den Proportionen zwischen Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelproduktion auf einer bestimmten Stufe der sozialökonomischen Entwicklung zu arbeitsteilig voneinander geschiedenen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion führen. Er beschreibt die hauptsächlichen Phasen der Herausbildung und Entwicklung dieser Arbeitsteilung in der Periode der Industriellen Revolution, wobei er die revolutionäre Umgestaltung des Maschinenbaus durch die Entwicklung der maschinellen Herstellung der Maschinen als entscheidendes Kennzeichen der dritten Etappe der Industriellen Revolution hervorhebt. Richter sprengt den beabsichtigten Rahmen, indem er allgemeine Entwicklungstendenzen des 20. Jahrhunderts in seine Überlegungen einbezieht.

Mit der neuen Funktion der Naturwissenschaften und der Agrarwissenschaften durch die Industrielle Revolution befassen sich H. Wußing, I. Strube, W. Schreier und V. Klemm in ihren Beiträgen. H. Wußing, "Zur gesellschaftlichen Stellung der Mathematik und Naturwissenschaften in der Industriellen Revolution" (S. 55 ff.), beleuchtet die verschiedenen historischen Stufen des Wechselverhältnisses zwischen Naturwissenschaften und Produktion als "eine komplizierte und für die marxistische Historiographie zentrale Frage". Auch er bezeichnet seinen Beitrag als Anregung zur Diskussion über gesellschaftliche Veränderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Produktion, zu dem es eine Vielzahl von Meinungen gibt, die "von der Konstatierung der Beinahe-Zufälligkeit der Gleichzeitigkeit beider Entwicklungsprozesse bis zur Erklärung der Identität von einer industriellen und zugleich wissenschaftlichen Revolution während des Zeitraumes vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts" reichen (S. 55). Er zeigt zugleich, wie umfassend die Fragestellung ist und welche Teilaspekte zu berücksichtigen, das heißt noch genauer zu erforschen, sind. Dazu gehören unter anderem das Wechselverhältnis der Naturwissenschaften mit den Produktionsverhältnissen, die Stellung der Naturwissenschaften im System der Wissenschaften, die methodische Neuorientierung der Naturwissenschaften, die Organisationsformen der Wissenschaften und naturwissenschaftliche Kenntnisse als Teil des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Diese Aspekte klingen teilweise an in den Studien, die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen gewidmet sind. W. Schreier stellt in seinem Beitrag "Zu Problemen der Wechselwirkungen zwischen Physik und Produktion" (S. 125 ff.) die gegenseitige Bedingtheit von Wärmelehre und Dampfmaschinenbau sowie von Elektrizitätslehre und Elektrotechnik dar. Er deckt die Ursachen für die Neuorientierung der Physik als Folge der Konstruktion und massenhaften Anwendung von Arbeits-, Werkzeug- und Antriebsmaschinen auf, die die Untersuchung von Problemen der Bewegung und Energieumwandlung, von Leistung und Leistungsverlusten von Maschinen erfordern. Die innerlogischen Triebkräfte der Entwicklung der Wissenschaftsdisziplinen werden in Beziehung gesetzt zu den unmittelbaren Anregungen durch die Produktion.

I. Strube untersucht in ihrem Beitrag "Chemie und Industrielle Revolution" (S. 69 ff.) die Beziehungen zwischen chemischer Wissenschaft und Produktion und deren Voraussetzung, die Entwicklung der chemischen Theorie, in sehr detaillierter Weise. Dabei bezieht sie die Eisen- und Stahlgewinnung mit ein, da sie den Begriff der chemischen Industrie als industrielle Nutzung chemischer Umsetzungen (S. 107) sehr weit faßt, was Widerspruch herausfordert. Die Verfasserin macht durch die Darstellung von informativen Einzelheiten das Inein-

andergreifen von Wissenschafts- und Produktionssphäre deutlich.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß sich drei Aufsätze mit der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft befassen. In den Studien von V. Klemm "Der Aufschwung der Agrarwissenschaften in Deutschland und ihre wachsende Bedeutung als Produktivkraft (Ende des 18. Jahrhunderts bis 1870/80)" (S. 183 ff.), H. -H. Müller "Die Entwicklung des Ackerbaus und der Aufschwung der landwirtschaftlichen Nebenindustrie von 1800 bis 1870 (Die Bedeutung des Kartoffel- und Zuckerrübenanbaus)" (S. 215 ff.) und R. Berthold "Die Entstehung der deutschen Landmaschinen- und Düngemittelindustrie zwischen 1850 und 1870" (S. 245 ff.) werden die revolutionären Umwandlungen in der Landwirtschaft als historische Voraussetzung, Begleiterscheinung und Folge der Industriellen Revolution untersucht. Die Autoren skizzieren die Umwälzungen in der Landwirtschaft als Folge der neuen volkswirtschaftlichen Anforderungen, die vor allem durch die Bevölkerungszunahme, die Entstehung des Fabrik-systems, der Ausweitung des Handels und Verkehrs, der Entstehung des nationalen Marktes, der Zunahme des nationalen und internationalen Konkurrenzkampfes und der Veränderung der Sozialstruktur bestimmt wurden (S. 213). Die Bedeutung der Agrarwissenschaften für den Aufschwung der Agrarproduktion, die kapitalistische Intensivierung der Landwirtschaft und die fabrikmäßige Herstellung von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft durch die Industrie werden als entscheidende Bereiche der Entwicklung in den Prozeß der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingeordnet.

Entspricht bereits der Beitrag von R. Berthold der Absicht des Herausgebers, auf eine Behandlung der generellen Entwicklung der Produktivkräfte in der Industrie zu verzichten und statt dessen spezielle, bisher wenig berücksichtigte Aspekte der Erforschung der Industriellen Revolution in den Mittelpunkt zu stellen, so gilt dies auch für Lärners eigene Studie "Berlins Dampfmaschinen im Vergleich zu Preußen und Sachsen" (S. 155 ff.). K. Lärner befaßt sich mit dem Einsatz der Dampfmaschine unter einem besonderen Blickwinkel, nämlich dem Umfang der industriellen Nutzung der Dampfkraft in bestimmten Territorien. Er führt die Faktoren an, die dazu beitrugen, daß Sachsen seine ursprüngliche Vorrangstellung in der Industriellen Revolution an Preußen abgeben mußte. Die entscheidenden Gründe dafür sind die Notwendigkeit der Entwicklung eines der gestärkten politischen und ökonomischen Stellung Preußens nach dem Wiener Kongreß entsprechenden Wirtschaftspotentials und der Mangel an Wasserkraft, der, zunächst ein Hemmnis für die Mechanisierung der Produktion, zu frühen Versuchen der Erschließung der Dampfkraft in Preußen als der für die Fabrik-industrie unabdingbaren Antriebskraft und damit zur industriellen Überlegenheit führte. Der Autor unterstreicht die Bedeutung des geographischen Milieus bei der Entwicklung der Produktivkräfte und die Notwendigkeit, das Augenmerk verstärkt auf die Untersuchung der natürlichen Ressourcen zu richten.

Dem bevölkerungsgeschichtlichen Aspekt sind die Beiträge von H. Harnisch und W. Strenz gewidmet, was der Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung entspricht, in der "sich die Entwicklung aller Produktivkräfte resümiert". (Karl Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 498) In seiner Untersuchung der Beziehungen zwischen ökonomischer und demographischer Entwicklung unter den Bedingungen der Industriellen Revolution kommt Harnisch, ausgehend von den Marxschen Aussagen über die Entstehung und Funktion der industriellen Reservearmee im Prozeß der Akkumulation des Kapitals, zu drei Typen der demographischen Auswirkungen der Industriellen Revolution, wobei die Entstehung der großen Industrie generell auf der Zuwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft basierte. Geographisch akzentuiert W. Strenz seine Arbeit "Zum Prozeß der Bevölkerungsagglomeration unter den Bedingun-

gen der Industriellen Revolution des Kapitalismus am Beispiel der Entwicklung im Königreich Preußen in seiner territorialen Ausdehnung vor 1866. Eine Materialstudie unter historisch-geographischem Aspekt" (S. 341 ff.), indem er die Ursachen für die regional differenzierte Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung während der Industriellen Revolution auf dem Territorium des Königreichs Preußen analysiert.

Bemerkenswert ist, daß der Band trotz der Vielfalt der Beiträge das Universelle der Entwicklung hervorhebt.

Wie J. Kuczynski in seiner Einleitung schreibt, wird man nutzen, was uns hier gegeben ist (S. 12), vor allem für die Erarbeitung des dreibändigen Gesamtwerkes.

Heike Etzold

Wirtschaftswachstum, Energie und Verkehr vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, hg. v. Hermann Kellenbenz = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 22

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1978,
248 Seiten, Preis: 58,- DM

Die 6. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, deren Vorträge den Kern des vorliegenden Bandes bilden, setzte sich das Ziel, den Anteil der Faktoren Energie und Verkehr am ökonomischen Wachstum vom Spätmittelalter bis zur vollen Herausbildung des Kapitalismus zu untersuchen. Dabei sind die Beiträge mehr oder weniger deutlich den von W. W. Rostow begründeten industriegesellschaftlichen Wachstumsmodellen angepaßt, bzw. eine solche Einordnung wird durch Hermann Kellenbenz in seiner Zusammenfassung "Zu den Faktoren wirtschaftlichen Wachstums" hergestellt.

Das Ziel der Untersuchung konnte selbst im Rahmen bürgerlicher Industrialisierungsmodelle kaum erreicht werden, da die Autoren entweder recht punktuell einzelne wirtschaftshistorische Prozesse im Auge haben (beispielsweise die Lüneburger Saline bzw. das Kärntner Eisenwesen vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, die ökonomische Entwicklung Dortmunds von 1850 bis 1873) oder, dort wo sie größere Räume behandeln (die Schweiz vor der Industriellen Revolution, die Niederlande sowie die Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert), stärker kleinräumliche Differenzierungen herausarbeiten, als überregionale Vergleiche anstellen. In den Fällen, wo von ihnen dennoch verallgemeinernde Aussagen getroffen werden, legen sie den Schluß nahe, daß Energie und Verkehr für die wirtschaftliche Entwicklung vor der Industriellen Revolution eine deutlich geringere Rolle als danach spielten.

Jean-Francois Bergier, der sich mit "Wachstum, Energie, Verkehr vor der industriellen Revolution im Raume der heutigen Schweiz und der Zentralalpen" beschäftigt, legt dar, daß die Bevölkerung, die an den europäischen Handelsstraßen lebte, welche über die Alpenpässe führten, von ihnen relativ unbeeinflusst blieb. Die Schweizer gewannen zwar wenig durch den Transithandel, bekamen für ihre Weberei aber die Baumwolle auf diesen Wegen. Die energiereichen Flüsse dienten wohl der Flößerei wenig wertintensiver Massengüter (Holz, Heu), wurden jedoch nicht als allgemeine Transportwege und nicht als Energiespender für Mühlen in größerem Umfange genutzt. Bergier hält sich zurück, die Rezession des Schweizer Textilgewerbes im 16. Jahrhundert mit der rela-

tiven Verminderung des Verkehrs auf den von Italien nach Nordwesteuropa führenden Handelswegen in ursächliche Beziehung zu bringen. Ebenso sieht er den erneuten Aufschwung von Weberei, Edelschmiedekunst und Uhrmacherei, die sich im 18. Jahrhundert auch auf dem Lande ausbreiteten, kaum durch die Verkehrswege und fast gar nicht durch die natürlichen Energiequellen beeinflusst.

Etwas anders lagen die Dinge im Kärntner Eisenwesen, das Karl Dinklage für das 13. bis 19. Jahrhundert beschreibt. Hier lernte man um die Mitte des 14. Jahrhunderts schwere, wassergetriebene Eisenhämmer anzuwenden, die bei der Schmiedearbeit ein Vielfaches der Handhämmer leisteten, und erschloß mit der Wasserkraft eine neue, nun auch für dieses Gewerbe standortbestimmende Energiequelle. Mit der wachsenden Eisenproduktion spielte dann seit dem Spätmittelalter die Ausfuhr nach Italien und damit auch der Verkehr über das Gebirge eine zunehmende Rolle.

In der Regel konnten wohl weder natürliche Energieressourcen noch günstige Verkehrsbedingungen die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere das Entstehen von Exportgewerben innerhalb der Feudalgesellschaft, in Gang bringen. Der Verkehr ist auf dieser Stufe ganz deutlich eine Funktion des Austausches, also der regionalen und internationalen Arbeitsteilung, die sich während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus intensivierte. In diesem Sinne erscheinen auch Aufstieg und Niedergang der Lüneburger Saline, die Harald Witthöft von 1200 bis 1800 verfolgt, abhängig vom Salzhandel der wendischen Hansestädte und speziell von der Rolle Lübecks, welche mit dem Schicksal des hansischen Zwischenhandels verbunden war. Hinsichtlich der Energienutzung gilt die Feststellung Dinklages, daß dadurch "nur dann Einfluß auf das Wirtschaftswachstum und damit auf den Verkehr ausgeübt werden kann, wenn technischer Fortschritt dazu die Voraussetzung bietet" (S. 55). Der Faktor Energie mußte also eine entschieden andere, größere Bedeutung gewinnen, als sich die Arbeitsmaschinen durchsetzten, also mit der Industriellen Revolution. Ähnlichen Bedeutungswandel erlebte der Faktor Verkehr, der nun nicht mehr nur eine Funktion des Handels, sondern auch der Produktion war.

Diese entscheidende Zäsur, die die Industrielle Revolution setzte, erscheint in dem Sammelband nur indirekt. Allerdings schildert Wolfhard Weber, wie die Schiffbarmachung der Ruhr nach 1780 die Industrialisierung des Ruhrgebietes förderte, wie die märkische Steinkohle nun einer breiten Palette von Gewerben in Kleve und anderen niederrheinischen Gebieten zugute kam. Nach der Mitte des 19. Jahrhunderts übernahm dann die Eisenbahn die Rolle der unzureichend ausgebauten Ruhr. Und Otfried Dascher zeigt, wie eng das sprunghafte Wachstums Dortmunds von etwa 4 000 Einwohnern um 1800 auf etwa 140 000 Einwohner um 1900 mit der Linienführung der Köln-Mindener und der Bergisch-Märkischen Eisenbahn verknüpft war; Dortmund war der erste Knotenpunkt des entstehenden Kohlenreviers.

Die instruktiven Aufsätze von Roman Sandgruber (Wirtschaftswachstum, Energie und Verkehr in Österreich 1840 - 1913) und Othmar Pickl (Das Wirtschaftswachstum der Habsburger Monarchie und ihre Verflechtung in den internationalen Handel im 19. Jh.) relativieren das landläufige Bild von Stagnation und Rückständigkeit in der Donaumonarchie des 19. Jahrhunderts mittels einer starken regionalen Differenzierung. Die Wachstumsraten der Gebiete des heutigen Österreichs blieben demnach hinter denen der westeuropäischen Länder kaum, die der Karpatenländer aber desto deutlicher zurück. Die Ursachen dieser Niveauunterschiede analysieren die Autoren nicht eigentlich, sie führen sie aber auch nicht hauptsächlich auf die Faktoren Energie und Verkehr zurück. Jan Teijl versucht mit Hilfe komplizierter Schlußfolgerungen, "Wirtschaftswachstum und

Energieverbrauch in den Niederlanden¹¹ während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu berechnen, und Richard Tilly muß den Einfluß von Energie und Verkehr auf das "Wachstum industrieller Großunternehmen in Deutschland 1880 - 1911" angesichts seines Datenmaterials weitgehend außer Betracht lassen.

Das Profil des Bandes wird durch zwei Beiträge mitbestimmt, die nicht in direkter Beziehung zum Tagungsthema standen. Eckart Schremmer entdeckt überraschende Zusammenhänge zwischen "industrieller Rückständigkeit und strukturstabilisierendem Fortschritt", die er am Einsatz der "Produktionsfaktoren in der deutschen (Land-)Wirtschaft zwischen 1850 und 1913" untersucht. Er stellt fest, daß, obwohl im allgemeinen die Gebiete "industrialisierungsanfälliger" waren, in denen das Kleingewerbe vor der Industriellen Revolution hoch entwickelt und über das ganze Land verbreitet war, es in einigen von ihnen aber (Württemberg, Bayern) nicht zum industriellen Kapitalismus, sondern zur Konservierung der alten, kleinbäuerlich-handwerklichen Struktur gekommen ist. Dies sei trotz (oder wegen) des Abströmens von Arbeitskräften und Kapital aus dem Agrarsektor geschehen, was zum Beispiel im Gefolge der kapitalistischen "Bauernbefreiung" durch die Ablösungssummen der Bauern bewirkt wurde. Schremmer schreibt diesen Umstand wesentlich dem technischen (Kleinmechanisierung) und biologisch-chemischen (Kunstdüngung usw.) Fortschritt zu, der auch handwerklichen und bäuerlichen Klein- und Nebenerwerbsbetrieben Produktivitätssteigerung und Fortexistenz ermöglicht hätte. Dieser Forschungsansatz ist bei vergleichenden Untersuchungen zur Industriellen Revolution in Räumen mit unterschiedlicher sozialökonomischer und politischer Ausgangssituation (solche Forschungen besitzen wir bisher nicht) auf jeden Fall zu bedenken. Generell ist schwer vorstellbar, daß in solch "strukturstabilisierendem Fortschritt" ein wesentlicher Faktor für das Zurückfallen einiger Territorien in der kapitalistischen Entwicklung liegen sollte.

Auf andere Weise überschreitet auch Alfred E. Ott den abgesteckten Themenkreis. Er erörtert bürgerliche Wachstumsmodelle von Ricardo bis zum "Club of Rom" und gibt einen Aufriß der wesentlichsten Kontroversen. Aus bürgerlich-humanistischen Erwägungen, nicht ohne antimarxistische Seitenhiebe, kritisiert der Autor vor allem das von Forrester und Meadow entworfene zivilisationspessimistische Weltmodell, das ein "Nullwachstum" als einzige Rettung vor einer angeblich nahen Umwelt- und Rohstoffkatastrophe empfiehlt. Ott meint, daß, solange das durchschnittliche Lohn- und Gehaltseinkommen der Werktätigen der BRD zwar oberhalb der Armutsgrenze liege, aber keineswegs Wohlstand für alle ermögliche, weiteres Wirtschaftswachstum notwendig sei. Obwohl der Wohlstand für alle keineswegs ein direktes Ergebnis des Wirtschaftswachstums, sondern in hohem Maße von der Verteilung und Verwendung des erarbeiteten Reichtums, von der Gesellschaftsordnung abhängig ist, kann man dem Autor insoweit zustimmen, daß ein fortdauerndes Wirtschaftswachstum auf der Basis eines wachsenden technischen Fortschritts notwendige Bedingung der weiteren Menschheitsentwicklung ist.

Wie eigentlich jeder Sammelband bietet also auch dieser nur eine unvollständige Behandlung des Rahmenthemas, dafür aber eine Fülle von Bausteinen und Anregungen, die auch der marxistischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung nützlich sein können.

Helga Schultz

Quantitative Methoden in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Vorneuzeit, hg. v. Franz Irsigler = Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen. Quantitative sozialwissenschaftliche Analysen von historischen und prozeßproduzierten Daten, Bd. 4

Klett-Cotta, Stuttgart 1978, 176 Seiten

Das Bändchen enthält Berichte von Arbeitstagungen am Bielefelder "Zentrum für interdisziplinäre Forschung", die Einblick in Projekte zu unterschiedlichen Themen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte geben und miteinander durch Fragen der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) verbunden sind. Anliegen der Autoren ist es, eigene Erfahrungen und Verfahren praktikalbel weiterzugeben. Im Vordergrund stehen methodische Fragen im engeren Sinne: Datenerhebung, Kodierung, Programmvorbereitung, Fragen also, die für den Dialog des Historikers mit dem Computer wichtig werden, sobald die Entscheidung für die EDV-Anwendung gefallen ist.

In diesem Zusammenhang sind die Berichte über das Tübinger Forschungsvorhaben zur "Sozialschichtung in Städten" während der deutschen frühbürgerlichen Revolution von besonderem Interesse. Erdmann Weyrauch stellt "Methodische Überlegungen zum Einsatz der EDV im Arbeitsvorhaben 'Sozialschichtung in Städten'" an, und Ingrid Bátori teilt Programmabläufe, Erfahrungen und Ergebnisse dazu mit. Um die sozialen Träger und Hintergründe der reformatorischen Bewegung des 16. Jahrhunderts innerhalb der Städte zu ergründen und Rückwirkungen der Reformation auf deren Sozialstruktur deutlich zu machen, wurden zehn süddeutsche Städte verschiedener Größengruppen, verschiedener Autonomiestufen, mit geistlichen oder weltlichen Stadtherren, mit und ohne Residenz untersucht. Die Quellenlage mußte bei der Auswahl eine Rolle spielen. Steuerbücher mit recht detaillierten Vermögensnachweisen sind Hauptbestandteil der Untersuchung, ergänzt durch Ämterlisten, Ratsprotokolle, Kirchenbücher. Die Nutzung der EDV ist bei solcher Datenmasse zwingend, und jede methodische Entscheidung hat erheblichen Einfluß auf Zeitfonds und Kosten, wie Bátori deutlich macht. Vorhandene Programmpakete (SPSS) konnten durch projektbezogene ergänzt werden. Erste Ergebnisse beziehen sich auf die Verteilungen der Steuerbeträge in Kitzingen und deren Veränderung während des 16. Jahrhunderts (Weyrauch) und auf die Vermögensquellen der Kitzinger Reichen (Bátori).

Jean-Pierre Bardet und Thomas Schuler zeigen am Beispiel von Rouen bzw. Bielefeld im 18. Jahrhundert sehr unterschiedliche Möglichkeiten, mit Hilfe des Computers die Sozialtopographie einer Stadt kartographisch darzustellen. An dem von Schuler vorgestellten Verfahren - es beruht ebenfalls auf dem Programmpaket SPSS - besticht die relativ einfache Handhabung. Interessant daran ist, daß Datenaufnahme und Auswertung im Laufe eines EDV-Einführungskurses mit Oberschülern bzw. Studenten des ersten Semesters vorgenommen wurden.

Wesentlich diffiziler in der Anwendung und Interpretation ist die Faktorenanalyse als Untersuchungsmethode, die Jean-Philippe Genet für "Die kollektive Biographie von Mikropopulationen" empfiehlt. Hier ist allerdings ein Verfahren zur Verknüpfung und zur Bedeutungsanalyse zahlreicher Variabler gegeben, das der Komplexität des historischen Geschehens in höherem Maße gerecht werden könnte. Wichtig erscheint mir vor allem die Anwendung der Faktorenanalyse auf nominalskalierte Daten, wie sie Genet vorführt. Mit solchen qualitativ bestimmten, nicht im eigentlichen Sinne meßbaren Daten hat es der Historiker der Sozialgeschichte früherer Jahrhunderte doch häufig zu tun, sobald er das schmale Feld der Steuerregister verläßt. Und die qualitativen, also nur nomi-

nal skalierbaren Daten sind oft ebenso wesentlich wie meßbare Angaben über Steuerbetrag, Haus- und Grundbesitz. Wir sollten die Aussagefähigkeit der Faktorenanalyse anhand sozialer Gruppen prüfen, die vielleicht für das marxistische Geschichtsbild relevanter sind als die Domherren von Laon oder die spätmittelalterlichen englischen Geschichtsschreiber, die Genet zur Demonstration dienen.

Peter-Johannes Schuler unternimmt den Versuch, die Reichssteuer des "Gemeinen Pfennigs" von 1496 bis 1499 ("Kaiserbede") für eine über die Territorialgrenzen hinausgreifende Sozialstatistik auszuwerten. Michéline Baudet beschreibt eine Methode zur Kodierung von Nachlaßinventaren, die die Information der Quelle nahezu vollständig für den Computer aufbereitet. Jean-Paul Lehnert berichtet über den EDV-Einsatz im Projekt "Strukturwandel der Familie in Österreich seit dem 17. Jh.", Hugues Neveux und Marie-Jeanne Tits-Dienaide führen ihre Untersuchungsergebnisse hinsichtlich der kurzzeitigen Schwankungen von Getreideerträgen im 14. bis 18. Jahrhundert vor. Franz Irsigler informiert schließlich über das Projekt "Geld- und Währungsgeschichte Mitteleuropas im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit", das dem Wirtschaftshistoriker nach Fertigstellung ermöglichen soll, den Wert jeder Münze in Relation zu jeder anderen am Ort in Umlauf befindlichen Währungseinheit sowie in Silber- und Goldgewicht zu bestimmen. Die Ergebnisse werden überwiegend nicht in Buchform, sondern als Datenbank zur Verfügung stehen.

Im ganzen gesehen leidet der Band an einem gewissen Theoriedefizit, das nur teilweise von der starken Orientierung auf die Methoden herrührt. Besonders deutlich wird dies an dem Beitrag von Neveux und Tits-Dienaide über die kurzzeitigen Getreidepreisschwankungen. Die Autoren behandeln die Getreidepreisentwicklung zuwenig als konkreten Fall einer Zeitreihenanalyse und äußern sich nicht über die daraus resultierenden methodologischen Probleme des Trends, der Trendbrücke, periodischer und nichtperiodischer Schwankungen. Die Festlegung einer Reihenlänge von fünfzig Jahren erscheint so weder historisch noch statistisch ausreichend begründet. Und welchen Sinn hat es, unter den Bedingungen eines prinzipiell gleichen Standes der Produktivkräfte eine Korrelation zwischen Normalernte und Ernteschwankungen zu suchen! Sind doch höhere Ernteerträge erst in einer weitgehend chemisierten und industrialisierten Landwirtschaft gleichzusetzen mit größerer Unabhängigkeit von den natürlichen Bedingungen und also auch mit mehr Stabilität der Erträge. Während des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Landwirtschaft (diesen Zeitraum behandeln die Autoren) haben natürliche Faktoren wie Bodenqualität und Klima, Elemente der Produktivkräfte wie Feldbausysteme, Arbeitskräfte- und Viehbesatz und vor allem der noch mehr oder weniger ausgeprägt feudale Charakter der Produktionsverhältnisse (Rentenform, Rentenbelastung) großen Einfluß auf die Ertragsentwicklung gehabt. Derartige Korrelationen wären demnach sinnvoller zu berechnen als die zwischen Roggen- und Gerstenerträgen. In Ermangelung theoretisch fundierter Fragestellungen entsteht hier doch die Gefahr, den Computer wenig sinnvolle Datenberge produzieren zu lassen, eine Gefahr, vor der an mehreren Stellen des Buches ausdrücklich gewarnt wird.

Daneben finden sich theoretische Ansätze, die auf bürgerlichen Geschichts- und Gesellschaftskonzeptionen beruhen und für den marxistischen Historiker nicht akzeptabel sind. Natürlich beeinflussen diese Vorgaben Methoden und Ergebnisse der Analyse. Ich meine hier vor allem die Untersuchungen zur Sozial-schichtung in Städten des 16. Jahrhunderts, die von der Tübinger Gruppe durchgeführt werden. Weyrauch umreißt den Ausgangspunkt so: "Unter sozialer Differenzierung wird für die vom Arbeitsvorhaben Z 2.2. betriebenen Untersuchungen - andere Dimensionen abblendend - vornehmlich die sozioökonomische

Schichtung auf einem vertikalen Kontinuum verstanden" (S. 15). Wenn man von einem "vertikalen Kontinuum" ausgeht, Steuerbetrag und soziales Prestige zu wesentlichen Indikatoren des Platzes der Individuen und Gruppen auf diesem Kontinuum macht, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse und damit soziale Gegensätze ausklammert, kommt man natürlich zu einem Schichtenmodell, das sich mit einer ziemlich willkürlichen Einteilung in Ober-, Mittel- und Unterschicht weitgehend zufrieden gibt und zur Aufdeckung von Klassenbeziehungen nur auf Umwegen beiträgt.

Doch damit sei der Nutzen dieser Arbeitsberichte nicht gemindert. Es ist an uns, die dargebotenen Erfahrungen unseren Fragestellungen dienstbar zu machen, speziell den sozialökonomischen Problemen der hier nur sehr ungefähr mit "Vornezeit" bezeichneten Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. Die von Weyrauch für die BRD getroffene Feststellung, daß es nach der grundsätzlichen Anerkennung des Nutzens der EDV durch die Historiker nunmehr gelte, etwa die methodische Souveränität der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts oder der empirischen Sozialwissenschaften anzustreben (S. 12), macht die Kluft deutlich, die zwischen den Möglichkeiten und der Nutzung dieser neuen Hilfswissenschaft besteht. Diese Feststellung trifft auf unsere Situation ganz und gar zu. Für die sozial-statistische Auswertung von Steuerregistern des 14. bis 16. Jahrhunderts beispielsweise haben in der DDR Konrad Fritze und Johannes Schildhauer seinerzeit theoretische und methodische Grundlagen gelegt, auf denen junge, entsprechend ausgebildete Historiker mit Hilfe der EDV baldmöglichst aufbauen sollten.

Helga Schultz

Getreideumsatz, Getreide- und Brotpreise in Köln 1368 - 1797, bearbeitet von Dietrich Ebeling und Franz Irsigler
Erster Teil: Getreideumsatz und Getreidepreise: Wochen-, Monats- und Jahrestabelle = Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, hg. v. Hugo Stehkämper, H. 65

Böhlau-Verlag, Köln/Wien 1976, LV und 698 Seiten

Zweiter Teil: Brotgewichte und Brotpreise: Wochen-, Monats- und Jahrestabelle. Graphiken = Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, hg. v. Hugo Stehkämper, H. 66

Böhlau-Verlag, Köln/Wien 1977, LII und 268 Seiten

Vor allem von Forschern aus England, Frankreich und den USA wurde überaus reichhaltiges Material zur Geschichte der Preise publiziert. Demgegenüber war der Beitrag von deutschen Forschern vor dem zweiten Weltkrieg (wenn man von den vereinzelt großartigen Leistungen wie denen von Wiebe und Elsaß absieht) vergleichsweise bescheiden. Gerade weil der diesbezüglichen Feststellung des Herausgebers, "die Edition und Analyse von preisgeschichtlichen Quellen (habe) in Deutschland eine gute, aber nicht gleichmäßig breite Tradition" (T. I, S. VII), in ihrem ersten Teil nicht zu stimmen ist, wird jeder die vorliegende Quellenedition mit doppelter Freud begrüßen, zum einen natürlich als Materialsammlung an sich, zum anderen aber als (wenn wir von dem Einzelgänger Waschinski absehen) erste nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte Quellenpublikation zur Geschichte der Preise in Deutschland. Daß damit der im deutschsprachigen Gebiet zweifelsohne vorhandene Tradition der historischen Preisanalyse neue Nahrung gegeben wird, versteht sich von selbst.

Das Material wird, von der Nutzung moderner Rechentechnik bei der Berechnung der Mittelwerte und beim Druck abgesehen, ganz traditionell präsentiert. Die Wochentabelle für Januar 1619 hat zum Beispiel folgendes Aussehen:

Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
Menge	Preis	Menge	Preis	Menge	Preis	Menge	Preis
JAN 1619							
130	9/05/6	88	6/03/0	136	5/02/0	140	3/02/6
37	9/01/0	104	6/05/0	40	5/02/0	100	3/03/0
48	9/05/0	128	6/03/0	81	5/00/0	164	3/03/0
54	9/03/0	74	6/03/0	69	5/00/6	197	3/03/6
33	9/03/0	118	6/03/0	54	5/00/0	113	3/02/6
60	219, 50	102	147, 40	76	120, 90	143	74, 90

Die Verkaufsmengen pro Woche sind in Maltern angegeben, die Preise in Gulden/Albus/Heller; die Verkaufsmenge pro Monat ist ein (gerundeter) Wochendurchschnitt, der monatliche Durchschnittspreis ein mit den Verkaufsmengen gewogener und auf dezimalgeteilten Albus umgerechneter Durchschnitt der Wochenpreise (wobei man sich fragt, warum die Bearbeiter nicht auch die Wochenpreise gleich in dezimalgeteiltem Albus ausdrucken ließen).

Zur Berechnung der Wochendurchschnitte schreiben die Bearbeiter: "Innerhalb einer Woche lassen sich in der Regel erhebliche Preisunterschiede feststellen, die auf die ungleichmäßige Qualität des Getreides zurückzuführen sind. Es wäre sicher lohnend, neben den Wochendurchschnittspreisen auch die jeweiligen Maxima und Minima zu Reihen zu ordnen, zumal die neuere französische Getreidepreisforschung - z. T. lediglich der vorgefundenen Datenstruktur folgend - dieses Verfahren gern anwendet und die Schwankungsbreite innerhalb der einzelnen Getreidesorten in engem Zusammenhang mit der zyklischen Preisbewegung steht. Aber da sich die Kölner Brottaxe selbst am Mittelwert orientierte und für die Zeit von 1531 bis 1658 nur diese Werte vorliegen, haben wir auf eine Ergänzung der Mittelpreisreihe verzichtet" (T. I, S. XXIV, XXVI). Das ist außerordentlich schade, da damit die Möglichkeit des statistischen Vergleichs der Wochenpreise untereinander verschenkt ist, ebenso die des Vergleichs der Streuungsmaße, ob die Schwankungen selbst historisch veränderlich waren und, wenn ja, unter welchen Bedingungen. Hier hätte bei vorheriger statistischer Versuchsplanung ein wesentlicher Schritt über die angeführten französischen Darstellungen hinaus getan werden können. Dann nämlich, wenn - zunächst auf der Basis von Stichproben - die Verteilung der Einzelpreise innerhalb einer Woche analysiert worden wäre. Die von den Bearbeitern erwähnte Hinzufügung der Spannweite ist nämlich nur dann aussagekräftig, wenn die Daten weitestgehend normalverteilt sind, so daß die gegen Abweichungen von der Normalverteilung sehr empfindlich reagierenden Tests von Lord für den Vergleich von Durchschnitten anwendbar sind. Daß die Daten normalverteilt sind, ist aber meines Wissens eine bislang unbewiesene Voraussetzung, die hier hätte untersucht werden können. Es wäre gut gewesen, wenn die Bearbeiter vorher zusammengestellt hätten, welche Fragen auf der ihnen zur Verfügung stehenden Datenbasis beantwortbar sind. Das hätte natürlich nicht bedeuten können, daß sie selbst alle diese Fragen behandeln, aber es hätte bedeutet, daß manches Problem für andere analysierbar geworden wäre, das nun weiterhin ungelöst bleibt. Diese Kritik sollte auch Anlaß sein, Möglichkeiten einer "cliometrischen Versuchsplanung" zu überdenken und zu konzipieren.

Dem einen oder anderen mag diese Forderung nach Analyse des Verteilungstyps der Preise innerhalb einer Woche völlig überspitzt erscheinen, insbesondere dann, wenn er schon die Präsentation von Wochendurchschnitten für übertrieben hält. Daß aber selbst bei der Analyse "sekulärer" Probleme bisweilen auf Wochendaten zurückgegriffen werden muß, zeigen die Bearbeiter beispielhaft anhand ihrer Betrachtungen über den von vielen Forschern vermuteten Zusammenhang von Verkaufspreisen und Verkaufsmengen, der auf der Basis von Jahresdaten nicht oder nur sehr unzureichend analysierbar ist (T. I, S. XLVIII f.).

Aber diese kritischen Bemerkungen können uns nicht daran hindern, der folgenden Feststellung der Bearbeiter zuzustimmen, zu hoffen, daß der darin enthaltene Wunsch in Erfüllung gehen möge: "Als letzten, jedoch am stärksten zukunftsweisenden Gesichtspunkt möchten wir anführen, daß die EDV-erschlossenen Daten in einer ganz anderen Weise verfügbar bleiben als Statistiken und Graphiken herkömmlicher Art. ... diese Kölner Reihen könnten den ersten Grundstock liefern für ein neues Preise-Archiv, für eine Datenbank mit jederzeit und in jeder beliebigen Form - ob als Tabelle oder Graphik - schnell abrufbaren Datenreihen, die über Indexrechnungen der verschiedensten Art mit anderen Preisreihen, mit Lohnreihen, Produktionsziffern, Daten der Bevölkerungsstatistik usw. verglichen und kombiniert werden können. Das Eingabeverfahren ist zweifellos langwierig und aufwendig, aber es muß nur einmal geleistet werden, und dann ist ein bleibendes Stück Grundlage geschaffen für vergleichende Untersuchungen im überregionalen und internationalen Bereich" (T. I, S. XXX).

Thomas Kuczynski

William Y. Adams, Nubia. Corridor to Africa

Allen Lane, London 1977, XXV und 797 Seiten, 24 Tafeln,
87 Abbildungen, Preis: 19, 50 £

Nach Abschluß der unter weitester Anteilnahme und mit großer Publizität durchgeführten Kampagne der UNESCO zur Rettung der kulturellen Zeugnisse im Überflutungsgebiet des Hochdamms von Assuan ist es stiller geworden um die Archäologie dieser Region. Zwar hat sich in der Folge ein neuer Wissenschaftszweig konstituiert, wenn man so will auch deren zwei, die Grenzen sind noch fließend, Meroitistik und Nubiologie, doch macht die Auswertung der bei den Grabungen neu gewonnenen Fakten nur langsame Fortschritte. Dabei bieten die archäologischen Zeugnisse der in dieser Region aufeinanderfolgenden Kulturen und Staaten, darunter als wohl wichtigster das antike Reich von Meroe, eine Fülle von ungelösten Problemen, nicht zuletzt auch für den Wirtschaftshistoriker.

In der umfangreichen Literatur überwiegt die Behandlung von Detailproblemen. Den Versuch einer umfassenderen Darstellung boten Peter L. Shinnie (Meroe. A Civilization of the Sudan, London 1967) und Isidor S. Kacnelson (Napata i Meroë. Drevnie carstva Sudana, Moskva 1970), deren Werken William Y. Adams einen schon dem Umfang nach beeindruckenden Entwurf zur Seite stellt. Der Verfasser, als offizieller Leiter der Rettungskampagne wie wenige mit dem Material vertraut, hat sich seiner Aufgabe auf bewundernswerte Weise entledigt, und die nachfolgenden kritischen Anmerkungen sind keineswegs bestimmt, diese Leistung zu schmälern.

Sein Werk fügt sich aber einigen neueren Tendenzen der bürgerlichen Geschichtsschreibung auf eine Weise ein, auf die es lohnt hinzuweisen.

Das Buch bietet, stilistisch in der Mitte zwischen allgemeinverständlicher Darstellung und strenger Fachwissenschaft angesiedelt, auf knapp 800 Seiten einen Überblick über Kultur und Geschichte Nubiens. Darunter versteht der Verfasser, etwas ungewöhnlich, die gesamte Region des mittleren Nilllaufes von Assuan im Norden bis etwa Khartoum im Süden. Seine Darstellung setzt mit den ersten Spuren sesshaften Lebens im heutigen Sudan ein und endet, einen Zeitraum von reichlich 5 000 Jahren umspannend, mit der Mahdiya am Beginn unseres Jahrhunderts. Ihr ist durchweg ein starker Ordnungswille abzulesen, und sie ist von methodologischer Reflektion durchsetzt, wobei Adams mit den zur Verfügung stehenden Fakten allerdings zuweilen etwas gewalttätig umgeht.

Adams, von der vor allem in den USA verbreiteten Cultural Anthropology herkommend und geprägt, bemüht sich, eine "historische Anthropologie" zu entwickeln, die er als Naturwissenschaft (S. 678) begreift. (Zur Auseinandersetzung mit verwandten Erscheinungen auf dem Gebiet der Ethnologie vgl. Kultur und Ethnos, hg. v. Bernhard Weissel, Berlin 1980.)

Dabei betont er meines Erachtens durchaus auch für die marxistische Forschung bedenkenswert, den Einfluß konstanter Faktoren wie Klima, geographische und biologische Umwelt, wozu allerdings im konkreten Fall die extremen Verhältnisse der Region Vorschub leisten.

Wichtigste Quelle auch und gerade für die historische Entwicklung ist ihm der archäologische Befund, zu dessen Interpretation er sich eines Netzwerkes von "pattern" bedient. Angesichts des weitgehenden Fehlens schriftlicher Zeugnisse bzw. des ungenügenden Grades an Verständlichkeit wie im Falle der meroitischen inschriftlichen Quellen, deren Schriftzeichen zwar bereits lange entziffert sind, deren Sprache bisher jedoch unbekannt geblieben und nur sehr unzureichend verstehbar ist, kann dies kaum anders sein. (Allerdings sollte die einzige abgebildete meroitische Inschrift - S. 297, Abb. 44 - trotzdem nicht auf dem Kopf stehen.) Das Pattern-Schema verleitet den Autor dann aber trotz wiederholten Bekenntnisses zu einem evolutionären Geschichtsbild zu völlig inakzeptablen Verallgemeinerungen, wie zur Übertragung moderner Begriffe auf historische Sachverhalte ohne Berücksichtigung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Bei der dem Verfasser eigenen Apodiktik führt der ausgedehnte Gebrauch solcher Begriffe wie Kolonialismus, Imperialismus letztlich zu deren Verharmlosung. Dies muß nicht in der Intention des Verfassers liegen, wie etwa die ausgezeichnete Kritik (S. 91 ff.) an den mit den Ergebnissen der anatomischen Untersuchungen von Material aus den Grabungen vom Beginn dieses Jahrhunderts verbundenen Migrationstheorien zeigt. Die erwähnte Unbekümmertheit in der Verwendung historischer Termini erzeugt jedoch mitunter absonderliche Vergleiche, etwa wenn das Verhältnis zwischen Königtum und Priesterschaft in Begriffen des mittelalterlichen Investiturstreits beschrieben wird. Eine Reihe von Ungenauigkeiten oder merkwürdigen Deutungen (etwa S. 111, wo das präkeramische Neolithikum im Vorderen Orient mit "ein paar Hundert Jahren" angesetzt wird, oder S. 208 die Deutung der sogenannten Deffufas in Kerma als Wacht- oder Ausgucksturm) beeinträchtigt kaum das Verdienst des Autors, eine beeindruckende Gesamtdarstellung der Kultur und Geschichte Nubiens zu einem Zeitpunkt gegeben zu haben, an dem eine Epoche der Feldarbeit zwar ihren Abschluß gefunden hat, die vollständigen Grabungspublikationen aber auf sich warten lassen.

Erstmals liegt eine das Material mit großer Ausführlichkeit aufbereitende Darstellung vor, die durchaus geeignet ist, auch dem nicht unmittelbar mit der Materie vertrauten Wirtschaftshistoriker erste Ergebnisse zur historischen Funktion und Struktur der in dieser Region aufeinanderfolgenden Staaten zu vermitteln.

Der langlebigste und wohl auch wichtigste dieser Staaten, das Reich von Meroe (8. Jahrhundert v. u. Z. bis 4. Jahrhundert u. Z.), ist als einer der Randstaaten der antiken Welt anzusehen, dessen Mittlerrolle, die im Untertitel von Adams Werk anklingt, allerdings noch eingehender Untersuchung bedarf. Für die von Adams als konstitutiv für die politische und ökonomische Macht des Staates angesehene Rolle des Fernhandels sind die Beweise bisher eher spärlich, die Abwesenheit von Geld oder größerer Mengen eindeutig importierter Waren spricht eher gegen eine solche Auffassung. Auch scheint es, als habe die Nilroute keineswegs den einzigen möglichen Zugang nach Innerafrika für die antike Welt gebildet.

Die Wechselbeziehungen zwischen der mediterranen Welt, das heißt insbesondere dem Ägypten der einzelnen Dynastien und dieser ersten Staatsbildung im eigentlichen Afrika, aber auch deren Fernhandelsbeziehungen mit der Region um das Rote Meer bedürfen noch der Klärung. Bei aller gebotenen Kritik, das besprochene Werk von Adams dürfte auf längere Zeit die Grundlage weiterer Arbeit bilden.

Franz Vlach

BETRIEBSGESCHICHTE

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte
in der Deutschen Demokratischen Republik

(16. Fortsetzung)

von Renate Günther

I Zur Methodik der Betriebs- geschichtsschreibung

Aus der Tätigkeit der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED. Hrsg. von der Abteilung Propaganda des ZK und dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. - Berlin (1974). - 47 S.; 24 cm

Falk, Waltraud: Organisierte Masseninitiative und Betriebsgeschichtsschreibung. Hrsg.: Fachkommission Betriebsgeschichte im Auftrage des Büros des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. - Berlin 1977. - 37 S. (Als Manuskript veröffentlicht); 20, 5 cm

Loesdau, Alfred: Betriebsgeschichte in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie. Referat auf der 6. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte vom 11. bis 14. April 1978 in Rostock. Hrsg. von der Fachkommission Betriebsgeschichte im Auftrage des Büros des Präsidiums der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. - Berlin 1978. - 44 S. - Als Manuskriptdruck veröffentlicht; 20, 5 cm

Radandt, Hans: Betriebsgeschichte - erforschen und vermitteln. - Berlin: Verlag Tribüne 1980. - 126 S.; 20 cm

Traditionskabinett. Erfahrungen, Anregungen, Aufbau. Hrsg.: Verlag für Agitations- und Anschauungsmittel. - Berlin 1978. - 32 S.: Ill.; 15 x 21 cm

Traditionskabinette helfen Geschichtsbeußtsein prägen. Hrsg.: Bezirksvorstand Halle des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. - Halle 1978. - 15 S.: Ill.; 21 cm

siehe auch VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat

II Einzeldarstellungen

VEB Automobilwerk Eisenach

Roediger, Wolfgang: Automobile aus Eisenach in Geschichte und Gegenwart. (Ill.: Adelhelm Dietzel). Hrsg.: VEB Automobilwerk Eisenach. - Eisenach (1979). - 14 Bl.: zahlr. Ill.; 30 x 43 cm

VEB Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei Rostock

siehe VEB Kombinat Seeverkehr und Hafenwirtschaft

Bauakademie der DDR

25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Bauforschung und neue Aufgaben der Bauakademie der DDR zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen in Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. 35. Außerordentliche Plenartagung der Bauakademie der DDR, Berlin, 16. und 17. Dezember 1976. - 1. Aufl. - Berlin: Bauinformation 1977. - 36 S.: Ill.; 29 cm

VEB Baumechanisierung

Siehe VEB Kombinat Baumechanisierung

Bergbaubetrieb Schmirchau der SDAG Wismut

siehe SDAG Wismut

VEB Berliner Glühlampenwerk

siehe Kombinat VEB NARVA
"Rosa Luxemburg"

VEB Braunkohlenkombinat

"Erich Weinert" Deuben

Die Anwendung der Erfahrungen der KPdSU durch die BPO des VEB BKK "Erich Weinert", Deuben, bei der Entwicklung des Tagebaues Profen-Süd 1971 - 1976, - Deuben 1976, - 28 S., 11 S. Zeittafel; 21 cm

Deutsche Demokratische Republik, Dokumentation aus dem VEB Braunkohlenkombinat "Erich Weinert"

Deuben über die erfolgreichen 70er Jahre und deren Vorgeschichte.

Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation VEB BKK "Erich Weinert" Deuben, - Deuben (1980), - 216 S.; Ill.; 22 cm

Umschlagt.: 1949 - 1979 VEB BKK "Erich Weinert" Deuben

Intensivierung - Hauptweg der wirtschaftlichen Entwicklung. VEB Braunkohlenkombinat "Erich Weinert" Deuben, Informations- und Argumentationsmaterial der Betriebsparteiorganisation der SED zur weiteren Durchsetzung der Intensivierung im VEB Braunkohlenkombinat "Erich Weinert" Deuben, - Deuben (1977), - 55 S.; Ill.; 20 cm

10 /Zehn/ Jahre VEB Braunkohlenkombinat "Erich Weinert" Deuben, 1968 - 1978, Ein Überblick, Hrsg.: Betriebsparteiorganisation VEB Braunkohlenkombinat "Erich Weinert" Deuben, - Deuben 1978, - 40 S.; Ill., 20 cm

VEB Braunkohlenkombinat "Gustav Sobottka", Rößlingen am See

75 /Fünfundsiebzig/ Jahre Herstel-

lung von Montanwachs, 50 Jahre Montanwachs aus Amsdorf, Hrsg. v. VEB Braunkohlenkombinat "Gustav Sobottka", - Rößlingen am See 1972, - 25 gez. Bl.; Ill.; 21 cm

VEB Carl Zeiss Jena

siehe VEB Kombinat Carl Zeiss Jena

VEB Chemie- und Tankanlagenbau Kombinat "Ottomar Geschke" Fürstenwalde (Spree) Gaselan

(Schiemann, Peter): Unser Betrieb, VEB Chemie- und Tankanlagenbau Kombinat "Ottomar Geschke" Fürstenwalde (Spree) Gaselan, Betriebsgeschichte Teil 1: 1872 - 1949, Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des Chemie- und Tankanlagenbau Kombinat "Ottomar Geschke" Stammbetrieb Fürstenwalde, - Fürstenwalde 1977, - 96 S.; Ill.; 19 x 20 cm

VEB Chemiefaserwerk "Friedrich Engels" Premnitz

Bilanz unserer Erfolge - Polyester 1979: Das Chemiefaserwerk "Friedrich Engels" Premnitz im 30. Jahr der DDR, (Hrsg.: Betriebsparteileitung, Chemiefaserwerk "Friedrich Engels" Premnitz, Kommission für Betriebsgeschichte), - Premnitz 1979, - 55 S.; Ill.; 20 cm

VEB Chemiefaserwerk "Herbert Warnke" Wilhelm-Pieck-Stadt Guben

Chronik, Gewidmet dem 30. Jahrestag der Gründung der DDR und dem 20jährigen Bestehen unseres Betriebes, Hrsg. von der BPO der SED, VEB Chemiefaserwerk "Herbert Warnke" Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, - Halle 1979, - 48 S.; Ill.

VEB Chemische Werke Buna

siehe Kombinat VEB Chemische Werke Buna

VEB Dampfkesselbau Dresden-Übigau

Stasiak, Rudi: Wir Kesselbauer stärken den Sozialismus, Zur Geschichte des VEB Dampfkesselbau Dresden-Übigau 1949 - 1961, Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirksleitung der SED, Dresden, in Zusammenarbeit mit der Betriebsparteileitung der SED des

VEB Dampfkesselbau Dresden-Übigau im Kombinat Dampferzeugerbau. - Dresden 1974. - 119 S. : Ill.; 29 cm

VEB Deutfracht/Seereederei Rostock
siehe VEB Kombinat Seeverkehr und Hafenwirtschaft

Deutsche Post

Böttger, Siegfried/Trute, Ingrid: Die Widerspiegelung der Erfordernisse ökonomischer Gesetze des Sozialismus im Prozeß der Gestaltung des sozialistischen Wettbewerbs. - Diss. A Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden 1978. - 2, III, 110 S., Anlagen, Ms. vervielf., 29 cm

Deutsche Reichsbahn

Arbeitsmethode "Odessa-Iljitschowsk" bewährt, effektiv, auf die nächsten Aufgaben gerichtet. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Christian Schurig. Hrsg.: Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn. - (Berlin) 1980. - 20 cm = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Nr. 61

Langheinrich, Kurt: Weimar im Eisenbahnnetz Thüringens. - Weimar 1977. - 96 S. : Ill., Kt.; 21 cm = Weimarer Schriften zur Heimatgeschichte und Naturkunde, Nr. 30

Schubert, Mathias/Schultz, Lothar: Wismar und seine Eisenbahn. Ein Beitrag zur Stadt- und Verkehrsgeschichte anlässlich des 750. Stadtjubiläums. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahnverband der DDR, Arbeitsgemeinschaft 8/9, Rostock "Freunde der Eisenbahn". - Rostock 1979. - 36 S. : Ill., graph, Darst.; 21 cm

Weisbrod, Manfred/Petznick, Wolfgang: Baureihe 01 /null eins/. Geschichte, Bau und Bewährung einer Schnellzuglokomotive. (Zeichnungen: Dietmann; Vogt). - Berlin:

Transpress 1979. - 288 S. : zahlr. Ill. (z. T. farb.); 28 cm & Beil. (1 gef. Bl.)

Zschech, Rainer: Triebwagen-Archiv. - 4. überarb. u. erw. Aufl. - Berlin: Transpress 1979. - 234, 109 S. : Ill.; 22 cm

Deutsche Reichsbahn - Strecken

List, Wolfgang: Kleinbahnen der Altmark. - Berlin 1979. - 144 S. : Ill. = Transpress-Verkehrsgeschichte

Preuß, Erich: Die Spreewaldbahn. - Berlin: Transpress 1979. - 93 S. : zahlr. Ill.; 24 cm = Transpress-Verkehrsgeschichte

Wagner, Wolfram: Großdorf-Kohlmühle - Hohnstein, 1897 - 1951. Chronik der einzigen Schmalspurbahn in der Sächsischen Schweiz. Hrsg.: Dt. Modelleisenbahn-Verb. der DDR, Arbeitsgemeinschaft 3/58 "Traditionsbahn Radebeul Ost - Radeburg". - Berlin 1979. - 47 S. : Ill.; 30 cm

VEB Eisenhammerwerk Dresden-Dölzschen

Wir und unser Werk 1789 - 1974. Hrsg.: VEB Eisenhammerwerk Dresden-Dölzschen. - Dresden (1974). - 83 S. : Ill., Faks.; 21 x 22 cm

VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

siehe Kombinat VEB Elektro-Apparate-Werke

VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg

Wir vollenden, wofür sie kämpften und starben. Vom antifaschistischen Widerstandskampf der illegalen Betriebszelle im ehemaligen Konzernbetrieb Siemens Plania AG

Berlin 1978

VEB Elektromotorenwerke Thurm

1953 - 1978. Zu Ehren des 25jährigen Bestehens der Kampfgruppen, Kampfgruppenchronik der Einheit "Willy Mehlhorn". Träger der Ehrenschleife des Zentralkomitees der SED 1978. -

Thurm 1979, - 127 S.; Ill.;
29 cm

VEB Elektroschaltgeräte Auerbach (Vogtland)

Zidek, Heini/Steiniger, Helmut/
Glaß, Reinhard: Wir ESA-Leute.
Betriebsgeschichte des VEB Elek-
troschaltgeräte Auerbach (Vogt-
land). Unter Mitarbeit eines Kol-
lektivs des Betriebes. Hrsg.:
SED-Betriebsparteiorganisation
des VEB Elektroschaltgeräte
Auerbach, - Auerbach 1976, -
64 S.; Ill.; 30 cm

VEB Energieversorgung Halle
Krüger, Ulrich/Geißler, Heinz/
Grüner, Ernst/Heyn, Gerhard/
Strecker, Paul: Geschichte der
Gas- und Elektroenergiebetriebe
des Bezirkes Halle, 1850 bis 1970.
- Leipzig 1971, - 132 S.; Ill.;
30 cm

VEB Erdölverarbeitungswerk
Schwedt

Sieber, Horst: Zur Rolle der
Arbeiterjugend in der FDJ bei
der Gestaltung der entwickelten
sozialistischen Gesellschaft in
der DDR, untersucht am Bei-
spiel der zentralen Jugendob-
jekte der FDJ Erdölverarbei-
tungswerk Schwedt und Kern-
kraftwerk Nord, - Diss, A Wil-
helm-Pieck-Universität Rostock
1979, - Getr. Pag.; 29 cm

VEB Fahrzeugelektrik
siehe Kombinat VEB Fahrzeug-
elektrik

VEB Faser- und Spanplatten-
werk Tangermünde
25 /Fünfundzwanzig/ Jahre
VEB Faser- und Spanplatten-
werk Tangermünde. Ein Grund-
riß der Betriebsgeschichte. Dem
IX. Parteitag der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands ge-
widmet von der Betriebspartei-
organisation des VEB Faser-
und Spanplattenwerk Tanger-
münde. Hrsg.: SED-Betriebs-

parteiorganisation des VEB Faser- und
Spanplattenwerk Tangermünde. - Tanger-
münde (1957), - 108 S.; Ill.; 21 cm

VEB Feuerlöschgerätekombinat Görlitz
115 /Einhundertfünfzehn/ Jahre Feuer-
löschgeräte aus Görlitz. Betriebsge-
schichte - Kurzfassung - VEB Feuer-
löschgerätekombinat Görlitz. Hrsg.: VEB
Feuerlöschgerätekombinat Görlitz - Betriebs-
parteiorganisation, - (Görlitz 1979.) -
57 S.; Ill.; 19 x 21 cm

VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches
Kombinat

Archivalische Quellennachweise zur Ge-
schichte der chemischen Industrie, Nr.
12: Quellen und Dokumente aus dem Be-
stand I. G. Farbenindustrie AG, Sekre-
tariat Dr. Kleine, im Betriebsarchiv
VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemi-
sches Kombinat - (Teil 1). Hrsg. v.
Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen -
Fotochemisches Kombinat -, Bearbeitet
von Manfred Gill, Als Ms, gedruckt, -
Wolfen 1980, - 74 S.; 20 cm
Teil 2: Wolfen 1980, - 121 S.; 20 cm

Schmelzer, Janis: Konkurrenz - Monopol.
Dargestellt an ausgewählten Beispielen
aus der Geschichte der IG-Farben AG, -
Dissertation B Martin-Luther-Universi-
tät Halle-Wittenberg 1978, - getr. Pag. -
30 cm

Schmelzer, Janis: Konkurrenz - Monopol
auf internationaler Ebene. Eine Ausein-
andersetzung mit der imperialistischen
Konzernideologie, vorgenommen an aus-
gewählten Dokumenten der IG-Farben.
Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschich-
te der Zentralen Parteileitung, Betriebs-
archiv VEB Filmfabrik Wolfen - Fotoche-
misches Kombinat, - Wolfen 1980, -
67 S.; 24 cm = Aus der Geschichte der
Filmfabrik Wolfen, Nr. 45
Umschlagt.: Konkurrenz - Monopole -
Konkurrenz

VEB Fischfang Rostock
30 /Dreißig/ Jahre Fischfang Rostock,
Deutsche Demokratische Republik, Hrsg.:
VEB Fischfang Rostock, Heinz Hoffmann/
Manfred Möller, - Rostock 1980, - 16 S.;
10 cm (in Kasette mit 4 Gedenkmünzen;

21 cm)

VEB Freiburger Präzisionsmechanik

Ihle, Martin: 200 /Zweihundert/ Jahre wissenschaftlicher Gerätebau. Freiberg 1977. - 80 S.: zahlr. Ill. (z. T. farb.); 25 cm

Gaselan

siehe VEB Chemie- und Tankanlagenbau Kombinat "Ottomar Geschke"

VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe

Chronik zur Geschichte VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe - Stammbetrieb - 1955 - 1970. Hrsg.: Industriekreisleitung Schwarze Pumpe der SED - Kommission Betriebsgeschichte. - o. O. 1979. - 104 S.: Ill.; 29 cm

VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder)

Grauhering, Kurt: Mit so kleinen Trittschritten bis in den Kosmos. Ein Beitrag zu "20 Jahre Halbleiterwerk Frankfurt (Oder)". Hrsg.: VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder), Leitbetrieb im VEB Kombinat Mikroelektronik. - o. O. o. J. - 19 S.: Ill.; 19 cm

Trippler, Horst: Menschen, Maschinen, Mikroelektronik. Zur Geschichte des VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder). T. 2: Die Zeit zwischen dem VI. und VIII. Parteitag der SED 1963 - 1971. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder). - Frankfurt (Oder) 1979. - 108 S.: Ill.; 18, 5 x 20 cm

Havelländisches Obstanbaugebiet

HOG - Zentrales Jugendobjekt
20 /Zwanzig/ Jahre sozialistische Entwicklung im Havelländischen Obstanbaugebiet. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur sozialistischen Umgestaltung unter Führung der Kreisparteiorganisation der SED. Hrsg.: Kommis-

sion zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Potsdam. Eingeleitet und ausgewählt von Arno van Pee und Hans-Joachim Streckenbach. - 1: 1957 - 1962. - Potsdam 1977. - 64 S.: Ill., Tab; 20 cm

VEB Hydrierwerk Zeitz

Klemczak, Heinz: 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hydrierwerk Zeitz. (Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED des Hydrierwerkes Zeitz). - Zeitz (1978). - 80 S.: Ill.; 21 cm

VEB Hydrogeologie Nordhausen

Grundwasser für unsere Republik. Beiträge zur Geschichte des VEB Kombinat Geologische Forschung und Erkundung Halle. Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED und der Betriebsleitung des VEB Hydrogeologie Nordhausen im VEB Kombinat Geologische Forschung und Erkundung Halle. - Nordhausen 1979. - 35 S.: Ill.

VEB Industriebanstriche Cottbus, Sitz Schwarzheide

30 /Dreißig/ Jahre dem Fortschritt verpflichtet. (Ms.: Lutz-Steffen Tag. Hrsg.: VEB Industriebanstriche Cottbus, Sitz Schwarzheide). - Schwarzheide 1979. - 88 S.: zahlr. Ill. (z. T. farb.); 17 x 24 cm

VEB Kabelwerk Oberspreewald

siehe Kombinat VEB Kabelwerk Oberspreewald

VEB Kaliwerk "Thomas Müntzer", Bischofferode

Burghoff, Ingrid/Burghoff, Lothar: Bergmannstaten, Bergmannsglück. Zur Geschichte des Kaliwerkes "Thomas Müntzer". Bischofferode. Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Kaliwerk "Thomas Müntzer", Bischofferode. - Berlin: Verl. Tribüne 1979. - 211 S., Ill.; 29 cm

VEB Kernkraftwerk Nord

siehe VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt

VEB Kombinat Baumechanisierung Dresden

Dokumentation zum 20 /zwanzig/ jährigen Bestehen des Industriezweiges Baumechanisierung, 1959 - 1979. (Hrsg.: VEB Kombinat Baumechanisierung Dresden). - Dresden 1979. - (58) S.: zahlr. Ill. (z. T. farb.), graph. Darst.; 17 x 23 cm

Kombinat VEB Carl Zeiss Jena

Esche, Paul Gerhard: Befreiung, Freundschaft, Bruderbund. Darstellungen, Erinnerungen, Dokumente aus dem VEB Carl Zeiss Jena. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Industriekreisleitung der SED des VEB Carl Zeiss Jena. - Jena 1975. - 95 S.

Esche, Paul Gerhard/Fiedler, Horst: Fortschritt, Technik, Tradition. VEB Carl Zeiss Jena. - Jena 1975. - 106 S.: überwiegend Ill.; 28 cm

Esche, Paul Gerhard/Fiedler, Horst/Hegewald, W.: Vom Signal der Aurora zum Flug von Sojus 22. Darstellungen, Erinnerungen, Erlebnisse, Dokumente aus dem Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Hrsg. von der Industriekreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im VEB Carl Zeiss Jena, Abt. Agitation und Propaganda. Verf. und bearb. v. ... - Jena 1977. - 96 S.: zahlr. Ill.; 21 cm

Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Dynamik - Fortschritt - Qualität. Hrsg.: Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. - Jena 1979. - 80 S.: vorw. Ill.; 28 cm

Kombinat VEB Chemische Werke Buna

Der Rote Oktober und wir. Hrsg. vom Klubzentrum des Kombinats VEB Chemische Werke Buna in Zusammenarbeit mit dem Staats-

archiv Merseburg. Manuskript; Geschichtskommission der Kreisleitung der SED, Kombinat VEB Chemische Werke Buna, GDSF des Kombinats VEB Chemische Werke Buna, Staatsarchiv Merseburg. - Halle 1970. - 48 S.: Ill.; 17 x 19, 5 cm

VEB Kombinat Dampferzeugerbau
siehe VEB Dampfkesselbau Dresden-Übigau

Kombinat VEB Elektro-Apparate-Werke, Berlin-Treptow

Kennst Du? Porträts über Leute, die die Geschichte der Elektro-Apparate-Werke schrieben. Anthologie aus 30 Jahren Betriebszeitung "Kontakt". Hrsg.: Die Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED des Kombinats VEB Elektro-Apparate-Werke. - (Berlin) 1978. - 160 S.: Ill.; 30 cm

Laser, Kurt: Das Werk der befreiten Arbeiterklasse. Geschichte des Kombinats VEB Elektro-Apparate-Werke, Berlin-Treptow. Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED. - 1. Aufl. - Berlin: Verl. Tribüne 1979. - 159 S.: Ill. (z. T. farb.); 24 cm

Tichter, Helmut: Die Enteignung der Konzerne in Berlin, dargestellt am Beispiel der Apparatfabriken Treptow. - Rechtswiss. Diss. Berlin 1968. - getr. Z., 30 cm

Kombinat VEB Fahrzeugelektrik Ruhla
Drei Jahrzehnte und wir, 1949 - 1979. 30 Jahre volkseigene Fahrzeugelektrik. Hrsg.: VEB Fahrzeugelektrik Ruhla. - Ruhla 1979. - 110 gez. S.: vorwieg. Ill.; 26 cm

VEB Kombinat Geologische Forschung und Erkundung Halle

siehe VEB Hydrogeologie Nordhausen

Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree

Colditz, Heinz: Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree. KWO. Hrsg.: Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree /Bildband/. - (Berlin 1973). - 107 S. 30 cm

Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree, Werk Nord, Schwerin-Sacktannen

Reinke, Walter: Unser Werk, Eine Bilanz in Wort und Bild, Teil 1: 1960 - 1964. Hrsg.: Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree (KWO) Werk Nord, Schwerin-Sacktannen, - Putbus auf Rügen 1970, - 88 S.; Ill.; 21 cm

Kombinat VEB Lokomotivbau - Elektrotechnische Werke (LEW)

"Hans Beimler" Hennigsdorf
Unser Werk, Biographie des Kombinats VEB Lokomotivbau - Elektrotechnische Werke "Hans Beimler", Hennigsdorf - eines sozialistischen Großbetriebes in der Deutschen Demokratischen Republik, - Hennigsdorf (1976), - 119 S.; überwiegend Ill.; 27 cm

VEB Kombinat Mikroelektronik
siehe VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder)

Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg", Berliner Glühlampenwerk

Bedeutung der Lichttechnik bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR. Rückblick und Perspektiven einer 100-jährigen Entwicklung des elektrischen Lichtes. Hrsg.: Betriebssektion der KdT, - (Berlin 1979), - 74 S., - 20 cm = Arbeiter machen Geschichte

Geschichte einer Freundschaft, Freundschaftsbeziehungen der Berliner Glühlampenarbeiter zur Sowjetunion. Hrsg.: Grundeinheit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Geschichtskommission der Betriebsparteiorganisation der SED im VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Berliner Glühlampenwerk, - (Berlin 1980), - 69 S.; zahlr. S, Ill.; 20 cm

Kalender historischer Daten zur Betriebsgeschichte. Hrsg. vom

Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Berliner Glühlampenwerk, - (Berlin 1979), - 65 S.; Übersichten in getr. Pag. 20 x 29,5 cm = Arbeiter machen Geschichte

(Keil, Hans/Quaß, Wolfgang): Mit unserer Republik gewachsen, 30 Jahre Entwicklung des VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Berliner Glühlampenwerk seit der Gründung der DDR im Jahre 1949. Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Kommission für Betriebsgeschichte, - (Berlin 1979.) - 69 gez. Bl.; zahlr. Bl. Graf. (z. T. farb.), - 20 x 29,5 cm = Arbeiter machen Geschichte

Künstler, Dieter: 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse - Erfüllung des Vermächtnisses der deutschen Arbeiterbewegung und Garantie für den zuverlässigen Schutz des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB NARVA Berliner Glühlampenwerk - Leitparteiorganisation für das Kampfgruppenbataillon "Robert Uhrig" - Berlin, - (Berlin 1979), - 50 S., 10 gez. S. Anmerkungen: 20,5 cm = Arbeiter machen Geschichte
Umschlagt.: Deutsche Arbeiterbataillone im Klassenkampf. Gestern und heute

Menschen aus unserer Mitte. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED Berliner Glühlampenwerk im Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg". - (Berlin 1979), - 127 S.; Ill.; 29 cm = Arbeiter machen Geschichte

Vom Osram-Konzern zum volkseigenen Kombinat "Rosa Luxemburg". Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED im Kombinat VEB NARVA Berliner Glühlampenwerk, - Berlin 1978, - 301 S., Anh. in getr. Pag.: als Ms. gedr.; 29 cm

Zwischen zwei Parteitag, Entwicklung des VEB NARVA Berliner Glühlampenwerk vom VIII. zum IX. Parteitag, - (Berlin 1979), - 50 gez. S.; Ill.; 21 cm

VEB Kombinat Seeverkehr und
Hafenwirtschaft - Deutfracht/
Seereederei

Koepen, Peter: Du mußt die Führung übernehmen, Probleme der Parteiarbeit in der Handelsflotte der DDR 1945 - 1962. Hrsg.: Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehr und Hafenwirtschaft Rostock. - Wismar 1975. - 54 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der DDR, H. 3

Mit dem Dampfer "Vorwärts" begannen wir, Erinnerungen, Aufzeichnungen, Hrsg.: SED-Kreisleitung Seeverkehr Rostock - Geschichtskommission. - Wismar 1975. - 48 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der DDR, H. 2

Polzin, Martin: Revolutionäre Traditionen unserer Seeleute. Hrsg.: Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehr und Hafenwirtschaft. - Wismar 1976. - 43 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, H. 4

"Sagen wird man über unsere Tage ..." Hrsg.: Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehr und Hafenwirtschaft. - Rostock 1979. - 138 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der DDR, H. 11

Schiffbauer, Seeleute und Hafenarbeiter machen Geschichte. Von einem Autorenkollektiv u. d. Leitung v. Peter Köppen, Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Rostock der SED. - Berlin: Verlag für Verkehrswesen 1979. - 263 S.; Ill., Tab.; 23 cm

Technische Flotte unter Führung der Partei, 25 /Fünfundzwanzig/

Jahre Technische Flotte, 1952 - 1977. Hrsg.: Leitung der Grundorganisation der SED des VEB Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei in Zusammenarbeit mit der Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehr und Hafenwirtschaft Rostock 1977. - 60 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, H. 5

Unser Antlitz, Porträts. Hrsg.: VEB Deutfracht/Seereederei Rostock in Zusammenarbeit mit der Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehr und Hafenwirtschaft Rostock. - Rostock 1977. - 43 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, H. 6

Wir schützen, was wir schaffen, Zum 25jährigen Bestehen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Hrsg.: Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehr und Hafenwirtschaft Rostock. - Wismar 1978. - 36 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, H. 8

10 /Zehn/ Jahre MS "Meyenburg". Aus der Geschichte eines Schiffes. Hrsg.: Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft. - Rostock 1978. - 48 S.; Ill. z. T. farb.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der DDR, H. 9

20 /Zwanzig/ Jahre Schiffsversorgung Rostock. Von einem Autorenkollektiv des VEB Schiffsversorgung Rostock. Hrsg.: Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft Rostock. - Rostock 1978. - 32 S.; Ill.; 19 cm = Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrswirtschaft der DDR, H. 10

Kombinat SYS

siehe VEB Synthesewerk Schwarzheide

VEB Kombinat Umformtechnik Erfurt
Umformmaschinen aus der Deutschen Demokratischen Republik, VEB Kombinat Umformtechnik Erfurt /Bildband/. -

Erfurt 1972. - 76 gez. Bl.;
26 cm

VEB Kombinat Wolle und Seide
siehe VEB Leipziger Wollkämmerei

Konsumgenossenschaft
siehe Verband der Konsumgenos-
schaften der DDR

Kraftwerk Artur Becker, Tratten-
dorf
20 /Zwanzig/ Jahre Kraftwerk Trät-
tendorf. Bau der Jugend. Fest-
schrift. Hrsg.: VEB Kraftwerke
"Artur Becker" Trattendorf. -
Kamenz 1973. - 87 S.: Ill.;
30 cm

VEB Kraftwerke "Völkerfreund-
schaft"
(Kocksch, Erich) Historische Ent-
wicklung des VEB Kraftwerke
"Völkerfreundschaft". Betrieb
der sozialistischen Arbeit. Hrsg.:
SED-Betriebsparteiorganisation
VEB Kraftwerke "Völkerfreund-
schaft". Red.: Kommission Be-
triebsgeschichte. - (Hagenwerder
1979). - 168 S.: Ill.; 21 cm

VE Landbaukombinat Erfurt
30 /Dreißig/ Jahre Deutsche De-
mokratische Republik, 15 Jahre
VE Landbaukombinat Erfurt,
Chronik des Betriebes. 1964 -
1979. - Erfurt 1979. - 39 S.:
Ill.; 21 cm

VEB Leipziger Wollkämmerei
Die Entwicklung des VEB Leip-
ziger Wollkämmerei zwischen
dem VIII. und IX. Parteitag der
SED. Betriebsgeschichtlicher
Abriß. VEB Leipziger Wollkäm-
merei, Betrieb des VEB Kombi-
nat Wolle und Seide. Hrsg. von
der Parteileitung des VEB Leip-
ziger Wollkämmerei. - Leipzig
1979. - 84 S.: Ill., Tab.; 21 cm

VEB Lokomotivbau - Elektro-
technische Werke "Hans Beim-
ler" Hennigsdorf
siehe Kombinat VEB Lokomo-

tivbau - Elektrotechnische Werke ...

VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck
Borchardt, Werner: Kampf und Sieg der
Partei, 1917 - 1975, Hrsg.: Kreisleitung
der SED VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm
Pieck. - Halle 1976. - 217 S.: Ill.; 30 cm

VEB Maschinenbau "Karl Marx" Babels-
berg (Takraf)
Unsere Karl-Marx-Werker im 25. Jahr
der Republik. Notizen aus unserem All-
tag, aufgeschrieben von einem Autoren-
kollektiv der BPO des Karl-Marx-Werkes.
Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorga-
nisation der SED des VEB Maschinenbau
"Karl Marx" Babelsberg. - Potsdam
(1974). - 31 S.: Ill.; 29 cm

VEB Maschinenfabrik Halle
Gall, Erich: Geschichte der Grundorga-
nisation der GDSF im VEB Maschinenfa-
brik Halle (1949 - 1969), Hrsg. von der
Kommission Betriebsgeschichte des VEB
Maschinenfabrik Halle. - Halle 1979. -
51 S.: Ill.; 21 cm

VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar
(Driese, Werner): Schiffbau in Wismar.
Geschichte des VEB Mathias-Thesen-
Werft Wismar.
Bd. 2: Vom Reparaturbetrieb zur Groß-
werft, 1950 - 1954. Hrsg.: Parteileitung
der Grundorganisation der SED im VEB
Mathias-Thesen-Werft in Zusammenar-
beit mit der Bezirksleitung Rostock der
SED. - Wismar 1978. - 124 S.: Ill.;
21 cm

Bd. 3: Wir bauen Hochseeschiffe, 1955 -
1961. Hrsg.: Parteileitung der Grundor-
ganisation der SED im VEB Mathias-
Thesen-Werft in Zusammenarbeit mit
der Kommission zur Erforschung der Ge-
schichte der örtlichen Arbeiterbewegung
bei der Kreisleitung Wismar der Sozia-
listischen Einheitspartei Deutschlands. -
Wismar 1980. - 95 S.: Ill.; 21 cm

VEB Maxhütte Unterwellenborn
Hartmann, Ulrich: Unsere Maxhütte. Ein
neuer Abschnitt in der Geschichte des
Werkes (1945 - 1949), Hrsg. von der
Kommission für Betriebsgeschichte im
Auftrage der Betriebsparteiorganisation
der SED des VEB Maxhütte Unterwellen-

born. - Osterwollenborn 1974. -
168 S., 14 S. Anm.; 20 cm

VEB Metalleichtbaukombinat Calbe
VEB Metalleichtbaukombinat Werk
Calbe, 25 Jahre Werk Calbe, 1950
- 1975. - Magdeburg 1975. - 71 S. :
Ill.; 33 cm

Mitropa

Gummich, Karl-Heinz/Puschmann,
Johannes/Horstmann, Rolf: Mitropa
zwischen gestern und morgen. -
Berlin: Transpress 1966. - 286 S. :
Ill., Tab.; 24 cm

VEB Nähmaschinenwerk Witten- berge

Wir. Eine Dokumentation des VEB
Nähmaschinenwerk Wittenberge,
75 /Fünfundsiebzig/ Jahre Nähma-
schinen aus Wittenberge, 30 Jahre
Deutsche Demokratische Republik.
Hrsg. : Betriebsparteiorganisation
VEB Nähmaschinenwerk Witten-
berge. - Wittenberge 1978. -
34 S. : Ill.; 20 x 27 cm

NARVA

siehe Kombinat VEB NARVA "Rosa
Luxemburg"

VEB Paraffinwerk "Vorwärts"

Webau

30 /Dreißig/ Jahre Deutsche De-
mokratische Republik. Aus der
erfolgreichen Bilanz des Paraffin-
werkes "Vorwärts" Webau.

(Unser Betrieb 1949 - 1979). Hrsg. :
Betriebsparteiorganisation der
SED des Paraffinwerkes "Vorwärts"
Webau, Kommission zur Erforschung
der Betriebsgeschichte der Arbei-
terklasse in Verbindung mit der Re-
daktion der Betriebszeitung "Vor-
wärts", - Webau 1979. - 47 S. :
Ill., graph. Darst.; 19 x 20 cm

LPG Pflanzenproduktion "Roter Stern" Pfaffroda, Kreis Marien- berg

Sandig, Hans: Geschichte, die wir
selbst schrieben. Ein Beitrag zum
30. Jahrestag der Gründung der

Deutschen Demokratischen Republik,
Unter Verwendung einer wissenschaftli-
chen Arbeit der Studentin Ilona Bartsche-
rer. Hrsg. : Parteiorganisation der LPG
Pflanzenproduktion "Roter Stern" Pfaff-
roda, Kreis Marienberg. - Pfaffroda
1979. - 48 S. : Ill.; 30 cm

VEB Preß- und Schmiedewerke "Einheit" Brand-Erbisdorf

Siegel, Werner: Wir Schmiedewerker.
Betriebschronik des VEB Preß- und
Schmiedewerke "Einheit" Brand-Erbis-
dorf 1764 - 1976. Unter Mitarbeit der
Kommission zur Erforschung der Be-
triebsgeschichte, Hrsg. : SED-Betriebs-
parteiorganisation, Betriebsleitung des
VEB Preß- und Schmiedewerke "Einheit".
- Brand-Erbisdorf 1979. - 104 S. : Ill.;
21 cm

VEB Purotex Dresden

Erfolgreiche Verwirklichung unseres
Programms des Wohlstands, des Wachs-
tums und der Stabilität, Ergebnisse und
Erfolge bei der Realisierung der Be-
schlüsse des VIII. und IX. Parteitages
im VEB Purotex Dresden. Hrsg. : Be-
triebsparteileitung, Betriebsdirektor. -
Dresden 1979. - 10 gez. Bl. : Ill.; 14 x
21 cm

VEB ROBOTRON, Zentrum für For- schung und Technik - Fachgebiet Geräte, Karl-Marx-Stadt

Unser Entwicklungsweg zu Schöpfern mo-
derner Rechentechnik, Beiträge zur Be-
triebsgeschichte des VEB ROBOTRON,
Zentrum für Forschung und Technik -
Fachgebiet Geräte Karl-Marx-Stadt.
Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation
des VEB ROBOTRON, Zentrum für For-
schung und Technik - Fachgebiet Geräte,
- Karl-Marx-Stadt 1980. - 88 S. : Ill.;
19 x 21 cm

VEB Schiffsversorgung Rostock

siehe Kombinat Seeverkehr und Hafен-
wirtschaft Rostock

Seehafen Rostock

1960 /Neunzehnhundertsechzig/ - 1980.
Zwanzig Jahre Überseehafen Rostock,
Hrsg. : Zentrale Parteileitung Seehafen
Rostock. - Rostock 1979. - 60 S. : Ill.;

19 cm

VEB Seeverkehrs- und Hafen-
wirtschaft

siehe VEB Kombinat Seeverkehr
und Hafenwirtschaft

VEB Stahl- und Walzwerk Bran-
denburg

30 /Dreißig/ Jahre DDR, 30 Jahre
VEB Stahl- und Walzwerk Bran-
denburg. Zeittafel, Hrsg.: Zentra-
le Parteileitung der Betriebspartei-
organisation des VEB Stahl- und
Walzwerk Brandenburg, - Branden-
burg 1979, - 56 S., : Ill.; 21 cm

VEB Steinkohlenwerk Karl Lieb-
knecht Oelsnitz (Erzgeb.)

Barthel, Horst; Adolf Hennecke,
Beispiel und Vorbild, Hrsg.:
Zentralinstitut für Geschichte der
Akademie der Wissenschaften der
DDR, - Berlin: Deutscher Verlag
der Wissenschaften 1979, - 43 S.,
: Ill., Tab., Kt., -Skizzen; 30 cm =
Illustrierte historische Hefte, 16

VEB Synthesewerk Schwarzheide
(Valentin, Günter/Pulda, Heinz):

Wir über uns, Betriebsgeschichte
VEB Synthesewerk Schwarzheide,
Stammbetrieb des Kombinates
SYS, 1935/45, Ausgearbeitet und
zusammengestellt von der Kom-
mission Betriebsgeschichte,
Hrsg. von der Betriebsparteiorga-
nisation der SED des VEB
Synthesewerkes Schwarzheide,
Stammbetrieb des Kombinats
SYS, - o. O. (1980), - 72 S.:
: Ill.; 15 x 21 cm

Überseehafen Rostock
siehe Seehafen Rostock

Verband der Konsumgenossen-
schaften der DDR

Erfahrungen der Konsumgenos-
senschaft Karl-Marx-Stadt bei
der Sicherung des Mitgliederein-
flusses auf die konsumgenossen-
schaftliche Industrie, Hrsg.:
Verband der Konsumgenossen-
schaften der DDR, Arbeitsgruppe

Mitgliederarbeit, - Berlin 1979, - 10 S.;
21 cm

VEB Vereinigte Hausschuhwerke Hartha,
Werk Großharthau

Mehlhorn, Heinz: Chronik 1945 - 1978,
VEB Vereinigte Hausschuhwerke Hartha,
Werk Großharthau, - Großharthau 1979,
- 87 S., : Ill.; 22 x 24 cm

VEB Verkehrs- und Tiefbaukombinat
Leipzig

Ergebnisse des sozialistischen Komplex-
wettbewerbes zur Rationalisierung des
kommunalen Tiefbaus im komplexen Woh-
nungsbau des Bezirkes Leipzig zu Ehren
des 30. Jahrestages der Gründung der
DDR, Hrsg.: VEB Verkehrs- und Tief-
baukombinat Leipzig; Bauakademie der
DDR, Institut für Ingenieur- und Tiefbau
Leipzig, - Leipzig 1979, - 60 S.: Ill.;
29 cm

VEB Volltuchwerke Crimmitschau

Unsere Kampfgruppe 1953 - 1973, Voll-
tuchwerke Crimmitschau, Hrsg. von der
Betriebsparteiorganisation der SED, -
Werdau 1974, - 94 S., 6 gez. S.: Ill.;
15 x 21 cm

VEB Waggonbau Ammendorf

20 /Zwanzig/ Jahre DDR - 20 Jahre Ent-
wicklung zum sozialistischen Großbetrieb,
Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorga-
nisation der SED des VEB Waggonbau
Ammendorf, - Halle 1969, - 72 S.;
20 x 21 cm

VEB Werkzeugmaschinenkombinat
"Fritz Heckert" Karl-Marx-Stadt

Ecke, Herbert/Köhler, Fritz: Initiative
aller führt zum Nutzen aller! Erfahrun-
gen der Parteiorganisation im Stammbe-
trieb des VEB WMK "Fritz Heckert"
Karl-Marx-Stadt bei der Durchsetzung
und umfassenden Anwendung der Initia-
tive der Horizontalbohrer, - Berlin 1978,
- 80 S.; 20 cm = Der Parteiarbeiter

Wolk, Horst: Der Kampf der Arbeiter-
klasse um die Durchsetzung des wissen-
schaftlich-technischen Fortschritts im
Werkzeugmaschinenbau der DDR - unter-
sucht am Beispiel des VEB Werkzeugma-
schinenbau "Fritz Heckert" Karl-Marx-

Stadt 1958 - 1964/65, - Disserta-
tion A Technische Hochschule Karl-
Marx-Stadt 1979, - getr. Pag., Ms,
vervielf.; 29 cm

SDAG Wismut

Viertel, Martin; 1946 /Neunzehnhun-
dertsechundvierzig/ - 1956.
10 /Zehn/ Jahre Erzbergbau der
SDAG Wismut, - o. O. (1956), -
29 S.; Ill.; 21 cm

Geschichte des Betriebes, SDAG
Wismut, Bergbaubetrieb Schmir-
chau. T. 1: 1952 - 1958, -
Schmirchau 1979, - 40 S.: Ill.,
Faks.

QUELLEN UND MATERIALIEN

Deutschland und Großbritannien
in der Zeit des ersten Weltkrieges

Statistische Ergänzungen zur vergleichenden Betrachtung
der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung⁺

von Dieter Baudis

Die in meiner Studie über Deutschland und Großbritannien zur Zeit des ersten Weltkrieges abschließend aufgestellte These, das ökonomische und politische System Großbritanniens habe sich im ersten Weltkrieg dem deutschen "trotz des ursprünglichen Rückstandes im Entwicklungsniveau der Wirtschaft hinsichtlich der Produktion, ihrer Technik und Organisation" als überlegen erwiesen¹, wird gestützt durch das hier vorgelegte, statistisch aufbereitete Zahlenmaterial. Zwar sind die Möglichkeiten eines statistischen Vergleichs beider Länder für die Kriegszeit infolge der nur lückenhaft vorhandenen Angaben aus diesen Jahren weniger gut als beispielsweise für die Vor- oder Nachkriegsperiode, dennoch bieten sie eine anschauliche Ergänzung zu dem bisher entwickelten Bild. Im folgenden wird eine Auswahl dieser Zahlen vorgelegt.

Tabelle 1

Indizes der Industrieproduktion in Großbritannien 1914 bis 1918⁺⁺
(1913 = 100)

Jahr	Produktionsmittel- industrien	Konsumgüter- industrien	Gesamtindustrie (ohne Baugewerbe)
1914	90,7	96,7	93,5
1915	87,6	102,2	94,7
1916	87,9	91,3	89,5
1917	87,9	82,6	85,2
1918	85,6	76,1	80,8

+ Hoffmann, Walther, Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industriewirtschaft von 1700 bis zur Gegenwart, Jena 1940, Anhang: Indizes zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens,

+ Vgl. die Darstellung von Baudis, Dieter, Deutschland und Großbritannien in der Zeit des ersten Weltkrieges, Versuch einer vergleichenden Betrachtung einiger Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1981, T. 3 (im Druck).

1 Ebenda.

Die Reihen zeigen einen bis 1915 beträchtlichen Rückgang in den Produktionsmittelindustrien, in den drei Kriegsjahren 1915 bis 1917 dagegen ein konstantes Niveau und 1918 einen leichten Rückgang. Offensichtlich konnte der starke Abfall in der Anfangsphase des Krieges ab 1915 durch die Organisation der Kriegswirtschaft, die damit verbundene Umgruppierung der Kräfte und die Konzentration der Ressourcen auf die Befriedigung der Kriegsorderungen aufgefangen werden, und zwar auf Kosten der Konsumgüterindustrien, die bis einschließlich 1915 ihr Vorkriegsniveau halten konnten, in den folgenden drei Jahren dagegen eine Einbuße von mehr als 25 Prozent hinnehmen mußten.

In Deutschland war der allgemeine Trend, die Verlagerung der Produktionskraft auf die kriegswichtigen Industriezweige, der gleiche, wie die aus den wenigen verfügbaren produktionsstatistischen Unterlagen zusammengestellten Angaben des Instituts für Konjunkturforschung zeigen.

Tabelle 2

Produktion wichtiger Industriegruppen und -zweige in Deutschland 1914 bis 1918⁺ (1913 = 100)

Jahr	Kriegsindustrien			Private Industrien		
	Bergbau	Eisen u. Stahl	NE-Metalle	Wohnungsbau	Baustoffe	Handels-schiffe
1914	84	78	89	68	88	73
1915	78	68	72	30	69	65
1916	86	81	113	10	59	75
1917	90	83	155	4	58	61
1918	83	53	234	4	35	42

Jahr	Gemischte Industrien		Gesamt
	Textilien	Genußmittel	
1914	87	92	83
1915	65	88	67
1916	27	84	64
1917	22	67	62
1918	17	63	57

⁺ Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 31, Berlin 1933, S. 22 f.

Obwohl diese Tabelle keinen direkten Vergleich mit der vorangehenden zuläßt, gibt sie doch einige wichtige Anhaltspunkte. Sie zeigt zunächst für Deutschland ein allgemeines, beträchtliches Absinken des Produktionsniveaus in allen angeführten Zweigen, und zwar bis 1915 erheblich stärker als in Großbritannien. Der Gesamtindex weist für 1915 einen Rückgang um ein Drittel gegenüber der Ausgangsbasis von 1913 aus. Danach, 1916 und 1917, steigt die Produktion in den Zweigen der deutschen Kriegsindustrien wieder an, und zwar nicht unerheblich, während sie in den "privaten" und "gemischten" Industrien rapide weiter sinkt. Der Gesamtindex weist für die Jahre nach 1915 einen verlangsamten Rückgang auf und nähert sich 1918 der Hälfte des Standes von 1913.

Hoffmann hat für eine Reihe von Industriezweigen in beiden Ländern Zahlenreihen bearbeitet, von denen hier einige verglichen werden sollen.

Tabelle 3

Indizes der Produktion einiger Industriezweige in Großbritannien (GB) und Deutschland (D) 1914 bis 1918⁺
(1913 = 100)

Jahr	Steinkohle		Eisenerz		Eisen und Stahl		
	GB	D	GB	D	GB	D	Stahl
						Roheisen	
1914	92,4	84,8	92,9	71,7	93,5	74,5	79,7
1915	88,1	77,2	89,0	61,9	96,8	60,1	69,8
1916	89,2	83,7	84,4	74,6	100,6	68,8	62,6
1917	86,5	88,1	92,8	78,5	106,2	68,0	83,1
1918	79,2	83,2	91,3	27,7	103,9	61,4	68,6

Jahr	Kupfer		Blei		Zink		Schiffbau	
	GB	D	GB	D	GB	D	GB	D
1914	98,8	93,5	128,0	95,3	101,4	84,6	84,2	100,7
1915	89,3	119,2	89,1	64,2	72,1	66,5	33,4	56,6
1916	95,9	161,5	71,1	57,1	47,5	63,9	34,6	38,1
1917	70,6	149,8	40,1	47,6	64,8	66,9	62,9	18,6
1918	62,6	141,3	40,5	42,5	69,4	66,4	67,4	23,0

+ Hoffmann, Walther, Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industrielwirtschaft von 1700 bis zur Gegenwart, Jena 1940, Anhang; Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1965, S. 342 f., 345 f., 354, 358.

Die Tabelle weist in den meisten Positionen für beide Länder einen erheblichen Produktionsrückgang aus. Bei Steinkohle ist für Deutschland ein rascher Rückgang der Förderung bis 1915 festzustellen, 1916/17 dagegen ein leichter Aufschwung. Für Großbritannien ist der Rückgang zunächst weniger kraß. 1915/16 scheint sich die Produktion auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren, um dann 1917/18 noch stärker als in Deutschland zurückzugehen. Bei Blei und Zink wurde im letzten Kriegsjahr ein annähernd gleicher Tiefstand erreicht, wobei sich die britische Zinkproduktion ab 1917 wieder erholte, die deutsche etwa auf dem Niveau von 1915 verharrte. Deutschland konnte seine Kupferproduktion beträchtlich erhöhen, ohne freilich damit den Bedarf auch nur annähernd decken zu können. Der insbesondere für Großbritannien - weniger dagegen infolge der Abschneuerung von den Weltmeeren für Deutschland - so wichtige Schiffbau zeigt 1914/15 zunächst einen enormen und erstaunlichen Rückgang, aber auch die Fähigkeit der britischen Industrie, 1917/18 dem uneingeschränkten U-Bootkrieg durch Verstärkung des Schiffbaus Paroli zu bieten. Eindeutig ist die britische Überlegenheit bei der Förderung von Eisenerzen und insbesondere bei der Produktion von Eisen und Stahl, wo es in den letzten drei Kriegsjahren gelang, selbst die Vorkriegsproduktion zu übertreffen, während die deutsche Eisen- und Stahlproduktion im Durchschnitt der Jahre 1915 bis 1918 um zirka ein Drittel zurückging. Großbritannien übertraf die Produktion des letzten Vorkriegsjahres 1913 nach Hoffmann außerdem in einzelnen Kriegsjahren noch in der Branche der Eisen- und Stahlwaren, Maschinen und Werkzeuge (1917/18), bei Zinn (1915 bis 1917), Aluminium (1916 und 1918), Automobilen (ständiger Anstieg

bis auf 115,0 im Jahre 1918), Wollgeweben (1915), Mehl (1914), Fleischwaren (1914 bis 1916), Papier (1914 bis 1915) und Kautschukwaren (1916 bis 1918).² Die deutsche Industrie konnte sich - ebenfalls nach den Angaben von Hoffmann - nur bei Kupfererz und Kupfer, Braunkohle (ab 1915 ständiger Anstieg bis 1918 auf 115,3 des Standes von 1913) sowie bei Elektroenergie und Aluminium steigern.³

Wenden wir uns noch einmal speziell zwei besonders wichtigen Industriezweigen in Großbritannien zu: der Kohleförderung und dem Schiffbau.

Tabelle 4

Zahlen zur Kohleförderung in Großbritannien 1913 bis 1918⁺

Jahr	Förderung		Anzahl der Beschäftigten		Durch Einsatz von Maschinen gebrochene Kohle
	(in Mill. t)	Index	(in tausend)	Index	(in %)
1913	287,4	100,0	1 127,9	100,0	8
1914	265,7	92,4	1 133,7	100,5	9
1915	253,2	88,1	953,6	84,5	10
1916	256,4	89,2	998,1	88,5	10
1917	248,5	86,5	1 021,3	90,5	11
1918	227,7	79,2	1 008,9	89,4	12

+ Berechnet nach Mitchell, Brian R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 113, 116, 123.

Es zeigt sich zunächst ein erheblicher Rückgang der Förderung im Jahre 1914 trotz leichter Erhöhung der Beschäftigtenzahl, 1915 sinkt die Zahl der Beschäftigten bedeutend stärker als die Förderung, während sich ab 1916 das Verhältnis wieder umkehrt und die Produktion trotz annähernd konstanter Beschäftigtenzahlen und erneuter leichter Zunahme des Mechanisierungsgrades im letzten Kriegsjahr erheblich sinkt - ein Beispiel dafür, daß auch in Großbritannien die Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft den wachsenden Belastungen nicht standhalten konnte.

Ein interessantes Bild geben auch die Angaben über den britischen Schiffbau, wobei sich die Untersuchung auf den Bau von Dampfschiffen beschränkt.

Die Zahlen zeigen die Wirkung des U-Bootkrieges im Jahre 1917 ebenso wie seine Erfolglosigkeit, nachweisbar in den Angaben für 1918. Sehr aufschlußreich sind auch die Zahlen über die Neubauten.

2 Hoffmann, Walther, Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industriewirtschaft von 1700 bis zur Gegenwart, Jena 1940, Anhang: Indizes zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens = Probleme der Weltwirtschaft. Schriften des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Bd. 63.

3 Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (West)/Heidelberg/New York 1965, S. 342, 354, 388. - Die Erzeugung von Elektrizität stieg bis 1918 ständig an auf 162 (1913 = 100).

Tabelle 5

In Großbritannien 1913 bis 1918 registrierte Dampfschiffe⁺

Jahr	Anzahl	Index	In tausend t	Index
1913	12 602	100,0	11 273	100,0
1914	12 862	102,1	11 622	103,1
1915	12 771	101,3	11 650	103,3
1916	12 405	98,4	11 037	97,9
1917	11 534	91,5	9 608	85,2
1918	11 334	89,9	9 497	84,2

⁺ Berechnet nach Mitchell, Brian R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 219.

Tabelle 6

In Großbritannien für britische Bürger und Gesellschaften 1913 bis 1918 gebaute Dampfschiffe⁺

Jahr	Anzahl	Index	In tausend t	Index	Durchschnittl. Tonnage pro Schiff (in t)
1913	755	100,0	950,0	100,0	1 258
1914	754	99,9	812,4	85,5	1 077
1915	373	49,4	361,9	38,1	970
1916	365	48,3	372,0	39,2	1 019
1917	339	44,9	745,5	78,5	1 868
1918	309	40,9	815,2	85,8	2 638

⁺ Berechnet nach Mitchell, Brian R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 222.

Die Anzahl der gebauten Dampfschiffe ging, bei einem besonders krassen Einschnitt 1915, ständig zurück. Während aber bis einschließlich 1915 die Tonnage noch schneller sank als die Zahl der Neubauten, zeigt sich ab 1916 eine direkt entgegengesetzte Tendenz, 1918 wurde hinsichtlich der Tonnage der Stand von 1914 bereits knapp überschritten. Die durchschnittliche Tonnage pro Neubau lag 1918 um mehr als das Doppelte über dem Stand von 1913, das heißt, es wurden mehr größere Schiffe als vorher in Betrieb genommen.

Folgende Tabelle erlaubt einen Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien auf dem Gebiet des Schiffbaus.

Die Angaben zeigen für Deutschland - im Unterschied zu den vom Institut für Konjunkturforschung über Handelsschiffe (1918 = 42) und von Hoffmann über den Schiffbau (1918 = 23) gegebenen Indizes - einen völligen Zusammenbruch des Handelsschiffbaus. Für Großbritannien liegen die Angaben bei der Anzahl der Schiffe - wobei angemerkt werden muß, daß es sich hier um Stapelläufe, und zwar von Schiffen ab 100 BRT, handelt - unter, bei der im Bau befindlichen Tonnage dagegen erheblich über den Angaben der vorangehenden Tabelle. Eine direkte Vergleichsmöglichkeit ist zwar nicht gegeben - wie überhaupt die Zahlen Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit wecken müssen -, wenn man sich allerdings

Tabelle 7

Stapelläufe (Neubauten) von Handelsschiffen⁺ ab 100 BRT⁺⁺

Jahr	Anzahl	Index	In 1 000 BRT	Index	Durchschnittl. Tonnage pro Schiff (in t)
a) Deutsches Reich ⁺⁺⁺					
1913	162	100,0	465,2	100,0	2 872
1914	121	74,7	380,6	81,8	3 145
1915	73	45,1	199,0	42,8	2 726
1916	90	55,6	150,3	32,3	1 670
1917	62	38,3	38,2	8,2	616
1918	56	34,6	15,9	3,4	284
b) Großbritannien					
1913	688	100,0	1 932,2	100,0	2 808
1914	656	95,3	1 683,6	87,1	2 566
1915	327	47,5	650,9	33,7	1 991
1916	306	44,8	608,2	31,8	1 988
1917	286	41,6	1 162,9	60,2	4 066
1918	301	43,7	1 348,1	69,8	4 479

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 41. Jg. 1920, Berlin 1920, S. 31 (Internationale Übersichten).

++ Nach Angaben in Lloyds Register.

+++ Für 1914 bis 1918 fertiggestellte Seeschiffe (nach Angaben des Germanischen Lloyd).

darauf beschränkt, den Trend zu vergleichen, so zeigt sich zumindest eine große Ähnlichkeit beider Zahlenreihen.

Hinsichtlich der unmittelbaren Rüstungsproduktion ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 8

Produktion von Waffen und Kampfmitteln 1914 bis 1918 in Deutschland und Großbritannien⁺

Erzeugnis	Deutschland	Großbritannien
Gewehre (in 1 000 Stück)	8 547	3 854
Maschinengewehre (in 1000 Stück)	280,0	239,0
Geschütze (in 1 000 Stück)	64,0	26,4
Patronen (in Mrd. Stück)	8,2	8,6
Granaten (in Mill. Stück)	306,0	218,0
Lastkraftwagen (in 1000 Stück)	65,0	87,0
Panzer (in 1 000 Stück)	0,1	2,8
Flugzeuge (in 1 000 Stück)	47,3	47,8

+ Otto, Helmut/Schmiedel, Karl, Der erste Weltkrieg. Militärhistorischer Abriß, Berlin 1977, S. 431.

Es zeigt sich eine absolut höhere Produktion auf britischer Seite bei Patronen, Lastkraftwagen, Panzern und Flugzeugen. Um die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Industrie beider Seiten und den Versorgungsgrad ihrer Streitkräfte festzustellen, sollten jedoch auch die Angaben über die Bevölkerung der beiden Länder und die Anzahl der Mobilisierten noch zu Rate gezogen werden. 1913 betrug die Bevölkerung Deutschlands 67 Millionen, die Großbritanniens 46 Millionen (68,7 Prozent der deutschen); die Gesamtzahl der Mobilisierten belief sich in Deutschland auf 13,2 Millionen (19,7 auf 100 Einwohner), in Großbritannien auf 5,7 Millionen (12,4 auf 100 Einwohner)⁴ oder 43,2 Prozent der in Deutschland mobilisierten sogenannten Wehrfähigen. Das Verhältnis zwischen den genannten Daten der Rüstungsproduktion und der Bevölkerung sowie der Anzahl der Mobilisierten läßt Schlüsse über den Wirkungsgrad, die Effektivität der jeweiligen Kriegswirtschaft zu.

Tabelle 9

Erzeugnis	Deutschland	Großbritannien
a) Produktion pro 10 000 Einwohner 1914 bis 1918		
Gewehre	1 276	838
Maschinengewehre	42	52
Geschütze	10	6
Patronen	1 223 880	1 869 565
Granaten	45 672	47 391
Lastkraftwagen	10	19
Panzer	0,01	0,6
Flugzeuge	7	10
b) Produktion pro 1 000 Mobilisierte 1914 bis 1918		
Gewehre	647	676
Maschinengewehre	21	42
Geschütze	4,85	4,63
Patronen	621 212	1 508 772
Granaten	23 182	38 246
Lastkraftwagen	5	15
Panzer	0,008	0,491
Flugzeuge	3,6	8,4

Nur bei Gewehren und Geschützen blieb Großbritannien, auf die Bevölkerung bezogen, hinter Deutschland zurück. In allen anderen Positionen zeigt sich ein teilweise beträchtliches Übergewicht, das noch stärker ist, wenn die Produktionsziffern auf die Zahl der Mobilisierten bezogen werden. Hier wird bei Geschützen annähernd Gleichstand erreicht. Bei allen anderen Rüstungsgütern erweist sich Großbritannien als überlegen. Ausgehend vom Mobilisierungsgrad zeigen die Ziffern zunächst, daß es in Großbritannien nicht annähernd einer solchen Ausschöpfung der Menschenreserven bedurfte wie in Deutschland, um die Streitkräfte sowohl aufzustellen, als sie auch besser als ihre Gegner mit dem

⁴ Otto, Helmut/Schmiedel, Karl, Der erste Weltkrieg, Militärhistorischer Abriß, Berlin 1977, S. 429. - Die Autoren berechnen die Rate der Mobilisierten - und ebenso der Toten - irrtümlicherweise auf 1000 statt 100 Einwohner und sprechen für Großbritannien von 10,8 statt 12,4.

notwendigen Material zu versorgen. Wenn man außerdem berücksichtigt, daß allein Frankreich bei einer Bevölkerung von nur 40 Millionen im Jahre 1913 während des Krieges bedeutend mehr Maschinengewehre (insgesamt 312 000), Granaten (insgesamt 290 Millionen), Lastkraftwagen (110 000), Panzer (6 300) und Flugzeuge (52 100) produzierte als Großbritannien, so wird die materielle Überlegenheit der Entente-Mächte - auch ohne die USA - mehr als deutlich.

Bemerkenswert waren auch die Leistungen, die in Großbritannien unter der Losung "back to the seventieth and better" - gemeint sind die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts - in der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte erreicht wurden.

Tabelle 10

Ausgewählte landwirtschaftliche Nutzflächen in Großbritannien 1914 bis 1918⁺
(in 1000 acres)

Jahr	Weizen	Index	Gerste	Index	Hafer	Index
1913	1 756	100	1 757	100	2 913	100
1914	1 868	106	1 699	97	2 894	99
1915	2 247	128	1 381	79	3 071	105
1916	1 975	112	1 502	85	3 075	106
1917	1 979	113	1 619	92	3 300	113
1918	2 636	150	1 654	94	4 024	138

Jahr	Weideland für Heugewinnung	Index	als Viehweide	Index
1913	5 227	100	12 340	100
1914	4 942	95	12 664	103
1915	4 806	92	12 773	104
1916	4 985	95	12 510	101
1917	4 954	95	12 297	100
1918	4 447	85	11 449	93

+ Berechnet nach Mitchell, Brian R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 79.

Tabelle 11

Produktion ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Großbritannien
1913 bis 1918⁺
(in 1 000 bushels/tons)

Jahr	Weizen bushels	Index	Gerste bushels	Index	Hafer bushels	Index	Heu tons	Index
1913	55 401	100	57 949	100	111 044	100	6 602	100
1914	61 017	110	56 775	98	113 381	102	5 389	82
1915	70 677	128	41 248	71	122 177	110	4 521	68
1916	56 948	103	46 625	80	119 508	108	6 214	94
1917	59 750	108	49 921	86	130 496	117	5 399	82
1918	87 456	158	54 056	93	166 368	150	4 912	74

+ Berechnet nach Mitchell, Brian R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 87.

Tabelle 12

Ertrag pro Acre ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte in Großbritannien 1913 bis 1918⁺
(in 1 000 bushels/tons)

Jahr	Weizen in bushels	Index	Gerste in bushels	Index	Hafer in bushels	Index	Heu in tons	Index
1913	31,5	100	33,0	100	38,1	100	1,3	100
1914	32,7	104	33,4	101	39,8	104	1,1	85
1915	31,5	100	29,9	91	39,8	104	0,9	69
1916	28,8	91	31,1	94	38,9	102	1,3	100
1917	30,2	96	30,8	93	39,5	104	1,1	85
1918	33,2	105	32,7	99	41,3	108	1,1	85

+ Berechnet nach Mitchell, Brian R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 91 f.

Tabelle 13

Viehbestand in Großbritannien 1913 bis 1918⁺
(in 1 000 Stück)

Jahr	Rinder	Index	Schafe	Index	Schweine	Index
1913	6 964	100	23 931	100	2 234	100
1914	7 093	102	24 286	101	2 634	118
1915	7 288	105	24 598	103	2 577	115
1916	7 442	107	25 007	104	2 314	104
1917	7 437	107	24 043	100	2 051	92
1918	7 410	106	23 353	98	1 852	83

+ Berechnet nach Mitchell, Brian R., Abstract of British Historical Statistics, Cambridge 1962, S. 83.

In Großbritannien gelang es, die Anbauflächen für Weizen und Hafer beträchtlich zu erhöhen und die Verluste an Wiesen und Weiden in Grenzen zu halten. Die Produktion von Weizen und Hafer erhöhte sich insbesondere im letzten Kriegsjahr beträchtlich, und die Erträge pro Acre konnten im Durchschnitt der Jahre 1914/18 gehalten bzw. leicht erhöht werden. Der Viehbestand konnte bei Rindern erhöht und bei Schafen gehalten werden. Dagegen fiel der allerdings für britische Verhältnisse weniger bedeutsame Schweinebestand in den letzten beiden Kriegsjahren erheblich unter das Niveau von 1913.

In Deutschland entwickelte sich die Landwirtschaft in einer diametral entgegengesetzten Richtung, wie die folgenden Zahlen zeigen.

Für Deutschland ist bereits ab 1914 ein krasser Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung sowie ein starkes, wenn auch witterungsbedingt unterschiedliches Sinken der Hektarerträge und ab 1916 auch ein erheblicher Rückgang der Anbauflächen zu erkennen.

Beim Viehbestand fällt die Dezimierung des Schweinebestandes mit den beiden Einschnitten 1915 ("Schweinemord"!) und nach dem "Kohlrübenwinter" 1916/17 auf, während der Rinderbestand erst 1918 erhebliche Einbußen erlitt.

Tabelle 14

Anbauflächen ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Deutschland
1913 bis 1918⁺
(in 1 000 ha)

Jahr	Roggen	Index	Weizen	Index	Kartoffeln	Index
1913	6 358	100	1 837	100	3 321	100
1914	6 242	98	1 861	101	3 293	99
1915	6 364	100	1 882	102	3 483	105
1916	5 964	94	1 598	87	2 744	83
1917	5 524	87	1 446	79	2 503	75
1918	5 746	90	1 435	78	2 727	82

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 40. Jg. 1919,
Berlin 1919, S. 66.

Tabelle 15

Produktion ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Deutschland
1913 bis 1918⁺
(in 1 000 t)

Jahr	Roggen	Index	Weizen	Index	Kartoffeln	Index
1913	12 129	100	4 417	100	52 584	100
1914	10 349	85	3 789	86	44 696	85
1915	9 094	75	3 705	84	52 885	101
1916	8 902	73	2 999	68	24 691	47
1917	6 977	58	2 226	50	34 410	65
1918	8 009	66	2 458	56	29 469	56

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 40. Jg. 1919,
Berlin 1919, S. 68.

Tabelle 16

Ertrag ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Deutschland pro Hek-
tar 1913 bis 1918⁺
(in Doppelzentnern)

Jahr	Roggen	Index	Weizen	Index	Kartoffeln	Index
1913	19,1	100	24,0	100	159,1	100
1914	16,6	87	20,4	85	135,7	85
1915	14,3	75	19,7	82	151,8	95
1916	14,9	78	18,8	78	90,0	57
1917	12,6	66	15,4	64	137,4	86
1918	13,9	73	17,1	71	108,0	68

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 40. Jg. 1919,
Berlin 1919, S. 70.

Tabelle 17

Viehbestand in Deutschland 1913 bis 1918⁺
(in 1 000 Stück)

Jahr	Rinder	Index	Schafe	Index	Schweine	Index
1913	20 994	100	5 520	100	25 659	100
1914	21 828	104	5 471	99	25 341	99
1915	20 316	97	5 073	92	17 287	67
1916	20 873	99	4 979	90	17 002	66
1917	20 094	96	4 953	90	11 051	43
1918	17 650	84	5 346	97	10 270	40

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 40. Jg. 1919, Berlin 1919, S. 79, 83.

Nach den vorangehenden Darlegungen dürfte der Schluß ausreichend begründet sein, die britische Version einer staatsmonopolistisch strukturierten, organisierten und regulierten Kriegswirtschaft habe sich als wirksamer erwiesen als ihr deutsches Gegenstück. Unter den vielfältigen Ursachen und Gründen dafür dürften drei besonders erwähnenswert sein.

Als erstes wäre das gegenseitige Kräfteverhältnis zu nennen, das eindeutig für einen Erfolg des britischen über den deutschen Imperialismus sprach. Großbritannien verfügte über ein "Hinterland", verfügte mit seinem Kolonialreich, seinen entwickelten Handelsbeziehungen und der wirtschaftlichen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten über ein ökonomisches Potential, dem seine Gegner nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten. Es war lediglich eine Frage, ob dieses Potential in ausreichendem Maße mobilisiert werden konnte. Geling das, so mußte Deutschland zwangsläufig, je länger der Krieg dauerte, um so mehr ins Hintertreffen geraten. Der Versuch, die britische Insel durch die Gegenblockade von ihren wirtschaftlichen Kraftquellen abzuschneiden, mißlang; Großbritannien blieb im Wirtschaftskrieg Sieger.

Ein weiterer wichtiger Faktor war die zielstrebige Führung des britischen Weltreiches, die sich im Verlaufe des Krieges immer stärker herauskristallisierte und zu einer bedeutend engeren Kooperation und Verflechtung von Wirtschaft und Staat führte. Waren Konzentration der Kräfte und Stabilität der Führung bemerkenswerte Kennzeichen der britischen Politik besonders in der zweiten Hälfte des Krieges, so waren auf der Gegenseite zur gleichen Zeit Instabilität und Führungsschwäche deutlich erkennbar. Ein stärker ausgeprägter bürgerlich-demokratischer Charakter in den wichtigsten Gremien, die in Großbritannien zur Entscheidungsfindung beizutragen hatten, erhöhten dort den Einfluß der zivilen gegenüber den militärischen Institutionen. Wenn schon - damals wie heute - von einer "Diktatur" die Rede sein kann, so war es eben in Deutschland die eines Ludendorff, in Großbritannien dagegen die eines Lloyd George. In Verbindung damit lassen sich sowohl ein geringerer Grad an Widersprüchlichkeit der Interessen als auch ein stärkerer Drang zur Einheit der Kräfte in Großbritannien beobachten.

Damit im Zusammenhang ist das jeweilige Verhältnis der politischen Führung des Landes zur Arbeiterklasse und zur Arbeiterbewegung zu sehen. In Großbritannien setzte sich die Erkenntnis frühzeitig durch, daß es ohne oder gar gegen das Proletariat "nicht geht". Das Bewußtsein, daß dieser Krieg der "erste

Krieg der Maschinenbauer⁵ sei, führte schon in der Anfangsphase zu einer bedeutend stärkeren Kompromißbereitschaft der herrschenden Klasse. Daraus resultierte schließlich das Bestreben, die Führungsschichten der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat zu integrieren, um die Arbeiterschaft möglichst ohne größere Reibungsverluste für die Durchsetzung der Kriegsziele der herrschenden Klassen zu manipulieren. Das gelang zwar nur zum Teil und mit zunehmender Kriegsdauer immer weniger, aber doch ungleich besser als in Deutschland, wo die klassenmäßige Borniertheit der Bourgeoisie und der Junker eine ähnliche Annäherung verhinderte. Diese Haltung änderte sich erst, als das bürgerlich-imperialistische System in Deutschland in eine akute, seine Existenz bedrohende Krise geriet.

5 Morton, Arthur Leslie/Tate, George, Die britische Arbeiterbewegung 1770 - 1920, Berlin 1960, S. 272.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Die sozialökonomischen Gesellschaftsformationen
aus marxistisch-leninistischer Sicht

(26. September 1980 in Leipzig)

Die Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR führte in Verbindung mit dem Lehrstuhl für Ur- und Alte Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig ein Kolloquium über formationstheoretische Probleme durch.

Im einleitenden Beitrag über die Formation Urgesellschaft und den Übergang zum Feudalismus in den Arbeiten der Klassiker des Marxismus-Leninismus ging Rolf Barthel (Berlin) von der marxistischen formationstheoretischen Erkenntnis aus, daß der Gesamtprozeß der Entwicklung der Menschen eine Aufeinanderfolge gesellschaftlicher Verhältnisse darstellt, die insgesamt eine Höherentwicklung bedeuten. Da die Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß das Wesen einer sozialökonomischen Formation bestimmen, muß eine Formationsanalyse das Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten zur Grundlage haben und die Fragen nach den jeweiligen Produktionsbedingungen, den unmittelbaren Produzenten, den Eigentümern der Produktionsbedingungen und dem Verhältnis dieser drei Komponenten klären. Verschiedene Gesellschaftsformationen unterscheiden sich in den Antworten auf diese Ausgangsfragen.

Der Begriff "Formation" erscheint bei Karl Marx in drei verschiedenen Bedeutungen, als sozialökonomische Einzelformation der Ausbeutergesellschaft, als Prozeß der Formierung zur Gesellschaft als Entwicklungsgang von einer Nicht-Gesellschaft zu einer menschheitsumfassenden, gesamtgesellschaftlichen Totalität (asiatische, antike, feudale, bürgerliche Produktionsweise als "Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation") und als eine Art Großformation. Letztere untergliedert sich in eine archaische, ausbeutungsfreie Formation, eine Formation der Ausbeutergesellschaft auf der Grundlage des Privateigentums und eine höhere, ausbeutungsfreie Formation. In diesem Sinne wäre die Urgesellschaft nicht Einzelformation im heute gebräuchlichen Sinne, sondern die primäre Großformation dieser Triade. Es ist berechtigt, nach Stufen in einer solchen Großformation zu fragen, die sich wohl hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Menschen, nicht aber hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse unterscheiden würden.

In der Urgesellschaft begann der Formierungsprozeß der Gesellschaft mit ersten Schritten zur Ausbildung bestimmter Strukturformen, wie Horde, Sippe, Stamm, Stammesverband, deren Wandlung und Auflösungsgrad die Struktur der nachfolgenden Ausbeutergesellschaft entscheidend beeinflussten. Wesentliches Merkmal der germanischen Gemeinde war ihre Auflösung in privat produzierende Privateigentümer, wobei die verbleibenden genossenschaftlichen Bindungen gegenüber der privaten Wirtschaftsweise nicht als unwichtig, jedoch als zweitrangig gelten. So entwickelten sich im Ergebnis fortschreitender sozialer Differenzierungen Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der Gemeinde zum Unter-

schied von der altorientalischen Klassengesellschaft, wo die Ausbeuter über der Gemeinde, und von der Antike, wo die Ausgebeuteten außerhalb und unter der Gemeinde standen.

Da nur der europäische Feudalismus aus sich selbst heraus den Kapitalismus hervorbrachte, erhebt sich die Frage, ob die Grundlagen dafür schon während der Herausbildung des Feudalismus geschaffen wurden. So könnte die selbstgenügsame Privatproduktion eine Rolle gespielt haben, wobei der Ausbeutung innerhalb der Gemeinde Grenzen gesetzt waren. Vielleicht war es auch die Kombination von Ausbeutung und verbleibendem Spielraum zu eigenem Nutzen der Produzenten, die die besondere Entwicklungspotenz des europäischen Feudalismus ausmachte, da sie Anreize und Interessiertheit erzeugte und zugleich Betätigungsspielraum ließ. Einen wesentlichen Faktor bei der Entstehung des Feudalismus und zugleich eine eigene Forschungsfrage stellt darüber hinaus das historische Milieu dar, vor allem was Art und Weise der Vermittlung, Intensität und Dauer des Einwirkens betrifft.

Am Beispiel der agrarischen Revolution der Produktivkräfte ging Edith Hoffmann (Leipzig) der Frage nach, welche Triebkräfte den gesellschaftlichen Fortschritt in jener Zeit voranbrachten, in der noch keine antagonistischen Widersprüche vorhanden waren. Sie setzte sich mit Versuchen von Vertretern der bürgerlichen Urgeschichtsforschung in der BRD auseinander, biologische, psychologische und irrationale Faktoren als Ursachen für die Entstehung von Pflanzen- und Tierproduktion herauszustellen. Günter Smolla leitet deren Ursprung aus der religiösen Sphäre ab und sieht Reste dieses "religiösen Weltbildes" in Mythen und Riten. Diese sind jedoch nur die religiös verbrämte Widerspiegelung der objektiven Realität, mystischer Ausdruck jener Veränderungen, die sich in der materiellen Lebenssphäre manifestierten. Sie wären ohne diese weder entstanden noch zu erklären. Hermann Müller-Karpe sucht die Ursachen für Pflanzen- und Tierproduktion in einem psychischen Konstitutionswandel, in einer Psychoevolution als Antwort auf eine geistige Herausforderung durch einen begrenzten Kreis von Einzelindividuen im Sinne elitetheoretischer Konzeptionen. Der Wandel der verselbständigten psychischen Struktur von innen her habe die neue Wirtschaftsform ausgelöst, Psychische Erscheinungen bzw. Veränderungen werden jedoch von äußeren Faktoren bestimmt und sind deren Abbild als Einheit von Bewußtsein und Tätigkeit, Folge und Ausdruck veränderter Beziehungen zwischen Menschen und Umwelt sowie der aktiven Auseinandersetzung mit den natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Für Karl J. Narr ist die schöpferische Einzelpersonlichkeit die letztlich entscheidende Triebkraft gegenüber dem eher statischen Verhalten der Mehrheit, ist Geschichte das in freier Selbstverwirklichung und Entscheidung des Menschengenies gegründete Geschehen.

Demgegenüber geht die marxistische Urgeschichtsforschung davon aus, daß die Ursachen für jede Weiterentwicklung der Produktivkräfte in den ökonomischen Interessen zu suchen sind. Die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz war erfüllt, als die eiszeitlichen Jäger und Sammler in der Lage waren, die Mittel zur Befriedigung ihrer elementarsten Bedürfnisse selbst zu erlangen und somit ihr materielles Leben selbst zu produzieren. Damit erzeugten sie zugleich immer neue Bedürfnisse und reproduzierten ihre eigenen Triebkräfte selbst. Was die Menschen subjektiv als Bedürfnisse verspürten, gehörte objektiv zu den unentbehrlichen Daseinsbedingungen. Ihre Befriedigung war keine Frage freier Selbstentscheidung, spezifischer Disposition, höherer Eingebung oder ziellosen Experimentierens, sondern harte und zwingende Notwendigkeit. Es gab keine andere progressive Alternative für den gesellschaftlichen Fortschritt als den immer effektiveren Stoffwechsel mit der Natur durch die Steigerung der Arbeits-

produktivität. Dabei wirkten ungünstige Umweltverhältnisse stärker stimulierend, da sie die Menschen bei Strafe ihres Unterganges zur vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten zwangen.

Der marxistisch-leninistische Revolutionsbegriff ist auch auf den Übergang von der Sklavereigesellschaft zum Feudalismus anwendbar. Ausgehend vom Widerspruch zwischen den vorwärtsdrängenden Produktivkräften und den zum Hemmnis gewordenen Produktionsverhältnissen, verwies Rigobert Günther (Leipzig) auf die Entwicklung neuer Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die später im Feudalismus die ökonomische Basis darstellten, auf den zur sozialen Umwälzung führenden Kampf der Volksmassen und auf die Auflösung der alten politischen Machtverhältnisse mit der Entstehung einer neuen, ökonomisch und politisch herrschenden Klasse.

Die Stagnation der Produktivkräfte seit dem frühen Kaiserreich wird zum Beispiel deutlich in der nur zögernden Überführung technischer Neuerungen (Wassermühle, Nähmaschine) und landwirtschaftlicher Erfahrungen (Dreifelderwirtschaft, Roggenanbau) in den Produktionsprozeß. Neue Produktions- und Eigentumsverhältnisse entwickelten sich im Weströmischen Reich überwiegend in den Föderatenterritorien, wo das Allod, die *sortes*, Markgenossenschaften und vergleichbare Erscheinungen entstanden. Zur revolutionären, die alte Ordnung in Westrom überwindenden Kraft wurden die Volksmassen in den entstehenden Föderaten-Königreichen, während die Volksbewegungen im Innern des Weströmischen Reiches ihre Kräfte in "permanenten Revolutionen" (Joachim Herrmann) erschöpften und es nicht zu einem Bündnis zwischen den beiden Kräften kam, die objektiv den gleichen Gegner hatten.

Das bis in das 4. Jahrhundert funktionierende Wechselverhältnis zwischen dem Zentrum der alten Gesellschaftsordnung und der Peripherie (Barbaricum) unterlag zunehmend Störungen, so daß die Reproduktion der alten Ordnung stockte und das Zentrum schließlich von der Peripherie her erfaßt wurde. Hegemon dieser Bewegung waren Königtum und entstehender Dienstadel, die als neu entstandene, ökonomisch herrschende Klasse im Verlauf von rund hundert Jahren auch die politische Macht eroberte.

Die germanischen Stammesverbände auf weströmischem Boden waren von einem äußeren zu einem inneren Faktor (*laeti*, *foederati* und andere) der untergehenden antiken Sklavereigesellschaft geworden. Diese hatte keine eigene revolutionäre Klasse hervorgebracht, die allein und selbständig in der Lage gewesen wäre, die alte Ordnung zu überwinden. Mit ihrem Untergang gingen zugleich ihre beiden Hauptklassen unter. In der Synthese der feudalen Elemente aus zwei untergehenden Gesellschaftsordnungen entstanden erst im Verlauf und teilweise erst im Ergebnis dieses Revolutionsprozesses die Kräfte, die die Urgesellschaft und Sklavereigesellschaft endgültig überwand und die neue politische Macht übernahmen. Erst aus dem Zusammenwirken der progressiven endogenen und exogenen Kräfte zweier zum Untergang verurteilter Gesellschaftsordnungen wurde es möglich, eine dritte, neue, von höherer Qualität zu errichten, den Feudalismus.

Mit der Ablehnung der materialistischen Geschichtsauffassung durch Klaus Eder setzte sich Klaus-Peter Florian (Berlin) auseinander. Nach Meinung Eders sei die von Marx vorgenommene Unterscheidung von historischen Produktionsweisen lediglich Resultat einer Systemgeschichte, nicht aber einer Evolutionsgeschichte. Die Entwicklung staatlich organisierter Gesellschaften sei nicht Ergebnis materiell-ökonomischer Notwendigkeiten, und Ursachen sowie Mechanismen dieser Veränderungsprozesse seien nicht auf die Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zurückzuführen, sondern auf ein

neues, gesellschaftliches Ordnungs- und Organisationsprinzip, ein "sozialintegratives" Prinzip. Die Konstituierung eines neuen gesellschaftlichen Organisationsprinzips basiere auf spezifischen moralischen Lernprozessen, die sich in der "Moralisierung des Rechts" darstellten und sich institutionell in einem Herrscher-Recht und einem Subsystem politischer Herrschaft manifestierten.

Die weltanschauliche Auseinandersetzung mit Eder um Probleme des Übergangs zur Klassengesellschaft besteht somit vor allem in der Frage, ob der reale Geschichtsprozeß materiell oder ideell determiniert ist, ob die Ursachen geschichtlicher Entwicklung materieller oder geistiger Natur sind, ob die Gründe für die Aktionen der sozialen Subjekte nur in deren Köpfen zu suchen sind oder spezifische Widerspiegelungen materieller Notwendigkeiten darstellen, ob also der Geschichtsprozeß ein materiell fundierter, seinem Wesen nach einheitlicher Prozeß ist, dem historische Gesetzmäßigkeiten immanent sind.

In der anschließenden Diskussion nahmen viele der 36 anwesenden Fachvertreter aus der DDR im Sinne eines vorwärtsweisenden wissenschaftlichen Meinungsstreites kritisch zu den Ausführungen der Referenten Stellung und führten dabei zusätzliche Probleme in die Aussprache ein. So ging es unter anderem darum, in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen von den jeweils neuesten Arbeiten auszugehen und deren Trend sowie Wirkungsgrad rascher zu analysieren, zumal in der Geschichtsauffassung in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern manche alte Vorstellung überwunden bzw. modifiziert und inzwischen einiges aus der marxistischen Ideologie entlehnt wurde, wie beispielsweise in der sogenannten "New Archeology". Bei einer Untersuchung der Produktivkräfteentwicklung scheint es geboten, noch stärker den Zusammenhang von formationsinternen und -externen Faktoren, das Verhältnis von innerer Entwicklung und äußerer Beeinflussung zu berücksichtigen. Notwendigkeit und Nutzen gemeinsamen Herangehens von Historikern und Philosophen an bestimmte Probleme, wie den Übergang zum Feudalismus, wurden besonders im Zusammenhang mit verschiedenen Varianten der Synthese-Theorie in der Sowjetwissenschaft hervorgehoben.

Das Kolloquium, das im Vorfeld der 1981 stattfindenden Fachgruppentagung zum Thema "Produktivkräfte in der Urgesellschaft" bewußt im Sinne einer Standortbestimmung angelegt war und nicht nur völlig ausgereifte Gedanken vermitteln wollte, machte vor allem deutlich, wie viele offene Fragen in dieser weitgespannten Thematik in nächster Zukunft dringend einer detaillierten Behandlung mit sehr differenziertem Herangehen bedürfen. Unumgänglich für das eigene Theorieverständnis wird dabei ein exakter Umgang mit theoretischen Begriffen sein. Auch deutete sich an, daß die Zeit herangereift ist, über die Monogenität der Formation Urgesellschaft zu diskutieren, in Fortführung der schon vor geraumer Zeit von Günter Guhr, Heinz Grünert und Joachim Herrmann geäußerten Gedanken zu den zwei selbständigen Produktionsweisen innerhalb der Urgesellschaft: Jagd- und Sammelwirtschaft sowie Pflanzen- und Tierproduktion.

Abschließend konnte festgestellt werden, daß das Kolloquium zwar mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet hat, dadurch aber wichtige Orientierungshilfen für die Vorbereitung der Fachgruppentagung gegeben und somit Zweck und Ziel der Veranstaltung erreicht wurden. Der Fachgruppenvorstand stellte zugleich sein Bemühen unter Beweis, sich der auf der V. Hochschulkonferenz formulierten Forderung nach einem qualitativ höheren Anspruch an die Arbeit in den Wissenschaften, an den wissenschaftlichen Meinungsstreit und die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie anzunähern.

Edith Hoffmann

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 19. Lieferung
Theorie und Methodik

- 2736, lin, 25, 1980, 4, S. 35 - 37,
- Escher, Reinhard: Probleme der internationalen Forschung in den ariden Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von 1950 bis zur Gegenwart. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 2, S. 290 - 302.
- 2737, 2741,
- Fabiunke, Günter: Der Beitrag der "Geschichte der Politischen Ökonomie" zu einer "Geschichte der Gesellschaftswissenschaft". In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch. wiss. R., 29, 1980, 4, S. 327 - 333.
- Küttler, Wolfgang: Theoretische und methodologische Probleme der Diskussion über das soziale Wesen des Städtebürger-tums. In: Wiss. Mitt. Hist. -Gesellsch. DDR, Berlin, 1980, 1/2, S. 27 - 39.
- 2738, 2742,
- Flehsig, Steffen: Zu bürgerlichen Wirtschafts- und Entwicklungstheorien in Lateinamerika - Entwicklungen und Neuanpassungsversuche unter dem Druck der Krise des abhängigen Kapitalismus und des anti-imperialistischen Kampfes. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 2, S. 339 - 349.
- Skambraks, Hannes: Aus dem handschriftlichen Nachlaß von Karl Marx. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 28, 1980, 5, S. 513 - 527.
- 2739, 2743,
- Handke, Horst: Die "Theorie vom sozialen Wandel" - Bestandteil bürgerlicher Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung (Günter Wiswede/Thomas Kutsch, Sozialer Wandel). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 135 - 139.
- Weissgerber, Klaus: Bemerkungen zu den Kovalevskij-Exerpten von Karl Marx. In: Ethnogr. -archäol. Z., Berlin, 21, 1980, 2, S. 193 - 219.
- 2740, 2744,
- Huar, Ullrich: Zu einigen Aspekten im Verhältnis von Wirtschaft und politischem System der sozialistischen Gesellschaft aus der Sicht des wissenschaftlichen Kommunismus. - In: Wiss. Z. Hochsch. Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin, 27, 2, 1980, S. 569 - 570.
- Bibliographien
- 2745,
- Auswahlbibliographie der Schriften Oelßners. In: In Memoriam Fred Oelßner. 27, 2, 1980, S. 63 - 64.
- 2746,
- Bibliographie Geschichte der Technik. Jg. 12. 13. Berichtsjahre 1972/73, Bearb. v. Ralf Peter Krämer u. Siegfried Sauer unter Mitarb. v. Michael Letocha u. Christian Zühlke unter Fachberatung v. Rolf Sonnemann. Hrsg. v. d. Sächs. Landesbibl. - Dresden: Selbstverl. d. Hrsg. 1979. XL, 428 S.

2747.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR: 17. Lieferung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 227 - 242.

2748.

Fischer, Hagen: Bibliographie von Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Altertums (2. Nachtrag). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 213 - 234.

2749.

Günther, Renate: Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (15. Fortsetzung). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 187 - 191.

2750.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 235 - 259.

2751.

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Inhaltsverzeichnis 1960 - 1979. Zusammengestellt von Renate Günther. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, 137 S.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

2752.

Andres, Helga: 24. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1979, 3, S. 121 - 130.

2753.

Ballwanz, Ilona: Der Bauer als historische Kategorie (12. bis 14. September 1979 in Weimar). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Ber-

lin, 1980, 4, S. 215 - 226.

2754.

Baum, Hans-Rainer; Kaiser, Eberhard: 6. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1979, 3, S. 68 - 75.

2755.

Dalchow, Irmtraud: SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 28, 1980, 9, S. 876 - 877.

2756.

Donat, Georg: Eugen Varga - Politökonom und Funktionär der Kommunistischen Internationale. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 28, 1980, 9, S. 877 - 878.

2757.

Empfehlungen der vierten Internationalen wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Fabriken und Werke (10. bis 12. Dezember 1979 in Moskau). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 179 - 180.

2758.

Fischer, Hagen: Die historische Bedeutung der Dorfgemeinde-Organisation (28. Februar 1979 in Berlin). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 207 - 212.

2759.

Heinrichs, Wolfgang: Fred Oelßners Verdienste um die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus. Sein Beitr. für d. Theorie d. Arb. produktivität. In: In Memoriam Fred Oelßner. 27. 2. 1903 - 7. 11. 1977. - Berlin: Akad.-Verl. 1979, S. 33 - 41.

2760.

Klöppel, Heidrun: Der Bauer als historische Kategorie. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 28, 1980, 8, S. 775 - 776.

2761.

Kuba, Karlheinz: SAG-Betriebe - Schulen

des Sozialismus (15. Januar 1980 in Berlin). In: Jb. Wirtschafts-gesch., Berlin, 1980, 4, S. 213 - 214.

2762.

Njammasch, Marlene: Die histo-rische Bedeutung der Dorfgemein-de-Organisation. In: Ethnogr. -archäol. Z., Berlin, 21, 1980, 2, S. 320 - 323.

2763.

Pätzold, Barbara: 23. Jahresta-gung der Hansischen Arbeitsge-meinschaft. In: Mitt. Hist. -Ge-sellsch. DDR, Berlin, 1979, 3, S. 84 - 90.

2764.

Parpart, Ingrid: Jahrbuch-Forum: "Faschismus - Ökonomie - soziale Basis". In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 89 - 98.

2765.

Poßekel, Kurt: Konferenz der Ge-schichtskommission in Rostock. In: Beitr. Gesch. Arb. bew., Ber-lin, 21, 1979, 6, S. 924 - 925.

2766.

Schubert, Hans; Zachäus, Reinhold: Dritter Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in Berlin. In: Staat u. Recht, Berlin, 29, 1980, 7, S. 653 - 655.

2767.

Spezialinventar des Betriebsarchivs VEB Filmfabrik Wolfen - Fotoche-misches Kombinat - zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 1968 - 1971, Hrsg.: Komm. für Betriebsgesch. d. Zentralen Par-teileitung; Betriebsarch. d. VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochem. Kombinat. Bearb. v. Alfred Neu-mann u. Willi Zimmermann. - Wolfen: VEB Filmfabrik 1979. 82 S. (Aus d. Gesch. d. Filmfabrik Wol-fen 42.)

2768.

Tomaszewski, Jerzy: Internationale Unter-nahmen und Zentraleuropa 1919 bis 1939 (20. bis 22. September 1979 in Norwich). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 203 - 206.

2769.

Zilch, Reinhold: Die Memoranden Karl Helfferichs vom 28. und 29. August 1914 über die finanzielle Unterdrückung und Ausplünderung Belgiens. In: Jb. Wirt-schaftsgesch., Berlin, 4, S. 193 - 212.

2770.

Zumpe, Lotte: Eugen Varga - Wissen-schaftler und Revolutionär (9. November 1979 in Leipzig). In: Jb. Wirtschafts-gesch., Berlin, 1980, 3, S. 195 - 202.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

2771.

Jelecek, Leoš: Ein neues Sammelwerk zur Wirtschaftsgeschichte in der Tsche-choslowakei (Hospodářské dějiny, Eco-nomic History, Bd. 1 und 2). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 93 - 100.

2772.

Krause, Werner; Rudolph, Günther: Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland 1848 bis 1945. - Berlin: Akad.-Verl. 1980. XIII, 615 S. (Schr. d. Zentralinst. für Wirtsch. wiss. 4.)

2773.

Kuczynski, Jürgen: Gesammelte Studien zur Geschichte und Theorie des Kapita-lismus. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. 362 S.

2774.

Langheinrich, Kurt: Weimar im Eisen-bahnnetz Thüringens. - Weimar: Stadt-museum 1977. 96 S., Abb., Kt. (Weima-rer Schr. zur Heimatgesch. u. Naturkd. 30.)

- 2775, 2781,
Lauerwald, Paul: Zu ausgewählten Veröffentlichungen zur Münz- und Geldgeschichte 1977 bis 1979. Literaturbericht, In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 20, 1980, 2, S. 149 - 153.
- 2776, 2782,
Mercks, Fred: Das schwarze Blut. Tatsachenbericht über d. Gesch. d. Erdöls. - Berlin: Militärverl. d. DDR 1980, 349 S., Abb. (Ereignisse, Tatsachen, Zusammenhänge).
- 2777, 2783,
Müller, Ruth: Pechsiederei - ein altes Waldgewerbe im Thüringer Wald. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 26, 1980, 1/2, S. 16 - 20.
- 2778, - 500
Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus. Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, T. 11. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch. 1978 (1979), 146 S.
- 2779, 2784,
Sándor, Pál: Besonderheiten der ungarischen Agrarentwicklung in neuerer Zeit (A magyar mezőgazdaság a XIX. - XX. században) Die ungarische Landwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 99 - 103.
- 2780, 2785,
Scherf, Helmut: Thüringer Porzellan im Thüringer Museum Eisenach. Zur Gesch. u. musealen Darbietung einer Sammlung sowie zum Wesen ihrer Exponate u. zum Potential d. thüring. Porzellanfabriken. In: Neue Museumskd., Berlin, 23, 1980, 1, S. 23 - 32, Abb.
- 2786,
Stölzel, Karl: Gießerei über Jahrtausende. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffind. 1979. 129 S., Abb.
- 2787,
Wagner, Wolfram: Goßdorf-Kohlmühle-Hohnstein 1897 - 1951. Chronik d. einzigen Schmalspurbahn in d. Sächs. Schweiz. Hrsg.: Dt. Modelleisenbahn-Verband d. DDR, Arb.gemeinschaft 3/58 "Traditionsbahn Radebeul-Ost-Radeburg". - Berlin: Dt. Modelleisenbahn-Verband d. DDR 1979. 47 S., Abb.
- 2788,
Herrmann, Joachim: Ökonomie und Gesellschaft an der Wende von der Antike zum Mittelalter. Zum Problem d. Herausbildung d. ökon. Grundlagen d. Feudalgesellsch. im mittleren u. westl. Europa. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. 72 S., Abb., Kt. (Sitzungsber. d. Akad. d. Wiss. d. DDR, G, 1979, 13.)
- 2789,
Klengel, Horst: Handel und Händler im alten Orient. - Leipzig: Koehler & Amelang 1979. 247 S., Abb.
- 2790,
Laser, Rudolf: Die römischen und frühbyzantinischen Fundmünzen auf dem Gebiet der DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980. 498 S., Abb., Kt. (Schr. zur Ur- u. Frühgesch. 28.)
- 2791,
Njammasch, Marlene: Publikationen zur materiellen Kultur des alten Indiens in der bürgerlichen Historiographie (Wilhelm Geiger, Kleine Schriften zur Indologie und Buddhismuskunde; Heinrich Zimmer, Altindisches Leben; Wilhelm Rau, Metalle und Metallgeräte im vedischen Indien; Hermann Goetz, Studies in the History, Religion and Art of Classical and Mediaeval India; Willibald Kirfel,

Die Kultur der Inder). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 153 - 164.

2787.

Schumacher, Reinhard: Zu Entwicklungsproblemen der spätantiken thrakischen und niedermösischen Städte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 87 - 92.

500 - 1789

2788.

Andres, Helga: Probleme der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals im Hanseraum. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 5, S. 471 - 472.

2789.

Beiträge zur Geschichte der Mineralsammlungen und des Bergbaus im 16. und frühen 17. Jahrhundert. Von einem Autorenkoll. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffind. 1980. 213 S., Abb. (Abh. d. Staatl. Museums für Mineral. u. Geol. zu Dresden 30.)

2790.

Berthold, Rudolf: Eine Informationsquelle der agrarhistorischen Grundlagenforschung. Bestandsaufnahme agrarhistorischer Beiträge des Werkes Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 117 - 122.

2791.

Caspar, Helmut: Relikte einer zweihundertjährigen "Prägefabrik". Einzigartige hist. Münzwerkstatt im Stolberger Heimatmuseum zu besichtigen. In: Numism. Beitr., Berlin, 1979, 1, S. 18 - 26, Abb.

2792.

Čistozvonov, A. N.: Das soziale Wesen der niederländischen Bürgerschaft. (14. - 17. Jahrhundert). In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1980, 1/2, S. 16 - 26.

2793.

Czok, Karl: Die Vorstädte - ihre Stellung in den Stadt-Land-Beziehungen. In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar: Böhlau 1979. S. 127 - 136.

2794.

Diederiks, Herman: Die Beziehungen zwischen Stadt und Land in den nördlichen Niederlanden am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit. In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar: Böhlau 1979. S. 144 - 154.

2795.

Dorošenko, V. V.: Riga und sein Hinterland im 17. Jahrhundert. (Zum Problem d. Wechselbeziehungen zwischen Stadt u. Land). In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar: Böhlau 1979. S. 155 - 172.

2796.

Eich, Lothar; Wend, Johannes: Schiffe auf druckgraphischen Blättern. Ausgewählte Meisterwerke d. 15. bis 17. Jh. - Rostock: Hinstorff Verl. 1980. 152 S., Abb.

2797.

Emersleben, Otto: Länder des Goldes. Der Ausklang d. großen Entdeckungszeitalters. - Leipzig, Jena, Berlin: Urania-Verl. 1980. 271 S., Abb.

2798,

Ewe, Herbert: Schiffe auf historischen Karten. In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4, Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, - Weimar: Böhlau 1979, S. 183 - 190, Abb.

2799,

Fritze, Konrad: Entwicklungsprobleme der nichtagrарischen Produktion im hansischen Wirtschaftsraum. In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4, Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, - Weimar: Böhlau 1979, S. 15 - 25.

2800,

Fritze, Konrad: Stadt-Land-Beziehungen im hansischen Bereich im Mittelalter. In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4, Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, - Weimar: Böhlau 1979, S. 109 - 117.

2801,

Fritze, Konrad: Die Wirtschaftsstruktur der mittelalterlichen deutschen Städte und die Anfänge der Lohnarbeit. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1980, 1/2, S. 61 - 69.

2802.

Hansische Studien. Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4, Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, - Weimar: Böhlau 1979, 214 S. (Abh. zur Handels- u. Sozialgesch. 18.)

2803.

Heck, Roman: Die gewerbliche Produktion der mittelalterlichen Stadt Wrocław (Breslau). In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4, Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, - Weimar: Böhlau 1979, S. 43 - 53.

2804.

Heitz, Gerhard: Bauernbewegungen in Karten (Karlheinz Blaschke: Ereignisse des Bauernkrieges 1525). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 149 - 152.

2805.

Heitz, Gerhard; Vogler, Günter: Bauernbewegungen in Europa vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 5, S. 442 - 454.

2806.

Kaplinski, Küllike: Die handwerkliche Produktion in Tallin im 14. Jahrhundert. In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4, Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, - Weimar: Böhlau 1979, S. 26 - 51, Abb.

2807.

Klöppel, Heidrun: Die Bedeutung der feudalherrlichen Eigenwirtschaften im Rahmen der Herrschaft Beichlingen und die Rolle der bäuerlichen Dienste für ihre Bewirtschaftung. In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus, Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck- Univ. Rostock, T. 11, - Rostock: Wilhelm-Pieck- Univ., Sekt. Gesch. 1978 (1979). S. 55 - 81.

2808.

Kotelnikova, L. A.: Sozialstruktur der italienischen Popolani im 14. und 15. Jahrhundert und deren Grundbesitz (nach Material für die Toskana). In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1980, 1/2, S. 120 - 127.

Kuczynski, Jürgen: Eine konkrete Studie des Alltags im Spätfeudalismus (Karl-S. Kramer/Ulrich Wilkens, Volksleben in einem holsteinischen Gutsbezirk). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 141 - 148.

2810.

Langer, Herbert: Das Braugewerbe in den deutschen Hansestädten der frühen Neuzeit. In: Hansische Studien. Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar: Böhlau 1979, S. 65 - 81.

2811.

Majer, Jiří: Der Zinnerzbergbau im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet des westlichen Erzgebirges während des 16. und 17. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Geschichte der Mineralsammlungen und des Bergbaus im 16. und frühen 17. Jahrhundert. Von einem Autorenkoll. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffind. 1980, S. 153 - 213.

2812.

Münch, Ernst: Bauernschaft und bäuerliche Schichten im vollentfalteten Feudalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 75 - 85.

2813.

Münch, Ernst: Zum Problem der Zensuren und zum Verhältnis von sozialer Mobilität und feudaler Abhängigkeit im entwickelten Feudalismus. In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus. Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, T. 11. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch. 1978 (1979), S. 7 - 24.

2814.

Noordegraaf, Leo: Betriebsformen und Arbeitsorganisation im Gewerbe der nördlichen Niederlande 1400 - 1800. In: Hansische Studien. Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar: Böhlau 1979, S. 54 - 64.

2815.

Ossipova, T. S.: Die sozial-ethnische Struktur der Stadtbevölkerung in Irland vom 12. bis 15. Jahrhundert. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1980, 1/2, S. 111 - 119.

2816.

Rodigast, Rolf: Die Rolle des Landbesitzes in der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung der Stadt Greifswald während des 17. und 18. Jahrhunderts. In: Hansische Studien. Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar: Böhlau 1979, S. 173 - 180.

2817.

Samsonowicz, Henryk: Beziehungen zwischen den polnischen Kleinstädten und ihrem Hinterland im 15. Jahrhundert. In: Hansische Studien. Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar: Böhlau 1979, S. 118 - 126.

2818.

Savina, N. V.: Die Kaufmannsgesellschaften und die gesellschaftliche Bewegung in Deutschland im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin, 1980, 1/2, S. 136 - 146.

2819.

Schattkowsky, Ralph: Einige Aspekte der Herausbildung gutsherrlicher Eigenwirtschaften aus forschungsgeschichtlicher Sicht. In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus.

Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck-Univ.
Rostock, T. 11. - Rostock: Wil-
helm-Pieck-Univ, 1978 (1979),
S. 25 - 54.

2820.

Schildhauer, Johannes: Zur Arbeit
der Hansischen Arbeitsgemein-
schaft der Historiker-Gesellschaft
der DDR 1974 - 1977. In: Hansi-
sche Studien, Hrsg. v. Konrad
Fritze, Eckhard Müller-Mertens,
Johannes Schildhauer, 4. Gewerb-
liche Produktion und Stadt-Land-
Beziehungen. - Weimar: Böhlau
1979, S. 9 - 11.

2821.

Schilling, Renate: Zum Betriebs-
charakter gutsherrschaftlicher
Eigenwirtschaften in Schwedisch-
Pommern im 17. Jahrhundert.
In: Probleme der Agrargeschichte
des Feudalismus und Kapitalis-
mus. Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck-
Univ. Rostock, T. 11. - Rostock:
Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt.Gesch.
1978 (1979). S. 83 - 102.

2822.

Das soziale Wesen des Bürgertums
im Feudalismus. In: Wiss. Mitt.
Hist.-Gesellsch. DDR, Berlin,
1980, 1/2, S. 1 - 157.

2823.

Sturm, Dieter: Die Angaben über
die Wirtschaft Syriens im 10.
Jahrhundert bei al-Muqaddasi. In:
Wiss. Z. Martin-Luther-Univ.
Halle-Wittenberg, Gesellsch. wiss.
R., Halle/S., 29, 1980, 2, S.
55 - 63.

2824.

Sturm, Dieter: Das Bild des ar-
beitenden Menschen bei al-Muqad-
dasi. In: Wiss. Z. Martin-Luther-
Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.
wiss. R., Halle/S., 29, 1980, 1,
S. 45 - 51.

2825.

Svanidze, A. A.: Stadt und soziale Funk-
tion des Kredits. Zur gesellsch. Rolle
d. schwed. Bürgertums vom 13. bis 15.
Jh. In: Wiss. Mitt. Hist.-Gesellsch.
DDR, Berlin, 1980, 1/2, S. 51 - 60.

2826.

Vetter, Klaus: Zur Wirtschaftspolitik
Preußens (Ingrid Mittenzwei, Preußen
nach dem Siebenjährigen Krieg). In: Jb.
Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S.
123 - 129.

2827.

Werner, Ernst: Ökonomische und soziale
Strukturen im 10. und 11. Jahrhundert.
In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980,
5, S. 455 - 468.

2828.

Wernicke, Horst: Zur Frage der Mit-
gliedschaft in der Hanse. In: Hansische
Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eck-
hard Müller-Mertens, Johannes Schild-
hauer, 4. Gewerbliche Produktion und
Stadt-Land-Beziehungen - Weimar: Böh-
lau 1979, S. 191 - 214.

2829.

Wolff, Philippe: Toulouse im Mittelalter.
Ein Beisp. für d. Verhältnis v. Stadt u.
Land. In: Hansische Studien, Hrsg. v.
Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens,
Johannes Schildhauer, 4. Gewerbliche
Produktion und Stadt-Land-Beziehungen.
- Weimar: Böhlau 1979, S. 136 - 143.

2830.

Zeida, Arija: Einige Veränderungen in
der Organisation der handwerklichen
Produktion in Riga unter dem Einfluß des
Außenhandels im 16. und 17. Jh. In: Han-
sische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze,
Eckhard Müller-Mertens, Johannes
Schildhauer, 4. Gewerbliche Produktion
und Stadt-Land-Beziehungen. - Weimar:
Böhlau 1979, S. 82 - 91.

1789 - 1917

Akad. d. Wiss. d. DDR)

2831.

Ballwanz, Ilona: Bauernschaft und soziale Schichten des Dorfes im Kapitalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 9 - 24.

2832.

Behm, Erika/Kuczynski, Jürgen: Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 189 - 194.

2833.

Bleiber, Helmut: Die Haltung von Gutsherren, Behörden und Bürgertum zur revolutionären Bewegung der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Frühjahr 1848 - Reaktionen und Reflexionen. In: Jb. Gesch., Berlin, 21, 1980, S. 103 - 146.

2834.

Büttner, Thea: Zur Bedeutung des Transsahara-Handels für einige Staaten der Sudan-Region im 18. und 19. Jh. Einige Hausgebiete u. d. östl. Emirate (Adamaua) des Sokoto Kalifats. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 3, S. 532 - 537.

2835.

Handke, Horst: Einige wirtschaftshistorische Aspekte der Herausbildung der monopolistischen Massenpresse vor 1917/18. In: Forschungsergebnisse zur Geschichte des deutschen Imperialismus vor 1917. Hrsg. v. Boris A. Aisin u. W. Gutsche. - Berlin: Akad.-Verl. 1980. S. 140 - 173. (Internat. R. d. Zentralinst. für Gesch. d.

2836.

Hessel, Manfred; Polzin, Martin: Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter und Seeleute im Jahre 1896/97 als revolutionäre Tradition der Arbeiterklasse in der Seewirtschaft. - Warnemünde, Wustrow: Ingenieurhochschule für Seefahrt 1976. 99 S. (Maritime Traditionen 6.)

2837.

Lauerwald, Paul: Die Bergarbeiterzeitung "Glückauf" - ein gescheiterter Versuch der ideologischen Beeinflussung des sich formierenden Kaliproletariats im Interesse des Monopolkapitals. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 20, 1980, 2, S. 164 - 168.

2838.

Die Lausitz zwischen Französischer Revolution und Befreiungskriegen 1789 - 1815. Dokumente zur sozialen, wirtsch. u. geistig-kulturellen Lage der Landbevölkerung, zu bäuerl.-gutsherrl. Auseinandersetzungen, zur Nationalitätenpolitik u. zu d. Auswirkungen d. napoleon. Kriege im dt.-sorb. Gebiet. Eine Quellenausw. / Hrsg.: / Erhard Hartstock, Peter Kunze. - Bautzen: Domowina-Verl. 1979. 307 S., Abb.

2839.

Mauter, Horst: Zur ökonomischen Expansion der Berliner Bourgeoisie in Rumänien und Spanien vor 1871. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 43 - 73.

2840.

Müller, Hans-Heinrich; Rook, Hans-Joachim: Herkules in der Wiege. Streiflichter zur Gesch. d. industriellen Rev. - Leipzig, Jena, Berlin: Urania-Verl. 1980. 360 S., Abb.

2841.

Orosz, István: Forschungsgebiete und Aufgaben der Agrargeschichtsschreibung in Ungarn. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 147 - 157.

2842.
Peuke, Hans-Joachim: Einige Bemerkungen zum Phear-Konzept von Karl Marx. In: Ethnogr.-archäol. Z., Berlin, 21, 1980, 2, S. 221 - 231.

2843.

Pullat, Raimo: Handwerker in der Tartuer Bevölkerung im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Hansische Studien, Hrsg. v. Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer, 4, Gewerbliche Produktion und Stadt-Land-Beziehungen, - Weimar: Böhlau 1979, S. 92 - 106.

2844.

Rehbein, Elfriede: Die Bedeutung der Eisenbahnen für die Industrielle Revolution (Peter Beyer, Leipzig und die Anfänge des Eisenbahnbaus). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 105 - 115.

2845.

Studien zur deutschen Sprachgeschichte des 19. Jahrhunderts. Naturwissenschaftliche u. techn. Fachlexik. In: Linguist. Stud., Berlin, R. A., 66, 1980, 3, S. 1 - 255.

2846.

Tupolev, Boris Michailovič: Zur Rolle der Großbanken in der Expansion des deutschen Imperialismus am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Forschungsergebnisse zur Geschichte des deutschen Imperialismus vor 1917, Hrsg. v. Boris A. Aisin u. W. Gutsche. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 174 - 192. (Internat. R. d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR)

2847.

Zeise, Roland: Der Kongreß deut-

scher Volkswirte und seine Rolle beim Abschluß der bürgerlichen Umwälzung (1858 - 1871). In: Jb. Gesch., Berlin, 21, 1980, S. 147 - 167.

2848.

Zilch, Reinhold: Zum Plan einer Zwangsregulierung im deutschen Bankwesen vor dem ersten Weltkrieg und zu seinen Ursachen, Dokumentation. In: Forschungsergebnisse zur Geschichte des deutschen Imperialismus vor 1917. Hrsg. v. Boris A. Aisin u. W. Gutsche. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 229 - 256. (Internat. R. d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR)

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

2849.

Barthel, Horst: Adolf Hennecke. Beispiel u. Vorbild. - Berlin: Dt. Verl. d. Wiss. 1979. 43 S., Abb. (Illustr. hist. H. 16.)

2850.

Becker, Willy; Beyer, Hans-Joachim; Schmidt, Hilmar: Entwicklung und Aufgaben der Kombinate in Industrie und Bauwesen zur Erhöhung des Leistungsanstiegs der Volkswirtschaft. In: Gesch. unterr. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 22, 1980, 10, S. 921 - 928.

2851.

Belousov, Rem Aleksandrovič: Probleme der Entwicklung und Annäherung des Mechanismus der planmäßigen Leitung der Wirtschaft in der UdSSR und der DDR. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 75 - 83.

2852.

Bilanz in Fakten und Zahlen. Ergebnisse d. Wirtsch.- u. Sozialpol. im Bez. Dresden seit d. VIII. Parteitag d. SED 1971 - 1978, Hrsg.: Sozialist. Einheitspartei DtlDs., Bezirksleitung Dresden. Statist. Erarb.: Staatl. Zentralverw. für Stati-

stik, Bezirksstelle Dresden -
Dresden; Zentralverw. für Sta-
tistik 1979, 48 S., Abb.

2853.

Bogomolov, Oleg Timofeevič:
30 Jahre RGW und die wissen-
schaftlich-technische und öko-
nomische Zusammenarbeit zwi-
schen der UdSSR und der DDR.
In: Fragen der wissenschaftlich-
technischen und ökonomischen
Zusammenarbeit UdSSR/DDR. -
Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 17
- 26.

2854.

Bogomolow, Oleg: Kollektives
Suchen nach Lösungen. Das
Brennstoff- und Energieproblem
in den RGW-Ländern. In: Probl.
Friedens u. Soz., Berlin, 23,
1980, 8, S. 1087 - 1096.

2855.

Bugaj, N. F.: Die Revolutions-
komitees und die Sozialpolitik
des Sowjetstaates in den Jahren
1918 bis 1921. In: Jb. Wirtschafts-
gesch., Berlin, 1980, 4, S. 67 -
88.

2856.

Bykov, Aleksandr Naumovič:
Die Rolle der wissenschaftlich-
technischen Zusammenarbeit der
RGW-Länder bei der Beschleunig-
ung der technischen Entwicklung
in der UdSSR und der DDR. In:
Fragen der wissenschaftlich-techni-
schen und ökonomischen Zusam-
menarbeit UdSSR/DDR. - Berlin:
Akad.-Verl. 1980, S. 35 - 43.

2857.

30/Dreißig/Jahre DDR, 30 Jahre
VEB Stahl- und Walzwerk Bran-
denburg. Zeittafel, Hrsg.: Zen-
trale Parteileitung d. Betriebs-
parteiorg. d. VEB Stahl- und
Walzwerk Brandenburg. - Bran-
denburg: VEB Stahl- u. Walzwerk
1979, 56 S., Abb.

2858.

Enderlein, Fritz: Der Beitrag der DDR
zur Erarbeitung einer universellen recht-
lichen Regelung des internationalen Waren-
kaufs. In: 30 /Dreißig/ Jahre DDR.
Aktuelle Fragen d. Entw. v. Staat, Recht
u. Demokr. Bd. 2. - Potsdam-Babels-
berg: Akad. für Staats- u. Rechtswiss.
d. DDR 1979, S. 99 - 119.

2859.

Faude, Eugen; Grote, Gerhard: Die DDR
in der Weltwirtschaft. In: Dt. Außenpo-
lit., Berlin, 25, 1980, 10, S. 16 - 38.

2860.

Fragen der wissenschaftlich-technischen
und ökonomischen Zusammenarbeit
UdSSR/DDR. Zur Entw. d. wiss.-techn.
u. ökon. Zus. arb. UdSSR/DDR unter d.
Bedingungen d. sozialist. ökon. Integra-
tion. 5. Tagung d. Gemeinsamen Komm.
d. Ökonomen d. UdSSR u. d. DDR. -
Berlin: Akad.-Verl. 1980, 116 S. (Abh.
d. Akad. d. Wiss. d. DDR, Abt. Veröff.
d. Wiss. Räte, Jg. 1979, Nr. W 7.)

2861.

Friedrich, Gerd: Leitung und Planung in
Kombinaten und Betrieben - Erfahrun-
gen und Verallgemeinerungen. In: Wirt-
schaftswissenschaft, Berlin, 28, 1980,
7, S. 769 - 787.

2862.

Fröhlich, Gerhard: Die Verantwortung
der Kombinate in der DDR für Maßnah-
men der sozialistischen ökonomischen
Integration. In: Fragen der wissenschaft-
lich-technischen und ökonomischen Zu-
sammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin:
Akad.-Verl. 1980, S. 84 - 92.

2863.

Früchte des Bündnisses. Werden u.
Wachsen d. sozialist. Landwirtschaft
d. DDR. Koll. d. Inst. für Agrargesch.
u. Internat. Landwirtsch. d. Akad. d.
Landwirtsch. wiss. d. DDR. - Berlin:
Dietz 1980, 349 S., Abb.

2864.

Grundwasser für unsere Republik, Beiträge zur Gesch. d. VEB Hydrogeol., Nordhausen, Betrieb d. VEB Kombinat Geol. Forsch. u. Erkundung Halle. Hrsg. v. d. Betriebsparteiorg. d. SED u. d. Betriebsleitung d. VEB Hydrogeol. Nordhausen im VEB Kombinat Geol. Forsch. u. Erkundung Halle. - Nordhausen: VEB Hydrogeol. 1979, 35 S., Abb.

2865.

Hauke, Ilse; Schramm, Manfred: Zusammenarbeit der Akademie der Wissenschaften sozialistischer Länder in der ökonomischen Integration. In: Dt. Außenpolit., Berlin, 25, 1980, 10, S. 39 - 48.

2866.

Haupt, Hans-Georg; Parlitz, Manfred: Zur Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den europäischen Mitgliedsländern des RGW. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 28, 1980, 9, S. 1048 - 1061.

2867.

Hofmann, Otto; Scharschmidt, Gerhard: DDR-Äußenhandel gestern und heute. 2., neuverf. Aufl. - Berlin: Verl. Die Wirtsch. 1980, 136 S.

2868.

Internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im RGW. Leitung, Planung. Von einem Autorenkoll. unter Leitung v. Ilse Hauke. - Berlin: Staatsverl. d. DDR 1980, 152 S.

2869.

Jakovec, Jurij Vladimirovič: Methodologie und Preisplanung im Zusammenhang mit der materiellen und finanziellen Planung in der UdSSR und der DDR. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen

und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 100 - 106.

2870.

Kloppe, Martin: Zum Aufbau des Chemiefaserwerkes Wilhelm-Pieck-Stadt Guben (1958 - 1965). In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 12, 1978, S. 61 - 77.

2871.

Koziolk, Helmut: Zu einigen theoretischen und praktischen Fragen der weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration zwischen der UdSSR und der DDR. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 7 - 16.

2872.

Kusicka, Herbert: Der Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die weitere internationale Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit und die Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaften. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 27 - 34.

2873.

Lemcke, Wulf: Ausgewählte theoretische und praktische Probleme der Entwicklung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in der Landwirtschaft der DDR. - Berlin: Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED 1980, 147 S. (Themat. Inf. u. Dok. Akad. Gesellsch.wiss., R. A., 1980, 16.)

2874.

Lötsch, Manfred: Zur Annäherung der Klassen und Schichten bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. In: Probleme der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Zum 30. Jahrestag d. Gründung d. DDR. - Berlin: Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED 1979, S. 133 - 153.

2875.

Luft, Christian: Zur Intensivierung der internationalen sozialistischen Produktionsspezialisierung und -kooperation sowie zum Charakter des Außenhandels im Integrationsprozeß. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980. S. 70 - 74.

2876.

Maier, Erika: Sozialistische Weltwirtschaft und sozialistische ökonomische Integration. - Berlin: Dietz 1980. 144 S. (Lehrh. Polit. Ökon. d. Soz.)

2877.

Zur materiell-technischen Basis in der DDR. Hrsg. v. d. Akad. für Gesellsch. wiss. beim ZK d. SED. - Berlin: Dietz 1979. 315 S.

2878.

Mikulski, Konstantin Ivanovič: Die sozialistische ökonomische Integration als Faktor zur vollständigen Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung der sozialistischen Länder. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980. S. 62 - 69.

2879.

Morgenstern, Karl: Die Internationale Spezialisierung und Kooperation als ein entscheidender Wachstums- und Intensivierungsfaktor. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980. S. 44 - 52.

2880.

Mühlfriedel, Wolfgang: SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus. Eine Skizze der historischen Ent-

wicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin 1980, 4, S. 159 - 186.

2881.

Nehrig, Christel; Piskol, Joachim: Zur führenden Rolle der KPD in der demokratischen Bodenréform. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 4, S. 324 - 339.

2882.

Osipova, T. V.: Die Agrarfrage in Rußland im Jahre 1917. Historiographische Probleme der siebziger Jahre. Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 167 - 177.

2883.

Planung im RGW. Zusammenarbeit d. RGW-Länder in d. Planung. Autorenkoll. unter Leitung v. Gerhard Proft. - Berlin: Verl. Die Wirtsch. 1980, 191 S.

2884.

Rehtmeyer, Peter: Schritte auf dem Weg zum Kohle- und Energiezentrum der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, T. 1. In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 11, 1977, S. 53 - 62; T. 2., 12, 1978, S. 35 - 45.

2885.

Reinert, Fritz: Zum Charakter der Gemeindebodenkommissionen in der Bodenreform 1945/46. In: Staat u. Recht, Berlin, 29, 1980, 9, S. 789 - 798.

2886.

Roesler, Jörg: Einige Charakteristika der Wiederherstellungsperiode in Ungarn und der DDR. Eine vergleichende Betrachtung nach der Lektüre von Horst Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 101 - 123.

2887. Roesler, Jörg: Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR. Tempo, Dynamik und Struktur des Produktionswachstums. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 7 - 26.
2888. Rüster, Lothar: Die internationalen ökonomischen Organisationen der RGW-Länder. Rechtsfragen. - Berlin: Staatsverl. d. DDR 1980, 157 S.
2889. Sastiko, Vladimir Michajlovič: Die Besonderheiten der internationalen sozialistischen Ware-Geld-Beziehungen. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akd.-Verl. 1980, S. 53 - 61.
2890. Schulz, Dieter: Zur Entwicklung von ständigen Produktionsberatern in sozialistischen Industriebetrieben der DDR von 1957/58 bis 1965. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 9, S. 842 - 850.
2891. Schwärzel, Renate: Der Einfluß der Fluktuationsrate auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Effektivität der Produktion im VEB Berliner Glühlampenwerk von 1958 bis 1968. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 181 - 187.
2892. Siegel, Werner: Wir Schmiedewerker. Betriebschronik d. VEB Preß- u. Schmiedewerke "Einheit" Brand-Erbisdorf 1764 - 1976. Unter Mitarb. d. Komm. zur Erforsch. d. Betriebsgesch. - Brand-Erbisdorf: SED-Betriebsparteiorg. u. d. Betriebsleitung d. VEB Preß- u. Schmiedewerke "Einheit" 1979. 104 S., Abb.
2893. Steeger, Horst: Zu einigen Erfordernissen für die Weiterentwicklung der Leitung und Planung zur Erschließung von Effektivitätsreserven in der internationalen Zusammenarbeit. In: Fragen der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit UdSSR/DDR. - Berlin: Akad.-Verl. 1980, S. 93 - 99.
2894. Stiemerling, Karl-Heinz: Die Gemeinschaft der Mitgliedsländer des RGW verkörpert den neuen Typ internationaler Beziehungen. In: Probleme der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Zum 30. Jahrestag d. Gründung d. DDR. - Berlin: Akad. für Gesellsch. wiss. beim ZK d. SED 1979. S. 171 - 192.
2895. Tinschmidt, Alexander: Zur revolutionären Umgestaltung auf dem Lande in der DDR und in der Ungarischen VR nach 1945. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 3, S. 255 - 257.
2896. Töpfer, Johanna: Aktivisten der ersten Stunde und die unserer Zeit. In: Einheit, Berlin, 35, 1980, 5, S. 494 - 499.
2897. Winkler, Gunnar: Sozialpolitik und Lebensweise. In: Dt. Z. Philos., Berlin, 28, 1980, 1, S. 38 - 46.
2898. 20 /Zwanzig/ Jahre Schiffsversorgung Rostock. Autorenkoll.: VEB Schiffsversorgung. Hrsg.: Gesch. komm. d. SED, Kreisleitung Seeverkehr u. Hafenwirtsch. Rostock. - Rostock: Gesch. komm. d. SED, Kreisleitung Seeverkehr u. Hafenwirtsch. 1978. 32 S., Abb. (Beiträge zur Gesch. d. Seeverkehrswirtschaft d. DDR 10.)

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

2899,

Ausländerbeschäftigung und Fremdarbeiterpolitik in kapitalistischen Ländern nach dem 2. Weltkrieg /verantw. Red.: Bruno Schraege/. - Rostock: Univ., Sekt. Gesch., 1979, 156 S. (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 6.)

2900.

Balázs, Judit: Die Rolle des Staates bei der Entstehung und Vertiefung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Türkei, Eine kritische Würdigung des Kemalismus vornehmlich unter ökonomischen Aspekten. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 49 - 66.

2901.

Čerkasova, I. V.: Die ökonomische Zusammenarbeit des Westens mit dem rassistischen Regime in der Republik Südafrika. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 2, S. 329 - 338.

2902.

Eichholtz, Dietrich: "Großgermanisches Reich" und "Generalplan Ost". Einheitlichkeit u. Unterschiedlichkeit im faschist. Okkupationssystem. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 9, S. 835 - 841.

2903.

Lehmann, Joachim: Zum Zusammenbruch der Kriegsernährungswirtschaft im faschistischen Deutschland 1944/1945. In: Probleme der Agrargeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus. Hrsg. v. d. Wilhelm-Pieck- Univ. Rostock, T. 11. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt.

Gesch, 1978 (1979), S. 103 - 123.

2904.

Lehmann, Karin: Staatsgelder für die Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A. G. Auseinandersetzungen über staatsmonopolistische Subventionspolitik. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 25 - 41.

2905.

Neame, Sylvia: Zur neokolonialistischen Politik des Imperialismus gegenüber Südrhodesien (Simbabwe) von 1976 bis 1979. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 3, S. 519 - 531.

2906.

Neuendorf, Gerhard: IG-Farben und die Industrialisierung Lateinamerikas. In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch. wiss. R., Halle/S., 29, 1980, 2, S. 43 - 53.

2907.

Nussbaum, Manfred: Staatsmonopolistischer Kapitalismus heute (S. I. Tjulpanov/V. L. Scheinis, Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 3, S. 125 - 133.

2908.

Petzold, Joachim: Monopole - Mittelstand - NSDAP. Zu ideolog. Auseinandersetzungen zwischen d. Interessenvertretern d. Mittelstandes u. d. Monopolkapitals in d. faschist. Partei 1932. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 9, S. 862 - 875.

2909.

Riedel, Horst: Labour Party und EWG. Zum Antrag Großbritanniens auf Mitgliedschaft in d. EWG in d. zweiten Hälfte d. sechziger Jahre. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 28, 1980, 3, S. 234 - 243.

2910.

Roseno, Bambang: Imperialistische Ri-

valitäten um die ASEAN. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 28, 1980, 8, S. 952 - 965.

2911.

Voigt, Arnold: Zum Verhältnis von Feudalismus und Kapitalismus in Lateinamerika - das Beispiel der Großgrundbesitzverhältnisse in der Landwirtschaft Chiles. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1980, 4, S. 27 - 47.

2912.

Wallraf, Wolfram: Interessen und Politik Japans gegenüber der ASEAN-Gruppierung. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 1, S. 99 - 109.

1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer

2913.

Barthel, Günter: Die OPEC in der kapitalistischen Welterdölwirtschaft. In: Dt. Außenpolit., Berlin, 25, 1980, 7, S. 80 - 92.

2914.

Fessen, Helmut; Jacob, Eleonore; Wolf, Bernd: Die ASEAN-Staaten: Bilanz und Probleme der ökonomischen Entwicklung. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 8, 1980, 3, S. 475 - 488.

2915.

Graewe, Wolf-Dieter: Zum Stand und zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 2, S. 250 - 260.

2916.

Haikal, Abdel Fattah: Der Hochdamm von Assuan und seine Kritiker. In: Asien, Afrika, Latein-

amerika, Berlin, 8, 1980, 2, S. 324 - 328.

2917.

Jacob, Eleonore; Wolf, Bernd: Länder der ASEAN: Ergebnisse der kapitalistischen Industrieentwicklung im Einflußbereich des Auslandskapitals. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 28, 1980, 8, S. 966 - 978.

2918.

Queitsch, Jürgen: Zum Einfluß der reformistischen Agrargesetzgebung in Lateinamerika auf die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft in den sechziger und siebziger Jahren. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 3, S. 538 - 548.

2919.

Schirrmann, Ilse; Schirrmann, Bernd: Management - Verträge in Entwicklungsländern - Inhalt und Rolle im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß (unter besonderer Berücksichtigung Tansanias). In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 2, S. 281 - 289.

2920.

Schmidt, Waldtraud: Wert und Preis der Arbeitskraft in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 4, S. 616 - 652.

2921.

Thole, Günther: Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung der Volksrepublik Moçambique. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 8, 1980, 4, S. 690 - 702, Kt.

2922.

Voigt, Arnold: Sieben Jahre Wirtschaftspolitik der faschistischen Militärjunta in Chile. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 28, 1980, 10, S. 1230 - 1240.

Autorenverzeichnis

- Baudis, Dieter, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Bittmann, Otto, Dr. oec., Dozent, Ingenieurhochschule Zittau.
- Büchner, Johannes, Dr. paed., Studienrat a. D., Zittau.
- Dandamaev, M. A., Dr. der hist. Wiss., Institut für Orientalistik, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leningrad.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Hoffmann, Edith, Prof. Dr. sc. phil., Sektion Geschichte, Lehrstuhl Urgeschichte und Alte Geschichte, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Kreißig, Heinz, Prof. Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehmann, Karin, Dr. sc. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Maróti, Egon, Prof. Dr. phil., Leiter der Sektion Altertumswissenschaft, Institut für Alte Geschichte und Archäologie, Attila József Universität, Szeged.
- Průcha, Václav, Dr. Ing. CSc., Bereichsleiter, Hochschule für Ökonomie, Prag.
- Sándor, Pál, Dr., Kandidat der Geschichtswissenschaften, Universitäts-Doktor der Wirtschaftswissenschaft, Wissenschaftlicher Obermitarbeiter, Institut für Geschichtswissenschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- Töpfer, Bernhard, Prof. Dr. phil. habil., Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Vogler, Günter, Prof. Dr. phil., Leiter des Bereichs deutsche Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Wernicke, Horst, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Sektion Geschichtswissenschaft, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.
- Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

- Вацлав Пруха, Изменения в отраслевой структуре производства энергии в ЧССР в ходе социалистических преобразований (1948 - 1960 г.)
- Йоханнес Бюхнер/Отто Биттманн, Борьба за преимущественное положение в саксонском электроснабжении (EEV) с 1911 по 1916 г.
- Паль Зандор, Уничтожение крепостного права в Венгрии и способы его проведения
- М. А. Дандамаев, Рыбный промысел в нововавилонских текстах 6-ого и 5-ого столетия до н. э.
- Эгон Мароти, "Vilicus ne sit ambulator". О сохранении одного античного экономического принципа
- Хайнц Крайсиг, "Дом" (oikos) Гесиода
- Карин Леманн, Буржуазная история денег и банков
- Лотте Цумпе, Экономика и вооружение накануне второй мировой войны в международном обзоре
- Берихард Тейффер/Гюнтер Фоглер, Европейское феодальное общество - первая ступень индустриального общества?
- Юрген Кучинский, Будни французской деревни в начале 14-ого столетия
- Хорст Вернике, Сверхрегиональные объединения ремесленников - организации классовой борьбы?
- Хаген Фишер, О некоторых проблемах развития античных городов в Римской Империи
- Аннотации
- Библиография самостоятельных работ по истории предприятия в Германской Демократической Республике (16-ый выпуск) (Рenate Гюнтер)
- Дитер Баудис, Германия и Великобритания в период первой мировой войны. Статистические дополнения к сравнительному рассмотрению экономического и социального развития
- Эдит Гофманн, Социально-экономические общественные формации с марксистско-ленинской точки зрения (26-ого сентября 1980 г. в Лейпциге)
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 19-ый выпуск

CONTENTS

- Václav Průcha, Changes in the pattern of energy production industries in the ČSSR during the period of socialist transformation (1948 - 1960)
- Johannes Büchner/Otto Bittmann, The struggle for predominance within the electricity supply (EEV) of Saxony between 1911 and 1916
- Pál Sándor, The abolition of serfdom in Hungary - Modalities of realization
- M. A. Dandamaev, Fisheries in New Babylonian source materials of the 6th and 5th centuries B. C.
- Egon Maróti, "Villicus ne sit ambulator". On the survival of an ancient economic principle
- Heinz Kreißig, The "House" (oikos) in the scripts of Hesiod
- Karin Lehmann, A bourgeoisie history of money and banking
- Lotte Zumpfe, Economy and armament on the eve of the Second World War - An international review
- Bernhard Töpfer/Günter Vogler, The European feudal society as a preliminary stage to industrial society?
- Jürgen Kuczynski, Everyday life in a French village at the beginning of the 14th century
- Horst Wernicke, Supra-regional craftsmen's associations as organisations of class struggle?
- Hagen Fischer, On some problems of ancient town development in the Roman Empire
- List of new publications
- Bibliography of separate papers on the history of factories and enterprises in the German Democratic Republic (16. Issue) (Renate Günther)
- Dieter Baudis, Germany and Great Britain during the First World War. Statistical supplements to comparative studies of the economic and social development
- Edith Hoffmann, The socio-economic formations from a marxist-leninist viewpoint (September 26, 1980 in Leipzig)
- Bibliography of GDR publications on economic history, 19th issue

CONTENU

- Václav Průcha, Les modifications dans la structure de branche de la production d'énergie en Tchécoslovaquie au cours de la transformation socialiste (1948 - 1960)
- Johannes Büchner/Otto Bittmann, La lutte pour la prépondérance dans la distribution d'énergie électrique en Saxe (E. E. V.) de 1911 à 1916
- Pál Sándor, L'abrogation du servage en Hongrie et les modalités de sa réalisation
- M. A. Dandamaev, La pêche dans les textes néo-babyloniens des 6^e et 5^e siècles avant notre ère
- Egon Maróti, "Vilicus ne sit ambulator". Sur la persistance d'un principe économique antique
- Heinz Kreißig, La "maison" (oikos) d'Hésiode
- Karin Lehmann, Une histoire d'argent et de banques bourgeoise
- Lotte Zumpe, L'économie et l'armement à la veille de la deuxième guerre mondiale dans un aperçu international
- Bernhard Töpfer/Günter Vogler, La société féodale européenne en tant que premier degré de la société industrielle?
- Jürgen Kuczynski, La vie de tous les jours dans un village français au début du 14^e siècle
- Horst Wernicke, Associations artisanales suprarégionales en tant qu'organisations de lutte de classe?
- Hagen Fischer, Sur quelques problèmes du développement urbain antique dans l'Empire romain
- Annotations
- Bibliographie de publications indépendantes sur l'histoire d'entreprise en République Démocratique Allemande (16^e suite) (Renate Günther)
- Dieter Baudis, L'Allemagne et la Grande-Bretagne à l'époque de la première guerre mondiale. Compléments statistiques sur la considération comparative du développement économique et sociale
- Edith Hoffmann, Les formations sociales socio-économiques du point de vue du marxisme-léninisme (le 26 septembre 1980 à Leipzig)
- Bibliographie de la littérature sur l'histoire économique de la R. D. A., 19^e fascicule

SUMARIO

- Václav Průcha, Cambios dentro de la estructura de la rama producción energética en la República Socialista Checoslovaca durante el transcurso de la transformación socialista (desde 1948 hasta 1960)
- Johannes Büchner/Otto Bittmann, La lucha por la posición de preferencia dentro del abastecimiento de energía eléctrica sajón (EEV) desde 1911 hasta 1916
- Pál Sándor, La anulación de la servidumbre en Hungría y las circunstancias de su realización
- M. A. Dandamaev, La pesquería en textos babilónicos nuevos de los siglos VI y V antes de nuestra época
- Egon Maróti, "Vilicus ne sit ambulator." Acerca del perdurar de un principio económico antiguo
- Heinz Kreißig, La "casa" (oikos) de Hesiod
- Crítica de literatura
- Karin Lehmann, Una historia burguesa sobre dinero y bancos
- Lotte Zumpe, Una vista general internacional sobre la economía y el armamento en la víspera de la segunda Guerra Mundial
- Bernhard Töpfer/Günter Vogler, ¿ La sociedad feudal europea como grado anterior de la sociedad industrial ?
- Jürgen Kuczynski, El día cotidiano en una aldea francesa del siglo XIV
- Horst Wernicke, ¿ Uniones de artesanos sobrerregionales como organización de la lucha de clases ?
- Hagen Fischer, Acerca de algunos problemas del desarrollo antiguo de ciudades en el Imperio Romano
- Informe sobre literatura
- Bibliografía de obras independientes acerca de la historia de fábricas en la República Democrática Alemana (continuación decimosexta) (Renate Günther)
- Dieter Baudis, Alemania y Gran Bretaña durante el tiempo de la Primera Guerra Mundial. Complementos estadísticos acerca de la consideración comparativa del desarrollo económico y social
- Edith Hoffmann, Las formaciones social-económicas desde el punto de vista marxista-leninista (el 26 de septiembre de 1980 en Leipzig)
- Bibliografía de literatura sobre historia económica de la R. D. A., suministro decimonono

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Sigrid Jacobeit

Zum Alltag der Bäuerinnen in Klein- und Mittelbetrieben während der Zeit des deutschen Faschismus 1933 bis 1939

Karin Lehmann

Direkte und indirekte Subventionen als Mittel staatlicher Wirtschaftsregulierung in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland

Renate Scholze

Zum Entwicklungsstand der Berliner Industrie am Ende der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Eine vergleichende Materialstudie zur Anwendung der Dampfkraft

Hanna Haack

Bäuerliche Betriebe und soziale Gruppen landarmer Produzenten in Mecklenburg-Schwerin im 19. Jahrhundert

Ottó Domonkos

Wanderrouden ungarischer Handwerksgesellen und deren Bedeutung für den technischen Fortschritt

Wieland Held

Die Bürgerschaft Arnstadts in Thüringen in der Mitte des 16. Jahrhunderts. Ihre Vermögens- und Sozialstruktur sowie ihre Beziehungen zur Landesherrschaft und zur ländlichen Bevölkerung der Umgebung

Wolfgang Kagel

Bemerkungen zum Problem der bäuerlichen Abwanderung und der Wachszinsigkeit im Kölner Raum im 12. und 13. Jahrhundert

Heinz Kreißig

Versuch einer Konzeption der hellenistischen Epoche

Wolfgang Mühlfriedel

Zur materiell-technischen Basis des Sozialismus. Begriff und Geschichte

Gerd Neumann

Problem einer Geschichte der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft (Margot Hegemann, Kurze Geschichte des RGW)

Waldtraut Schmidt

Auseinandersetzungen unter Kolonialisten um "beste" Ausbeutungsmethoden in Südafrika zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Gerda Weinberger, An den Quellen der Apartheid)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)